

Außenpolitischer Bericht

2009

Bericht des Bundesministers für
europäische und internationale Angelegenheiten

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Gesamtredaktion und Koordination:
Ges. Mag. Christoph Weidinger

Gesamtherstellung:
Manz Crossmedia GmbH & Co KG
Stolberggasse 26, 1051 Wien

Vorwort

Das Jahr 2009 war außenpolitisch von den vielfältigen Aufgaben geprägt, die das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten im Dienste Österreichs erfüllt. Kennzeichnend dafür sind unter anderem die erfolgreiche Arbeit Österreichs als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates, das 30-jährige Jubiläum des UNO-Amtssitzes Wien sowie die positive Bilanz, die wir nach 15 Jahren Mitgliedschaft in der Europäischen Union vorweisen können. In den traditionellen Kerninteressensgebieten Österreichs, dem Westbalkan und dem Donauraum konnten wir wichtige Akzente setzen sowie die ersten Weichen für den außenpolitischen Schwerpunkt der nächsten Jahre – die Zukunftsregion Schwarzmeer – stellen. Das Jahr 2009 hat erneut klar gezeigt: Der rot-weiß-rote Beitrag in der Welt ist geachtet und stark nachgefragt. Selbstbewusst können wir daher die österreichische Europa- und Außenpolitik für das 21. Jahrhundert gestalten.

Österreichs Wahl in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als nicht-ständiges Mitglied für 2009/2010 – zum dritten Mal nach 1973/74 und 1991/92 – war Ausdruck unseres langjährigen und vielfach geschätzten UNO-Engagements. In diesem wichtigsten Gremium für den internationalen Frieden und die Sicherheit nehmen wir unsere Verantwortung als Teil der Staatengemeinschaft wahr. Österreich hat seit Beginn seiner Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat die Herrschaft des Rechts ins Zentrum seiner Arbeit gestellt. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit ist es, den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten zu verbessern. Unser ambitionierter Ansatz hat sich gelohnt. Mit der einstimmigen Annahme der diesbezüglichen Sicherheitsratsresolution 1894 während des österreichischen Vorsitzes im Sicherheitsrat im November 2009 haben wir einen konkreten und ermutigenden Fortschritt in diesem Bereich erreicht. Weitere Themen, auf die wir in unserer Arbeit im Sicherheitsrat besonderen Wert legen, sind etwa der konsequente Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die Stärkung der Rolle der Frau in der Friedensarbeit, Abrüstung und Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie der interkulturelle und interreligiöse Dialog.

Ein sichtbares Zeichen für den Stellenwert, den die Vereinten Nationen in unserer Außenpolitik haben, war das 30-jährige Jubiläum Wiens als eines der Hauptquartiere der UNO. Die Teilnahme des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, an den Feierlichkeiten war ein Ausdruck der Aner-

Vorwort

kennung für den Amtssitz Wien und für die langjährige Arbeit Österreichs in den Vereinten Nationen. In den vergangenen 30 Jahren konnte Wien seine Rolle als UNO-Standort und als Kompetenzzentrum für Sicherheitsthemen festigen. Die Aufgaben der hier beheimateten UNO-Teilorganisationen, wie etwa die UNO-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO) und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), haben an Bedeutung gewonnen. Wien ist heute ein wichtiger Angelpunkt in der internationalen Sicherheitsarchitektur und hat einen ausgezeichneten Ruf als Ort des internationalen Dialogs. Es ist mir ein Anliegen, die Stellung Wiens als internationale Drehscheibe nicht nur zu bewahren, sondern weiter auszubauen.

Einen Monat bevor sich der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zum 15. Mal jährte, trat am 1. Dezember der Vertrag von Lissabon in Kraft. Durch diesen EU-Reformvertrag haben wir eine solide und zukunftsfeste Grundlage für die Arbeit der EU geschaffen. Gerade im außenpolitischen Bereich bringt der Vertrag mit der Aufwertung des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik und der Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes weitreichende Änderungen. Sie sollten es uns ermöglichen, künftig verstärkt international mit einer gemeinsamen europäischen Stimme zu sprechen.

Trotz dieser Änderungen wird aber auch künftig die gemeinsame Politik der Union nicht an die Stelle der Außenpolitik der Mitgliedstaaten treten, sondern diese sinnvoll ergänzen. Österreich wird seine internationale Präsenz und seine profilierte Außen- und Europapolitik konsequent fortsetzen. So setzen wir uns mit Nachdruck für die zügige Heranführung der Länder des westlichen Balkans an die EU ein. Anfang 2009 habe ich gemeinsam mit meinem rumänischen Amtskollegen eine EU-Donauraumstrategie initiiert, die es ermöglicht, noch enger mit unseren Nachbarn in dieser wichtigen Region zusammenzuarbeiten. Aus dieser österreichisch-rumänischen Initiative ist zwischenzeitlich ein Kernprojekt der EU geworden. Der Donauraum ist gerade für uns Österreicher ein potentieller Wachstumsmotor und die Donau ist nicht nur ein Symbol des zusammenwachsenden Europa, sondern auch Teil unserer europäischen Identität. Im Rahmen unserer aktiven Nachbarschaftspolitik will ich einen weiteren Fokus auf die Schwarzmeerregion legen – die Zukunftsregion Europas. Ihr großes wirtschaftliches, menschliches und kulturelles Potential gilt es gezielt zu nutzen.

Gerade in der Wirtschaftskrise spüren die Österreicherinnen und Österreicher, dass wir die Verankerung in einer starken und handlungsfähigen Gemeinschaft brauchen. Zugleich gibt es weiterhin eine spürbare EU-Skepsis im Land und immer wieder Kritik an der Entwicklung in der EU. Daher suche ich ganz gezielt das persönliche und direkte Gespräch mit möglichst vielen Bürgern. Meine „EU-Zuhörtour“ quer durch die Bundesländer zeigte, dass ein gelebter und ehrlicher Dialog das wirksamste Mittel gegen EU-Skep-

Vorwort

sis ist. Von den Erfahrungen bei diesen Diskussionen und Begegnungen ausgehend präsentierte ich am Europatag 2009 der Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zum Europadialog in Österreich, das die Basis für die weiteren Bemühungen in diesem Bereich darstellt. Mit der aktuellen EU-Dialogtour durch die Bundesländer führe ich den Europa-Dialog konsequent fort.

Die österreichische Auslandskulturpolitik stand 2009 vor allem im Zeichen der Zeitenwende 1989. Im Zuge des Projektes „1989 | 2009. Geteilt. Geeint. Aufbruch in ein neues Europa“ haben wir sichtbar gemacht, wie sehr dieses historische Umbruchjahr Teil unserer europäischen Identität, unseres Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins geworden ist. Durch eine Vielzahl von Veranstaltungen konnten wir gerade den Jugendlichen, die keine persönliche Erinnerung an die Teilung Europas haben, die Bedeutung des Falles des Eisernen Vorhanges näher bringen. Die Kunst mit ihrem integrativen Potential ist der Politik mitunter ein Stück voraus, im Denken bisher ungedachter Zusammenhänge sowie Ermöglichen neuer Formen der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens. Hier wie auch in anderen Bereichen schafft die Auslandskulturarbeit eine win-win-Situation für alle Beteiligten.

Einen zentralen Platz in unserer täglichen Arbeit nehmen die Serviceleistungen für die Österreicherinnen und Österreicher, die im Ausland in eine Notlage geraten, und die Betreuung der AuslandsösterreicherInnen ein. Das Bürgerservice umfasst die konsularische Betreuung im Einzelfall genauso wie Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums leisten hier oft unter schwierigen, manchmal auch gefährlichen Bedingungen mit außergewöhnlichem Idealismus und Einsatz großartige Arbeit.

Die Bekämpfung der Armut mit ihren Konsequenzen für den Frieden, die Sicherheit, die Umwelt und vor allem für die einzelnen Menschen ist eine der schwierigsten aber dringendsten Herausforderungen unserer Zeit. Österreich engagiert sich im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit mit seiner umfassenden Expertise weltweit für die Verringerung von Leid und Armut. Unsere Konzentration gilt insbesondere den Themen Ländliche Entwicklung, Wasserversorgung, Energieeffizienz, Klimaschutz und Bildung. Dabei ist nicht nur das finanzielle Volumen der Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich, sondern vor allem die Qualität der Projekte, der Einsatz der involvierten Personen und das große Know-how, dass sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im Laufe der Jahrzehnte erworben hat. Die verstärkte Zusammenarbeit aller beteiligten Ressorts und eine Verbesserung der Kohärenz ist mir dabei ein wichtiges Anliegen – denn Entwicklungszusammenarbeit ist die Verantwortung der gesamten Bundesregierung.

Abschließend möchte ich Generalsekretär Johannes Kyrle und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Zentrale und an den Vertretungsbehörden im Ausland meinen Dank und meine Anerkennung für ihr Engagement

Vorwort

und Teamgeist aussprechen. Ohne ihren tagtäglichen Einsatz könnte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten seine vielfältigen Aufgaben für unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger nicht so erfolgreich wahrnehmen.

A handwritten signature in black ink, reading "Michael Spindelegger". The signature is written in a cursive style with a prominent initial 'M' and a long, sweeping underline.

Dr. Michael Spindelegger
Bundesminister für europäische und
internationale Angelegenheiten

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
A. Österreich in der Europäischen Union	1
I. Die Finanzkrise und die Antwort der Europäischen Union	1
II. Die Erweiterung der Europäischen Union	3
1. Kroatien und Türkei	4
2. Bulgarien und Rumänien	5
3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer	6
4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union	7
5. Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa	7
III. Der Ratifikationsprozess zum Vertrag von Lissabon	8
IV. Europainformation	10
V. Österreich in den europäischen Institutionen	12
1. Österreichische VertreterInnen in den EU-Organen	12
2. Europäisches Parlament (EP)	13
3. Der Ausschuss der Regionen	13
4. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	13
5. Gerichtshof der Europäischen Union	14
VI. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern	15
VII. Die Politiken der Europäischen Union	17
1. Wirtschaft und Finanzen	17
2. Beschäftigung und Sozialpolitik	17
3. Struktur- und Kohäsionspolitik	18
4. Binnenmarkt und Industriepolitik	19
5. Gemeinsame Agrarpolitik	21
6. Verkehr	22
7. Umwelt	24
8. Konsumentenschutz	25
9. Energie	26
10. Bildung und Jugend	27
11. Forschung	28
12. Europäische Satellitennavigationsprogramme GALILEO und EGNOS	29
13. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	30
	VII

Inhaltsverzeichnis

14. Terrorismusbekämpfung	30
15. Gesundheit	32
VI. Die Außenbeziehungen der Union	33
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	33
2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik	39
3. Südosteuropa/Westliche Balkanländer	41
4. Die Osteuropäischen Staaten	48
5. Russland	53
6. Zentralasien	54
7. Naher und Mittlerer Osten, Mittelmeerraum und Golf- staaten	57
8. Nordamerika	61
9. Lateinamerika und Karibik	65
10. Afrika südlich der Sahara	71
11. Asien	77
12. Australien, Neuseeland, Ozeanien	84
B. Österreich in anderen europäischen Foren	86
I. Europäische Sicherheitspolitik	86
1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partner- schaft für den Frieden	86
2. Die Diskussion über die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur	87
3. Die Diskussion über eine Raketenabwehrbasis in Europa ...	88
II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	88
1. Die Debatte über die Zukunft der Sicherheit in Europa	88
2. Ministerrat in Athen / Regionalfragen und Feldaktivitäten.	89
3. Die menschliche Dimension der OSZE	92
4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE	94
5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE	94
6. Amtssitz	95
7. Parlamentarische Versammlung der OSZE	95
III. Europarat	95
1. Politische Entwicklungen	95
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen	97
3. Menschenrechte	98
4. Monitoring	98
5. Hilfsprogramme	100
6. Die Organe des Europarates	100

Inhaltsverzeichnis

7. Der Europarat und Österreich.....	101
IV. Zentraleuropäische Initiative	102
V. Nachbarschaftspolitik.....	103
1. Regionale Partnerschaft	103
2. Schweiz, Liechtenstein	104
3. Südtirol.....	106
4. Nukleare Sicherheit	109
5. Alpenkonvention	110
6. Die Zusammenarbeit im Donauraum und in der Schwarz- meerregion.....	110
C. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen	113
I. Einleitung.....	113
II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen.....	113
1. Organisatorische Fragen	113
2. Politische Fragen.....	115
3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen.....	117
4. Menschenrechte	118
5. Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung.....	118
6. Sozialpolitik	118
7. Internationale Frauenfragen	118
8. Humanitäre Angelegenheiten	118
9. Friedliche Nutzung des Weltraums.....	119
10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen.....	119
11. Völkerrechtliche Fragen.....	120
III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.....	122
1. Die Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat	122
2. Tätigkeit des Sicherheitsrates	125
3. Nukleare Abrüstung und nukleare Nonproliferation	138
4. Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten	138
5. Menschenrechte von Frauen	139
6. Kinder und bewaffnete Konflikte	139
7. Terrorismusbekämpfung	140
8. Drogenbekämpfung	141
9. Arbeitsgruppe über internationale Tribunale	142
10. Friedenserhaltende Operationen.....	142
11. Die Reformdebatte.....	143
IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung	144

Inhaltsverzeichnis

V. Der Wirtschafts- und Sozialrat	144
1. Allgemeiner Teil.....	144
2. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa.....	145
VI. Der Internationale Gerichtshof.....	145
VII. Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen.....	146
1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).....	146
2. Internationale Arbeitsorganisation (ILO)	147
3. Internationale Fernmeldeunion (ITU).....	147
4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	148
5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO).....	148
6. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).....	148
7. Weltgesundheitsorganisation (WHO).....	149
8. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)	150
9. Welttourismusorganisation (UNWTO).....	150
10. Weltpostverein (UPU)	151
11. Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO).....	151
12. Weltorganisation für Meteorologie.....	151
D. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik.....	153
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen.....	153
1. Bürgerservice.....	153
2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement	154
3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen.....	155
4. Neue Verträge	155
II. Reise- und Grenzverkehr.....	156
1. Sichtvermerksangelegenheiten.....	156
2. Grenzverträge	158
III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik.....	158
IV. Die AuslandsösterreicherInnen	158
1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen	159
2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland	160

Inhaltsverzeichnis

3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union	160
4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eParticipation, eVoting.....	161
E. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	163
I. Einleitung.....	163
1. Internationale Grundlagen.....	163
2. Gesetzliche Grundlagen	163
3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit	163
4. Nachhaltige Entwicklung.....	164
5. Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung.....	164
II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	165
1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Süd	165
2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Ost	168
3. Themen und Sektoren.....	170
4. Kofinanzierung	174
5. Evaluierung	175
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	175
1. Die Vereinten Nationen.....	176
2. Die Europäische Union	178
3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen	179
IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen.....	180
1. Österreichische bilaterale humanitäre Hilfe	180
2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe	182
F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen	185
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen	185
1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.....	185
2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen	185
3. Genfer Abrüstungskonferenz	186
4. Chemiewaffenkonvention.....	186
5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen.....	187
6. Ballistische Raketen	187

Inhaltsverzeichnis

II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen	188
1. Antipersonenminen	188
2. Streumunition	188
3. Kleinwaffen und leichte Waffen	189
III. Exportkontrollregime	189
1. Multilaterale Exportkontrolle	189
2. Waffenhandelskontrollvertrag	190
3. Nationale Exportkontrolle	191
G. Der internationale Schutz der Menschenrechte	192
I. Einleitung	192
II. Menschenrechte in der Europäischen Union	192
1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union	192
2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge	195
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen	196
1. Der Menschenrechtsrat	197
2. Die Generalversammlung	199
3. Die Frauenstatuskommission	200
IV. Menschenrechte in der OSZE	200
V. Menschenrechte im Europarat	200
VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit	201
VII. Schwerpunktthemen	202
1. Menschenrechte von Kindern	202
2. Menschenrechte von Frauen	203
3. Kampf gegen Rassismus	204
4. Minderheitenschutz	204
5. Binnenvertriebene	205
6. Menschenrechtsbildung	205
7. Humanitäres Völkerrecht	206
H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen ..	207
I. Migrations- und Flüchtlingsfragen	207
1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen	207
2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich	207
3. Die Internationale Organisation für Migration	208
II. Internationale Drogenkontrolle	208
III. Internationale Verbrechensverhütung	209
IV. Der Internationale Strafgerichtshof	211

Inhaltsverzeichnis

I. Multilaterale Wirtschaftspolitik	212
I. Welthandelsorganisation (WTO).....	212
II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	213
1. Internationale Wirtschaft und Finanzen	213
2. Österreich und das Bankgeheimnis.....	213
3. OECD–Länderbericht über Österreich.....	214
4. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Beschäftigung	214
5. Umweltpolitik und Nachhaltigkeit in der OECD.....	215
6. Erweiterung und Enhanced Engagement	216
7. Ausgewählte Publikationen.....	216
8. Internationale Energieagentur	217
J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik	218
I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002	218
II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP).....	218
III. Globale Umweltschutzabkommen	219
K. Auslandskulturpolitik	222
I. Zielsetzungen und Schwerpunkte	222
1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit.....	222
2. Auslandskulturpolitische Initiativen	227
3. Kulturelle Förderungen	228
II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft	230
III. Österreich-Bibliotheken	230
IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache	232
1. Wissenschaft und Bildung.....	232
2. Sprache	232
V. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	233
VI. Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union.....	234
VII. Interkultureller und interreligiöser Dialog	236
1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs	236
2. Anna-Lindh-Stiftung	237
3. Interreligiöser Dialog des ASEM	238
VIII. Konferenz über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust	238

Inhaltsverzeichnis

IX. Österreichischer Vorsitz in der Internationalen Holocaust-Task Force (ITF) – Internationales Netzwerk zu Bildung, Gedenken und Forschung	239
L. Medien und Information.....	240
I. Allgemeines	240
II. Internetauftritt	240
III. Publikationen.....	241
IV. Pressekonferenzen und Veranstaltungen.....	241
V. Presserätetagung	241
M. Der österreichische auswärtige Dienst	242
I. Einleitung	242
II. Arbeiten im Außenministerium.....	243
III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick.....	244
IV. Weltweite Infrastruktur	245
1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten	245
2. Informationstechnologie	246
3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement	246
V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate.....	247
VI. Organisationsplan.....	250
VII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen.....	252
N. Ausgewählte Dokumente	258
I. Vereinte Nationen, Sicherheitsrat, Resolution 1894 (2009), verabschiedet auf der 6216. Sitzung des Sicherheitsrates am 11. November 2009.....	258
II. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger anlässlich der offenen Debatte über den Schutz von Zivilisten, New York, Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 11. November 2009 (nur Englisch)	266
III. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger bei der VN-Abrüstungskonferenz, Genf, 2. September 2009 (nur Englisch)	267
IV. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger beim Donauforum, Linz, 29. Juni 2009.....	270
V. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger beim Symposium “Identity and Participation: Cross Cultural and Muslim Youth in Europe”, Wien, 29. Juni 2009 (nur Englisch) .	274

Inhaltsverzeichnis

VI. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger beim Europakongress des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten „1989–2009. Geteilt – Geeint. Aufbruch in ein neues Europa“ Wien, 28. Mai 2009	278
VII. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger zum Abschluss der „EU-Zuhörtour“, Wien, 6. Mai 2009.....	282
Anhang	288
I. Länderinformationen.....	288
II. Österreich und die Staatenwelt	420
III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich.....	425
IV. Wien als Sitz internationaler Organisationen	426
V. Diplomatische Akademie Wien	429
VI. Österreich in internationalen Organisationen.....	431
VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien.....	449
VIII. Österreich in Zahlen von 1950 bis 2009.....	459
IX. Österreich im internationalen Vergleich	460
X. Außenhandel 2009 mit der EU und wichtigen Ländergruppen	470
XI. Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2008 und 2009.....	474
Sachindex	478

A. Österreich in der Europäischen Union

I. Die Finanzkrise und die Antwort der Europäischen Union

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Weltwirtschaft vor ernste Herausforderungen gestellt und zur schwersten Rezession seit den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts geführt. Der Konkurs der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hat einen Schock im globalen Finanzsystem ausgelöst, der schnell auf die Realwirtschaft und damit auf die Beschäftigung übergriff. Zur Bewältigung der Krise haben die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Vielzahl außerordentlicher Maßnahmen ergriffen, zu denen auch das Europäische Konjunkturprogramm vom Dezember 2008 gehört, sowie kurzfristigen Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor. Aufbauend darauf wurden im Lauf des Jahres eine Reihe von **Folgemaßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und Reformen im Bankensektor** ergriffen um eine weitere Ausweitung der Krise zu verhindern, darunter:

- Reform der Finanzmarktaufsicht auf europäischer Ebene durch die Schaffung von drei neuen europäischen Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiere mit Sitz in Frankfurt, London und Paris. Die neuen EU-Behörden sollen für die Anwendung der auf EU-Ebene vereinbarten Regeln sorgen, bei grenzüberschreitenden Konflikten vermitteln, bindende technische Aufsichtsstandards erlassen können und die Aufsicht über spezifische, EU-weit tätige Finanzinstitute, darunter auch Ratingagenturen, übernehmen.
- Neben den drei EU-Behörden wird ein neuer Europäischer Ausschuss für Systemrisiken geschaffen. Auch die Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden soll verstärkt werden (Zustimmung des Europäischen Parlaments 2010).
- Fortsetzung der Arbeiten in den Bereichen Eigenkapitalvorschriften, Vergütungspolitik („Managergehälter“), Bekämpfung der Prozyklizität im Bankensektor in Abstimmung mit den Vorschlägen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Vorlage weiterer Vorschläge der Europäischen Kommission 2010).
- Festlegung einer koordinierten und geordneten „Ausstiegsstrategie“ aus den zeitlich befristeten Banken- und Konjunkturpaketen, begleitet von einem konkreten Zeitplan für die Konsolidierung der Staatshaushalte.
- Fortsetzung der Debatte zur Transparenz in Steuerfragen mit dem Paket Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten und Novellen zur Zinsen-, Amtshilfe- und Beitreibungsrichtlinie.

Das Vertrauen in die Märkte ist wieder gewachsen, die **Wirtschaftslage** stabilisiert sich langsam, die Europäische Kommission geht in ihrer Herbstprognose für den Zeitraum 2009–2011 von einer Rückkehr zu stärkerem Wachs-

Österreich in der Europäischen Union

tum bis 2011 aus, wenn auch für das Gesamtjahr noch ein BIP-Rückgang um rund 4% für die Union als Ganzes zu erwarten ist. Die **allmähliche Erholung der EU-Wirtschaft** und die Stabilisierung der Finanzmärkte ist jedoch maßgeblich auf die umfangreichen, zeitlich befristeten haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen der Regierungen der Mitgliedstaaten, der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank zurückzuführen. Analog zur Realwirtschaft wurden daher auch für den Finanzsektor die Grundsätze für einen geordneten und auch zeitlich gut abgestimmten Übergang aus den öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen festgelegt. Aufbauend auf den Überlegungen der EU-Finanzminister beim ECOFIN am 10. November beschloss der Europäische Rat am 10. und 11. Dezember eine „**Exit-Strategie**“ für den mittelfristigen Ausstieg aus den Maßnahmen. Auf österreichische Initiative wurde die Europäische Kommission beauftragt, in Zusammenhang mit der Exit-Strategie innovative Finanzierungsmöglichkeiten, darunter die Finanztransaktionssteuer, zu prüfen.

Die Krise hat auch den **internationalen Steuerwettbewerb** verschärft: Im Zusammenhang mit der Strategie der Europäischen Kommission zur Stärkung der „Good Governance“ in Steuerfragen soll die Transparenz bei der Zusammenarbeit in Steuerfragen verbessert werden. Der Druck auf Steueroasen und damit in Zusammenhang die Bekämpfung von Steuerflucht wurde nicht nur auf EU-Ebene, sondern verstärkt auch seitens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**OECD**) und den G-20 thematisiert, welche das Bankgeheimnis als wesentliches Hindernis für Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung ansehen.

Parallel dazu entwickelte sich auf **internationaler Ebene** die **G-20**, in welcher neben einzelnen Mitgliedstaaten auch die EU als Ganzes vertreten ist, zu einem globalen Forum für **Reformen im Finanz- und Wirtschaftsbereich**. Bei den ersten beiden Gipfeln am 15. und 16. November 2008 in Washington und am 1. und 2. April in London wurden folgende Schwerpunkte festgelegt: Verbesserung der Systemstabilität der internationalen Finanzmärkte durch Stärkung der globalen Zusammenarbeit, Stärkung der Transparenz, sowie Reform des Internationalen Währungsfonds (**IWF**), der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken. Dieses Arbeitsprogramm wurde beim dritten Gipfel am 24. und 25. September in Pittsburgh um die Schaffung eines Rahmens für nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum (Klimafinanzierung) erweitert. Im Bereich der Aufsicht sollen globale Standards entwickelt und von den nationalen Aufsichtsbehörden umgesetzt werden. Systemisch wichtige Finanzinstitute sollen einer konsistenten konsolidierten Aufsicht und Regulierung sowie den höchsten Standards unterliegen. Das Financial Stability Board, das beim G-20 Gipfel von London als Nachfolgegremium mit erweiterten Kompetenzen des 1999 von den G-7 Finanzministern und –Notenbankchefs gegründeten Financial Stability Forums hervorging, soll bis Ende 2010 diesbezügliche Vorschläge vorlegen. Ebenfalls bis Ende 2010 sollen Regeln zur Verbesserung von Qualität und Quantität des Eigenkapitals

Die Erweiterung der Europäischen Union

vereinbart und die Eigenkapitalvorschriften, die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagen wurden (sog. Basel II) von allen G-20-Finanzzentren bis 2011 implementiert werden. Zum Thema „Managergehälter“ hat die G-20 im Wesentlichen die Vorschläge des Financial Stability Forums übernommen, wonach sich Bonuszahlungen am langfristigen Erfolg orientieren sollen.

Die meisten Staaten der Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa (**CESEE**) sind wegen ihrer großen Abhängigkeit vom Auslandskapital und wegen ihrer überdurchschnittlichen Exportabhängigkeit noch stärker von der Krise betroffen als die meisten „alten“ Mitgliedstaaten der EU (mit Ausnahme Irlands, Spaniens und Großbritanniens aufgrund der geplatzten Immobilienblasen). Ein substantieller Teil des Wirtschaftswachstums in diesen Ländern war kreditfinanziert. Der krisenbedingte Abzug von Portfoliokapital kombiniert mit Refinanzierungsproblemen auf den internationalen Märkten und die Abwertung nationaler Währungen brachte eine Reihe von Ländern an den Rand des finanziellen Kollaps. Eine Ausweitung der Krise in diesen Ländern hätte auch Folgen für die EU insgesamt, weil das Auslandsengagement vieler Banken in diesen Ländern systemkritisch ist. Gefahrenpotential birgt der Anteil an ausfallgefährdeten Krediten, wobei nach Meinung von Analysten bis Ende 2009 der Höhepunkt an möglichen Ausfällen noch nicht erreicht war.

II. Die Erweiterung der Europäischen Union

Als Grundlage für die Vorgangsweise der Union im Erweiterungsprozess gilt der im Dezember 2006 vom Europäischen Rat verabschiedete und in der Folge mehrfach bestätigte „erneuerte Konsens über die Erweiterung“. Eckpfeiler dieser Strategie sind die Konsolidierung eingegangener Verpflichtungen, eine faire und entschlossene Konditionalität, eine verbesserte Kommunikation mit der Öffentlichkeit und die Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der Union, die besonders hervorgehoben wurde.

Die am 14. Oktober von der Europäischen Kommission veröffentlichte Mitteilung zur **Erweiterungsstrategie** (welche auch die Fortschrittsberichte zu den einzelnen Staaten umfasst) identifizierte die globale Wirtschaftskrise, sowie die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit, die Lösung von bilateralen Konflikten und die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit als größte Herausforderungen für die Kandidatenländer im Jahr 2010. Zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten präsentierte die Europäische Kommission einen multidimensionalen Lösungsansatz, dessen Schwerpunkte die Sicherstellung der Qualität der Beitrittsvorbereitungen, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Unterstützung durch Finanzhilfe, die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel und ein verstärkter Dialog mit der Öffentlichkeit zu Erweiterungsthemen sind.

Österreich in der Europäischen Union

Die zentrale Schlussfolgerung der Heranführungsstrategie bezog sich auf die Einschätzung der Europäischen Kommission, dass die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien 2010 abgeschlossen werden könnten, vorausgesetzt, das Land erfüllt planmäßig die noch ausstehenden Bedingungen. Bei der Türkei stellte die Europäische Kommission mangelnden Reformelan fest, verwies jedoch auch auf die positiven regional- und energiepolitischen Entwicklungen der letzten Zeit und die strategische Bedeutung des Landes.

Island hatte am 16. Juli einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt und wurde somit auch in der Erweiterungsstrategie der Europäischen Kommission berücksichtigt. Aufgrund der Beteiligung Islands am Europäischen Wirtschaftsraum und der Schengen-Mitgliedschaft des Landes konstatierte die Europäische Kommission eine bereits enge Verflechtung mit der Union in wesentlichen Bereichen.

1. Kroatien und Türkei

Der sog. Screeningprozess (Prüfung der rechtlichen Bestimmungen der Kandidatenländer auf deren Vereinbarkeit mit dem gemeinschaftlichen Rechtsbestand) für **Kroatien** war schon 2008 abgeschlossen worden, und Kroatien konnte sich der Abschlussphase der Beitrittsverhandlungen beträchtlich annähern. Diese blieben jedoch infolge ungelöster Grenzstreitigkeiten zwischen Slowenien und Kroatien bis zur Beitrittskonferenz am 2. Oktober durch Slowenien blockiert. Erst die Einigung der beiden Länder auf ein bilaterales Abkommen über eine Vorlage des Streites an ein Schiedsgericht führte zur Deblockierung und brachte erneut Bewegung in die Beitrittsverhandlungen (siehe Kapitel A. VI. 3.1.1). Für sechs Kapitel wurden Verhandlungen eröffnet: Freier Kapitalverkehr, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzenschutzpolitik, Steuern, Regionalpolitik und strukturelle Instrumente sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit. Die Verhandlungen in zehn Kapiteln konnten vorläufig abgeschlossen werden. Damit lag die Gesamtzahl der eröffneten Verhandlungskapitel bei 28 (von 33) und der der vorläufig abgeschlossenen bei 17. Außerdem setzte der Rat eine Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung des Beitrittsvertrags ein, die im Dezember ihre Arbeit aufnahm. Der Rat der AußenministerInnen vom 7. und 8. Dezember würdigte die erzielten Fortschritte, betonte aber, wie auch die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht, die Notwendigkeit der wirksamen Anwendung des EU-Rechtsbestandes sowie die Erfüllung der Kriterien in den Bereichen Justiz, öffentliche Verwaltung, Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen, Minderheitenrechte und Flüchtlingsrückkehr. Außerdem wies er auf die Wichtigkeit der uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (**ICTY**) hin.

Die **Türkei** konnte mit der Verabschiedung eines Nationalen Programms zur Übernahme des Rechtsbesitzstandes und der Ernennung eines Vollzeit-

Die Erweiterung der Europäischen Union

Chefunterhändlers ihr Engagement für den EU-Beitrittsprozess bekräftigen. Die Europäische Kommission würdigte in ihrem Fortschrittsbericht die unternommenen Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu Armenien und wies auf die positive energiepolitische Entwicklung der Türkei durch die Unterzeichnung der zwischenstaatlichen Vereinbarung über den Bau der Erdgaspipeline Nabucco hin. Trotz dieser Bemühungen war die Entwicklung von einem nur zögerlichen Reformtempo gekennzeichnet. Im Fortschrittsbericht nannte die Europäische Kommission eine Vielzahl von Bereichen, die weiterhin Anlass zur Sorge geben: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Gewerkschaftsrechte, die zivile Kontrolle über das Militär, die Rechte der Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter. Wesentlich energischer müsse vor allem gegen die Straffreiheit der Täter bei Fällen von Folter und Misshandlungen vorgegangen werden. Eingemahnt wurden weiters Fortschritte im Bereich der Minderheitenrechte sowie erhebliche Bemühungen in der Reform des Justizwesens und der öffentlichen Verwaltung sowie gutnachbarschaftliche Beziehungen. Für 23 Kapitel ist der Screeningprozess bereits beendet. In zwei Kapiteln – Steuern und Umwelt – konnten die Verhandlungen eröffnet werden, womit insgesamt zwölf Kapitel eröffnet sind. Die ablehnende Haltung in einigen EU-Mitgliedsstaaten bezüglich eines Vollbeitritts der Türkei führte dazu, dass gewisse Schlüsselkapitel von den Beitrittsverhandlungen ausgeschlossen bleiben.

Keine Verbesserung konnte in der Normalisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und dem EU-Mitglied Zypern erreicht werden. Die Türkei weigerte sich nach wie vor ihren Verpflichtungen aus dem Ankara-Protokoll nachzukommen und die seit 1995 mit der EU bestehende Zollunion auf alle der Union im Jahr 2004 beigetretenen Staaten auszudehnen. Die Entscheidung der EU-AußenministerInnen vom 11. Dezember 2006, acht damit im Zusammenhang stehende Kapitel vollkommen einzufrieren und auch keines der übrigen Kapitel mehr provisorisch abzuschließen, bleibt daher aufrecht.

2. Bulgarien und Rumänien

Bulgarien und Rumänien sind seit 1. Jänner 2007 Mitglieder der EU. Um bestehenden Restdefiziten im besonders sensiblen Bereich Justiz und Inneres zu begegnen, wurde im Dezember 2006 ein eigener **Kooperations- und Verifikationsmechanismus (KVM)** eingerichtet, der die Erfüllung spezifischer Kriterien (Benchmarks) überprüft. In ihrem Ende Juli veröffentlichten Bericht über die Realisierung dieser Benchmarks sprach sich die Europäische Kommission für eine Fortsetzung des Verifikationsmechanismus aus und forderte beide Länder auf, weitere Maßnahmen im Justizbereich, insbesondere zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, zu setzen. Die Europäische Kommission konnte zwar bei Bulgarien und Rumänien eine positive Haltungsänderung feststellen, hielt aber beide Länder

Österreich in der Europäischen Union

dazu an, ihre Reformbemühungen zu intensivieren, da die Benchmarks weiterhin nicht voll erfüllt wurden. Die aufgrund von schweren Unregelmäßigkeiten im Jahr 2008 suspendierten Zahlungen von EU-Mitteln an Bulgarien konnten nach festgestellter Verbesserung in der Finanzgebarung im Laufe des Jahres wieder aufgenommen werden.

3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer

Die EU entwickelte für alle westlichen Balkanländer den sogenannten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (**SAP**), in dessen Rahmen jedes der Länder durch individuelle Reformschritte enger an die EU herangeführt und langfristig in die Lage versetzt werden soll, die EU-Beitrittsperspektive zu verwirklichen. Die Länder haben daher für nahezu alle ihre Ausfuhren freien Zugang zum EU-Binnenmarkt und erhalten finanzielle Unterstützung bei ihren Reformbemühungen. Ein Kernstück des Prozesses bilden die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (**SAA**), die neben wirtschaftlicher Assoziierung auch die Übernahme von Teilen des Rechtsbesitzstandes durch den assoziierten Staat sowie Kooperationen mit der EU in einer Vielzahl von Politikbereichen vorsehen.

Die SAA mit Mazedonien, Kroatien und Albanien traten am 1. April 2004, am 1. Februar 2005 bzw. am 1. April 2009 in Kraft. Die mit Montenegro am 15. Oktober 2007 und mit Bosnien und Herzegowina am 16. Juni 2008 unterzeichneten Abkommen befinden sich im Ratifikationsprozess. Die Ratifizierung des am 29. April 2008 mit Serbien unterzeichneten SAA wurde noch nicht freigegeben, da die Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal von manchen EU-Mitgliedsstaaten als noch nicht ausreichend beurteilt wurde; jedoch kann das schon bisher einseitig von Serbien angewendete SAA-Interimsabkommen, welches die Handelsbestimmungen umfasst, nach entsprechenden Beschlüssen des Rates der AußenministerInnen vom 7. und 8. Dezember mit 1. Februar 2010 in Kraft treten. Eine zufriedenstellende Bilanz der Umsetzung der SAA-Verpflichtungen (zumindest derjenigen aus dem Interimsabkommen) durch das jeweilige Land gilt als Voraussetzung dafür, dass die EU einen Beitrittsantrag in Erwägung zieht.

Für Mazedonien, das seit 2005 Kandidaten-Status genießt, blieb die Frage des Beginnes von Beitrittsverhandlungen wegen des ungelösten Namensstreites mit Griechenland nach wie vor offen.

Die von Montenegro und Albanien (am 15. Dezember 2008 bzw. am 29. April 2009) gestellten Beitrittsanträge wurden jeweils nach einiger Verzögerung an die Europäische Kommission mit dem Auftrag weitergeleitet, einen sogenannten Avis zu erstellen. Darin wird eine eingehende Beurteilung vorgenommen, inwieweit das Antrag stellende Land fähig und vorbereitet ist, in Beitrittsverhandlungen zu treten. Serbien stellte am 19. Dezember einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union.

Die Erweiterung der Europäischen Union

Die Erfüllung aller Kriterien vorausgesetzt bildet die Heranführung der westlichen Balkanländer an die EU eine außenpolitische Priorität Österreichs. Österreich begrüßte daher die am 19. Dezember in Kraft getretene Visaliberalisierung für Mazedonien, Montenegro und Serbien; Albanien sowie Bosnien und Herzegowina sollten folgen, wenn und sobald die strengen Kriterien für eine Visaliberalisierung erfüllt sind.

4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union

Das Instrument für Heranführungshilfe (Instrument for Pre-Accession Assistance, **IPA**) unterstützt die Kandidatenländer Kroatien, Mazedonien und Türkei sowie die potenziellen Kandidatenländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo (gemäß VN-SR Resolution 1244), Montenegro und Serbien auf ihrem Weg der Annäherung an die EU mit einem Finanzvolumen von 11,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007–2013.

Konkrete Unterstützung im Heranführungsprozess leistete Österreich mit der Beteiligung an der regionalen Zusammenarbeit und mit Verwaltungspartnerschaften (EU-Twinning) unter IPA. Österreichische Beteiligungen an EU-finanzierten Twinning-Projekten zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung in den Empfängerländern gab es insbesondere in den Bereichen Justiz und Inneres, Umweltschutz sowie Landwirtschaft. Geografische Schwerpunkte des österreichischen Twinning-Engagements waren im Jahr 2009 Kroatien mit fünf und Serbien mit vier Projekten sowie Bulgarien und Rumänien, die noch bis Ende 2009 im Rahmen der Übergangsfazilität von diesem Instrument profitieren konnten mit je drei von insgesamt 27 Projektzuschlägen. Das Projektvolumen betrug rund 29,6 Millionen Euro – auf Grund des Wegfalls der Twinning-Aktivitäten in den neuen Mitgliedsstaaten, wo Österreich traditionell besonders erfolgreich war, weniger als in den Vorjahren.

Da die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise die Reformgeschwindigkeit der westlichen Balkanländer zusätzlich belastet haben, ist die EU bestrebt, den aktuellen Erweiterungsprozess nachdrücklich durch den Anreiz für politische und wirtschaftliche Reformen aufrecht zu erhalten. Besonderes Gewicht wird dabei auf den Aufbau staatlicher Verwaltungsstrukturen und Rechtsstaatlichkeit gelegt, was sich in einer vermehrten Anzahl von Projektausschreibungen in diesen Bereichen niederschlägt.

5. Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa

Die nachhaltige Zusammenarbeit unter den Ländern Südosteuropas ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der gesamten Region in die europäischen Strukturen. Als Nachfolger des Stabilitätspakts für Südosteuropa bemühte sich der Regionale Kooperationsrat (Regional Cooperation Council,

Österreich in der Europäischen Union

RCC), unter Leitung des Kroaten Hido Bišćević mit Sitz in Sarajewo, die Eigenverantwortung der Länder der Region stärker zu fördern und zu fordern. Zu den Kernbereichen seiner Tätigkeit gehören wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Infrastruktur und Energie, Justiz und Inneres, Sicherheitskooperation, Bildung und Forschung sowie parlamentarische Zusammenarbeit. Die EU und einige ihrer Mitgliedstaaten, darunter Österreich, unterstützen die Arbeit des RCC inhaltlich und finanziell und sind im Verwaltungsrat der Organisation mit Sitz und Stimme vertreten.

III. Der Ratifikationsprozess zum Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember in Kraft getreten ist, ändert den Vertrag über die Europäische Union und den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft, der in Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union umbenannt wird. Die erfolgten Änderungen der Grundlagenverträge der Europäischen Integration bedeuten die bisher umfassendste institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Union. Sie zielen darauf ab, die EU transparenter, bürgernäher, demokratischer und effizienter zu gestalten.

Einige Beispiele sollen dies näher belegen.

Die Rechte des Europäischen Parlaments wurden aufgewertet, das nunmehr als mit dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber auftreten kann; das sogenannte Mitentscheidungsverfahren von Rat und Europäischen Parlament wird nun zur Regel und auf die meisten Politikbereiche der EU ausgeweitet. Ebenso haben die Parlamente der Mitgliedstaaten mehr Möglichkeiten, sich in die Arbeit der EU einzubringen. Es wird noch mehr darauf geachtet, dass die Europäische Union nur dann tätig wird, wenn auf Ebene der EU bessere Ergebnisse erzielt werden können. Die Einhaltung dieses „Subsidiaritätsprinzips“ wird mit Hilfe einer neu geschaffenen Regelung verstärkt kontrolliert. Dies und die Tatsache, dass auch das Europäische Parlament mehr Gewicht erhält, sorgt für einen Zuwachs an Demokratie und Legitimität in der Funktionsweise der EU. Insgesamt werden die Interessen der einzelnen Staaten, das Gesamtinteresse der Union und die Interessen der BürgerInnen ausgeglichener als bisher berücksichtigt.

Im Rahmen der europäischen Bürgerinitiative können eine Million BürgerInnen aus „einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten“ verlangen, dass die EU-Kommission zu einem Thema eine Regelung vorschlägt.

Die Ende 2007 unterzeichnete EU-Charta der Grundrechte ist jetzt rechtsverbindlich. Das erhöht den Rechtsschutz der Bürger bei der Anwendung von EU-Recht.

Der Vertrag von Lissabon schafft einfachere und effizientere Arbeitsmethoden, indem die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat auf neue Politikbereiche ausgedehnt wird, um so eine schnellere und effizientere Entscheidungsfindung zu begünstigen. Zudem schafft der Reformvertrag stabi-

Der Ratifikationsprozess zum Vertrag von Lissabon

lere und schlankere Institutionen: Auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon wird erstmals ein Präsident des Europäischen Rates gewählt. Seine Amtszeit beträgt zweieinhalb Jahre. Der Belgier Herman Van Rompuy leitet alle EU-Gipfeltreffen und versucht in schwierigen Fragen Übereinstimmung herzustellen. Seine Amtszeit, die einmal verlängert werden kann, dauert zweieinhalb Jahre.

Um Europa als globalen Player das nötige Rüstwerk in die Hand zu geben, wurden alle außenpolitischen Instrumente der EU sowohl bei der Entwicklung neuer Strategien als auch bei der Entscheidungsfindung zusammengefasst. Das sichtbarste Beispiel dafür ist die Schaffung des Amt des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik, das derzeit Catherine Ashton in der Nachfolge Javier Solanas und Benita Ferrero-Waldners der EU innehat. Sie ist gleichzeitig eine Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Ihr wird ein eigenes diplomatisches Korps zuarbeiten, der Europäische Auswärtige Dienst. Dessen Konzept führt die außenpolitischen Kräfte einerseits der Mitgliedsländer und andererseits die Ressourcen der Unionsorgane zusammen. Dass die Union auf außenpolitischem Parkett mit einer Stimme spricht und in allen Aspekten ihres auswärtigen Handelns kohärent auftritt, sind langjährige Forderungen, denen künftig besser entsprochen werden sollte.

Zu Beginn des Jahres hatten 23 Mitgliedstaaten den Vertrag von Lissabon ratifiziert und ihre Ratifikationsurkunden in Rom hinterlegt. In Deutschland, Irland, Polen und der Tschechischen Republik erfolgte die Ratifikation im Laufe des Jahres.

In Deutschland entschied das Bundesverfassungsgericht am 30. Juni über mehrere Anträge gegen den Vertrag von Lissabon. Die Antragsteller bezweifelten unter anderem, dass die Annahme des Vertrags verfassungsgemäß sei, weil dieser Kompetenzen des deutschen Parlaments beschneide. In seinem Urteil hielt das Bundesverfassungsgericht fest, dass der Vertrag mit dem Grundgesetz vereinbar sei, jedoch Beteiligungsrechte des Parlaments ausgeweitet werden müssen, bevor die Ratifikation vorgenommen werden könne. Nach Ausarbeitung und Annahme einer entsprechenden Begleitgesetzgebung durch Bundestag und Bundesrat ratifizierte Bundespräsident Köhler am 22. September den Vertrag.

Nach dem negativen Ausgang des Vertrag von Lissabon-Referendums in Irland im Juni 2008 trug die EU den spezifischen Bedenken der irischen Bevölkerung Rechnung, indem der Europäische Rat im Dezember 2008 beschloss, dass jeder Mitgliedstaat auch künftig einen EU-Kommissar nominieren wird sowie dass Irland entsprechende Zusagen und Klarstellungen erhalten solle. Im Juni beschloss der Europäische Rat deren Wortlaut sowie dass die irischen Garantien anlässlich der nächsten Beitrittsrunde in Form eines Protokolls rechtlich verankert werden. Dieser Beschluss wurde am Tag des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon wirksam. Bei dem neuerlichen Referendum am 2. Oktober stimmte die irische Bevölkerung dem Vertrag zu.

Österreich in der Europäischen Union

Bei einer Wahlbeteiligung von 58 Prozent stimmten rund 67 Prozent für und 33 Prozent gegen den Vertrag. Die irische Präsidentin Mary McAleese unterzeichnete die Ratifikationsurkunde des Vertrags von Lissabon am 14. Oktober.

In Polen machte Präsident Kaczynski seine Bereitschaft zur Ratifikation des Vertrages von einem positiven Ausgang des Referendums in Irland abhängig. Kurz nach dem Referendum in Irland setzte er am 10. Oktober die Unterschrift unter die Ratifikationsurkunde.

In der Tschechischen Republik stimmten das Abgeordnetenhaus am 18. Februar und der Senat am 6. Mai für den Vertrag. Danach reichten einige Senatoren mehrere Verfassungsklagen gegen den Vertrag ein. Präsident Vaclav Klaus machte in der Folge die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde vom Ausgang dieses Verfahrens sowie vom irischen Referendum abhängig. Zwar wies das tschechische Verfassungsgericht die Klagen ab, dennoch weigerte sich Präsident Klaus weiterhin die Ratifikationsurkunde zu unterzeichnen. Er begründete dies mit seiner Befürchtung, dass der EuGH möglicherweise die EU-Grundrechtecharta so interpretieren könnte, dass auch Aspekte der Vergangenheit berührt werden. Der Europäische Rat vom 29. und 30. Oktober einigte sich daher darauf, dass auch die Tschechische Republik, so wie bereits Großbritannien und Polen, eine begrenzte Ausnahme im Hinblick auf die gerichtliche Durchsetzung der Grundrechtecharta in Anspruch nehmen kann. Das tschechische Verfassungsgericht urteilte kurz darauf nochmals positiv über den Vertrag, worauf Präsident Klaus am 3. November die Ratifikationsurkunde unterzeichnete. Falls die tschechische Regierung es wünscht, würde die Regelung betreffend die Durchsetzung der Grundrechtecharta in Tschechien zu gegebener Zeit in die Form eines Protokolls gebracht werden, welches von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Bis dahin gilt auch in der Tschechischen Republik die EU-Grundrechtecharta ohne Einschränkung.

Nachdem am 13. November die letzte Ratifikationsurkunde zum Vertrag von Lissabon in Rom hinterlegt wurde und damit die Urkunden sämtlicher 27 Mitgliedstaaten vorlagen, trat der Vertrag am 1. Dezember in Kraft.

IV. Europainformation

Das BMeiA kam mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Initiativen seinem Anliegen nach, die BürgerInnen über Europa und die EU umfassend zu informieren und dadurch die EU verständlicher zu machen. Besondere Schwerpunkte waren die Organisation von Diskussionsveranstaltungen und die Förderung des Dialogs und Gesprächs über Europa.

Am 21. Jänner fand im Stift Seitenstetten die Auftaktveranstaltung für die „**EU-Zuhörtour**“ von **Bundesminister Michael Spindelegger** statt. Ziel dieser „Zuhörtour“ war es, mit möglichst vielen Menschen in den Regionen und

Europainformation

Gemeinden über Sorgen und Anliegen zu Europa direkt ins Gespräch zu kommen. Bundesminister Spindelegger nahm am 18. Februar an einer Diskussionsveranstaltung in Graz teil und setzte die „Zuhörtour“ bei einem Besuch in Innsbruck am 6. März fort. Am 12. März diskutierte er in zwei Wiener Schulen über Europa und am 18. März mit Angestellten der Wiener Linien. Weitere Veranstaltungen im Rahmen seiner „Zuhörtour“ führten ihn am 2. April nach Salzburg, am 23. April nach Güssing und am 29. April nach Linz. Bei der Abschlussveranstaltung am 6. Mai im Wiener Museumsquartier konnte Bundesminister Spindelegger eine erfolgreiche Bilanz dieser Veranstaltungsreihe ziehen. Die „Zuhörtour“ zeigte einerseits ein überdurchschnittliches Interesse der jungen ÖsterreicherInnen an der EU, andererseits aber auch einen großen Informationsbedarf. Deshalb wurde die vom BMeiA gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik getragene Ausstellungs- und Diskussionsinitiative „Die EU und Du“ weiter fortgesetzt. In dieser Wanderausstellung für Schulen wurden die Geschichte und Gegenwart der EU mit anschaulichen Bildern illustriert und weiterführende Informationen zu aktuellen EU-Themen vermittelt. Fachleute des Ministeriums gaben bei zahlreichen Veranstaltungen an Österreichs Schulen Einblick in die täglichen Abläufe der Europapolitik. Eine Auswertung der bisherigen Schulbesuche durch Angehörige des Hauses ergab, dass für eine klare Mehrheit (85%) der SchülerInnen die EU-Mitgliedschaft eine „gute Sache“ sei.

In den Diskussionen wurden die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni, die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon und die von der EU zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise getroffenen Maßnahmen am häufigsten debattiert.

Anknüpfend an die erfolgreiche „Zuhörtour“ suchte Bundesminister Michael Spindelegger im Rahmen der „Europadialog-Tour“ weitere Gespräche mit den BürgerInnen zur EU. Nach einer Veranstaltung mit Bundeskanzler Werner Faymann am 23. November in St. Pölten wurde der „Europadialog“ am 25. November in Salzburg und am 26. November in Graz fortgesetzt. Neben Regierungsmitgliedern nahmen an diesen Terminen bekannte Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Sport teil, um mit der Öffentlichkeit über Chancen und Möglichkeiten, die uns Europa bietet, ins Gespräch zu kommen.

Sehr gut besucht war wieder der zum österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober im Ministerium abgehaltene **Tag der Offenen Tür**. Das angebotene Informationsmaterial zur EU stieß auf ein lebhaftes Interesse der Besucher der Räumlichkeiten des Ministeriums. EU-ExpertInnen des BMeiA standen der Öffentlichkeit für spontane Gespräche über europäische Fragen zu Verfügung.

Das BMeiA erarbeitete im Rahmen der EU-Managementpartnerschaft gemeinsam mit anderen Ressorts sowie den Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Österreich Strategien und Projekte zur Verbesserung der EU-Kommunikation. Die Umfragen von EURO-

Österreich in der Europäischen Union

BAROMETER ergaben gegen Ende des Jahres eine positivere Einstellung der ÖsterreicherInnen zur EU, was für die Bemühungen des Ministeriums um eine bestmögliche Information der Öffentlichkeit ein ermutigendes Zeichen darstellt.

V. Österreich in den europäischen Institutionen

1. Österreichische VertreterInnen in den EU-Organen

Von Mitte November 2004 bis Ende November 2009 war Benita Ferrero-Waldner als Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für den Bereich Auswärtige Beziehungen, danach für den Bereich Außenhandel. Obwohl das Mandat der Kommission Barroso I am 31. Oktober endete, wurde dieses aufgrund der Verzögerungen im Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon interimistisch verlängert. Wäre eine neue Kommission vor Inkrafttreten des Vertrages installiert worden, hätte diese gemäß damaliger Rechtslage verkleinert werden müssen.

Mit dem Inkrafttreten des **Vertrags von Lissabon** am 1. Dezember übernahm die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton das Portfolio der Außenpolitik von Kommissarin Ferrero-Waldner, welche bis zur Ernennung der **Kommission Barroso II** das Ressort der Handelskommissarin übernahm.

Als Nachfolger von Franz Fischler und Benita Ferrero-Waldner nominierte die österreichische Bundesregierung am 27. Oktober Bundesminister Johannes Hahn als Kommissionsmitglied. Dessen Nominierung wurde vom Hauptausschuss des Nationalrates am 5. November bestätigt. Am 27. November gab Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso bekannt, dass er Johannes Hahn im Rahmen der geplanten Ressortverteilung für den bedeutenden Bereich der Regionalpolitik vorsieht.

Es waren in der Europäischen Kommission durchschnittlich 442 ÖsterreicherInnen (darunter 204 Frauen und 238 Männer) beschäftigt, was einem Anteil von 1,8% am gesamten Personal der Europäischen Kommission entspricht.

Am Europäischen Gerichtshof beendete am 6. Oktober Richter Peter Jann seine langjährige Tätigkeit und wurde von Abgeordneter zum Europäischen Parlament Bundesministerin a.D. Maria Berger abgelöst. Josef Azizi ist Richter am Gericht Erster Instanz (EuGI). Seit 2003 stellt Österreich zudem mit Gertrude Tumpel-Gugerell ein Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank. Im Europäischen Rechnungshof ist Hubert Weber Mitglied der Prüfungsgruppe I „Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“.

*Österreich in den europäischen Institutionen***2. Europäisches Parlament (EP)**

Die 17 österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament wurden am 7. Juni direkt gewählt. Die Mandate für die laufende Legislaturperiode bis 2013 sind folgendermaßen auf die politischen Parteien verteilt: sechs Europäische Volkspartei und europäische Demokraten, vier Sozialdemokratische Fraktion, zwei Grüne und freie europäische Allianz sowie fünf Fraktionslose (drei Liste Hans-Peter Martin, zwei Freiheitliche). Die Wahlbeteiligung betrug in der gesamten EU 43%, in Österreich 46%.

Ausgehend von den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Dezember 2008 und Juni 2009 hat die spanische Regierung einen Vorschlag zur Änderung der Verträge hinsichtlich Übergangsmaßnahmen betreffend die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments unterbreitet. Der Europäische Rat hat am 11. Dezember 2009 beschlossen, das Europäische Parlament und die Kommission im Hinblick auf eine rasche Prüfung dieses Vorschlags zu konsultieren und der Einberufung einer Regierungskonferenz zuzustimmen.

3. Der Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen ist ein beratendes Gremium und bietet als solches ein Forum für die Vertretung regionaler und lokaler Interessen im Zusammenhang mit der europäischen Integration. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten zusammen und bereitet seine Stellungnahmen in insgesamt fünf Fachkommissionen vor. Österreich ist mit zwölf Mitgliedern vertreten. Die nationale österreichische Delegation wird von sieben Landeshauptleuten, dem Tiroler Landtagspräsidenten Herwig Van Staa, dem Beauftragten des Landes Salzburg für den Ausschuss der Regionen, Franz Schausberger, und drei Vertretern des österreichischen Städtebundes bzw. des österreichischen Gemeindebundes gebildet.

4. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Das beratende Gremium des Wirtschafts- und Sozialausschusses bindet die Interessensvertretungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den Rechtssetzungsprozess der EU ein. Die 344 Mitglieder sind organisatorisch in die Gruppen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und „verschiedene Interessen“ bzw. inhaltlich in sechs Arbeitsgruppen gegliedert. Österreich ist mit zwölf Mitgliedern vertreten.

*Österreich in der Europäischen Union***5. Gerichtshof der Europäischen Union**

Die Vertretung der Republik Österreich vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (bestehend aus dem Gerichtshof und dem Gericht) wird von Prozessbevollmächtigten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes wahrgenommen. Von österreichischen Gerichten wurden 14 neue Vorabentscheidungsverfahren (Anrufung des EuGH durch ein nationales Gericht zum Zweck der Auslegung von Unionsrecht) eingeleitet.

Am Ende des Berichtsjahres waren gegen die Republik Österreich acht Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen das Unionsrecht anhängig. Diese Vertragsverletzungsverfahren betreffen die Umsetzung der Mehrwertsteuer-systemrichtlinie im Hinblick auf die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf die Lieferung bestimmter lebender Tiere (insb. Pferde), die Einbeziehung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) in die Bemessungsgrundlage, die Umsetzung der Richtlinie 2006/43/EG betreffend Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, die Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG zur Vorratsdatenspeicherung, die Einführung eines sektoralen Fahrverbots (Tirol), die Schlechtumsetzung der Vogelschutzrichtlinie, das Erfordernis der Staatsangehörigkeit für Notare und die Einführung der Tabakmindestpreise für Zigaretten und Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten.

In fünf Verfahren ergingen Urteile des Gerichtshofes, in denen dieser einen Verstoß der Republik Österreich gegen das Unionsrecht feststellte: Diese betrafen Vorschriften der Ärztekammer für Oberösterreich zur Verpflichtung für Ärzte, ein Konto bei der OÖ Landesbank einzurichten, das Fehlen von externen Notfallplänen in Umsetzung der Richtlinie 03/105/EG betreffend die Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen („Seveso II-Richtlinie“), die Nicht-Umsetzung der Umwelthaftungsrichtlinie 2004/35/EG zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden, die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG betreffend die Anerkennung von Berufsqualifikationen und den Zugang zur Patentanwaltstätigkeit.

Zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich wurden von der Europäischen Kommission eingestellt. Diese betrafen die vermeintliche Nichtumsetzung der Richtlinie 2003/18/EG (Asbest und Arbeitnehmerschutz) und die Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Freizügigkeit anlässlich des Beitritts Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union.

In einem Verfahren wurde die Klage gegen die Republik Österreich von der Europäischen Kommission zurückgezogen. Diese betraf die Nichtumsetzung zweier Richtlinien im Bereich der Fischgesundheit: Richtlinie 2006/88/EG zu Fischen in Aquakulturen (VV 08/0483) und Richtlinie 2008/53/EG zur Frühlingsvirämie des Karpfens (VV 08/0626).

Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

VI. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Parlament in Angelegenheiten der europäischen Integration erfolgt durch das in Art. 23e B-VG vorgesehene **Mitwirkungsrecht von Nationalrat und Bundesrat** in Form eines Informations- und Stellungnahmerechts betreffend Vorhaben der EU.

Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU eine Stellungnahme zu einem Vorhaben, das bundesgesetzlich zu regeln wäre oder das auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren EU-Rechtsaktes gerichtet ist, der Angelegenheiten betrifft, die bundesgesetzlich zu regeln wären, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen davon abweichen. Wenn das zuständige Mitglied der Bundesregierung von einer solchen Stellungnahme des Nationalrates abweichen will, so hat es den Nationalrat neuerlich zu befassen. Soweit der in Vorbereitung befindliche Rechtsakt der EU eine Änderung des geltenden Bundesverfassungsrechts bedeuten würde, ist eine Abweichung von der Stellungnahme des Nationalrates unzulässig, wenn der Nationalrat innerhalb angemessener Frist Widerspruch erhebt.

Der Hauptausschuss des Nationalrates in Angelegenheiten der Europäischen Union verabschiedete am 28. Oktober eine **formelle Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG** zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene. Dieser Ausschuss verabschiedete außerdem **Ausschussfeststellungen** zu den Themen Wirtschafts- und Finanzkrise (17. März) und Europäische Bürgerinitiative (28. Oktober).

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU des Nationalrates nahm rechtlich nicht bindende **Ausschussfeststellungen** zu den folgenden Themen an:

- Weiteranwendung des Übergangsarrangements zur Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für die Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowenien und die Slowakei in der dritten Phase (5. März);
- Anbauverbot gentechnisch veränderter Organismen (26. März);
- Nuklearenergie (26. März);
- Zukunft der gemeinsamen EU-Asylstrategie und deren konkrete Umsetzung (17. April);
- Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren (17. September);
- Stockholmer Programm – Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger (20. Oktober).

Österreich in der Europäischen Union

Der EU-Ausschuss des Bundesrates nahm rechtlich nicht bindende **Ausschussfeststellungen** zu den folgenden Themen an:

- Fingerabdruckdaten, Anträge auf internationalen Schutz, Mindestnormen für die Aufnahme von AsylbewerberInnen (3. Februar);
- Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe (3. Februar);
- Umweltorientiertes Öffentliches Beschaffungswesen und Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (6. Mai);
- Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie (3. Juni);
- Schutz der ArbeitnehmerInnen gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (3. Juni);
- Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (21. Juli);
- Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren (3. September);
- Stockholmer Programm (20. Oktober);
- Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (1. Dezember).

Aussprachen mit dem designierten österreichischen EU-Kommissar, Bundesminister Johannes Hahn, fanden am 5. November im Hauptausschuss des Nationalrates und am 1. Dezember im EU-Ausschuss des Bundesrates statt.

Das in Art. 23d B-VG festgelegte **Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden** enthält für deren Zuständigkeitsbereiche jeweils ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht. Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des EU-Länderbeteiligungsverfahrens von den Bundesländern insgesamt 26 gemeinsame Stellungnahmen und damit mehr als doppelt so viele als im Jahr zuvor abgegeben. Darüber hinaus haben die Bundesländer 2009 insgesamt drei einheitliche Stellungnahmen gemäß Art. 23d Abs. 2 B-VG zu folgenden Themen abgegeben:

- Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung;
- Anfrage der Europäischen Kommission zur Erhaltung des Braunbärenbestands in Österreich;
- zweite Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung.

Die österreichischen Positionen im Ausschuss der Ständigen Vertreter (**AStV**) werden unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für europäische und

Die Politiken der Europäischen Union

internationale Angelegenheiten wöchentlich koordiniert. Dadurch wird die laufende Einbindung der Fachressorts, der Sozialpartner, der Nationalbank, der Industriellenvereinigung sowie der Länder und Gemeinden in den österreichischen Meinungsbildungsprozess sichergestellt.

Seit November 2004 übermitteln zu Beginn jedes Jahres die einzelnen Ressorts dem Parlament Berichte über das Arbeitsprogramm und die Legislativvorhaben auf EU-Ebene. Diese ermöglichen bereits im Vorfeld die Information und die Einbindung der Abgeordneten in die politische Meinungsbildung.

VII. Die Politiken der Europäischen Union

1. Wirtschaft und Finanzen

Die **Europäische Kommission** hat am 3. November ihre **Herbstprognose** für die Periode 2009–2011 veröffentlicht. Die Hauptbotschaft der Analyse lautet, dass die Rezession vorbei sei, aber große Herausforderungen fortbestehen. Für das Gesamtjahr wird darin ein BIP-Rückgang von 4% prognostiziert, in den Jahren 2010 und 2011 soll eine allmähliche Erholung mit einem voraussichtlichen Wachstum von $\frac{3}{4}$ % bis $1\frac{1}{2}$ % einsetzen. Die Konjunkturbelebung ist jedoch nicht nur auf verbesserte Bedingungen in der Weltwirtschaft und auf den Finanzmärkten zurückzuführen, sondern auch auf die umfangreichen haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen seitens der Regierungen, der Zentralbanken und der EU. Die Wirtschaftsdaten 2009 sind ermutigend, trotz des massiven Einbruchs im Jahr zuvor. Einige Faktoren, die den Aufschwung bewirkt haben, sind dennoch nur vorübergehender Natur.

Alle **EU-Länder** sind von den negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß, abhängig unter anderem vom Zustand des jeweiligen Finanzsektors, der Außenhandelsverflechtung sowie von Immobilienblasen.

2. Beschäftigung und Sozialpolitik

Zentrale Themen der EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik waren zum einen die **Wirtschaftskrise, ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und die soziale Lage** sowie zum anderen die **Vorbereitungen für die EU 2020 Strategie (post Lissabon 2010)**.

Der Europäische Rat bestätigte in seinen Sitzungen am 19. und 20. März, 18. und 19. Juni und 29. und 30. Oktober die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eines der vorrangigen Ziele, schenkte den sozialen Auswirkungen der Krise besondere Aufmerksamkeit und betonte die wichtige Rolle der Systeme der sozialen Sicherung als automatische Stabilisatoren. Der Europäische Rat stellte bei seiner Tagung am 10. und 11. Dezember fest, dass die

Österreich in der Europäischen Union

nationalen und europäischen Stützungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung für die Abschwächung der Auswirkungen der Krise auf Wachstum und Beschäftigung waren.

Bei den **Tagungen des Rates am 9. März, 8. Juni sowie 30. November** wurde unter anderem die Rolle des **Europäischen Sozialfonds (ESF)** bei der Bekämpfung der Krise durch die Beschleunigung von Verfahren und Vorziehen von Fördermitteln gestärkt. Ebenso wurde eine Vereinfachung des 2006 eingerichteten **Europäischen Globalisierungsfonds (EGF)** erreicht, um den EGF zu einem **wirksameren Instrument** für das **frühzeitige Eingreifen** bei der Krisenbewältigung durch die EU zu machen. Die Europäische Kommission führte zusammen mit dem EU-Ausschuss für Sozialschutz (**SPC**) ein **regelmäßiges Monitoring zu den sozialen Folgen der Krise und der nationalen Maßnahmen** durch, das dem Rat vorgelegt wurde.

Beim informellen Treffen der Beschäftigungs- und SozialministerInnen am 8. und 9. Juli in Jönköping hat die schwedische Präsidentschaft die Zukunft der Lissabon-Strategie thematisiert; beim Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz am 30. November wurden Schlussfolgerungen betreffend die „Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt – Überwindung der Krise und Vorbereitung der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010“ angenommen.

Im Bereich der **Koordinierung der sozialen Sicherheit** haben sich Rat und Europäisches Parlament auf die neue Durchführungsverordnung zur Grundverordnung 883/04 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und deren Anhänge geeinigt. Damit können die neuen Regelungen ab 1. Mai 2010 anwendbar werden.

Die **Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben**, konnte als politische Einigung in erster Lesung am 30. November abgeschlossen werden. Weiters konnte eine politische Einigung über die **Rahmenvereinbarung über Elternurlaub** und zur Aufhebung der Richtlinie 96/34/EG, der sog. Elternzeitrichtlinie, erreicht werden.

Die Verhandlungen zum **Vorschlag für eine Änderung der Arbeitszeitrichtlinie scheiterten** im Rahmen des Vermittlungsverfahrens im Frühjahr.

3. Struktur- und Kohäsionspolitik

Die Struktur- und Kohäsionspolitik gehört seit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 zu den **zentralen Politikbereichen der Europäischen Union**. Sie dient dazu, durch gezielte Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Union zu stärken.

Nach der Erweiterung am 1. Mai 2004 um acht Mittel- und Osteuropäische Länder sowie um Zypern und Malta wurde die Kohäsionspolitik der Euro-

Die Politiken der Europäischen Union

päischen Union gründlich überarbeitet. Seit 2007 gibt es drei neue „Ziele“ bzw. Prioritäten: Ziel „Konvergenz“ (früher: Ziel 1), Ziel „Wettbewerb und Beschäftigung“ (früher: Ziel 2) und Ziel „Territoriale Zusammenarbeit“ (neu). Außerdem wurde sie stärker auf die Zielsetzungen von Lissabon (Innovation, Wachstum, Arbeitsplätze) und Göteborg (nachhaltige Entwicklung) ausgerichtet. Der Europäische Rat stellte für die Budgetperiode 2007–13 insgesamt 307,6 Milliarden Euro für die Struktur- und Kohäsionspolitik bereit. Davon entfallen 81,7% auf Konvergenzregionen, 15,8% auf Regionen der Kategorie Wettbewerb und Beschäftigung sowie 2,44% auf die territoriale Zusammenarbeit. Mit der Veröffentlichung des Grünbuchs zur „Territorialen Kohäsion“ am 10. Oktober 2008 hat die Europäische Kommission einen neuen Konsultationsprozess über die Weiterentwicklung der Struktur- und Regionalpolitik für den Zeitraum nach 2013 eingeleitet, der einen wichtigen Beitrag für die Debatte zur Zukunft der Kohäsionspolitik ab 2014 darstellt. Die Konsultationen wurden im Februar abgeschlossen, auch Österreich gab am 29. Februar seine Stellungnahme ab.

Die **Zukunft der Struktur- und Kohäsionspolitik**, welche derzeit etwa 38% des EU-Budgets ausmacht und somit neben der Gemeinsamen Agrarpolitik den größten Anteil der Ausgaben der Union stellt, steht in engem Zusammenhang mit den 2010 beginnenden Verhandlungen zum Finanzrahmen 2014+ und zur neuen Wachstumsstrategie „EU-2020“, welche die Lissabon-Strategie ersetzen soll. In diesem Zusammenhang zeichnet sich eine weitere, umfassende Reform der EU-Regional- und Kohäsionspolitik ab, mit einer möglichen Konzentration der Mittel auf einkommensschwache Mitgliedstaaten sowie einer generellen Kürzung des Budgets zugunsten neuer strategischer Bereiche der europäischen Politik wie etwa Forschung, Entwicklung und Innovation, grenzüberschreitende Bildung, Justiz und polizeiliche Zusammenarbeit sowie Klima- und Umweltfragen.

Österreich hat seit seinem Beitritt zur EU am 1. Jänner 1995 von den EU-Fördermitteln erheblich profitiert: Von 1995 bis einschließlich der Förderperiode 2007–13 wird Österreich schätzungsweise rund 5 Milliarden Euro erhalten haben. Zusätzlich zu den Geldern für Ländliche Entwicklung über 3,9 Milliarden Euro erhält Österreich in der laufenden Budgetperiode somit ca. 8,9 Milliarden Euro.

4. Binnenmarkt und Industriepolitik

4.1. Binnenmarkt

Seit 2008 wird kontinuierlich an der Umsetzung des Single Market Review der Europäischen Kommission gearbeitet. 2010 werden diese Arbeiten fortgesetzt werden. Kommissionspräsident Barroso hat den ehemaligen EU-Kommissar Mario Monti beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen und noch offene Lücken im Binnenmarkt aufzuzeigen. Ergebnisse dieser Unter-

Österreich in der Europäischen Union

suchung sollen auch in die Diskussionen über die Nachfolge der bisherigen Lissabon-Strategie einfließen. Bis Ende des Jahres war zudem die EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Die Europäische Kommission plant für 2010 einen sogenannten Prozess der gegenseitigen Evaluierung der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten, um die korrekte Umsetzung zu prüfen und gegebenenfalls weiteres Verbesserungspotential festzustellen. Weiters nahm die Europäische Kommission eine Empfehlung über die Verbesserung der Funktionsweise im Binnenmarkt an, welche zahlreiche Vorschläge für eine bessere Regierungsführung im Binnenmarkt enthält.

Bedeutsame Fortschritte konnten bei der Umsetzung der Agenda zur Besseren Rechtsetzung erzielt werden, welche die Europäische Kommission in ihrer dritten strategischen Überprüfung dokumentierte. Abgesehen von umfangreichen Arbeiten im Bereich Vereinfachung und Kodifizierung setzte die EU ihre Arbeiten zur Umsetzung des EU-Aktionsprogramms zur Verringerung von Verwaltungslasten fort, um bis 2012 das Reduktionsziel von minus 25 % zu erreichen. Anfang des Jahres nahm die Europäische Kommission 30 zusätzliche EU-Rechtsakte (in den 13 prioritären Bereichen) in das Programm auf. Vorschläge für Reduktionsmaßnahmen wurden und werden seitens der Europäischen Kommission laufend vorgelegt.

4.2. Industriepolitik

Am 28. und 29. Mai nahm der Rat Wettbewerbsfähigkeit Schlussfolgerungen zur europäischen Industriepolitik an, welche neben horizontalen auch sektorspezifische Maßnahmen zur Chemischen-, Elektro- und Elektrotechnischen-, sowie zur Automobilindustrie beinhalten.

Die horizontalen Maßnahmen beinhalten die Schaffung von stabilen und vorhersehbaren Rahmenbedingungen für die europäische Industrie zur Förderung von Innovation und Nachhaltigkeit, eine auf Kostenanalysen und Folgenabschätzung basierende Gesetzgebung, die Vereinfachung des administrativen Verwaltungsaufwandes für Unternehmen, die Implementierung der Dienstleistungsrichtlinie, die Anstrebung eines vollständig funktionierenden Binnenmarkts, die Beseitigung des zu diesem Zeitpunkt gegenwärtigen Liquiditätsengpasses, die Vermeidung von Handelsbarrieren sowie die Nutzung der Wirtschaftskrise als Chance, um eine Wandlung in einen wissensbasierten, energieeffizienten, sicheren und nachhaltigen kohlenstoffarmen Wirtschaftsraum zu bewirken.

Darüber hinaus erkannte der Rat an, dass die europäische Wirtschaft von einer Anzahl von energetischen und nicht-energetischen Rohstoffen abhängig ist. Aus diesem Grund sollte die Gemeinschaft rasche, kohärente und koordinierte Aktionen setzen. Die nicht-energetischen Rohstoffe betreffend unterstützte der Rat die Intention der Europäischen Kommission eine integrierte Strategie zu präsentieren.

Die Politiken der Europäischen Union

Sektorspezifische Maßnahmen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Chemischen Industrie (Ausschöpfung des Innovationspotentials, Beobachtung der Wettbewerbsfähigkeit und Ausarbeitung eines Programms bis Ende 2010), der Elektro- und Elektrotechnischen Industrie (Innovationsfördernde Maßnahmen, Berichterstattung über die Implementierung der Empfehlungen des Electra Teams bis Ende 2012) sowie zur Automobilindustrie (Rat erwägt zusätzliche Belastung aus Legislativvorhaben zu vermeiden, Europäische Kommission wird eingeladen, dem Rat Wettbewerbsfähigkeit regelmäßig über die Fortschritte der Implementierung des CARS 21 Programms zu berichten) sind ebenfalls Bestandteil der Schlussfolgerungen.

4.3. Klein- und Mittlere Unternehmen („Small Business Act“)

Beim „Small Business Act“ (**SBA**) handelt es sich, aufbauend auf die „Europäische Charta für Kleinunternehmen“ aus dem Jahr 2000, um die erste umfassende europäische Initiative zur nachhaltigen Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (**KMU**). Dabei soll die grundsätzliche Haltung zum Unternehmertum in unserer Gesellschaft verbessert und das Prinzip „Think Small First“ unumkehrbar in der europäischen Politik und in der Verwaltung verankert werden. Die Europäische Kommission stellte den SBA in Form einer Mitteilung am 25. Juni 2008 vor. Mit der Annahme der Schlussfolgerungen zum „Small Business Act“ (samt Anhang = „Aktionsplan“) beim Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 1. Dezember 2008 hat auch Österreich sich verpflichtet, den SBA umzusetzen. Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit bestätigte am 28. Mai die Fortschritte bei der Umsetzung des SBA. Die Mitgliedstaaten betonten dabei insbesondere die Wichtigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zur Finanzierung als auch zur Reduzierung der Verwaltungslasten für Unternehmen. Am 15. Dezember legte die Europäische Kommission einen Bericht vor, der zufriedenstellende Fortschritte bei der Umsetzung des SBA, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, feststellen konnte.

5. Gemeinsame Agrarpolitik

Die Arbeiten im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (**GAP**) waren einerseits durch die Krise am Milchmarkt geprägt, andererseits durch die fortlaufende Debatte zur „Zukunft der GAP nach 2013“ sowie das Thema „Klimawandel und Landwirtschaft“, welches bei einem informellen Treffen der LandwirtschaftministerInnen vom 13. bis 15. September in Växjö während der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft beleuchtet wurde.

Die durch den drastischen Preisrückgang für Milch und Milchprodukte bedingten Probleme am Milchmarkt waren Gegenstand der Diskussion bei zahlreichen Ministertreffen. Unter schwedischem Vorsitz wurde u.a. ein Maßnahmenpaket für diesen Sektor in Höhe von 300 Millionen Euro ange-

Österreich in der Europäischen Union

nommen. Außerdem wurde – unter Vorsitz der Europäischen Kommission – eine hochrangige Gruppe eingesetzt, die über mittel- bis langfristige Maßnahmen für den Sektor diskutiert und bis 30. Juni 2010 einen Bericht vorlegen wird.

Die unter französischer Ratspräsidentschaft begonnene Diskussion zur Zukunft der GAP wurde bei einem informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen vom 31. Mai bis 2. Juni in Brunn zum Thema „Direktzahlungen“ und während des schwedischen Ratsvorsitzes zur „Zukunft der Ländlichen Entwicklung“ fortgesetzt. Österreich veranstaltete für gleichgesinnte Mitgliedstaaten eine Konferenz zur Zukunft der GAP, bei der die „**Wiener Grundsätze**“ verabschiedet wurden. Diese befürworten eine **starke zukünftige GAP** (auf Grundlage des Zwei Säulen Modells) insbesondere für die vielen Bedürfnisse, die der Markt nicht erfüllen kann. Hauptanliegen der GAP sind Ernährungssicherheit, Erhalt der natürlichen Ressourcen mit einer flächendeckenden Landwirtschaft und Entwicklung in den ländlichen Regionen vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum und abnehmende Ressourcen.

Thema war auch die europäische Qualitätspolitik mit einem Grünbuch der Europäischen Kommission. Außerdem wurden (auch im Sinne Österreichs) Schritte in Richtung einer Vereinfachung der GAP gesetzt und am Ende des Jahres eine politische Einigung über die **Verordnung zur Verhinderung von illegalem Holzeinschlag** erreicht.

6. Verkehr

Im Verkehrsministerrat am 11. und 12. Juni wurde eine politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Schaffung eines **europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr** angenommen, wodurch eine bessere Vernetzung und Sicherstellung eines möglichst reibungslosen Verkehrsflusses auf wichtigen internationalen Korridoren und bei Aufrechterhaltung eines hochwertigen Personenverkehrs weitere Impulse für die Verlagerung des Gütertransports auf den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene gegeben werden soll.

Eine weitere Stärkung der Konsumentenrechte konnte durch die politische Einigung im Verkehrsministerrat am 17. Dezember auf einen Verordnungsvorschlag über **Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr** erzielt werden, der Bestimmungen über Rechte von Personen mit eingeschränkter Mobilität, Pflichten der UnternehmerInnen bei Verspätungen oder Annullierung von Fahrten, Informationspflichten sowie Bestimmungen über den Umgang mit Beschwerden und Haftungsregelungen enthält. Dieser Vorschlag wird in weiterer Folge mit dem Europäischen Parlament verhandelt.

In enger Abstimmung mit dem Europäischen Parlament erreichte der Verkehrsministerrat am 17. Dezember Konsens hinsichtlich eines Richtlinien-

Die Politiken der Europäischen Union

vorschlags über die **Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS)** im Straßenverkehr. Durch EU-weit zugängliche, kompatible und interoperable IVS-Systeme und der Berücksichtigung von deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern sollen wesentliche Beiträge erarbeitet werden, den Verkehr nachhaltiger, effizienter und sicherer zu gestalten.

Im Zusammenhang mit der im Hinblick auf die Vorlage eines neuen EU-Weißbuchs zur Verkehrspolitik geführten Diskussion über eine **nachhaltige Zukunft des Verkehrs** brachte Österreich ein, dass das Prinzip der Verlagerung hin zu ökologischeren Verkehrsmodi ein grundlegendes Element der gegenwärtigen und zukünftigen europäischen Verkehrspolitik darstellen muss, da die Förderung von Verkehrsträgern, die weniger Schadstoffe emittieren, angesichts der aktuellen Probleme des Klimawandels und der diesbezüglichen Diskussionen beim Klimagipfel in Kopenhagen im Sinne eines effektiven Schutzes von Mensch und Umwelt Priorität in einer nachhaltigen Verkehrspolitik genießen muss.

Im Zusammenhang mit dem 2008 vorgelegten Verhandlungsmandat über die Errichtung einer **Verkehrsgemeinschaft mit den südosteuropäischen Partnerstaaten** Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Kosovo nahm der Verkehrsministerrat am 9. Oktober Verhandlungsleitlinien für den Straßengüterverkehr an, die unter der Voraussetzung der vollständigen Umsetzung der entsprechenden Bereiche des Gemeinschaftsrechtsbesitzstandes im Verkehrs-, Sicherheits- und Umweltbereich vorsehen, dass den Partnerstaaten eine bestimmte Anzahl zusätzlicher Genehmigungen für den Straßengüterverkehr durch bzw. nach EU-Mitgliedstaaten gewährt werden soll. Österreich enthielt sich bei der Annahme dieses Mandates aufgrund der Sensibilität der Transitverkehrsproblematik der Stimme.

Der Verkehrsministerrat am 17. Dezember nahm im Bereich **Luftverkehr** ein Verhandlungsmandat für eine **Kooperationsvereinbarung zwischen der EU und der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO** über einen allgemeinen Rahmen für eine intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen „Safety“, „Security“, Umwelt und „Air Traffic Management“ an. Darüber hinaus nahm der Verkehrsministerrat am 9. Oktober Verhandlungsmandate über den **Beitritt Islands und Norwegens zum EU-USA Luftverkehrsabkommen**, für ein bilaterales Abkommen zwischen der **EG (Anm.: EU nach dem 1. Dezember) und Brasilien** im Bereich der Luftverkehrssicherheit und für ein umfassendes Luftverkehrsabkommen mit **Georgien** sowie für Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen mit **Tunesien und Algerien** an.

Die Arbeiten am Paket zum „**Einheitlichen Europäischen Luftraum II (Single European Sky II)**“ wurden im Hinblick auf die Verbesserung der Leistung und Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrssystems fortgeführt.

Im Bereich des **Schiffsverkehrs** wurde beim Verkehrsministerrat am 9. Oktober eine politische Einigung über den von der Europäischen Kommission im

Österreich in der Europäischen Union

Dezember 2008 vorgelegten Vorschlag für eine Verordnung über **Passagierrechte im See- und Binnenschiffsverkehr** erreicht.

In den während der Generalversammlung der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (**IMO**) durchgeführten Wahlen in den IMO-Rat wurden am 27. November die bestehenden Mitglieder für die Kategorie A und Kategorie B bestätigt; in der Kategorie C waren sämtliche Kandidaturen von **EU-Mitgliedsstaaten** von Erfolg gekrönt.

Am 7. und 8. Juli fand die 31. Vollversammlung der **Europäischen Zivilluftfahrt-Konferenz (ECAC)** in Strassburg statt. Dabei wurde ein neues Arbeitsprogramm samt Budget verabschiedet. Das Arbeitsprogramm für die Jahre 2010 bis 2012 umfasst speziell die Bereiche "Safety", "Security" und Umwelt.

Der portugiesische Generaldirektor Luis Antonia Fonseca de Almeida wurde als ECAC Präsident wiedergewählt.

7. Umwelt

Wie bereits 2008, als das Klima- und Energie-Paket der EU das zentrale Thema im Umweltbereich war, setzte sich die Diskussion über Maßnahmen gegen den Klimawandel verstärkt auf internationaler Ebene fort. Die ganze Welt blickte gespannt auf die Vertragstaatenkonferenz in Kopenhagen im Dezember, wo man erhoffte, dass ein international verbindliches Abkommen für die Zeit nach Auslaufen der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls geschlossen werden würde. Das insgesamt eher enttäuschende Ergebnis – das Zurkenntnisnehmen der unverbindlichen Kopenhagener Vereinbarung („Copenhagen Accord“) – wurde auf internationaler Ebene vielfach als unzureichend qualifiziert.

Die EU war auf den internationalen Klimaprozess, der schon lange vor Kopenhagen startete, gut vorbereitet. Mehrfach wurde in Schlussfolgerungen der betroffenen Räte und des Europäischen Rates die EU-Position definiert und verfeinert, um ausreichende Flexibilität, aber auch Zielorientierung und Themenführerschaft zu zeigen. Auch die Bereitschaft, die sich selbst auferlegte Reduktionsverpflichtung von 20% bis 2020 auf 30% zu erhöhen, wenn andere Industrieländer vergleichbar mitziehen und fortgeschrittene Entwicklungsländer einen angemessenen Beitrag zur Emissionsreduktion leisten, wurde festgelegt. Dieses hochgesteckte Ziel wurde jedoch von anderen wesentlichen Akteuren bei Weitem nicht erwidert.

In einer ersten Reaktion bezeichneten die EU-UmweltministerInnen beim Rat Umwelt am 22. Dezember die Kopenhagen-Übereinkunft als ersten Schritt und Grundlage für internationale CO₂-Reduktionsverpflichtungen, hielten das bedingte Reduktionsangebot um 30% sowie die jährlich 2,4 Milliarden Euro Anschubfinanzierung für 2010 bis 2012 aufrecht und bekannten sich zu weiteren, zügigen Arbeiten.

Die Politiken der Europäischen Union

LIFE+ ist das Umweltförderungsinstrument der EU, welches im Zeitraum 2007–2013 mit insgesamt 2,14 Milliarden Euro dotiert ist. Basierend auf einer Ausschreibung 2008 wurden EU-weit 206 Millionen Euro für 195 Projekte bereitgestellt, darunter drei aus Österreich. Außerdem ist Österreich an Projekten aus Deutschland, Italien und der Slowakei beteiligt.

In den **EU-Beitrittsverhandlungen** konnte das Umweltkapitel mit der Türkei im Dezember eröffnet werden, für Kroatien war dies infolge der früheren slowenischen Blockade nicht der Fall.

Die 2006 erneuerte **EU Strategie für nachhaltige Entwicklung** wurde zum zweiten Mal auf Basis des Fortschrittsberichtes der Europäischen Kommission und des durch die Freunde des Vorsitzes und erstmalig durch den Rat Allgemeine Angelegenheiten vorbereiteten Beitrags durch den Europäischen Rat einer Überprüfung unterzogen. Dieser identifizierte Handlungsbedarf insbesondere in den Bereichen Klima, Energieverbrauch im Verkehr sowie Erhaltung der Artenvielfalt und bekräftigte, dass die Strategie weiterhin eine langfristige Vision bieten und den übergreifenden politischen Rahmen für alle Unionspolitiken und -strategien bilden wird. Da die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise beschlossenen Konjunkturmaßnahmen der Mitgliedstaaten nur zum Teil zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, ist bei zukünftigem Wachstum besonderes Augenmerk auf die Ausgewogenheit, Kohärenz und die Synergien zwischen der Wirtschafts-, Sozial- und der Umweltpolitik zu legen, wobei der Nachhaltigkeitsdiskurs wertvolle Beiträge zur Weiterentwicklung der „Governance Strukturen“ in den verschiedenen Politikbereichen und -prozessen liefert.

8. Konsumentenschutz

Die Europäische Kommission präsentierte im August 2008 den Vorschlag für eine Richtlinie über Rechte der Verbraucher. Es handelt sich um die bisher umfangreichste Regelungsinitiative im Bereich des Verbrauchervertragsrechtes, vier bestehende Verbraucherschutzrichtlinien (Haustürgeschäft, Fernabsatzverträge, Gewährleistung bei mangelhaften Waren und missbräuchliche Vertragsklauseln) sollen ersetzt werden.

Kernstück des Vorschlags ist eine Systemumstellung vom bisher geltenden Prinzip der Mindestharmonisierung auf das Prinzip der Vollharmonisierung. Österreich – und viele andere Mitgliedstaaten – befürchten dadurch eine Absenkung des nationalen Verbraucherschutzstandards einerseits und systemstörende Auswirkungen auf das innerstaatliche Vertragsrecht andererseits. Die in den Verhandlungen vertretene Position Österreichs orientiert sich am klaren Auftrag des Regierungsübereinkommens, demzufolge „bei der europäischen Neuregelung der Verbraucherverträge darauf hinzuwirken ist, dass der hohe österreichische Standard nicht im Zuge einer Vollharmonisierung verschlechtert wird.“

Österreich in der Europäischen Union

Anlässlich des Wettbewerbsrates am 3. Dezember fand eine erste politische Aussprache zum Richtlinienvorschlag statt. Österreich hat sich dafür ausgesprochen, eine differenzierte Vollharmonisierung anzustreben (Einschränkung der Vollharmonisierung auf geeignete Bereiche, Mindestharmonisierung für alle anderen bzw. ausreichende Regelungsspielräume für Mitgliedstaaten). Damit kann auf nationale Besonderheiten reagiert und das nationale Verbraucherschutzniveau aufrechterhalten werden. Insbesondere sollte die Richtlinie nicht in nationales allgemeines Vertragsrecht eingreifen, was zu Systembrüchen der einzelstaatlichen Regelungen führen würde. Eine Einigung war mit Ende des Jahres nicht absehbar. Die Haltung der neuen Europäischen Kommission bleibt abzuwarten

Eine nützliche Überwachung verbraucherrelevanter Ergebnisse im Binnenmarkt erfolgt über das sogenannte EU-Verbraucherbarometer. Mit diesem soll die Leistung verschiedener Wirtschaftssektoren aus dem Blickwinkel der KonsumentInnen untersucht werden. Im Rahmen umfassender Screenings der Einzelhandelsmärkte werden anhand von fünf verbraucherrelevanten Schlüsselindikatoren (Preisniveau, Beschwerden, Möglichkeit zum Anbieterwechsel, Verbraucherzufriedenheit und Sicherheit) eventuelle Marktstörungen erhoben und in einem weiteren Schritt nach Möglichkeit korrigiert. Die Umfragen erfolgen jährlich.

9. Energie

Die EU setzte angesichts der Herausforderungen von Klimawandel, Energiekosten und Energieversorgungssicherheit die 2007 in Angriff genommene Ausgestaltung einer Energiepolitik für Europa (**EPE**) konsequent fort.

Am 1. Jänner führte der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine zu einem Gaslieferstopp. Dieser wurde erst nach Vermittlung der EU aufgehoben. In der Folge konnte eine gesteigerte Bereitschaft zur Risikoverminderung aller involvierten Parteien erreicht werden.

Unter dem Eindruck der Gaskrise indorsierte der Europäische Rat am 19. und 20. März den 2. Strategischen Energiereview (**SER2**) und einigte sich auf eine Weiterentwicklung von Energieinfrastruktur und Interkonnexionen, eine Verbesserung der Krisenmechanismen, gesteigertes Engagement im Bereich Energieeffizienz, sowie eine weitere Diversifizierung von Energiequellen und Routen. Weiters einigte sich der Europäische Rat im Rahmen des Europäischen Konjunkturbelebungsplanes auf eine Förderung von Projekten im Energiebereich im Umfang von 3,98 Milliarden Euro.

Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (**Rat TTE**) erreichte am 12. Juni eine Einigung über die Ölbevorratung, die zukünftig die Krisenmechanismen der EU weiter verbessern soll. Am 3. September trat das 3. Energiebinnenmarktpaket in Kraft. Es ergänzt bisherige Regelungen und stärkt die

Die Politiken der Europäischen Union

Versorgungssicherheit, den Wettbewerb sowie eine nachhaltige Energieversorgung.

Für den strategischen Plan für Energietechnologie (**SET-Plan**) zur Förderung kostengünstiger und kohlenstoffemissionsarmer Technologien wurde am 7. Oktober die Mitteilung zur Finanzierung von der Europäischen Kommission veröffentlicht und eine innereuropäische Diskussion über Programmierung und Finanzierung gestartet.

Am 7. Dezember wurde vom Rat TTE der Sitz der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (**ACER**) Slowenien zugesprochen. Die neue EU-Behörde soll ab 2011 die Entwicklungen am Energiemarkt überwachen.

Österreich verfolgte in all diesen Prozessen seine energiepolitischen Interessen, vor allem im Hinblick auf die Förderung erneuerbarer Energien, Ausgestaltung des Energiebinnenmarkts und Diversifizierung der Energiequellen und Routen. Ein besonderer Fokus lag hierbei bei der Realisierung des Pipeline-Projekts Nabucco. Weiters setzte sich Österreich für die Gründung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (**IRENA**) ein, die in Wien ein Liaisonbüro für die Zusammenarbeit mit hier bereits ansässigen und ebenfalls mit einem Energiemandat ausgestatteten internationalen Organisationen errichten wird.

10. Bildung und Jugend

In **Kernbotschaften an den Europäischen Rat** unterstrich der Rat am 16. Februar und am 26. und 27. November, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten offene, effiziente und qualitativ hochwertige Bildungssysteme von entscheidender Bedeutung sind und forderte verstärkte Investitionen in Humankapital als Beitrag zum Aufschwung. Kernstück des Rates vom 11. und 12. Mai waren die Schlussfolgerungen zum **Strategischen Rahmen** für die **europäische Zusammenarbeit** im Bereich der **allgemeinen und beruflichen Bildung bis 2020**. Der Rat diskutierte am 26. und 27. November insbesondere, wie das Potenzial von SchülerInnen mit Migrationshintergrund bestmöglich gefördert und deren Bildungserfolg erhöht werden kann.

Innovationsfähigkeit, kreatives Denken und Handeln sowie die Frage „Wie kommt das Neue ins System?“ standen auch im Mittelpunkt der zahlreichen Veranstaltungen im **EU-Jahr der Kreativität und Innovation**.

Das **EU-Programm für lebenslanges Lernen** ermöglichte rund 9000 Jugendlichen und Erwachsenen einen Studien- oder Arbeitsaufenthalt in einem anderen EU-Land. Ein wichtiger Meilenstein wurde mit dem Start der „Comenius Einzelmobilität“ erreicht, an der Österreich neben zwölf weiteren Mitgliedstaaten teilnimmt. Diese neue Aktion des EU-Programms ermöglicht erstmals individuelle Schülermobilität.

Österreich in der Europäischen Union

Im Bereich der **Hochschulbildung** wurden Schlussfolgerungen zur Rolle der Bildung in einem leistungsfähigen Wissensdreieck angenommen.

Um den aktuellen Herausforderungen der Wirtschaftskrise zu begegnen, hat der Rat am 16. Februar auch eine Reihe von Kernbotschaften zum Europäischen Pakt für die **Jugend** angenommen: Jugendlichen soll der Übergang von Ausbildung zum Arbeitsleben erleichtert werden und Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit wirksamer bekämpft werden. In der Tagung des Rates am 27. November wurde ein neuer Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa für die Jahre 2010–2018 vereinbart.

Das EU-Programm JUGEND IN AKTION (2007–2013) hat neben Projekten zu Jugendpartizipation und Demokratie auch den Austausch von Jugendgruppen, von Europäischen Freiwilligen sowie von JugendtrainerInnen und -multiplikatorInnen ermöglicht: 2.600 der EU-weit 130.000 TeilnehmerInnen sind dabei Österreich zuzurechnen.

11. Forschung

Die **Umsetzung des Europäischen Forschungsraums (EFR)** wurde weiter vorangetrieben. So einigte sich der Rat am 3. und 4. Dezember auf Schlussfolgerungen zur Implementierung der Vision 2020 für den EFR, diskutierte die Umsetzung des Wissensdreiecks (Forschung-Bildung-Innovation) und beschäftigte sich mit der Verwirklichung der „Fünften Freiheit“ (freie Zirkulation von Wissen und WissenschaftlerInnen innerhalb Europas). Zur Vereinfachung der Errichtung europäischer Forschungsinfrastrukturen wurde mit **ERIC (European Research Infrastructure Consortium)** ein neuer gemeinsamer Rahmen geschaffen. Weiters wurden im Dezember im Rahmen der Gemeinsamen Programmplanung erste Themen für derartige Initiativen festgelegt: Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Klimawandel; Gesundheit, Ernährung und ernährungsbedingte Krankheiten; Kulturelles Erbe, Klimawandel und Sicherheit. Ebenso thematisierte der Rat die Zusammenarbeit der EU mit der Russischen Föderation im Bereich Forschung und diskutierte die weitere Vorgehensweise beim ITER-Projekt (gemeinsames Forschungsprojekt von mehreren Staaten zur Nutzung der Fusion für die Energiegewinnung) hinsichtlich der zu erwartenden Kostensteigerungen.

Im Rahmen der Koordinierung nationaler Förderprogramme wurde im Juli die Initiative **EMRP** (Europäisches Metrologieforschungsprogramm) beschlossen. Weiters legte die Europäische Kommission im Oktober mit **BONUS 169** eine Mitteilung für eine weitere Initiative im Bereich der Ostseeforschung vor.

Zur weiteren Verbesserung der Resultate des **7. Forschungsrahmenprogramms** wurde einerseits eine Evaluierung des Europäischen Forschungsrates (eines der vier spezifischen Programme des Rahmenprogramms) durchgeführt, andererseits wurde von der Europäischen Kommission die Halbzeit-

Die Politiken der Europäischen Union

evaluierung des 7. Rahmenprogramms selbst eingeleitet. Weiters will die Europäische Kommission im Jahr 2010 eine Mitteilung zur Vereinfachung der Verfahren beim 7. Rahmenprogramm vorlegen; hierfür wurden erste Vorarbeiten geleistet.

Das **Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT)** hat im Dezember seine ersten drei operativen Einheiten, die sog. **Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs)**, ausgewählt: Climate KIC, KIC InnoEnergy sowie EIT ICT Labs.

12. Europäische Satellitennavigationsprogramme GALILEO und EGNOS

GALILEO ist ein europäisches, global einsetzbares, ziviles Satellitennavigationssystem und gleichzeitig das größte gemeinschaftliche Infrastrukturvorhaben. Es basiert auf einer Konstellation von 30 Satelliten, welche die Erde in einer Höhe von 24.000 Kilometern umrunden und mit verschiedenen Bodenstationen verbunden sein werden. Nach Inbetriebnahme – geplant ist das Jahr 2015 – würde das System anhand der ausgestrahlten Signale Positionsbestimmungen von noch nie da gewesener Genauigkeit ermöglichen.

Die ursprüngliche Konzeption des Aufbaus und Betriebs im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (**PPP**) scheiterte 2007. 2008 fiel die Entscheidung, das System bis 2013 zur Gänze aus Mitteln der öffentlichen Hand aufzubauen. Hierfür sind in der Finanziellen Vorausschau 2007–2013 insgesamt 3,4 Milliarden Euro vorgesehen. Bislang wurden 2 Testsatelliten zur Reservierung der erforderlichen Frequenzbänder gestartet. **EGNOS**, ein System zur Verbesserung der Positionsgenauigkeit bereits vorhandener Navigationssysteme, ist nun in Betrieb und ebenfalls Bestandteil des zukünftigen europäischen globalen Satellitennavigationssystems (**GNSS**).

Durch die Umstrukturierung des Programms GALILEO 2007/2008 ist nunmehr die Europäische Kommission (anstelle der GSA – GNSS Supervisory Authority, „GALILEO-Aufsichtsbehörde“, die seit 2004 interimistisch ihren Sitz in Brüssel hat), die zentrale Programmmanagerin. Die sicherheitskritische Infrastruktur wird vom GALILEO Security Monitoring Centre (**GSMC**) überwacht. Den Sitz der GSMC teilen sich Frankreich und Großbritannien zu gleichen Teilen. Derzeit wird an einer Novellierung der Verordnung über die Verwaltungsorgane der europäischen GNSS-Programme gearbeitet.

Für den Sitz der GALILEO-Aufsichtsbehörde (in Hinkunft GALILEO-Agentur, **EGA**) gibt es 11 Kandidaturen (Belgien, Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Niederlande, Slowenien und Großbritannien), darunter drei aus neuen EU-Mitgliedstaaten. Eine formelle Entscheidung hinsichtlich des Sitzes der GALILEO-Agentur wird frühestens vom EU-Verkehrsministerrat im Juni 2010 getroffen werden.

*Österreich in der Europäischen Union***13. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts**

Der Europäische Rat nahm im Dezember das Stockholm Programm an, dessen primäres Ziel darin besteht, in Europa einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen. Das Stockholm Programm gilt als Arbeitsprogramm der EU, das die Herausforderungen im Bereich Justiz und Inneres für die nächsten fünf Jahre skizziert und Lösungsansätze zur Bewältigung dieser Herausforderungen anbietet. Das Stockholm Programm ist von der Auffassung getragen, vorrangig die Interessen und Bedürfnisse der Bürger im Mittelpunkt zu stellen. Es gilt, für die Wahrung der Grundfreiheiten und der Integrität des Einzelnen und zugleich für Sicherheit in Europa Sorge zu tragen. Unter dem Leitmotiv „Aufbau eines Europas der BürgerInnen“ sollen u.a. Maßnahmen für die Stärkung der Sicherheit und des Schutzes der Grundrechte der europäischen BürgerInnen gesetzt werden.

Die im Bereich Justiz und Inneres bestehende regionale Zusammenarbeit zwischen Österreich, Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wurde im Rahmen des **Forum Salzburg** sowohl auf Ebene der InnenministerInnen als auch auf Arbeitsebene fortgesetzt.

Die **Schengenerweiterung** stellte einen wichtigen Meilenstein für ein gemeinsames Europa und für die Weiterentwicklung des europäischen Friedensprojekts dar. Die Ausweitung des Schengenraumes auf die Schweiz und der Wegfall der Personengrenzkontrollen erfolgten an den Landgrenzen mit 12. Dezember 2008 und an den Flughäfen mit 29. März. Die zuständigen österreichischen Stellen setzten sich dafür ein, dass die Chancen der Schengenerweiterung voll genutzt, gleichzeitig aber die Risiken so gering wie möglich gehalten werden. Wichtige Schritte waren die weitere Festigung der mittel-europäischen Sicherheitspartnerschaft im Rahmen des Forum Salzburg, der Abschluss moderner Polizeikooperationsverträge und die darauf aufbauende enge polizeiliche Zusammenarbeit.

14. Terrorismusbekämpfung

Terrorismus stellt eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit Europas, die Werte der demokratischen Gesellschaften und die Rechte und Freiheiten der BürgerInnen Europas dar. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie den Anschlägen von Madrid (2004) und London (2005) misst die EU dem Kampf gegen den Terrorismus einen besonders hohen Stellenwert bei. Anschläge mit terroristischem Hintergrund in aller Welt bestätigen, dass der Terrorismus nur durch enge internationale Zusammenarbeit effektiv bekämpft werden kann.

Ein EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung wurde 2004 etabliert, um die enge Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung sicherzustellen. Dieser EU-

Die Politiken der Europäischen Union

Aktionsplan gibt konkrete Maßnahmen in der Verhütung, Bekämpfung und Verfolgung von Terrorismus vor. Verstärktes Augenmerk wurde 2009 auf die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus und den Umgang mit Cyber-Kriminalität gelegt. Ende 2009 wurde zudem ein EU-Aktionsplan mit Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit in Hinblick auf chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen verabschiedet.

Im Bereich der operativen Terrorismusbekämpfung unterstützt und koordiniert die in Den Haag ansässige europäische Polizeibehörde **EUROPOL** die Bemühungen der einzelnen Mitgliedstaaten. EUROPOL erleichtert den Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten und analysiert Informationen aus dem EU-Raum sowie von weiteren internationalen Kooperationspartnern, um konkrete Erkenntnisse über mögliche Bedrohungsszenarien zu gewinnen. EUROPOL besitzt keine Vollstreckungs- oder Ermittlungsbefugnisse.

EUROJUST unterstützt die EU-Mitgliedstaaten bei der Verfolgung schwerer grenzüberschreitender und organisierter Kriminalität und fördert die Zusammenarbeit der nationalen Justizbehörden bei der europaweiten Zusammenarbeit in strafrechtlichen Fällen.

Terrorismus ist eine globale Herausforderung und erfordert daher die Zusammenarbeit der EU mit Partnerländern und internationalen Organisationen. Die EU und USA signalisierten im Jahr 2009 ihre Bereitschaft zu einer verstärkten transatlantischen Kooperation. Die Regionen Süd-Asien, Sahel sowie der Jemen wurden von der EU 2009 als Schwerpunkte einer verstärkten EU-Unterstützung an Drittländer in der Terrorismusbekämpfung ausgewählt. Darüber hinaus führte die EU ihre Unterstützung in der Region Westbalkan fort.

Die EU trägt durch ihre militärischen und zivilen Einsätze zur Krisenbewältigung im Rahmen der ESVP dazu bei, das Sicherheitsumfeld zu verbessern, das Einfluss auf die Bedingungen für Radikalisierung und Gewaltbereitschaft in Drittländern hat. Die EU tritt konsequent für multilaterale Ansätze bei der Terrorismusbekämpfung ein und unterstützt dabei die zentrale Rolle der Vereinten Nationen (**VN**) bei der Terrorismusabwehr, die durch die globale Anti-Terrorismusstrategie der VN von 2006 zum Ausdruck kommt (siehe Kapitel C). Die EU setzte sich in ihren Beziehungen zu Drittstaaten weiterhin kontinuierlich für die Ratifizierung und Umsetzung der maßgeblichen VN-Rechtsinstrumente zur Terrorismusbekämpfung, unter voller Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, des Flüchtlings- und humanitären Völkerrechts, ein. Auch 2009 hat die EU ihre Bemühungen fortgesetzt, um einen baldigen Abschluss eines umfassenden VN Anti-Terrorismus-Übereinkommens zu erreichen.

Terrorismusbekämpfung bildet einen Schwerpunkt beim Aufbau eines Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Stockholm

Österreich in der Europäischen Union

Programm (siehe Kapitel A.V.13) thematisiert auch den notwendigen Ausgleich zwischen der Sicherheit der BürgerInnen Europas einerseits und ihrer Rechte auf Schutz der Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte andererseits.

15. Gesundheit

Die Arbeiten der EU im Bereich der **öffentlichen Gesundheit** waren vor allem gekennzeichnet durch das Auftreten eines neuen Grippevirus in Mexiko, das in der Folge auch auf Europa übergriff. Nach Ausrufung der WHO-Pandemiestufe 6 hat sich der Rat in zwei Sondersitzungen am 30. April und 12. Oktober mit der Influenza A (H1N1) beschäftigt. Dabei wurde überprüft, ob sich die Maßnahmen im Rahmen der nationalen Pandemiepläne auf EU-Ebene und die notwendigen Koordinations- und Kooperationsmechanismen bewährt haben und welche Verbesserungen nötig wären. Weiters wurde über Fragen der Kommunikation/Koordination, eines eventuellen gemeinschaftlichen Ankaufs von Impfstoffen, der Hilfestellung für Entwicklungsländer sowie eines multisektoralen Ansatzes beraten.

Die weiteren abgeschlossenen Arbeiten betrafen eine Empfehlung des Rates zur Sicherheit der Patienten unter Einschluss der Prävention und Eindämmung von therapieassoziierten Infektionen, eine Empfehlung des Rates für eine europäische Maßnahme im Bereich seltener Krankheiten, Schlussfolgerungen über innovative Anreize für wirksame Antibiotika, Schlussfolgerungen zur sicheren und effizienten Gesundheitsversorgung durch e-Health sowie zu Alkohol und Gesundheit.

Die Hauptschwerpunkte im Bereich der **Verbrauchergesundheit** standen im Zeichen des Konsumentenschutzes und des Tierschutzes. So wurde die Kosmetik-Richtlinie neugefasst, eine neue Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug erarbeitet und der Bericht der Europäischen Kommission über die drei Kernverordnungen des sogenannten „Lebensmittelhygienepakets“ vorgelegt und diskutiert. Hier zeigte sich, dass sich die Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen insgesamt als positiv bewerten lassen. Im Bereich Gentechnik kam es auf EU-Ebene trotz Widerstands von Österreich und zahlreichen anderen EU-Mitgliedstaaten zu Zulassungen für das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen; ein Vorschlag der Europäischen Kommission zur Aufhebung des Anbauverbots von zwei gentechnisch veränderten Maissorten in Österreich wurde hingegen mit großer Mehrheit vom Rat abgelehnt.

*Die Außenbeziehungen der Union***VI. Die Außenbeziehungen der Union****1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik****1.1. Allgemeines**

Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) wurden die aktuellen, für alle EU-Mitglieder relevanten außenpolitischen Themen auf EU-Ebene behandelt. Die EU bezog zu bedeutenden Themen in der Form von Erklärungen oder Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen sowie des Europäischen Rates Stellung.

Die zentralen Themen der GASP waren im Jahr 2009 die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten, die Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts rund um das iranische Nuklearprogramm, die Situation in Afghanistan, die Bewältigung der krisenhaften Entwicklung am Horn von Afrika sowie die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses am westlichen Balkan.

Mit ihren zivilen und militärischen Operationen war die EU wieder weltweit präsent – vom westlichen Balkan über den Nahen Osten bis nach Afrika.

Im März wurde die EU-Militäroperation im Tschad und im Nordwesten der Zentralafrikanischen Republik (**EUFOR TCHAD/RCA**) beendet, ihre Aufgaben wurden an Truppen unter UN-Kommando im Rahmen von **MINURCAT** übertragen.

Der Rat adaptierte bereits bestehende **Sanktionen** gegen Belarus, DR Kongo, Guinea, den Iran, Irak, Liberia, Moldau, Myanmar, Usbekistan, Zimbabwe sowie Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zur Förderung von deren Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (**ICTY**). Darüber hinaus wurde die Liste jener Personen und Gruppen überarbeitet, die von spezifischen restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus betroffen sind.

Ein wichtiges Instrument der GASP sind die Sonderbeauftragten der EU (**EUSB**). Es bestehen Mandate für Afghanistan und Pakistan, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Georgien, Mazedonien, Moldau, den Sudan, die Afrikanische Union (**AU**), den Nahost-Friedensprozess, die Region der Großen Seen (Burundi, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Tansania und Uganda), den Südkaukasus und Zentralasien. Darüber hinaus gibt es seit Ende 2007 einen EU-Sondergesandten für Burma/Myanmar.

Im März wurde der **Österreicher Valentin Inzko** zum **EU-Sonderbeauftragten für Bosnien und Herzegowina** ernannt.

Das **GASP-Budget** betrug im Jahr 2009 242,75 Millionen Euro. Der Großteil dieser Mittel diente der Finanzierung von zivilen Krisenmanagementoperationen, der Aktivitäten von EUSB sowie der Förderung von Abrüstung und der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

*Österreich in der Europäischen Union***1.2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Nach Inkrafttreten des **Vertrags von Lissabon** am 1. Dezember tritt die Bezeichnung „Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (**GSVP**) an Stelle des Ausdruckes „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (**ESVP**). Sie bleibt integraler Bestandteil der GASP. Der Vertrag von Lissabon sieht darüber hinaus eine Vertiefung der GSVP durch die Einführung einer Beistandsklausel unter den EU-Mitgliedsstaaten, eine Ausweitung der so genannten Petersberg-Aufgaben, der Verbesserung der Kooperation in der Europäischen Verteidigungsagentur, die Möglichkeit der Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Militärbereich, sowie eine Stärkung der Rolle der Hohen Vertreterin für die GASP vor.

1.2.1. Laufende Operationen zur Krisenbewältigung

Die EU-Militäroperation zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina **EUFOR-Althea** wurde mit einer Personalstärke von etwa 2.000, davon bis zu 150 aus Österreich, fortgeführt. Die Planungen für die Umwandlung der Operation in eine Mission zur Beratung und Unterstützung der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina, wurden weitgehend abgeschlossen, sodass diese Umwandlung erfolgen kann, sobald die weitere politische Entwicklung im Land dies gerechtfertigt erscheinen lässt.

Seit Dezember fungiert mit **Generalmajor Bernhard Bair ein Österreicher** als **Kommandant von EUFOR**. Neben seinem Beitrag zu EUFOR stellte Österreich auch im Jahr 2009 eine Kompanie für ein Bataillon im Rahmen der aus zwei Bataillonen bestehenden so genannten operationellen Reservekräfte, welche in ihren Herkunftsländern bereitstehen, um im Krisenfall rasch die Truppen von EUFOR-Althea bzw. des multinationalen Friedenseinsatzes im Kosovo, KFOR, zu verstärken.

Auch die seit Anfang 2003 bestehende Polizeimission der EU in Bosnien und Herzegowina (**EUPM**) stützt die Stabilisierung des Landes. Entsprechend ihrem seit Anfang 2006 neu ausgerichteten Mandat unterstützt die Mission die Bildung eines effizienten, auf rechtsstaatlichen Grundsätzen beruhenden multiethnischen Polizeiapparats sowie die Anstrengungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Österreich stellte für diese Mission bis zu fünf Polizeibeamte.

Die Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (**EULEX Kosovo**) unterstützt die kosovarischen Behörden beim weiteren Aufbau der Strukturen von Polizei, Justiz und Zollwesen und übernahm die bisher in diesen Bereichen von der Übergangsverwaltungsmission der VN im Kosovo (**UNMIK**) wahrgenommenen Kompetenzen. Der Beginn der Tätigkeit von EULEX Kosovo hatte sich aufgrund von Widerständen Serbiens und der serbischen Bevölkerungsgruppe im Kosovo erheblich verzögert. Erst nach einer Vereinbarung mit den VN über eine ursprünglich in dieser Form nicht vorgesehen erweiterten Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung konnte EULEX Kosovo ihre Tätigkeit

Die Außenbeziehungen der Union

am 9. Dezember 2008 aufnehmen. Mit bis zu 3.000 Missionsangehörigen stellt EULEX Kosovo die bisher weitaus größte zivile ESVP-Mission dar. Österreich nimmt mit bis zu 30 Experten und ExpertInnen aus den Bereichen Polizei und Justiz an der Mission teil.

Nach dem im August 2008 ausgebrochenen Konflikt zwischen Georgien und Russland um die georgische Provinz Südossetien wurde die Entsendung einer EU-Beobachtermission nach Georgien (**EUMM Georgien**) vereinbart. Neben der Überwachung des Abzugs der Truppen umfasst das Mandat der Mission die Beobachtung der Rückkehr der durch den Konflikt vertriebenen Menschen an ihre ursprünglichen Heimstätten und der Wahrung der Menschenrechte durch alle Parteien im Einsatzgebiet der Mission. Die Mission umfasst rund 230 BeobachterInnen, davon drei Polizeibeamte und eine Menschenrechtsexpertin aus Österreich. Die Entsendung eines kleineren Kontingents des Österreichischen Bundesheeres zu EUMM Georgien wurde im November beschlossen.

Hauptaufgaben der **EU NAVFOR Somalia (Operation „Atalanta“)** sind die Eskortierung von Somalia anlaufenden Schiffen des VN-Welternährungsprogramms (**WFP**) und von anderen besonders gefährdeten Frachtern sowie die Durchführung von Patrouillen in stark piratenbedrohten Gewässern. Der VN-SR schuf aufgrund der steigenden Gefährdung von Handelsschiffen am Horn von Afrika in mehreren Resolutionen die Rechtsgrundlage für das Vorgehen internationaler Marinekräfte gegen die Piraterie in somalischen Gewässern. Seit Oktober 2008 trägt die EU nun erfolgreich zur Abschreckung und Eindämmung der Piraterie am Horn von Afrika bei.

Der Großteil der im Rahmen der Operation „Atalanta“ aufgegriffenen, der Piraterie verdächtigen Personen, wurden auf Basis eines einschlägigen Abkommens mit der EU an den Drittstaat Kenia zur weiteren strafrechtlichen Verfolgung ausgeliefert. Auf Grund der nach wie vor instabilen Sicherheitslage in Somalia begannen Vorarbeiten für eine **GSVP-Mission zur Ausbildung von Soldaten der somalischen Sicherheitskräfte**. Diese sollen nach erfolgtem Training die schwache Übergangsregierung (Transitional Federal Government) bei der Reform des Sicherheitssektors unterstützen. Diese GSVP-Mission unter dem Namen EU Military Mission to Contribute to Training Somali Security Forces (**EUTM Somalia**) wird in enger Koordination mit anderen internationalen Akteuren wie der somalischen Regierung und **AMISOM** stattfinden.

Im März wurde die EU-geführte Militäroperation **EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik** planmäßig durch eine neue Militärkomponente der bereits bestehenden United Nations Mission in the Central African Republic and Chad (**MINURCAT**) abgelöst. EUFOR Tschad/ZAR war von Beginn an als eine auf ein Jahr begrenzte Überbrückungsoperation konzipiert, bis die Aufgaben der EU-Truppe von einer Operation unter VN-Kommando übernommen werden konnten. Hauptzweck der Operation war der Schutz der Flüchtlinge aus Darfur und der Binnenvertriebenen im Osten Tschads und

Österreich in der Europäischen Union

im Nordwesten der Zentralafrikanischen Republik sowie des humanitären Hilfspersonals und des Personals von MINURCAT. Die Truppenstärke von EUFOR Tschad/ZAR betrug bis zu 3.600 Personen. Österreich beteiligte sich an diesem Einsatz mit einem Kontingent von bis zu 160 Angehörigen des Bundesheeres.

Die Mission **EUSEC DR Kongo** besteht seit 2005 und unterstützt die Reform der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo in den Zentralstellen in Kinshasa und auf der Kommandoebene der Regionen und Provinzen, etwa durch eine systematische Zählung und Erfassung aller Militärangehörigen. Seit dem Sommer 2007 nehmen bis zu zwei österreichische Offiziere an dieser Mission teil. Neben EUSEC ist die EU seit 2007 in der Demokratischen Republik Kongo auch mit der Polizeimission **EUPOL DR Kongo** tätig. Ihr Ziel ist die Beratung und Unterstützung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der Reform der nationalen Polizeikräfte und bei der Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz.

Seit 2008 unterstützt die EU in Guinea-Bissau die Reform des Sicherheitssektors (**SSR**), insbesondere die Umstrukturierung von Streitkräften, Polizei, Grenzschutz und Justiz, mit der Mission **EU SSR Guinea-Bissau**. Guinea-Bissau war zuletzt immer mehr zu einem Durchgangsland für den Drogenschmuggel von Lateinamerika nach Europa geworden, wobei der Sicherheitsapparat des Landes bei der Bewältigung der Herausforderungen vor großen Schwierigkeiten steht.

Die EU hatte im November 2005 auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Palästinensischen Behörde und der israelischen Regierung eine Mission zur Unterstützung der Grenzüberwachung am Grenzübergang Rafah zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten (**EUBAM Rafah**) eingerichtet. Seit Juni 2007 blieb der Grenzübergang infolge der Machtübernahme durch die Hamas im Gaza-Streifen geschlossen. Die Mission ist mit verringertem Personalstand weiter präsent, um Ausbildungsaktivitäten weiterzuführen und bei einer Lageänderung eine rasche Neuöffnung des Grenzübergangs zu ermöglichen. Österreich war vor der Schließung des Grenzübergangs mit einer Zollexpertin an EUBAM Rafah beteiligt. Bei Wiederöffnung des Übergangs ist eine rasche Wiederaufnahme der österreichischen Beteiligung von bis zu vier ZollbeamtInnen und von bis zu zwei PolizistInnen möglich.

Die Anfang 2006 eingerichtete EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete (**EUPOL COPPS**) unterstützt die palästinensische Zivilpolizei beim Aufbau tragfähiger und effektiver Polizeistrukturen im Einklang mit internationalen Standards. Die im Sommer eingerichtete Abteilung für Rechtsstaatlichkeit im Rahmen von EUPOL COPPS, die sich vor allem der Schnittstelle zwischen Polizei- und Justizinstanzen widmen soll, war von einer österreichischen Richterin vorbereitet worden und stand bis Jahresende unter der Leitung eines Experten des Bundesministeriums für Justiz. Österreich unterstützte die Mission darüber hinaus mit der Entsendung eines weiteren Justizexperten und von zwei Polizisten.

Die Außenbeziehungen der Union

Seit Juli 2005 betreibt die EU auf Ersuchen der irakischen Regierung die integrierte Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak (**EUJUST LEX**) mit dem Ziel, durch Abhaltung von Kursen für hochrangige irakische ExpertInnen aus den Bereichen Polizei sowie Strafjustiz und -vollzug am Aufbau eines modernen, westlichen Standards der Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte entsprechenden Polizei- und Justizapparats im Irak mitzuwirken. Die Kurse finden nicht im Irak selbst, sondern in EU-Staaten oder anderen Staaten der Region statt. Über 2.000 irakische höhere BeamtInnen von Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsbehörden konnten bisher erfolgreich geschult werden. Österreich unterstützte die Mission von Beginn an mit der Entsendung von Kursvortragenden aus den Bereichen Polizei und Justiz.

Die seit Juni 2007 tätige Polizeimission der EU in Afghanistan (**EUPOL Afghanistan**) soll die afghanische Regierung beim Aufbau eines eigenen, internationalen Standards entsprechenden, zivilen Polizeiapparats unterstützen.

Seit 2005 existiert die Mission **EUBAM Moldau-Ukraine**, die sich der Ausbildung und Beratung von Grenz- und Zollbeamten in den beiden Ländern widmet.

1.2.2. Ausbau der zivilen und militärischen Kapazitäten zur Krisenbewältigung

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Arbeiten am Zivilen Planziel 2008 für den Ausbau der zivilen Krisenmanagementkapazitäten der EU im Dezember 2007 wurden 2009 die Arbeiten an der Umsetzung des neuen **Zivilen Planziels 2010** fortgesetzt. Zu den wichtigsten Vorhaben zählen dabei die Ausarbeitung von Empfehlungen und Leitlinien für die Rekrutierung von Personal für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen, die Erstellung eines Grundlakenkonzepts für die administrativ-logistische Unterstützung dieser Missionen sowie die systematische Erfassung potenzieller Beiträge von EU-Drittstaaten zur Verbesserung der zivilen ESVP-Kapazitäten. Österreich meldete insgesamt 147 ExpertInnen aus verschiedenen Fachbereichen für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen ein.

Bereits im Rahmen des Zivilen Planziels 2008 war ein Pool von rund 100 speziell ausgebildeten ExpertInnen aus den EU-Mitgliedstaaten geschaffen worden, die in Form von anlassbezogen zusammengestellten kleinen Zivilen Reaktionsteams (**CRT**) innerhalb weniger Tage für Aufgaben im Zusammenhang mit dem zivilen Krisenmanagement entsandt werden können. Österreich meldete zwei Experten ein.

Auch die Umsetzung des Militärischen Planziels 2010 wurde fortgesetzt, wobei nach wie vor im Vordergrund stand, konkrete Schritte zur Schließung der Kapazitätslücken zu setzen, die im 2007 erstellten einschlägigen „Fort-schrittskatalog“ aufgezeigt worden sind. Leitfaden dafür ist der so genannte

Österreich in der Europäischen Union

„Capability Development Plan“, der spezifische Maßnahmen auflistet und die identifizierten Mängel nach der Priorität ihrer Behebung ordnet. Neben ExpertInnen aus den Mitgliedstaaten kommt in diesem Rahmen auch der Europäischen Verteidigungsagentur, deren Rolle durch den Vertrag von Lissabon gestärkt wurde, eine wichtige Funktion zu.

Eine besondere Bedeutung erhält im Rahmen des Militärischen Planziels 2010 das **Konzept der rasch verfügbaren Einsatzverbände**. Auf Basis einer halbjährlichen Rotation stehen stets zwei solcher jeweils rund 1.500 Personen umfassenden Verbände bereit, um im Bedarfsfall innerhalb von fünf bis 15 Tagen in Einsatz gebracht werden zu können. Österreich beteiligt sich im ersten Halbjahr 2011 erstmals an einem, von den Niederlanden geführten, Einsatzverband. Das österreichische Kontingent wird dabei voraussichtlich ca. 180 SoldatInnen umfassen. Dieser Einsatzverband wird neben österreichischen Truppen auch aus Einheiten aus Deutschland, Finnland und Litauen bestehen.

Ein weiterer österreichischer Beitrag zu einem Einsatzverband ist für das zweite Halbjahr 2012 geplant. Neben Deutschland als Führungsnation werden an diesem Verband auch Truppen aus Tschechien, Irland und den Drittstaaten Kroatien und Mazedonien beteiligt sein.

Der Vertrag von Lissabon sieht die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur schrittweisen Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten, sowie die Verpflichtung der Zurverfügungstellung der zivilen und militärischen Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten für die Umsetzung der GSVP vor.

1.2.3. Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Praktische Maßnahmen der Krisenbewältigung berücksichtigen den Umstand, dass im Einsatzraum meist eine Vielzahl internationaler Organisationen in verschiedenen Bereichen tätig ist. Dies erfordert vor allem die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und anderen Organisationen, insbesondere den VN, der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), der OSZE und der Afrikanischen Union (AU).

Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen **EU und VN** zeigt sich auch im Tschad, wo EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik eng mit MINURCAT zusammenarbeitete und im Frühjahr durch eine VN-geführte Truppen abgelöst wurde.

Die Kooperation zwischen **EU und NATO** wurde fortgeführt. Konkret wird die ESVP-Operation EUFOR-Althea in Bosnien und Herzegowina unter Rückgriff auf Einrichtungen und Kapazitäten der NATO durchgeführt. Darüber hinaus sind EU und NATO gemeinsam mit Krisenmanagementeinsätzen in Afghanistan und im Kosovo präsent; die EU jeweils mit zivilen Kapazitäten, während die NATO militärische Aufgaben wahrnimmt. Auch der Aufbau der militärischen Kapazitäten der EU wird in Abstimmung mit der NATO vorgenommen, der 21 EU-Staaten angehören. Dabei wird sicher-

Die Außenbeziehungen der Union

gestellt, dass die Anforderungen, die im Rahmen von EU und NATO an die Streitkräfte von deren Mitgliedstaaten gestellt werden, kompatibel sind bzw. einander ergänzen.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von **EU und AU** steht seit Dezember 2007 auf der Grundlage der damals vom EU-Afrika-Gipfel in Lissabon angenommenen Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie. Die Strategie umfasst unter anderem auch eine Friedens- und Sicherheitspartnerschaft und einen konkreten Aktionsplan zu deren Fortentwicklung, mit dessen Umsetzung 2008 begonnen und die 2009 fortgesetzt wurde.

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (**ENP**) umfasst Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Moldau, Syrien, Tunesien und Ukraine sowie die Palästinensische Behörde. Mit Russland hat die EU eine spezielle Form der Zusammenarbeit vereinbart. Die EU und ihr „Schlüsselpartner“ Russland entwickeln ihre „strategische Partnerschaft“ nicht im Rahmen der ENP, sondern durch Schaffung von „vier Gemeinsamen Räumen“ weiter.

Die Zusammenarbeit im Rahmen der ENP erfolgt auf Grundlage der bestehenden bilateralen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Belarus, Libyen und Syrien zählen zwar zu den Adressaten der ENP, nehmen jedoch wegen fehlender Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht in vollem Umfang daran teil.

Ziel der ENP ist die Einbeziehung der davon erfassten Nachbarstaaten in die gemeinsame Zone des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands, wobei konkrete Zielsetzungen in individuellen, je nach Partnerland differenzierten, mehrjährigen Aktionsplänen vereinbart werden. Die Länder der ENP sollen das Potenzial der jeweiligen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht nur ausschöpfen, sondern bei entsprechendem Engagement in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet. Je nach Fortschritt bei der Umsetzung der Aktionspläne kann eine Anpassung durch neue Abkommen erforderlich werden. Eine laufende Fortschrittsüberprüfung im Rahmen von Ausschusstreffen und Assoziations- oder Kooperationsräten wird durch den jährlichen Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission ergänzt.

Inhaltliche Schwerpunkte der Aktionspläne betreffen Bereiche wie Politischer Dialog und Reform; Handels-, Markt- und Regulierungsreformen; Zusammenarbeit auf dem Gebiet Justiz und Inneres; Transport, Energie, Informationsgesellschaft und Umwelt sowie Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften. Im Juni wurde die Schaffung einer Schwarzmeersynergie beschlossen, die verstärkt die Kooperation zu diesem wirtschaftlich, energie-

Österreich in der Europäischen Union

politisch und politisch sensiblen Raum fördern soll. Für Österreich steht dabei die Verbindung zwischen Donau- und Schwarzmeerraum im Vordergrund.

Die Maßnahmen der ENP und der strategischen Partnerschaft werden auf der Basis eines flexibleren, gleichzeitig einheitlichen „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments“ (**ENPI**) für den Zeitraum 2007–2013 finanziert, welches frühere Unterstützungsprogramme wie die Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (**TACIS**) und das Programm **MEDA** (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer) ersetzt.

Das Jahr 2009 war insbesondere für die Beziehungen der EU zu Ländern der östlichen Nachbarschaft von besonderer Bedeutung. Am 7. Mai fand ein Gipfeltreffen zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten sowie Armeniens, Aserbaidschans, Belarus, Georgiens, Moldaus und der Ukraine statt. Dabei wurde die Östliche Partnerschaft aus der Taufe gehoben, eine Initiative, die die Beziehungen der Union mit ihrer östlichen Nachbarschaft auf eine neue Grundlage stellt. Mit der Schaffung multilateraler Plattformen in den Bereichen Demokratie und Stabilität, wirtschaftliche Integration, Energiesicherheit sowie Kontakte zwischen Menschen wurden neue Instrumente eingesetzt, die die Vernetzung dieser Länder mit der EU, aber auch untereinander, fördern.

Die neue Partnerschaft sieht auch eine neue Generation von Assoziierungsabkommen vor, die eine größere gegenseitige Öffnung, eine schrittweise Integration in den Wirtschaftsraum der EU sowie eine Annäherung an europäische Standards und Normen bringen kann.

Mit der Ukraine konnten die bereits im Jahr 2008 eröffneten Verhandlungen erfolgreich weitergeführt werden, für Moldau wurde im Juli der Europäischen Kommission ein Mandat für den Beginn von Verhandlungen erteilt. Die Aktionspläne mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien wurden weiter umgesetzt, während auch für diese Staaten Verhandlungen über neue Abkommen vorbereitet wurden.

Die Umsetzung der Aktionspläne mit Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko und Tunesien wurde fortgesetzt. Beim Assoziationsrat mit Ägypten wurde die Einsetzung einer Ad-Hoc-Gruppe beschlossen, um Möglichkeiten einer Aufwertung der Beziehungen EU-Ägypten zu prüfen. Mit Marokko wurde mit der Umsetzung des 2008 beschlossenen Fahrplans für den von Marokko angestrebten „weitergehenden Status“ begonnen und die Ausarbeitung eines Nachfolgeinstruments für den Aktionsplan wurde in Angriff genommen.

Die Vorbereitungen für eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit Syrien, das Ende 2008 paraphiert worden war, wurden seitens der EU

Die Außenbeziehungen der Union

abgeschlossen. Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen über Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen mit Libyen wurden fortgesetzt.

Die Europäische Kommission beschloss für Marokko und die Palästinensische Behörde Mittel aus der im Rahmen der Nachbarschaftspolitik eingerichteten so genannten Governance-Fazilität (Fazilität für gute Regierungsführung).

Auch die ENP-Partnerländer profitieren inzwischen von neuen Formen der technischen Hilfe. Mithilfe von EU-Finanzierungsinstrumenten, die bereits in den neuen Beitrittsländern bzw. potenziellen Beitrittskandidaten erfolgreich waren, werden im Rahmen der EU-Twinning Programme (Verwaltungspartnerschaften) und **TAIEX** (kurzfristige Entsendung von Experten) die Reformprozesse sowie der Institutionenaufbau in den Partnerländern unterstützt. Ziel ist die Annäherung an die Politiken und Standards der EU mittels Bereitstellung von Fachwissen.

Österreich hat sich um Projekte zum Thema Verkehr (Marokko, Georgien), im Sozialbereich (Aserbaidschan) sowie am Wettbewerbssektor (Moldau) beworben und für ein Umweltprojekt in der Ukraine den Zuschlag erhalten.

3. Südosteuropa/Westliche Balkanländer

3.1. Albanien

Der am 1. April anlässlich des NATO-Gipfels zum 60. Jubiläum der Gründung dieser Organisation erfolgte Beitritt Albaniens wird im Allgemeinen als einer der bedeutendsten außenpolitischen Erfolge seit der Öffnung des Landes zu Beginn der 90er-Jahre gesehen. Am selben Tag trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (**SAA**) der Europäischen Union mit Albanien in Kraft.

Der am 28. April gestellte Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union wurde vom Rat am 16. November an die Europäische Kommission zur Erstellung des sogenannten Avis betreffend die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen weitergeleitet. Am 16. Dezember wurde in Tirana Premierminister Sali Berisha der 2280 Fragen umfassende Fragenkatalog überreicht. Als Frist zur Fertigstellung der Beantwortung des Fragenkatalogs wurde Ende März 2010 festgelegt. Hauptaugenmerk wird dabei auf die Beantwortung des politischen Spektrums der sogenannten Kopenhagener Kriterien, darunter Kampf gegen Korruption und die Reform des Justizsystems, gelegt werden. Auf Grundlage der Beantwortung dieses Katalogs wird die Europäische Kommission vermutlich gegen Ende 2010 eine Empfehlung abgeben, ob mit Albanien Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen.

Zuversichtlich zeigt sich die albanische Regierung, dass sie bis Ende 2010 die in der sogenannten Wegskizze gestellten Bedingungen zur Erreichung der Visaliberalisierung, das heißt der sichtvermerkfreen Einreise in das Schengengebiet, für albanische Staatsbürger erreichen werden.

Österreich in der Europäischen Union

Überschattet werden die außenpolitischen Erfolge durch den Boykott des Parlaments durch die Opposition. Die um die Sozialistische Partei gescharte Opposition erkennt das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 28. Juni nicht an. Sie verlangt unter anderem die neuerliche Auszählung eines Drittels der Stimmen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (**OSZE**) hatte Albanien bei der Durchführung dieser Wahlen zwar Fortschritte bescheinigt, jedoch auch auf einige zu behebende Defizite verwiesen.

3.2. Bosnien und Herzegowina

Im Jahr 2009 hat Bosnien und Herzegowina (**BuH**) geringe Fortschritte in Richtung Visaliberalisierung, EU- und NATO-Beitritt erzielt. Um die Voraussetzungen für die Visaliberalisierung zu schaffen, wurden vom BuH-Ministerrat und dem Parlament wesentliche gesetzliche Voraussetzungen verabschiedet. Angestrebt wird nunmehr eine Visaliberalisierung Mitte 2010.

Die Prioritätensetzung der österreichischen Außenpolitik wurde durch eine verstärkte österreichische Präsenz in der Person des Hohen Repräsentanten (**HR**) und EU-Sonderrepräsentanten (**EUSR**), Botschafter Valentin Inzko (seit 26. März), und durch Übernahme des EUFOR-Kommandos durch den österreichischen Generalmajor Bernhard Bair am 4. Dezember, belohnt und bestärkt.

Am 19. Mai besuchten der Vizepräsident der USA, Joseph Biden, und der EU-Beauftragte für Außenpolitik, Javier Solana, gemeinsam BuH und brachten damit das Land wieder verstärkt auf die Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft. Im Herbst versuchte die schwedische EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit den USA im Rahmen des sogenannten „Butmir-Prozesses“ einen neuerlichen Anlauf zu einer Verfassungsreform, die eine Voraussetzung für eine erfolgreiche EU-Beitrittskandidatur ist. Mangels Kompromissfähigkeit der BuH-Politiker ist dieser Prozess kaum vorangekommen.

Bereits in diesem Jahr hat der Wahlkampf zur Parlamentswahl im Oktober 2010 seine Schatten vorausgeworfen. Die Republika Srpska (**RS**) hat seit Juni die Anwendung der Bonn Powers durch HR Valentin Inzko scharf kritisiert und ihre Obstruktion der von der internationalen Gemeinschaft indossierten Beschlüsse des HR fortgesetzt. Bei einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments der RS am 24. und 25. Dezember wurde die Möglichkeit eines Referendums über die HR-Beschlüsse und den NATO- und EU-Beitritt BuHs erörtert. Die Rhetorik der RS, aber auch der bosniakischen und kroatischen Seite, die eine eigene Entität fordert, hat sich verschärft. Die Fronten innerhalb der politischen Führungselite BuHs haben sich verhärtet.

Außenpolitisch konnte BuH mit seiner Wahl in den VN-Sicherheitsrat für 2010/2011 einen wichtigen Erfolg erzielen, der die Nichtaufnahme in den NATO-MAP und die Nichtgewährung der Visafreiheit durch die EU zumindest teilweise aufwiegt.

Die Außenbeziehungen der Union

Mit dem Internationalen Währungsfonds (**IWF**) konnte eine Kreditgewährung in Höhe von 1,2 Milliarden Euro vereinbart werden. Die erste Tranche wurde noch im Sommer an BuH überwiesen. Eine IWF-Delegation stellte im November allerdings keine ausreichende Erfüllung der Bedingungen, wie einschneidende Budget- und Gehaltskürzungen, fest, sodass die zweite Tranche des IWF-Stand-by-Arrangements nicht mehr zur Auszahlung gekommen ist.

3.3. Kosovo

Mit der Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar 2008 und dem Inkrafttreten der neuen kosovarischen Verfassung am 15. Juni 2008 begann für die Republik Kosovo ein neues Kapitel ihrer Geschichte. Erstmals übernahm eine demokratisch gewählte Regierung mit Parlament und Präsidenten die Verantwortung für die weitere Entwicklung des jüngsten Staates auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien mit einer Landfläche von knapp 10.000 km² und einer Bevölkerung von 2,15 Millionen Einwohnern.

Die Herausforderungen für dieses Jahr waren einerseits die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und andererseits die internationale Anerkennung des neu entstandenen Staates.

Angesichts der jüngsten Bevölkerung Europas und einer Arbeitslosenrate von 35% unternahm die Regierung gezielte Anstrengungen im Bildungsbereich, um Angebote für die Jugend zu schaffen. Österreich unterstützt die kosovarischen Partnerinstitutionen vor allem im Bereich „Höhere Bildung“. Durch die Festschreibung des Ahtisaari-Planes in der Verfassung übernahm die kosovarische Regierung auch die Verpflichtung, für die im Kosovo lebenden Minderheiten ein gesichertes Umfeld zu schaffen. Die Bemühungen um Dezentralisierung sollen entscheidende Kompetenzen in die Hände der lokalen Entscheidungsträger legen. Gleichzeitig sollte eine neue Grenzziehung einzelner Gemeinden den Minderheiten, hier insbesondere der serbischen, die Möglichkeit der Selbstverantwortung geben. Dieser Prozess konnte in 36 der 38 Gemeinden erfolgreich abgeschlossen und die Lokal- sowie Bürgermeisterdirektwahlen am 15. November (Bürgermeisterstichwahl am 13. Dezember) somit bereits in den neuen Gemeinden erfolgen. Sowohl die eigenständige Vorbereitung als auch Durchführung dieser ersten Wahlen seit der Unabhängigkeit wurde von den lokalen und internationalen Beobachtern als frei, fair und demokratisch, somit als bestandener Test der demokratiepolitischen Reife, eingestuft. Im Privatisierungsprozess wurden hohe Erwartungen erweckt, die nicht eingelöst werden konnten.

Die Souveränität der Republik Kosovo haben bis Ende des Jahres 64 Staaten anerkannt, darunter 22 EU-Mitgliedstaaten.

Im Bemühen des Kosovo um Anerkennungen und Zugang zu internationalen Organisationen konnten mit der Aufnahme des Kosovo als 186. Mitglied in

Österreich in der Europäischen Union

den IWF im Mai und in die Weltbank im Juni zwei außenpolitische Erfolge erzielt werden.

Da Serbien die Souveränität des Kosovo nicht anerkennt, sondern weiterhin als integralen Bestandteil des serbischen Territoriums sieht und international in dieser Haltung von der Russischen Föderation unterstützt wird, ist der Zugang zu den VN und anderen internationalen Organisationen weiter versperrt. Serbien gelang es im Oktober 2008, einen Beschluss der VN-Generalversammlung zu erwirken, mit dem der Internationale Gerichtshof (**IGH**) um ein Rechtsgutachten über die Rechtmäßigkeit der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung ersucht wird. Das IGH-Gutachten, an dem sich auch Österreich zugunsten des Kosovo beteiligte, soll Mitte 2010 vorliegen.

Die durch Resolution 1244 (1999) geschaffene zivile Verwaltung UNMIK hat ihre Präsenz durch Übergabe von Kompetenzen an die kosovarischen Institutionen verringert, spielt aber bei der Vertretung des Kosovo in manchen internationalen Foren weiter eine Rolle. Die OSZE-Mission, die seit 1. Oktober 2008 durch den Österreicher Botschafter Werner Almhofer geleitet wird, erfüllt ihre Aufgabe in der Institutionenbildung und Unterstützung der lokalen Verwaltung und umfasst ca. 800 Personen. Die ebenfalls durch Resolution 1244 (1999) eingerichtete militärische Präsenz KFOR, an der sich Österreich als größter Nicht-NATO-Truppensteller mit derzeit 460 SoldatInnen beteiligt, wird ihre Truppenpräsenz bis Ende Jänner 2010 auf 10.000 SoldatInnen verringern und damit einen gleitenden Übergabeprozess ihrer Aufgaben an die Kosovo Security Force (**KSF**) und Kosovo Police Force (**KPF**) einleiten.

Besondere Bedeutung kommt dem im Februar 2008 geschaffenen International Civilian Office (**ICO**) zu, welches mit weitreichenden Exekutivkompetenzen ausgestattet ist und die Erfüllung des Ahtisaari-Planes überwachen soll. Der niederländische Diplomat Pieter Feith hat als International Civilian Representative (**ICR**) sowohl eng mit der kosovarischen Regierung zusammenzuarbeiten und gleichzeitig als EU-Sonderbeauftragter (**EUSB**) die europäischen Interessen zu vertreten. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit der größten EU-Auslandsmission EULEX erforderlich, die die kosovarischen Institutionen beim Aufbau eines funktionierenden Rechts-, Polizei-, Zoll- und Rechtssprechungssystems unterstützen soll und derzeit ca. 2500 Bedienstete umfasst. EULEX kommt vor allem Bedeutung in der Rechtsdurchsetzung in jenen, serbisch besiedelten, Gebieten (nördlich des Flusses Ibar) zu, welche die kosovarische Zentralregierung nicht anerkennen und eigene „Parallelstrukturen“ geschaffen haben.

Die Herausforderungen der Zukunft liegen in der schrittweisen Heranführung aller Landesteile an die kosovarischen Zentralinstitutionen, in der Intensivierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch Umsetzung des Privatisierungsprozesses und beim Ausbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

*Die Außenbeziehungen der Union***3.4. Kroatien**

Nach dem Rücktritt von Ivo Sanader am 1. Juli wurde Jadranka Kosor vom kroatischen Parlament am 6. Juli zur neuen Premierministerin gewählt. Seither steht sie der Koalitionsregierung unter Führung der **HDZ** (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) vor. In Bezug auf die offenen Grenzfragen zwischen Kroatien und Slowenien in der Bucht von Piran sowie einigen Abschnitten der Landgrenze wurde am 4. November in Stockholm ein Arbitrageabkommen mit Slowenien unterzeichnet. Kroatischerseits wurde es noch 2009 ratifiziert. Nach der Unterzeichnung des Arbitrageabkommens kam es zur Aufhebung der Blockade einiger Kapitel im Rahmen der kroatischen EU-Beitrittsverhandlungen durch Slowenien.

Kroatien wurde am 1. April offiziell Mitglied der NATO. Ende 2009 schied Kroatien als nicht-ständiges Mitglied aus dem VN-SR aus. Das Mandat des OSZE-Büros in Agram zur Beobachtung der in Kroatien geführten Kriegsverbrecherprozesse und der Fortschritte bei den noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsrückkehr wurde bis Ende 2010 verlängert.

3.5. Mazedonien

Die euro-atlantische Integration blieb weiterhin erklärtes außenpolitisches Ziel Mazedoniens. Der nach wie vor nicht beendete Namensstreit mit Griechenland hemmte jedoch Fortschritte in diese Richtung.

Im März fanden Kommunalwahlen und der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen statt. Der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen erfolgte im Mai. Gjorge Ivanov (**VMRO-DPMNE**) ging daraus als Sieger hervor. Dem Bericht des Office for Democratic Institutions and Human Rights (**ODIHR**) zufolge erfüllten die Wahlen weitgehend demokratische Standards. Fälle von versuchter Beeinflussung und Einschüchterung wurden ebenso strafrechtlich geahndet wie versuchte Manipulationen mit Hilfe nicht aktueller Wählerlisten.

Am 14. Oktober wurde der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission präsentiert, der die lange erwartete Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen enthielt. Da im Namensstreit mit Griechenland kein Fortschritt erzielt werden konnte, wurde die Entscheidung über ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen durch den Rat am 7. Dezember jedoch auf das 1. Halbjahr 2010 verschoben.

Die Visaliberalisierung erfolgte am 19. Dezember und zu Jahresende begünstigte sie rund 60% aller mazedonischen Passinhaber, d.h. jene, die bereits im Besitz von biometrischen Reisepässen waren.

Am 17. Oktober wurde die Demarkation der Grenze mit dem Kosovo abgeschlossen. Mazedonien ist somit der erste Staat in der Region, dessen Grenze vollständig demarkiert ist.

Österreich in der Europäischen Union

Im Namensstreit mit Griechenland konnten keine Fortschritte verzeichnet werden. Es fanden sowohl Gespräche des VN-Mediators Matthew Nimetz mit dem griechischen und mazedonischen Chefverhandler statt, als auch bilaterale Treffen auf höchster Ebene.

3.6. Montenegro

Montenegro hat bei seinen Zielen der Mitgliedschaft in der EU und der NATO wichtige Erfolge erzielt. Mit dem, nach dem EU-Beitrittsantrag 2008 überwiegend positiven Fortschrittsbericht Mitte Oktober, dem für 2010 erwarteten Avis und der Gewährung der Visaliberalisierung am 19. Dezember konnte die Ende März erneut gewählte Koalition unter der Führung von Premierminister Milo Djukanović dem breiten diesbezüglichen Konsens in der Bevölkerung und der Politik Rechnung tragen. Die Einräumung des NATO-Membership Action Plan-Status am 4. Dezember stellte einen weiteren, auf Regierungsseite erwünschten Schritt zum NATO-Beitritt dar, der allerdings bei der Bevölkerung nach wie vor nicht unumstritten ist.

Neben der euro-atlantischen Integration bleibt die als Stabilitätsfaktor in der Region anerkannte konstruktive Nachbarschaftspolitik Eckpunkt der montenegrinischen Außenpolitik. Die nach der Anerkennung des Kosovo 2008 vorübergehend angespannten Beziehungen zu Serbien wurden stabilisiert und ein Austausch der Botschafter im Herbst erneut vorgenommen. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Kroatien, BuH und zu Albanien wurden weiter ausgebaut. Gerüchte über Spannungen zum Kosovo aufgrund von Grenzfragen erwiesen sich als unrichtig, gegen Jahresende wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen.

Die gelungene Durchführung des CEFTA-Vorsitzes und die Abhaltung zahlreicher internationaler Konferenzen sicherten dem jungen und kleinen Montenegro auch 2009 internationale Visibilität.

Nach dem erwarteten Erfolg der Regierungskoalition „Europäisches Montenegro“ unter Premierminister Djukanović mit einer absoluten Mehrheit blieb die innenpolitische Lage weitgehend stabil. Aufgrund der in der zweiten Jahreshälfte vermehrt spürbaren Wirtschaftskrise, in deren Verlauf das BIP um etwa 5% geschrumpft ist, den auch auf die künstlichen Immobilienpreissteigerungen zurückzuführenden Problemen im Finanzdienstleistungsbereich, sowie der Ankündigung von Premierminister Djukanović, bald zurücktreten zu wollen, sind allerdings zu Jahresende Spannungen innerhalb der Koalition und der größten Koalitionspartei DPS aufgetreten. Gegen Jahresende traten die Oppositionsparteien und einzelne Nichtregierungsorganisationen mit politischen Vorbringen gelegentlich gemeinsam auf, was als Indiz für eine langsame Konsolidierung des bisher zersplitterten und schwachen Oppositionslagers gesehen werden kann.

*Die Außenbeziehungen der Union***3.7. Serbien**

Die serbische Regierung, die im Jahr 2008 mit ihrer pro-europäischen Ausrichtung die Wahlen gewonnen hatte, hat ihre Bemühungen für eine EU-Annäherung konsequent fortgesetzt. Wichtigste und für die Bevölkerung sichtbarste Auswirkung der Reformmaßnahmen im Bereich Justiz und Inneres war die durch die EU gewährte Visaliberalisierung, die mit 19. Dezember wirksam wurde. Während die Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens weiterhin ausgesetzt ist, hat Serbien das diesbezügliche Interimsabkommen hinsichtlich der Handelsaspekte bereits seit 30. Jänner einseitig angewandt. Am 8. Dezember stimmte der Rat – nach einem positiven Bericht des ICTY-Chefanklägers Brammertz – der „Deblockierung“ des Interimsabkommens auch seitens der EU zu, nachdem sich v.a. die Niederlande wegen der fehlenden Verhaftung und Auslieferung der zwei letzten Angeklagten des ICTY lange dagegen ausgesprochen hatten. In der Folge stellte Serbien am 22. Dezember einen EU-Beitrittsantrag.

Zweite außenpolitische Priorität Serbiens bleibt die Kosovo-Frage. Die serbische Regierung beharrte auf ihrer Haltung und setzte ihre umfangreiche diplomatische Initiative zur Bekämpfung der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo fort. Serbien verweigert jegliche Zusammenarbeit mit der kosovarischen Regierung sowie auch die Mitarbeit in regionalen und internationalen Foren, an denen Vertreter der kosovarischen Regierung teilnehmen. Hinsichtlich der von der kosovarischen Regierung am 15. November durchgeführten Gemeinderatswahlen rief die serbische Regierung die serbische Volksgruppe im Kosovo indirekt zum Wahlboykott auf. Darüber hinaus führte die serbische Regierung in mehreren kosovarischen Gemeinden an anderen Terminen Neuwahlen (de facto „Parallelwahlen“) durch. Einen pragmatischen Ansatz verfolgte die serbische Regierung nur in jenen Bereichen (Grenzkontrolle, Polizeiprotokoll mit EULEX), wo dies für die EU-Annäherung (Visaliberalisierung) unabdingbar war.

Aus innenpolitischer Sicht stand der Kampf gegen die Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen in Serbien drastisch zu spüren waren, im Mittelpunkt. Die Regierung setzte dabei in erster Linie auf umfangreiche Kreditaufnahmen bei verschiedenen internationalen Organisationen (v.a. bei der Weltbank, die im Mai einen Kreditrahmen von 3,3 Mrd. Euro bis April 2011 genehmigte). Im Gegenzug verabschiedete die Regierung auch ein Sparpaket, das vor allem einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst vorsieht. Eine echte Strukturreform (v.a. eine Pensionsreform) blieb wohl aufgrund der sehr unterschiedlichen Interessen innerhalb der heterogenen Regierungskoalition aus. Neben der führenden Regierungspartei DS (unter Staatspräsident Boris Tadic) konnte sich die Fortschrittspartei (**SNS**), die sich im September 2008 von der Radikalen Partei abgespalten hatte, als zweite Großpartei etablieren, wobei sie einen pro-europäischen Mitte-Rechts-Kurs einschlug.

Österreich in der Europäischen Union

4. Die Osteuropäischen Staaten

4.1. Ukraine

Die Ukraine ist Zielland der Europäischen Nachbarschaftspolitik (**ENP**) und nimmt auch an der Östlichen Partnerschaft (**ÖP**) teil, welche als spezielle östliche Dimension der ENP am 9. Mai ins Leben gerufen wurde. Basis der Beziehungen zur EU sind das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (**PKA**) aus dem Jahr 1998 und der im Rahmen der ENP im Februar 2005 verabschiedete EU-Ukraine-Aktionsplan.

Im Februar 2007 haben Verhandlungen über ein PKA-Nachfolgeabkommen begonnen. Beim EU-Ukraine-Gipfel im September 2008 in Evian wurde beschlossen, dieses Abkommen als Assoziierungsabkommen zu benennen. Das Verhandlungsmandat sieht ein umfassendes Abkommen vor, dessen Kern eine vertiefte und umfassende Freihandelszone bilden soll. Mit dem WTO-Beitritt der Ukraine am 16. Mai 2008 wurde der Weg für Verhandlungen über eine derartige Freihandelszone frei. Insgesamt soll eine ambitionierte Kooperation auf hohem Niveau in Schlüsselbereichen ermöglicht werden, mit dem Ziel, die Ukraine in möglichst vielen Bereichen möglichst nahe an die EU heranzuführen. Am 1. Jänner 2008 trat das Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen in Kraft. Im November 2008 begann der Dialog über Visafreiheit zwischen der Ukraine und der EU. Die Ukraine hatte lange Zeit gehofft, das Assoziierungsabkommen beim EU-Ukraine-Gipfel in Kiew am 4. Dezember unterzeichnen zu können. Auf Grund der komplizierten Verhandlungen im Freihandelsbereich ließ sich dieses ambitionierte Ziel aber nicht verwirklichen.

Die EU ist mit über 2,5 Milliarden Euro der größte ausländischer Geber in der Ukraine. Mit Auslaufen des TACIS-Programms und Übergang zum **ENPI** (Europäisches Nachbarschafts – und Partnerschaftsinstrument) wurden die Mittel für die Ukraine substanziell erhöht, sie erhält im Zeitraum 2007 – 2010 494 Millionen Euro (ca. 120 Millionen Euro pro Jahr) im Rahmen des Nationalen Programms der ENPI. Hinzu kommen jährlich ca. weitere 20 Millionen Euro aus anderen Programmen (regionale und grenzübergreifende Programme, Nuclear Safety, Land Mines, Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (**EIDHR**) etc.). Die EU ist zudem knapp vor Russland der größte Handelspartner der Ukraine. Die Kooperation der Ukraine mit der EU im Rahmen der **EUBAM** (Border Assistance Mission; an der Grenze zu Moldau) erwies sich weiterhin als erfolgreich.

Ab Herbst 2008 hatte die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise schwere Auswirkungen auf die Ukraine. Vor diesem Hintergrund kam es am 16. Dezember 2008 zu einer Neuauflage der „Orangen Koalition“ unter Teilnahme des Blockes Lytwyn. Die tiefen Konflikte zwischen der Premierministerin und dem Präsidenten hielten indes unvermindert an. Die Ukraine schlitterte erwartungsgemäß in eine Kreditkrise verbunden mit einem massiven Einbruch bei Exporten und Importen. Hinzu kam ein hohes Leistungsbilanzdefizit der

Die Außenbeziehungen der Union

Ukraine in der Höhe von mindestens 15 Milliarden US-Dollar. Die Budgetsituation der Ukraine ist wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage äußerst kritisch, jedoch verfügt sie über Fremdwährungsreserven von 27 Milliarden US-Dollar.

Durch die Krise wurden die chronischen wirtschaftlichen Strukturdefizite der Ukraine negativ verstärkt. Der IWF reservierte zur Stützung der Ukraine Finanzhilfen in Höhe von 16,4 Milliarden US-Dollar. Die ersten Tranchen wurden ausgezahlt, deren korrekte Verwendung ist jedoch umstritten. Zur Erfüllung der IWF-Forderungen beschloss die Regierung zwar ein Maßnahmenpaket, jedoch waren die ergriffenen Maßnahmen aus Sicht des IWF völlig unzureichend. Vor dem Hintergrund des Präsidentenwahlkampfes war die Bereitschaft der politischen Akteure zu massiven Einsparungen und Kürzungen nicht gegeben. Im Spätherbst verweigerte der IWF schließlich die Auszahlung der vierten Tranche und verschob eine Entscheidung darüber auf die Zeit nach der Präsidentenwahl am 17. Jänner / 7. Februar 2010.

Am 9. Oktober wurde nach langer Vakanz der Posten des ukrainischen Außenministers mit dem Großindustriellen Petro Poroschenko neu besetzt. Unbesetzt blieben die Posten der im Laufe des Jahres entlassenen Minister für Finanzen, Verteidigung sowie Verkehr und Telekommunikation.

Trotz chronischer Finanzschwierigkeiten schaffte es die staatliche Gasgesellschaft Naftogas, dank unterstützender Maßnahmen der ukrainischen Regierung und des IWF, die Gaslieferungen der Gazprom pünktlich zu bezahlen, womit Gaskonflikte mit Russland vermieden werden konnte.

Ende Oktober kam es aufgrund der „Neuen Grippe“ in der Ukraine zu weitreichenden Maßnahmen der Regierung (Quarantäne mit Schulschließungen), die bei der Bevölkerung teilweise Panik auslösten. Österreich beteiligte sich mit Lieferungen an den internationalen Hilfsmaßnahmen.

Die gesamte zweite Jahreshälfte war von den Präsidentschaftswahlen am 17. Jänner 2010 (1. Wahlgang) dominiert. 18 KandidatInnen stellen sich dieser Wahl, darunter Präsident Viktor Juschtschenko, Premierministerin Julija Tymoschenko, Oppositionsführer Viktor Janukowytsch, Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn, der Großindustrielle Serhij Tihipko, der ehemalige Außenminister und Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk sowie noch eine Reihe von bekannten politischen Akteuren.

4.2. Moldau

Im Anschluss an die Parlamentswahlen am 5. April kam es zu Vorwürfen massiver Wahlfälschung gegenüber der laut offiziellem Ergebnis siegreichen Kommunistischen Partei sowie tagelangen, teils gewaltsamen Demonstrationen, auf die die Polizei mit Menschenrechtsverletzungen reagierte. EU-Außenbeauftragter Javier Solana und EU-Ratsvorsitzender Mirek Topolánek drückten bei Besuchen in Chisinau ihre Besorgnis über die Ereignisse aus und forderten Untersuchungen zur Menschenrechtssituation. Nachdem die

Österreich in der Europäischen Union

Wahl eines Staatsoberhauptes durch das Parlament zweimal gescheitert war, wurden verfassungsgemäß die Parlamentswahlen am 29. Juli wiederholt. Die siegreiche liberal-demokratische „Allianz für Europäische Integration“ übernahm im September die Regierungsgeschäfte. Wichtigste Ziele der neuen Regierung sind die größtmögliche Annäherung an die EU, die Überwindung der politischen und gesellschaftlichen Spaltung des Landes sowie die Umsetzung eines ehrgeizigen Wirtschaftsreformprogramms. Dazu konnte im Oktober Einigung mit dem IWF über einen € 521 Mio. Kredit erreicht werden. Das neu gewählte Parlament scheiterte zweimal beim Versuch, ein Staatsoberhaupt zu wählen.

Die EU ist einer der wichtigsten Geldgeber für die von der Weltwirtschaftskrise massiv betroffene Republik Moldau. Von 2007–2010 stehen Moldau EU-Außenhilfegelder von insgesamt 209,7 Millionen Euro zur Verfügung. Im Juni beschloss der EU-Rat Richtlinien für Verhandlungen für ein neues Partnerschafts- und Assoziationsabkommen, welche am 12. Jänner 2010 aufgenommen wurden.

Moldau ist Mitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie einiger regionaler südosteuropäischer Initiativen. So hatte Moldau von Juni 2008 bis Juni 2009 die Präsidentschaft des South East European Cooperation Process (**SEEC**) inne. Von 8.–9. Oktober fand in Chisinau das Gipfeltreffen der GUS-Staats- und Regierungschefs statt.

In der separatistischen Region Transnistrien lehnte das Parlament einen Verfassungsreformvorschlag des autoritär regierenden „Präsidenten“ Igor Smirnow, welcher dessen Position weiter gestärkt hätte, ab. Dagegen endete der Machtkampf zwischen Smirnow und dem ehem. Parlamentssprecher Jewgeni Schewtschuk mit dessen Rücktritt. Trotz der EU-Bemühungen um eine Stärkung der vertrauensbildenden Maßnahmen konnte keine Annäherung zwischen dem transnistrischen Regime und der moldauischen Regierung erreicht werden. Der EU-Sonderbeauftragte Kalman Mizsei absolvierte zahlreiche Vermittlungsbesuche vor Ort. Zur OSZE und Moldau/Transnistrien siehe Kapitel B.II.2.

Die seit 2005 bestehende EU Unterstützungsmision zur Grenzüberwachung für Moldau/Ukraine (**EUBAM**) arbeitet weiterhin erfolgreich und wurde bis vorläufig November 2011 verlängert.

4.3. Belarus

Die durch den Beschluss des EU-Rates vom 13. Oktober 2008 gelockerten EU-Sanktionen gegen Belarus wurden im Jahr 2009 nicht wieder verschärft. Zum einen wurde die damals beschlossene befristete Suspendierung der Reisebeschränkung gegen Präsident Alexander Lukaschenko und die meisten anderen betroffenen Mitglieder der belarussischen Führung im März und im Dezember jeweils verlängert (dzt. bis Oktober 2010). Zum anderen nützte Belarus die Aufhebung der Sperre bilateraler Regierungskontakte zu intensi-

Die Außenbeziehungen der Union

ver Besuchsdiplomatie. Präsident Lukaschenko besuchte Italien und Litauen, Außenminister Sergej Martynow war bei der EU in Brüssel sowie in Deutschland, Italien, Finnland, Österreich und Tschechien zu Gast. EU-Außenbeauftragter Javier Solana und EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner folgten Einladungen nach Minsk. Mehrere Regierungschefs und Außenminister aus EU-Staaten besuchten ihrerseits Belarus.

Im Mai war Belarus auf dem Prager Gründungsgipfel der „Östlichen Partnerschaft“ (**ÖP**) der EU vertreten. Belarus sieht in seiner Teilnahme einen Ansatzpunkt zur schrittweisen „Normalisierung“ des Verhältnisses zur Union. Außerdem wird die ÖP als Mittel gesehen, um Außenhandel und Investitionen zu fördern. Anders als den anderen Partnerstaaten der ÖP soll Belarus aber aus Sicht der EU bis auf Weiteres kein Aktionsplan angeboten werden, da kein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen in Kraft getreten ist. Voraussetzung dafür wäre ein klarer Beweis, dass die belarussischen Behörden zur vollen Achtung der demokratischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit bereit sind. Bisher gesetzte Maßnahmen wie die Freilassung der politischen Gefangenen oder die zu Jahresende beschlossene Liberalisierung der Wahlgesetzgebung gehen aber aus Sicht der EU nicht weit genug, um von einer unumkehrbaren Richtungsänderung hin zur Entfaltung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sprechen zu können. Sollte sich die Lage in Belarus ebenso wie sein Verhältnis zur EU grundlegend bessern, wäre die EU zu einer erheblichen Verstärkung ihrer Unterstützung in mehreren Schlüsselbereichen bereit, in denen derzeit keine Unterstützung möglich ist.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise führte zu einem Einbruch der belarussischen Exporte sowohl nach West-Europa (verarbeitete Erdölprodukte) als auch in die Russische Föderation (Lebensmittel, Textilien, Maschinen). Umso wichtiger für Belarus war die im November erzielte Einigung mit dem IWF bezüglich möglicher Finanzhilfen sowie die Einigung über die Zollunion mit Russland und Kasachstan (in Kraft ab 1. Jänner 2010).

4.4. Südkaukasus

Die drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidshan und Georgien setzen ihre Annäherung an die euro-atlantischen Strukturen fort. Die Beziehungen zur EU werden durch die am 7. Mai in Prag durch ein Gipfeltreffen mit den Partnerländern lancierte **Östliche Partnerschaft** noch enger gestaltet. Bei hinreichenden Fortschritten in Bezug auf gemeinsame Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte, ebenso wie Grundsätze der Marktwirtschaft, der nachhaltigen Entwicklung und der verantwortungsvollen Staatsführung soll die Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft die Grundlage für neue Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Partnerländern bilden.

Die Lage in **Armenien** ist von einer starken Polarisierung gekennzeichnet. Im März fand anlässlich des ersten Jahrestags der Unruhen nach den Wahlen im

Österreich in der Europäischen Union

Jahr 2008 eine Kundgebung von tausenden Anhängern der Opposition statt. Am 31. Mai fanden in Yerewan Gemeinderatswahlen statt, bei denen der bisherige Bürgermeister Gagik Beglarian der Republikanischen Partei mit 47,4% der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Hauptproblem Armeniens in den letzten Jahren war die außenpolitische Isolation. Am 10. Oktober unterzeichneten Armenien und die Türkei in Zürich zwei Protokolle zur Normalisierung ihrer Beziehungen, die unter anderem die Aufnahme bilateraler Beziehungen und die Öffnung der gemeinsamen Grenzen vorsehen. Sollten diese Protokolle von beiden Parlamenten ratifiziert werden, handelt es sich wohl um die bedeutendste Entwicklung im Südkaukasus.

Am 18. März wurde in **Aserbaidshan** durch ein Referendum eine Verfassungsänderung angenommen (ca. 92 % pro-Stimmen), die unter anderem die Beschränkung des Präsidenten auf zwei Amtsperioden aufhebt. Die Lage betreffend Menschenrechte und Unabhängigkeit der Justiz ist aus Sicht der EU unbefriedigend, betreffend Medienfreiheit gibt es derzeit Rückschritte, gewisse Fortschritte hinsichtlich der Versammlungsfreiheit.

In **Georgien** kündigte im Juli Präsident Micheil Saakaschwili vorgezogene Lokalwahlen, eine Wahlrechtsreform (Direktwahl von Bürgermeistern), eine Medienrechtsreform und eine Verringerung der Befugnisse des Präsidenten an. Die Opposition hat ihre Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2008 nur schwer akzeptieren können und versuchte im Frühjahr, den Rücktritt von Präsident Saakaschwili durch monatelange Blockade wichtiger Verkehrswege in Tbilisi und Demonstrationen zu erzwingen. Die gemäßigten Kräfte der Opposition sind in den von Saakaschwili angebotenen Dialog eingetreten.

Entgegen den Vereinbarungen vom 12. August und vom 8. September 2008 sind in den abtrünnigen Gebieten **Abchasien** und **Südossetien** nach wie vor russische Soldaten stationiert. Dies trägt zum gespannten Verhältnis zwischen Georgien und Russland bei. In Südossetien wurde am 5. August der Geschäftsmann Wadim Browzew als neuer „Premierminister“ installiert. In Abchasien haben am 12. Dezember „Präsidentschaftswahlen“ stattgefunden, in denen sich der bisherige „Präsident“ Sergei Bagapsch gegen vier Mitbewerber durchsetzen konnte. Die Vermittlungsbemühungen im Rahmen der **Genfer Gespräche** unter dem gemeinsamen Vorsitz der EU, der Vereinten Nationen und der OSZE und mit Teilnahme der USA wurden fortgesetzt. Es konnten zwei Konfliktverhütungsmechanismen gegen Grenzzwischenfälle eingerichtet werden. Verhandelt wird über eine Vereinbarung über die Nichtanwendung von Gewalt, internationale Sicherheitsarrangements und humanitäre Fragen. Abchasien zeigt sich im Rahmen der Genfer Gespräche aufgeschlossener als Südossetien. Der **EU-Sonderbeauftragte für die Georgien-Krise**, Pierre Morel, und jener **für den Südkaukasus**, Peter Semneby, leisten wertvolle Vermittlungsbemühungen sowohl innerhalb Georgiens als auch zu anderen Staaten in der Region wie Russland, Armenien und Türkei.

Die Außenbeziehungen der Union

Die seit September 2008 in Georgien eingesetzte Monitoring Mission der EU (**EUMM**) ist die einzige internationale Präsenz, nachdem Russland die Verlängerung der Missionen der Vereinten Nationen und der OSZE im Juli verhindert hat. Zu ihren Aufgaben zählt auch die Beobachtung der vollen Einhaltung der Sechs-Punkte-Vereinbarung aus 2008 auf dem gesamten georgischen Staatsgebiet. EUMM hat nach wie vor keinen Zugang zu den abtrünnigen Gebieten, wo die Mission durch vertrauensbildende Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zur Normalisierung der Lage leisten könnte. Das Mandat von EUMM wurde im Juli um ein weiteres Jahr bis September 2010 verlängert.

Wiederholt kam es zu Verhaftungen von georgischen Staatsbürgern an der administrativen Grenze zu Südossetien und Abchasien. Diese und ähnliche Zwischenfälle werden im Rahmen des Incident Prevention and Response Mechanism (**IPRM**) erörtert.

Zum **Berg-Karabach-Konflikt** siehe Kapitel B.II.2.3.

5. Russland

Die mit dem Amtsantritt Präsident Dmitri Medwedjews erhoffte innenpolitische Liberalisierung schritt weiter zögerlich voran. Die **Außenpolitik** stand im Zeichen der Normalisierung der Beziehungen zu EU, USA und NATO, wobei sich die Fortschritte allerdings überwiegend auf eine Verbesserung der Atmosphäre beschränkten. In der Frage der Zukunft des START-Vertrages kam es zu wesentlichen Annäherungen zwischen den USA und Russland. Die russische Haltung zum iranischen Nuklearprogramm blieb ein wichtiges Thema im Verhältnis der EU und der USA zu Russland. Die Standpunkte in kontroversiellen Fragen wie dem Georgienkonflikt blieben unverändert.

Die russische **Wirtschaft** kam dank staatlicher Stützungsmaßnahmen und der relativ günstigen Entwicklung der externen Faktoren Ölpreis und Weltkonjunktur relativ günstig davon. Eine Aufgabe für die Zukunft bleibt die von Medwedjew geforderte strukturelle Modernisierung der Wirtschaft. Russland signalisiert in diesem Zusammenhang Interesse, die Beziehungen zur EU zu einer „Modernisierungspartnerschaft“ auszubauen.

In den seit Juli 2008 laufenden Verhandlungen über ein neues **EU-Russland Rahmenabkommen** (Nachfolger des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens aus 1994) konnten nur wenige konkrete Fortschritte erzielt werden. Die beiden EU-Russland-Gipfel in Chabarowsk am 21. und 22. Mai und in Stockholm am 18. November brachten zwar ein verbessertes Gesprächsklima und mehr gegenseitiges Vertrauen, jedoch keine signifikante Annäherung in kontroversiellen Fragen.

Für Russland bleibt die EU der wichtigste Wirtschaftspartner. Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise griff Russland jedoch verstärkt auf gezielte protektionistische Maßnahmen zurück (z.B. Zollerhöhungen bei Kraftfahrzeugen).

Österreich in der Europäischen Union

Im Juni kündigte Ministerpräsident Wladimir Putin an, die separaten **WTO-Beitrittsverhandlungen** Russlands zu beenden und stattdessen im Rahmen einer Zollunion mit Belarus und Kasachstan (die mit 1. Jänner 2010 in Kraft trat) gemeinsame Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Präsident Medwedjew hingegen erklärte kurz danach, dass ein separater Beitritt zur WTO die einfachere und realistischere Option sei. Aus Sicht der Europäischen Kommission würde ein russischer WTO-Beitritt im Rahmen einer Zollunion den Verhandlungsprozess weiter verzögern.

Zur Förderung der gemeinsamen europäischen Werte, die der EU-Russland-Partnerschaft zu Grunde liegen sollen, finden seit 2005 einmal pro Halbjahr **Menschenrechtskonsultationen** zwischen der EU und Russland statt. Bei dieser Gelegenheit werden von der EU insbesondere die Medien-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Funktionieren der Zivilgesellschaft, die Achtung der Minderheitenrechte, der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, der Schutz von Kinder- und Frauenrechten sowie die Menschenrechtssituation im Nordkaukasus thematisiert.

Die russisch-ukrainische Gaskrise im Januar rückte die **Energiebeziehungen** zwischen der EU und Russland ins Zentrum des Interesses. Im November einigten sich die EU und Russland auf einen Frühwarnmechanismus, um Lieferausfällen vorzubeugen. Russland erzielte Fortschritte bei den beiden Gasleitungsprojekten Nord Stream und South Stream. Im Laufe des Herbstes erteilten Dänemark, Finnland, Schweden und Deutschland die Genehmigung, Nord Stream innerhalb der jeweiligen ausschließlichen Wirtschaftszonen zu verlegen. Im Mai schlossen Gazprom und die Gasgesellschaften Italiens, Serbiens, Griechenlands und Bulgariens ein Abkommen über die Errichtung von South Stream ab (entsprechende Übereinkommen auf Regierungsebene waren bereits früher zustande gekommen). Im November wurde die Beteiligung Sloweniens an dem Projekt fixiert. Ebenfalls im November fanden erste Verhandlungen über die Beteiligung Österreichs an South Stream statt.

Anfänglichen russischen Vorbehalten gegenüber der Östlichen Partnerschaft begegnete die EU mit dem Argument, dass ein stärkeres Engagement der Union in der gemeinsamen Nachbarschaft zur Stabilität und Wohlstand in der ganzen Region beiträgt und somit im Interesse aller ist.

6. Zentralasien

Die 2007 angenommene Zentralasien-Strategie der EU hat zu einem verstärkten Engagement der EU in Zentralasien, zu einer Verdoppelung der EU-Mittel für diese Region und zur Erarbeitung von Nationalen Prioritätenpapieren für jedes einzelne zentralasiatische Land geführt, die in Abstimmung mit den fünf Ländern jährlich überprüft und adaptiert werden. Zur Stärkung der regionalen Kooperation hat die EU ihre drei Initiativen für die Bereiche Bildung, Rechtsstaatlichkeit und Umwelt/Wasser fortgesetzt. Außerdem konnte

Die Außenbeziehungen der Union

der politische Dialog intensiviert werden: Am 29. Mai fand in Duschanbe ein EU-Troika-Treffen auf Ebene der Außenminister und Kommissarin Benita Ferrero-Waldner mit den Außenministern der fünf Staaten Zentralasiens statt, am 15. September wurde in Brüssel ein weiteres Treffen in diesem Format abgehalten, bei dem Themen wie der Kampf gegen den Menschenhandel, Drogen und Terrorismus, Extremismus und Proliferation sowie Wasser-, Energie- und Umweltsicherheit erörtert wurden und die Europäische Investitionsbank (**EIB**) sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (**EBRD**) vertreten waren. Die langfristig angelegten EU-Programme für Grenzmanagement in Zentralasien (Border Management in Central Asia; **BOMCA**) und das Drogenaktionsprogramm (Central Asia Drug Action Programme; **CADAP**) wurden fortgesetzt. Außerdem hielt die EU mit allen fünf zentralasiatischen Ländern Menschenrechtsdialoge ab. Ein Spannungspotential für die gesamte Region stellt das Wassermanagement dar. Diese Frage dominierte auch das Aralsee-Gipfeltreffen der fünf zentralasiatischen Präsidenten in Almaty am 28. April.

Die Unterstützung der EU für die Finanzperiode für 2007–2013 umfasst € 750 Millionen. Bei den Importen aus Zentralasien in die EU war ein fast 50%-iger Rückgang zu verzeichnen, die EU-Exporte nach Zentralasien sind gleichgeblieben.

Am 17. November fand ein Kooperationsrat der EU mit **Kasachstan** statt, bei dem die aktive und stabilisierende Rolle des Landes in der Region gelobt wurde, aber auch auf das Potential im Bereich der Energiekooperation und die Notwendigkeit der Stärkung des Investitionsklimas hingewiesen sowie der Wunsch Kasachstans nach einer neuen Vertragsbasis mit der EU zum Ausdruck gebracht wurde. Auch in Kasachstan mussten die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigt werden. Eine von der kasachischen Regierung verabschiedete **road map** dient zur Umsetzung des **Anti-Krisen-Programmes**, das den schwer angeschlagenen Banken, dem Immobiliensektor, den Klein- und Mittelbetrieben, der Landwirtschaft sowie dem Bereich Infrastruktur und Innovationen mit ca. 14 Milliarden Dollar unter die Arme gegriffen und an die 400.000 Arbeitsplätze geschaffen hat. **Große Infrastrukturprojekte von strategischer Bedeutung** wie neue Erdöl- und Erdgaspipelines Richtung China wurden in Betrieb genommen und der Bau des Straßenkorridors Westchina–Europa fortgesetzt. Um seinen Verpflichtungen im Hinblick auf den OSZE-Vorsitz im Jahr 2010 nachzukommen, hat Kasachstan Reformen in den Bereichen Medien, Wahlen und politische Parteien beschlossen, die in den Augen der Opposition und Nichtregierungsorganisationen (**NRO**) allerdings als nicht tiefgreifend genug angesehen werden. Außerdem wurden ein die Meinungsfreiheit einschränkendes Internetgesetz und ein Gesetz über den Schutz der Privatsphäre erlassen. Die Unabhängigkeit der Justiz entspricht weiterhin nicht europäischen Standards. Am 9. Dezember wurde in Almaty das Central Asia Regional Information and Coordination Centre (**CARICC**) der Vereinten Nationen eröffnet.

Österreich in der Europäischen Union

Seit 25. November ist die Europäische Kommission mit einer vollwertigen Delegation in **Kirgisistan** vertreten. Am 23. Juli fanden in Kirgisistan Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der Amtsinhaber Kurmanbek Bakijew als klarer Sieger hervorging. Die Wahlen wurden von OSZE/ODIHR als nicht den internationalen Standards entsprechend beurteilt. Im Oktober nahm Präsident Bakijew eine umfassende Verwaltungsreform vor. Seither untersteht das Staatsministerium für auswärtige Angelegenheiten direkt dem Präsidenten. 2009 war in Kirgisistan eine weitere Verschlechterung der Menschenrechtssituation feststellbar. Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise konnten mit Hilfe großzügiger russischer Kredite etwas abgefedert werden.

Der Ratifikationsprozess für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und **Tadschikistan** wurde im November abgeschlossen; es trat am 1. Jänner 2010 in Kraft. Tadschikistan ist an einer Intensivierung der Beziehungen zu den EU-Ländern interessiert, und zwar vor allem im Hinblick auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und Investitionen im Wasserkraftbereich. Tadschikistan ist das bisher einzige Land Zentralasiens, das das Memorandum of Understanding mit der Europäischen Investitionsbank ratifiziert hat. Am 11. Februar stattete Präsident Emomali Rachmon einen offiziellen Besuch in Brüssel ab. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat Tadschikistan am stärksten von allen Ländern Zentralasiens getroffen.

Das zwischen der EU und **Turkmenistan** unterzeichnete Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist mangels Ratifikationen in einigen EU-Mitgliedsstaaten noch nicht in Kraft. Bis Ende des Jahres hatten 25 Mitgliedsstaaten, inkl. Österreich, das Abkommen ratifiziert. Das Interimsabkommen zur Regelung der handelsbezogenen Fragen zwischen der EU und Turkmenistan wurde vom Rat am 27. Juli angenommen. Am 14. Dezember erfolgte die feierliche Inbetriebnahme der insgesamt 7.000 km langen Turkmenistan – China-Gaspipeline.

Im Zuge einer Verwaltungsreform in **Usbekistan** wurden der Sicherheitsrat und das Außenministerium abgeschafft und deren Aufgaben auf den Staatsrat des Präsidenten für Verteidigung, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sowie den Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten übertragen. Am 20. Oktober trat die gesamte Regierung unter Premierminister Igor Tschudinow zurück. Am 21. Oktober wurde der bisherige Leiter der Präsidentenadministration und ehemalige Bürgermeister von Bischkek Danijar Usenow zum Premierminister ernannt und vom Parlament in seiner neuen Funktion bestätigt. Der Rat Allgemeine Angelegenheiten der Europäischen Union hat am 27. Oktober beschlossen, die noch bestehenden restriktiven Maßnahmen (Reisebeschränkungen für mehrere hohe Repräsentanten) gegen Usbekistan nicht zu verlängern, um es zu weiteren substanziellen Schritten zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechtsslage zu ermutigen.

Die erste Runde von Parlaments- und Regionalwahlen fand am 27. Dezember, die zweite Runde am 10. Jänner 2010 statt.

*Die Außenbeziehungen der Union***7. Naher und Mittlerer Osten, Mittelmeerraum und Golfstaaten****7.1. Nahost-Friedensprozess**

Ende 2008 und Anfang des Jahres kam es zu einer massiven Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen im und an den Grenzen zum Gaza-Streifen. Am 27. Dezember 2008 hatte die israelische Armee begonnen, Luftangriffe gegen Ziele im Gaza-Streifen mit dem erklärten Ziel der Zerstörung der bewaffneten Strukturen der Hamas zu fliegen. Hierdurch wollte sie der Bedrohung der zivilen Bevölkerung im Süden Israels durch Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen ein Ende setzen. Erst nach mehr als drei Wochen und einer für den Konflikt beispiellosen Zahl von zivilen Opfern und Zerstörungen an wirtschaftlicher Infrastruktur, vor allem auf palästinensischer Seite, konnte diese Eskalation des Konflikts mit einseitigen Erklärungen einer Waffenruhe durch Israel und Hamas am 18. Jänner beendet werden.

Vom ersten Tag an war Österreich als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unmittelbar mit den krisenhaften Entwicklungen im Nahen Osten konfrontiert und aktiv in die Bemühungen um eine Waffenruhe einbezogen. Zentrale Forderungen aus der Resolution 1860 (2009) des Sicherheitsrates, v.a. jene nach einer Öffnung der Grenzübergänge in den Gaza-Streifen zur Sicherstellung einer umfassenden Versorgung der zivilen Bevölkerung, blieben bedauerlicherweise während des gesamten folgenden Jahres unerfüllt.

Der neue israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu bekannte sich in einer seiner ersten außenpolitischen Grundsatzreden am 14. Juni grundsätzlich zu einer Zwei-Staaten-Lösung, schränkte dieses Bekenntnis allerdings durch die Forderungen nach Entmilitarisierung des zukünftigen palästinensischen Staates und nach Anerkennung Israels als Staat des jüdischen Volkes ein. Zusammen mit dem Beharren auf Jerusalem als der ungeteilten Hauptstadt Israels und der Fortsetzung des Siedlungsbaus im Sinne eines „natürlichen Wachstums“ vertrat er damit politische Positionen, die mit den Erwartungen der palästinensischen Führung hinsichtlich einer Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses nicht vereinbar waren.

Die deutliche Kritik Präsident Obamas an der israelischen Siedlungspolitik in seiner an die arabische Öffentlichkeit gerichteten Rede in Kairo vom 4. Juni sowie sein umfassendes Bekenntnis zu einer Zwei-Staaten-Lösung hatten die palästinensische Führung ermutigt, einen vollständigen Siedlungsstopp als Grundbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der neuen israelischen Regierung zu fordern. Der US-Sondergesandte für den Friedensprozess, der ehemalige Senator George Mitchell, bemühte sich in der Folge vergeblich, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurück zu führen und erst ein von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu angekündigtes, auf zehn Monate befristetes Moratorium zum Siedlungsbau im Westjordanland eröffnete erste Möglichkeiten, die verhärteten Positionen gegen Endes des Jahres anzunähern.

Österreich in der Europäischen Union

Die Lage innerhalb der palästinensischen Gebiete verzeichnete keine grundlegenden Verbesserungen. Die Spaltung zwischen dem Westjordanland und dem von Hamas dominierten Gaza-Streifen vertiefte sich und lediglich die anhaltend großzügige internationale Unterstützung erlaubte die Aufrechterhaltung eines Mindestmaßes an öffentlichen Leistungen durch die Palestinian Authority bzw. durch das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (**UNRWA – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East**), welches in diesem Jahr den sechzigsten Jahrestag seiner Tätigkeit begehen musste.

Nachdem das Jahr 2008 Hoffnung auf Fortschritte zwischen Israel und Syrien um die von Israel 1967 besetzten und seit 1980 annektierten Golan-Höhen genährt hatte, beendeten spätestens die Auseinandersetzungen um den Gaza-Streifen die Aussicht auf eine Weiterführung der durch die Türkei vermittelten indirekten Gespräche. Deutlich kritische Aussagen höchster türkischer Repräsentanten gegenüber Israel verschlechterten die politischen Beziehungen zwischen Israel und der Türkei und verhinderten vorerst eine Wiederaufnahme dieser indirekten Gespräche.

Die AußenministerInnen der EU fassten in den Schlussfolgerungen ihrer Ratssitzung im Dezember die Positionen zum Nahost-Friedensprozess in detaillierter Weise zusammen und bekräftigten erneut das europäische Bekenntnis zu einer umfassenden Friedenslösung mit Israel und Palästina in Sicherheit und in friedlicher Nachbarschaft und Jerusalem als der zukünftigen Hauptstadt beider Staaten.

7.2. Mittlerer Osten

Der **Irak** wird von der EU durch zahlreiche Initiativen bei der nationalen Aussöhnung, Verfassungsrevision, Flüchtlingsrückkehr sowie beim Aufbau der Fähigkeiten des irakischen Parlaments unterstützt.

Am 31. Jänner fanden in 14 der 18 Provinzen Wahlen statt. Diese wurden vollständig von Irakern organisiert und überwacht. In Kirkuk und in den drei Provinzen der kurdischen Region wurden am 25. Juni Regionalparlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten, bei welchen der amtierende Präsident Massoud Barzani, Führer der Kurdischen Demokratischen Partei (**KDP**), mit rund 70% der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Für den 7. März 2010 sind im Irak Parlamentswahlen geplant.

Die EU unterstützt irakische Behörden bei der notwendigen Verbesserung der Grundversorgung. Im März beschloss die EU die Verlängerung der Rechtsstaatlichkeitsmission **EJUST LEX** bis 30. Juni 2010, welche die Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte im Irak fördern soll. Seit Juli werden die Weiterbildungskurse nicht nur in EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch im Irak abgehalten. Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Irak über ein Handels- und Kooperationsabkommen wurden im November abgeschlossen.

Die Außenbeziehungen der Union

Im Iran fanden am 12. Juni Präsidentschaftswahlen statt, aus denen offiziell Amtsinhaber Mahmoud Ahmadinejad mit 63% der Stimmen vor seinem wichtigsten Herausforderer Mir-Hossein Moussavi mit 34% als Sieger hervorging. In der Folge kam es zu mehrwöchigen Protesten gegen das amtliche Wahlergebnis, die von Sicherheitskräften teilweise gewaltsam unterdrückt wurden. Laut iranischen Behörden kam es zu 4.000 Festnahmen und ca. 30 Todesopfern, Oppositionsquellen nannten weitaus höhere Zahlen. Die EU verurteilte die Anwendung von Gewalt gegen die Protestierenden, die zahlreichen Verhaftungen und die Abhaltung von Gerichtsverfahren, die die Mindestanfordernisse für faire Verfahren nicht erfüllten. Die EU äußerte sich auch besorgt über die Lage der Menschenrechte, insbesondere die Situation von Minderheiten wie der Baha'i.

Die internationale Staatengemeinschaft verfolgt mit Sorge die Entwicklungen um das **Nuklearprogramm im Iran**. Nach 15 Monaten ohne direkte Gespräche haben am 1. Oktober der **Iran** und die **E3+3** (Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die ständigen Mitglieder des VN-SR USA, Russland und China) in Genf den Dialog über das iranische Nuklearprogramm wieder aufgenommen. Dabei wurden mehrere vertrauensbildende Maßnahmen in Aussicht genommen, darunter die Inspektion der iranischen Nuklearanlage in Ghom durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), welche am 25. Oktober erfolgte und im Bericht der IAEO am 16. November ihren Niederschlag fand. Des Weiteren wurde dem Iran vorgeschlagen, den Großteil seines niedrig angereicherten Urans in der Russischen Föderation weiter anreichern und anschließend in Frankreich zu Brennstoffelementen verarbeiten zu lassen, die dann den Weiterbetrieb des Forschungsreaktors in Teheran für die Produktion von medizinischen Isotopen für die Krebsbehandlung garantieren würden. Der Iran hat diesem Angebot bis zum Ende des Jahres nicht zugestimmt. Die E3+3 trafen sich zuletzt am 20. November, um eine Lösung der iranischen Nuklearfrage zu diskutieren. Am 27. November nahm die IAEO eine Resolution an, worin der Iran aufgefordert wird, offene Fragen zum Atomprogramm zu klären und vollständig zu kooperieren. Die EU betrachtet weiterhin den sogenannten zweigleisigen Ansatz (diplomatische Verhandlungen mit dem Iran parallel zu einer Verschärfung der Sanktionen bei Nichtkooperation) als geeignete Vorgangsweise.

7.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Union für den Mittelmeerraum)

Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen der EU und ihren Partnern im Mittelmeerraum besteht seit 1995 und wurde nach der Stadt ihrer Begründung auch „Barcelona-Prozess“ genannt. Seit 2008 heißt sie nach einer Neustrukturierung und Erweiterung nunmehr „Union für den Mittelmeerraum“. Sie umfasst alle EU-Mitgliedstaaten, alle Mittelmeeranrainer mit Ausnahme von Libyen, das seit 2008 nicht mehr teilnimmt, sowie Jordanien und Mauretanien.

Österreich in der Europäischen Union

Infolge des **Gaza-Konflikts** zu Jahresbeginn konnten mehrere Monate lang keine regulären Treffen der Hohen Beamten oder von Ministern stattfinden. Es war dies die schwerste Krise der Euro-Mediterranen Partnerschaft seit ihrem Bestehen. Entsprechend dieser Lage nahm der politische Dialog zum Nahostfriedensprozess bei der Wiederaufnahme der regulären Treffen der Hohen Beamten anfangs breiten Raum ein. Am 25. Juni fand in Paris ein erstes, aber noch informelles, Ministertreffen zu den Projekten für nachhaltige Entwicklung statt.

Im zweiten Halbjahr fanden wieder reguläre **Euromed-Ministertreffen** statt: zu Wirtschaft und Finanzen sowie zur Euromed-Kreditlinie der Europäischen Investitionsbank (**EIB**) am 27. Juli in Brüssel, zur Stärkung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft am 11. und 12. November in Marrakesch und zu Handel am 9. Dezember in Brüssel. Das in Dubrovnik geplante Umweltministertreffen musste allerdings verschoben werden, ebenso wie die in Istanbul geplante Außenministerkonferenz, die normalerweise einmal jährlich stattfindet.

Gemäß dem Beschluss der Außenministerkonferenz in Marseille 2008 wurde mit der Ausarbeitung eines Statuts für das **Sekretariat** begonnen, welches in Barcelona eingerichtet wird.

Die **Anna-Lindh-Stiftung** für den Dialog zwischen Kulturen (vgl. auch Kapitel K.VII.2) begann mit der Umsetzung eines Dreijahresprogramms 2009 bis 2011.

Die Vollversammlung der **Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung (EMPV)** fand am 16. und 17. März in Brüssel statt. Unter der Leitung des österreichischen Bundesrats Stefan Schennach fanden zwei Sitzungen des Ad-Hoc-Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser in Österreich statt: am 18. Mai in Wien und am 12. Oktober in Linz. Seit September sind Vertreter der EMPV als Beobachter bei den Treffen der Hohen Beamten vertreten.

7.4. Golfkooperationsrat

Der aus Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestehende Golfkooperationsrat (**GKR**) ist für die EU als wichtigster Handelspartner in der arabischen Welt von besonderer strategischer Bedeutung. Auf den GKR entfallen etwa zwei Fünftel des gesamten Handels der EU mit den arabischen Staaten. Darüber hinaus ist die Golfregion für Europa auch ein zunehmend wichtiger Partner bei zentralen Zukunftsfragen wie der Energiesicherheit oder der Bekämpfung des Terrorismus.

Der GKR hat die seit 1991 laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen EU und GKR bei seinem Gipfeltreffen Ende 2008 für suspendiert erklärt. Daher standen beim 19. Gemeinsamen Rats- und Ministertreffen EU-GKR am 29. April in Maskat (Oman) politische Themen wie der Nahostfriedensprozess und das iranische Nuklearprogramm im Vorder-

Die Außenbeziehungen der Union

grund. Zum Freihandelsabkommen fanden mehrere informelle Gespräche zwischen den Verhandlungspartnern statt, jedoch konnte zu den wichtigsten Punkten (Steuerfragen sowie die Einbeziehung von Menschenrechten in die Abkommensmaterie) nach wie vor keine Lösung gefunden werden.

8. Nordamerika

8.1. Vereinigte Staaten von Amerika

Am 20. Jänner erfolgte die **Amtsübernahme durch Präsident Barack Obama**, wobei zu Jahresende die Transition zur neuen Administration noch nicht völlig abgeschlossen war. Präsident Obama begann seine Amtszeit mit außerordentlich hohen Popularitätswerten, sowohl in den USA als auch international. Gegen Jahresende war diese als „honeymoon“ bezeichnete Periode beendet. Präsident Obamas Zustimmungsraten sanken von 65% am Beginn seiner Amtszeit auf rund 45% im Dezember. Zusätzlich erschwerten die Uneinigkeit unter demokratischen Parlamentariern, die in beiden Häusern eine große Mehrheit stellen, und die geschlossen ablehnende Haltung der Republikaner gegen wichtige Gesetzesvorhaben wie insbesondere die Gesundheitsreform, die Arbeit der Administration.

Dem **Senat** gehören derzeit 40 Republikaner, 58 Demokraten sowie 2 unabhängige SenatorInnen an, die allerdings dem demokratischen Caucus zuzurechnen sind. Im **Repräsentantenhaus** haben die Demokraten ebenfalls eine Mehrheit mit 257 Sitzen. Die Republikaner stellen derzeit 178 Mitglieder. Unter den Demokraten nehmen die sog. „blue dogs“ eine besondere Stellung ein. Diese 1995 gegründete Gruppe von Abgeordneten zeichnet sich durch Fiskal- und Sozialkonservatismus aus und misst der Sicherheitspolitik einen hohen Stellenwert bei. In ihrem Selbstverständnis sehen sich „blue dogs“ als konservatives Gegengewicht gegen mehr links gerichtete Strömungen in der demokratischen Partei und als Bindeglied zwischen republikanischen und demokratischen Abgeordneten. Sie werden dementsprechend von beiden Parteien umworben.

Die innenpolitische Diskussion war durch **die wirtschaftliche Lage** und die **Reform des Gesundheitswesens** geprägt. **Die wirtschaftliche Lage** hat sich im Vergleich zum Amtsantritt von Präsident Obama verbessert (+2,8% Wachstum im dritten Quartal). Die Erholung ist jedoch weiterhin überschattet von zweistelligen Arbeitslosenquoten, anhaltender Kreditverknappung und Zurückhaltung bei Konsumenten und Unternehmen. Die Administration hat der Rezessionsbekämpfung Priorität vor der Defizitreduktion eingeräumt. Die Bereitschaft, zusätzliche Mittel für wirtschaftsfördernde Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, steht im Spannungsverhältnis mit dem Bekenntnis zur Sanierung der Staatsfinanzen.

Die endgültige Beschlussfassung über eine großangelegte **Gesundheitsreform**, die vor allem die Zahl der nicht krankenversicherten US-Amerika-

Österreich in der Europäischen Union

nerInnen deutlich reduzieren soll, zeichnete sich zu Jahresende ab, war jedoch noch nicht gesichert. Der ursprüngliche Entwurf wurde infolge monatelanger, schwieriger Verhandlungen verwässert, weshalb zuletzt Kritik laut wurde, dass die Reformmaßnahmen mittlerweile nicht mehr weitreichend genug gingen, um eine deutliche Ausweitung und Effizienzsteigerung des Systems zu erreichen.

Die Obama-Administration setzte in der **Ausgestaltung ihrer Außenpolitik** verstärkt auf **Diplomatie, Dialog und internationale Kooperation**. Auffallend dabei ist eine Änderung des Tonfalls: Präsident Obama räumt Defizite der vergangenen US-Politik ein, will mit gutem Beispiel voran gehen anstatt zu „bekehren“ und bot zahlreichen Partnern, v.a. Russland und der muslimischen Welt, einen „Neuanfang“ an.

Präsident Obama hat im ersten Jahr seiner Amtszeit auch sein Ziel erreicht, das **transatlantische Verhältnis** zu verbessern. Er besuchte Europa sechs Mal, hielt vielbeachtete Reden (z.B. in Prag am 5. April) und nahm an zwei EU-US Gipfeltreffen teil. EU und USA sind sich einig, dass in einer Zeit der Globalisierung und der zunehmenden Bedeutung anderer weltpolitischer Akteure (China, Indien, u.a.) diese verbesserten Rahmenbedingungen für substanzielle Fortschritte genutzt werden sollen.

Bereits am Tag nach seiner Amtsübernahme ordnete Präsident Obama die **Schließung der Haftanstalt in Guantanamo** an. Aufgrund schwerwiegender v.a. juristischer Probleme dürfte sich die tatsächliche Schließung der Haftanstalt allerdings verzögern. Überdies dürfte die Möglichkeit der zeitlich unbegrenzten Anhaltung von Personen, die des Terrorismus verdächtigt werden, vorerst beibehalten werden. Gleichzeitig distanzierte sich Präsident Obama von Folter als Verhörmethode und bestätigte die Einhaltung der Genfer Konvention seitens der USA. Die US-Menschenrechtspolitik gegenüber Drittstaaten werde nach Aussagen von Secretary of State Hillary Clinton von einem „prinzipientreuen Pragmatismus“ geprägt.

Im Zusammenhang mit dem **Irak** definierte Präsident Obama eine Ausstiegsstrategie, die den Abzug aller Kampftruppen bis August 2010 und den Verbleib einer Übergangstruppe von 35.000–50.000 Mann bis Ende 2011 sowie die Stärkung des zivilen Aufbaus in den Vordergrund stellt. Von besonderer Bedeutung ist die neue **Afghanistan**-Strategie der USA; diese baut insbesondere auf der Entsendung zusätzlicher 30.000 Truppen, Stärkung der zivilen Aufbauarbeit und einer engen Zusammenarbeit mit Pakistan auf. Im Verhältnis zum **Iran** verfolgen die USA und ihre Partner eine zweigleisige Strategie: einerseits soll durch direktes Engagement mit dem Iran und internationaler Diplomatie eine Lösung für den Nuklearstreit gefunden werden, andererseits soll auch weiter in Richtung verschärfte Sanktionen gegen den Iran, die primär durch den VN-Sicherheitsrat zu ergreifen wären, gearbeitet werden, falls es zu keiner diplomatischen Lösung des Konfliktes kommt.

Die Außenbeziehungen der Union

Im Berichtsjahr wurden in den USA 52 Personen hingerichtet; das bedeutet einen Anstieg um rund 40% im Vergleich zum Vorjahr (37 Exekutionen). Dies ist der erste Anstieg der Anzahl der Hinrichtungen seit 2001. Allerdings wurden im Jahr 2009 die wenigsten Todesurteile seit Wiedereinführung der **Todesstrafe** im Jahre 1976 gefällt.

8.2. Kanada

Entgegen vielen anders lautenden Voraussagen kam es in Kanada im Jahr 2009 zu keinen vorgezogenen Neuwahlen. Die Minderheitsregierung der Konservativen Partei unter Premierminister Stephen Harper, der seit Anfang 2007 im Amt ist, behielt die Regierungsverantwortung. Zentrales innenpolitisches Thema waren Maßnahmen zum Schutz gegen die **internationale Finanz- und Wirtschaftskrise**, die auch Kanada erfasste, wenn auch in geringerem Ausmaß als die meisten anderen OECD-Länder. Entscheidend für den Fortbestand der Minderheitsregierung Harper war der Ende Jänner präsentierte Budgetentwurf für 2009/2010, der weitreichende Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft umfasste und vom Parlament abgesegnet wurde. Wirtschaftsexperten gingen davon aus, dass durch das staatliche Konjunkturpaket die Auswirkungen der Finanzkrise in Kanada abgefedert werden konnten. Während im ersten Quartal 2009 die Wirtschaft um mehr als 5% schrumpfte, begann sich die Konjunktur danach langsam zu erholen. Im September und Oktober wurden erstmals wieder positive Wachstumsraten verzeichnet. Auch die Arbeitslosenrate ging bis zum Jahresende leicht auf 8,5% zurück.

Der Versuch der Liberalen Partei unter Michael Ignatieff, im Herbst Neuwahlen herbeizuführen, schlug fehl. Ein Ende September eingebrachter Misstrauensantrag der Liberalen Partei gegen die konservative Minderheitsregierung wurde von den anderen Oppositionsparteien im Parlament nicht unterstützt. Die Strategie der Liberalen Partei, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vorgezogene Wahlen auszulösen, erwies sich als unpopulär und führte zu einem starken Rückfall der Liberalen Partei in den Meinungsumfragen. Davon profitierte vor allem die Regierung Harper, die ihre Position konsolidieren konnte und der auch das sich abzeichnende Ende der Rezession zugute kam.

In der **Außenpolitik** setzte die Regierung Harper auf Kontinuität. Zu den ausdrücklichen Prioritäten der kanadischen Außenpolitik zählten u. a. weiterhin die Beziehungen zu den USA, den Amerikas, China und Indien. Auch das kanadische Engagement in Afghanistan blieb ein Schwerpunktbereich, wobei Kanada seinen Militäreinsatz in der Provinz Kandahar nach 2011 beenden will. Hochrangige Besuche in diese Regionen, zuletzt im November und Dezember Besuche von Premierminister Harper in Indien und China, unterstrichen diese Schwerpunktsetzung. In den Vereinten Nationen kandidiert Kanada für den Zeitraum 2011/12 für einen nichtständigen Sitz im

Österreich in der Europäischen Union

Sicherheitsrat. Freihandel und der Abschluss von Freihandelsabkommen waren angesichts von Rezession und internationaler Wirtschaftskrise ein vorrangiges Anliegen der Regierung Harper. In diesem Zusammenhang war eine deutliche Intensivierung der Beziehungen zwischen Kanada und der EU zu registrieren.

8.3. Der transatlantische institutionalisierte Dialog

8.3.1. Der institutionalisierte Dialog EU-USA

Die EU und die USA sind füreinander der jeweils wichtigste Handelspartner mit unmittelbar positiven Auswirkungen auf den jeweiligen Arbeitsmarkt. Deshalb stellt die Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich eine Priorität der transatlantischen Partnerschaft dar. Mit der zwischen der EU und den USA 2007 abgeschlossenen „Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration“ wurde der Transatlantische Wirtschaftsrat (TEC) als zentrales Gremium für handelspolitische und regulatorische Fragen eingerichtet. Die organisatorische Hauptaufgabe des etwa zwei Mal pro Jahr stattfindenden Rates besteht in der Vorbereitung des jährlichen Gipfeltreffens. Inhaltlich stehen die Beseitigung technischer Handelshemmnisse auf dem regulativen Sektor – noch bevor diese die Schwelle der WTO-Streitbeilegung erreichen – sowie die Harmonisierung von Standards im Mittelpunkt. Im TEC werden neben sogenannten horizontalen Themen wie geistiges Eigentum und Finanzmarktdialog auch sogenannte sektorale Themen wie Pharmazeutika, Biotreibstoffe und Chemikalien erörtert. Bei kontroversen Themen bietet der TEC eine Plattform zur Erarbeitung pragmatischer Lösungen. Eine weitere Aufgabe des TEC besteht in der institutionellen Absicherung von Dialogforen. Die vierte Tagung des TEC fand am 27. Oktober in Washington statt.

Beim ersten formellen **EU-US Gipfel** mit der neuen US-Administration (Washington, 3. November) wurden das beiderseitige Bemühen um Wiederbelebung und Vertiefung der transatlantischen Beziehungen auch konkret umgesetzt. Es wurde ein EU-US Energierat auf Ministerebene ins Leben gerufen, der sich Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und Energiesicherheit widmet und am 4. November erstmals zusammentrat. Ebenso wurde (im Rahmen des TEC) ein hochrangiger Innovationsdialog beschlossen, eine Task Force für Antibiotikaresistenzen geschaffen, der Entwicklungsdialog wiederbelebt und eine gemeinsame Erklärung zu Non-Proliferation und Abrüstung verabschiedet.

Mittels einer Gemeinsamen EU-US Erklärung über die Verbesserung der transatlantischen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Freiheit und Sicherheit (Washington, 28. Oktober) wurde weiters die Intensivierung der Beziehungen in diesen Bereichen festgehalten.

Die Außenbeziehungen der Union

8.3.2. Der institutionalisierte Dialog EU-Kanada

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und Kanada basiert auf dem Rahmenabkommen über die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit (1976), der Deklaration zu den transatlantischen Beziehungen (1990), der Gemeinsamen Politischen Deklaration (1996) und dem dazugehörigen Aktionsplan sowie der Partnerschaftsagenda EU-Kanada von 2004. Zahlreiche Treffen auf Arbeits- und Experten-, höherer Beamten- und politischer Ebene bilden das Fundament des Dialogs zwischen der EU und Kanada.

Beim **Gipfel EU-Kanada** in Prag am 6. Mai wurde die Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen beschlossen. Die erste Verhandlungsrunde fand im Oktober in Ottawa statt. Die Verhandlungen sollen innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen werden. Im Dezember unterzeichneten die EU und Kanada ein Luftverkehrsabkommen, das eine umfassende Marktöffnung und Liberalisierung des bilateralen Luftverkehrs vorsieht.

8.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (**NAFTA**) zwischen den USA, Kanada und Mexiko trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Diese regionale Freihandelszone, die den Verkehr für Güter, Dienstleistungen und Kapital umfasst, verbindet zwei hochentwickelte Industriestaaten mit einem im Süden an die USA grenzenden und wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenland. Von 1993 bis 2008 nahm der Warenhandel zwischen den NAFTA-Mitgliedstaaten um mehr als das Dreifache zu und stieg im Volumen von 297 Milliarden US-Dollar auf 946 Milliarden US-Dollar.

Der NAFTA-Vertrag enthält unterschiedliche Konfliktlösungsmechanismen, wobei das Streitschlichtungsverfahren im Bereich unerlaubter Handelspraktiken wie Subventionen und Dumping oft zur Anwendung kommt. Beim Investitionsschutz beschränkt das NAFTA-Abkommen neue Wege, da auch ausländische Direktinvestitionen durch den Streitschlichtungsmechanismus des Kapitels 11 besonders geschützt werden.

9. Lateinamerika und Karibik

9.1. Politische Entwicklungen

In Lateinamerika fanden Präsidentschaftswahlen in Bolivien, Ecuador, El Salvador, Honduras, Panama und Uruguay statt. In Chile erfolgte ein erster Wahlgang. Zu Parlamentswahlen kam es in Argentinien, Mexiko, Panama und Uruguay. Nahezu ganz Lateinamerika und die Karibik bekennen sich zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zur Marktwirtschaft sowie zur regionalen Integration und internationalen Öffnung. Trotz zahlreicher politischer Krisen in verschiedenen Ländern der Region wurden Probleme vorwiegend auf politi-

Österreich in der Europäischen Union

sche Weise gelöst und die demokratischen Institutionen nicht in Frage gestellt. Eine Ausnahme bildete Honduras, wo der Präsident entmachtet und ins Exil geschickt wurde. Die Region zeigte sich in dieser Krise politisch gespalten.

Auch Lateinamerika hat sich der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise nicht vollständig entziehen können. Erstmals seit einer Reihe von Jahren ist die lateinamerikanische Wirtschaft geschrumpft und die Exporte sind zurückgegangen. Aber Lateinamerika hat dennoch eine bemerkenswerte Widerstandskraft an den Tag gelegt und die Aussichten für eine rasche Erholung sind in der Region laut Vereinten Nationen und OECD besser als im Durchschnitt der entwickelten Volkswirtschaften.

In **Mexiko** führte Präsident Felipe Calderón seine Reformpolitik fort. Seine Partei erlitt jedoch bei den Parlamentswahlen am 5. Juli eine Niederlage. Als ursächlich dafür wurden die Wirtschaftskrise und die verschlechterte Sicherheitslage angesehen. Die von einer Wiederannäherung Mexikos an Lateinamerika geprägte Außenpolitik wurde fortgesetzt. Die stärkere außenpolitische Präsenz schlug sich in der Übernahme des Vorsitzes der Rio-Gruppe nieder.

In **Brasilien** setzte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva seinen politischen und wirtschaftlichen Kurs fort, der eine stabilitätsorientierte Wachstumspolitik politisch mit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation und der Verteilungsgerechtigkeit verbindet. Dank der guten makroökonomischen Verfassung wurde die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise besser und schneller als in vielen anderen Staaten bewältigt, wenngleich ein Rückgang des Wirtschaftswachstums und der Exporte hingenommen werden musste. Die brasilianische Außenpolitik ist durch das Bestreben gekennzeichnet, das Land in verschiedenen internationalen Foren als gleichberechtigten Partner der Weltmächte zu platzieren sowie gleichzeitig als Sprecher der Schwellen- und Entwicklungsländer aufzutreten. Brasilien ist Österreichs wichtigster Wirtschaftspartner in Lateinamerika und der viertgrößte Überseemarkt.

In **Argentinien** erlitt die Wahlplattform der Präsidentin Christina Fernández de Kirchner bei vorgezogenen Teilwahlen für das Parlament eine Niederlage. Auch in Argentinien hatte die globale Wirtschaftskrise einen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums und der Exporte zur Folge. Für Österreich ist das Land nach Brasilien und Mexiko der dritt wichtigste Wirtschaftspartner auf dem Kontinent.

In **Chile** hatte der erste Wahlgang bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember eine Stichwahl zwischen den Kandidaten Piñera und dem ehemaligen Staatspräsidenten Frei zur Folge. Das Land war gleichfalls von der globalen Wirtschaftskrise betroffen, hat diese jedoch relativ gut überstanden. Als erste Präsidentschaft der Union der Südamerikanischen Nationen (**UNASUR**)

Die Außenbeziehungen der Union

befasste das Land dieses Gremium erfolgreich mit Fragen der regionalen Sicherheit.

In **Kolumbien** setzte die Regierung wie in den letzten Jahren den Kampf gegen die revolutionären Bewaffneten Kräfte Kolumbiens (**FARC**) fort. Weiterhin problematisch bleibt die Kontrolle und Wiedereingliederung von demobilisierten ehemaligen Paramilitärs. Große Herausforderungen stellen die Verbesserung der Menschenrechtsslage und insbesondere die Frage der Wiedergutmachung für die vielen zivilen Opfer des Konflikts dar. Die Innenpolitik war dominiert von einem Ringen um ein Referendum, welches Präsident Uribe den Antritt zur Wahl um eine dritte Amtszeit erlauben würde. Der Abschluss eines Abkommens mit den USA über die Neuregelung der Mitbenutzung von Militärbasen führte zu Spannungen mit Venezuela.

In **Kuba** war das Jahr durch die Bekämpfung der Wirtschaftskrise geprägt, die Priorität vor allen anderen Themen genoss und auch die Verschiebung des für Ende des Jahres angekündigten Parteikongresses zur Folge hatte. Mit der großen Regierungsumbildung im März gelang es Präsident Raúl Castro Ruz seine Macht zu konsolidieren. Schlüsselfrage der kubanischen Außenpolitik bleibt das Verhältnis zu den USA, das sich unter der Obama-Administration geringfügig verbesserte. Der politische Dialog mit der EU wurde auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt. Als letzte lateinamerikanische Staaten haben Costa Rica und El Salvador diplomatische Beziehungen mit Kuba aufgenommen. Die Organisation Amerikanischer Staaten (**OAS**) hob die seit 1962 bestehende Suspendierung der Mitgliedschaft Kubas auf. Kuba beabsichtigt nicht in die OAS zurückzukehren. Kuba ist weiterhin um eine Diversifizierung seiner Außenbeziehungen bemüht.

Peru reagierte robust auf die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise und verzeichnete einen Außenhandelsüberschuss. Neben dem erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs setzte Staatspräsident Alan García Pérez innenpolitisch die Armutsbekämpfung sowie die Reform des Bildungs- und Gesundheitssektors fort. Peru hat sich aktiv in den Prozess der bi-regionalen Kooperation zwischen der EU und Lateinamerika eingebracht und war Gastgeber des V. EU-LAC-Gipfels in Lima.

In **Venezuela** war ein Verfassungsreferendum über die Möglichkeit der unbeschränkten Wiederwahl in alle politischen Ämter erfolgreich. Die Wirtschaftskrise hat die Problembereiche Inflation und Kriminalität verschärft. Präsident Hugo Chávez Frias kündigte an, noch stärker als bisher das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell an einem nicht näher definierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ auszurichten. Außenpolitisch setzte er seinen Kurs der regionalen Zusammenarbeit fort. Mit der **ALBA** (Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América) verfolgt Chávez die Konsolidierung einer Führungsrolle in Lateinamerika. Mitglieder sind außerdem: Kuba (Gründungsmitglied; Dezember 2004), Bolivien (Beitritt April 2006) Nicaragua (März 2007), Dominica (Jänner 2008), Honduras (August 2008), St. Vin-

Österreich in der Europäischen Union

cent und die Grenadinen (April 2009), Antigua und Barbuda und Ecuador (Juni 2009).

In **Uruguay** gewann José Mujica von der Frente Amplio die zweite Runde der Präsidentschaftswahl. Das Klima zwischen Argentinien und Uruguay ist durch mittlerweile dreijährige Grenzblockaden belastet. Ein Abkommen über soziale Sicherheit wurde mit Österreich am 14. Jänner in Wien unterzeichnet.

In **Nicaragua** hielten die scharfen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition an. Durch ein nicht unumstrittenes Urteil des Obersten Gerichtshofes wurde das Wiederwahlverbot für den Staatspräsidenten aufgehoben.

In **Bolivien** ist auf der Basis eines Referendums eine Verfassung angenommen worden, welche die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zum Teil grundlegend verändern wird. Unter anderem wird eine indigene Rechtsprechung eingeführt und eine Landreform durchgeführt. Die im Dezember erfolgten Wahlen sicherten Präsident Evo Morales eine neuerliche Amtszeit. Außenpolitisch näherte sich Bolivien weiter an Venezuela und Ecuador an.

In **Ecuador** fanden im April unter der neuen Verfassung Wahlen zum Präsidentenamt, zum Parlament sowie zu den Provinzvertretungen und Bürgermeistern statt. Der amtierende Staatspräsident Rafael Correa konnte die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden und wurde am 10. August in seine zweite Amtszeit (der ersten unter der neuen Verfassung, die eine einmalige Wiederwahl erlaubt) eingeführt. Für Präsident und Parlament ist eine vierjährige Amtszeit vorgesehen. Die wichtigsten Punkte seines Regierungsprogramms sind eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft und Sozialprogramme vor Schuldendienst. Außerdem wurde der Vertrag, der den USA die Nutzung des ecuadorianischen Luftwaffenstützpunktes Manta erlaubte, nicht weiter verlängert. Mit Kolumbien kam es nach der Krise im Vorjahr zu einem Dialog und der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen auf Ebene Geschäftsträger. Im Juni trat das Land ALBA bei.

In **Honduras** resultierte aus der Entmachtung von Staatspräsident Manuel Zelaya durch Militär und Justiz eine schwere Krise, die nicht nur das Land selbst, sondern den gesamten Kontinent politisch spaltete. Die nachfolgende Regierung Micheletti fand keine internationale Anerkennung. Durch die Wahl des neuen Staatspräsidenten Porfirio Lobo am 29. November eröffneten sich neue Perspektiven.

9.2. Die Beziehungen mit der Europäischen Union

9.2.1. Der EU-LAC-Prozess

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und zur Karibik werden in Form eines Gipfelprozesses mit allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik (**EU-LAC-Prozess**) sowie eines institutionalisierten politischen Dialogs mit

Die Außenbeziehungen der Union

der Rio-Gruppe gestaltet. Die EU-LAC-Gipfeltreffen geben die strategische Richtung für die Weiterentwicklung der Beziehungen vor. Seit 1999 fanden fünf derartige Gipfeltreffen statt: Auf dem ersten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro am 28. und 29. Juni 1999 wurden gemeinsame Grundsätze und ein bi-regionales Aktionsprogramm verabschiedet. Der zweite Gipfel in Madrid am 17. und 18. Mai 2002 sowie der dritte Gipfel in Guadalajara (Mexiko) am 28. und 29. Mai 2004 widmeten sich der Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen der sozialen Kohäsion, des Multilateralismus und der Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel. Der vierte Gipfel in Wien vom 11.–13. Mai 2006 befasste sich mit der weiteren Stärkung der strategischen Partnerschaft. Energie und Biodiversität wurden als neue und wichtige Themen für die Zusammenarbeit verankert. Beim fünften EU-LAC-Gipfel in Lima am 15. und 16. Mai 2008 standen die Themen Klimawandel, Energie bzw. Energiesicherheit und der Ausbau von alternativen Energieformen sowie die Fortsetzung der Bemühungen um die Stärkung der sozialen Kohäsion auf der Agenda. Weitere Themen waren die Vertiefung der verschiedenen regionalen Integrationsprozesse und eine verstärkte Zusammenarbeit beider Regionen im multilateralen Bereich. Die bi-regionale Kooperation wurde durch eine Reihe von Treffen auf politischer Ebene und Expertenebene auf Grundlage der Gipfelerklärung von Lima vertieft.

9.2.2. Beziehungen zu Brasilien, Mexiko und Chile, MERCOSUR, Zentralamerika, CAN und CARIFORUM

Die EU führt regelmäßig spezialisierte Treffen mit dem Gemeinsamen Markt Südamerikas (**MERCOSUR, umfasst als Vollmitglieder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay**), Zentralamerika, der Andengemeinschaft, Brasilien, Mexiko und Chile durch. Der 6. Gemeinsame Rat der Außenminister EU-Mexiko und der 4. Assoziationsrat EU-Chile fanden am 14. Mai am Rande des EU-LAC-Außenministertreffens in Prag statt. Die EU und Mexiko bekräftigten dabei ihre strategische Partnerschaft. Die EU und Chile beschlossen, auf die Errichtung einer Assoziation für Entwicklung und Innovation hinzuwirken. Das dritte Gipfeltreffen zwischen der EU und Brasilien im Oktober unterstrich die strategische Partnerschaft und dokumentierte die intensive Zusammenarbeit in einem weiten Themenspektrum.

Ebenfalls am 14. Mai in Prag fand auch ein Treffen der Außenminister der EU und des MERCOSUR statt, bei dem die Bedeutung der Zusammenarbeit in politischen Fragen sowie Handels- und Wirtschaftsfragen bekräftigt und die Notwendigkeit der Verstärkung der Beziehungen zwischen beiden Regionen unterstrichen wurde. Die 1999 begonnenen Verhandlungen zwischen der EU und MERCOSUR über ein Assoziationsabkommen wurden im Oktober 2004 wegen fehlender Einigung auf einen endgültigen Verhandlungsabschluss abgebrochen.

Österreich in der Europäischen Union

Die Verhandlungen der EU mit der Andengemeinschaft wurden nach Umwandlung des Verhandlungsmandats über ein Mehr-Parteien-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru und zunächst auch mit Ecuador weitergeführt. Von Jänner bis Juni fanden vier Verhandlungsrunden statt. Danach suspendierte Ecuador seine weitere Teilnahme und war bei den weiteren drei Verhandlungsrunden nur mehr als Beobachter vertreten. Es steht jedoch Ecuador und Bolivien jederzeit offen, sich den Verhandlungen wieder anzuschließen.

Das Treffen der Außenminister der EU und Zentralamerikas (**SICA**) im Rahmen des San José-Dialogs fand am 14. Mai in Prag statt. Dabei wurden die Fortschritte Zentralamerikas bei der Stärkung der regionalen Wirtschaftsintegration und die Bemühungen um die Inkraftsetzung des Rahmenabkommens zur Schaffung einer Zollunion anerkannt. Die 2007 begonnenen Verhandlungen mit Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika zur Intensivierung des politischen Dialogs, zur Verbesserung der Zusammenarbeit sowie zur Erleichterung des bi-regionalen Handels und von Investitionen wurden zunächst fortgeführt, jedoch nach dem Staatsstreich in Honduras im Juni bis auf Weiteres ausgesetzt.

Am 10. Dezember unterzeichnete Haiti das 2002 bis 2007 verhandelte und von den übrigen Mitgliedstaaten des Cariforum und der EU bereits 2008 unterzeichnete Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

9.3. Regionale Integrationsforen

Die zwei Gipfeltreffen der MERCOSUR-Staaten behandelten offene Fragen der wirtschaftlichen Integration. Der 37. Gipfel am 23. und 24. Juli in Asunción verabschiedete eine gemeinsame Erklärung zur Krise in Honduras. Am 8. Dezember fand in Montevideo das bisher letzte Gipfeltreffen statt. Die UNASUR traf am 28. August in Bariloche (Argentinien) zu einem Sondergipfel zur Frage der Mitbenutzung von Militärstützpunkten in Kolumbien durch die USA zusammen. Der Rat der Außen- und Verteidigungsminister tagte am 15. September in Quito.

Die zentralamerikanischen Staaten setzten im Rahmen des Zentralamerikanischen Integrationsbündnisses (**SICA**) ihre Arbeiten an einer verstärkten Harmonisierung im Wirtschaftsbereich fort.

Die Außenminister der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru) trafen am 19. August in Lima zusammen und fassten eine Reihe von Beschlüssen zur verstärkten Zusammenarbeit, etwa im Justizbereich.

Auf dem 29. Gipfeltreffen der karibischen Gemeinschaft (**CARICOM**) vom 2.–5. Juli in Liliendaal (Guyana) wurden Erklärungen zum Finanzwesen, zu Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, zu Klimawandel und Entwicklung sowie zur Lage auf den Turks- und Caicos-Inseln verabschiedet.

Die Außenbeziehungen der Union

Die 39. Generalversammlung der OAS fand am 2. und 3. Juni in San Pedro Sula (Honduras) statt. Sie stand unter dem Generalthema „Zu einer Kultur der Gewaltlosigkeit“.

Das 19. Iberoamerikanische Gipfeltreffen fand von 30. November bis 1. Dezember in Estoril (Portugal) statt und behandelte in erster Linie Innovation.

10. Afrika südlich der Sahara

10.1. Allgemeine Entwicklungen

Der Sudan, der Tschad, das Horn von Afrika, die Region der Großen Seen sowie Guinea (Conakry) und Madagaskar blieben die großen Krisenherde Afrikas und standen im Zentrum der Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft. Mit Verzögerung erreichte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise die Länder Afrikas. Die strukturellen Schwächen in der Regierungsführung und in den Finanzsystemen wurden sichtbar und führten zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf rund 2 % und zu steigender Arbeitslosigkeit. Wahlen fanden in Äquatorialguinea, Botswana, Gabun, Kongo (Brazzaville), Mauretanien, Namibia, Niger und Südafrika statt. Österreich beendete im Dezember die Stationierung eines Kontingents des Bundesheers im Tschad. Durch die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die österreichische Afrikapolitik zusätzliche Impulse erhalten. In der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft **ECOWAS** ist Österreich durch die Mitakkreditierung des Botschafters in Nigeria erstmals mit einem Sonderrepräsentanten vertreten.

10.2. Entwicklungen in den Regionen

10.2.1. Das Horn von Afrika und Zentralafrika

Im Konflikt **Eritreas** mit **Äthiopien** und **Dschibuti** gab es keine Fortschritte. Mangels Kooperation des Landes mit der Internationalen Gemeinschaft blieben Versuche der Vereinten Nationen ergebnislos, den Grenzkonflikt mit Dschibuti auf friedlichem Weg zu lösen. Die mangelnde Dialogbereitschaft Eritreas führte dazu, dass der UNO-Sicherheitsrat im Dezember auch mit österreichischer Stimme Sanktionen gegen das Land verhängte. Mit der EU wurde der politische Dialog wiederaufgenommen.

In **Somalia** wurde die Bildung einer Einheitsregierung beschlossen. Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, der der Opposition angehörte, wurde am 31. Jänner zum Präsidenten ernannt. Um auch die Opposition in diese Institution zu integrieren, wurde die Anzahl der Parlamentsabgeordneten verdoppelt. Dennoch kam die Regierung durch eine Großoffensive der bewaffneten Opposition so sehr unter Druck, dass sie sich nur mit Hilfe von Truppen der Mission der Afrikanischen Union (**AU**) in Somalia (**AMISOM**) an der Macht halten

Österreich in der Europäischen Union

konnte. Zur Unterstützung Somalias fand in Brüssel eine internationale Geberkonferenz statt. Im gesamten Süden des Landes kam es zu Kämpfen zwischen der Regierung und der islamistischen Opposition sowie zwischen den verschiedenen bewaffneten Oppositionsgruppen (vor allem Al-Shabaab und Hizbul Islam). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Lediglich Puntland und Somaliland konnten eine gewisse fragile Stabilität behaupten.

Im **Sudan** belasteten Flüchtlingsströme aus dem Horn von Afrika den brüchigen Frieden im Osten, dem ärmsten Landesteil. Das Friedensabkommen wurde nur schleppend umgesetzt. Die militärische Situation in Darfur beserte sich zwar, eine politische Lösung des Konfliktes ist aber nach wie vor nicht erfolgt. Im Südsudan nahmen die ethnischen Konflikte und die Verteilungskämpfe zu. Die politischen Führer in Juba und Khartum verpflichteten sich, den internationalen Schiedsspruch zur umstrittenen Provinz Abyei zu respektieren. Als wichtiger Test für die Bereitschaft aller politischen Kräfte zu einer friedlichen Entwicklung des Sudans werden die für April 2010 vorgesehenen Wahlen angesehen. Die nationale Wahlkommission begann mit der Wählerregistrierung für die Wahlen. Österreich war im September Gastgeber eines Seminars für sudanesische Wahlbeauftragte. Die österreichische Sudaninitiative erfuhr durch den Besuch des Afrikabeauftragten des Bundesministers, Botschafter Georg Lennkh in Khartoum im Oktober einen wichtigen Impuls. Im Verhältnis des Sudan zum Tschad kam es zu einer Annäherung. Beide Seiten verkündeten ihre Bereitschaft, Gespräche zur Umsetzung des am 8. Februar 2006 unterzeichneten Sicherheitsprotokolls über die Kontrolle der gemeinsamen Grenze zu führen.

10.2.2. Das südliche Afrika

In **Südafrika** gewann der Afrikanische Nationalkongress (**ANC**) die vierte Wahl seit 1994 mit 65,9 % der Stimmen. Jacob Zuma wurde im Mai als Präsident angelobt. Die Integration der Verwaltung und der Aufbau einer regionalen Ebene, die Senkung der hohen Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung von AIDS sind die Herausforderungen der neuen Regierung Zuma. Außenpolitisch zählen die Süd-Süd-Kooperation und die regionale Zusammenarbeit innerhalb der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (**SADC**) und der AU zu ihren Prioritäten. Südafrika arbeitete vor allem mit Indien und Brasilien zusammen und sah sich als Fürsprecher Afrikas in der G-20. Ebenso engagierte sich das Land weiterhin als Vermittler bei regionalen Konflikten, wie etwa in Simbabwe.

In **Angola** versuchte die regierende Partei Movimento Popular de Libertação de Angola (**MPLA**) ihre Position auszubauen und bereitete eine Verfassungsänderung vor. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten wurden verbessert. Das hohe Wirtschaftswachstum konnte gehalten werden. Nach Nigeria ist Angola der größte Erdölproduzent Afrikas südlich der Sahara. Die Erdöleinahmen machen über 80 Prozent des Staatshaushaltes aus. Die Bekämpfung

Die Außenbeziehungen der Union

der Korruption, von AIDS sowie die Beseitigung der Landminen gehörten zu den wichtigsten Aufgaben der Regierung.

In **Simbabwe** kam es unter Vermittlung Südafrikas im Jänner zu einer Einigung über eine Regierung der nationalen Einheit mit Beteiligung aller im Parlament vertretenen Parteien unter Staatsoberhaupt und Regierungschef Robert Mugabe. Die Abschaffung des Simbabwe-Dollars und die Akzeptanz von Hartwährungen als Zahlungsmittel konnten die Hyperinflation stoppen. Eine Choleraepidemie forderte mehr als 4000 Todesopfer.

Bei Präsidenten- und Parlamentswahlen in **Mosambik** wurde Armando Guebuza als Präsident und Luísa Días Diogo als Premierministerin bestätigt.

In **Madagaskar** ergriff der Bürgermeister von Antananarivo Andry Rajoelina mit Hilfe der Armee die Macht. Das Land kam trotz Vermittlungsbemühungen der SADC, der AU und der VN nicht zur Ruhe. Die Staatengemeinschaft erkennt die von Rajoelina geführte Übergangsregierung nicht an. SADC und AU suspendierten Madagaskar als Mitglied.

10.2.3. Region der Großen Seen

In der **Demokratischen Republik Kongo** wurde der Anführer der Rebellenbewegung Nationaler Volkskongress zur Verteidigung des Volkes (**CNDP**), Laurent Nkunda, in Ruanda verhaftet. Unter neuer Führung unterzeichnete der CNDP am 23. März ein Friedensabkommen mit der Regierung und integrierte seine bewaffneten Verbände in die Regierungsarmee **FARDC**. Eine gemeinsame Militäraktion der ruandischen und kongolesischen Armee gegen die Demokratische Front zur Befreiung Ruandas (**FDLR**) vom 20. Jänner bis 25. Februar konnte diese jedoch nicht nachhaltig schwächen. Es folgte eine neuerliche Offensive der kongolesischen Armee („Kimia II“), an der sich auch Truppen der Mission der VN in der Demokratischen Republik Kongo (**MONUC**) beteiligten. Auch diese Offensive erreichte ihr Ziel nicht. Vielmehr gerieten die VN ins Kreuzfeuer der internationalen Kritik, weil sie Einheiten der kongolesischen Armee unterstützte, die für massive Menschenrechtsverletzungen an Zivilisten verantwortlich waren. Im Nordwesten des Landes an der Grenze zur Republik Kongo brachen neuerlich heftige Kämpfe aus. Die Regierung schickte die Armee, die von MONUC unterstützt wurde. Es gelang jedoch nicht, die Unruhen niederzuschlagen. Der Konflikt trieb über 100.000 Menschen in die Flucht. Der Sicherheitsrat der VN verlängerte das Mandat der MONUC bis Mai 2010. Eine gemeinsame Militäraktion Ugandas, der DR Kongo und des Südsudan („Lightning Thunder“) vom 14. Dezember 2008 bis 15. März im Osten der DR Kongo spaltete die Widerstandarmee des Herrn (**LRA**) in kleine Gruppen.

In **Burundi** konnte der Friedensprozess mit der letzten verbleibenden Rebellengruppe, der Nationalen Befreiungsfront (**FNL**) fortgesetzt werden. Die FNL strich jenen Teil ihres Namens, der auf die Ethnie der Hutu hinwies. Damit konnte sie sich als politische Partei registrieren lassen. Als Gegenleis-

Österreich in der Europäischen Union

tung erhielt sie einige Posten in der Verwaltung. Im Dezember forderte die Regierung Burundis die VN auf, den Leiter des Integrationsbüros der VN in Burundi (**BINUB**) abuberufen, da er angeblich die Regierung zu sehr kritisiert hatte.

10.2.4. Ostafrika

In **Kenia** konnte der nach den Unruhen des Jahres 2008 eingeleitete Reformprozess teilweise fortgesetzt werden. So wurden eine Land- und Polizeireform ausgearbeitet, eine Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Versöhnungskommission ins Leben gerufen und eine neue Wahlkommission eingesetzt. Ein Bericht des VN-Sonderberichterstatters für außergerichtliche Hinrichtungen prangerte die große Anzahl der außergerichtlichen Hinrichtungen durch die kenianische Polizei an und forderte den Rücktritt des Generalstaatsanwaltes und des Polizeipräsidenten. Zur Aufklärung der Gewaltakte im Zuge der Wahlen konnte sich die Regierung nicht auf ein lokales Gericht einigen. Daraufhin ergriff der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs die Initiative und ersuchte einen Richtersenat um Erlaubnis zur Aufnahme von Ermittlungen. Arbeiten an einer neuen Verfassung wurden Mitte des Jahres 2009 in Angriff genommen und konnten auf Expertenebene abgeschlossen werden. Größter Streitpunkt zwischen den politischen Lagern war die Frage der Machtaufteilung zwischen Präsident und Premierminister.

Auf den **Komoren** wurde am 17. Mai in einer Volksabstimmung mit 93 % der Stimmen eine von Präsident Ahmad Abdallah Mohammed Sambi initiierte Verfassungsänderung bestätigt. Die darauffolgenden Wahlen gewann die Partei des Präsidenten mit großem Vorsprung. Das Referendum und die Wahlen wurden vor allem auf der Insel Mohéli heftig kritisiert. Mohéli hätte gemäß der alten Verfassung und des darin vorgesehenen Rotationsprinzips 2010 den nächsten Unionspräsidenten gestellt.

10.2.5. Westafrika

In den vergangenen Jahren waren in Westafrika große Fortschritte in der Friedensarbeit, der Sicherheit und der Stabilität sowie der demokratischen Regierungsführung erzielt worden. Einige Länder drohten jedoch 2009 durch Manipulation ihrer Verfassungen und der Wahlrechtsgesetze in eine militärisch-autoritäre Regierungsführung abzugleiten. Staaten mit erst kürzlich beendeten internen Konflikten wie Liberia, Sierra Leone, Guinea-Bissau und Cote d'Ivoire waren am meisten gefährdet. Alte Animositäten und schwache Institutionen, die fehlende Aussöhnung und Friedensarbeit sowie der schleppende Wiederaufbau stellten eine zunehmende Gefahr dar. Besondere Besorgnis lösten bei der internationalen Gemeinschaft auch Anzeichen von Demokratiedefizit und die wachsende grenzüberschreitende Bedrohung durch Terrorismus und Drogenschmuggel in der Region aus. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (**ECOWAS**) nahm diese Entwicklungen zum

Die Außenbeziehungen der Union

Anlass, den Aufbau des 2008 beschlossenen ECOWAS Konflikt-Präventions-Systems (**ECPF**) zu beschleunigen und wurde in Niger und in Guinea politisch aktiv. Ein Runder Tisch der Geber zur Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung des Regionalen Aktionsplans der ECOWAS gegen Drogenhandel, Drogenkonsum und damit zusammenhängende organisierte Kriminalität fand am 3. Dezember in Wien statt.

Im Juli und Dezember kam es im Norden von **Nigeria** zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen radikalen Islamisten und Sicherheitsorganen, bei denen hunderte Menschen getötet wurden. Im Nigerdelta gelang Präsident Umaru Yar'Adua eine Beruhigung der Lage. Die Europäische Kommission unterzeichnete eine Vereinbarung, 2009–2013 aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (**EEF**) 677 Millionen Euro für Nigeria in den Bereichen Frieden und Sicherheit, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte sowie Handel und regionale Integration bereit zu stellen. 190 Millionen Euro sind zur Unterstützung der Konfliktlösung und des Friedensprozesses im Nigerdelta vorgesehen. Bei einem Arbeitsbesuch von Vizeaußenminister Bagudu Hirse im Juni in Wien standen die Zusammenarbeit im Gesundheits- und Energiebereich sowie die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund.

In **Niger** setzte Präsident Mamadou Tandja gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft am 4. August eine Volksabstimmung durch, die zur Annahme einer neuen Verfassung führte. Die Amtszeit von Präsident Tandja wurde um drei Jahre bis Ende 2012 verlängert, die Beschränkung auf zwei Amtszeiten aufgehoben. ECOWAS suspendierte als Reaktion darauf die Mitgliedschaft Nigers, die EU setzte ihre Entwicklungshilfe aus und leitete ein Verfahren nach Artikel 96 des Abkommens von Cotonou ein. Unter der Vermittlung der Nachbarländer Libyen und Algerien konnte eine deutliche Entspannung der Beziehungen zu den Tuareg erzielt werden.

Im Norden von **Mali** hat die Bedrohung der Sicherheit durch den Drogenschmuggel zugenommen. Nachdem die britische Regierung Forderungen der radikalen Al-Kaida des Islamischen Maghrebs (**AQMI**) abgelehnt hatte, tötete die Gruppe einen britischen Touristen. Die malische Armee ging erstmals auch militärisch gegen AQMI vor. Eine von Präsident Amadou Toumani Touré 2008 lancierte Initiative für ein regionales Gipfeltreffen über die Stabilität und Sicherheit in den Sahelländern musste wegen der schwierigen politischen Situation in der Region neuerlich verschoben werden.

In **Mauretanien** fanden am 10. Juli Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der Anführer des Militärputsches vom 6. August 2008 und de facto Staatsoberhaupt Mohamed Ould Abdel Aziz zum Präsidenten gewählt wurde. Dieser setzte eine neue Regierung unter PM Moulaye Ould Mohamed Laghdaf ein. In der Folge kam es zu einer Normalisierung der Beziehungen mit der internationalen Gemeinschaft.

Österreich in der Europäischen Union

In **Gabun** fanden am August nach dem Ableben des seit 1967 regierenden Präsidenten Omar Bongo Präsidentenwahlen statt, aus denen sein Sohn Ali Bongo als Sieger hervorging. Im Anschluss an die Wahl kam es in mehreren Städten zu Ausschreitungen der Opposition. Mit Angélique Ngoma als Verteidigungsministerin und Anicette Nang Ovika als Justizministerin gehören erstmals zwei Frauen der neuen Administration an.

In **Côte d'Ivoire** musste die Abhaltung von Präsidentenwahlen zum wiederholten Mal verschoben werden. Da aber bislang Einsprüche gegen die Wählerverzeichnisse nicht zufriedenstellend geregelt werden konnten, geriet der für März 2010 anvisierte Wahltermin wieder ins Wanken. Zur Operation der VN in Côte d'Ivoire (**UNOCI**) siehe Kapitel C.

Im **Senegal** konnte die in einem Wahlbündnis vereinte Opposition bei den Lokal- und Regionalwahlen am 23. März große Erfolge erzielen und stellt nun die Bürgermeister der wichtigsten Städte des Landes. Präsident Wade kündigte seine neuerliche Kandidatur bei den Präsidentenwahlen 2012 an.

In **Guinea** kam es am 28. September zu gewaltsamen Übergriffen der Sicherheitskräfte auf Demonstranten. Rund 150 Menschen kamen ums Leben. Die EU, die USA, die AU und die ECOWAS verhängten Sanktionen gegen die Mitglieder der Junta und der mit ihr verbündeten Personen. Eine VN-Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass das Massaker geplant war und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Der Führer der Junta, Hauptmann Dadis Camara, wurde am 3. Dezember bei einem Attentat schwer verletzt. Verteidigungsminister General Sekouba Konaté übernahm daraufhin die Macht. Der Präsident von Burkina Faso Blaise Compaoré begann im Auftrag der ECOWAS zwischen den politischen Lagern in Guinea zu vermitteln.

Die Situation in **Liberia** blieb fragil. Die Rohversion des Schlussberichts der Wahrheits- und Versöhnungskommission führte im Juli zu heftigen Diskussionen, da kaum ein Politiker von Kritik verschont blieb. Das letzte Verfahren vor dem Sondergerichtshof für Sierra Leone gegen den früheren liberianischen Präsidenten Charles Taylor wurde in Den Haag weitergeführt. Zur Mission der VN in Liberia (**UNMIL**) siehe Kapitel C.

Guinea-Bissau wurde am 1. März durch Morde an Präsident Bernardo Nino Vieira und Generalstabschef Tagme Na Wai, deren Umstände bislang nicht aufgeklärt wurden, in eine neue Krise gestürzt. Bei den dadurch nötigen Präsidentenwahlen setzte sich Malam Bacai Sanha gegen Kumba Yala durch. Zur ESVP-Operation EU SSR Guinea Bissau siehe Kapitel A.VI.1.2.1., zum Büro der VN zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (**UNOGBIS**) siehe Kapitel C.

Gewalttätige Zusammenstöße zwischen Anhängern der Regierungspartei und der Opposition im März haben erneut die fragile Situation in **Sierra Leone** aufgezeigt. Österreich wurde als Mitglied in die länderspezifische Formation der VN-Friedenskommission aufgenommen. Zu **UNIPSIL** sh. Kapitel C.

Die Außenbeziehungen der Union

10.3. Beziehungen mit der EU

Die Umsetzung der **Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie** und des **Aktionsplans 2008–2010**, die beim EU-Afrika-Gipfel in Lissabon im Dezember 2007 angenommen wurden, schritt voran. Die Implementierung des Aktionsplans wurde in Angriff genommen, die gemeinsamen Expertengruppen für die unterschiedlichen Bereiche des Aktionsplans haben ihre Arbeit aufgenommen. Eine Evaluierung wird 2010 erfolgen.

Mit der **Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS)** begann die EU auf Grundlage des Abkommens von Cotonou über ein Wirtschaftspartnerabkommen, zu verhandeln. Handels- und Entwicklungspolitik sollen verzahnt werden, um in den Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (**AKP-Staaten**) Reformen anzustoßen, nachhaltige Entwicklung zu fördern und einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. In einem nächsten Schritt sollen budgetäre Prioritäten und Zeitpläne für die Umsetzung durch die ECOWAS sowie die Verknüpfung von nationalen und regionalen Ebenen ausgearbeitet werden. Dadurch soll die ECOWAS handlungsfähiger und ein kohärentes Planungsinstrument für die Geber werden.

10.4. Regionale Integrationsfragen

Am 20. November beschloss die **Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)** in Arusha (Tansania) die Errichtung eines gemeinsamen Marktes mit den vier Grundfreiheiten nach Vorbild der EU. Langfristiges Ziel der EAC ist eine gemeinsame Währung und eine politische Föderation.

Am 5. und 6. November fand in Bujumbura/Burundi ein Runder Tisch der **Internationalen Konferenz der Großen Seen Region (ICGLR)** zu einer Neupositionierung des ICGLR statt. Österreich hatte im Vorfeld grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, das Sekretariat der ICGLR unterstützen zu wollen.

In der **SADC** übernahm die DR Kongo für ein Jahr den Vorsitz des Organs für Politik, Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit. Mit Österreich wurden im Dezember erste bilaterale Konsultationen in Umsetzung der 2008 unterzeichneten Rahmenvereinbarung abgehalten.

11. Asien

11.1. Allgemeine Entwicklungen

Die Bedeutung Asiens hat nicht zuletzt aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, welche die asiatischen Länder besser als andere meisterten, weiter zugenommen. Asien hat sich zur dynamischsten Region der Welt entwickelt. Aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichtes sind die Staaten Asiens bei der Bewältigung globaler Herausforderungen heute zu unverzichtbaren Verantwortungsträgern geworden. Zur Erreichung der Klimaziele ist Asien ein entscheidender Partner.

Österreich in der Europäischen Union

11.1.1. Nordost-Asien

Die Außenpolitik der **Volksrepublik China** zielt in erster Linie auf die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der nationalen Einheit sowie auf die äußere Absicherung des chinesischen Modernisierungsprozesses ab. China vertritt den Ansatz einer multipolaren Welt und sieht sich als führender Vertreter der Entwicklungsländer. Durch den permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist China ständig in den Entscheidungsprozess betreffend Fragen der internationalen Sicherheit eingebunden. Die Absicherung der Versorgung des Landes mit knappen Rohstoffen und Energieträgern ist eine wesentliche Motivation der chinesischen Außenpolitik.

Diplomatische Beziehungen zwischen der EU und China bestehen seit 1975. Seit 2007 werden Verhandlungen zu einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geführt. Im Mai wurde der im Vorjahr von chinesischer Seite abgesagte 11. EU-China Gipfel in Prag nachgeholt, dem ein weiterer in Nanjing Ende November folgte. Für China ist die EU der größte Handelspartner und Investor, und China wiederum nach den USA der zweitgrößte Handelspartner der EU. Das weiter sehr große EU-Handelsbilanzdefizit sank angesichts rückläufiger chinesischer Exporte leicht, was allgemein auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa zurückgeführt wird. Handels- und wirtschaftspolitische Themen, wie etwa die Unterbewertung des chinesischen Renminbi (Yuan), stellen einen wichtigen Teil des Dialoges EU-China dar. Die Hinrichtung des britischen Staatsbürgers Akmal Shaik (die erste eines Europäers in China seit den 1950er Jahren) sowie die Verurteilung des bekannten Schriftstellers Liu Xiaobo zu elf Jahren Haft wegen „Untergrabung der Staatsgewalt“ überschatteten den Menschenrechtsdialog.

2009 brachte eine Entspannung mit **Taiwan** unter der seit 2008 regierenden Kuomintang. Taiwan verzehnfachte die tägliche Quote für Besucher vom Festland auf 3000, die Anzahl an Direktflügen wurde auf 270 pro Woche erhöht. Im Mai wurde Taiwan unter dem Namen Chinese Taipei als Beobachter an der Weltgesundheitsversammlung der WHO zugelassen. Die Volksrepublik China stimmte damit erstmals einer Teilnahme der Insel bei einem Gremium der Vereinten Nationen zu.

Die Allianz mit den USA ist weiterhin der wichtigste Bestandteil der Sicherheitspolitik **Japans**. Der Einsatz japanischer Tankschiffe im Indischen Ozean, die die an der Befriedung Afghanistans teilnehmenden Staaten unterstützen, wird mit Anfang des kommenden Jahres eingestellt. Zum Ausgleich dafür sagte Japan erhebliche Geldmittel (fünf Milliarden US-Dollar über drei Jahre) zur Unterstützung Afghanistans und Pakistans zu. Schwerpunkte der Außenpolitik Japans sind die Festigung der Stellung in der asiatischen Region, die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu China und die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Die neue Regierung ist auch am Aufbau eines multilateralen institutionellen Gefüges in der ostasiatischen Region interessiert.

Die Außenbeziehungen der Union

Im Interesse der sicherheitspolitischen Stabilität der koreanischen Halbinsel konzentrierten sich die außenpolitischen Aktivitäten der **Republik Korea** auf die dafür maßgeblichen regionalen Mächte, vor allem die USA, China und Japan. Gleichzeitig verstärkte die Regierung unter Präsident Lee Myung-bak ihre diplomatische Offensive gegenüber anderen Regionen der Welt, wobei sich die wirtschaftlichen Interessen mit dem Anspruch verbanden, das Land auch auf globaler Ebene besser als bisher zur Geltung zu bringen. Der nordkoreanische Raketen- und Nukleartest brachte eine neuerliche Anspannung in den innerkoreanischen Beziehungen; Seoul bemühte sich in der Folge, Nordkorea zu einer Wiederteilnahme an den Sechs-Parteien-Gesprächen zu bewegen. Der innerkoreanische Dialog kam über gelegentliche Kontaktgespräche nicht hinaus.

In der Suche nach Lösung der Nuklearkrise in der **Demokratischen Volksrepublik Korea** konnte kein Fortschritt erzielt werden. Nach der Verurteilung des Raketenabschusses vom April durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gab die Demokratische Volksrepublik Korea den Ausstieg aus den Sechs-Parteien-Gesprächen (mit China, Japan, der Republik Korea, Russland und den USA) und einen weiteren Ausbau seiner nuklearen Kapazitäten bekannt. Im Mai wurde die Durchführung eines zweiten unterirdischen Nukleartests verkündet. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschloss daraufhin am 12. Juni Resolution 1874, welche die bereits bestehenden Sanktionen verschärft. Bei Besuchen des chinesischen Premierministers Wen Jiabao im Oktober sowie des US-Sondergesandten Stephen Bosworth im Dezember in Pjöngjang zeigte die Demokratische Volksrepublik Korea unter gewissen Bedingungen Bereitschaft zu einer Wiederaufnahme von bi- und multilateralen Konsultationen. Innenpolitisch sorgte die Abwertung des Won durch das Regime für soziale Unzufriedenheit.

Die **Mongolei** schlitterte nach Jahren soliden Wachstums in eine Rezession, für 2010 wird aber aufgrund der zunehmenden Exporte von Rohstoffen eine Erholung erwartet. Der neue Premier Sukhbaatar Batbold versucht sein Land besser in die internationalen Finanzmärkte einzubinden, um die Gewinne aus dem Abbau der Bodenschätze zu erhöhen und strategischer nutzen zu können. Mit der EU, von der Mongolei als „dritter Nachbar“ (neben China und Russland) bezeichnet, wurden die Kontakte intensiviert.

11.1.2. Afghanistan

Die Lage in **Afghanistan** hat sich nicht stabilisiert. Trotz Unterstützung durch die Internationale Staatengemeinschaft konnte die Regierung in Kabul keine entscheidenden Erfolge gegen die fundamentalistischen Taliban erringen. Der massive Einsatz der „International Security Assistance Force – **ISAF**“ – gemeinsam mit der Afghanischen Nationalen Armee erwies sich nicht stark genug, um den Widerstand der Taliban zu brechen. Die Anzahl der Anschläge hat sich im Gegenteil deutlich erhöht, auch in der Hauptstadt Kabul. Das Jahr 2009 war das bislang blutigste seit 2001. Angesichts dieser Herausforderung

Österreich in der Europäischen Union

hat Präsident Barack Obama die Aufstockung der in Afghanistan eingesetzten US-Truppen um 30.000 Soldaten verfügt. Auch andere Staaten haben Verstärkungen ihrer Kontingente angekündigt. Am 20. August fanden Präsidentschaftswahlen statt. Es waren die ersten Wahlen in Eigenverantwortung der Afghanen, allerdings noch mit internationaler Unterstützung. Die Wahlen waren von ernststen Sicherheitsproblemen begleitet und durch massive Unregelmäßigkeiten überschattet. Nach Ungültigerklärung von mehreren Hunderttausend Stimmen durch die Wahlbeschwerdekommission und Anordnung einer Stichwahl erklärte der Zweitplatzierte und schärfste Herausforderer Abdullah Abdullah seinen Rückzug. Der amtierende Präsident Hamid Karzai wurde am 19. November für eine zweite Amtsperiode feierlich vereidigt.

11.1.3. Süd- und Südostasien

Die größte Herausforderung für **Pakistan** stellt die Bedrohung durch fundamentalistischen Extremismus und Terrorismus dar. In der ersten Jahreshälfte gelang es den radikalen Extremisten erstmals, auch ein Gebiet im Landesinneren (den Bezirk Swat und Umgebung) völlig unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Regierung antwortete mit groß angelegten Militärfeldzügen. Im August wurde Swat zurückerobert und im November besetzte die Armee die Stammesregion von Süd-Waziristan. Die radikalen Fundamentalisten wiederum überzogen das Land im Herbst mit einer Serie blutiger Terroranschläge, die vielfach von SelbstmörderInnen ausgeführt wurden. Ziele waren vor allem große Städte, darunter auch die Hauptstadt Islamabad. Der Kampf gegen den Terrorismus nahm den Großteil der verfügbaren Mittel und Energien in Anspruch, sodass eine Konzentration auf die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes nicht möglich war. Innenpolitisch kam es zu schweren Spannungen zwischen Regierung und Opposition um die Rückgängigmachung von Maßnahmen des vorigen Präsidenten General Pervez Musharraf. Auf massiven Druck der Opposition wurden im März die von Pervez Musharraf entlassenen HöchststrichterInnen wieder eingesetzt, und im November beschloß die Regierung, ein Amnestiegesetz von Pervez Musharraf nicht weiter zu verlängern. Am 17. Juni fand der erste EU-Pakistan Gipfel in Brüssel statt.

Der Entspannungsprozess zwischen **Indien** und **Pakistan**, deren Verhältnis seit Jahrzehnten aufgrund der Kaschmirfrage stark belastet ist, hat unter den Terroranschlägen islamistischer Gruppierungen auf indische Ziele gelitten und ist nach dem Anschlag auf die Finanzmetropole Mumbai Ende November 2008 zum Stillstand gekommen. Indien beschuldigt Pakistan, islamistische Terrororganisationen, wie die Lakshar-e-Toiba, die für die meisten Anschläge in Indien verantwortlich gemacht werden, auf pakistanischem Boden zu dulden und nicht energisch genug gegen die Hintermänner vorzugehen. Ungeachtet Begegnungen auf höchster Ebene am Rande internationa-

Die Außenbeziehungen der Union

ler Treffen (SCO-Gipfeltreffen in Jekaterinburg, Blockfreien-Gipfel in Sharm El Sheikh) konnte eine Wiederaufnahme des Dialoges nicht erreicht werden.

Einen Schwerpunkt der Außenpolitik in **Indien** bildeten die strategische Annäherung an die USA und der Wiedereinstieg in den zivilen Nuklearhandel. Die anfängliche Sorge über einen möglichen Paradigmenwechsel der betont pro-indischen US-Außenpolitik George W. Bushs unter der neuen Obama-Administration ist einer vorsichtig optimistischen Erwartungshaltung vor allem im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und im Bereich der zivilen nuklearen Zusammenarbeit gewichen. Die Strategische Partnerschaft mit der EU wurde auf dem 10. EU-Indien Gipfel am 6. November in New Delhi bekräftigt. Hauptthemen des Treffens waren Klimawandel und Energie, Terrorismus, Reform des globalen Finanzsystems, Doha-Runde, Nahrungssicherheit, internationale Sicherheit und Abrüstung sowie Handel und Investitionen. Als regionale Großmacht in Südasien versucht Indien in zunehmender Konkurrenz zu China, stabilisierend auf die krisengeschüttelten Nachbarländer Nepal, Bangladesch und Sri Lanka einzuwirken.

In **Bangladesch** übernahm die linksgerichtete Awami League unter der Führung von Sheikh Hasina mit ihren Koalitionspartnern im Jänner die Regierungsgeschäfte. Die neue Regierung begann, gegen Korruption vorzugehen und während und nach dem Unabhängigkeitskrieg gegen Pakistan Anfang der 1970er Jahre begangene Kriegsverbrechen aufzuklären. Im Gegensatz zur islamisch-nationalistisch orientierten Vorgängerregierung tritt die Regierung Hasina betont pro-indisch auf.

Im Königreich **Bhutan** wurde das Regierungsprogramm des Königs der „Gross National Happiness“ fortgeführt. Außenpolitisch orientiert sich das Land stark an Indien, das auch wirtschaftlich (vor allem im Wasserkraftbereich) den mit Abstand wichtigsten Partner darstellt.

Die politische Lage in **Nepal** wurde im Frühjahr wieder angespannter, als die Regierung unter der Führung des ehemaligen Maoistenkämpfers Pushpa Kamal Dahal „Prachanda“ – die erste Regierung nach Abschaffung der Monarchie im Frühjahr 2008 – aufgrund von Koalitionsstreitigkeiten im Mai zurücktrat und der National Congress unter Madhav Kumar Nepal die Regierungsgeschäfte übernahm. Seither boykottieren die Maoisten durch landesweit organisierte Streiks und Protestaktionen die Arbeit der neuen Regierung, was sich negativ auf die Friedensbemühungen und den verfassungsgebenden Prozess auswirkte.

Nach dem militärischen Sieg der Regierung gegen die separatistischen tamilischen Befreiungstiger von Tamil Eelam (**LTTE**) in **Sri Lanka** im Mai stand das Land vor der Herausforderung, die schwierige (und von internationalen Beobachtern kritisierte) humanitäre Lage der ursprünglich über 250.000 tamilischen Binnenflüchtlinge zu verbessern und eine politische Lösung für den Jahrzehnte alten Konflikt zwischen der tamilischen Minderheit und der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung zu finden.

Österreich in der Europäischen Union

Auf den **Malediven** war der neue Staatspräsident Mohammed Nasheed nach 30-jähriger Alleinherrschaft von Präsident Maumoon Abdul Gayoom bemüht, die demokratische Öffnung des moslemischen Inselstaates voranzutreiben, gegen Korruption anzukämpfen und frühere Menschenrechtsverletzungen aufzuklären.

Die innenpolitische Lage in **Thailand** blieb angespannt. Die teils gewaltsamen Proteste gegen die Regierung unter Premierminister Abhisit Vejjajiva wurden fortgesetzt und gipfelten in der Erstürmung und dem Abbruch des ASEAN-Gipfels in Pattaya durch Regierungsgegner („Rothemden“). Die tiefe Kluft in der thailändischen Gesellschaft zwischen Anhängern des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra und seinen Gegnern bleibt weiterhin bestehen. Zu den großen politischen Herausforderungen der Regierung zählten auch weiterhin die Probleme in den drei südlichen Provinzen mit muslimischer Mehrheit. Hier gelang es trotz einiger Fortschritte noch nicht, die seit vielen Jahren anhaltende Gewaltspirale zu unterbrechen. Der Schwerpunkt der Regierungsarbeit lag bei der Bekämpfung der Auswirkungen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise, von der auch Thailand schwer getroffen wurde. Thailand führte den ASEAN-Vorsitz.

In dem gemeinsam von den Vereinten Nationen und **Kambodscha** eingerichteten Gerichtshof zur Verfolgung der durch die Roten Khmer begangenen Verbrechen, begann im Februar das Hauptverfahren gegen den ehemaligen Leiter des berüchtigten Gefängnisses Tuol Sleng, Kaing Guek Eav, alias Duch. Die Spannungen zwischen Kambodscha und Thailand haben sich weiterhin vertieft, als die Regierung von Kambodscha den thailändischen Ex-Regierungschef Thaksin Shinawatra zum wirtschaftlichen Berater ernannte.

Die innenpolitische Lage in **Myanmar** hat sich nicht verbessert. Im Mai wurde gegen die Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi Anklage wegen Verletzungen der Hausarrestbedingungen erhoben, nachdem sich ein amerikanischer Staatsbürger unerlaubt Zutritt zu ihrem Haus verschafft hatte. Sie wurde zu weiteren 18 Monaten Hausarrest verurteilt, womit ihr praktisch jegliche Möglichkeit genommen wurde, vor den Wahlen 2010 politisch aktiv zu sein. Die Menschenrechtssituation ist weiterhin erschreckend. Es kommt zu laufenden schweren Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Zwangsarbeit, Folter und Missbrauch von Kindersoldaten. Vor allem ethnische Minderheiten werden systematisch verfolgt und misshandelt. Im Gefolge der Revision der US-Strategie in Richtung verstärkter Dialog besuchten mehrere hochrangige US-Politiker Myanmar. Gleichzeitig gab es erste Signale der Regierung von Myanmar, an Gesprächen mit der Internationalen Gemeinschaft interessiert zu sein.

In **Malaysia** bemühte sich die Regierungskoalition Barisan Nasional unter der neuen Führung von Premierminister Najib Tun Razak – nach dem schmerzhaften Verlust der Zweidrittelmehrheit – intensiv um Wiedergutmachung an Terrain. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise wurde ein Stimulus-

Die Außenbeziehungen der Union

paket geschnürt. Im 4. Jahresquartal kam es erstmals seit Eintritt der Krise wieder zu einem Wirtschaftswachstum von gut 4%.

In **Indonesien** konnte sich seit dem Ende des autoritären Regimes von Langzeitpräsident Haji Mohamed Soeharto im Jahr 1998 die Demokratie weiter festigen und verwurzeln. Insbesondere im Bereich Medienfreiheit ist Indonesien mittlerweile in der Region ein positives Beispiel. Die Parlaments- und Präsidentenwahlen im 235-Millionen Staat verliefen friedlich und Amtsinhaber Susilo Bambang Yudhoyono wurde mit klarer Mehrheit im Juli im Amt bestätigt. Nachdem die EU ihr Flugverbot für indonesische Fluglinien im Juli teilweise aufhob, konnte das bereits 2007 ausverhandelte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Indonesien schließlich am 9. November in Jakarta unterzeichnet werden.

Die Lage in **Timor-Leste** hat sich dank der seit 2006 entsandten Integrierten Mission der VN in Timor-Leste (**UNMIT**) und der „Internationalen Friedenstruppe“ weiter stabilisiert, die Camps für Intern Vertriebene konnten großteils aufgelöst werden.

Die innenpolitische Situation auf den **Philippinen** war stark von der Positionierung der einzelnen Kandidaten und Gruppierungen für die am 10. Mai 2010 angesetzten Wahlen geprägt, die alle wichtigen staatlichen Institutionen betreffen (Präsidenten-, Parlaments-, Regional- und Lokalwahlen). Im langwierigen Friedensprozess zwischen Regierung und Moro Islamic Liberation Front (**MILF**) hat Malaysia Gespräche vermittelt, die am 8. Dezember in Kuala Lumpur aufgenommen wurden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in **Vietnam** verlief ungeachtet der Weltwirtschaftskrise weiter positiv, das Land verzeichnete ein Wachstum von über 5%. Zu Jahresende stellten Weltbank und die Gebergemeinschaft fest, dass Vietnam nach 20 Jahren Wirtschaftswachstum und großer Erfolge bei der Armutsbekämpfung nun an der Schwelle zum Status eines Landes mit mittlerem Einkommen stehe. Innenpolitisch setzte die Regierung den harten Kurs gegen Andersdenkende fort. Prominentester Fall war die Verhaftung des bekannten Rechtsanwaltes Le Cong Dinh am 13. Juni und seine Anklage wegen „Propaganda“ und „Umsturzversuch“. Im Oktober wurden neun Demokratieaktivisten zu Haftstrafen verurteilt.

11.2. Die Partnerschaft EU-Asien

Dem Prozess der Asien-Europa Treffen (**ASEM**) kommt als Dialogforum zwischen der EU und Asien große Bedeutung zu. Am 25. und 26. Mai fand das **9. ASEM-Außenministertreffen** in Hanoi statt. Hauptthemen waren ASEM-Erweiterung (Australien, Russland), Myanmar, Nordkorea, Weltfinanz- und Wirtschaftskrise.

Die Asia-Europe Foundation (**ASEF**), mit Sitz in Singapur, ist die einzige fixe Institution im Rahmen von ASEM. Sie hat die Förderung der Beziehungen

Österreich in der Europäischen Union

vor allem im kulturell-wissenschaftlichen Bereich zwischen den ASEM-Staaten zum Ziel.

Die EU wirkt aktiv am ASEAN Regionalforum (**ARF**) mit, der einzigen ständigen multilateralen Einrichtung, die sich mit Sicherheitsfragen in der asiatisch-pazifischen Region befasst.

11.3. Regionale Organisationen

Die zehn Mitgliedstaaten der **ASEAN** (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) feierten am 15. Dezember 2008 das Inkrafttreten der ASEAN-Charta. Die Charta verleiht ASEAN Rechtspersönlichkeit und wertet das ASEAN-Sekretariat in Jakarta auf. Sie enthält auch das Bekenntnis der ASEAN-Staaten zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und guter Regierungsführung. Die ASEAN-Staaten haben Ständige Vertreter beim ASEAN-Sekretariat in Jakarta akkreditiert, die sich regelmäßig zu Beratungen treffen (Komitee der Ständigen Vertreter). Am 5. Juni überreichte der Österreichische Botschafter in Jakarta das Beglaubigungsschreiben als Österreichischer Vertreter bei ASEAN. Thailand hatte den rotierenden ASEAN-Vorsitz inne, 2010 übernimmt Vietnam.

Am 27. und 28. Mai fand das **17. ASEAN-EU Außenministertreffen** in Phnom Penh statt. Dabei wurde von beiden Seiten eine Erklärung des Beitrittes der EU zum ASEAN Freundschafts- und Kooperationsvertrag in Südostasien (**TAC**) unterzeichnet. Der Beitritt erfordert noch eine Vertragsanpassung.

Wie in der ASEAN-Charta vorgesehen, kam es beim 15. ASEAN-Gipfel (Cham/Hua Hin in Thailand, vom 23.–25. Oktober) zur Gründung der ASEAN Menschenrechtskommission (**ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights, AICHR**). Die Kommission hat allerdings keine Kompetenzen zur Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen.

Aufgrund der engen wirtschaftlichen Kontakte vieler ASEAN-Staaten mit China, Japan und der Republik Korea haben sich parallel weitere Integrationsebenen, **ASEAN+3** und **Ostasiengipfel** (East Asia Summit, **EAS**) entwickelt.

12. Australien, Neuseeland, Ozeanien

12.1. Australien

Außenpolitische Prioritäten Australiens bleiben die Zusammenarbeit mit den USA, eine aktive Rolle im multilateralen Bereich, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, die Bekämpfung des Terrorismus sowie die Intensivierung der Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum. Im Mai hat die australische Regierung in einem Weißbuch die Grundsätze zur künftigen Landesverteidigung festgelegt: Eine wesentliche Verstärkung der australi-

Die Außenbeziehungen der Union

schen Streitkräfte bis 2030 ist geplant. Das australische Engagement in seiner Nachbarschaft (Indien, Osttimor, pazifische Inselstaaten) ist weiterhin sehr stark. Australien ist bemüht, die politische und wirtschaftliche Stabilität dieser Region zu fördern. Das Thema Klimawandel bleibt eine Priorität der australischen Politik, die innenpolitische Diskussion um die Einführung eines Emissionshandelssystems hat sich jedoch akzentuiert. Das 2008 geschlossene Partnerschaftsabkommen mit der EU hat sich als Instrument einer dynamischen Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen bewährt.

12.2. Neuseeland

Die seit November 2008 im Amt befindliche Regierung von Premierminister John Key verfolgt die traditionellen außenpolitischen Schwerpunkte Neuseelands weiter: aktiver Multilateralismus, Klimaschutz, Sicherung der Absatzmärkte für die vorwiegend landwirtschaftlichen Produkte, Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) sowie die Beziehungen zur EU. Besonderer Wert wird jedoch auf den Austausch – insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene – mit dem asiatischen Raum gelegt. In diesem Zusammenhang hat sich aus neuseeländischer Sicht das 2008 mit China geschlossene Freihandelsabkommen sehr bewährt. Die Bemühungen um eine Intensivierung des Verhältnisses zu den USA wurden erfolgreich fortgesetzt.

12.3. Ozeanien

Alle Inselstaaten des Pazifiks gehören der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (**AKP-Staaten**) an. Die EU ist nach Australien zweitgrößter Entwicklungshilfegeber im Pazifik. Mit 13 Staaten des Südpazifiks wurden im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds Strategiepapieren unterzeichnet. Es sind insgesamt 452 Millionen Euro für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in der Region von 2008 bis 2013 vorgesehen. Schwerpunkte sind gute Regierungsführung, Eindämmung der Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels, nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Energieversorgung und Projekte im Gesundheitsbereich.

Österreich hat seine Beziehungen zu den pazifischen Staaten intensiviert. Die Diplomatische Akademie in Wien hat ein Seminar für JungdiplomatenInnen aus den Pazifischen Inselstaaten zum Thema „Pacific Island States and the European Union“ (vom 18. Mai bis 5. Juni) in Wien abgehalten.

Die regionale Zusammenarbeit entwickelte sich weiterhin positiv. Das regional wichtigste politische Thema ist weiterhin die Rückführung Fidschis in demokratische Verhältnisse. Das Pazifische Insel Forum (**PIF**) in Cairns (am 5. und 6. August) hat sich neben diesem Thema auch mit Fragen zum Klimawandel und zur Koordination der Entwicklungszusammenarbeit (**EZA**) befasst. Die Regionale Unterstützungsmission für die Salomonen (**RAMSI**) unter der Führung Australiens wurde fortgesetzt.

B. Österreich in anderen europäischen Foren

I. Europäische Sicherheitspolitik

1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden

1.1. Entwicklungen innerhalb der NATO

Am Gipfel der Nordatlantikvertrags-Organisation (Nord Atlantic Treaty Organisation **NATO**) in Straßburg/Kehl am 3. und 4. April wurde eine „Declaration on Alliance Security“ verabschiedet, die die Leitlinien für das **neue Strategische Konzept** der **NATO** (das letzte stammt aus 1999) festlegt, das 2010 fertig gestellt werden soll. Von Seiten der NATO wird bei der Ausarbeitung des Neuen Strategischen Konzepts großer Wert auf die Einbindung auch der Partner gelegt, und Österreich nimmt als solcher aktiv an den Beratungen teil.

Im August übernahm der dänische Politiker Anders Fogh Rasmussen das Amt des NATO-Generalsekretärs.

In Sachen Erweiterung verfolgt die NATO weiterhin eine „open door policy.“ Albanien und Kroatien wurden im April offiziell in die NATO aufgenommen, ein rascher Beitritt Mazedoniens ist zu erwarten, sobald der Streit um seinen Staatsnamen mit Griechenland eine Lösung findet. Darüber hinaus haben Montenegro und Bosnien und Herzegowina einen Antrag auf Aufnahme in den Membership Action Plan (**MAP**) gestellt. Die Aufnahme Montenegros in den MAP wurde von den NATO-AußenministerInnen im Dezember beschlossen, über eine Aufnahme Bosniens und Herzegowinas konnte vorerst kein Konsens gefunden werden.

Interesse an einer Aufnahme in den MAP bekundete weiterhin auch Georgien, dem die NATO ja bereits auf ihrem Gipfel in Bukarest 2008 einen künftigen Beitritt (ohne Festsetzung eines bestimmten Zeithorizonts) in Aussicht gestellt hat. Das wichtigste Forum für die Intensivierung der Beziehungen zwischen Georgien und der NATO ist gegenwärtig die nach dem Konflikt zwischen Georgien und Russland 2008 ins Leben gerufene NATO-Georgien Kommission.

1.2. Österreich in der Partnerschaft für den Frieden und im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat

Österreich stellte auch im Jahr 2009 mit phasenweise über 600 SoldatInnen das größte Kontingent eines Partnerstaats im Rahmen von **KFOR**. Bis Ende Mai hatte Österreich im Rahmen dieser Operation das Kommando über den multinationalen Einsatzverband Süd der Multinational Task Force South (**MTFS**) inne. Weiters war Österreich mit Stabsoffizieren auch im Hauptquar-

Europäische Sicherheitspolitik

tier der NATO-geführten Internationalen Stabilisierungstruppe **ISAF** in Afghanistan präsent.

Darüber hinaus war Österreich 2009 an folgenden **Treuhandfondsprojekten** in Zusammenhang mit der Partnerschaft für den Frieden (**PfP**) **beteiligt**: Zerstörung von Klein- und Leichtwaffen sowie Munition in der Ukraine; Zerstörung von Klein- und Leichtwaffen in Kasachstan; Zerstörung explosiver Kampfmittelrückstände („explosive remnants of war“) in Jordanien; Umschulung von Militärpersonal für zivile Erwerbstätigkeit in Serbien; Umschulung von Personal des „Kosovo Protection Corps“ für zivile Erwerbstätigkeiten; Gestaltung von Ausbildungsprogrammen zur Förderung der Korruptionsbekämpfung im Verteidigungssektor.

In die Diskussion über das neue Strategische Konzept der NATO brachte sich Österreich insbesondere zum Thema des „comprehensive approach“, also der Entwicklung umfassender Ansätze zur Bewältigung von Krisen und Konflikten, mit einem entsprechenden Arbeitspapier ein, in dem auch auf die Bedeutung hingewiesen wurde, die aus österreichischer Sicht in diesem Zusammenhang Themen wie „Gender Mainstreaming“, dem Schutz von ZivilistInnen oder den sozio-ökonomischen Auswirkungen von Friedensoperationen im Einsatzgebiet zukommt. Außerdem hat sich Österreich an der Ausarbeitung eines Arbeitspapiers unter Schweizer Federführung beteiligt, das sich mit der Rolle der Euro-Atlantischen Partnerschaft (**EAP**) und ihrer Aufwertung befasst.

2. Die Diskussion über die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur

In einer Rede in Berlin am 5. Juni 2008 präsentierte der russische Präsident Dmitrij Medwedjew den **Vorschlag eines neuen europäischen Sicherheitsvertrags**. Beim informellen Treffen der OSZE-Außenminister am 27. und 28. Juni in Korfu wurde in Reaktion auf die Medwedjew-Vorschläge der **„Korfu-Prozess“**, eine umfassende, dimensionenübergreifende Diskussion der Europäischen Sicherheitsagenda im Rahmen der OSZE, gestartet. Österreich unterstützt diesen Dialogprozess gemeinsam mit seinen EU-Partnern nachdrücklich und hat ihn 2009 mit der Organisation mehrerer Veranstaltungen aktiv gefördert. So finanzierte Österreich zwei informelle Diskussionsrunden der OSZE-Botschafter im April in Stegersbach sowie im Oktober in Krems und veranstaltete am 8. Mai ein einschlägiges Expertentreffen in Wien.

Russland hat im November einen konkreten Entwurf für einen neuen „Europäischen Sicherheitsvertrag“ vorgelegt, der stark auf politisch-militärische Sicherheitsaspekte („hard security“) fokussiert ist. Gesichtspunkte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit bleiben weitgehend ausgespart. Zentrale Motivation des Vertragsentwurfs ist die sogenannte Unteilbarkeit der Sicherheit aller Vertragsparteien. Die Vertragsparteien sollen alle sicher-

Österreich in anderen europäischen Foren

heitsrelevanten Entscheidungen mit gebührender Rücksichtnahme auf die Sicherheit aller anderen treffen.

Als Parteien des vorgeschlagenen Vertrages kommen alle Staaten des euroatlantischen Raums „von Vancouver bis Wladiwostok“ in Frage, ebenso Organisationen wie EU, OSZE, NATO oder die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrages (**Collective Security Treaty Organisation, CSTO**). Auch ein Beitritt von nicht-europäischen Staaten wäre möglich. Eine Sonderrolle für die OSZE unter diesen Organisationen sieht der Entwurf nicht vor.

Österreich tritt nach wie vor für eine offene Diskussion über die russischen Anliegen ein, ohne dabei Zweifel aufkommen zu lassen, dass es die OSZE und den „Korfu-Prozess“ als zentrales Forum für jede Stärkung der euroatlantischen Sicherheit sieht, zumal diese den idealen Rahmen bilden, um sicherheitsrelevante Anliegen in allen Bereichen, einschließlich Wirtschaft, Demokratie und Menschenrechte, umfassend zu behandeln. Für eine Festlegung auf die Form eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrages ist es nach österreichischer und europäischer Ansicht jedoch noch zu früh; zunächst sollten existierende Arrangements und Instrumente gestärkt und verbessert werden.

3. Die Diskussion über eine Raketenabwehrbasis in Europa

Die im Jahr 2008 noch heftig geführte Diskussion über mögliche US-Raketenabwehrbasen in Europa, die zu Unstimmigkeiten zwischen den USA und Russland führten, nahm 2009 in Gefolge des Amtsantritts des neuen US-Präsidenten eine umfassende Wendung. Mitte September beschlossen die USA, bis auf weiteres auf die Stationierung von Raketenabwehreinrichtungen in der Tschechischen Republik und Polen zu verzichten. Die Entscheidung der USA, anstatt der Einrichtung der Raketenabwehrbasen in Polen und der Tschechischen Republik ihre einschlägigen Anstrengungen auf ein seegestütztes mobiles System zu konzentrieren, wurde insbesondere von Russland begrüßt.

II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1. Die Debatte über die Zukunft der Sicherheit in Europa

Ausgelöst durch Vorschläge von Präsident Medwedjew zur Ausarbeitung eines umfassenden, rechtlich verbindlichen **Sicherheitsvertrags für Europa** und der internationalen Reaktionen darauf, gelang dem OSZE-Vorsitz (Griechenland) beim informellen OSZE-Außenministertreffen in Korfu (27. und 28. Juni) durch Start des umfassenden, Dimensionen übergreifenden „**Korfu-Prozesses**“ die Verankerung der Debatte zum Thema „Zukunft der Sicherheit

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

in Europa“ innerhalb der OSZE. Der **17. OSZE-Ministerrat in Athen** verabschiedete eine politische Erklärung zur Bestätigung, Revision und Stärkung von Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok sowie einen separaten Beschluss über die Modalitäten und die Substanz der Fortführung des Korfu-Prozesses. Während die Russische Föderation vor allem Handlungsbedarf im Bereich der politisch-militärischen Dimension und den Korfu-Prozess in erster Linie als Ergänzung zum russischen Entwurf eines Sicherheitsvertrags sieht, fordern die westlichen Teilnehmerstaaten eine Berücksichtigung aller drei Dimensionen sowie einen besonderen Fokus auf Umsetzung bestehender OSZE-Verpflichtungen. Der Diskussion – aber nicht der Verhandlung – des russischen Vertragsentwurfs innerhalb des Korfu-Prozesses zeigt man sich offen.

2. Ministerrat in Athen / Regionalfragen und Feldaktivitäten

Mit der Annahme von **21 Dokumenten**, insbes. einer **Erklärung und Entscheidung zum Europäischen Sicherheitsdialog** (die letzte politische Erklärung stammt aus 2002), war der **17. OSZE-Ministerrat am 1. und 2. Dezember in Athen eines der erfolgreichsten OSZE-Treffen seit Jahren.**

Zum zentralen Thema des Ministerrates, dem **Korfu-Prozess**, wurde die **Erklärung „Reconfirm – Review – Reinvalidate Security and Co-operation from Vancouver to Vladivostok“** sowie auch eine separate Entscheidung über das weitere Prozedere unter kasachischem Vorsitz im Jahr 2010 verabschiedet. Eine **umfassende politische Erklärung („Athen-Erklärung“)** scheiterte zwar wie in den Vorjahren (Hauptgrund: Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa), doch waren die Teilnehmerstaaten (**TS**) auch hier einer Einigung zum Greifen nahe gekommen. Zu den offenen Konflikten gelang eine **regionale Erklärung** zum Konflikt in **Nagorny-Karabach** (wie 2008), nicht jedoch zu Georgien und Transnistrien.

Zu Jahresende einigte sich der Ständige Rat auf eine **Verlängerung der Mandate sämtlicher OSZE-Missionen**. Im Kosovo gibt es weiterhin die automatische monatliche Verlängerung des Mandats, falls nicht seitens eines TS Einspruch erhoben wird. Die Entscheidung über den Weiterbestand eines Büros in Zagreb wurde Ende Dezember ebenfalls angenommen. Am **1. Jänner 2010 übernimmt Kasachstan den OSZE-Vorsitz.**

Die OSZE unterhielt **18 Feldoperationen** in Südosteuropa und der GUS, für die der Großteil des OSZE-Budgets (75%) sowie der personellen Ressourcen aufgewendet wurde. Österreich entsandte 32 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen. Der überwiegende Teil davon war in Südosteuropa tätig.

In der **Projektfinanzierung** legte Österreich den Schwerpunkt auf jene Länder, die besonders dringend Hilfe zur **Konsolidierung demokratischer Strukturen**, von **Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit** benötigen. Punktuell

Österreich in anderen europäischen Foren

werden auch Aktivitäten in der politisch-militärischen sowie der Wirtschafts- und Umweltdimension unterstützt. Österreich verfügt über besondere Expertise für Einsätze im Hochgebirge, die sich im Bereich Grenzmanagement großer Nachfrage erfreut. Hier wurden Projekte in Kirgisistan und Tadschikistan, die in direktem Zusammenhang mit internationalen Stabilisierungsbemühungen in Afghanistan stehen, personell und finanziell unterstützt.

2.1. Südosteuropa

Die OSZE unterhält ihre **größten Feldoperationen** weiterhin in Südosteuropa, mit Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie im Kosovo. Die beiden größten Missionen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina wurden personell und budgetär weiter verringert. Das Mandat des OSZE-Büros in Zagreb wurde bis Ende 2010 verlängert.

Die Feldoperationen der OSZE leisten einen wichtigen Beitrag für den **Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen** sowie die **Entwicklung und Festigung multi-ethnischer Gesellschaften** in Südosteuropa. In einigen Bereichen verschob sich die Rolle der OSZE in Richtung eines verstärkten Monitoring und der Beratung der administrativen und politischen Strukturen vor Ort. In Zusammenarbeit mit der EU und anderen internationalen Akteuren nimmt die OSZE zahlreiche Aufgaben wahr, welche im Annäherungsprozess der Länder an die euro-atlantischen Strukturen unverzichtbar sind.

2.2. Moldau/Transnistrien

Der schwelende Konflikt in Transnistrien ist weiterhin ungelöst. Moldau setzt seit Ende 2006 auf bilaterale Gespräche mit Russland. Das international anerkannte „5+2 Format“ (MD-TN/OSZE/RF/UKR als Fazilitatoren sowie EU und USA als Beobachter) hat sich am 21. und 22. Juni, am 6. Oktober und zuletzt am 6. November zu Gesprächsrunden in Wien getroffen. Zur Thematik „Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Moldau“ fand im Juni in Mauerbach, Österreich, ein vom griechischen OSZE-Vorsitz gemeinsam mit der moldauischen OSZE-Mission veranstaltetes Seminar statt.

Das Hauptziel der OSZE-Mission in Moldau ist es, bei einer dauerhaften politischen Lösung des Transnistrien-Konflikts behilflich zu sein. Die Mission beschäftigt sich mit menschenrechtlichen Fragen, Demokratisierung, Medienfreiheit, der Bekämpfung von Menschenhandel und der Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen.

2.3. Belarus

Das OSZE-Büro in Minsk ist in allen drei Dimensionen der OSZE tätig und konzentrierte sich insbesondere auf Projektabwicklungen in den Bereichen

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Wirtschaft und Umwelt und den Aufbau demokratischer Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft. In der Wirtschafts- und Umweltdimension lag der Tätigkeitsschwerpunkt auf der Fortsetzung der Projekte zur Förderung der Entwicklung der von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebiete und im Bereich Energiesicherheit, in der menschlichen Dimension auf der Bekämpfung des Menschenhandels.

2.4. Südkaukasus

Die OSZE-Mission in **Georgien**, die größte OSZE-Feldoperation außerhalb Südosteuropas, welche mit der politischen Lösung der Konflikte um die beiden separatistischen Gebiete Südossetien und Abchasien, letzteres unter Federführung der VN, befasst war, wurde mangels einer Einigung auf einen statusneutralen Kompromissvorschlag des Vorsitzes mit 31. Dezember 2008 beendet. Bis Ende Juni, dem Ablauf des separaten Mandats der OSZE-Militärbeobachtermission (20 MilitärbeobachterInnen, darunter 1 österreichischer Offizier), mussten laufende Projekte schrittweise reduziert und schließlich völlig eingestellt werden. Parallel dazu bemühte sich der Vorsitz um eine weitere OSZE-Präsenz. Die große Mehrheit der OSZE-Staaten forderte weiterhin eine substantielle und Dimensionen übergreifende Rolle der OSZE in Georgien. Die Russische Föderation beharrte auf Ausarbeitung eines revidierten Mandats, welches der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Süd-Ossetien durch die Russische Föderation Rechnung trägt; dies war jedoch für die große Mehrheit der OSZE-Staaten inakzeptabel. Im Rahmen der Genfer Gespräche nimmt die OSZE weiterhin als Ko-Vorsitzender aktiv an Bemühungen um Schaffung von mehr gegenseitigem Vertrauen zwischen den Konfliktparteien teil.

Die **OSZE Büros in Baku und Jerewan** unterstützen Aserbaidshan und Armenien bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen mit besonderer Schwerpunktsetzung auf Demokratisierung (Verfassungsreform, Wahlrechtsreform), Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Medien- Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie Unterstützung der Zivilgesellschaft. Besonders Probleme im Bereich mangelnder Medienfreiheit in Aserbaidshan mussten im Ständigen Rat mehrmals behandelt werden.

Die Lösung des **Berg-Karabach Konfliktes** wird weiter im Rahmen der Minsk Gruppe verfolgt, die unter dem gemeinsamen Vorsitz von USA, Frankreich und Russischer Föderation steht. Für die technischen Aspekte der Konfliktlösung und für den Aufbau vertrauensbildender Maßnahmen ist ein persönlicher Vertreter des OSZE-Vorsitzenden zuständig. Darüber hinaus arbeitet die in Wien angesiedelte Hochrangige Planungsgruppe weiter an Vorschlägen für die mögliche Einrichtung einer multinationalen friedenserhaltenden OSZE-Operation. Seit März konstatieren die Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe eine Verbesserung der Sicherheitslage entlang der Waffenstillstandlinie. Es kam zu mehreren Treffen der Präsidenten und Außenminister von

Österreich in anderen europäischen Foren

Armenien und Aserbaidschan und Bekräftigung der Absicht zu einer friedlichen Lösung, welche auch in Form einer politischen Erklärung zu Berg-Karabach beim OSZE-Ministerrat in Athen bekräftigt wurde.

2.5. Ukraine

Die Mission in der Ukraine besteht aus einem Büro eines Projektkoordinators, welches in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft Projekte zur Wirtschaftsförderung, Bekämpfung des Menschenhandels, Demokratisierung sowie Förderung der Zivilgesellschaft durchführt. Das Büro des Projektkoordinators ist in allen drei Dimensionen der OSZE tätig und arbeitet dabei sowohl mit den ukrainischen Behörden als auch mit Nichtregierungsorganisationen zusammen.

2.6. Zentralasien

Die OSZE ist in den Staaten Zentralasiens einer der wichtigsten internationalen Akteure. Die Feldmissionen der OSZE konzentrieren sich zum einen auf die Unterstützung der Regierungen durch Bereitstellung von Expertise in den Bereichen Stärkung des Rechtsstaats, Aufbau pluralistischer Gesellschaftsstrukturen, Achtung der Menschenrechte, demokratische Medienpolitik und Antikorruptionsmaßnahmen. Zum anderen befasst sich die OSZE mit einer Vielfalt von Ausbildungsaktivitäten (insbes. OSZE-Akademie in Bischkek). Weiters zeigt das vom OSZE-Zentrum in **Bischkek (Kirgisistan)** umfassend durchgeführte Polizeireformprogramm Erfolge. Ein weiterer, zunehmend prioritärer Arbeitsbereich dieser Feldmission ist Grenzmanagement, insbesondere der Aufbau von lokalen Kapazitäten.

Auch in **Tadschikistan** findet die Arbeit der OSZE ihren Schwerpunkt weiterhin im systematischen Aufbau eines effektiven Grenzmanagements an der Grenze zu Afghanistan.

Während in **Usbekistan** die Zusammenarbeit zwischen OSZE und den usbekischen Behörden schwierig und sehr eingeschränkt blieb, kann in **Turkmenistan** ein verstärkter Kooperationswille festgestellt werden. In **Kasachstan** konzentriert sich die OSZE auf den näher rückenden kasachischen Vorsitz (2010), indem die Organisation durch eine Vielzahl von Aktivitäten den Gesetzesreformprozess und die Vorbereitung auf die anspruchsvolle Aufgabe der OSZE-Vorsitzführung unterstützt.

3. Die menschliche Dimension der OSZE

Die menschliche Dimension ist ein Kernstück der OSZE-Tätigkeit. Ihr Ziel ist die Wahrung der Menschenrechte sowie die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die operative Institution der OSZE hierfür ist das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (**ODIHR**) mit Sitz in Warschau.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Der Wirkungsbereich des ODIHR umfasst die Förderung von demokratischen Wahlen, des Aufbaus demokratischer Strukturen, von Menschenrechten, Toleranz, Nichtdiskriminierung und Rechtsstaatlichkeit. Eine international anerkannte führende Position nimmt das Büro im Bereich **Wahlbeobachtung** ein. Es organisierte Wahlbeobachtungen von nationalen Wahlen in 17 Teilnehmerstaaten, darunter nicht nur in „neuen Demokratien“, sondern z.B. auch anlässlich der Europawahlen in 15 EU-Staaten darunter auch Österreich. Bei dieser EU-Wahlbeobachtung handelte es sich allerdings um eine sogenannte „Election Exploratory Mission“, bei der eine kleine Expertengruppe das rechtliche und organisatorische Umfeld der Wahl untersuchte, ohne das Geschehen am Wahltag selbst zu verfolgen. Österreich beteiligte sich an den ODIHR-Wahlbeobachtungsaktivitäten durch die Entsendung von insgesamt 33 KurzzeitbeobachterInnen und sechs Langzeitbeobachtern nach Albanien, Kirgistan, Mazedonien und Moldau sowie drei weiteren LangzeitbeobachterInnen in die Ukraine zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen 2010.

Eine der zentralen Aufgaben des ODIHR besteht in der Beobachtung der Einhaltung der Verpflichtungen im gesamten Bereich der menschlichen Dimension. Das jährliche „Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension“ fand in Warschau vom 27. September bis 8. Oktober statt. Die drei jährlich in Wien abgehaltenen „Ergänzungstreffen zur menschlichen Dimension“ waren jeweils konkreten Themen gewidmet: Hassverbrechen – effiziente Umsetzung der Gesetzeslage (4. und 5. Mai), Religions- und Glaubensfreiheit (9. und 10. Juli), Gleichheit der Geschlechter unter besonderer Berücksichtigung der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (5. und 6. November). Das gleichfalls jährlich stattfindende „Seminar zur Menschlichen Dimension“ war dem Thema „Rechtsstaatlichkeit“ gewidmet (Warschau, 12.–14. Mai).

Der Amtierende Vorsitzende ernannte im Jänner drei neue Sonderbeauftragte, die die Umsetzung der OSZE-Arbeit in den verschiedenen Teilbereichen des Toleranzspektrums fortsetzen sollen: Rabbi Andrew Baker (USA, zuständig für den Kampf gegen Antisemitismus), Vyacheslav Gizatov (Kasachstan, zuständig für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime) sowie Mario Mauro (Italien, zuständig für Fragen der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung einschließlich der Intoleranz gegen und Diskriminierung von Christen und Angehörigen anderer Religionen). Die seit 2006 amtierende Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels, Eva Biaudet, organisierte mehrere Fachkonferenzen in Wien. Der ehemalige norwegische Außenminister Knut Vollebaek setzte seine Tätigkeit als Hochkommissar für Nationale Minderheiten (seit 2007) fort. Seine Aufgabe besteht darin, ethnische Spannungen, die Frieden, Stabilität oder die guten Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen und Lösungsansätze zu suchen. Dem seit 2004 amtierenden Beauftragten für Medienfreiheit, Miklós Haraszi, obliegt es, die Medienentwicklung in den Mitglied-

Österreich in anderen europäischen Foren

staaten zu beobachten und schwere Verstöße gegen Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE im Bereich der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit aufzuzeigen.

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE

Die Tätigkeit des **Forums für Sicherheitszusammenarbeit (FSK)**, des entscheidungsbefugten Organs für politisch-militärische Fragen, war weiterhin von den Nachwirkungen der russischen Suspendierung des KSE-Vertrags sowie vom Georgien-Konflikt überschattet. Es wurden zahlreiche Vorschläge zur verbesserten Implementierung des Wiener Dokuments 1999 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen erörtert. Die jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz in Wien fand am 23. und 24. Juni im Beisein des russischen Außenministers Sergei Lawrow statt.

Österreich führte seine Rolle des Koordinators in der Debatte über die Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit fort. Bei der Umsetzung des Dokuments über **Kleinwaffen und leichte Waffen (KLW)** aus dem Jahr 2000 und der Ausarbeitung von OSZE-Praxisleitfäden zu KLW und Lagerhaltung von konventioneller Munition gab es weitere Fortschritte, dabei wurde der Problematik der sicheren Lagerung konventioneller Munitionsbestände vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Weiters wurde dem Beschluss zur umfassenden weiteren Behandlung des Themas „Cyber Security“ durch Abhaltung eines von Österreich mitfinanzierten Expertentreffens im März Rechnung getragen. Der Ministerrat in Athen verabschiedete zwei Ministererklärungen (zum Ende des 2. Weltkriegs vor 65 Jahren sowie zur Non-Proliferation). Ministerbeschlüsse gelangen zu den FSK-Prioritäten, zu Klein- und Leichtwaffen und konventioneller Munition.

Die **nichtmilitärischen Aspekte der Sicherheit** wurden verstärkt diskutiert. Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel sowie Geldwäscherei wurden als reale neue Bedrohungsbilder definiert und in einem eigenen Sicherheitskomitee behandelt. Der Ministerrat in Athen fasste Beschlüsse zur Stärkung des internationalen rechtlichen Rahmens gegen Terrorismus, zu vermehrten Anstrengungen gegen transnationale Bedrohungen und Herausforderungen sowie zur Sicherheit von Reisedokumenten. Ein von Österreich miteingebrachter Beschluss zur weiteren Verbesserung der OSZE-Polizeiaktivitäten erfolgte auf Botschafterebene, darin ist bis spätestens 2011 die Ausarbeitung eines strategischen Aktionsplans vorgesehen.

5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE stand im Zeichen des vom griechischen Vorsitz für das Wirtschafts- und Umweltforum 2009 gewählten

Europarat

Themas „**Migrationssteuerung und ihre Verknüpfung mit der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik im Interesse von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum**“. Wie im Jahr zuvor fand das Forum in zwei Teilen statt, in Wien im Jänner und in Athen im Mai. Als Schwerpunktthema für das **Wirtschaftsforum 2010** schlug das nächstjährige Vorsitzland Kasachstan das Thema Verkehr (“Promoting good governance at border crossings, improving the security of land transportation and facilitating international transport by road and rail in the OSCE region”) vor.

6. Amtssitz

Der im November 2007 übergebene neue Amtssitz in der Wallnerstrasse wird vom OSZE-Sekretariat und den anderen darin untergebrachten OSZE-Institutionen sehr geschätzt.

7. Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit Sitz in Kopenhagen und seit 2002 einem Zweigbüro in Wien, setzt sich aus 320 Parlamentsabgeordneten der 56 Teilnehmerstaaten zusammen. Die 18. Jahrestagung wurde vom 29. Juni bis 3. Juli in Kiew abgehalten. Bei diesem Treffen wurde Joao Soares (Portugal) als Vorsitzender wiedergewählt. Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Grossruck ist einer der neun stellvertretenden Präsidenten der Versammlung. Das Wintertreffen, das seit 2002 in Wien abgehalten wird, fand am 19. und 20. Februar statt.

III. Europarat

1. Politische Entwicklungen

Gegründet 1949 ist der Europarat die älteste europäische Regionalorganisation. 2009 feierte der Europarat somit sein 60-jähriges Jubiläum, das u.a. im Oktober mit einem Festakt begangen wurde, bei dem Ex-Präsident Michail Gorbatschow, der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Durão Barroso, der slowenische Präsident Danilo Türk, die schwedische Europaministerin Margot Wallström, und der neue Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland die Bedeutung des Europarates für die europäische Einigung unterstrichen. Auch beim Treffen des Ministerkomitees in Madrid am 12. Mai wurde der Gründung des Europarates gedacht. Gleichzeitig gelang mit den Madrider Beschlüssen zur Entlastung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein konkreter Schritt in Richtung einer weiteren Verbesserung des Menschenrechtsschutzes. (s. Kapitel G.V.)

Für die konkrete Arbeit des Europarates stellt der Aktionsplan zur Umsetzung der Warschauer Erklärung vom dritten Gipfeltreffen der Staats- und

Österreich in anderen europäischen Foren

Regierungschefs der Mitgliedsstaaten 2005 weiterhin die aktuelle Grundlage dar. Der Aktionsplan sieht eine Konzentration des Europarates auf dessen Kernaufgaben Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit vor. 2009 wurden folgende konkrete Aktivitäten zur Umsetzung der Ziele der Warschauer Erklärung gesetzt:

- Unter dem spanischen Vorsitz fand das Thema **Kinderrechte** weiter besondere Aufmerksamkeit. Zur Umsetzung der im November 2008 angenommenen Strategie „Building a Europe for and with Children“ wurde eine Expertengruppe für kinderfreundliche Justiz eingerichtet. In Toledo fand im März eine Konferenz zu „Kinder im Justizwesen“ und in Madrid im April ein Expertentreffen zu „Health in a Europe for and with Children“ statt.
- Am 26. und 27. Februar tagte in Moskau im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise die erste Konferenz der MinisterInnen zuständig für **soziale Kohäsion** zum Thema „Investing in social cohesion – investing in stability and the well-being of society“. Das Treffen hatte die Absicht, das politische Engagement für gleichen Zugang Aller – inklusive der sozial schwächsten Gruppen – zu sozialen Rechten zu stärken, um soziale Stabilität und Wohlfahrt zu fördern.
- Zur Förderung der Rechte von **Menschen mit Behinderungen** wurde ebenfalls im Februar in León ein hochrangiges Treffen abgehalten, das sich mit Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt für behinderte Frauen beschäftigte. Hierbei stand die Umsetzung des Europarats-Aktionsplans zu Behinderungen und der VN Konvention über die Rechte von Personen mit Behinderungen im Vordergrund.
- Die erste Konferenz der MinisterInnen zuständig für **Medien** und neue Kommunikationsmittel in Reykjavik am 28. und 29. Mai widmete sich den Herausforderungen für den Europarat im Feld der neuen Medien, wie dem Umgang mit und die Regulierung des Internets, Kampf gegen Cybercrime und Datenschutz. Dem Europarat wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen in Zukunft eine richtungsweisende Stellung zukommen.
- In Wien eröffnete Bundespräsident Heinz Fischer die **Konferenz der FamilienministerInnen**, die am 16. und 17. Juni unter Vorsitz von Staatssekretärin Christine Marek stattfand. Mehr als 200 Teilnehmer (darunter neun MinisterInnen und 15 Staatssekretärinnen) diskutierten die vielfältigen Gründe für die im Verhältnis zum Kinderwunsch geringeren Geburtenzahlen und erörterten Maßnahmen für eine **familienfreundlichere Politik**.
- Ebenfalls im Juni fand die 29. Konferenz der JustizministerInnen statt, die sich dem **Kampf gegen häusliche Gewalt** widmete. Darüber hinaus wurde die Europaratskonvention über Zugang zu offiziellen Dokumenten zur Unterschrift aufgelegt und von zwölf Mitgliedsstaaten unterschrieben.

Europarat

- Bei der Konferenz der MinisterInnen zuständig für **Lokal- und Regionalregierung** in Utrecht am 16. und 17. November wurde durch die Annahme der Utrechter Erklärung die Verantwortung unterstrichen, die im Rahmen der Bewältigung der Finanzkrise gerade den regionalen und lokalen Behörden zukommt.

2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen

Die Beziehungen zwischen **Europarat und EU** orientieren sich an dem 2007 unterzeichneten „Memorandum of Understanding“ zwischen den beiden Organisationen, welches einen institutionellen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Kultur, Bildung und sozialer Zusammenhalt schaffte, sowie die Rolle des Europarates als Referenz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bestätigte. Die enge Zusammenarbeit des Europarates mit der EU wurde weiter verstärkt. Auf Beamtenebene findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen dem Europaratssekretariat und der Europäischen Kommission über laufende Aktivitäten und Projekte statt.

Der Europarat unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. Die EU nimmt an den Sitzungen des Europarates teil und hat eine Vertretung in Strassburg. Auch an den Ministerkonferenzen nimmt ein Vertreter der Europäischen Kommission teil. Ein besonderer Schwerpunkt sind die gemeinsam erstellten und finanzierten Programme für südost- und osteuropäische Länder, die eine vertiefte Förderung der Bereiche Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorsehen. Insgesamt wurden 52 gemeinsame Projekte umgesetzt – 20% der programmatischen Aktivitäten des Europarates. Die EU ist mit mehr als 50% der mit Abstand größte freiwillige Geber für Projekte des Europarates. Im Mai und Oktober fanden sogenannte quadrilaterale Treffen auf politischer Ebene unter Teilnahme des Europarats- und des EU-Ratsvorsitzes, des Europarats-Generalsekretärs sowie eines hochrangigen Vertreters der Europäischen Kommission statt. Das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK sieht (nach seinem künftigen Inkrafttreten) die Möglichkeit des Beitritts der Europäischen Union zur EMRK vor, ein seit langem von Österreich betriebenes Anliegen. Die Rechtsgrundlage für diesen Schritt auf Seite der EU existiert seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit der **EU-Grundrechteagentur in Wien** zu. Beide Institutionen informieren sich gegenseitig vorab über geplante Aktivitäten und agieren in enger Abstimmung miteinander. Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU, die Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist, nimmt der Europarat an zwei der vier Plattformen der Östlichen Partnerschaft teil (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität sowie Kontakte zwischen Menschen).

Die Zusammenarbeit zwischen **Europarat und OSZE** findet gewöhnlich im institutionellen Rahmen der so genannten „2+2-Treffen“ (Vorsitzende und

Österreich in anderen europäischen Foren

Generalsekretäre) sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen statt. Die Zusammenarbeit zwischen Europarat und OSZE wurde 2009 im Rahmen des „Human Dimension Implementation Meeting“ und der „Co-ordination Group“ fortgesetzt. Die vier Hauptbereiche der Zusammenarbeit sind Terrorismusbekämpfung, Schutz nationaler Minderheiten, Bekämpfung von Menschenhandel sowie die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Zwischen **Europarat und VN** finden ebenfalls regelmäßige Kontakte statt. Die Initiative der VN zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe wird vom Europarat uneingeschränkt unterstützt. Am 3. Juni fand das jährliche „High-level Tripartite Plus“-Treffen von Vertretern aller drei Organisationen (Europarat, VN und OSZE) sowie weiterer internationaler Organisationen in Genf zum Thema „Konfliktverhütung durch die Stärkung demokratischer Institutionen“ statt. Das Treffen unterstrich die Bedeutung von freien und fairen Wahlen für Frieden und Sicherheit und verwies auf die Notwendigkeit zur Konsensbildung auf allen Ebenen und unter Einbeziehung aller sozialer Gruppen.

3. Menschenrechte

Siehe Kapitel G.V.

4. Monitoring

Das Monitoring der von den Mitgliedstaaten bei ihrer Aufnahme in den Europarat eingegangenen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit zählt zu den wichtigsten Instrumenten der Organisation.

Das **Monitoring-Komitee der Parlamentarischen Versammlung** befasste sich mit den elf Staaten Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Monaco, Montenegro, Russische Föderation, Serbien sowie der Ukraine und unternahm dafür Inspektionsreisen. Mit drei weiteren Staaten (Bulgarien, Türkei und Mazedonien) wird ein „post-monitoring“-Dialog hinsichtlich der Stärkung ihrer demokratischen Institutionen geführt. Bei der Herbstsession der Parlamentarischen Versammlung wurde einstimmig beschlossen, das Monitoring von Monaco zu beenden und den „post-monitoring“-Dialog aufzunehmen. Darüber hinaus verfasst das Komitee alle zwei Jahre Länderberichte sowie Empfehlungen, die das Plenum der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet.

Das **Monitoring des Ministerkomitees** kann entweder auf Basis von aus dem Aufnahmeverfahren entstandener Verpflichtungen erfolgen (wie im Fall von Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien) oder aufgrund von Verpflichtungen, die den betroffenen Mitgliedstaaten nach deren jeweiligem Beitritt aufgrund spezifischer Schwierigkeiten

Europarat

erwachsen sind (Georgien, Moldau und Ukraine). Dazu kommt noch themenspezifisches Monitoring. In allen Fällen handelt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Das „post-accession“ Monitoring zu Serbien wurde im Juni aufgrund der Erfüllung praktisch aller formalen und quantifizierbaren Verpflichtungen eingestellt.

Die Überwachung der nationalen **Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte durch das Ministerkomitee** erfolgt auf Grundlage von Artikel 46 der Europäischen Menschenrechtskonvention und deren 11. Zusatzprotokoll in vier Sitzungen pro Jahr.

Das **Sekretariat** verfasst vierteljährliche Berichte zu Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro an das Ministerkomitee, im Falle Georgiens alle sechs Monate. Im Rahmen der so genannten „Bestandsaufnahmen“ wird auch Moldau de facto einem Monitoring unterzogen. Darüber hinaus berichten die Büros des Sondervertreters des Generalsekretärs des Europarates und andere Büros außerhalb von Strassburg, in Baku, Belgrad, Jerewan, Chişinău, Podgorica, Pristina, Sarajewo und Tbilisi sowie Tirana und Skopje, beinahe monatlich über die Entwicklungen in den betroffenen Staaten. Die Konsequenzen des Konfliktes zwischen Georgien und der Russischen Föderation vom August 2008 stehen auch im Vordergrund der Arbeit des Europarates, der vor allem zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in allen betroffenen Gebieten beizutragen versucht. Diese Aktivitäten umfassen insbesondere auch die Arbeit des Menschenrechtskommissars, des Antifolterkomitees und konkrete Hilfsprojekte zur Unterstützung traumatisierter Kinder.

Spezifisches Monitoring findet zu einer Vielzahl von Aspekten statt. So führt das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (**CPT**), dem alle Europarats-Mitgliedstaaten angehören, periodische und ad-hoc Inspektionen nationaler Haftanstalten durch. Die Staatengruppe gegen Korruption (**GRECO**) wurde mit dem Ziel gegründet, durch gegenseitige Evaluierung und Gruppendruck Reformen der nationalen Gesetzgebungen einzuleiten, um den Europarats-Standards im Bereich Korruption gerecht zu werden. GRECO steht auch für Nichtmitglieder des Europarats offen und umfasste im Berichtszeitraum 46 Mitglieder, darunter Österreich. Das Überwachungsorgan des erst 2008 in Kraft getretenen Vertrages des Europarates gegen Menschenhandel **GRETA** tagte zu Beginn des Jahres 2009 zum ersten Mal. Der Ständige Vertreter Österreichs beim Europarat, Botschafter Thomas Hajnoczi wurde 2009 zum Vizevorsitzenden des Vertragsstaatenkomitees gewählt. Das Beratungsgremium der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten evaluiert die nationale Umsetzung der in der Konvention enthaltenen Verpflichtungen. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (**ECRI**) widmet sich ihren Aufgaben vornehmlich durch Länderüberprüfung, der Befassung mit einschlägigen Themen und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

Österreich in anderen europäischen Foren

5. Hilfsprogramme

Neben seinen Tätigkeiten im Bereich des „Standard-Setting“ und des Monitoring unterstützt der Europarat vor allem die Länder Südosteuropas und des Kaukasus sowie Russland bei der Umsetzung der Ziele des Europarates. Die Spannweite der Hilfsprogramme reicht von der Förderung der Menschenrechte, Verwirklichung einer pluralistischen Demokratie und des Rechtsstaates über Förderung des Bewusstseins um die gemeinsame kulturelle Identität in ihrer ganzen Vielfalt, der Konsolidierung der demokratischen Stabilität in Europa durch Förderung politischer, gesetzgeberischer und verfassungsrechtlicher Reformen bis zur Suche nach Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme Europas, wie Diskriminierung von Minderheiten, Drogen und organisiertes Verbrechen. Dazu kommen noch vorwiegend von der EU finanzierte aber gemeinsam umgesetzte Projekte, die sich ebenfalls auf diese Länder und Themenschwerpunkte konzentrieren.

6. Die Organe des Europarates

6.1. Das Ministerkomitee

Das Ministerkomitee ist das oberste Entscheidungsorgan des Europarates und setzt sich aus den AußenministerInnen der 47 Mitgliedstaaten bzw. deren Ständigen VertreterInnen („Ministerdelegierte“) zusammen. Es wechselt halbjährlich den Vorsitz und tagt in der Regel einmal jährlich auf Ministeriebene. Die Ministerdelegierten treten einmal wöchentlich zu Sitzungen zusammen. Dort werden nicht nur Debatten geführt, sondern insbesondere Entscheidungen getroffen, die in den sehr zahlreichen themenbezogenen Ausschüssen, in denen VertreterInnen der zuständigen österreichischen Ministerien mitarbeiten, vorbereitet werden.

6.2. Die Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung (PV) besteht aus 318 Mitgliedern der nationalen Parlamente und 318 StellvertreterInnen, die sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen haben: Sozialistische Gruppe, Gruppe der Europäischen Volkspartei, Gruppe der Liberalen und Demokraten für Europa, Gruppe der Europäischen Demokraten sowie Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken. 20 Mitglieder sind fraktionslos. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die vom Nationalrat und Bundesrat entsandt werden (siehe Anhang VII.6.). Die PV tagt viermal jährlich in Plenarsitzung und periodisch in Ausschüssen. Sie wendet sich in Entschlüssen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an das Ministerkomitee, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Die Versammlung nimmt auch Monitoring- und Wahlbeobachtungsaufgaben wahr.

Europarat

6.3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, 1957 gegründet, konstituierte sich 1994 als Beratendes Organ des Europarates. Die 318 Mitglieder tagen einmal jährlich in Strassburg. Arbeitsaufgabe des Kongresses ist die Formulierung wichtiger Empfehlungen an das Ministerkomitee im Bereich der Städte- und Gemeindedemokratie, des Umweltschutzes, Katastrophenschutzes und der sozialen Kohäsion. Diese werden in Österreich auf Ebene des Städte- und Gemeindebunds, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas erfüllt vor allem beim Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie eine bedeutende Aufgabe. Sein Monitoring überwacht auch die Erfüllung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen. Für Südosteuropa bietet der Kongress Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts (Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene) sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie an. Landtagspräsident Herwig van Staa ist österreichischer Delegationsleiter. Bürgermeisterin Hilde Zach ist seit 2008 Vizepräsidentin der Kammer der Gemeinden.

6.4. Der Generalsekretär

Der Generalsekretär wird von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf Empfehlung des Ministerkomitees für fünf Jahre gewählt. Der Generalsekretär stellt die strategischen Weichen für das Arbeitsprogramm und für den Haushalt der Organisation. Er trägt darüber hinaus die Verantwortung für das Sekretariat des Europarates, das aus 16 Organisationseinheiten mit rund 2.200 Bediensteten besteht. Aufgrund der im September erfolgten Wahl ist der ehemalige Außenminister und Premierminister Norwegens Thorbjørn Jagland seit 1. Oktober Generalsekretär des Europarates.

7. Der Europarat und Österreich

Österreich zeigt großes Engagement im Europarat und stellte bereits drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie einen Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Besonders aktiv ist Österreich in der Verteidigung des Individualbeschwerderechts beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), im Bereich der „e-democracy“, bei der Unterstützung der sozialen Dimension Europas sowie der Weiterführung des Forums für die Zukunft der Demokratie. Insgesamt sind rund zwanzig ÖsterreicherInnen im Europarat beschäftigt, davon in höheren Positionen der Leiter einer Abteilung der Venedig-Kommission, die Leiter zweier Abteilungen des EGMR, eine Abteilungsleiterin im Generalsekretariat, eine Abteilungsleiterin im Sekretariat

Österreich in anderen europäischen Foren

des Kongresses, sowie ein Referatsleiter im Sekretariat der Anti-Folter-Konvention.

Die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat legte besonderes Augenmerk auf die Mitarbeit in der Ago-Gruppe (eine eigens für Armenien und Aserbaidschan eingerichtete Monitoring-Gruppe, benannt nach ihrem Initiator, dem ehemaligen Ständigen Vertreter Italiens beim Europarat, Piero Ercole Ago), und bei der Reform des EGMR. Darüber hinaus informiert die Vertretung interessierte ÖsterreicherInnen über Ziele und Aufgaben des Europarates.

IV. Zentraleuropäische Initiative

Vorrangiges Ziel der aus 18 Staaten bestehenden Zentraleuropäischen Initiative (**ZEI**) ist die Zusammenarbeit zwischen den mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten im Hinblick auf regionale Stabilität.

2009 verabschiedeten die Staatschefs der Mitgliedstaaten bei ihrem jährlichen Treffen am 13. November in Bukarest eine Erklärung zum 20-jährigen Bestand der 1989 als „Quadrilaterale“ begonnenen Initiative.

Die traditionelle Rolle der ZEI als ein Forum für den politischen Dialog mit Staaten, die sich der EU annähern möchten, sollte durch eine verstärkte Interaktion zwischen ZEI und Europäischer Kommission gestärkt werden. Die geopolitischen Veränderungen der ZEI-Region, die sich seit der Entstehung der Organisation vor 20 Jahren ergeben haben – derzeit sind bereits die Hälfte der ZEI Mitgliedsstaaten auch EU-Mitgliedstaaten – verlangten 2007 nach einer Neuausrichtung der Initiative. Dies sollte vor allem durch eine Straffung der Aktivitäten und eine engere Kooperation mit anderen regionalen Organisationen erreicht werden.

Verstärkte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene erfolgt dabei auch im Rahmen von Memoranda of Understanding zwischen dem ZEI-Exekutivsekretariat und dem Sekretariat des Regionalen Kooperationsrates sowie dem UNESCO Regionalbüro für Wissenschaft und Kultur in Europa.

1200 TeilnehmerInnen aus 50 Staaten nahmen beim 12. ZEI-Wirtschaftsgipfelforum (Summit Economic Forum, SEF09) teil, wo VertreterInnen des öffentlichen und privaten Sektors Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Hintergrund der derzeitigen Weltwirtschaftskrise diskutierten.

Weitere wichtige Veranstaltungen waren Treffen der Parlamentarischen Versammlung der ZEI sowie des 9. ZEI Jugendforums mit dem Aufruf, die Jugend beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Österreich unterstützt die ZEI vor allem auch bei ihrem 2004 gegründeten „Know-how Austauschprogramm“. Dieses Programm fördert den Know-how Transfer zwischen EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten der ZEI.

Nachbarschaftspolitik

Anfang 2010 übernahm Botschafter Gerhard Pfnzelter (Österreich) von Botschafter Pietro Ercole Ago (Italien) die Funktion des Generalsekretärs der ZEI.

V. Nachbarschaftspolitik

1. Regionale Partnerschaft

Das 2001 entstandene Konzept der Regionalen Partnerschaft (RP) mit den benachbarten Staaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn“ Polen ist eine logische Konsequenz der engen Kooperation in Mitteleuropa. Nach Slowenien hat im Juli die Tschechische Republik den informellen Vorsitz für ein Jahr übernommen.

Während die Regionale Partnerschaft vor der EU-Erweiterung von 2004 dem Abbau von Reibungsflächen und der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsvorbereitungen sowie als Rahmen für Konsultationen zum EU-Verfassungskonvent und zum Lissabon-Prozess gedient hat, trägt sie seit der Erweiterung zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU bei. Sie ist damit eines jener Netzwerke, welche die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU tragfähiger machen und einen erkennbaren Mehrwert für die Partner wie auch für die benachbarten Regionen in Südost- und Osteuropa erzielen.

Nach den Initiativen zur Zukunft des Kosovos sowie zur Ausgestaltung des EU-Aktionsplans für die Ukraine 2004 konnte mit der Einrichtung des Budapest-Prozesses bei der Westbalkan-Konferenz der Regionalen Partnerschaft in Budapest im Herbst 2005 ein dauerhafter und konkreter Beitrag zur Unterstützung der Integrationsarbeit der westlichen Balkanländer erbracht werden. Neben der Weiterarbeit in den sechs Arbeitsgruppen des Budapest-Prozesses wird sowohl an der Hilfestellung für Serbien und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens auf ihrem Weg nach Europa als auch am Ausbau der verstärkten konsularischen Zusammenarbeit der Vertretungsbehörden der Partnerstaaten gearbeitet. Durch die Zugehörigkeit aller regionalen Partner zum Schengener Vertragsraum seit Dezember 2007 hat die Zusammenarbeit im Visa- und Konsularbereich zusätzlich an Effizienz gewonnen.

Die AußenministerInnen der RP-Staaten treffen sich etwa alle sechs Monate im jeweiligen Vorsitzland und unregelmäßig am Rande des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen in Brüssel. Bei dem vom slowenischen Vorsitz organisierten AußenministerInnen -Treffen in Brdo (19. und 20. Mai), zu dem am zweiten Tag auch die AußenministerInnen der Westbalkanstaaten eingeladen waren, wurde der Willen sowohl zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit der RP-Länder (etwa bei der Umsetzung des Vertrags von Lissabon und insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes) als auch zur Unterstützung der Westbalkan-Länder auf ihrem Weg in die EU bestätigt. Durch positive Entwicklungen wie etwa die Deblockade der

Österreich in anderen europäischen Foren

Beitrittsverhandlungen mit Kroatien ist neuer Schwung entstanden, den es zu nützen gilt.

Unter den einander folgenden Vorsitzländern Slowenien und Tschechien wurde auch die Kooperation der einzelnen Fachressorts fortgesetzt. Bei den Fachressorts hat in den letzten Jahren insbesondere die Zusammenarbeit der InnenministerInnen im nahezu zeitgleich mit der Regionalen Partnerschaft entstandenen „Forum Salzburg“, dem neben den sechs RP-Staaten auch Bulgarien, Rumänien und als Beobachter Kroatien angehören, eine eigenständige und fruchtbringende Entwicklung genommen.

Die Regionale Partnerschaft wird auch weiterhin anlass- und themenspezifisch die Zusammenarbeit mit der verwandten Visegrad-Gruppe suchen. Im Gegensatz zu dieser liegt die strukturelle Besonderheit der RP im völligen Verzicht auf institutionelle und administrative Strukturen. Neben den Treffen auf Regierungsebene tragen auch die regelmäßig stattfindenden Gespräche der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft zur Zusammenarbeit in der Region bei.

2. Schweiz, Liechtenstein

2.1. Schweiz

Die **bilateralen Beziehungen** sind durch ein engmaschiges Vertragswerk und einen traditionell regen Besuchs- und Austausch auf allen Ebenen gekennzeichnet. Es leben ca. 60.000 ÖsterreicherInnen ständig in der Schweiz, weiters zählt man ca. 7.000 Grenzgänger. Kooperiert wird derzeit in mehreren Bereichen, u.a. im VN-Rahmen, GASP/ESVP, Human Security Network, Entwicklungszusammenarbeit, Konsularischer und Diplomatenaustausch. Das 9. Bilaterale Nuklearexpertentreffen Österreich – Schweiz wurde in Wien vom 4.–5. Juni abgehalten.

Die Beziehungen der Schweiz zur **EU** stützen sich auf die beiden Pfeiler bilaterale Verträge und autonomer Nachvollzug durch die Schweiz. Die Schweiz ist seit dem 29. März Vollmitglied im Schengensystem. Die Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens wurde am 8. Februar von 59,6% der Bevölkerung gutgeheißen. Darüber hinaus stehen Verhandlungen über ein Stromabkommen und über das Landwirtschaftsabkommen, eine Teilnahme an diversen EU-Vorhaben wie Galileo, Gesundheitsbehörde, Eurojust, Ziviles Krisenmanagement, REACH (Chemie) und Emissionshandel sowie die Frage eines Rahmenabkommens im Raum. Eine Vereinbarung über die dynamische Anpassung an den EU-Rechtsbesitzstand wurde (im Bereich Landverkehr) getroffen. Die Schweiz leistet einen Beitrag (1 Milliarde Schweizer Franken / 5 Jahren) zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU. Ein Dialog über die Anpassung kantonaler Steuern/Beihilfen wurde initiiert, intern werden Diskussionen über mögliche Wünsche der EU zur Anpassung des Betrugsbe-

Nachbarschaftspolitik

kämpfungsabkommens hinsichtlich eines Informationsaustausches und des Abkommens zur Zinsertragsteuer geführt.

Die **Außenpolitik** der Schweiz orientiert sich weiterhin primär an den Beziehungen zur EU, zu großen Drittstaaten wie den USA und den sogenannten BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Einen besonderen Schwerpunkt bildet auch der Westbalkan. Traditionell wird besonderes Gewicht der Außenwirtschaftspolitik und der Neutralität sowie globalen Fragen der Friedenspolitik und der Entwicklungspolitik beigemessen. International ist die Schweiz bemüht, etwa in Georgien/Russland, Kuba/USA, USA/Iran und Südsudan/Darfur gute Dienste zu leisten.

Im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (**EFTA**) hat die Schweiz 2009 Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit diversen Drittstaaten weitergeführt.

Die Fortführung des Abkommens zur Personenfreizügigkeit mit der EU sowie die Ausweitung des Abkommens auf Bulgarien und Rumänien wurden in einer Volksabstimmung am 8. Februar gebilligt. Weiterhin bestehen Probleme bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen, die in der Schweiz nach wie vor gewissen Beschränkungen unterliegen.

In **Steuerfragen** verpflichtete sich die Schweiz im März zur Übernahme des neuen OECD-Standards, der eine erweiterte Amtshilfe vorsieht. Innerhalb eines halben Jahres passte die Schweiz die von der OECD und den G20 geforderten 12 Doppelbesteuerungsabkommen dem neuen Standard an und wurde vor dem G20-Gipfel im September von der „grauen“ OECD-Liste „unkooperativer Staaten“ gestrichen. Innerhalb der OECD wird die Schweiz darauf hinarbeiten, ein effizientes Monitoring einzurichten, um die internationalen Standards weltweit durchzusetzen: Die Schweiz ist damit erstmals im Büro des Fiskalkomitees der OECD und auch im Büro des Global Forum on Taxation vertreten.

2.2. Liechtenstein

Österreich und Liechtenstein sind einander traditionell durch enge und ausgezeichnete Beziehungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verbunden, die durch einen regelmäßigen Besuchs Austausch zwischen beiden Ländern gepflegt werden. Täglich pendeln fast 7.000 Personen aus Österreich nach Liechtenstein, über 2.000 ÖsterreicherInnen leben im Fürstentum.

Als Mitglied der EFTA, des Europarates, des EWR, der OSZE, der VN und der WTO orientiert Liechtenstein seine Außenpolitik an den Zielen der Wahrung seiner Souveränität, eines möglichst freien Zugangs zu den europäischen und außereuropäischen Märkten sowie der Pflege der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten.

Eine Steuerflucht-Affäre mit Deutschland und der verstärkte internationale Steuerwettbewerb hatte direkte Auswirkungen auf den **Finanzplatz Liech-**

Österreich in anderen europäischen Foren

tenstein. Im März bekannte sich auch Liechtenstein zum neuen OECD-Standard beim Informationsaustausch in Steuerfragen, wonach das Fürstentum künftig umfassend mit ausländischen Behörden zusammenarbeiten wird. De facto bedeutet dies eine Lockerung des liechtensteinischen Bankgeheimnisses. In Zusammenhang damit stehen die per Ende 2009 noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über ein Betrugsbekämpfungsabkommen mit der Europäischen Union, welches einen umfassenden Informationsaustausch im Bereich der direkten und indirekten Steuern vorsieht. Das amtierende Staatsoberhaupt Liechtensteins, Erbprinz Alois, und Regierungschef Otmar Hasler nahmen die Steuerflucht-Kontroverse zum Anlass, eine Vorwärtsstrategie für das Land zu fordern, die ein ausreichendes Maß an Informationsaustausch und Rechtssicherheit sicherstellt, das Bankengeheimnis wahrt und Liechtenstein als seriösen und anerkannten Finanzplatz positioniert.

Der ursprünglich gleichzeitig mit der Schweiz für November 2008 angestrebte Beitritt Liechtensteins zum **Schengenraum** verzögert sich aus technischen Gründen.

3. Südtirol

In der österreichischen Außenpolitik hat Südtirol weiterhin einen besonderen Stellenwert. Die im Pariser Vertrag vom 5. September 1946 verankerte Schutzfunktion Österreichs für Südtirol wird von der Bundesregierung verantwortungsbewusst wahrgenommen. Sie kommt in einem ständig begleitenden Interesse für die autonomiepolitische und allgemeine Entwicklung in Südtirol und in regelmäßigen Gesprächen der politisch Verantwortlichen aus Wien, Innsbruck und Bozen zum Ausdruck. Die Entwicklung zeigt, dass die Autonomie auch als gemeinsames Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch) gesehen werden kann, die es zu bewahren und dynamisch zu entfalten gilt. Mit Italien ist Österreich durch sehr freundschaftliche und nachbarschaftliche Beziehungen verbunden. Auf europäischer Ebene kommt der Südtirol-Autonomie Modellfunktion für die Lösung eines Minderheitenkonflikts zu. Durch die gemeinsame Mitgliedschaft Österreichs und Italiens in der Europäischen Union sind eine Reihe zusätzlicher Bindungen entstanden, die auch Südtirol zugute kommen.

Am 2. Juli wurde in der konstituierenden Sitzung des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates unter Vorsitz des Abgeordneten zum Nationalrat Hermann Gahr der Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend Südtirol Autonomieentwicklung 2007–2008 behandelt.

Südtirol ist mit einem Mandatar im Europäischen Parlament vertreten. Herbert Dorfmann ist nach den Wahlen im Juni Michl Ebner in dieser Funktion nachgefolgt. Zu Jahreswechsel 2008/2009 standen die Mitglieder der neuen Südtiroler Landesregierung fest: Landeshauptmann Luis Durnwalder, Hans

Nachbarschaftspolitik

Berger (Landwirtschaft, Tourismus), Thomas Widmann (Handwerk, Industrie, Handel), Richard Theiner (Familie, Gesundheit, Sozialwesen), Florian Mussner (Bauten, ladinische Schule und Kultur), Michl Laimer (Raumordnung, Umwelt und Energie), Sabina Kasslatter Mur (Kultur, Bildung). Auf italienischer Seite gehören Christian Tommasini (ital. Kultur und Schule) und Barbara Repetto (Innovation, Informatik, Arbeit, italienische Berufsbildung, Finanzen und Haushalt) der Landesregierung an. Bei der 55. ordentlichen Landesversammlung am 18. April in Meran wurde Richard Theiner zum neuen Parteiobmann der Südtiroler Volkspartei SVP gewählt und ist Elmar Pichler Rolle in dieser Funktion nachgefolgt.

2009 war ein Gedenkjahr, in dem das Bundesland Tirol gemeinsam mit den Autonomen Provinzen Südtirol und Trentino an die Ereignisse von 1809 und Andreas Hofer erinnerte. Im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne sollten Mythen und Erinnerungskultur zeitgemäß reflektiert werden und Impulse für die gesellschaftspolitische Zukunftsarbeit initiiert werden (siehe www.1809-2009.eu). Das Gedenkjahr stand unter dem Motto **Geschichte trifft Zukunft** und fand einen Höhepunkt im Landesfestumzug in Innsbruck am 20. September. Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Josef Pröll, die drei Landeshauptleute Günther Platter, Luis Durnwalder, Lorenzo Dellai und rund 100.000 Besucher nahmen an dem fünfständigen Festakt teil. 30.000 TeilnehmerInnen aus den Traditionsverbänden Tirols, Südtirols und Trentino feierten mit farbenprächtigen Trachten und Musik sowohl ihr Jahrhunderte lange gepflegtes Brauchtum als auch die Prosperität in der Gegenwart. Die beim Umzug mitgetragene Dornenkrone war nach der Idee der Südtiroler Gewinnerin eines Künstlerwettbewerbes Margit Klammer mit 2009 Rosen geschmückt worden, als Symbol für das blühende Tirol. Ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm zum Andreas-Hofer-Jahr, in das vor allem die Jugend einbezogen wurde, umfasste Lesungen, Konzerte, Theateraufführungen und Ausstellungen. Ein zentrales Großprojekt war die von Tirol, Südtirol und Trentino gemeinsam gestaltete Landesausstellung auf der Franzensfeste mit dem Titel „Labyrinth Freiheit“ mit kreativen und künstlerisch vielfältigen Betrachtungen über das heutige Leben in der Region.

Die Vielzahl der Initiativen und Projekte zum Gedenk- und Zukunftsjahr 2009 haben auch neue Dynamik in die Europa-Region Tirol gebracht, in der viele Möglichkeiten, die Interessen und Ressourcen von über 700.000 Menschen zu bündeln, liegen. Am 15. Oktober hatten die drei Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino bei ihrer gemeinsamen Sitzung in Innsbruck beschlossen, der Euregio mehr Profil zu verleihen. Seit Dezember hat die Europaregion Tirol ein gemeinsames Büro mit Sitz in Bozen, mit der Aufgabe grenzüberschreitende Projekte umzusetzen und gemeinsame Anliegen (z.B. auf dem Verkehrssektor) wirksamer zu vertreten.

Am 21. November wurde in einer weiteren historischen Festveranstaltung unter Teilnahme einer großen Zahl von Zeitzeugen und Gästen aus Öster-

Österreich in anderen europäischen Foren

reich (u.a. Botschafter Ludwig Steiner) im Kursaal von Meran des 40-jährigen Jahrestages der Paket-Abstimmung im Jahr 1969 gedacht.

Die Südtiroler Wirtschaft konnte 2009 im Unterschied zum internationalen Umfeld ein insgesamt stabiles bis leicht positives Jahr verzeichnen. Der Arbeitsmarkt erzielte einen Beschäftigungszuwachs von 1,0%, die Inflationsrate blieb durchgehend zwischen 0,5% und 1,0%. Im Gastgewerbe konnte der Nächtigungsrekord des Vorjahres erneut gebrochen werden. Summiert man positive und negative Entwicklungen, errechnet sich für die Südtiroler Wirtschaft für 2009 insgesamt ein leicht positives BIP-Wachstum von +0,3%. Von autonomiepolitischer Relevanz ist das Ergebnis der am 30. November abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Landeshauptmann Durnwalder und dem italienischen Finanzminister Giulio Tremonti für ein neues Finanzmodell für Südtirol. Die Regelung, welche nach ihrer Annahme künftig nur in beiderseitigem Einverständnis abgeändert werden kann, sieht vor, dass Südtirol an allen im Land eingehobenen Steuern zu neun Zehnteln beteiligt sein wird. Die Südtiroler Landesregierung sieht in der neuen Regelung einen ersten Schritt zur Steuerhoheit. Der Zugewinn an Zuständigkeiten bedeutet gleichfalls eine Stärkung der Autonomie.

Am 21. Mai trat das im Rahmen der italienischen Verfassungsreform verabschiedete Gesetz über den Steuerföderalismus in Kraft. Es nimmt ausdrücklich auf die Sonderstellungen der Regionen mit Sonderstatut und der autonomen Provinzen Bozen und Trentino Rücksicht.

In der Frage der Ortsnamen (Toponomastik) hat die Südtiroler Landesregierung angekündigt, als Ersatz für die Tolomei-Ortsnamensdekrete aus den 1920er-Jahren in der aktuellen Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf einbringen zu wollen.

Der Besuchsaustausch zwischen Österreich und Südtirol ist auf allen Ebenen sehr rege. So etwa trafen am 6. März Landeshauptmann Luis Durnwalder, SVP-Obmann Elmar Pichler Rolle, Abgeordneter Siegfried Brugger und Senatorin Helga Thaler Außerhofer zu einem Gesprächsaustausch mit Bundesminister Michael Spindelegger in Innsbruck zusammen, SVP-Obmann Elmar Pichler Rolle und Landeshauptmann Luis Durnwalder statteten Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann am 17. März einen Besuch in Wien ab. Am Landesfestumzug in Innsbruck nahmen Landeshauptmann Durnwalder, Mitglieder der Landesregierung und viele andere Persönlichkeiten aus Südtirol teil. Der Vorsitzende des Südtirol-Unterausschusses, Abgeordneter zum Nationalrat Hermann Gahr, besuchte Südtirol mehrmals zu Gesprächen. Im Rahmen einer Tirol-Wirtschafts- und Wissenschaftspräsentation besuchte Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf (Tirol) am 30. November Bozen.

Am 16. Februar ist Vizekanzler und Bundesminister a.D. Alois Mock von Landeshauptmann Luis Durnwalder mit dem Großen Verdienstorden des Landes Südtirol geehrt worden.

*Nachbarschaftspolitik***4. Nukleare Sicherheit**

Das BMeiA trägt auch weiterhin zur Umsetzung der im Regierungsprogramm formulierten Ziele für die Ausgestaltung der österreichischen Anti-Atompolitik bei. So konnte in Zusammenarbeit mit dem fachzuständigen BMLFUW gleich zu Jahresbeginn Bestrebungen erfolgreich entgegengetreten werden, wonach entgegen geltenden **Schließungsverpflichtungen** eine Betriebsverlängerung von Block 2 des Kernkraftwerkes (**KKW**) Ignalina in Litauen sowie eine Wiederinbetriebnahme der KKW Bohunice in der Slowakei und Kosloduj in Bulgarien ermöglicht werden sollte. Gemäß den Bestimmungen des EU-Beitrittsvertrags kam Litauen am 31. Dezember der bestehenden Schließungsverpflichtung für Block 2 des KKW Ignalina nach.

Der Sicherheitsdialog mit jenen Nachbarstaaten, welche KKW betreiben oder planen wurde mit Nachdruck weiter fortgesetzt. Expertentagungen im Rahmen der **bilateralen Nuklearinformationsabkommen** fanden mit Deutschland, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, der Schweiz und erstmals auch mit Polen statt. Hierbei konnten für die österreichischen Sicherheitsinteressen wesentliche Informationen über Rechtsvorschriften und Behördenorganisation, Energieversorgung, Strahlenüberwachung, Notfallschutzplanung und Kernenergieprogramme ausgetauscht und österreichische Anliegen vorgebracht werden. Italien sagte die Aufnahme von Verhandlungen für den Abschluss eines solchen Abkommens, welches Österreich vor dem Hintergrund des Regierungsbeschlusses Italiens über den Wiedereinstieg in die Kernenergie gefordert hatte, zu.

Auch der Sicherheitsdialog zum **KKW Temelín** in der Tschechischen Republik wurde fortgesetzt. In Verfolg der Ergebnisse der Gemischten Parlamentarischen Kommission aus dem Vorjahr wurden offene technische Fragen im Rahmen des bilateralen Nuklearinformationsabkommens und technischer Expertengespräche weiter behandelt.

Hinsichtlich des Ausbaues des **KKW Mochovce** in der Slowakei konnte Österreich die Durchführung einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVP**) durchsetzen, in deren Rahmen auch eine öffentliche Anhörung in Wien abgehalten und eine umfangreiche österreichische Fachstellungnahme ausgearbeitet und in bilateralen Konsultationen vertreten wurde.

Auch auf europäischer Ebene setzt sich Österreich weiterhin für die Schaffung hoher und rechtsverbindlicher Sicherheitsstandards für Kernanlagen ein. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung stellt die am 25. Juni angenommene Richtlinie des Rates über einen **Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen** dar. Verbesserungen gegenüber dem Status Quo betreffen vor allem die Rechtsverbindlichkeit, den weiten Anwendungsbereich, die Verankerung des Prinzips „Sicherheit zuerst“ für Behörden und Betreiber sowie die Transparenzbestimmungen. Diesem ersten Schritt müssen freilich weitere folgen.

Österreich in anderen europäischen Foren

Auf internationaler Ebene fördert Österreich den Umstieg auf nachhaltige Energieträger insbesondere durch die Fortsetzung der „**Energiepartnerschaften**“ mit ausgewählten europäischen Partnerstaaten. Erfolgreiche Veranstaltungen und Projekte konnten trotz durch die Wirtschaftskrise ungünstiger Rahmenbedingungen insbesondere mit Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ukraine und erstmals auch mit Belarus durchgeführt werden.

5. Alpenkonvention

Im Mittelpunkt stand die X. Tagung der UmweltministerInnen der Alpenstaaten, die auch gleichzeitig den Abschluss der mehr als zweijährigen französischen Alpenkonventionspräsidentschaft markierte. Im Rahmen dieser Vertragsparteienkonferenz wurde ein **Klimaaktionsplan** mit konkreten alpenspezifischen Handlungsempfehlungen und längerfristigen Initiativen einschließlich eines Zeitplanes verabschiedet. Überdies wurde der 2. Beitrag zum Alpenzustandsbericht zum Thema „Wasserhaushalt im Alpenraum“ angenommen. Für die kommenden zwei Jahre hat Slowenien den Vorsitz im Rahmen der Alpenkonvention inne. Der **Überprüfungsausschuss** konnte das 1. Überprüfungsverfahren über die Umsetzung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle abschließen; sowohl der Abschlussbericht als auch die daraus gezogenen Empfehlungen wurden von den MinisterInnen angenommen. Im Sinne einer Verfahrenskonzentration werden nun Syntheseberichte auszuarbeiten sein, die in weiterer Folge die Basis für detailliertere Überprüfungen sein sollen. Zudem wurden im Wege einer standardisierten Berichtsstruktur die Ergebnisse der nationalen Umsetzungen der Deklaration „Bevölkerung und Kultur“ gesammelt.

6. Die Zusammenarbeit im Donauraum und in der Schwarzmeerregion

6.1. Donauraumkooperation

Aus dem traditionellen Engagement und Interesse Österreichs in Mittel- und Südosteuropa entsprang eine zunächst mit Rumänien lancierte Initiative, die Europäische Kommission und die EU insgesamt stärker für die Chancen und Herausforderungen des Donauraumes zu sensibilisieren.

Nachdem die Europäische Kommission daraufhin erstmals die Möglichkeit der Ausarbeitung einer Donauraumstrategie nach dem Modell der Strategie für die Ostsee erwähnte, konnten zunächst die 14 Staaten des „Danube Cooperation Process“ (eine 2002 ins Leben gerufene lose Konsultationsplattform mit Teilnahme von Deutschland, Österreich, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzego-

Nachbarschaftspolitik

wina, Bulgarien, Rumänien, Moldau und Ukraine) für diese Idee gewonnen werden.

In der Folge gelang es, alle Mitgliedsstaaten der Union von dem Vorhaben zu überzeugen, und der Europäische Rat erteilte im Juni der Europäischen Kommission den Auftrag, in Konsultation mit allen betroffenen Staaten und Akteuren eine umfassende Donaunraumstrategie bis Jahresende 2010 auszuarbeiten. Vom Rat beschlossen werden sollte die Strategie unter ungarischem Vorsitz im 1. Halbjahr 2011.

Bis Jahresende haben alle betroffenen Staaten National Contact Points ernannt (Österreich: Botschafter Johannes Eigner, BMeiA) und begonnen, erste schriftliche Stellungnahmen an die Europäische Kommission zu übermitteln. Die Strategie soll einen Rahmen und Katalysator für Projekte und Aktivitäten bilden, wobei zusätzliche Gelder bzw. Institutionen nicht vorgesehen sind. Der genaue Inhalt der Strategie kann noch nicht vorweggenommen werden, zentrale Bereiche werden jedenfalls die Themen Vernetzung (Transport, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie), Umwelt sowie sozio-ökonomische Entwicklung betreffen.

6.2. Schwarzmeerfokus

Die Schwarzmeerregion, die unmittelbar an den Donaunraum anschließt, ist ein Brennpunkt der europäischen Nachbarschaft – als Raum des Handels und des Energietransits, als Ort politischer Umbrüche, als Brücke nach Zentralasien und in den Nahen Osten, aber auch aufgrund von Stabilitätsrisiken durch „eingefrorene Konflikte“, grenzüberschreitende Kriminalität, Migration und den Wettbewerb um Energieressourcen.

Die Europäische Union setzte mit Initiativen wie der Schwarzmeersynergie und der 2009 lancierten Östlichen Partnerschaft klare Signale, um mit den Partnerländern dieser sehr sensiblen Region zur Stärkung deren Stabilität zusammenzuarbeiten. Solche Themen können nur durch ein aktives Zugehen Europas auf unsere neuen östlichen Nachbarn in Angriff genommen werden. Auch für Österreich gilt es, die enormen Chancen in dieser Region zu nützen und das bestehende Engagement der Wirtschaft verstärkt mit politischem, diplomatischem und kulturellem Engagement zu begleiten. Im Juli veranstaltete das BMeiA, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreichs und der Industriellenvereinigung und allen in der Region tätigen österreichischen BotschafterInnen, Handelsdelegierten und namhaften Unternehmen erstmals eine Regionalkonferenz, um ein gemeinsames nachhaltiges Vorgehen zu erörtern.

6.3. Donauschifffahrt

Ein für die Donauschifffahrt wesentlicher Harmonisierungsschritt auf dem Gebiet der Verkehrsregeln auf Wasserstraßen konnte durch die Beschlussfas-

Österreich in anderen europäischen Foren

sung der Revision 4 des CEVNI (European Code for Inland Waterways) gesetzt werden. Derzeit befassen sich die europäischen Flusskommissionen mit dieser UNECE-Empfehlung, um in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die Verkehrsregeln möglichst nahe an CEVNI anzupassen.

Die bereits 2008 begonnenen Arbeiten zur Umsetzung von **NAIADES** (Integrated European Action Programme for Inland Waterway Transport) im Rahmen des durch Österreich koordinierten Platina-Projekts wurden erfolgreich fortgeführt.

Im Rahmen der **Donaukommission** konnten die Arbeiten zur Vereinheitlichung auf technischem und nautischem Gebiet weiter fortgesetzt werden. Angesichts des noch nicht absehbaren Inkrafttretens des revidierten Belgrader Abkommens wurde das Sekretariat der Donaukommission für eine weitere Drei-Jahres-Periode bestellt. Unter dem revidierten Belgrader Abkommen sollen mit Einstimmigkeit gefasste Beschlüsse bindenden Charakters möglich sein. Außerdem soll sich der Mitgliederkreis um Frankreich und die Türkei erweitern und die EU Mitgliedsstatus in der Donaukommission der revidierten Akte erlangen.

C. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

I. Einleitung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, bezeichnete den Klimawandel als die überwiegende Herausforderung für unsere Generation und gab somit dem Jahr 2009 den Namen „Jahr des Klimawandels“. Jeder Tätigkeitsbereich, ob Energie, Wirtschaft, Gesundheit, Nahrungsmittel, Entwicklung oder Sicherheit sei davon betroffen, die Arbeit an einem erfolgreichen Abschluss eines globalen Klimaübereinkommens ist daher von großer Bedeutung. Neben dieser globalen Herausforderung für die Weltgemeinschaft stand das Jahr 2009 jedoch auch wieder im Zeichen von Konflikten und politischen Spannungen, in denen Zivilpersonen, insbesondere Kinder und Frauen, unter den besonders Leidtragenden waren.

Österreich setzte daher im Rahmen der Vereinten Nationen (VN), insbesondere auch als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates, gezielte Schwerpunkte im Bereich der Stärkung des Schutzes von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, einschließlich des besonderen Schutzes von Kindern und Frauen, der Rechtsstaatlichkeit, des Schutzes der Menschenrechte und in Abrüstungsfragen. Einen fortgesetzten Schwerpunkt stellte auch die Einbeziehung von Frauen in führenden Funktionen in der Friedensarbeit dar.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember des Jahres wurde die Grundlage für eine neue Qualität in der Außenvertretung der Europäischen Union in den Vereinten Nationen geschaffen, die in Zukunft der EU eine noch bedeutsamere Rolle in der VN einräumen soll.

II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

1. Organisatorische Fragen

1.1. Generaldebatte, hochrangiges Treffen zum Klimawandel

Die Generaldebatte der 64. Generalversammlung der VN fand in New York vom 23.–29. September statt. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger. Auf Einladung des Generalsekretärs der VN fand am 22. September ein Gipfeltreffen zum Klimawandel statt, um ein politisches Momentum für die Verhandlungen über ein neues Klimaübereinkommen in Kopenhagen im Dezember des Jahres zu schaffen. Bundespräsident Fischer leitete zusammen mit dem senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade einen Round Table zu erneuerbarer Energie, Technologietransfer und Anpassungsmaßnahmen für besonders betroffene Länder und Regionen. Am Rande der Generaldebatte fand am 24. September unter dem Vorsitz von US Präsident Barack Obama ein Gipfeltreffen des Sicherheitsrates zu nuklearer Abrüstung

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

und nuklearer Nonproliferation statt, an welchem Bundespräsident Fischer gemeinsam mit Bundesminister Spindelegger teilnahm. Am 24. und 25. September fand die sechste Konferenz zur Förderung des Inkrafttretens des Atomteststoppvertrages (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, **CTBT**) statt. Bundesminister Spindelegger nahm dabei als österreichischer Ko-Vorsitzender des Art. XIV-Prozesses zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT an der Konferenz teil.

In seiner Rede vor der Generalversammlung der VN am 26. September hob Bundesminister Spindelegger das österreichische Engagement im Bereich der Abrüstung hervor und verwies dabei auch auf die Rolle der in Wien angesiedelten Internationalen Organisationen, wie der Internationalen Atomenergieorganisation (**IAEO**) und der Atomteststoppvertrag-Organisation (**CTBTO**). Weiters führte er aus, dass der Dialog das einzig sinnvolle Mittel sei um globalen Herausforderungen zu begegnen, wobei es zu den VN als globale Plattform keine Alternativen gäbe und ihr für die nachhaltige Friedenssicherung, Abrüstung, sowie den Klimaschutz und Krisenbekämpfung eine zentrale Rolle zukommt. Gerade kleine und mittlere Staaten hätten ein besonderes Interesse an einem internationalen System, welches auf einem effektivem Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit beruht. Neue globale Herausforderungen, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise, würden kollektive Verantwortung und echte Partnerschaft zur Bewältigung benötigen. Er erläuterte weiters die Schwerpunkte der österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Periode 2009 – 2010, wobei der Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, insbesondere von Frauen und Kindern, ein besonderes österreichisches Anliegen sein werde. Österreich werde während seines Vorsitzes im Sicherheitsrat im November konkrete Maßnahmen zu Verbesserungen der internationalen Schutz-Instrumente im Rahmen einer neuen Resolution erarbeiten. Österreich werde darüber hinaus weiterhin große Aufmerksamkeit der Rolle von Frauen in der Friedensarbeit beimessen und gegen sexuelle Gewalt in Konfliktsituationen auftreten. Bundesminister Spindelegger sprach die Situation in der Demokratischen Republik Kongo, im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik an und nahm auch zur Situation im Nahen Osten Stellung. Mit klaren Worten wies Bundesminister Spindelegger die gegen Israel gerichteten Aussagen des iranischen Präsidenten als unakzeptabel zurück. Jegliche Versuche, die Generalversammlung als eine Plattform für Intoleranz, Antisemitismus und Rassenhass zu missbrauchen, seien abzulehnen

Während der Ministerwoche führten Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger zahlreiche bilaterale Gespräche. Bundespräsident Fischer führte Gespräche mit den PräsidentInnen von Chile, Finnland, Irak, Libanon, und Vietnam und traf gemeinsam mit Bundesminister Spindelegger mit den Präsidenten Russlands und Somalias zusammen. Bundesminister Spindelegger führte Gespräche mit dem Präsidenten der Generalversammlung, sowie mit den AußenministerInnen von Serbien,

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

Costa Rica, Georgien, Pakistan, Sierra Leone, Island, Oman, Israel, Aserbaidschan, Syrien, Bhutan, Äthiopien, Irak, Türkei, Kasachstan, Iran, Sri Lanka, Nepal und Armenien. Weiters traf er mit dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten zusammen.

2. Politische Fragen

2.1. Naher Osten

Im Rahmen der 19 jährlichen Nahostresolutionen der VN-GV fand die EU mit Ausnahme der Resolutionen zum „Syrischen Golan“, zum „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“ und zur „Abteilung für die Rechte der Palästinenser im Sekretariat“ zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten. Malta und Zypern stimmten als Mitglieder des Ausschusses im Gegensatz zu den sich enthaltenden restlichen EU-Mitgliedstaaten für die beiden letzteren Resolutionen. Zypern stimmte auch für die Resolution zum „Syrischen Golan“, bei der sich die übrigen EU Mitgliedstaaten der Stimme enthielten. Bei der von der EU eingebrachten Resolution über die „Hilfe für die Palästinensische Bevölkerung“ konnte erneut ein Konsens aller VN-Mitgliedstaaten hergestellt werden. Es handelte sich dabei um die einzige im Konsens angenommene Nahostresolution. Die EU stimmte auch der vom Libanon erneut eingebrachten Nachfolgeresolution zur gleichnamigen Resolution des Vorjahres „Ölteppich an der libanesischen Küste“ zu. Beim arabischen Resolutionsentwurf zur „United Nations Fact-Finding Mission on the Gaza Conflict“ konnte die EU hingegen zu keiner gemeinsamen Abstimmungshaltung finden. Irland, Malta, Portugal, Slowenien und Zypern stimmten für die Resolution. Dagegen votierten Deutschland, Italien, Niederlande, Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Österreich enthielt sich mit den 14 übrigen EU Mitgliedstaaten.

2.2. Abrüstung und internationale Sicherheit

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen präsentierte im Dezember auf Initiative einer neu ins Leben gerufenen Kerngruppe, der auch Österreich angehört, einen „**Aktionsplan für nukleare Abrüstung und nukleare Non-Proliferation**“, der seinen Fünf-Punkte-Plan für Abrüstung aus dem Vorjahr weiter konkretisiert.

Die Beratungen des **Ersten Komitees** (Abrüstung und Internationale Sicherheit) waren dieses Jahr durch eine gute Atmosphäre geprägt, die sich primär auf zwei Faktoren zurückführen lässt. Einerseits erfolgte unter der neuen Administration der Vereinigten Staaten eine Haltungsänderung in zahlreichen Abrüstungsbereichen, die sich durch vermehrte Zustimmung zu Resolutionsentwürfen ausdrückte. Andererseits standen die Beratungen bereits unter dem Eindruck der im Mai 2010 stattfindenden NPT Überprüfungskonferenz, deren Erfolg keine Delegation zu gefährden bereit schien. Österreich

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

zeichnete dieses Jahr als Vorsitz der Genfer Abrüstungskonferenz für die erfolgreiche Verhandlung und Annahme im Konsens der Resolution „Bericht der Abrüstungskonferenz“ verantwortlich. Die Verhandlungen zur Resolution gestalteten sich auf Grund zahlreicher Änderungsvorschläge schwierig. Die diesjährige Resolution zum Waffenhandelsvertrag wurde mit 153 Ja-Stimmen bei 19 Enthaltungen und einer Gegenstimme (Simbabwe) angenommen. Sie enthält erstmals ein Verhandlungsmandat für einen derartigen Vertrag im Rahmen einer im Jahr 2012 abzuhaltenden Staatenkonferenz. Heftige Debatten gab es zur Frage der Beschlussfassungsmodalitäten dieser VN-Konferenz. Während eine überregionale Ko-Autorengruppe unter der Leitung von Großbritannien durch die Festschreibung des Konsenserfordernisses die Vereinten Staaten als weltweit größten Waffenexporteur für den Resolutionsentwurf gewinnen konnten, zeigte sich eine überregionale Gruppe einflussreicher VN-MS, der auch Österreich angehörte, unter der Initiative Deutschlands kritisch zum Konsenserfordernis, da es ein Rezept für den geringsten gemeinsamen Nenner sei. Die Resolution enthält schließlich eine leicht modifizierte Textversion zum Konsenserfordernis. Österreich gab so wie 24 weitere Staaten eine Votumserklärung ab und äußerte seine Bedenken hinsichtlich des Konsensprinzips. Die Resolution zum Vertrag für ein Verbot der Herstellung spaltbaren Kernmaterials für Nuklearwaffen (**FMCT**) wurde erstmals seit 2004 auf Initiative Kanadas behandelt und im Konsens angenommen. Auf Basis einer von Chile als Hauptsponsor eingebrachten Resolution wird am 30. April 2010 in New York eine Staatenkonferenz der Vertragsstaaten nuklearwaffenfreier Zonen stattfinden. Österreich gab Erklärungen zum Verbot von Streumunition, zur Antipersonenminen-Verbotskonvention, zum Waffenhandelsvertrag, zur Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus, zur Ausweitung nuklearwaffenfreier Zonen, zu einer Nuklearwaffenverbotskonvention, zur Förderung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT**) und zum FMCT ab.

Am 24. September fand die **Artikel XIV Konferenz zur Förderung des Inkraft-Tretens des CTBT** in New York statt, an der Österreich mit Bundesminister Michael Spindelegger teilnahm. Erstmals waren auch die Vereinten Staaten mit Außenministerin Hillary Clinton vertreten. Österreich und Costa Rica, die erstmals gemeinsam die Konferenz 2007 in Wien leiteten, übergaben ihre zweijährige Vorsitzfunktion an Frankreich und Marokko. Unter österreichischem Ko-Vorsitz hat sich die Zahl der CTBT Ratifikationsstaaten auf 150 erhöht, was einer Verdreifachung seit 1999 entspricht.

Die ersten beiden Tagungen der alle VN-Mitgliedstaaten umfassenden **Arbeitsgruppe zum Waffenhandelsvertrag** fanden vom 2.–6. März und 13.–17. Juli in New York statt. Während die überwiegende Mehrheit der VN-MS, im Besonderen afrikanische, lateinamerikanische und westliche Staaten einschließlich der EU für einen robusten Vertrag eintraten, der in globaler Weise den Import, Export und die Durchfuhr konventioneller Waffen rechtsverbindlich regeln sollte, zeigten sich Pakistan, Ägypten, China, Indien, Iran

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

und die Russische Föderation skeptisch über die Machbarkeit eines derartigen Vertrags. Die Vereinigten Staaten, die bis vor kurzem als Gegner eines Waffenhandelsvertrags auftraten, kündigten eine grundsätzliche Überprüfung ihrer Position an und verhielten sich abwartend. Österreich äußerte in seinen Erklärungen Unterstützung für einen robusten Waffenhandelsvertrag, der sämtliche konventionelle Waffen samt Munition und verwandte Bestandteile umfassen sollte.

2.3. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen

Die VN-Abrüstungskommission (**UNDC**) begann mit ihrer Tagung vom 13. April bis 1. Mai einen neuen dreijährigen Arbeitszyklus. Die Tagesordnung für die nächsten drei Jahre enthält neben den bisherigen Punkten „Empfehlungen für nukleare Abrüstung und Non-Proliferation“ und „Vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich konventioneller Waffen“ mit der Erarbeitung von Elementen für einen Erklärungsentwurf zur Dekade 2010 als die vierte Abrüstungsdekade erstmals einen dritten Tagesordnungspunkt. Österreich gab Erklärungen zum CTBT, FMCT und der Nuklearwaffenverbotskonvention ab und sprach sich gegen die Erwähnung der Förderung internationaler Kooperation im Bereich der Nuklearenergie im Erklärungsentwurf aus.

3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Im Zentrum der Arbeit des **Zweiten Komitees** (Wirtschaft und Finanzen) stand die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. In einer dreitägigen hochrangigen Konferenz untersuchte die Generalversammlung am 25. und 26. Juni die Folgen der Krise auf die Entwicklungsfragen. Die Konferenz vereinbarte zahlreiche kurz- und langfristige Maßnahmen, um die Folgen der Krise abzuwachen, initiierte einen Dialog über die Umgestaltung der globalen Finanzarchitektur, welcher die Bedürfnisse und Anliegen aller Mitgliedstaaten besser berücksichtigen soll und beschloss ein kontinuierliches Engagement der Vereinten Nationen in Wirtschafts- und Finanzfragen. Für Österreich nahm Staatssekretär Reinhold Lopatka an der Konferenz teil.

Die Erörterungen des Zweiten Komitees zu Umwelt und Nachhaltigkeit wurden von den Herausforderungen des Klimawandels und dem Klimagipfel in Kopenhagen vom 7.–19. Dezember dominiert. Trotz der hohen Aufmerksamkeit für dieses Thema konnten in den Verhandlungen über die Resolutionen zu Klimaschutz, Biodiversität, Reduzierung von Katastrophen, Wüstenbildung und erneuerbare Energien nur punktuell Fortschritte erzielt werden. Von Bedeutung ist jedoch die Einigung, im Jahr 2012 eine Folgekonferenz zu den Konferenzen in Rio de Janeiro (1992) und in Johannesburg (2002) über nachhaltige Entwicklung zu veranstalten. Die wichtigsten Themen dieser Konferenz sollen das Green Economy-Konzept sowie der institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung sein.

*Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***4. Menschenrechte**

Siehe Kapitel G.III. sowie Teil C. III.

5. Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung

Siehe Kapitel H.II. und H.III. sowie Teil C. III.

6. Sozialpolitik

Die Themen der 47. Tagung der Kommission für Soziale Entwicklung (**CSocD**) in New York vom 4.–13. Februar waren soziale Integration, die Auswirkungen der globalen Krise auf soziale Entwicklung sowie die Überprüfung der Umsetzung von Aktionsprogrammen für soziale Gruppen. Die CSocD nahm Resolutionen zu Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit, zur Überprüfung des Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern, zu Jugend-Politiken und -Programmen sowie zur sozialen Dimension der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (**NEPAD**) an. Alle vom **Dritten Komitee** (soziale, humanitäre und kulturelle Fragen) in seiner Tagung vom 5. Oktober bis 24. November behandelten Resolutionen zu Sozialthemen wurden vom Plenum der VN-GV im Konsens angenommen. Für die Resolution über das Altern übernahm Österreich die Verhandlungsführung für die EU-Präsidentschaft.

7. Internationale Frauenfragen

Siehe Kapitel G.III.2., G.III.3. und G.VII.2.

8. Humanitäre Angelegenheiten

Der Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (**CERF**) wurde 2009 mit insgesamt 399,9 Millionen US-Dollar durch freiwillige Beiträge der VN-MS ausgestattet. Damit verfehlte der Fonds erstmals sein vorgegebenes jährliches Finanzierungsziel von 450 Millionen US-Dollar und konnte seiner primären Aufgabe, in humanitären Krisenfällen die unverzügliche Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen sicherzustellen, nur bedingt gerecht werden. Die hochrangige CERF-Konferenz vom 9. Dezember konnte ca. 424 Millionen US-Dollar an Spendenzusagen für 2010 mobilisieren und wurde damit die erfolgreichste Geberkonferenz seit Bestehen des CERF in 2006. Mit fünf neuen Geberländern anlässlich der Konferenz haben bisher insgesamt 115 VN-Mitgliedstaaten dem CERF freiwillige Beiträge zur Verfügung gestellt. Die zehn größten Geberländer (davon 7 EU-Staaten) finanzierten ca. 83% – um 3% mehr als im Vorjahr – des Gesamtspendenvolumens. Die von der GV im Konsens angenommenen Resolutionsentwürfe zu humanitären Angelegenheiten betrafen einen länderspezifischen Fall (El Sal-

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

vador) sowie thematische Bereiche (Sicherheit von humanitärem Hilfspersonal, Koordination humanitärer Hilfe, „Weiße Helme“, Unterstützung des palästinensischen Volkes). Die EU beteiligte sich aktiv als Haupteinbringer bzw. Fazilitator der Resolutionsentwürfe zur Sicherheit humanitären Personals und zur Unterstützung der Palästinenser. Österreich unterstützte vier der insgesamt fünf Plenarresolutionen als Miteinbringer.

9. Friedliche Nutzung des Weltraums

Die 52. Tagung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (COPUOS) in Wien vom 3.–12. Juni stand im Zeichen des 10-jährigen Jubiläums der Dritten VN-Weltraumkonferenz (UNISPACE III). Weitere Schwerpunkte waren die Frage der Bedeutung des Weltraums für die Gesellschaft, die Wasserwirtschaft und den Klimawandel sowie die internationale Zusammenarbeit zur Förderung von Weltraumanwendungen für nachhaltige Entwicklung. Begleitend stellte eine Ausstellung österreichische Expertise und Projekte im Bereich Weltraumtechnologie und deren Anwendungen vor. Darüber hinaus fand vom 2.–4. Juni ein von Österreich mitfinanzierter Workshop der VN-Plattform für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen (UN-SPIDER) mit dem Schwerpunkt „Kapazitätsaufbau zur Katastrophenreduktion“ statt. Seit der Einrichtung von UN-SPIDER im Jahr 2006 unterstützt Österreich dieses Programm des in Wien angesiedelten Büros für Weltraumangelegenheiten (OOSA). Das jährliche Weltraumsymposium in Graz widmete sich vom 8.–11. September dem Thema „Aufbau von Kleinsatellitenprogrammen für nachhaltige Entwicklung“.

10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Der **ordentliche VN-Haushalt** für den Zeitraum 2010–2011, über den nach langwierigen Verhandlungen am 24. Dezember Einigung erreicht werden konnte, war eines der Hauptthemen des Fünften Komitees (Komitee für Verwaltungs- und Haushaltsfragen). Dieser wurde mit 5,156 Milliarden US-Dollar und einem Stellenplan von 10.281 Dienstposten bemessen. Am Amtssitz Wien wurden 22 neue Posten eingerichtet und eine Anhebung von 6 Posten im Bereich Konferenzmanagement auf höherwertige Ebenen gebilligt. Darüber hinaus konnte eine Aufforderung an den VN-GS in der Budgetresolution verankert werden, im Rahmen seines Haushaltsentwurfs für 2012–13 Vorschläge zur Stärkung von UNODC vorzulegen. Der österreichische Anteil am ordentlichen Haushalt der VN für 2010 beträgt 17,9 Millionen US-Dollar.

Die Verhandlungen zum VN-Beitragsschlüssel für den Zeitraum 2010–2012 stellte ein zweites Hauptthema dar. Als kollektiv größter Beitragszahler zum ordentlichen VN-Haushalt (39%) war die EU bestrebt, ihren, an ihrer Wirtschaftsmacht (30,5%) gemessen, überhöhten Beitrag zu senken, und Brasi-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

lien, Russische Föderation, Indien, China (BRIC) zur Übernahme eines höheren finanziellen Beitrages zu verpflichten. Die BRIC-Länder lehnten dies jedoch mit Unterstützung der G-77 ab. Als Kompromisslösung konnte man sich darauf einigen, bei der Berechnung des Beitragsschlüssels für 2010–12 noch keine Veränderungen vorzunehmen, jedoch einen Überprüfungsprozess für eine verbesserte Methodologie für 2013–15 zu beginnen. **Der österreichische Anteil am ordentlichen Haushalt der VN für den Zeitraum 2010–2012 wird von 0.887% auf 0.851% sinken.**

Der für **friedenserhaltende Operationen (FEO)** beschlossene Jahreshaushalt von Juli 2009 bis Juni 2010 beträgt 7,735 Milliarden US-Dollar. Im Rahmen der Verhandlungen zum FEO-Unterstützungshaushalt, in denen die Umstrukturierung des Untersuchungsdienstes des Büros für interne Aufsicht (**OIOS**) behandelt wurde, konnte sichergestellt werden, dass der Amtssitz Wien als eines der regionalen Zentren für den umstrukturierten Untersuchungsdienst im Feld bestätigt wird.

11. Völkerrechtliche Fragen

Arbeitsschwerpunkte des **Sechsten Komitees** (Völkerrechtskomitee) waren die jährliche Völkerrechtswoche, die rechtlichen Fragen der Reform der internen Rechtspflege der VN sowie die Themen Terrorismus, Universelle Gerichtsbarkeit, strafrechtliche Verantwortlichkeit von Bediensteten der VN und Sachverständigen im Auftrag der VN und Rechtsstaatlichkeit. Weiters beschäftigte sich das Sechste Komitee mit den Berichten der Kommission der VN für internationales Handelsrecht (**UNCITRAL**), dessen Resolutionen von Österreich koordiniert werden, und des Charta- und Sitzstaatkomitees.

11.1. Völkerrechtswoche

Bei der auf einem österreichischen Vorschlag beruhenden Völkerrechtswoche trafen vom 26.–30. Oktober RechtsberaterInnen zur Erörterung völkerrechtlicher Themen im Sechsten Komitee zusammen. Im Mittelpunkt stand die Erörterung des **Berichts der Völkerrechtskommission** zu aktuellen Fragen des Völkerrechts wie die Verantwortlichkeit von internationalen Organisationen, Vertragsvorbehalte, Ausweisung, die Verpflichtung zur Auslieferung oder Strafverfolgung sowie geteilte natürliche Ressourcen. Im Rahmen der österreichisch-schwedischen Initiative zur Revitalisierung des Sechsten Komitees fand erneut eine als interaktiver Dialog gestaltete Sitzung mit SpezialberichterstatteInnen der Völkerrechtskommission statt.

11.2. Reform des Systems der Rechtspflege der Vereinten Nationen

Österreich setzte sich als VN-Sitzstaat in den Verhandlungen für eine verbesserte Rechtsstellung von MitarbeiterInnen der Vereinten Nationen ein, die keinen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

offiziellen Personalstatus haben. Die Verhandlungen werden 2010 auf der Grundlage eines Berichts des VN-GS fortgesetzt.

11.3. Universelle Gerichtsbarkeit

In der dieses Jahr erstmals stattfindenden Diskussion zum Thema Universelle Gerichtsbarkeit wurde sowohl deren Verankerung im heutigen Völkerrecht und ihre Wichtigkeit im Kampf gegen die Straflosigkeit bekräftigt als auch Fragen ihrer Anwendung und einer möglichen Politisierung angesprochen. Die Diskussion wird 2010 auf der Grundlage eines Berichts des VN-GS fortgeführt.

11.4. Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“)

Das heuer im 6. Komitee unter dem Tagesordnungspunkt Rechtsstaatlichkeit diskutierte Spezialthema lautete „Promoting the rule of law at the international level“. In GV-Res. 64/116 wurde bekräftigt, den von der „Rule of Law Unit“ initiierten Dialog mit MS über die Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene fortzusetzen. Auf österreichische Initiative konnte auch ein Absatz verankert werden, in dem betont wird, die Rule of Law-Unit mit den notwendigen Ressourcen und dem erforderlichen Personal auszustatten, damit sie ihre Aufgaben effektiv und nachhaltig erfüllen kann. Das Spezialthema für die 65. VN-GV wird „Laws and practices of Member States in implementing international law“ lauten.

11.5. Terrorismus

Siehe Kapitel H.III.

11.6. Weitere Themen

Beim Thema **Strafrechtliche Verantwortlichkeit** von Bediensteten der VN und Sachverständigen im Auftrag der VN besteht hinsichtlich der Ausarbeitung einer Konvention weiter keine Einigkeit. Als kurzfristige Maßnahme nahm die VN-GV Resolution 64/110 an, in der die Staaten erneut aufgefordert werden, ihre Jurisdiktion über schwere Straftaten zu begründen, die von ihren Staatsangehörigen als VN-Bedienstete oder Sachverständige verübt wurden. In der Diskussion zum Thema „Stärkung der Herrschaft des Rechts auf internationaler Ebene“ wurde die Wichtigkeit der **Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“)** in allen Bereichen hervorgestrichen und der VN-internen Einheit für Rechtsstaatlichkeit Unterstützung zugesprochen.

Weiters nahm die VN-GV Resolutionen über die Berichte des Charta- und Sitzstaatkomitees an. Ferner präsentierten die Präsidenten des IGH, des IStGH und der internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugosla-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

wien (**ICTY**) und für Ruanda (**ICTR**) der VN-GV ihre jährlichen Berichte; die jährliche Seerechts- und Fischereiresolution wurde angenommen.

III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

1. Die Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat

Im Jänner 2009 begann Österreichs zweijährige Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat (**VN-SR**). Damit ist Österreich – nach 1973/74 und 1991/92 – zum dritten Mal Mitglied des einflussreichsten Gremiums der Vereinten Nationen. Dem VN-SR gehörten im Berichtszeitraum neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA die nichtständigen Mitglieder Burkina Faso, Costa Rica, Japan, Kroatien, Libyen, Mexiko, Türkei, Uganda, Vietnam und Österreich an.

Als Mitglied des VN-SR war Österreich von Anbeginn mit zentralen Herausforderungen des internationalen Krisenmanagements konfrontiert. Schon die allerersten Tage standen im Zeichen der Kampfhandlungen in und um den Gazastreifen. Bereits am sechsten Tag der österreichischen Mitgliedschaft nahm Bundesminister Michael Spindelegger an einer Krisensitzung des Sicherheitsrates teil. Österreich setzte sich dabei tatkräftig für einen möglichst breiten Konsens unter den 15 Ratsmitgliedern für einen Resolutionsentwurf ein, in dem ein sofortiges Ende der Gewalthandlungen und Zugang für humanitäre Hilfe im Gazastreifen gefordert wurde. Die Sicherheitsratsresolution 1860 wurde – nach intensiven Verhandlungen – mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung (USA) angenommen.

Insgesamt hat der VN-SR im Jahr 2009 194 formelle Sitzungen und 110 informelle Konsultationen abgehalten, bei denen Entwicklungen in sämtlichen Ländern, in denen die Vereinten Nationen mit Friedensmissionen bzw. durch Sondergesandte oder sonstige Vertreter des Generalsekretärs der VN engagiert sind, erörtert wurden. Auf Basis dieser Beratungen hat der Sicherheitsrat 2009 48 Resolutionen, 35 “Vorsitzerklärungen“ und 36 Presseerklärungen beschlossen. Zu den Themen, die der VN-SR im Berichtszeitraum behandelte, gehörten neben den Entwicklungen im Nahen Osten v.a. Fragen des Konfliktmanagements in Afrika, u.a. im Ostkongo, in Somalia und in Darfur.

Einen weiteren wichtigen Themenschwerpunkt in den Arbeiten des VN-SR bildeten Fragen der nuklearen Nonproliferation, u.a. in Reaktion auf mehrere Raketentests der DVRK. Am 24. September fand zum Thema nukleare Abrüstung und Nonproliferation ein Gipfeltreffen des VN-SR unter dem Vorsitz von US-Präsident Barack Obama statt, bei dem Österreich durch Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger vertreten war. In der einstimmig angenommenen Resolution 1887 (2009) bekannte sich der VN-SR zum Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Österreich hat sich seit Beginn seiner Mitgliedschaft im VN-SR, wann immer sich eine Möglichkeit bot, gezielt und prioritär für die Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“), die Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, den Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, sowie die Stärkung der Rolle von Frauen in Postkonfliktsituationen eingesetzt.

Einen konkreten Anlassfall hierfür boten im Berichtszeitraum u.a. die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung von Sri Lanka und der Terrororganisation der „Tamil Tigers“ (**LTTE**), in deren Schlussphase hunderttausende Zivilisten aus der tamilischen Minderheit zwischen die Frontlinien gerieten. Neben VN-Generalsekretär Ban Ki-moon waren es anfänglich v.a. die nichtständigen Ratsmitglieder Mexiko, Costa Rica und Österreich sowie Frankreich und Großbritannien, die den VN-SR drängten, sich mit dieser Frage zu befassen, was schließlich auch gelang. Am 11. Mai fand auch über Betreiben Österreichs in New York ein informelles Treffen von zehn SR-MS mit mehreren internationalen Nichtregierungsorganisationen und dem VN-Büro für die Koordination humanitärer Hilfe statt, an dem für Österreich Bundesminister Michael Spindelegger teilnahm. Im Anschluss an diese Beratungen gaben die Außenminister Frankreichs und Großbritanniens, Kouchner und Miliband, sowie Bundesminister Spindelegger eine gemeinsame Pressekonferenz zur humanitären Lage in Sri Lanka. Am 13. Mai einigte sich der VN-SR über gemeinsame Initiative Frankreichs, Großbritanniens und Österreichs erstmals auf eine formelle Presseerklärung des VN-SR zu Sri Lanka, in der alle Parteien dringend zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts angehalten, die LTTE zur Niederlegung der Waffen und die srilankische Regierung zur Erleichterung des humanitären Zugangs und der Evakuierung der Zivilisten aufgerufen wurden. Im Gefolge dieser Erklärung stimmte die Regierung von Sri Lanka einem zweitägigen Waffenstillstand zu, der es zumindest ermöglichte, tausende Flüchtlinge aus der Gefahrenzone zu evakuieren.

Der Schutz von Zivilisten in Konfliktsituation stand auch im Mittelpunkt des **österreichischen Vorsitzes im VN-SR im Monat November 2009**. Am 11. November verabschiedete der Sicherheitsrat in einer hochrangig besetzten Debatte, in deren Verlauf über 60 Staaten das Wort ergriffen, unter Vorsitz von Bundesminister Michael Spindelegger einstimmig die – von Österreich initiierte und verhandelte – Resolution 1894 (2009). Mit dieser soll insbesondere auch sichergestellt werden, dass die Vereinten Nationen im Rahmen ihrer eigenen friedenserhaltenden Operationen selbst zu einem verbesserten Schutz von Zivilpersonen im jeweiligen Einsatzgebiet beitragen. Dies soll u.a. durch die Verpflichtung zur Erarbeitung missionsweiter Schutzstrategien, einen besseren Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen und eine verbesserte Vorbereitung von VN-Blauhelmen auf ihre Schutzaufgaben erreicht werden. Die in der Resolution verankerten Grundsätze kamen schon

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

im Dezember bei der Verlängerung der VN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (**MONUC**) zum ersten Mal zur praktischen Anwendung.

Um die Einhaltung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit bemühte sich Österreich im Berichtszeitraum insbesondere auch im Rahmen seiner Arbeit in den zwei Sanktionskomitees des VN-SR, in denen es 2009 den Vorsitz führte, dem „1267-Komitee“ (Al-Qaida und Taliban) und dem „1591-Komitee“ (Sudan-Sanktionskomitee), sowie auch in der – ebenfalls von Österreich geleiteten – informellen Arbeitsgruppe des VN-SR über internationale Tribunale. Hauptaufgabe des „1267-Komitees“ war es, die vorhandene Liste von etwa 500 Personen und Entitäten, die mit der Al-Qaida und den Taliban verbunden sein sollen, zu überprüfen und Eintragungen, die nicht (mehr) gerechtfertigt sind, zu löschen. Ende 2009 stand überdies das gesamte Verfahren des „1267-Komitees“ zur Überarbeitung an. Unter maßgeblicher Mitwirkung Österreichs einigte sich der VN-SR am 17. Dezember in Resolution 1904 (2009) einstimmig auf die Schaffung der Funktion einer „Ombudsperson“, womit sich Personen und Institutionen, die der Auffassung sind, zu Unrecht auf der „1267-Liste“ zu stehen, erstmals an eine unabhängige Instanz wenden können, die sie bei ihrem Bemühen um eine Löschung ihrer Eintragung unterstützt.

Wenngleich Österreich dem VN-SR, wie erwähnt, nun schon zum dritten Mal angehört, ist dies die erste österreichische SR-Mitgliedschaft seit dem Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union. Österreich konnte im VN-SR 2009 so auch erstmals von seinen Erfahrungen als Teilnehmer an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU profitieren, deren Grundpositionen naturgemäß auch für die Festlegung der österreichischen Position im Sicherheitsrat von wesentlicher Bedeutung sind. Zugleich hat sich Österreich 2009 (als das neben Großbritannien und Frankreich einzige EU-Mitglied im Sicherheitsrat) in spezifischer Weise bemüht, den jeweiligen EU-Vorsitz, die übrigen EU-Mitglieder und die New Yorker EU-Delegation über alle relevanten Entwicklungen im VN-SR informiert zu halten. Darüber hinaus sah sich Österreich (wie schon während seiner beiden vorangegangenen Mitgliedschaften im VN-SR) gegenüber der Gesamtheit der VN-Mitglieder, von denen es ja mit großer Mehrheit in den VN-SR gewählt worden ist, zur Transparenz über dessen Entscheidungen verpflichtet, was die Bereitschaft zu einer umfassenden Informationspolitik einschloss. Überdies war Österreich bestrebt, die Mitgliedschaft im VN-SR zu nützen, um die Stellung Österreichs als Sitzstaat der VN und als Plattform für Dialog und Frieden weiter zu stärken. Ein markantes Beispiel hierfür waren die hochrangigen Gespräche, die im August im niederösterreichischen Dürnstein zwischen Marokko und der Polisario unter Vermittlung der VN zur Zukunft der Westsahara stattgefunden haben.

Eine detailliertere Darstellung der Positionen, die Österreich zu den einzelnen Themen, die 2009 auf der Tagesordnung des VN-SR standen, eingenom-

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

men hat, findet sich im unmittelbar anschließenden Abschnitt zur Tätigkeit des Sicherheitsrates.

2. Tätigkeit des Sicherheitsrates

2.1. Naher Osten

In Reaktion auf die Kampfhandlungen im und um den Gaza-Streifen nahm der VN-SR nach intensiven Verhandlungen, welche auch auf Ministeriebene unter Teilnahme von Bundesminister Michael Spindelegger geführt wurden, am 8. Jänner Resolution 1860 an, die die Forderung einer sofortigen, dauerhaften und umfassend eingehaltenen Waffenruhe, die zum vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus Gaza führt, enthält. Der VN-SR forderte weiters die ungehinderte Versorgung und Verteilung humanitärer Hilfe in Gaza. Die VN-Mitgliedstaaten wurden zur Ausarbeitung von Vorkehrungen und Garantien zur Absicherung des Waffenstillstandes aufgefordert, die den illegalen Handel mit Waffen und Munition verhindern und die Wiedereröffnung der Grenzübergänge in den Gaza-Streifen auf der Basis des 2005 zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde (Palestinian Authority) abgeschlossenen „Abkommens über Bewegungsfreiheit und den freien Zugang“ ermöglichen sollten. Angesichts der dramatischen Versorgungslage der Zivilbevölkerung im Gazastreifen war Österreich die Forderung nach einer Öffnung der Grenzübergänge ein besonderes Anliegen gewesen. In den Beratungen zur Gaza-Krise setzte sich Österreich für die strikte Einhaltung humanitären Völkerrechts ein und forderte von allen Parteien die Untersuchung von Vorwürfen von Verstößen gegen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht. Im Zusammenhang mit Angriffen auf VN-Einrichtungen trat Österreich für die rasche Umsetzung der Empfehlungen der VN-internen Untersuchungskommission ein.

Der VN-SR nahm am 11. Mai im Rahmen einer vom russischen Außenminister Sergej Lawrow geleiteten Ministerdebatte, an der auch Bundesminister Michael Spindelegger teilnahm, eine Vorsitzserklärung an, die die Dringlichkeit der Wiederaufnahme der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen unterstrich. Der VN-SR bekräftigte weiters sein Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung und mahnte erneut die volle Umsetzung der „Road-Map Verpflichtungen“ durch beide Parteien ein.

Im Südlibanon kam die Brüchigkeit der Waffenruhe im Berichtszeitraum durch vereinzelt Raketenbeschuss israelischen Territoriums, Gegenbeschuss durch die israelische Armee, regelmäßige Verletzungen des libanesischen Luftraums durch die israelische Luftwaffe sowie andere Zwischenfälle erneut klar zum Ausdruck. Insgesamt gelang es den VN-Truppen im Libanon (**United Nations Interim Force in Lebanon – UNIFIL**) jedoch, die gespannte Ruhe südlich des Litani-Flusses auch während der Vorwahlzeit und der Regierungsbildungsphase im Libanon aufrechtzuerhalten. Mit der einstim-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

migen Annahme von Resolution 1884 am 27. August verlängerte der VN-SR das Mandat von UNIFIL um ein weiteres Jahr bis 31. August 2010. Mit der Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Libanon und Syrien wurde ein wichtiger Schritt in der Normalisierung der Beziehungen der beiden Staaten gesetzt. Kaum Fortschritte waren hingegen in Richtung eines dauerhaften Waffenstillstandes zwischen Israel und Libanon zu verzeichnen. Österreich setzte sich in den Beratungen des VN-SR zum Libanon für die Beendigung der Verletzungen des libanesischen Luftraums durch israelische Überflüge, den Rückzug der israelischen Truppen aus Ghajar und dem Gebiet der Shebaa Farmen im Südlibanon sowie die Entwaffnung von Hisbollah und palästinensischen Milizen in den UNRWA Flüchtlingslagern im Libanon ein. Angesichts anhaltender Berichte über Waffenschmuggel in den Südlibanon forderte Österreich die strikte Einhaltung des Waffenembargos. In einer Presseerklärung begrüßte der VN-SR am 1. März die Aufnahme der Arbeiten des Sondertribunals für Libanon in Den Haag als wichtigen Schritt, um die Verantwortlichen für die Ermordung von Premierminister Rafik Hariri und anderer Opfer zur Verantwortung zu rufen. Der Leiter der bis dahin tätigen Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission, Daniel Bellemare, setzte die Untersuchung des Bombenanschlags auf Hariri vom 14. Februar 2005 als Chefankläger des Sondertribunals fort. Der SR wurde auch zweimal vom UN-Sondergesandten für die Umsetzung der Resolution 1559 des VN-SR, Terje Roed Larsen, über relevante Entwicklungen informiert. Mit Resolution 1559 wird der Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon und die Entwaffnung und Auflösung aller im Libanon aktiven Milizen gefordert sowie der libanesischen Regierung Unterstützung bei der Erweiterung ihrer Kontrolle auf das gesamte Staatsgebiet zugesagt.

2.2. Irak

Der Leiter der Hilfsmission der VN für den Irak (**UNAMI**) und Sonderbeauftragte des VN-GS, Staffan de Mistura, unterrichtete den VN-SR vierteljährlich über die Lage im Irak. Die VN konzentrierten ihre Tätigkeit im Irak auf die Regionalwahlen und die Vorbereitung der nationalen Wahlen 2010, sowie auf Bemühungen zur Lösung von Binnengrenzkonflikten und offenen Verfassungsfragen. Mit der Ernennung des früheren stellvertretenden Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (**UNDP**), Ad Melkert, zum UNAMI-Leiter im Juli zeichnete sich eine stärkere Akzentuierung des VN-Engagements für Wiederaufbau und Wirtschaftsentwicklung ab. Österreich unterstützte die Bemühungen von UNAMI um eine nationale Aussöhnung und die Stärkung von Menschenrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit. Am 7. August verlängerte der VN-SR mit Resolution 1883 das Mandat von UNAMI um zwölf Monate. In Vorsitz- und Presseerklärungen verurteilte der VN-SR die Bombenanschläge auf irakische Ministerien und diplomatische Missionen am 19. August, dem sechsten Jahrestag des Anschlags auf das VN-Hauptquartier in Bagdad, sowie die Anschlagsserie vom 25. Okto-

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

ber. Am 21. Dezember verlängerte der VN-SR mit Resolution 1905 die Mandate des Entwicklungsfonds für den Irak und des Internationalen Überwachungsbeirats bis 31. Dezember 2010.

2.3. Iran

Wiewohl der Konflikt um das iranische Atomprogramm andauert, wurde der VN-SR im Jahr 2009 zu dieser Frage nicht tätig. Einzig die vom IAEO Gouverneursrat am 27. November mit den Stimmen aller E3+3 Staaten (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation, China) angenommene Resolution, welche den Iran u.a. zur Einhaltung aller Resolutionen des VN-SR – und damit im Besonderen zur Aussetzung aller Tätigkeiten im Bereich der Anreicherung und der Wiederaufbereitung – und zur Kooperation mit der IAEO auffordert, wurde an den VN-SR verwiesen. Im Zusammenhang mit dem Waffenembargo gegen den Iran setzte das gemäß Resolution 1737 eingerichtete Sanktionskomitee seine Überwachungstätigkeiten fort.

2.4. Afghanistan

Mit Resolution 1868 (2009) verlängerte der VN-SR am 23. März das Mandat der Hilfsmission der VN in Afghanistan (**UNAMA**) um weitere zwölf Monate. Der Leiter von UNAMA und Sonderbeauftragte des VN-GS, Kai Eide, unterrichtete den VN-SR auf der Grundlage dieser Resolution vierteljährlich über die Situation in Afghanistan. Am 15. Juli nahm der VN-SR eine Vorsitzserklärung zu den Präsidentschaftswahlen in Afghanistan am 20. August an, in der die Bedeutung freier, fairer und glaubwürdiger Wahlen betont wurde. Vor dem Hintergrund mehrmonatiger Verzögerungen der Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses und einer Anschlagsserie gegen öffentliche und internationale Einrichtungen nahm der VN-SR eine Reihe von Presseerklärungen zu Afghanistan an. Am 6. November unterrichtete der VN-GS den VN-SR über seinen Besuch in Afghanistan in Verfolg des Terroranschlags auf ein Gästehaus der VN in Kabul am 28. Oktober, bei dem mehrere VN-Mitarbeiter ums Leben kamen. Am selben Tag nahm der VN-SR eine Presseerklärung zum Abschluss des Wahlprozesses an, in dem die Notwendigkeit eines neuen Engagements im politischen Prozess betont und die internationale Unterstützung für Afghanistan bekräftigt wird. Das Mandat der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (**ISAF**) wurde mit Resolution 1890 am 8. Oktober um zwölf Monate verlängert.

2.5. Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK)

Am 5. April startete die Demokratische Volksrepublik Korea (**DVRK**) einen Flugkörper, der laut eigenen Angaben zur Beförderung eines Satelliten in die Erdumlaufbahn diente, von der Staatengemeinschaft jedoch als Langstre-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

ckenraketest verstanden wurde. Der VN-SR reagierte am 13. April mit einer Vorsitzserklärung, in der er den Raketenstart als Verletzung von Resolution 1718 (2006) verurteilte. In Reaktion auf einen Atomtest der DVRK am 25. Mai nahm der VN-SR am 12. Juni einstimmig die Resolution 1874 an, in der er diesen Atomtest auf das Schärfste verurteilte und die DVRK aufforderte, keinen weiteren Atomtest oder Start ballistischer Raketen durchzuführen. Resolution 1874 weitete das gegen die DVRK bestehende Sanktionenregime aus, indem u.a. das Waffenembargo ausgedehnt, Inspektionen zur und von der DVRK zu liefernder Fracht sowie im Falle sanktionierter Güter deren Beschlagnahme und Vernichtung autorisiert wurden. Weiters wurde das zuständige Sanktionskomitee durch Resolution 1874 beauftragt, weitere Personen, Güter und Firmen dem Sanktionenregime zu unterstellen und ein Arbeitsprogramm auszuarbeiten, das die volle Umsetzung der Resolutionen 1718 (2006) und 1874 gewährleisten soll. Obwohl die Verhandlungen zur Resolution 1874 im überwiegenden Ausmaß unter den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern, zuzüglich Japans und der Republik Korea als unmittelbar beteiligte Parteien, stattfanden, konnte auf österreichische Initiative ein Absatz bezügl. der Aufforderung an die DVRK, dem umfassenden Atomteststoppvertrag in Bälde beizutreten, in die Resolution Eingang finden. Seit Annahme der Resolution 1874 sind dem Sanktionskomitee von VN-Mitgliedstaaten vier mutmaßliche Sanktionenverletzungsfälle kommuniziert worden.

2.6. Nepal

Mit der Annahme von Resolution 1864 verlängerte der VN-SR am 23. Jänner die Mission der VN in Nepal (**UNMIN**) in reduziertem Format für einen Zeitraum von sechs Monaten. Hauptaufgabe der Mission war die Überwachung des Umgangs mit den Waffen und des bewaffneten Personals der ehemaligen Kriegsparteien. Österreich war ab April mit zwei Militärbeobachtern beteiligt. Resolution 1864 forderte eine Beschleunigung des Friedensprozesses in Nepal und beauftragte den VN-GS mit der Erstellung eines Zwischenberichts im Hinblick auf weitere Reduzierungen der Aufgaben und Personalstärke der Mission. Die öffentliche Debatte im VN-SR am 5. Mai stand im Zeichen der Regierungskrise in Nepal nach dem Rücktritt Premierminister Prachandas sowie dem Austritt der maoistischen Partei aus der Regierung. In einer Vorsitzserklärung rief der VN-SR die nepalesische Regierung und alle politischen Parteien zur Fortsetzung der Zusammenarbeit auf und bekräftigte seine Unterstützung für den Friedensprozess. Im Rahmen eines offenen Briefings am 6. November wies die Beauftragte des VN-GS Karin Landgren darauf hin, dass mangels der notwendigen Fortschritte im Friedensprozess eine Beendigung der Mission mit Jänner 2010 nicht realistisch erscheine. Zu den größten Herausforderungen zähle neben der Integration der maoistischen Kämpfer in die staatliche Armee auch die Ausarbeitung einer föderalistischen Verfassung. In diesem Zusammenhang organisierte Österreich am 11. November in

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Wien ein Seminar für eine hochrangige Delegation nepalesischer Verfassungsjuristen. Mit Resolution 1879 vom 23. Juli wurde UNMIN nochmals für einen Zeitraum von sechs Monaten verlängert, nachdem sich neuerlich gezeigt hatte, dass noch nicht genügend Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens erzielt werden konnten, um UNMIN (wie ursprünglich vorgesehen) im Juli beenden zu können.

2.7. Myanmar

Der VN-SR trat am 20. Februar zu Konsultationen mit dem Sonderberater des VN-GS zu Myanmar, Ibrahim Gambari, zusammen, der über seine Mission nach Myanmar im Zeitraum vom 30. Jänner bis 3. Februar informierte. In Reaktion auf die Verhaftung und Anklageerhebung gegen Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi vom 14. Mai nahm der VN-SR am 22. Mai eine Presseerklärung an, welche Sorge über die politischen Auswirkungen dieser Maßnahmen zum Ausdruck brachte und die wichtigsten Inhalte der beiden Vorsitzserklärungen des VN-SR zu Myanmar vom Oktober 2007 und Mai 2008 in Erinnerung rief. Am 13. Juli informierte der VN-GS den VN-SR im Rahmen einer öffentlichen Sitzung über seinen Besuch in Myanmar am 3. und 4. Juli. Am 11. August trat der VN-SR anlässlich der Verurteilung von Daw Aung San Suu Kyi zu weiteren 18 Monaten Hausarrest zu geschlossenen Konsultationen zusammen. Österreich forderte in den Konsultationen gemeinsam mit der Mehrheit der VN-SR Mitglieder die Freilassung von Daw Aung San Suu Kyi sowie aller politischer Gefangener. Am 13. August einigte sich der VN-SR auf eine Presseerklärung, die die Bedeutung der Freilassung aller politischen Gefangenen betont und ernste Besorgnis hinsichtlich der Verurteilung von Daw Aung San Suu Kyi und deren politischen Auswirkungen zum Ausdruck bringt.

2.8. Timor-Leste

In einer offenen Debatte am 19. Februar unter Beteiligung des timorischen Präsidenten José Ramos-Horta äußerten sich die SR-MS positiv zur Verbesserung der Sicherheitslage und zu den von Timor-Leste erreichten Fortschritten bei der Lösung der für die vergangenen Konflikte ursächlichen Probleme. Am 26. Februar verlängerte der VN-SR mit Resolution 1867 das Mandat der Integrierten Mission der VN in Timor-Leste (**UNMIT**) für zwölf Monate. Anlässlich des 10. Jahrestags des Referendums über die Unabhängigkeit von Timor-Leste vom 30. August 1999 einigten sich die SR-MS am 27. August auf Presseelemente, in denen die Bemühungen Timor-Lestes um Frieden, Stabilität und Entwicklung gewürdigt und der Opfer der Gewalttaten des Jahres 1999 gedacht wurde. Der Leiter von UNMIT und Sonderbeauftragte des VN-GS Atul Khare informierte den VN-SR am 23. Oktober im Rahmen einer offenen Debatte über die Situation in Timor-Leste. Khare verwies auf positive Entwicklungen, wie den friedlichen Verlauf der Lokalwahlen vom 9. Okto-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

ber, und betonte die Notwendigkeit des weiteren Aufbaus nationaler Kapazitäten für eine langfristige Stabilisierung Timor-Lestes.

2.9. Sri Lanka

In der ersten Jahreshälfte befasste sich der VN-SR angesichts der Eskalation des bewaffneten Konflikts zwischen den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) und den srilankischen Streitkräften mehrmals mit der Situation in Sri Lanka. Dies erfolgte größtenteils im Rahmen von Österreich mitinitiierten „informellen Diskussionen“, die es dem VN-SR ermöglichten, sich mit der prekären humanitären Situation in Sri Lanka auseinander zu setzen, ohne jedoch Sri Lanka formell auf die Tagesordnung des SR zu setzen. Untergeneralsekretär John Holmes informierte den VN-SR am 27. Februar im Rahmen geschlossener Konsultationen über seinen Besuch in Sri Lanka vom 19.–21. Februar in seiner Funktion als VN-Nothilfe Koordinator. Er äußerte große Sorge in Bezug auf das Schicksal der im Kampfgebiet eingeschlossenen Zivilisten, forderte deren Freilassung durch die LTTE sowie die Verhängung einer temporären Waffenruhe. Auf gemeinsames Ersuchen von Österreich, Costa Rica, Mexiko, Frankreich und Großbritannien trat der VN-SR am 26. März erstmals zu einer „informellen Diskussion“ unter Beteiligung des Ständigen Vertreters von Sri Lanka zusammen, um angesichts der weiteren Verschlechterung der humanitären Situation einen neuerlichen Bericht von UGS Holmes zu erhalten. Am 22. April berichtete der Kabinettschef des VN-GS, Vijay Nambiar, dem VN-SR über seine Vermittlungsmission vom 16. und 17. April. Im Zuge des Treffens einigten sich die SR-MS auf Presseelemente für den SR-Vorsitzenden, worin die LTTE zur sofortigen Niederlegung ihrer Waffen und beide Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie zur Schaffung des Zugangs für humanitäre Helfer aufgefordert wurden. Am 24. April einigten sich die SR-MS auf weitere Presseelemente, in denen die Regierung von Sri Lanka aufgefordert wurde, einem vom VN-GS in die Konfliktzone zu entsendenden humanitären Team alle erforderliche Unterstützung zu gewähren. Am 30. April berichtete UGS Holmes dem VN-SR neuerlich über seine Mission nach Sri Lanka vom 25.–27. April. Im Wege vom SR-Vorsitz verlesener Presseelemente bekräftigten die SR-MS ihren Aufruf an die Regierung, den humanitären Zugang zur Konfliktzone zu ermöglichen. Am 11. Mai fand in New York im Anschluss an ein informelles Treffen von zehn SR-MS mit dem VN Büro für die Koordination humanitärer Hilfe sowie mehreren internationalen Nichtregierungsorganisationen eine gemeinsame Pressekonferenz von Bundesminister Michael Spindelegger, dem britischen Außenminister David Miliband und dem französischen Außenminister Bernard Kouchner zur Situation in Sri Lanka statt. Dabei betonte Bundesminister Spindelegger die Verantwortung der srilankischen Regierung zum Schutz ihrer Bevölkerung, forderte den Zugang unabhängiger Beobachter zu den Lagern für die Intern Vertriebenen und hob die Notwendigkeit einer politischen Lösung des Konflikts hervor. Am 13. Mai einigten sich die SR-

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

MS auf gemeinsame Initiative von Frankreich, Großbritannien und Österreich erstmals auf eine formelle Presseerklärung des VN-SR zu Sri Lanka, in der alle Parteien dringend zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts angehalten, die LTTE zur Niederlegung der Waffen und die srilankische Regierung zur Erleichterung des humanitären Zugangs und der Evakuierung der Zivilisten aufgerufen wurden. Weiters wurde die Bedeutung einer langfristigen politischen Lösung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen in Sri Lanka betont. Am 5. Juni informierte der VN-GS den SR nach dem Ende der Kampfhandlungen im Rahmen einer informellen Sitzung über seinen Besuch in Sri Lanka am 22. und 23. Mai. Österreich betonte die Notwendigkeit einer Verbesserung der humanitären Situation in den Lagern der Intern Vertriebenen, einer unabhängigen Untersuchung von Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie der Einleitung eines nationalen Versöhnungsprozesses.

2.10. Kosovo

Insgesamt drei Mal (23. März, 17. Juni und 15. Oktober) behandelte der VN-SR unter Beteiligung von Vertretern Serbiens und des Kosovo Berichte des VN-GS zur VN-Mission im Kosovo (**UNMIK**). Nach Abschluss der Rekonfigurierung von UNMIK als Reaktion auf die veränderte Situation in Folge der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und der damit verbundenen Übergabe aller Aufgaben im Bereich der Rechtsstaatlichkeit inklusive der Polizeiaufgaben an die neu geschaffene EULEX KOSOVO haben sich die Aufgaben von UNMIK deutlich reduziert. Während die Lage im Kosovo weitgehend stabil blieb, konnten nur wenige Fortschritte in der praktischen Zusammenarbeit zwischen Serbien und dem Kosovo in den Bereichen Justiz, Zoll und kulturelles Erbe erzielt werden.

2.11. Bosnien und Herzegowina

Am 25. März nahm der VN-SR einstimmig Resolution 1869 an, mit der er der Bestellung des österreichischen Diplomaten Botschafter Valentin Inzko zum neuen Hohen Vertreter in Bosnien und Herzegowina zustimmte. Am 18. November nahm der VN-SR einstimmig Resolution 1895 an, die das Mandat der militärischen Operation der EU in Bosnien und Herzegowina (**EUFOR**) um weitere 12 Monate ab Annahme der Resolution verlängert. Am 28. Mai und 23. November berichtete Botschafter Inzko dem VN-SR in seiner Eigenschaft als Hoher Vertreter über die letzten Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina.

2.12. Georgien

Am 15. Juni scheiterte der Versuch, das Mandat und damit die Aufgaben der VN-Beobachtermission in Georgien (**UNOMIG**) an die veränderten Gegeben-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

heiten nach dem Konflikt zwischen Russland und Georgien im August 2008 anzupassen. Die Annahme der von Österreich gemeinsam mit Kroatien, Frankreich, Deutschland, Türkei, dem Vereinigten Königreich und der USA eingebrachten Resolution, die eine technische Verlängerung des Mandats von wenigen Tagen vorgesehen hätte, um noch weiter über die Zukunft von UNOMIG verhandeln zu können, wurde von der Russischen Föderation durch ein Veto verhindert. Nach der Anerkennung von Abchasien und Süd-ossetien durch die Russische Föderation, war für diese ein Mandat auf der Grundlage der territorialen Integrität Georgiens unannehmbar geworden. Die 1993 eingerichtete VN-Mission wurde am 16. Juni eingestellt. In Votumserklärungen äußerten zahlreiche SR-MS, so auch Österreich, ihr Bedauern über das russische Veto. Im VN-SR kam es in Folge zu keiner weiteren Behandlung der Situation in Georgien. Um die Rolle des VN-Kovorsitzes im Rahmen der Genfer Gespräche über Sicherheit und Stabilität und die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sowie in den regelmäßigen Treffen des Incident Prevention und Response Mechanism weiterhin wahrnehmen zu können, richtete der VN-GS im Oktober ein Liaisonarrangement unter der Leitung von SRSG Johan Verbeke mit Sitz in Genf ein.

2.13. Zypern

Der am 3. September 2008 begonnene Direktverhandlungsprozess zwischen den beiden Volksgruppenführern Dimitris Christofias und Mehmet Ali Talat wurde fortgeführt. Der Sonderberater des VN-GS für dessen Gute Dienste in Zypern, Alexander Downer, und der Sonderbeauftragte des VN-GS für Zypern, Tayé-Brook Zerihoun, berichteten dem VN-SR im April und im Mai sowie in einem gemeinsamen Treffen im Dezember über die Fortschritte in den Verhandlungen und die Lage in Zypern, die von beiden als stabil und ruhig beschrieben wurde. Der VN-SR unterstützte die laufenden Direktverhandlungen und unterstrich die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen für die Erzielung weiterer Fortschritte. Mit der Annahme von Resolution 1873 am 29. Mai und Resolution 1898 am 14. Dezember wurde das Mandat der Friedenstruppe der VN in Zypern (**UNFICYP**) unverändert jeweils um 6 Monate, zuletzt bis 15. Juni 2010, verlängert. Die Türkei hielt fest, dass sie der Präsenz von UNFICYP auf der Insel prinzipiell positiv gegenüberstehe, stimmte aber in beiden Abstimmungen mit dem Argument, dass die VN seit Bestehen der Mission immer nur die Zustimmung der Republik Zypern – und nicht jene der türkisch-zypriotischen Seite – eingeholt habe, letztlich als einziges Sicherheitsratsmitglied gegen die jeweilige Resolution.

2.14. Haiti

Der VN-SR unternahm von 11.–14. März eine Mission nach Haiti, um sich ein Bild über die Umsetzung des Mandats der Stabilisierungsmission der VN in Haiti (**MINUSTAH**), insbesondere der Resolution 1840 zu machen. Anläss-

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

lich einer offenen Debatte zu Haiti am 6. April briefte der Leiter von MINUSTAH, Hedi Annabi über die Entwicklungen der Sicherheitssituation und der weiterhin fragilen wirtschaftlichen und sozialen Situation. Der VN-SR nahm hierzu eine Vorsitzserklärung an. Der VNGS ernannte am 19. Mai den früheren US-Präsidenten Bill Clinton zu seinem Sonderbeauftragten für Haiti, der sich insbesondere um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes kümmern sollte. Mit Annahme der Resolution 1892 am 13. Oktober verlängerte der VN-SR das Mandat von MINUSTAH um weitere 12 Monate.

2.15. Afrika

Die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent bestimmten einen Großteil der Arbeit des VN-SR, wobei sich der VN-SR erstmals auch in umfassender Weise mit dem Problem der Piraterie vor der Küste von Somalia zu beschäftigen hatte. Die alljährliche Afrikareise des VN-SR führte diesen von 14.–21. Mai an den Sitz der Afrikanischen Union (AU) in Addis Abeba, nach Ruanda, in die Demokratische Republik Kongo und nach Liberia. Der VN-SR hielt im März eine hochrangige Debatte zu Frieden und Sicherheit in Afrika ab, bei der die Ausarbeitung eines Berichts des Panels unter Leitung von Romano Prodi über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der AU und den VN begrüßt wurde.

2.15.1. Sudan

Der Sudan nahm wie auch im letzten Jahr eine zentrale Stellung in den Beratungen des VN-SR ein. Die humanitäre Situation und die Sicherheitslage blieben schwierig. Am 4. März bestätigte die Vorverfahrenskammer des IStGH den Antrag 143 auf Ausstellung eines Haftbefehls gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmed Al Bashir. Die AU und die Arabische Liga (AL) traten für eine Suspendierung des Haftbefehls gegen Präsident Bashir gemäß Art.16 Statut des IStGH ein. Nach dieser Bestimmung kann der VN-SR aus politischen Erwägungen im Einzelfall jeweils einen Aufschub einer Ermittlung oder einer Strafverfolgung für einen Zeitraum von 12 Monaten verfügen. Für einen derartigen Suspendierungsbeschluss hat sich im VN-SR in diesem konkreten Fall bisher aber nicht die erforderliche Mehrheitsunterstützung gefunden. Der Sudan wies am Tag nach der Ausstellung des Haftbefehls 13 internationale humanitäre Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) an, ihre Tätigkeit in Darfur einzustellen, wodurch es über geraume Zeit zu einer weiteren Verschlechterung der humanitären Lage kam. Das Mandat der gemeinsamen Mission der AU und der VN in Darfur (UNAMID) wurde mit Resolution 1881 um zwölf Monate bis 31. Juli 2010 verlängert. Die Umsetzung des Mandats bereitet wegen des grenzübergreifenden Konflikts mit dem Tschad Probleme bei der Zusammenarbeit mit der sudanesischen Regierung, ebenso die nach zwei Jahren noch immer nicht erreichte Zahl und Einsatzfähigkeit der autorisierten Truppen. Auf Anregung Österreichs

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

wurde die explizite Forderung nach der Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts aufgenommen. Der VN-SR verlängerte am 30. April mit Resolution 1870 das Mandat der Mission der VN im Sudan (**UNMIS**) um ein weiteres Jahr. Im Rahmen des bestehenden Mandats soll UNMIS auch weiterhin bei der Umsetzung des Comprehensive Peace Agreement (**CPA**) helfen und die für Februar 2010 angesetzten Wahlen unterstützen. Österreich setzte sich besonders dafür ein, dass UNMIS sein Mandat im Bereich des Schutzes von Zivilisten vollständig umsetzt und die Ausarbeitung der „comprehensive strategy on the protection of civilians“ abschließt. Das (von Österreich geleitete) Sudan-Sanktionenkomitee gemäß Resolution 1591 (2005) überwachte auch 2009 das Sanktionenregime in Darfur, welches ein Waffenembargo und gezielte Sanktionen (Reiseverbot und Einfrieren von Vermögen) gegen Einzelpersonen, die vom Komitee designiert wurden, umfasst. Ein wesentliches Ergebnis der Tätigkeit des Komitees war die Ausarbeitung allgemeiner Richtlinien über die Zusammenarbeit zwischen den vom VN-SR eingesetzten Expertengruppen und den jeweils relevanten friedenserhaltenden Operationen. Diese Richtlinien sind für eine Reihe von Sanktionenkomitees, bei denen die jeweilige Expertengruppe eng mit friedenserhaltenden Operationen zusammenarbeitet, von Bedeutung.

2.15.2. Tschad/Zentralafrikanische Republik

Die Sicherheitslage in der Grenzregion des Tschads mit der Zentralafrikanischen Republik blieb angespannt. Der VN-SR verabschiedete am 14. Jänner einstimmig Resolution 1861 zur Lage im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (**ZAR**) und verlängerte damit das Mandat von **MINURCAT** bis 15. März 2010 und erweiterte es um eine militärische Komponente, die die Aufgaben der EUFOR Präsenz in der Region am 15. März übernahm (re-hatting). Der VN-SR autorisierte eine multidimensionale Präsenz im Tschad und eine militärische Präsenz in der ZAR, die durch Verbesserung der Sicherheitslage die freiwillige, sichere und nachhaltige Rückkehr von Flüchtlingen und Intern Vertriebenen fördern soll. MINURCAT soll zum Schutz von Flüchtlingen und Intern Vertriebenen beitragen, die Bereitstellung humanitärer Hilfe erleichtern und günstige Umstände für Wiederaufbau, wirtschaftliche und soziale Entwicklung herstellen.

2.15.3. Eritrea

Am 10. Juni 2008 kam es an der Grenze zwischen Eritrea und Dschibuti zu Kampfhandlungen. In der Folge dieses Vorfalles verabschiedete der VN-SR am 14. Jänner Resolution 1863, in der er Eritrea aufrief, seine Soldaten aus dem Grenzgebiet mit Dschibuti abzuziehen und Wege zu suchen, seinen Grenzkonflikt mit Dschibuti friedlich zu lösen. Wegen Eritreas Unterstützung für bewaffnete Aufständische in Somalia und seiner Weigerung, den Grenzkonflikt mit Dschibuti zu lösen, verhängte der VN-SR am 23. Dezember mit Resolution 1907 **Sanktionen** gegen Eritrea. Diese Sanktionen umfassen

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

ein Waffenexport- und Waffenimportverbot sowie gezielte Sanktionen (Reiseverbot, Waffenembargo und Finanzsanktionen) gegen noch zu designierende natürliche und juristische Personen. Zur Überwachung der Sanktionen und Designierung von Personen wurde kein neues Sanktionskomitee geschaffen, sondern das Mandat des bestehenden 751-Komitees (Somalia) erweitert.

2.15.4. Somalia

Der VN-SR verlängerte am 16. Jänner mit Resolution 1863 und am 26. Mai mit Resolution 1872 die Autorisierung der AU-Mission in Somalia (**AMISOM**) um jeweils sechs Monate. Mit Resolution 1872 stimmte der VN-SR einem logistischen Unterstützungspaket der VN für AMISOM zu. Österreich setzte sich in den Verhandlungen erfolgreich für eine Stärkung der Menschenrechtsperspektive im politischen Büro der VN für Somalia (**UNPOS**) ein.

Der VN-SR autorisierte mit Resolution 1897 Maßnahmen gegen die **Piraterie** vor der Küste von Somalia für ein weiteres Jahr. Am 18. November organisierte Österreich als Vorsitz des VN-SR eine öffentliche Debatte zur Piraterie vor Somalia. An dieser beteiligten sich neben den VN-SR Mitgliedern Staaten und Organisationen, die direkt von der Piraterie betroffen sind oder sich an den Anti-Piraterie Maßnahmen beteiligen. Die schwedische EU-Präsidenschaft informierte in dieser Debatte über die EU-Mission ATALANTA.

2.15.5. Burundi

Der VN-SR verlängerte mit Resolution 1902 vom 17. Dezember das Mandat des Integrierten Büros der VN in Burundi (**BINUB**) um zwölf Monate bis 31. Dezember 2010. Der VN-SR begrüßte die erreichten Fortschritte im Hinblick auf die Friedenskonsolidierung in Burundi sowie die Einrichtung der unabhängigen nationalen Wahlkommission, welche von BINUB in ihrer Arbeit unterstützt werden soll. Die Regierung von Burundi wurde aufgefordert, ihre Bemühungen zur Einhaltung der Menschenrechte zu verstärken und die notwendigen Maßnahmen für die Abhaltung von freien, fairen und friedlichen Wahlen 2010 zu setzen, sowie die Unabhängigkeit der neu eingerichteten unabhängigen nationalen Wahlkommission zu garantieren. Des Weiteren wurde die Regierung Burundis aufgerufen, mit der Unterstützung von BINUB die Einrichtung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtskommission vorzunehmen.

2.15.6. Demokratische Republik Kongo (DRK)

Im Rahmen der Afrikareise des VN-SR am 18. und 19. Mai erfolgte auch ein Besuch in der Demokratischen Republik Kongo, mit konkretem Schwerpunkt auf die Lage im Ostkongo. Die SR-Mission übergab der Staatsführung der DRK im Rahmen ihres Besuchs auch eine Liste mit Namen von fünf

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Angehörigen der Streitkräfte der DRK, die besonders schwerer und systematischer Sexualverbrechen gegen Frauen beschuldigt werden, mit dem Ersuchen um Strafverfolgung.

Der VN-SR verlängerte mit Resolution 1906 vom 23. Dezember das Mandat der VN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (**MONUC**) um fünf Monate bis 31. Mai 2010, und äußerte die Absicht, dieses anschließend – basierend auf Empfehlungen des VN-GS zur Rekonfiguration der Mission – um weitere zwölf Monate bis 31. Mai 2011 zu verlängern. Der Schutz der Zivilbevölkerung bildet weiterhin die oberste Priorität des Mandats von MONUC. Österreich setzte sich in den Verhandlungen erfolgreich für die Aufnahme relevanter Bestimmungen der von Österreich eingebrachten Resolution 1894 zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten ein, wodurch das Mandat von MONUC wesentlich gestärkt werden konnte.

Der 2008 vom VN-GS als Sondergesandter für die Große-Seen-Region ernannte ehemalige nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo informierte den VN-SR im November über die Zurücklegung seines Mandats aufgrund der substanziellen Fortschritte im politischen Prozess in der Region und der Annäherung zwischen der DRK und ihren Nachbarn. Am 30. November verlängerte der VN-SR mit Resolution 1896 das **Sanktionenregime** zur DRK sowie das Mandat der Expertengruppe des Sanktionskomitees bis 30. November 2010. Die Resolution erweitert das Mandat des Sanktionskomitees um die Erstellung von Richtlinien betreffend das Listing und Notifizieren von sanktionierten Personen und ermächtigt die Expertengruppe, Richtlinien betreffend die Sorgfaltspflicht für Erwerb, Beschaffung, Ankauf und Verarbeitung von Rohstoffen aus der DRK zu erstellen.

2.15.7. Côte d'Ivoire

Mit den Resolutionen 1865 und 1880 verlängerte der VN-SR das Mandat der Operation der VN in Côte d'Ivoire (**UNOCI**) um jeweils sechs Monate, zuletzt bis 31. Jänner 2010. Die Truppenstärke von UNOCI wurde um ein Bataillon reduziert, ein substanzieller Truppenabbau soll erst nach klaren Fortschritten in der Umsetzung des Friedensabkommens von Ouagadougou vom März 2007 stattfinden. Der VN-SR drückte am 8. Dezember in einer Vorsitzserklärung seine Besorgnis über die erneute Verschiebung der Präsidentenwahlen aus, die für 29. November geplant waren, würdigte aber auch die substanziellen Fortschritte in der Vorbereitung der Wahlen. Mit Resolution 1893 verlängerte der VN-SR am 29. Oktober die Sanktionen betreffend Rüstungsgüter und Diamantenhandel in Côte d'Ivoire bis zum 31. Oktober 2010.

2.15.8. Liberia

Der VN-SR verlängerte am 15. September mit Resolution 1885 das Mandat der VN Mission in Liberia (**UNMIL**) bis 30. September 2010. Die Resolution erweitert das Mandat um die Unterstützung der liberischen Regierung bei

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

den Wahlen 2011. Die 2008 beschlossene Truppenreduktion wurde 2009 abgeschlossen, eine weitere Truppenreduktion wurde bis auf weiteres aufgeschoben. Im Zusammenhang mit dem Abschlussbericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission setzte sich Österreich für eine Unterstützung zur Einsetzung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtskommission ein. Am 17. Dezember nahm der VN-SR Resolution 1903 zur Verlängerung der Sanktionen gegen Liberia an. Er verlängerte das Reiseverbot und das Einfrieren von Vermögenswerten von Personen aus dem Umkreis von Charles Taylor um weitere zwölf Monate, hob aber gleichzeitig das Waffenembargo gegen die liberische Regierung auf.

2.15.9. Sierra Leone

Resolution 1886 des VN-SR vom 15. September verlängerte das Mandat des Integrierten Büros der VN für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (**UNIPSIL**) für zwölf Monate bis 30. September 2010. Die Mission soll in enger Zusammenarbeit mit dem VN-Länderteam die Regierung von Sierra Leone weiterhin bei Konfliktlösungen, der Förderung der Menschenrechte und Reformen im Bereich gute Regierungsführung unterstützen. Der VN-GS wird überdies aufgefordert, Benchmarks für eine Umwandlung von UNIPSIL in ein VN-Länderteam zu entwerfen, welches das Integrierte Büro nach den Wahlen 2012 ersetzen könnte.

2.15.10. Guinea-Bissau

Resolution 1876 des VN-SR vom 26. Juni schuf mit 1. Jänner 2010 ein Integriertes Büro der VN für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (**UNIOGBIS**) und beendete gleichzeitig das Mandat des bisherigen Integrierten Büros der VN in Guinea-Bissau (**UNOGBIS**). Das Mandat der neuen Mission läuft zwölf Monate bis zum 31. Dezember 2010. UNIOGBIS soll die Regierung von Guinea-Bissau beim Kapazitätenaufbau, der Sicherheitssektorreform, der Bekämpfung des Drogenhandels, der Förderung der Menschenrechte und bei Reformen im Bereich gute Regierungsführung unterstützen sowie die Arbeit der Kommission für Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau fördern.

2.15.11. Westsahara

Im Jänner wurde Christopher Ross zum Persönlichen Gesandten des VN-GS für die Westsahara ernannt. Österreich unterstützte aktiv die Bemühungen von Ross um eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Marokko und der Polisario. Anfang August fanden auf Einladung Österreichs in Dürnstein erstmals seit der Verhandlungsrunde in Manhasset im März 2008 informelle Gespräche der Parteien statt. Ebenfalls anwesend waren Vertreter Algeriens und Mauretaniens. Das Mandat der Mission der VN für das Referendum in Westsahara (**MINURSO**) wurde mit Resolution 1874 vom

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

30. April um zwölf Monate verlängert. Österreich setzte sich in den Verhandlungen um diese Resolution unter anderem erfolgreich dafür ein, dass in dieser auch die Bedeutung von Fortschritten in der menschlichen Dimension des Konflikts für die Vertrauensbildung und den Dialog zwischen den Parteien ausdrücklich anerkannt wird.

3. Nukleare Abrüstung und nukleare Nonproliferation

Am 24. September fand das erste Treffen des Sicherheitsrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zum Thema nukleare Abrüstung und nukleare Nonproliferation statt. Das Treffen stand unter dem Vorsitz von US-Präsident Barack Obama; für Österreich nahmen Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger teil. Bundespräsident Fischer hob in seiner Rede Österreichs Unterstützung für eine Nuklearwaffenverbotskonvention hervor und betonte, dass Nuklearwaffenstaaten ihre Nukleararsenale weiter reduzieren sollten, ein Prozess zum In-Kraft-Treten des Atomteststoppvertrags entworfen werden müsse und die Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus unter IAEO Kontrolle eine wertvolle vertrauensbildende Maßnahme darstellen würde. Ergebnis des Gipfeltreffens war die einstimmig angenommene Resolution 1887, die als wichtiger Beitrag zur Schaffung einer Welt ohne Nuklearwaffen gewürdigt wurde. Darin ruft der VN-SR die verbleibenden Nichtvertragsparteien des Nonproliferationsvertrags (**NPT**) auf, letzterem beizutreten und fordert alle Staaten auf, Nuklear-testexplosionen zu unterlassen und den umfassenden Atomteststoppvertrag (**CTBT**) zu unterzeichnen bzw. zu ratifizieren. Weiters ruft er die Abrüstungskonferenz auf, einen Vertrag zum Verbot der Produktion spaltbaren Materials (**FMCT**) zu verhandeln, zeigt sich besorgt über bestehende Herausforderungen des Nonproliferationsregimes (Iran und die Demokratische Volksrepublik Korea) und fordert die Einhaltung seiner bestehenden Sanktionsresolutionen. Er ruft alle Staaten auf, strengere Exportbestimmungen für proliferationskritische Teile des nuklearen Brennstoffzyklus anzunehmen und den IAEO Gouverneursrat, bald Maßnahmen zur Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus zu treffen. Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen im Vorfeld der Resolutionsannahme und konnte dabei neben der Verankerung bedeutender Abrüstungsmaßnahmen gegen einige Widerstände sicherstellen, dass sich die Aussagen des VN-SR zur Förderung der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie explizit nur auf jene Staaten beziehen, die sich für diese Energieform entschieden haben, wobei überdies auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, höchste internationale Sicherheitsstandards zu beachten.

4. Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten

Der zu den österreichischen Prioritäten im VN-SR zählende Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, war ein Schwerpunkt

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

des österreichischen Vorsitzes im VN-SR. Am 11. November nahm der VN-SR unter der Präsidentschaft von Bundesminister Michael Spindelegger einstimmig Resolution 1894 zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten an, welche von insgesamt 31 VN-Mitgliedsstaaten miteingebracht wurde. Die Resolution wurde von Österreich vorbereitet und mit den übrigen SR Mitgliedsstaaten verhandelt. Resolution 1894 zielt einerseits darauf ab, die Einhaltung der internationalen Standards zum Schutz der Zivilbevölkerung durch Konfliktparteien zu verbessern, definiert andererseits aber auch konkrete Maßnahmen, um eine wirksamere Umsetzung von Schutzaufgaben von friedenserhaltenden Operationen der VN durch die Erarbeitung eines Operationskonzepts und „missionsweiter“ Schutzstrategien zu gewährleisten. Der Schwerpunkt der Offenen Debatte des SR am 11. November lag auf einer Stärkung der Umsetzung des Schutzes von Zivilisten in den Bereichen Respekt für die völkerrechtlichen Verpflichtungen, bessere Umsetzung der Mandate zum Schutz von Zivilisten durch friedenserhaltende Operation, und der Verbesserung des Informationsflusses an den VN-SR. An der Debatte beteiligten sich neben dem VN-GS, der stv. Hochkommissarin für Menschenrechte, Kyung-wha Kang, und dem Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten, John Holmes, insgesamt 63 VN-MS.

5. Menschenrechte von Frauen

Am 30. September nahm der VN-SR unter dem Vorsitz von US-Außenministerin Hillary Clinton einstimmig Resolution 1888 zu sexueller Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten an, die aufbauend auf Resolution 1820 (2008) auf eine Stärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten unter anderem durch die Ernennung eines/r Sonderbeauftragten des VNGS abzielt. Die nur wenige Tage danach, am 5. Oktober unter vietnamesischem Vorsitz angenommene Resolution 1889 zielt insbesondere auf die bessere Berücksichtigung der Prioritäten von Frauen und Mädchen in Postkonfliktsituationen und im Peacebuilding ab. Österreich setzte sich in den Verhandlungen zu beiden Resolutionen und den Offenen Debatten des VN-SR am 10. August und am 31. Oktober für ein Ende der Straflosigkeit von Tätern, stärkere Verantwortlichkeitsmechanismen und eine systematischere Berichterstattung an den VN-SR ein.

6. Kinder und bewaffnete Konflikte

Am 29. April fand unter dem Vorsitz Mexikos die jährliche offene Debatte des VN-SR zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte“ statt. Im Mittelpunkt stand der Vorschlag des VN-GS, nicht nur jene Konfliktparteien in die „schwarzen Listen“ des VN-GS aufzunehmen, die sich der Rekrutierung von Kindersoldaten schuldig machen, sondern auch solche, die im Kontext eines

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

bewaffneten Konflikts Kinder töten, verstümmeln oder sexuelle Gewalt gegen Kinder verüben. Die Aufnahme in die sogenannten schwarzen Listen führt zur Auslösung eines Überwachungs- und Berichtsmechanismus der VN. Diese Forderung des VN-GS wurde von Österreich unterstützt. In einer am 29. April angenommenen Vorsitzserklärung wurde zwar die Bedeutung der Ausweitung der Kriterien auf die vom VN-GS vorgeschlagenen Tatbestände anerkannt, mangels Einigung unter den SR-MS jedoch kein Beschluss dazu gefasst. Österreich setzte sich in weiterer Folge aktiv für die Ausweitung der Kriterien im Wege einer Resolution ein. Am 4. August nahm der VN-SR einstimmig die von Mexiko eingebrachte **Resolution 1882** an, mit der die geforderte Ausweitung der Kriterien auf die Tatbestände der Tötung und Verstümmelung sowie der sexuellen Gewalt gegen Kinder erfolgreich vollzogen und das bestehende System zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten erweitert wurde. Österreich konnte weiters auch Vorschläge zur Verbesserung des Kommunikationsflusses zwischen der SR-Arbeitsgruppe und den Sanktionenkomitees sowie zur Stärkung des Kampfes gegen die Straflosigkeit in der Resolution verankern.

Die Arbeitsgruppe des VN-SR zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte“ setzte sich 2009 mit sieben länderspezifischen Berichten des VN-GS zur Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten auseinander (Burundi, Kolumbien, Myanmar, Sri Lanka, Sudan, Uganda, Zentralafrikanische Republik). Weiters wurden in Bezug auf sechs Ländersituationen Schlussfolgerungen und Empfehlungen angenommen (Afghanistan, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Myanmar, Sudan und Zentralafrikanische Republik), wobei die jeweiligen Konfliktparteien zur Einstellung der von ihnen verübten Verbrechen gegen Kinder, zur Bekämpfung der Straflosigkeit sowie zur Ausarbeitung konkreter Aktionspläne zur Entlassung von Kindersoldaten aufgefordert werden.

7. Terrorismusbekämpfung

Im VN-SR befassen sich drei Unterorgane mit dem Thema Terrorismusbekämpfung: das 1373 Anti-Terrorismuskomitee, das 1267 Al-Qaida/Taliban Sanktionenkomitee und das 1540-Komitee betreffend die Non-Proliferation von Nuklear-, chemischen und biologischen Waffen. Österreich übernahm mit 1. Jänner den Vorsitz im 1267 Al-Qaida/Taliban Sanktionenkomitee. Das Komitee führt eine Liste mit den Namen von mehr als 500 Personen, Gruppen und Organisationen, die nach Meinung des VN-SR mit Al-Qaida oder den Taliban in Verbindung stehen. Das Komitee wird von einem Monitoring Team unterstützt. Die auf der Liste geführten Personen, Gruppen und Organisationen unterliegen restriktiven Maßnahmen (Einfrieren von Vermögen/wirtschaftlichen Ressourcen, Reisebeschränkung) und einem Waffenembargo. Die Hauptaufgabe des österreichischen Komiteevorsitzes bestand in der Umsetzung von Resolution 1822 (2008), die vorsieht, dass das Komitee

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

bis 30. Juni 2010 für eine generelle Überprüfung aller (zum Zeitpunkt der Annahme von Resolution 1822 gelisteten) Eintragungen auf der „Konsolidierten Liste“ sowie für die Veröffentlichung einer Begründung für die Aufnahme jeder dieser Eintragungen auf die genannte Liste Sorge trägt. Im Berichtszeitraum konnten 80 Eintragungen überprüft werden; diese Überprüfung führte zur Streichung von neun Einträgen (fünf Personen, vier Organisationen).

Der Berichtszeitraum war durch eine verstärkte öffentliche Debatte gekennzeichnet, wie am besten gewährleistet werden kann, dass Maßnahmen im Rahmen des 1267-Regimes im vollen Einklang mit der Verpflichtung zum Schutz der Grundrechte stehen. Insbesondere der EuGH fordert von den EU-Institutionen, die Sanktionsbeschlüsse des VN-SR im Rahmen der EU mit Wirksamkeit für alle EU-Staaten umzusetzen haben, immer deutlicher die Beachtung grundlegender rechtsstaatlicher Verfahrensregeln und setzt sich in diesem Zusammenhang auch mit deren Berücksichtigung durch den VN-SR selbst auseinander. Vor diesem Hintergrund kam es im Oktober auf österreichische Initiative auch zu einem Besuch einer Delegation des 1267-Komitees bei den EU Institutionen in Brüssel.

Mit der – am 17. Dezember erfolgten – Annahme von Resolution 1904 konnten die 1267-Verfahren weiter verbessert werden. Mit der auf österreichischen Vorschlag erfolgten Schaffung der Funktion einer unabhängigen Ombudsperson, an die sich gelistete Personen/Gruppen wenden können, damit sie diese bei ihren Bemühungen um eine Löschung ihrer Eintragung unterstützt, wurde ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Verfahrensregeln erzielt.

8. Drogenbekämpfung

Am 8. Dezember beschäftigte sich der VN-SR in einer offenen Debatte mit dem Thema „Drogenhandel als Bedrohung der internationalen Sicherheit“ mit besonderem Fokus auf die Situation in Westafrika. Eine in der Debatte angenommene Vorsitzserklärung qualifiziert Drogenhandel in manchen Situationen als Bedrohung der internationalen Sicherheit, erkennt die wichtige Rolle der verschiedenen VN-Gremien und von UNODC im Kampf gegen den Drogenhandel an und ruft den VN-GS auf, den Kampf gegen den Drogenhandel zum integralen Bestandteil von Konfliktpräventionsstrategien und Konfliktanalysen sowie in der Überprüfung von VN-Missionen und im Peacebuilding zu machen. Österreich nutzte diese Debatte, um sich auch besonders für die Stärkung des in Wien ansässigen Büros zur Drogenbekämpfung (**UNODC**) einzusetzen. An der Debatte nahm auch UNODC Exekutivdirektor Antonio Maria Costa teil.

*Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***9. Arbeitsgruppe über internationale Tribunale**

Österreich übernahm mit 1. Jänner den Vorsitz der informellen Arbeitsgruppe des SR über internationale Tribunale. Hauptaufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, die Einrichtung einer Institution (des sog. „Restmechanismus“) vorzubereiten, die nach der Schließung des Jugoslawien- und des Ruanda-Tribunals deren Restfunktionen übernehmen soll. Nach Diskussion der diversen Funktionen in der ersten Jahreshälfte wurde im Sommer der Bericht des VN-GS erörtert, der mögliche Funktionen, Struktur und Standorte des Restmechanismus analysiert und Empfehlungen an den VN-SR und an die Tribunale enthält. Darauf aufbauend arbeitete der österreichische Vorsitz in der zweiten Jahreshälfte den Entwurf einer Resolution für die Errichtung des Restmechanismus aus, dessen erste Lesung im Dezember abgeschlossen werden konnte. Um die Transparenz der Arbeitsgruppe zu fördern und eine breite Diskussion über den Restmechanismus zu ermöglichen, organisierte die österreichische Vertretung im Oktober ein „Arria-Formel“ Treffen des VN-SR mit den Präsidenten beider Tribunale. Weiters wurden in der Arbeitsgruppe die von Österreich eingebrachten Resolutionen 1877, 1878, 1900 und 1901 ausgearbeitet.

10. Friedenserhaltende Operationen

Zu Beginn des Jahres gab es 18 friedenserhaltende Operationen der VN, für die 120 Staaten Personal stellten. UNOMIG wurde in Folge eines Vetos durch die Russische Föderation anlässlich der Diskussion um die Mandatsverlängerung am 16. Juni eingestellt. UNMIK wurde nach der Übergabe aller Aufgaben im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und damit auch der Polizeiaufgaben an die neu geschaffene EULEX KOSOVO auf ein Minimum reduziert. Andererseits wurde MINURCAT nach dem Auslaufen der ESVP-Operation EUFOR Tchad/RCA um eine militärische Komponente erweitert. Die Gesamtstärke des entsandten Militär- und Polizeipersonals betrug mit Jahresende 98.114 Personen (31. Dezember 2008: 91.712). Die größten Operationen waren MONUC (20.255 Personen), UNAMID (19.588 Personen), UNIFIL (12.133 Personen) und UNMIL (11.347 Personen). Der Trend aus den Vorjahren, demzufolge die stärksten Personalbeiträge aus Staaten Asiens und Afrikas kommen, setzte sich fort. Vor allem bei den friedenserhaltenden Operationen in Afrika besteht weiterhin hoher Bedarf an bewaffneten Truppen mit entsprechender Schutzausrüstung.

Im Jänner begann im VN-SR – in Reaktion auf die Tatsache, dass die VN aufgrund steigender Anforderungen im Peacekeeping zunehmend an die Grenzen ihrer Kapazitäten stoßen – ein von Frankreich und Großbritannien initiiertes **Prozess zur Reform der friedenserhaltenden Operationen**. Hauptzielsetzungen dieses Prozesses sind eine verbesserte strategische Gesamtsicht, Lösungsansätze zur Bewältigung der Ressourcenknappheit und die Erarbeitung von Lehren aus der Umsetzung bisheriger Mandate – mit dem Ziel, ein

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Auseinanderklaffen zwischen Mandat und tatsächlicher Umsetzung zu verhindern. Die Reformarbeiten werden auch durch die reaktivierte Arbeitsgruppe des VN-SR zu friedenserhaltenden Operationen unterstützt, indem diese als Forum für einen Dialog zwischen SR-Mitgliedern, dem VN-Sekretariat und den truppen- und polizeistellenden Ländern genutzt wird. Parallel hat das VN-Sekretariat mit dem Dokument „New Horizon for Peacekeeping“ seine eigenen Reformüberlegungen präsentiert. Österreich setzte sich in dieser Debatte insbesondere für einen besseren Informationsaustausch zwischen den VN, Truppenstellern und den jeweiligen Parteien ein.

Der **Sonderausschuss für friedenserhaltende Operationen** beschäftigte sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit der Weiterentwicklung und Verstärkung der Empfehlungen aus 2008 zu friedenskonsolidierenden Maßnahmen in Postkonflikt-Situationen, zur Sicherheit des VN-Personals, zur Verbesserung der Kapazitäten der VN und der „afrikanischen Kapazität für friedenserhaltende Operationen“ sowie zur Zusammenarbeit der VN mit regionalen Organisationen, insbesondere mit der AU. Als Fortschritt ist aus österreichischer Sicht anzusehen, dass der Ausschuss die Stärkung der Kapazitäten des VN-Sekretariats in den Bereichen Polizei, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitssektorreform empfahl und zum ersten Mal die vertiefte Behandlung von Mandaten zum Schutz von Zivilisten in friedenserhaltenden Operationen beschloss. Österreich setzte sich vorrangig für die Verbesserung der Sicherheit des Personals in friedenserhaltenden Operationen, für die Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen von Untersuchungen sowie für einen besseren Informationsaustausch zwischen den VN, Truppenstellern und den jeweiligen Parteien ein.

Zu Jahresende standen 402 ÖsterreicherInnen (391 SoldatInnen und 11 Militärbeobachter) in sechs friedenserhaltenden Operationen der VN sowie 441 ÖsterreicherInnen in der – vom VN-SR autorisierten – NATO-geführten Friedensmission im Kosovo (**KFOR**) im Einsatz. An der – vom VN-SR autorisierten – NATO-geführten ISAF-Mission in Afghanistan nahmen Ende 2009 drei, an der EU-geführten Operation in Bosnien und Herzegowina (**EUFOR-Althea**) 134 ÖsterreicherInnen teil. An der EU-Operation im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (**EUFOR Tchad/RCA**) nahmen im Zeitpunkt der Übertragung ihrer Aufgaben an die VN-Operation MINURCAT im März 170 Angehörige des Bundesheeres teil. In den VN-geführten Missionen und Friedenseinsätzen leistete Österreich zu Jahresende unter den Ländern der EU nach Italien, Frankreich, Spanien und Irland den fünftgrößten Personalbeitrag. Insgesamt nahm Österreich Platz 37 unter den 115 Truppenstellern der VN ein.

11. Die Reformdebatte

Die seit Jahren geführte Debatte über eine Reform des VN-SR wurde durch den Beginn zwischenstaatlicher Verhandlungen im Februar auf eine neue

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Ebene gehoben. Trotzdem konnte in den Hauptfragen – Kategorien der Mitgliedschaft, die Frage des Vetos, die Frage der Regionalen Vertretung, Zahl der Mitglieder in einem erweiterten Sicherheitsrat, sowie Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats und Beziehungen zwischen Sicherheitsrat und Generalversammlung – keine entscheidende Annäherung erzielt werden. Insbesondere verhinderte die fortbestehende Uneinigkeit der VN-Mitgliedstaaten in der Frage der Erweiterung um neue ständige Mitglieder konkrete Reformschritte. Auch hinsichtlich einer möglichen „Zwischenlösung“, die eine neue Kategorie von „längerfristigen Mitgliedern“ umfassen könnte, wurden bislang keine Fortschritte erzielt.

IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung

Die Kommission für Friedenskonsolidierung (**PBC**) wurde als gemeinsames Unterorgan der VN-GV und des VN-SR am 20. Dezember 2005 gegründet und nimmt dadurch eine Sonderstellung im VN-System ein. Der Schaffung der PBC lag die Absicht zu Grunde, den Rückfall von Staaten, die gerade einen bewaffneten Konflikt durchlaufen hatten, in einen neuen Konflikt zu verhindern und die oftmals feststellbare Lücke zwischen dem Ende einer friedenserhaltenden Operation und dem Wirksamwerden von Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit überbrücken zu helfen. Die PBC beendete am 30. Juni ihre dritte Sitzungsperiode und nahm ihren dritten Jahresbericht an. Unmittelbar im Anschluss wurde ihre vierte Sitzungsperiode eröffnet. Die PBC konnte im dritten Jahr ihre Beraterrolle stärken und die Länder auf ihrer Tagesordnung (Burundi, Sierra Leone, Guinea-Bissau, Zentralafrikanische Republik) effizienter unterstützen. Vor allem die länderspezifischen Formate der PBC und deren Besuche in den Ländern auf der Agenda der PBC konnten zu einem ergebnisorientierteren Arbeiten der PBC beitragen. **Österreich** wurde im Juli **Mitglied der länderspezifischen Formation für Sierra Leone** und brachte sich aktiv in den relevanten Sitzungen ein. Gemäß der Gründungsresolutionen der PBC soll diese vor Ablauf von fünf Jahren einer Überprüfung unterzogen werden. Diese soll konkret mit Ende der 64. Generalversammlung im Sommer 2010 abgeschlossen sein. Der Präsident der Generalversammlung hat im Dezember nach Rücksprache mit dem VN-SR Irland und Südafrika sowie den derzeitigen SR-MS Mexiko zu Kofazilitatoren für diesen Überprüfungsprozess ernannt.

V. Der Wirtschafts- und Sozialrat

1. Allgemeiner Teil

Die Jahrestagung des Wirtschafts- und Sozialrates (**ECOSOC**) fand vom 6.–30. Juli in Genf statt. Der Tagungsteil auf hoher Ebene war den entwicklungspolitischen Aspekten der globalen öffentlichen Gesundheit gewidmet. In einer

Der Internationale Gerichtshof

Ministererklärungen bekräftigten die Mitgliedstaaten die Millenniums-Erklärung und bekannten sich insbesondere zur Umsetzung jener drei Millenniums-Entwicklungsziele, welche direkt die Verbesserung der Gesundheit betreffen (Millennium Entwicklungsziel 4: Verringerung der Kindersterblichkeit; Millennium Entwicklungsziel 5: Verbesserung der Gesundheit der Mütter; Millennium Entwicklungsziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen übertragbaren Krankheiten). Im Rahmen des jährlichen ministeriellen Überprüfungstreffens präsentierten acht Länder (Bolivien, China, Jamaika, Dominikanische Republik, Japan, Mali, Sri Lanka und Sudan) ihre Anstrengungen zur Armutsbekämpfung. In Weiterverfolgung des Tagungsteils auf hoher Ebene im Jahr 2008 legte der Tagungsteil für Koordinationsfragen den Schwerpunkt auf die Rolle des VN-Systems bei der Förderung nachhaltiger Entwicklung. Der Tagungsteil für operative Entwicklungsaktivitäten war der Frage gewidmet, wie das Entwicklungssystem der VN die Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer nationalen Prioritäten und der Erreichung der international anerkannten Entwicklungsziele am effektivsten unterstützen kann. Im allgemeinen Tagungsteil wurden die Berichte der Fachkommissionen und Sachverständigengruppen des ECOSOC behandelt.

2. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) ist eine der fünf Regionalkommissionen der VN mit Sitz in Genf. Ziel der Organisation ist die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten durch Normsetzung und technische Zusammenarbeit in so unterschiedlichen Bereichen wie Verkehr, Umwelt, Energie, Handel oder Statistik.

Bundesminister Michael Spindelegger stattete dem Exekutivsekretär der UNECE Ján Kubiš am 2. September einen Besuch ab. Österreich unterstützt die UNECE insbesondere in den Themenbereichen energieeffizienter Wohnbau und Fragen des Alterns der Gesellschaft, bei den Projekten Transeuropäische Straße und Transeuropäische Schiene sowie im Umweltbereich.

VI. Der Internationale Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof (IGH) ist das einzige internationale Gericht mit universellem Charakter und genereller Jurisdiktion. Alle 192 VN-MS sind Vertragsparteien des Gerichtsstatuts, 66 davon haben sich gemäß Art 36 Abs 2 der obligatorischen Gerichtsbarkeit unterworfen. Derzeit sind vor dem Gerichtshof 14 Fälle anhängig.

Im Jänner entschied der Gerichtshof, dass die USA durch die Hinrichtung eines mexikanischen Staatsbürgers ihre durch eine einstweilige Verfügung

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

festgelegten Verpflichtungen verletzt haben. Die übrigen Anträge Mexikos wurden abgewiesen. Im Februar legte der IGH den Grenzverlauf im Schwarzen Meer zwischen Rumänien und der Ukraine fest, wobei er rund 80% der 12.400 km² großen umstrittenen Fläche Rumänien zusprach. Im Mai wies der Gerichtshof das Ersuchen Belgiens um Erlassung einer einstweiligen Verfügung ab, weil nach seiner Ansicht keine unmittelbare Gefahr einer irreparablen Schädigung der von Belgien geltend gemachten Rechte durch den Senegal bestand. Im Juli sprach der IGH Costa Rica umfassende Nutzungsrechte am San-Juan-Fluss zu und stellte mehrere Verstöße Nicaraguas gegen das bilaterale Grenzabkommen aus dem Jahre 1858 fest. Im Verfahren zur Feststellung der Völkerrechtskonformität der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo gab Österreich im April eine schriftliche Stellungnahme ab und nahm an den mündlichen Anhörungen im Dezember teil.

VII. Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Um den drängenden, aktuellen Herausforderungen der Armut- und Hungerbekämpfung zu begegnen, wurde vom 16.–18. November in Rom ein Weltgipfel zur Nahrungsmittelsicherheit mit zahlreichen hochrangigen Regierungsvertretern abgehalten. In der einstimmig verabschiedeten Schlussklärung bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihre Entschlossenheit, am Millennium Entwicklungsziel 1 (Halbierung der Zahl der Hungernden und Unterernährten bis 2015) festzuhalten und sprachen sich für eine Erhöhung des landwirtschaftlichen Anteils an der Entwicklungshilfe aus. Organisatorisch wird künftig das Komitee für Nahrungsmittelsicherheit eine zentrale Rolle als internationale Plattform für die weltweite Nahrungsmittelsicherheit spielen.

Die 36. FAO-Konferenz, die vom 18.–23. November tagte, nahm die Nominierung der Mitglieder des FAO-Rates für die Periode 2009 bis 2013 sowie die Wahl des neuen unabhängigen Vorsitzenden des Rates, Luc Guyau, vor. Weiters wurde das Budget mit den verpflichtenden Mitgliedsbeiträgen für die Finanzperiode 2010–2011 beschlossen.

Bei der 3. Sitzung des Lenkungsorgans des Internationalen Vertrages über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (**ITPGRFA**) vom 1.–5. Juni in Tunis wurde Österreich zum Vorsitz gewählt. Dies ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, da seitens der Vereinten Nationen das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der Biodiversität erklärt wurde.

Der jährlich am 16. Oktober von der FAO ausgerufene Welternährungstag stand unter dem Motto „Ernährungssicherheit in Zeiten der Krise“. Aus die-

Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

sem Anlass veranstalteten das BMLFUW gemeinsam mit dem BMeiA und weiteren zwei Mitveranstaltern am 8. Oktober eine international besetzte Podiumsdiskussion unter Mitwirkung des VN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung sowie eines hochrangigen Vertreters der FAO, die auf reges Interesse stieß.

2. Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Österreich ist für die Periode 2008–2011 Vollmitglied des Verwaltungsrats der Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise war beherrschendes Thema in der ILO, die insbesondere auf die dadurch verursachte Beschäftigungskrise hinwies. Vom 15.–17. Juni fand ein ILO-Gipfel zur globalen Beschäftigungskrise statt, bei welchem nationale und internationale Antworten auf die Krise diskutiert wurden. Bei der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) vom 3.–19. Juni wurde der „Global Jobs Pact“ angenommen, der einen Leitfaden für Maßnahmen hinsichtlich der Stimulierung der Wirtschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen und des Schutzes der durch die Krise am stärksten betroffenen ArbeitnehmerInnen darstellt. Der „Global Jobs Pact“ fand auch beim G-20 Gipfel in Pittsburgh breite Beachtung, wo ihn die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs begrüßten und ihre Bereitschaft betonten, sich für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen.

3. Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Die Internationale Fernmeldeunion (ITU) in Genf ist eine Sonderorganisation der VN, in der Regierungs- und IndustrievertreterInnen gemeinsam die Errichtung und den Betrieb von globalen Telekommunikationsnetzen und -diensten koordinieren, insbesondere die Nutzung des Funkfrequenzspektrums und des Satellitenorbits.

Die vierte Tagung des Forums für Internet-Verwaltung (IGF) fand von 15.–18. November in Sharm El Sheik statt und war den Herausforderungen durch neue Technologien gewidmet. Mit der bisher höchsten Teilnehmerzahl seit seinem Bestehen bewies das IGF seine erfolgreiche Weiterentwicklung durch Behandlung von über die eigentliche Internetverwaltung (internationale Domainverwaltung) hinausgehenden Themen wie Entwicklung, Menschenrechte, Schutz der Privatsphäre, Zugang zum Internet und Sicherheit vor allem im Umgang mit sozialen Medien. Die umfassenden Beratungen ergaben einen breiten Konsens zur Fortführung des IGF als offene Dialogplattform mit Multistakeholder-Charakter zumindest für weitere fünf Jahre, zumal eine andere Form der Behandlung des Themenkomplexes im Rahmen der VN nicht konsensfähig ist.

*Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)**

Die zentrale Aufgabe des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) ist die Armutsbekämpfung im ländlichen Raum und die Steigerung der Lebensmittelproduktion. Die Institution mobilisiert die nötigen Ressourcen zur Unterstützung der ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und von nicht rückzuzahlenden Zuschüssen. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind die Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, angepassten Technologien, fairen Märkten, Basisinfrastruktur, Gesundheitsdiensten und Grundschulbildung. In den letzten 32 Jahren finanzierte IFAD rund 808 Projekte im Wert von 10,8 Milliarden US-Dollar. Die Leistungen von IFAD ergänzen die Kredite der Weltbankgruppe und der regionalen Entwicklungsbanken. Österreich ist Gründungsmitglied von IFAD und trug bisher rund 40 Millionen Euro zum Kapital der Institution bei.

5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)

Aufgabe der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) ist die weltweite Förderung der sicheren und ordnungsgemäßen Entwicklung der internationalen Zivilluftfahrt in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Recht.

Seit 1. August ist Raymond Benjamin (Frankreich) für eine Dreijahresperiode Generalsekretär der ICAO. Der Österreicher Christian Schleifer ist seit 1. Juli Mitglied der ICAO Luftfahrtkommission, die mit weisungsfreien ExpertInnen aus den ICAO Vertragsstaaten besetzt und in allen technischen Belangen zwingend zu hören ist. In Folge des hochrangigen Treffens zum Thema Klimawandel, das von 7.–9. Oktober in Montreal stattfand, konnte ein Fortschritt in der Festsetzung von Emissionszielen für den Luftfahrtsektor erzielt werden. Im Kreis der Staaten und der Luftfahrtindustrie gewinnt die Auffassung an Boden, dass der luftfahrtinduzierte Treibhausgasausstoß mittelfristig begrenzt und längerfristig reduziert werden muss.

6. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Die Bulgarin Irina Bokova trat am 15. November die Nachfolge des scheidenden Generaldirektors Koichiro Matsuura (Japan) als erste Frau und erste Vertreterin der Osteuropäischen Ländergruppe an der Spitze der UNESCO an. Ihr Mandat beträgt vier Jahre. Trotz intensiver Bemühungen ist es nicht gelungen, für die Kandidatur der österreichischen EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, eine ausreichende Anzahl an Stimmen in der Generalkonferenz zu erreichen,

Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

woraufhin Benita Ferrero-Waldner ihre Bewerbung nach dem dritten Wahlgang zurückzog.

Die Generalkonferenz verabschiedete außerdem das neue Zweijahresprogramm und das Budget für die Jahre 2010–2011 in Höhe von 653 Millionen US-Dollar. Dies bedeutet eine nominelle Erhöhung von 3,5%. Bildung bleibt weiter die oberste Priorität mit einem Budget von 118,5 Millionen US-Dollar. Auf die Wissenschaftsprogramme entfallen 89 Millionen US-Dollar, der Kultursektor wurde mit 53 Millionen US-Dollar und der Bereich Information und Kommunikation mit 33 Millionen US-Dollar dotiert.

Turnusgemäß wurden auch die Hälfte der 58 Mitglieder des Exekutivrates sowie sämtliche subsidiäre Komitees neu gewählt. Im Rat des Programms Mensch und Biosphäre (**MAB**) wurde Österreichs Mitgliedschaft bestätigt. Erfolgreich war Österreich auch bei der Wahl in das zwischenstaatliche Bioethik-Komitee (**IGBC**) und in den Zwischenstaatlichen Rat des **MOST**-Programms (Management of Social Transformations). Daneben ist Österreich weiterhin im Zwischenstaatlichen Komitee des Programms Leibeserziehung und Sport (**CIGEPS**) sowie im Programm Information für Alle (**IFAP**) vertreten.

Im Bereich Bildung fanden folgende internationale Konferenzen statt: die Weltkonferenz über Erziehung für Nachhaltige Entwicklung Ende März in Bonn, die Weltkonferenz über höhere Bildung von 6.–8 Juli in Paris sowie die Internationale Konferenz für Erwachsenenbildung (**CONFINTEA VI**) in Belem (Brasilien). Von 7.– 23. Oktober tagte die 35. UNESCO – Generalkonferenz, bei welcher die österreichische Delegation unter der Leitung von Bundesministerin Claudia Schmied stand.

Ein bedeutsamer Schritt zur Erhaltung des materiellen Kulturerbes war das Inkrafttreten der Konvention zum Schutz des Unterwasser-Kulturerbes. Fortschritte gab es auch bei der Umsetzung des Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Von 15.–18. Juni tagte die 2. Vertragsstaatenkonferenz, die die Operativen Richtlinien zur Implementierung der Konvention verabschiedete.

7. Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Bei der vom 18.–22. Mai in Genf abgehaltenen 62. Tagung der Weltgesundheitsversammlung konnte Taiwan unter der Bezeichnung „Department of Health, Chinese Taipei“, erstmals Beobachterstatus gewährt werden, auf Grundlage einer Einigung zwischen der Volksrepublik China und Taiwan. Thematisch stand die Tagung ganz im Zeichen der Neuen Grippe (**H1N1**). Zu diesem Thema sowie zu Fragen der Stärkung der primären Gesundheitssysteme auf allen Ebenen und des Zusammenhangs zwischen Schutz- und Urheberrechten einerseits und Innovationsförderung beziehungsweise

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Zugang zu Arzneimitteln gegen armutsbedingte Krankheiten andererseits wurde eine Reihe von fachspezifischen Resolutionen angenommen.

Bei der Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa (Kopenhagen, 14.–17. September) wurde die bisherige Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten in Stockholm, Zsuzsanna Jakab (Ungarn), zur neuen Direktorin des WHO-Regionalbüros in Kopenhagen mit im Jahr 2010 beginnender fünfjähriger Amtsdauer designiert.

8. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die 1957 gegründete Internationale Atomenergie-Organisation (**IAEO**) in Wien ist eine autonome Organisation im System der Vereinten Nationen. Ihre Hauptaufgabe ist die weltweite Förderung der friedlichen Nutzung von Kernenergie sowie die Verifikation der Einhaltung der Verpflichtungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (**NPT**).

Die Überprüfung des Nuklearprogramms im Iran durch die IAEO fand wieder breites Interesse in der Öffentlichkeit. Im Gouverneursrat vom November wurde im Anschluss an die Bekanntgabe des Baus einer zweiten Anreicherungsanlage der Iran mit einer Resolution zur Einhaltung sämtlicher Verpflichtungen aufgefordert und der VN-SR über die jüngsten Entwicklungen informiert.

Ebenfalls im November genehmigte der Gouverneursrat den Abschluss eines Vertrages der IAEO mit der Russischen Föderation zur Einrichtung einer Brennstoffreserve. Österreich hofft, dass im Anschluss daran weitere Schritte in Richtung einer Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus gesetzt werden, damit die Anwendung der Nukleartechnologien einer direkten IAEO Kontrolle und somit den strengsten Bedingungen für Sicherheit und Nichtverbreitung unterliegt.

Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei (Ägypten) beendete seine zwölfjährige Amtszeit als IAEO-Generaldirektor und wurde auch von Bundespräsident Heinz Fischer für seine Verdienste mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen am Bande ausgezeichnet. Im Dezember folgte der japanische Diplomat Yukiya Amano als neuer Generaldirektor.

9. Welttourismusorganisation (UNWTO)

Die Welttourismusorganisation (**UNWTO**) mit Sitz in Madrid ist führend auf dem Gebiet des Tourismus und dient als Forum für Tourismuspolitik, Know-how und Statistiken. Ihr gehören 154 Vollmitglieder und sieben assoziierte Mitglieder an. Österreich ist seit 1975 Vollmitglied und war 1995–2007 Mitglied im Programmkomitee, in dem es von 1999 bis 2007 den Vorsitz inne hatte. Die 49. Tagung der Europakommission (**CEU**) fand vom 24.–26. März in Baku statt, die 50. Tagung der CEU fand in Astana am Rande der 18. Gene-

Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

ralversammlung statt. Die Generaldebatte der 18. Generalversammlung vom 5.–8. Oktober in Astana beschäftigte sich mit den Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise auf den Tourismus und möglichen Gegenmaßnahmen. Ebenfalls wurde während der Generalsversammlung der neue Generalsekretär der UNWTO, der Jordanier Taleb Rifai, für die Funktionsperiode 2010 bis 2013 bestellt und seine Reformpläne für die Organisation gutgeheißen. Das BMWFJ und die Statistik Austria organisierten gemeinsam mit der UNWTO in Wien Arbeitstagungen und Seminare zur Verbesserung der Tourismusstatistik südosteuropäischer und zentralasiatischer Länder.

10. Weltpostverein (UPU)

Der Weltpostverein (UPU) wurde 1874 gegründet und ist neben der ITU die älteste internationale Organisation. Österreich ist seit der Gründung Mitglied der UPU. Der Weltpostverein regelt den internationalen Postverkehr und empfiehlt Maßnahmen zur Steigerung des Postaufkommens sowie zur qualitativen Verbesserung der Postdienste. Weiters betätigt er sich als Berater, Vermittler und Verbindungsglied. Der UPU wurde von der Zentralstelle für die Vergabe von Internet-Namen und –Adressen, in dessen Beratungsausschuss der Regierung Österreich eine aktive Rolle spielt, die „Top-Level-Domain“ „.post“ übertragen. Die Vergabe der „Second-Level-Domains“ obliegt nun der UPU.

11. Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO)

Der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) mit Sitz in London gehören 169 Mitgliedstaaten an. Österreich ist der IMO im Jahre 1975 beigetreten. Die 26. Generalversammlung im Dezember befasste sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Sicherheit und des Umweltschutzes in der Schifffahrt, darunter das nach wie vor akute Problem der Piraterie vor Somalia, zu dem eine neue Resolution angenommen wurde. Weitere Themen waren das Flaggenstaaten-Audit, neue Richtlinien für Schiffe, die in der Polarregion operieren, sowie der High-level Aktionsplan der IMO für die Jahre 2010 und 2011. In den während der IMO-Generalversammlung durchgeführten Wahlen in den IMO-Rat wurden am 27. November die bestehenden Mitglieder für die Kategorie A und Kategorie B bestätigt; in der Kategorie C waren sämtliche Kandidaturen von EU-MS von Erfolg gekrönt.

12. Weltorganisation für Meteorologie

Vom 31. August bis 4. September fand in Genf die **Dritte Weltklimakonferenz** statt. Österreich war mit einer Delegation unter der Leitung von Bundesminister Johannes Hahn an der Konferenz vertreten. Wesentliches Ergebnis war der Beschluss über die Schaffung eines globalen Netzwerks für Kli-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

mainformationen und -dienstleistungen (**GFCS**), das die Stärkung der Herstellung, Zugänglichkeit, Übermittlung und Anwendung von wissenschaftsbasierten Klimaprognosen und -dienstleistungen zum Ziel hat und bis zum Jahr 2011 eingerichtet werden soll.

D. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zählen Serviceleistungen für AuslandsösterreicherInnen sowie für jene MitbürgerInnen, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Dies gilt nicht nur für die konsularische Betreuung im Einzelfall, sondern umfasst auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen. Die Hilfeleistung erfolgt in der Regel durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, wobei erforderlichenfalls die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet werden. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, wird in dringenden Notfällen die lokale Vertretung eines EU-Mitgliedstaats eingeschaltet (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-BürgerInnen gemäß Art 20 EGV bzw. – seit 1. Dezember – Art. 23 AEUV).

Mit der Novellierung des Konsulargebührengesetzes per 1. Jänner 2010 wurden Anpassungen an Änderungen im Gebührengesetz 1957 vollzogen (Vergebührung bei Beantragung von Aufenthaltstiteln, Gebührenbefreiung von Protokollen und Abschriften bei Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, verminderte Gebühren für Personalausweise von Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben). Ferner wurde die Ersatzpflicht der Betroffenen für Auslagen, die österreichischen Vertretungsbehörden im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Schutz österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland erwachsen, neu geregelt. Amtshandlungen im Zusammenhang mit den Opfern der Verfolgung bis 1945 wurden generell von Konsulargebühren befreit und die Vergebührung von Amtshandlungen, die außerhalb der Dienststunden österreichischer Vertretungsbehörden notwendig werden, geändert.

1. Bürgerservice

Das Bürgerservice des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten bietet in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden konsularische Hilfestellung bei Notlagen österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland. Unter der Telefonnummer 0501150-4411 stehen rund um die Uhr MitarbeiterInnen des BMeiA für konsularische Notfälle zur Verfügung. Im Monatsdurchschnitt sind unter dieser Telefonnummer knapp über 1.200 Anrufe zu verzeichnen. Überdies stehen die Telefonnummern 0 50 11-3775 und 0 50 11-3900 für Anfragen zu Reiseinformationen und allgemeine Auskünfte betreffend Visaerteilung, Dokumentenbeschaffung aus dem Ausland, Beglaubigungen, Behördenwege etc. zur

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

Verfügung. Im Monatsdurchschnitt sind unter diesen drei Telefonnummern 3.400 Telefonanrufe und in Spitzenzeiten knapp über 5.000 Anrufe monatlich zu verzeichnen.

Während im Jahr 2000 noch 7.527.800 Urlaubs- und Geschäftsreisen von in Österreich mit Hauptwohnsitz aufhältigen BürgerInnen zu verzeichnen gewesen sind, stieg diese Zahl im Jahr 2009 auf 10.121.000 Reisen. Berücksichtigt man die in diesen Statistiken nicht erfassten Auslandstagesreisen, dann haben im Jahr 2008 Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich insgesamt ca. 13,5 Millionen Auslandsreisen unternommen (Quelle: Statistik Austria: Urlaubs- und Geschäftsreisen Kalenderjahr 2009).

Die Zunahme von Auslandsreisen österreichischer StaatsbürgerInnen spiegelt sich auch in der Inanspruchnahme von konsularischer Unterstützung bei Krankheit, Unglücks- und Todesfällen im Ausland wider. Dabei stieg auch die Zahl der Betreuungs- und Heimsendungsfälle von psychisch labilen oder geistig erkrankten österreichischen StaatsbürgerInnen. Insgesamt standen Budgetmittel von ca. 240.000 Euro zur Unterstützung von österreichischen StaatsbürgerInnen in Notsituationen im Ausland zur Verfügung.

Dank des hohen Bekanntheitsgrads der Reisehinweise, die Auslandsreisenden als objektives Informationsmedium dienen, verzeichnete die Webseite des BMeiA www.aussenministerium.at, zu Spitzenzeiten bis zu 500.000 Zugriffe pro Monat. In Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und den EU-Partnern wird vor allem die Einschätzung der Sicherheitslage in den einzelnen Ländern laufend aktualisiert.

Das Bürgerservice hat am 26. Oktober die Sicherheits- sowie Notfallkarte, die Reiseinformationen auf der Webseite des BMeiA und die verschiedenen Möglichkeiten der Hilfestellung durch das Bürgerservice und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland im Rahmen des Tages der offenen Tür präsentiert.

2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement

2.1. Die nationale Dimension

Naturkatastrophen, Terroranschläge sowie Bürgerkriege verdeutlichen die zunehmende Bedeutung von Krisenvorsorgemaßnahmen des BMeiA und der Vertretungsbehörden im Ausland. Zur weiteren Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit wurden umfangreiche Schulungen konsularisch ausgebildeter MitarbeiterInnen für den Einsatz in Kriseneinsatzteams durchgeführt und die technische Ausrüstung durch den Aufbau mobil einsetzbarer Kriseneinsatzeinheiten verbessert.

Auch wenn im Jahr 2009 keine größeren Naturkatastrophen oder Terroranschläge, von denen österreichische StaatsbürgerInnen unmittelbar betroffen gewesen wären, zu verzeichnen waren, haben sich doch im Jahr 2009 aufgrund der politischen Unruhen in Moldau, in Thailand und im Iran sowie

Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

aufgrund des Erdbebens in Italien zahlreiche ÖsterreicherInnen beim Bürgerservice sowie bei vor Ort befindlichen österreichischen Vertretungsbehörden über die Sicherheitslage in diesen Ländern in vermehrtem Ausmaß erkundigt.

2.2. Die EU-Dimension

Aufbauend auf den nationalen Maßnahmen gab es in Krisenfällen eine verstärkte Kooperation der betroffenen EU-Mitgliedstaaten im Dienste der BürgerInnen der Union, die schon während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 besonders forciert worden war. Zwischen den Krisenzentren in den Hauptstädten, Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern sowie nationalen Krisenteams vor Ort wurden laufend Informationen ausgetauscht und koordiniert, gemeinsame Informationsstellen an Flughäfen, in Flüchtlingszentren, Spitälern und Hotels errichtet, gemeinsame Suchteams zum Auffinden von EU-BürgerInnen gebildet, gemeinsame Evakuierungsmaßnahmen vorbereitet sowie Behörden des Gastlandes nach Abstimmung kontaktiert.

3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen

Hilfestellungen in Rechtsangelegenheiten wurden in insgesamt 6610 Fällen geleistet, wobei die Vertretungsbehörden allerdings weder direkt in laufende Verfahren eingreifen können noch in privatrechtlichen Angelegenheiten zur Vertretung österreichischer StaatsbürgerInnen als Partei befugt sind.

4. Neue Verträge

Das Abkommen zwischen der Bundesministerin für Inneres der Republik Österreich und dem Minister für Inneres der Republik Kosovo über die polizeiliche Zusammenarbeit wurde am 12. August in Pristina unterzeichnet.

Die Verhandlungen über einen bilateralen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Republik Brasilien über die Auslieferung wurden im April aufgenommen.

Verhandlungen zur Änderung und Ergänzung des Vertrags zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit von 2005 wurden im Mai aufgenommen.

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Marokko über die Zusammenarbeit im Bereich des Zivilschutzes wurde am 9. November unterzeichnet und das Abkommen zur Genehmigung dem Nationalrat zugeleitet.

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

II. Reise- und Grenzverkehr

1. Sichtvermerksangelegenheiten

Österreichische StaatsbürgerInnen können in 105 (2008: 105) Staaten, unter anderem in alle Nachbarstaaten, nach Japan, Kanada, in die USA sowie in viele weitere Staaten Afrikas, Asiens und Südamerikas, mit gewöhnlichen Reisepässen sichtvermerksfrei einreisen. Staatsangehörige von 129 (2008: 138) Staaten benötigen für die Einreise nach Österreich einen Sichtvermerk.

Die österreichischen Vertretungsbehörden erteilten insgesamt 317.300 Visa, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 16% bedeutet. Dieser Rückgang ist zum einen die Konsequenz der angespannten wirtschaftlichen Lage seit Mitte des Jahres 2008. Zu berücksichtigen ist aber auch der Umstand, dass die Zahl der längerfristigen Visa – bedingt durch bereits in Kraft getretene Visaerleichterungsabkommen – zugenommen und die Gesamtzahl der erteilten Visa damit wohl abgenommen hat. In Rechnung zu stellen ist ferner auch der Beitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen, der dazu führte, dass die dort aufhältigen Drittstaatsangehörigen für Einreise und/oder Transit durch Österreich keine Visa mehr benötigen.

Mit Wirkung vom 19. Dezember wurde nach intensiven Vorarbeiten die Visumpflicht für Staatsangehörige von Mazedonien, Montenegro sowie Serbien für die Schengener Staaten aufgehoben. Ein ähnlicher Schritt für Bosnien und Herzegowina und Albanien ist in Planung, sobald diese alle notwendigen Kriterien erfüllen. Weiters hat die Europäische Kommission mit Kap Verde und Georgien Verhandlungen über Visumerleichterungen und Rückübernahme begonnen.

Im Sinne der zwischen Österreich und der Schweiz angestrebten verstärkten Zusammenarbeit in Konsular- und Visaangelegenheiten ist seit Februar eine österreichische Konsularbedienstete an der Schweizer Botschaft in Santo Domingo/Dominikanische Republik mit der Übernahme konsularischer Angelegenheiten für ÖsterreicherInnen betraut. Nach Inkrafttreten des Abkommens über die gegenseitige Vertretung in Visaangelegenheiten wird die Schweizer Botschaft mit Unterstützung der österreichischen Konsularbediensteten auch die Erteilung von Visa vor Ort übernehmen. Die Vertretung Österreichs durch die Schweiz bei der Erteilung von Schengenvisa im Kosovo ist ebenso in Vorbereitung. Weitere Vertretungen sind Gegenstand von Verhandlungen.

Ebenso wurden mit Litauen und Estland Abkommen über die gegenseitige Vertretung in Visaangelegenheiten abgeschlossen. Mit Tschechien und Lettland sind solche Abkommen in Vorbereitung.

Am 28. August fand ein Treffen von Vertretern von 18 Schengenstaaten in Wien mit dem Ziel statt, die gegenseitige Vertretung der Schengenstaaten zu intensivieren, um Synergien zu nutzen und den Antragstellern ein noch besseres Service bzw. ein noch dichteres Vertretungsnetz bieten zu können.

Reise- und Grenzverkehr

Dabei wurde auf österreichischen Vorschlag hin eine gemeinsame „Schengen-Börse“ ins Leben gerufen.

Am 16. September trat der neue EU-Visakodex in Kraft, der die verschiedenen bisherigen EU-Rechtsakte im Visumbereich zusammenfasst und ersetzt sowie das Visumrecht vereinheitlicht. Diese Verordnung kommt ab 5. April 2010 zur Anwendung.

Mit der Slowakei wurde am 23. Oktober ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und konsularische Vertretungen ihrer Staaten im Verfahren der Visaerteilung unterzeichnet. Eine entsprechende Durchführungsvereinbarung zur Festlegung der genauen Dienstorte ist in Verhandlung.

2009 wurden in fortgesetzter Umsetzung der Empfehlungen der Visakommission auch die Maßnahmen zur Erhöhung der Prüfsicherheit und Effizienz im Visabereich sowie der Serviceorientiertheit weiter entwickelt:

Am 22. und 23. Juni wurde im BMeiA gemeinsam mit dem BMI ein Visa-Workshop organisiert, um den Konsularbediensteten die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen im Sinne von „best practices“ auszutauschen und die Visumadministration noch missbrauchssicherer zu machen. Am 9. September wurde ferner ein Visaworkshop für AmtsleiterInnen abgehalten, bei dem ein eigens für MissionsschefInnen erarbeiteter Leitfaden zur Visumadministration vorgestellt wurde. Weiters wurde die Tätigkeit der gemeinsamen Schulungs- und Prüfteams des BMeiA und des BMI an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland intensiviert. Die Inspektionstätigkeit wurde auch 2009 intensiv weitergeführt, wobei Prüfungen von Dienststellen in besonders migrationskritischen Staaten gemeinsam mit dem BMI vorgenommen wurden.

Die enge Zusammenarbeit mit dem BMI zur Analyse der Entwicklung der Visazahlen, zur Umsetzung bzw. zum laufenden Monitoring der gemeinsamen Schulungen im Konsularbereich sowie der Evaluierung der Visumadministration an den Vertretungsbehörden wurde ebenfalls intensiv fortgesetzt. Zusätzlich dazu wurden die gemeinsamen Evaluierungen der Visumpraxis vor Ort mit der Schweiz fortgeführt. Die Ergebnisse waren für beide Seiten sehr fruchtbar.

Die enge Kooperation mit der WKÖ im Rahmen eines Runden Tisches mit der Tourismuswirtschaft sowie eines Dialogforums zum Thema Visa für Geschäftsreisende wurde um die gegenseitige Teilnahme an den jeweiligen Informationsveranstaltungen und Workshops erweitert. 2009 konnte gemeinsam mit dem BMI die elektronische Verpflichtungserklärung auch für Reisebüros eingeführt werden. Um den AntragstellerInnen bzw. deren EinladereInnen einen noch besseren Zugang zu Visainformationen bzw. zur Terminvergabe zu ermöglichen, wurde bereits an mehreren Dienstorten die Möglichkeit der Inanspruchnahme externer Call-Center geschaffen.

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

2. Grenzverträge

Die Verhandlungen über den Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den Verlauf der Staatsgrenze in den Grenzabschnitten VIII bis XV und XXII bis XXVII konnten abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung und Ratifikation des Vertrags soll nach Zustimmung des Ministerrats und des Nationalrates 2010 erfolgen.

III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik

Das Abkommen über Soziale Sicherheit mit Uruguay konnte am 14. Jänner in Wien unterzeichnet werden. Im Laufe des Jahres wurden die Expertengespräche mit der UNIDO und der Republik Korea über geplante Abkommen über Soziale Sicherheit abgeschlossen und beide Abkommenstexte von der Bundesregierung genehmigt. Ferner wurden Expertengespräche mit Montenegro aufgenommen.

Mit Liechtenstein wurden Expertengespräche über ein Regierungsübereinkommen betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein aufgenommen.

IV. Die AuslandsösterreicherInnen

Die **Betreuung und Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen** sind Kernaufgaben der österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate im Ausland. Die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland stellen – ebenso wie die AuslandsösterreicherInnen-Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (www.auslandsoesterreicherInnen.at) – ein wichtiges Bindeglied der AuslandsösterreicherInnen zur Heimat oder zur früheren Heimat dar. Sie sind für AuslandsösterreicherInnen eine erste Anlauf- und Servicestelle für Pass-, Staatsbürgerschafts- und Wahlangelegenheiten, für weitere Behördenkontakte und konsularischen Schutz, für den Erhalt von Informationen mit Österreichbezug, für effektive Krisen(vorsorge)koordination sowie die Organisation und Vermittlung von Österreich-bezogenen Veranstaltungen.

Da keine Verpflichtung besteht, einen dauernden Aufenthalt im Ausland amtlich registrieren zu lassen, sind Angaben über die **Zahl der AuslandsösterreicherInnen** zum Teil Schätzungen. Belegbare Angaben drücken nicht die tatsächliche Zahl der im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen aus. Bei den österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten sind weltweit über 470.000 ÖsterreicherInnen erfasst. Insgesamt kann von gut einer halben Million AuslandsösterreicherInnen ausgegangen werden. Die meisten von ihnen leben in Deutschland (230.000), der Schweiz (40.000), den USA

Die AuslandsösterreicherInnen

(30.300), der Republik Südafrika (20.000), Australien und Großbritannien (je 15.000), sowie in Brasilien und Argentinien (je 11.000).

Zur Erleichterung der offiziellen **Registrierung** von AuslandsösterreicherInnen an österreichischen Vertretungsbehörden besteht seit dem Frühjahr 2008 eine elektronische Dateneingabe- und Datenänderungsmöglichkeit **per Internet**, die auf den Webseiten des BMeiA und der Vertretungsbehörden verfügbar ist. Damit können die Erst-Registrierung von AuslandsösterreicherInnen und auch die Änderung ihrer Kontaktdaten einfacher und rascher erfolgen.

Die Zahl der „HerzensösterreicherInnen“ – Personen, die zwar nicht österreichische StaatsbürgerInnen sind, aber entweder früher österreichische StaatsbürgerInnen waren oder sich auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen oder aus anderen Gründen Österreich besonders verbunden fühlen – kann nur geschätzt werden. Es ist davon auszugehen, dass sie ein paar Hunderttausend umfasst.

1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung der AuslandsösterreicherInnen zu Österreich wird insbesondere in **AuslandsösterreicherInnen-Vereinen** und anderen Vereinigungen im Ausland mit Österreichbezug gepflegt. Es gibt davon über 400 in fast 60 Ländern, die auf der AÖ-Webseite des BMeiA – www.auslandsoesterreicherInnen.at – unter „Kontakte“ / „Vereinigungen“ zu finden sind. Für Interessierte besteht auf der AÖ-Webseite – unter „AuslandsösterreicherInnen“ – die Möglichkeit, sich im „**AuslandsösterreicherInnen-Netzwerk**“ zu registrieren.

Der **Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB)** ist Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und AuslandsösterreicherInnen mit Sitz in Wien. Präsident ist seit 1. Juli 2004 Gustav Chlestil, Generalsekretärin Irmgard Helderstorfer. Der AÖWB unterhält eine eigene Webseite – www.weltbund.at – und gibt das Magazin „ROT-WEISS-ROT“ heraus. Er veranstaltet alljährlich ein AuslandsösterreicherInnen-Treffen in Österreich, das vom 3.–6. September in Innsbruck stattfand. Der AÖWB erhielt 2009 Subventionen des BMeiA in der Höhe von 200.000 Euro.

Die **Burgenländische Gemeinschaft** ist der Dachverband aller BurgenländerInnen im Ausland. Ihr Ziel ist die Erhaltung und Vertiefung der Heimatverbundenheit der BurgenländerInnen in aller Welt. Dazu dient auch die Zeitschrift „Die burgenländische Gemeinschaft“. Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

Neben traditionellen Vereinigungen entstehen in zunehmendem Maße auch **Internetforen** wie „Austrians Abroad“ (sh. Webseite <http://groups.yahoo.com/group/austriansabroad>).

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik***2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland**

Für die Betreuung in Not geratener AuslandsösterreicherInnen sorgt der 1967 gegründete **Auslandsösterreicher-Fonds**. Das am 1. Jänner 2007 in Kraft getretene Bundesgesetz über den Auslandsösterreicher-Fonds (AÖF-G), BGBl. I Nr. 67/2006, erweiterte den Kreis der möglichen UnterstützungsempfängerInnen jeweils zur Hälfte vom BMeiA und von den neun Bundesländern subventionierte Fonds leistete 2009 finanzielle Zuwendungen in der Gesamthöhe von rund 640.000 Euro an über 1100 bedürftige ÖsterreicherInnen in 62 Ländern. Vorsitzender des von der Bundesregierung bestellten Kuratoriums des Fonds ist Botschafter i.R. Georg Hohenberg, Geschäftsführer ist Josef Knapp. Das BMeiA subventionierte den Fonds im Jahr 2009 mit 342.000 Euro.

Im Rahmen der alljährlichen Weihnachtsaktion des BMeiA für bedürftige AuslandsösterreicherInnen wurden 2009 aus Mitteln des BMeiA Geld- und Sachspenden an 634 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 61 Ländern der Welt in der Höhe von insgesamt rund 67.400 Euro geleistet.

Im Ausland wohnhaften, betagten oder schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr imstande sind, für sich selbst zu sorgen, kann vom BMeiA eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einer entsprechenden Einrichtung vermittelt werden. Voraussetzungen dafür sind unter anderem, dass nicht durch Verwandte oder eine lokale Organisation geholfen werden kann, der Zustand der/des Hilfsbedürftigen einen Transport gestattet und sie/er damit einverstanden ist. Im Jahr 2009 wurden aus sieben Staaten – Argentinien, Deutschland, Peru, Philippinen, Südafrika, Uruguay und USA – acht ÖsterreicherInnen und ein Familienangehöriger nach Österreich zurückgebracht.

3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union

Seit 1990 besteht für AuslandsösterreicherInnen – und auch für am Wahltag im Ausland befindliche „InlandsösterreicherInnen“ – das Wahlrecht bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie das Teilnahmerecht an bundesweiten Volksabstimmungen. Auch an den Wahlen der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament können AuslandsösterreicherInnen – und nichtösterreichische EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich – teilnehmen.

Das mit 1. Juli 2007 erheblich erleichterte Auslands(österreicherInnen)-Wahlrecht ermöglicht die Teilnahme an Wahlen bereits ab dem vollendeten 16. Lebensjahr, für das passive Wahlrecht zum/r Abgeordneten für den Nationalrat und das Europäische Parlament gilt das vollendete 18. Lebensjahr als Voraussetzung. Von der Briefwahl kann jede/r im In- und Ausland Gebrauch

Die AuslandsösterreicherInnen

machen, der/die am Wahltag verhindert ist, seine/ihre Stimme in einem Wahllokal abzugeben. Für die Stimmabgabe per Briefwahl genügt eine unterschriebene eidesstattliche Erklärung. Die Portokosten für die Rücksendung der Wahlkarten mittels normaler Post aus allen Teilen der Welt werden von der Republik Österreich übernommen. AuslandsösterreicherInnen haben ferner die Möglichkeit, Wahlkarten für die Dauer von zehn Jahren im Voraus zu bestellen (sog. „Wahlkartenabo“), d.h. automatische Zusendung der Wahlkarten für alle bundesweiten Wahlen in diesem Zeitraum. Die Wählerevidenzgemeinden informieren registrierte Wahlberechtigte über kommende Wahlen sowie über bevorstehende Streichungen aus der Wählerevidenz von Amts wegen.

Den österreichischen Bundesländern wurde ferner die Möglichkeit eingeräumt, AuslandsösterreicherInnen auch an den Wahlen zum Landtag ihres früheren Wohnsitz-Bundeslandes teilnehmen zu lassen. Bisher machten Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg davon Gebrauch. Weitere Details zum Auslands(österreicherInnen)-Wahlrecht sowie alle Formulare befinden sich auf der BMeiA-Wahlinformationswebseite www.wahlinfo.aussenministerium.at.

Anlässlich der Wahl zum Europäischen Parlament am 16. Juli wurde im BMeiA ein eigenes „Wahlbüro“ sowie eine permanente Hotline für alle Fragen zum Thema AuslandsösterreicherInnen-Wahlrecht eingerichtet.

4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eParticipation, eVoting

Um der Forderung der AuslandsösterreicherInnen nach modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nachzukommen, hat das BMeiA bereits 2002 eine eigene AuslandsösterreicherInnen-Webseite eingerichtet (www.auslands-oesterreicherInnen.at), 2005 ein elektronisches Partizipationsprojekt (www.aoe-umfrage.at) durchgeführt und bietet seit Sommer 2007 einen Internet-Ratgeber für AuslandsösterreicherInnen an: www.aoe-ratgeber.at.

Im Frühjahr fand gemeinsam mit dem AÖWB eine weitere Internet-Umfrage statt, bei der die Hauptinteressen der AuslandsösterreicherInnen in Bezug auf Österreich anonym festgestellt werden sollten. Etwa 3000 Personen haben sich aktiv an dieser Umfrage beteiligt. Als eindeutige Prioritäten stellten sich hierbei die Themen Staatsbürgerschaft, Pensions- und Versicherungsfragen mit Österreichbezug sowie die Beteiligung an österreichischen Wahlen heraus.

Das BMeiA untersucht und unterstützt gemeinsam mit österreichischen Wissenschaftlern mögliche weitere Auslands(österreicherInnen)-bezogene IKT-Anwendungen im Bereich der Kommunikation und der BürgerInnen-Beteiligung (e-Participation) an demokratischen Prozessen einschließlich von Wah-

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

len (e-Voting) und hat in diesem Zusammenhang am 18. und 19. Mai in Wien ein internationales ExpertInnen-Treffen zum Thema „eVoting aus dem Ausland“ abgehalten. Erstmals bei derartigen internationalen Treffen wurden zum Wiener Workshop neben Regierungen, internationalen Organisationen, WissenschaftlerInnen und Unternehmen auch VertreterInnen von AuslandsbürgerInnen-Dachorganisationen wie dem AÖWB eingeladen. Dieser internationale Workshop wurde zeitgleich mit den Wahlen zu den Gremien der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) abgehalten, bei denen erstmals in Österreich rechtsgültiges eVoting zum Einsatz kam. Workshopbeiträge sowie Schlussfolgerungen befinden sich auf www.auslandsoesterreicherInnen.at.

E. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

I. Einleitung

Die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der Schutz natürlicher Ressourcen sind die wichtigsten Ziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (**OEZA**). Grundprinzipien dabei sind das Recht auf die Wahl des eigenen Entwicklungsweges, die Berücksichtigung kultureller und sozialer Rahmenbedingungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und von Menschen mit Behinderung.

1. Internationale Grundlagen

Als Mitglied der EU, OECD, VN und der Weltbankgruppe wirkt Österreich in den entsprechenden Gremien aktiv an der internationalen Entwicklungspolitik mit. Eine grundlegende Weichenstellung erfolgte auf internationaler Ebene mit der „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“ im Jahr 2005. 2008 wurde in Accra (Ghana) eine erste Zwischenbilanz gezogen, die Ergebnisse flossen in einen Aktionsplan mit klaren Handlungsempfehlungen. Österreich hat bereits erste Schritte zur Umsetzung der Accra-Agenda gesetzt. So enthält das Dreijahresprogramm 2009–2011 der österreichischen Entwicklungspolitik auch die Kategorie „Resultate“, um die Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit besser sichtbar zu machen.

2. Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (**EZA-G**) bildet die rechtliche Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik. Es enthält einen Zielkatalog, der für die gesamte Bundesverwaltung entwicklungs-politische Kriterien vorgibt. Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten kommt dabei die Koordinierungsfunktion zu. Darüber hinaus ist das Ministerium für die strategische Ausrichtung der OEZA verantwortlich. Die Austrian Development Agency (**ADA**) ist als operativer Teil der OEZA tätig und setzt die bilateralen Programme und Projekte in den Partnerländern um.

3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Österreich hat die Bemühungen der EU um eine kontinuierliche Anhebung der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (**ODA**) seit dem gemeinsamen Beschluss im Juni 2005 mitgetragen. Die **ODA** belief sich laut Vorausmel-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

derung an den Entwicklungsausschuss der OECD (**DAC**) auf 823 Millionen Euro bzw. 0,30 % des Bruttonationaleinkommens (**BNE**). Im Bereich der gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit ist das operative Budget für konkrete Projekte und Programme in etwa gleich hoch geblieben. Auch die multilateralen Beiträge Österreichs haben zugenommen.

4. Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Ungerechtigkeit, eine wachsende Kluft zwischen Reich und Arm, zunehmende Umweltzerstörung – auch durch den Klimawandel, die Missachtung der Menschenrechte und Krieg widersprechen den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Ein Kernpunkt für die Nachhaltigkeit von Entwicklung ist, dass die Betroffenen selbst über ihren Entwicklungsweg mitentscheiden. Institutionelle Kompetenzen und Kapazitäten der Partnerländer müssen zur langfristigen Absicherung der Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Entscheidungen sollen dezentralisiert sowie demokratische Strukturen und Verfahren aufgebaut und gefördert werden. So kann ein besseres Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zu einer gesteigerten Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Staat und damit zu mehr Nachhaltigkeit führen. Demzufolge setzt sich die OEZA nicht nur für eine umweltschonende, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen ein. Sie ist auch im Bereich Konfliktmanagement und gute Regierungsführung tätig. Alle Vorhaben werden bezüglich Nachhaltigkeit und Umweltrelevanz sorgfältig geprüft.

5. Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung

Politikkohärenz ist eine wesentliche Voraussetzung für eine effiziente und wirksame Entwicklungszusammenarbeit. Das Prinzip der entwicklungspolitischen Kohärenz ist in Österreich in §1 Abs 5 EZA-G gesetzlich verankert. Wichtige Mechanismen, die der OEZA ein systematisches Aufgreifen von Kohärenzthemen ermöglichen, sind die interministerielle Arbeitsgruppe Kohärenz auf Beamtenebene, die Überprüfung von Gesetzesentwürfen mit Entwicklungsbezug, die interministerielle Abstimmung der Regionalprogrammplanung, der entwicklungspolitische Beirat sowie der Dialog mit Interessensgruppen, etwa der Zivilgesellschaft im Rahmen des „Strukturierten Dialogs“. Die OEZA beteiligt sich auch an den Bemühungen der EU, das Kohärenz-Prinzip europaweit zu verankern.

Der Verfolg von entwicklungspolitischen Zielsetzungen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das neue Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2009–2011 bedeutet einen wesentlichen Schritt in Richtung

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

gesamtösterreichische Strategie, indem es alle öffentlichen Akteure im EZA-Bereich sichtbar einbindet.

II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Süd

1.1. Schwerpunktregion Zentralamerika

Die entwicklungspolitischen Anliegen der OEZA in der Region Zentralamerika wurden in der „Regionalstrategie Zentralamerika 2009 – 2013“ zusammengefasst und bilden die Grundlage für die weitere Entwicklungszusammenarbeit.

Die OEZA unterstützt den wirtschaftlichen und sozialen Integrationsprozess in Zentralamerika vor allem durch Maßnahmen für eine verstärkte Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Dazu zählen Programme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kleingewerbetreibende und kleinbäuerliche Betriebe sowie zur Stärkung marginalisierter Bevölkerungsschichten bei der Einforderung ihrer Menschenrechte. Weiters fördert die OEZA gemeinsam mit Finnland die Anwendung erneuerbarer Energieformen im Rahmen der Energie und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika.

Die Aktivitäten der OEZA im Schwerpunktland **Nicaragua** betreffen Programme im Bereich der Ländlichen Entwicklung, der Förderung von Kleinunternehmen sowie im Gesundheitssektor. Gemeinsam mit Finnland, den Niederlanden, Schweden und der Weltbank leistete die OEZA einen Beitrag zur Sektoriellen Budgethilfe (Veranschlagung von Mitteln für prioritäre Bereiche) für die Umsetzung der nationalen Gesundheitsstrategie.

Die Zusammenarbeit in der besonders katastrophenanfälligen Region Karibik konzentrierte sich auf die Stärkung von Kapazitäten besonders der CARICOM sowie auf die Katastrophenhilfe und den Klimawandel (erneuerbare Energien und Umwelt). Österreich bot in Zusammenarbeit mit dem Institute of Tourism and Hotel Management (ITH) Salzburg Klesheim die Ausbildung von Fachkräften im Tourismussektor an.

1.2. Schwerpunktregion Westafrika

Thematische Schwerpunkte in **Westafrika** waren Energie, Konfliktprävention und lokale Entwicklungsmodelle. Die Zusammenarbeit mit der Regionalorganisation ECOWAS wurde insbesondere durch die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (das zweite nach jenem von 2006 zur Konfliktprävention) zur Unterstützung des Aufbaus des regionalen Zentrums für erneuerbare Energie und Energieeffizienz mit Sitz in Kap Verde vertieft.

Die Umsetzung des 2008 für 6 Jahre unterzeichneten bilateralen Kooperationsabkommens zwischen Österreich und **Burkina Faso** erfolgte 2009 plange-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

mäß. Österreich unterstützte weiterhin die Bereiche Ländliche Entwicklung, Berufsausbildung sowie Handwerksförderung und den Aufbau von Klein- und Kleinstunternehmen. Im politischen Dialog wird besonderer Wert auf die Ausarbeitung von nationalen Sektorpolitiken gelegt, zu deren Umsetzung Österreich beitragen wird.

Das Koordinationsbüro der OEZA im **Senegal** wurde mit 30. November geschlossen. Die intensive Vorbereitung der Schließung ermöglichte einen offenen politischen Dialog sowie die Übernahme einzelner von der OEZA unterstützter Vorhaben durch andere Geber. In Umsetzung befindliche Projekte im Bereich der nachhaltigen ländlichen Entwicklung werden ordnungsgemäß zu Ende geführt.

Der Rückzug der bilateralen EZA aus dem Schwerpunktland **Kap Verde** und die Schließung des Koordinationsbüros per 30. Juni 2010 wurde beschlossen. Neben der Umsetzung der laufenden Projekte im Bereich Dezentralisierung und Regionalentwicklung und der Unterstützung der Umsetzung des nationalen Umweltaktionsplans durch Sektorbudgethilfe wurde dieser Rückzug auf politischer und operativer Ebene vorbereitet. Ab 2010 wird sich Österreich über die spezielle EU Partnerschaft mit Kap Verde einbringen und durch die Valorisierung anderer OEZA Instrumente (regionale Kooperation, NRO-, Wirtschafts- Bildungskoooperation) der **Graduierung Kap Verdes als Middle Income Country** gerecht werden.

1.3. Schwerpunktregion Ostafrika

Auf regionaler Ebene waren einerseits Wasserversorgung bzw. Integriertes Wasserressourcenmanagement und andererseits Friedenssicherung und Konfliktprävention thematische Schwerpunkte, die im Rahmen von Kooperationen mit Regionalorganisationen und in Abklärung mit fachlichen Netzwerken weiterverfolgt wurden.

Die OEZA war im Schwerpunktland **Äthiopien** vor allem in den beiden Bereichen Ländliche Entwicklung/Ernährungssicherung und Gesundheit aktiv. Es gab auch Interventionen in den Bereichen erneuerbare Energie, Gender sowie Wissenschaft und Forschung. Die OEZA beteiligt sich auch an der Finanzierung eines nationalen Multi-Donor-Programms, das die staatlichen Dienstleistungen in den Sektoren Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Wasserversorgung sicherstellt und verbessern hilft.

In Übereinstimmung mit dem nationalen Armutsminderungsprogramm engagierte sich die OEZA im Schwerpunktland **Uganda** vorwiegend in den Sektoren Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie im Justizsektor. Hinzu kamen Stipendien-, Studien- und Wissenschaftsprogramme. Die OEZA legte dabei besonderes Augenmerk auf den Wiederaufbau der durch den Bürgerkrieg zerrütteten nördlichen Landesteile.

In **Ruanda** konzentrierte sich die OEZA auf Maßnahmen im Bereich Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie die Aufarbeitung des Genozids.

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

In **Kenia** bildete die Zusammenarbeit mit NROs in den Bereichen landwirtschaftliche Produktion, Gesundheit und Frauenförderung die Schwerpunkte.

1.4. Schwerpunktregion Südliches Afrika

Die OEZA fokussiert in der **Schwerpunktregion Südliches Afrika** auf die Themen Governance, vor allem betreffend Fragen des Zugangs zu Land und der Landnutzung sowie Infrastruktur. Die OEZA fördert die Stärkung eines Rechtswesens, das Rechtssicherheit vermittelt. Dazu bedarf es einerseits eines guten öffentlichen Sektors, der Prinzipien wie Transparenz und Partizipation achtet und der Bevölkerung gegenüber Rechenschaft leistet. Andererseits braucht es eine Zivilgesellschaft, die die Bedürfnisse der benachteiligten Bevölkerung innerhalb der Gesellschaft äußern und einfordern kann. Im Infrastrukturbereich fördert die OEZA im Southern African Development Community (**SADC**) Raum den Zugang zu leistbaren und qualitativ hochwertigen Energie- und Transportdienstleistungen.

Dieses OEZA Engagement ist Teil des Regional Indicative Programme 2008 – 2013 der EK und der EU Mitgliedstaaten mit der SADC. In diesem Programm ist die OEZA erstmalig als International Cooperation Partner (**ICP**) der SADC mit ihrem regionalen Profil genannt. Das EK-Programm basiert auf den regionalen Entwicklungsplänen der SADC, dem Regional Indicative Strategic Development Plan (**RISDP**) und dem Strategic Indicative Plan for the Organ on Peace and Security (**SIPO**).

Die neue Landstrategie 2009–2013 für das **Schwerpunktland Mosambik** ist auf Grundlage des aktuellen mosambikanischen Regierungsprogramms und des Plans zur Armutsbekämpfung ausgearbeitet. In Abstimmung mit der mosambikanischen Regierung bleibt die Provinz Sofala Schwerpunktregion der OEZA. Der Fokus liegt auf der Förderung der nationalen Dezentralisierungsmaßnahmen mit den thematischen Ausrichtungen in der ländlichen Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene und in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Die Landesstrategie wird in Zusammenarbeit mit der mosambikanischen Regierung, insbesondere den subnationalen Stellen der Provinzregierung Sofala abgewickelt.

Mosambik ist das erste Schwerpunktland, in dem die OEZA neben der sektoriellen Budgethilfe auch das Instrument der generellen Budgethilfe einsetzt. Das bedeutet, dass Zuschüsse direkt in den allgemeinen Staatshaushalt fließen. Die sektorische Budgethilfe bezieht sich auf den Etat des mosambikanischen Landwirtschaftsministeriums und dessen nationaler Entwicklungsstrategie, wobei der österreichische Beitrag für die Provinz Sofala gewidmet ist.

In **Südafrika** konzentrierte sich die OEZA auf die Kapazitätsentwicklung der subnationalen staatlichen Verwaltung und die Befähigung der zivilen Bevölkerung im Rahmen der Ausarbeitung von integrierten Entwicklungsplänen.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Die geografische Schwerpunktsetzung lag in den ärmsten Provinzen Südafrikas.

In **Simbabwe** förderte die OEZA Vorhaben lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure im Aufbau von Kapazitäten auf Ebene der ländlichen Distrikte sowie Maßnahmen zur Ernährungssicherung und zur Steigerung des Haushaltseinkommens.

1.5. Schwerpunktregion Himalaya-Hindukusch

Die OEZA unterstützt gemeinsame Anliegen der Region wie nachhaltige Bewirtschaftung von Weideland, Einkommensdiversifizierung sowie Schutz der natürlichen Ressourcen und Energieeffizienz im Rahmen des **Internationalen Zentrums für integrierte Gebirgsentwicklung**.

Die neue Landesstrategie für das **Schwerpunktland Bhutan** 2009–2013 wird auf Basis des 10. Fünf-Jahresplans der bhutanischen Regierung ausgearbeitet. Die OEZA fokussiert in Bhutan auf die Sektoren Energie, Tourismus und Governance. Im Energiesektor wurde technische Assistenz für das Wasserkraftwerk Dagachhu sowie für die ländliche Elektrifizierung in Phobjikha gestellt. Im Sektor Tourismus lag der Schwerpunkt im Bau des Traininghotels und Tourismus Management Training Institutes (HTMTI) sowie in der Lehrplanentwicklung mit begleitender Beratung für den Lehrkörper und das Management des HTMTI. Im Sektor Governance erfolgte in Zusammenarbeit mit anderen Gebern die Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses in Bhutan und die Stärkung der Kapazitäten der lokalen Regierungen.

1.6. Palästinensische Gebiete

Das OEZA-Engagement umfasste die Bereiche Gesundheit, Wasser/Abwasser, Humanitäre Hilfe, unter anderem in Reaktion auf den Krieg im Gazastreifen Anfang des Jahres, sowie Kapazitätsentwicklung v.a. im Bereich Frauenrechte. Kriterien für die Auswahl der Programme und Projekte sind deren Übereinstimmung mit dem Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplan 2008–2010 sowie die Berücksichtigung beider Teile der Palästinensischen Gebiete, also des Gazastreifens und Westjordanlands. Die OEZA-Programme werden mit Fachministerien und anderen bilateralen Gebern abgestimmt; die Implementierung erfolgt zum Großteil über internationale Organisationen, einschließlich der Europäischen Kommission, und über palästinensische NRO.

2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Ost

2.1. Schwerpunktregion Südosteuropa

Ein wichtiger Aspekt der Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas war die Förderung der Annäherung an bzw. Integration in die europäischen

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Strukturen. Sektorielle bzw. thematische Schwerpunkte waren Wirtschaft und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Stärkung von Governance, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft.

Die OEZA unterstützte das **Schwerpunktland Albanien** vor allem in den Bereichen Wasser und Siedlungshygiene, Berufsbildung sowie Regionalentwicklung und Armutsminderung / Soziale Inklusion. In den Querschnittsbereichen Governance und Gendergleichstellung wurden Akzente im Aufbau des Integrated Planning System sowie bei der Etablierung von Gender Focal Points gesetzt. Grundlage der bilateralen Zusammenarbeit war die Landesstrategie 2007–2009. Eine neue Landesstrategie für den Zeitraum 2010–2014 befindet sich in Vorbereitung.

Im **Schwerpunktland Bosnien und Herzegowina** wurde die Landesstrategie 2005-2007 mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Entwicklung sowie Bildung fortgeschrieben. Aktivitäten in den Bereichen Entminung und Grundbuchverwaltung, die zur Verbesserung des Investitionsklimas beitragen sollen, wurden fortgesetzt. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Identität des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina gefördert. Zur Verbesserung der Gendergleichstellung fördert die OEZA die Umsetzung des nationalen Gender Action Plans. Auch für Bosnien und Herzegowina wurde mit der Ausarbeitung einer neuen Landesstrategie für den Zeitraum 2010–2014 begonnen.

Für das **Schwerpunktland Mazedonien** lag die Priorität auf den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie sowie Wirtschaft und Entwicklung. Die Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung und erneuerbarer Energie und Energieeffizienz sollen sowohl zur Armutsminderung als auch zu einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen Entwicklung beitragen. Aufgrund der insgesamt positiven Entwicklungen im Hinblick auf die EU-Heranführung wurde die Phasing-out Strategie 2010–2012, welche den Rückzug der OEZA aus Mazedonien festschreibt, beschlossen.

Die Kooperation mit dem **Schwerpunktland Montenegro** wurde im Bereich nachhaltige Regional- und Tourismusentwicklung im Nordosten Montenegros und am Shkutari-See vertieft. Weiters wurden Maßnahmen im Schwerpunktbereich Berufsbildung und Höhere Bildung sowie zur Stärkung der administrativen Kapazitäten umgesetzt. Aufgrund der positiven sozioökonomischen Entwicklungen und der erzielten Fortschritte in der EU-Annäherung wurde auch für Montenegro eine Phasing-out Strategie 2010–2012 beschlossen.

Für das **Schwerpunktland Serbien** wurde die Entwicklung einer neuen Landesstrategie 2010–2014 eingeleitet. Die OEZA unterstützt schwerpunktmäßig Wirtschaft und Beschäftigung sowie Höhere Bildung. Die integrierten Regionalentwicklungsprogramme in der Vojvodina und in Südserbien fokussieren auf Modernisierung der Wirtschaft. Gleichzeitig übernahm das Koordinationsbüro Belgrad die Führungsrolle innerhalb der Geber im Sektor

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Regionalentwicklung. 2009 konnte auch das bilaterale Abkommen zur EZA unterzeichnet werden.

Grundlage der Zusammenarbeit im **Schwerpunktland Kosovo** war die Landesstrategie 2008–2011, in deren Rahmen unter anderem die von der OEZA gemeinsam mit dem österreichischen und kosovarischen Bildungsministerium initiierte institutionelle Partnerschaft für Höhere Bildung fortgesetzt wurde. Weiters wurden Maßnahmen in den Bereichen Klein- und Mittelbetriebsförderung, Wasserversorgung und Regionalentwicklung, mit Schwerpunkt in der Großgemeinde Suhareka, finanziert.

Unter Berücksichtigung des fortschreitenden EU-Integrationsprozesses wurde das Engagement in **Kroatien** abgeschlossen.

Neben den bilateralen Programmen wird die OEZA auch in den kommenden Jahren im Rahmen der **Regionalstrategie Südosteuropa** übergreifende regionale Kooperationen fördern, bei denen die langfristige Friedenssicherung und die Entwicklung der Gesamtregion, etwa durch Projekte im Bereich Konfliktlösung und Stärkung der nationalen Verwaltungen, im Vordergrund stehen. In Wien fand wieder die „Balkan Case Challenge“ statt, ein mit einer Berufsmesse kombinierter Studienwettbewerb für südosteuropäische Studierende. In Kooperation mit der Diplomatischen Akademie fördert die OEZA in Südosteuropa die Ausbildung von MitarbeiterInnen des Öffentlichen Diensts.

2.2. Osteuropa und Zentralasien

Im **Südkaucasus** lag der Schwerpunkt der OEZA weiterhin auf Konfliktprävention und –management, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der menschlichen Sicherheit sowie Förderung der Zivilgesellschaft mit Fokus auf Frauen, Jugend und JournalistInnen. In **Zentralasien** wurden im Rahmen von NRO-Kooperationen vor allem Projekte im sozialen Bereich gefördert. Im Jahr 2009 kamen der Region Südkaucasus und Zentralasien OEZA-Mittel in der Höhe von 6,3 Millionen Euro zugute.

Wichtigstes Ziel der OEZA in **Moldau** ist die Schaffung von Lebensperspektiven im ländlichen Raum, insbesondere durch die Verbesserung der Wasser- und -entsorgung sowie durch arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und die Förderung von landwirtschaftlichen Berufsschulen. Weitere Themen sind die Koordinierung der Rückkehr- und Integrationshilfe für freiwillig zurückkehrende MigrantInnen, und die EU-orientierte Stärkung der öffentlichen Verwaltung. Auf Moldau entfielen OEZA-Mittel in der Höhe von 2,3 Millionen Euro.

3. Themen und Sektoren

Vorrangiges Ziel der OEZA ist die Reduzierung der weltweiten **Armut** in all ihren Dimensionen, die Befähigung von Menschen zur Entfaltung ihrer

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Fähigkeiten und Artikulation ihrer politischen Interessen, die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse sowie die Gewährleistung von Sicherheit unter Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren. Die Förderung und Unterstützung von verletzlichen Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern sowie von benachteiligten Regionen steht dabei im Vordergrund. Diese grundsätzliche Zielsetzung wurde in den internationalen Geberforen weiterverfolgt.

Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der durch mangelnde Basisinfrastruktur, erschwerten Zugang zu grundlegender Versorgung und öffentlichen Dienstleistungen sowie unzureichende Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen gekennzeichnet ist. Interventionen im Bereich **Ländliche Entwicklung** zielen darauf ab, die Lebensbedingungen und -chancen der Landbevölkerung sowie die Nahrungsmittelversorgung in den Partnerländern zu verbessern. Die stark gestiegenen Preise führten in vielen Ländern zu einer Ernährungskrise und einem Anstieg der Zahl der Hungernden. Gemeinsame Lösungen für rasche Reaktionen sowie die Abstimmung nachhaltiger Strategien und Maßnahmen standen im Zentrum der internationalen Abstimmung.

Die OEZA beteiligt sich im Rahmen von **Dezentralisierungsprozessen** in den Partnerländern direkt an nationalen Programmen bzw. unterstützt diese durch komplementäre Interventionen. Maßnahmen zur Entwicklung von Kapazitäten und Fähigkeiten der politischen und administrativen Verwaltung sowie anderer Beteiligter auf lokaler Ebene, die Ermächtigung der Bevölkerung zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen sowie die bestmögliche Nutzung vorhandenen sozialen Kapitals standen im Vordergrund.

Die Bereiche **Governance, Menschenrechte** und **Friedenssicherung** befinden sich in der Implementierungsphase. In Kooperation mit dem BMLVS wurde ein Workshop zum Thema Sicherheitssektorreform mit dem OECD/DAC veranstaltet. Weiters wurde ein Training zur Konfliktsensitivität organisiert. Auf Programm- und Projektebene wurden etwa globale und regionale Initiativen unterstützt, zur Stärkung afrikanischer Parlamente und zur Förderung von Frauen in Friedensprozessen und Konfliktsituationen in Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR beigetragen. Fortgesetzt wurden Projekte im Rahmen laufender Länderprogramme, beispielsweise in den Bereichen Justizreform, Stärkung der Zivilgesellschaft in der Konfliktprävention und Unterstützung von Friedensprozessen.

Sicherheit und Entwicklung ist ein neuer Aufgabenbereich der OEZA. Die OEZA hat im Dreijahresprogramm 2009 – 2011 die Basis für die Erarbeitung eines Leitfadens „Sicherheit und Entwicklung“ gelegt und einen Arbeitskreis zum Thema „Fragilität“ eingerichtet. Zum 3 C (coordination – complementarity – coherence)-Ansatz in fragilen Staaten hat sich die OEZA bei der multilateralen Konferenz im März in Genf aktiv beteiligt und wirkt am internationalen Netzwerk Konflikt und Fragilität der OECD mit. Zudem hat Öster-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

reich im Rahmen der VN-Peacekeepingreform eine Initiative für die stärkere Berücksichtigung sozio-ökonomischer Auswirkungen von internationalen Friedensmissionen gestartet. Dieses Thema wurde im Rahmen eines hochrangigen Panels anlässlich der Europäischen Entwicklungstage im Oktober in Stockholm einem breiten internationalen Publikum präsentiert.

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** und das **Empowerment von benachteiligten Frauen** sind ein wesentliches Prinzip der OEZA. Die OEZA/ADA führte Fortbildungen für MitarbeiterInnen im Inland und an den Koordinationsbüros im Ausland zur Umsetzung des Gender Mainstreaming (Integration einer Geschlechterperspektive in alle Bereiche der Entwicklungspolitik) durch. Besondere Aufmerksamkeit galt der Integration von Gleichstellungsanliegen als Querschnittsthema, etwa beim Gender Budgeting (Aufstellung öffentlicher Haushalte unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten). Thematische Schwerpunkte waren „Gender und Konflikt“; so wurden u.a. Projekte gegen Menschenhandel, zur Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1325 (Frauen, Frieden & Sicherheit) durchgeführt. Der Thematik widmen sich auch drei neue Sicherheitsresolutionen (UNSCR 1820 und 1888 (Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten, insbesondere vor sexueller Gewalt) sowie 1889 (Rolle von Frauen in Friedensprozessen) und die gendersensitive Umsetzung der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe. Mehrere Veranstaltungen im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs waren dem Thema „Frauenrechte und Genderperspektiven“ gewidmet. Analog zu anderen Gebieten wurde die „MDG3-Kampagne“ (3. Millennium Development Goal/Millenniums-Entwicklungsziel: Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Empowerment von Frauen) weitergeführt.

Für den Sektor **Bildung** stellen die beim Weltbildungsforum in Dakar formulierten Ziele des Prozesses „Bildung für alle“ sowie die MDGs (Millennium Development Goals/Millenniums-Entwicklungsziele) den internationalen Referenzrahmen dar. Die OEZA veröffentlichte die Strategie „Hochschulbildung und Wissenschaftskooperation“, welche den konzeptionellen Rahmen für die wesentlichen Vorhaben der kommenden fünf Jahre beschreibt. Ein wichtiges Umsetzungsinstrument ist das neu konzipierte Hochschulkooperationsprogramm APPEAR, das mehrjährige Partnerschaften zwischen Hochschulinstitutionen in Schwerpunktländern der OEZA-Süd und Österreich mit dem Ziel der umfassenden Kapazitätenstärkung ermöglicht. Die Länder Südosteuropas werden in Kooperation mit dem BMWF bei der Integration in den Europäischen Hochschul- und Forschungsraum sowie bei der Reform der wirtschaftlichen und touristischen Berufsbildung unterstützt. Darüber hinaus engagierte sich die OEZA im Rahmen der EU-Arbeitsgruppe Bildung, die in die Ausarbeitung der jüngsten EK-Mitteilung zu Bildung eingebunden war, und im Verband für die Entwicklung der Bildung in Afrika.

Im Arbeitsfeld **Wirtschaft und Entwicklung** wurde die Umsetzung der drei Interventionssäulen fortgesetzt: Verbesserung der Rahmenbedingungen für

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

die privatwirtschaftliche Entwicklung, Stärkung des Privatsektors in den Partnerländern und Einbeziehung der österreichischen bzw. europäischen Wirtschaft in die OEZA. Die OEZA ist Mitglied bei der Private Infrastructure Development Group (**PIDG**), einer Gebergruppe zur Mobilisierung privater Investitionen in Infrastruktur in Afrika. Die PIDG-Geber mobilisierten mit ihrem Beitrag von 300 Millionen US-Dollar seit 2002 ein Volumen von 9 Milliarden US-Dollar an privaten Investitionen im Infrastrukturbereich in den ärmeren Entwicklungsländern. Zur Umsetzung des regionalen Reformprogramms für Buchführung und Wirtschaftsprüfung „REPARIS“ in Südosteuropa ging die ADA eine strategische Partnerschaft mit dem in Wien ansässigen Büro der Weltbank ein. Die Wirtschaftspartnerschaften mit heimischen Unternehmen wurden weiter ausgebaut. Zu Jahresende waren insgesamt 41 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von 7 Millionen Euro in Durchführung. Durch OEZA-Beiträge konnte so ein Gesamtvolumen von 19 Millionen Euro für entwicklungsrelevante Maßnahmen mobilisiert werden.

Die Stärkung des insbesondere die Sektoren Wasser und Energie umfassenden Bereichs **Infrastruktur** wurde weiterverfolgt.

Österreich hatte den Vorsitz der Africa Working Group (AWG) der EU-Wasserinitiative inne und konnte sich damit im **Wassersektor** gut positionieren. Durch die Abstimmung der Interventionen aller europäischen Akteure in der AWG soll die Effektivität der Maßnahmen zur Erreichung der sektorrelevanten MDGs gesteigert werden. Der African Ministerial Council on Water (**AMCOW**) ist dabei der Schlüsselpartner der AWG. Weiters wurde im Juni das Governing Council Meeting vom Water and Sanitation Programme (**WSP**) der Weltbank in Wien ausgerichtet. Österreich konnte dabei einen klaren Akzent hinsichtlich der Prioritätensetzung setzen, nämlich eine verstärkte Ausrichtung auf aufsteigende und stark wachsende Kleinstädte in ländlichen Regionen Afrikas. In diesem Sinne wurden neue Fördervereinbarungen mit WSP, sowohl seitens der ADA als auch seitens des BMF getroffen. Die Kooperation im Wassersektor konzentriert sich auf die Länder Uganda, Mosambik, Palästina, Albanien, Moldau und auslaufende Aktivitäten in Ruanda, Kap Verde, Mazedonien, Kosovo und Serbien.

Die OEZA intensivierte ihr Engagement im **Energiesektor** und stärkt damit auch Wien als Standort für internationale Energiediplomatie. Gemeinsam mit dem Global Forum on Sustainable Energy (**GFSE**), der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (**UNIDO**) und dem Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse (**IIASA**) organisierte Österreich von 22.–24. Juni eine große Energiekonferenz an der rund 800 internationale ExpertInnen teilnahmen. Österreich erhielt im Rahmen der Gründung der neuen Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (**IRENA**) ein Verbindungsbüro zur Anbindung von IRENA an das internationale Energie-Netzwerk der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen im Bereich Energie in Wien. Gemeinsam mit Deutschland und der Europäischen Kommission führt Österreich den Vorsitz in der EU-Afrika

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Energiepartnerschaft. Im Juli unterzeichneten eine bhutanische Delegation, die OeKB und österreichische Industrievertreter Liefer- und Kreditverträge für das von der OEZA seit Jahren unterstützte Wasserkraftwerkprojekt Dagachhu. Ebenfalls im Juli unterzeichnete das BMeiA anlässlich eines Besuchs des ECOWAS-Präsidenten ein MoU zur Unterstützung des Aufbaus des regionalen Zentrums für erneuerbare Energie. Auf Projektebene erweiterte die OEZA sukzessive ihren Energieschwerpunkt in den Regionen Westafrika, südliches Afrika, Zentralamerika/Karibik, Himalaya und Südosteuropa.

Im Bereich **Umwelt** stand die Erarbeitung eines strategischen Leitfadens zu Umwelt und Entwicklung im Mittelpunkt. Dieser wurde im Sinne der gesamtösterreichischen Kohärenz gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, der ADA und unter Einbeziehung weiterer österreichischer Akteure ausgearbeitet. Anfang September wurde der Leitfaden vom Ministerrat zur Kenntnis genommen. Bei der Integration von Umweltfragen in die Programme und Projekte lag der Schwerpunkt auf Beiträgen zum Klimaschutz und der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. In diesem Zusammenhang trug die OEZA auch maßgeblich zur interministeriellen Zusammenarbeit vor und während der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember bei.

4. Kofinanzierung

Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind wichtige Partner der OEZA: Zur NRO-Kofinanzierung zählen Projektvorhaben, die auf Eigeninitiative der NRO basieren und sowohl durch Eigenmittel als auch Mittel der OEZA finanziert werden. Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung ist die „Leitlinie der NRO-Kooperation in der OEZA“.

Elf österreichische NRO haben Rahmenprogramm-Verträge mit einer Gesamtvertragssumme von rund 20 Millionen Euro für drei Jahre und führten wichtige Initiativen im Bereich Bildung, Ausbildung, Ländliche Entwicklung und Gesundheit durch.

Für die Entsendung von Fachkräften und VolontärInnen wurden im Rahmen der Personellen Entwicklungszusammenarbeit zwei österreichische NRO gefördert. Die Förderrichtlinie für Personelle Entwicklungszusammenarbeit wurde fertig gestellt.

Im Rahmen von NRO-Einzelprojekten wurden 21 Projekte in Entwicklungsländern des Südens sowie in Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien genehmigt. Weiters wurden zehn Mikroprojekte österreichischer NRO kofinanziert. Zusätzlich zu laufenden EU-Kofinanzierungsprojekten wurden 14 neue Förderverträge für die kommenden Jahre abgeschlossen.

Zur Umsetzung der Accra Agenda for Action setzte sich die ADA im Bereich Aid Effectiveness & Civil Society aktiv im Rahmen der „Core Donors Group“

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

ein. Die ADA beteiligt sich speziell an dem Thema „Aid Effectiveness of Civil Society Organisations“.

5. Evaluierung

Gemäß der vereinbarten Arbeitsteilung obliegt dem BMeiA die Auswahl und Themenstellung der strategischen Evaluierungen, während die ADA für die operative Steuerung zuständig ist. Strategische Evaluierungen betreffen in der Regel Themen, Sektoren, Instrumente oder Landesprogramme der OEZA und haben nicht einzelne Projekte zum Gegenstand. Diese strategischen Evaluierungen werden entsprechend dem österreichischen Bundesvergabegesetz ausgeschrieben und von Organisationen oder Firmen durchgeführt, die auf Grundlage der fachlichen Bewertung ihrer inhaltlich-methodischen Konzepte ausgewählt und vertraglich mit der Durchführung der Evaluierung beauftragt werden.

Die Evaluierung des Landesprogramms Serbien und die Evaluierung der Instrumente des Sektors Wirtschaft und Entwicklung wurden abgeschlossen und die Pläne für deren Umsetzung erstellt. Weitere strategische Evaluierungen betrafen die Humanitäre Hilfe der OEZA, die Hochschulkooperation, sowie im Rahmen eines Review das Instrument der Budgethilfe. Auch der Umsetzungsplan der Burkina Faso Evaluierung wurde fortgeschrieben.

Zu den Ergebnissen der DAC Peer Review wurde nach ausführlicher Diskussion ein Umsetzungsplan erstellt. Darüber hinaus wird der Stand der Umsetzung der Empfehlungen der ADA Evaluierung regelmäßig von der ADA aktualisiert.

Auf internationaler Ebene waren das BMeiA und die ADA in den für Evaluierung zuständigen Gremien und Netzwerken innerhalb der EU, im Rahmen des Ausschusses für Entwicklungshilfe (**DAC**) der OECD sowie in der Gruppe der deutschsprachigen Evaluierungsdienste (**DACH**), der mittlerweile neben Österreich auch Belgien, Deutschland, die Niederlande und die Schweiz angehören, regelmäßig vertreten. Die ADA hat darüber hinaus auch am UNIDO Peer Review teilgenommen, der Bericht wird im 1. Quartal 2010 vorgestellt.

III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Bemühungen der Staatengemeinschaft war neben der Umsetzung der MDGs die Bekämpfung und Linderung der negativen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer.

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit***1. Die Vereinten Nationen**

Maßgeblicher Referenzrahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Bereich der VN sind die Beschlüsse des Weltgipfels von 2005. Eine Reihe von hochrangigen Veranstaltungen diente in diesem Zusammenhang der Diskussion und der Bewertung der von Partner- und Geberländern erzielten Fortschritte und Erfolge. Die hochrangige Konferenz zur weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise Ende Juni in New York leistete auf Grundlage von Berichten des VN-GS und Empfehlungen einer Expertenkommission unter dem Vorsitz von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems. Obzwar der Vorbereitungsprozess von starken Gegensätzen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern geprägt war, konnte durch die Annahme eines Abschlussdokuments ein von allen Mitgliedern der VN unterstützter Prozess zur verbesserten Koordination der Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Krise auf die ärmsten Länder in Gang gebracht werden.

VN-GS Ban Ki-moon stellte Anfang Juli in Genf den Bericht über die **Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs)** der VN 2009 vor, der vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise mangelnde Fortschritte bei der Umsetzung der MDGs feststellte. Insbesondere in den Bereichen Bekämpfung von Armut und Hunger, Grundschulbildung für alle Kinder, Kindersterblichkeit und Verbesserung der Gesundheit von Müttern ist nach anfänglichen Erfolgen in den vorangegangenen Jahren eine deutliche Verlangsamung der Fortschritte bzw. ein negativer Trend erkennbar. Gewisse Erfolge sind bei der Geschlechtergleichstellung und Ermächtigung von Frauen, im Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, im Bereich Umwelt/Wasser/Sanitäres sowie bei der weltweiten Partnerschaft für Entwicklung zu verzeichnen. Insgesamt ist die erfolgreiche Umsetzung aller MDGs bis zum Zieldatum 2015 jedoch in Frage gestellt bzw. gefährdet. Besonders betroffen sind Afrika südlich der Sahara und Ozeanien.

Bei der hochrangigen VN-Konferenz über **Süd-Süd-Zusammenarbeit** Anfang Dezember in Nairobi betonten die Vertreter der Entwicklungsländer deren besondere Rolle: Sie solle keinesfalls ein Ersatz für die Nord-Süd Zusammenarbeit, sondern vielmehr eine echte Ergänzung sein. Die Süd-Süd Zusammenarbeit trägt nicht zur Verfestigung der Geber/Empfänger-Hierarchie bei, sondern fördert das partnerschaftliche Miteinander. Verstärkte Bedeutung kommt dabei der Dreieckszusammenarbeit zwischen Ländern des Nordens und mindestens zwei Ländern des Südens (so genannte trianguläre Zusammenarbeit) zu. Hauptforderung der Konferenz war, die Süd-Süd Zusammenarbeit und auch die trianguläre Zusammenarbeit auf die Höhe der Hilfe der traditionellen Geberländer zu bringen.

Österreich unterstützte die Umsetzung der fünf Ziele des Entwicklungsprogramms der VN (**UNDP**) – Demokratieförderung, Armutsminderung, Ener-

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

gie/Umwelt, Krisenprävention/Wiederaufbau sowie Kampf gegen HIV/AIDS – entsprechend dem erweiterten strategischen Plan der Organisation für die Periode 2008–2013 mit insgesamt rund 6,2 Millionen Euro. Darin enthalten sind Beiträge an die thematischen Fonds „Demokratieförderung“ (400.000 Euro), „HIV/AIDS“ (500.000 Euro) und „Energie“ (100.000 Euro). Österreich fördert ferner den VN-Reform-Prozess in Albanien und Kap Verde (mit jeweils 200.000 Euro), um das Ziel einer schnelleren und effizienteren Umsetzung von EZA-Operationen im Feld zu gewährleisten und den Prozess zur Erreichung der MDGs voranzutreiben. Die diesem Ansatz entsprechende VN-Pilotinitiative „Einheit in der Aktion“ zielt durch gemeinsame Büros auf verstärkte Kohärenz und Effizienz im operativen Bereich der VN-Entwicklungsarchitektur ab.

Der Kapitalentwicklungsfonds der VN (**UNCDF**) verfügt über das Mandat zur Unterstützung von Strukturen und demokratischen Entwicklungsprozessen auf lokaler Ebene, wobei insbesondere Fragen der Planung, des Managements und der Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vordergrund stehen. UNCDF leistet nicht nur Unterstützung zum Aufbau des Finanzsektors durch lokale Entwicklungsprogramme und Mikrofinanzprojekte, sondern auch Unterstützung zum Aufbau demokratischer Strukturen auf lokaler Ebene in den am wenigsten entwickelten Ländern. Österreich hat seinen Beitrag zum Kernbudget bedeutend angehoben und die Arbeit des Fonds mit einer Projektfinanzierung in Sierra Leone maßgeblich unterstützt.

Der Bevölkerungsfonds der VN (**UNFPA**) unterstützt als vergleichsweise kleines, dezentral organisiertes Programm Projekte zur Kontrolle der demografischen Entwicklung. Der Fonds spielt in der zentralen Frage der Reproduktionsgesundheit sowohl bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, als auch bei der Verbesserung der Situation von Mädchen und Frauen eine wichtige Rolle. In Entsprechung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik wurde das Kernbudget von UNFPA angehoben. Die Unterstützung des thematischen Fonds zur Förderung der Gesundheit von Müttern ergänzte diesen Ansatz.

Das Kinderhilfswerk der VN (**UNICEF**) setzte den Mittelfristigen Strategischen Plan für die Jahre 2006–2009 um. Die darin festgelegten Schwerpunkte fokussieren die Arbeit der Organisation noch stärker als bisher. Österreich unterstützte die Arbeit von UNICEF besonders in den Bereichen Bekämpfung von Polio in Äthiopien und Stärkung von Kinderrechten im Kosovo.

Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (**UNIDO**) ist nach Jahren der Umstrukturierung eine der effizientesten VN-Organisationen und genießt unter der Führung von Generaldirektor Kandeh K. Yumkella, der zu Jahresende für weitere vier Jahre als Generaldirektor gewählt wurde, hohes Ansehen. Österreich wurde als Mitglied im „Programme and Budget Committee“ (**PBC**) und im „Industrial Development Board“ (**IDB**) wiedergewählt. Das finanzielle Engagement Österreichs blieb unverändert hoch: Neben dem Pflichtbeitrag von knapp 1 Million Euro wur-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

den durch freiwillige Beiträge von insgesamt 1,2 Millionen Euro verschiedene Programme der UNIDO (u.a. Investitionen zur weiteren Verbesserung des Managements der Organisation, Investitionen in Afrika, Jugendbeschäftigung in Westafrika, saubere Umweltprogramme) unterstützt.

2. Die Europäische Union

Die EU (Mitgliedstaaten und Kommission) ist mit einem Anteil von ca. 60% an den gesamten internationalen Entwicklungshilfeleistungen der größte Geberblock weltweit. Österreichs finanzieller Beitrag zur gemeinschaftlichen EZA stellt einen der größten Einzelposten der österreichischen ODA dar. Im Jahr 2009 trug Österreich 235 Millionen Euro zur EZA im Rahmen des EU-Haushalts und des Europäischen Entwicklungsfonds (**EEF**) bei, das sind 29% der gesamten ODA Österreichs.

Im Bereich EZA standen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und die Vorbereitung der Klimakonferenz von Kopenhagen im Vordergrund. Österreich hat sich intensiv in die Vorbereitung der verschiedenen Ratsschlussfolgerungen auf EU-Ebene eingebracht. Prioritäre Themen waren dabei die Gleichstellung der Frauen, Ernährungssicherheit, erneuerbare Energie, innovative Finanzierungsmechanismen (Finanztransaktionssteuer) und Klimawandel.

Beim EZA-Ministerrat im Mai wurden Ratsschlussfolgerungen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Krise verabschiedet. Darin wird die Wichtigkeit antizyklischen Handelns zum Ausdruck gebracht. So sollen etwa die laufenden Kooperationsprogramme so rasch wie möglich an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden, Auszahlungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds sollen vorgezogen (front loading), ein Vulnerability FLEX Mechanismus für die am stärksten von der Krise betroffenen Länder eingerichtet und der Infrastrukturfonds für Afrika aufgestockt werden. Die bestehenden Zusagen zur Anhebung der ODA wurden bekräftigt.

Ebenso wurden im ersten Halbjahr Ratsschlussfolgerungen über den Zugang zu nachhaltigen Energiequellen auf lokaler Ebene in Entwicklungsländern, ein Thema, das auch für die OEZA von besonderer Bedeutung ist, verabschiedet. Weitere Ratsschlussfolgerungen waren den Themen demokratische Staatsführung und Katastrophenvorsorge in Entwicklungsländern gewidmet.

Im zweiten Halbjahr beschäftigte man sich auch im EZA-Bereich mit dem Thema Klimawandel und versuchte, die EU-Position für Kopenhagen dahingehend zu beeinflussen, dass auch die Anliegen der Entwicklungsländer, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, aber am stärksten darunter leiden, berücksichtigt werden. Besonders betroffen sind die ärmsten Entwicklungsländer und die kleinen Inselstaaten. Im November wurden auch Ratsschlussfolgerungen zum Thema Klimawandel und Entwicklung

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

verabschiedet. Darin wird die Notwendigkeit einer kohärenten, langfristigen Perspektive hervorgehoben, wobei sowohl Anpassungsmaßnahmen als auch Maßnahmen zur Emissionsreduktion (Mitigation) von besonderer Bedeutung sind. Es wird weiters darauf hingewiesen, dass es einer graduellen, aber signifikanten Steigerung der öffentlichen und privaten Mittel bedarf, damit die Entwicklungsländer diese Maßnahmen setzen können.

Weiters wurden Ratsschlussfolgerungen zur Unterstützung demokratischer Regierungsführung und zur Intensivierung der Anstrengungen im Bereich Politikkohärenz für Entwicklung beschlossen, wobei man sich in den kommenden Jahren besonders auf die Bereiche Handel, Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, Migration sowie Sicherheit und Entwicklung konzentrieren will.

Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Accra Agenda for Action zur Wirksamkeit der Hilfe war die Verabschiedung des operativen Rahmens für die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe. Dieser Rahmen gibt vor, was die EU in den Bereichen Arbeitsteilung, Anpassung an nationale Systeme und Kapazitätsentwicklung bis zu welchem Zeitpunkt erreichen will.

Bis Ende 2007 konnte nur mit der Region Karibik ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (**WPA**), mit einigen anderen Ländern und Subregionen konnten Interims-WPA abgeschlossen werden. Die Verhandlungen für den Abschluss umfassender WPA wurden daher fortgesetzt. Angesichts der Wirtschaftskrise sind die Bedenken der Entwicklungsländer gegenüber diesen Abkommen allerdings gestiegen und viele Least Developed Countries (**LDC**) betrachten die „Everything but Arms“ Regelung (freier Zugang zum Europäischen Markt für alle Produkte außer Waffen, allerdings mit strengen Ursprungsregeln) als vorteilhafter.

Die Umsetzung der 2007 beschlossenen gemeinsamen EU-Afrika Strategie und des gemeinsamen Aktionsplans 2008–2010 wurde weiter vorangetrieben. Der Aktionsplan sieht acht thematische Partnerschaften zwischen der EU und Afrika vor, Österreich bringt sich in zwei dieser Partnerschaften aktiv ein, nämlich in die Energiepartnerschaft, in der Österreich gemeinsam mit Deutschland den Vorsitz hat, und in die Partnerschaft für Frieden und Sicherheit.

3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen

Der auf zwei Jahre befristete Einsatz von Nachwuchskräften im Professionellen Dienst der VN (Junior Professional Officer – JPO) ermöglicht österreichischen JungakademikerInnen erste entwicklungspolitische Erfahrungen. Das BMeiA übernimmt die Finanzierung der Einsatzkosten.

Insgesamt waren 25 österreichische JungakademikerInnen in entwicklungspolitischen VN-Organisationen wie UNDP, UNICEF, UNFPA; UNIFEM; UNEP oder UNCDF tätig. Sie waren im Außenvertretungsnetzwerk (Äthio-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

pien, Burkina Faso, Kenia, Ruanda, Sierra Leone, Swasiland, Uganda, Mosambik, Guyana, Nicaragua Nepal, Bhutan, Kosovo, Albanien, Mazedonien, Moldawien, Brüssel) oder am Sitz dieser Organisationen in New York, Wien und Nairobi tätig.

Das Programm der Europäischen Kommission zur Ausbildung von „Junior Experts in Delegation“ ermöglicht jungen österreichischen AkademikerInnen einen ein- bis maximal zweijährigen Einsatz in den Vertretungen der Europäischen Kommission, wobei das BMeiA und die Europäische Kommission die Einsatzkosten gemeinsam tragen. Vier ÖsterreicherInnen waren in den Vertretungen der Europäischen Kommission in Argentinien, Burundi, Fiji und Pakistan tätig.

IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

1. Österreichische bilaterale humanitäre Hilfe

Die bilaterale humanitäre Hilfe Österreichs wird sowohl von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit als auch dem Bundesministerium für Inneres, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, von den Ländern und Gemeinden sowie von anderen öffentlichen Stellen finanziert und abgewickelt.

Die bilaterale humanitäre Hilfe der ADA umfasst die Bereiche humanitäre Sofortmaßnahmen, Wiederaufbau sowie Katastrophenprävention und dient sowohl der Unterstützung chronischer Krisengebiete als auch der Reaktion auf unvorhergesehene Katastrophenereignisse. Die Mittel werden von der ADA entweder an internationale Organisationen oder an NRO vergeben. Im Jahr 2009 wurden von der ADA 3,3 Millionen Euro für bilaterale humanitäre Hilfe beausgabt.

Die bilaterale humanitäre Hilfe anderer österreichischer ODA-Geber, zu der auch die vom BMI koordinierte humanitäre Hilfe bei internationalen Katastrophenereignissen zählt, betrug im Jahr 2009 8,5 Millionen Euro.

Österreich leistete aufgrund von Hilfeersuchen im Rahmen des EU-Mechanismus in direkter Koordination mit dem Monitoring and Information Centre der Europäischen Kommission (**MIC**) internationale Katastrophenhilfe: Nach der **Gas/Energiekrise in Moldau** wurden im Jänner mit Logistikunterstützung des Österreichischen Roten Kreuzes (**ÖRK**) sowie des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes Heizkanonen, Decken sowie Stromgeneratoren aus Mitteln des BMI bereitgestellt. Bei den **Überschwemmungen in Namibia** im März und April stellte Österreich der betroffenen Bevölkerung mit Hilfe des ÖRK aus Mitteln der Katastrophenhilfe Moskitonetze, Kunststoffplanen sowie Nothilfekits für die medizinische Erstversorgung von insgesamt 20.000

Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

Menschen zur Verfügung, bei den **Überschwemmungen** im Grenzgebiet von **Namibia, Angola bzw. Botswana** in der zweiten März-Hälfte wurde eine Angehörige des Bundesheeres als Sachverständige im Rahmen eines Teams des Katastrophenerkundungs- und Koordinierungsprogramm der VN (United Nations Disaster Assessment and Coordination, UNDAC) sowie ein Angehöriger des Landes Tirol als EU-Experte in das Katastrophengebiet entsendet. Anlässlich der **Flutkatastrophe in Tadschikistan** im Mai half Österreich aus Mitteln der Katastrophenhilfe des BMI betroffenen Familien mit Logistikunterstützung des ÖRK durch die Zurverfügungstellung von Zelten. Weiters nahm ein EU-Koordinations-Experte des BMI an diesem Einsatz teil.

Im Zusammenhang mit dem **Seebeben und Tsunami** auf **Samoa** im September stellte Österreich im Rahmen der internationalen Katastrophenhilfe einen EU-Koordinationsexperten des ÖRK (österreichischer Wasserexperte zur Unterstützung des UNDAC-Teams vor Ort) zur Verfügung.

Österreich folgte dem Hilfsaufruf der **Ukraine** anlässlich des vermehrten Auftretens von Krankheitsfällen ausgelöst durch die **neue Grippe (Influenza A/H1N1)** im November und stellte der Ukraine mit logistischer Unterstützung des ÖRK Schutzmasken, Desinfektionsmittel, Schutzhandschuhe sowie einen EU-Koordinationsexperten der Berufsrettung Wien zur Verfügung. Weiters wurde auch Bulgarien im Rahmen der Influenza H1/N1 durch das BMI und das ÖRK unterstützt.

In Reaktion auf die Dürre und **Nahrungsmittelknappheit in Ostafrika** – besonders stark betroffen sind die Länder Kenia und Äthiopien – stellte Österreich aus Mitteln der ADA und des BMLFUW humanitäre Hilfe für die Hilfsappelle der Internationalen Föderation vom Roten Kreuz (**IFRK**) bereit.

1.1. Auslandskatastrophenfonds

Österreich hat nach der Eskalation der Kämpfe in **Sri Lanka** 200.000 Euro aus Mitteln des Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung gestellt, um gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft zur Linderung der humanitären Katastrophe beizutragen. Anlässlich der Geberkonferenz im März in Sharm El Sheikh („Internationale Konferenz zur Unterstützung der Palästinensischen Wirtschaft für den Wiederaufbau in Gaza“) hat Österreich den Betrag von 2,5 Millionen Euro für humanitäre Hilfsprojekte im **Gazastreifen** für das VN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge zur Verfügung gestellt. Österreich hat auf Ersuchen des Außenministeriums von **Bhutan** aufgrund der durch den Zyklon Ailia ausgelösten schweren Überflutungen aus Mitteln des Auslandskatastrophenfonds einen Beitrag von 400.000 Euro an die Regierung von Bhutan (Gross Happiness Commission) geleistet. Weiters wurden aus Mitteln des Auslandskatastrophenfonds **Burkina Faso** nach den schweren Überflutungen im September durch einen Beitrag von 400.000 Euro im Wege des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (United Nations Office for the Coordination of Humanita-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

rian Affairs, UN-OCHA) sowie die **Philippinen** und **Indonesien** mit je 200.000 Euro unterstützt.

1.2. Das Minenaktionsprogramm Österreichs

Das Minenaktionsprogramm stellt einen wesentlichen Beitrag zur humanitären Hilfe und zur Entwicklungspolitik dar. Die Maßnahmen umfassen etwa die Entminung betroffener Gebiete, die sozio-ökonomische Rehabilitierung von Minenopfern sowie die Aufklärung und die Bewusstseinsvermittlung über Minenrisiken. Von der ADA wurden Neuverträge mit Schwerpunkt auf Bosnien und Herzegowina sowie Afrika abgeschlossen.

1.3. Die Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Für die Durchführung des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 ist das BMLFUW zuständig. Die Auswahl der Bestimmungsländer erfolgt auf Grundlage einer Empfehlung des BMeiA in Kooperation mit der ADA. Zentrale Schwerpunkte waren die Krisenregionen Afrikas, die Palästinensischen Gebiete und die von akuten Katastrophen betroffene Gebiete wie Myanmar und Guatemala. Diese Hilfe wird hauptsächlich über das Welternährungsprogramm der VN (**WFP**) und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (**FAO**), aber auch über andere Organisationen wie die Internationale Föderation vom Roten Kreuz (**IFRK**) und UNDP abgewickelt.

2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe

2.1. Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (**UN-OCHA**) ist für die Entwicklung der humanitären Politiken der VN, deren Förderung im Verhältnis zu anderen VN-Stellen sowie für die internationale Koordination der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe zuständig und verfügt neben den Sitzen in Genf und New York über ein Netzwerk von 30 Feld- und Regionalbüros. Der Finanzbedarf von OCHA wird nur zu rund 11 % aus Mitteln des ordentlichen VN-Haushalts bedeckt, der Rest stammt aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten, so auch aus Österreich.

Österreich gab seinen Vorsitz in der Konsultativgruppe für Militärische und Zivilschutzressourcen (**MCDA**) an die Schweiz ab. Am Trainingsprogramm für die zivil-militärische Koordination der VN (**UN-CMCoord**) nahmen fünf ÖsterreicherInnen teil. Das Katastrophenerkundungs- und Koordinierungsprogramm der VN (**UNDAC**) wurde aus Mitteln des BMI finanziell und personell unterstützt. Weiters wird die Internationale Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste (**INSARAG**) v.a. mit ExpertInnen und Einsatz-

Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

teams unterstützt. Das BMI wurde die nationale Kontaktstelle in der Joint UNEP/OCHA Environment Unit sowie beim UN-SPIDER Programm (UN Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response).

2.2. Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (**UNHCR**) ist als eine der größten Hilfsorganisationen der VN in allen Erdteilen operativ tätig. Die umfangreichsten UNHCR-Programme werden zurzeit in Afghanistan, im Irak, im Süd-Sudan sowie im Tschad und in Darfur umgesetzt. An der Spitze von UNHCR steht als Hoher Flüchtlingskommissar der VN António Guterres. Österreich unterstützte UNHCR sowohl durch einen ungebundenen Kernbeitrag als auch durch die Finanzierung konkreter Projekte in Äthiopien, Algerien und in Uganda. Zudem finanzierte Österreich einen JPO.

2.3. Internationales Komitee vom Roten Kreuz und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (**IKRK**) war in mehr als 80 Ländern operativ tätig und leistete damit weltweit gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (**IFRK**) sowie den nationalen Gesellschaften einen wichtigen Beitrag zur Linderung humanitären Leids. Österreich unterstützte die operative Arbeit des IKRK in Gaza sowie die des IFRK und leistete einen Beitrag zum Amtssitzbudget des IKRK. Ferner leistete Österreich über das IKRK Nahrungsmittelhilfe in Kenia sowie Äthiopien.

2.4. Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Das Welternährungsprogramm der VN (**WFP**) ist die größte humanitäre Organisation der VN. Österreich unterstützte im Zusammenhang mit der globalen Nahrungsmittelkrise die operative Arbeit des WFP in Malawi und Guatemala.

2.5. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

Österreich leistete einen Kernbeitrag an das Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (**UNRWA**) für Projekte im Westjordanland und im Gazastreifen. Zudem wurden Anfang des Jahres Mittel aus dem Auslandskatastrophenfonds in Reaktion auf den internationalen Hilfsappell anlässlich der bewaffneten Unruhen im Gazastreifen für UNRWA bereitgestellt. Weiters unterstützte Österreich die Durchführung eines Projektes im Wasser- und Sanitärbereich.

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit***2.6. Sonstige multilaterale Hilfe**

Österreich leistete über das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (**ECHO**), dessen Budget rund 920 Millionen Euro betrug, weltweite humanitäre Hilfe.

2.7. Nothilfsfonds der Vereinten Nationen

Der von der VN-GV im Dezember 2005 beschlossene reformierte Nothilfsfonds der VN (**CERF**), der im März 2006 seinen Betrieb aufnahm, stellt die Verwirklichung eines zentralen Reformvorhabens der VN im humanitären Bereich und eine wesentliche Verbesserung im Vergleich zum System der „Flash Appeals“ (dringender Appell) dar, die erst nach einem Katastrophen- oder Krisenereignis durch die Mitgliedstaaten dotiert werden. Er ist ein Stand-by-Fonds, mit dem Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten eine frühere und verlässlichere humanitäre Hilfe geleistet werden kann. Österreich leistete einen Kernbeitrag zum Nothilfsfonds der VN.

F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Systems der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist erklärtes Ziel der österreichischen Außenpolitik. Neben der Anerkennung für das Minenverbotsregime anlässlich der 10-Jahres Überprüfungskonferenz des Ottawa-Vertrages war das Jahr geprägt durch eine verstärkte Dynamik vor allem im Bereich der nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsbemühungen. Österreich setzte sein aktives Engagement fort und belegte Funktionen als Kovorsitz der Atomteststopkonferenz und der Genfer Abrüstungskonferenz, sowie im Exekutivrat der Chemiewaffenkonvention.

I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (**NPT**) stellt seit dem Inkrafttreten 1970 das völkerrechtliche Fundament des internationalen Nuklearregimes und einen Eckpfeiler der nuklearen Nichtverbreitung dar. Lediglich Indien, Israel und Pakistan blieben außerhalb des NPT, während die Demokratische Volksrepublik Korea 2003 den Austritt bekannt gab, was aber international nicht anerkannt wurde.

Die drei Säulen des NPT sind: die nukleare Abrüstung der fünf deklarierten Nuklearwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA; die Nichtverbreitung, das heißt der Verzicht der übrigen Vertragsstaaten auf Erwerb von Atomwaffen; sowie das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie, z.B. zur Stromproduktion sowie in Medizin, Landwirtschaft, Industrie, usw.

Die dritte Vorbereitungskonferenz in New York (4. bis 15. Mai) legte die Tagesordnung sowie sämtliche organisatorische und prozedurale Fragen für die Überprüfungskonferenz im Mai 2010 fest und designierte den Vorsitzenden. Gegenüber den Vorbereitungen zur letzten Überprüfungskonferenz 2005 wurden somit viel umfangreichere Vorbereitungen getroffen. Damit werden sich die Vertragsstaaten bei der Konferenz 2010 auf inhaltliche Themen konzentrieren können.

2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Durch den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT**) werden alle nuklearen Explosionen verboten. Obwohl bereits 182

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

Staaten den CTBT unterzeichnet und davon 151 ratifiziert haben, darunter Österreich, ist der Vertrag noch nicht in Kraft getreten, da bisher erst 35 der 44 im Annex 2 genannten Schlüsselstaaten den Vertrag ratifiziert haben.

Gemeinsam mit Costa Rica setzte sich Österreich in seiner zwischen September 2007 und September 2009 ausgeübten Funktion als Kovorsitz der Konferenz zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT (Artikel XIV Konferenz) intensiv für eine Beschleunigung des Ratifikationsprozesses ein. In diesen zwei Jahren unterzeichneten zwei und ratifizierten neun weitere Staaten den CTBT. Bereits unter dem Kovorsitz von Frankreich und Marokko fand am 24. September in New York eine Artikel XIV Konferenz statt, bei der erstmals die USA auf Ebene der Außenministerin Hillary Clinton vertreten war.

Das Provisorische Technische Sekretariat (**PTS**) der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT PrepCom**) befasst sich mit dem Aufbau des internationalen Verifikationssystems (IMS) mit weltweit 337 Stationen, von denen bisher 250 zertifiziert wurden. Obwohl das System zur Entdeckung von nuklearen Explosionen wie den von Nordkorea 2006 und 2009 durchgeführten Atomwaffentests konzipiert ist, gibt es auch zivile Nutzungen. Über IMS gesammelte seismische Daten werden zum Beispiel regelmäßig auch an ein Tsunami-Warnsystem geliefert, was der Arbeit der CTBT PrepCom über den Bereich der nuklearen Non-Proliferation hinaus Bedeutung verleiht. Außerdem organisierte das PTS im Juni 2009 in der Wiener Hofburg eine von Österreich unterstützte wissenschaftliche Konferenz (International Scientific Studies Conference), bei der die benutzten Überwachungstechnologien beurteilt und auch auf weitere zivile Einsatzfelder hin begutachtet wurden.

3. Genfer Abrüstungskonferenz

Das einzige multilaterale Verhandlungsforum in Abrüstungsfragen, die 1979 gegründete Genfer Abrüstungskonferenz (**CD**), konnte ihren zwölfjährigen Stillstand überwinden. Die 65 Mitgliedsstaaten, darunter seit 1996 auch Österreich, nahmen im Mai einvernehmlich ein Arbeitsprogramm an, das auch den Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper (**FMCT**) enthält. Dessen endgültige Umsetzung scheiterte jedoch am Widerspruch Pakistans. Österreich war 2009 einer der sechs Präsidenten der CD und brachte in dieser Funktion den CD Bericht in der VN-GV ein.

4. Chemiewaffenkonvention

Die 1997 in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention (**CWK**) enthält ein Verbot sämtlicher Chemiewaffen und schreibt deren phasenweise Vernichtung vor. Bei der zweiten Überprüfungskonferenz in Den Haag im April bekräftig-

Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

ten die Vertragsstaaten ihre Verpflichtungen aus der Konvention. Mit 185 Mitgliedern nähert sich die Konvention ihrem Ziel der universellen Geltung. Bei der Vernichtung bestehender Arsenale durch Indien, die Republik Korea, Libyen, Russland und die USA wurden Fortschritte erzielt. Von insgesamt 71.373 Tonnen an deklarierten Chemiewaffen sind bereits 29.985 Tonnen (42%) vernichtet. Als zweiter Besitzerstaat nach Albanien schloss die Republik Korea im Juli die Vernichtung ab. Die anderen Besitzerstaaten ersuchten um Verlängerung der ursprünglich für 2007 vorgesehenen Frist, darunter Russland und die USA bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, dem 29. April 2012. Die 2007 verabschiedete Gemeinsame Aktion der EU zur Unterstützung der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (**OPCW**) mit rund 1,7 Millionen Euro wurde weiter umgesetzt. Seit Mai ist Österreich für zwei Jahre Mitglied des Exekutivrats der OPCW.

5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen

Das Übereinkommen aus 1972 umfasst ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen und Toxinwaffen (**BTWK**). Derzeit zählt die BTWK 163 Vertragsstaaten und 13 Unterzeichnerstaaten. Bei den in Genf abgehaltenen jährlichen Experten- und Vertragsstaatentreffen standen Maßnahmen zur Erhöhung der Biosicherheit sowie die Überwachung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf doppelverwendungsfähige Güter im Mittelpunkt der Erörterungen.

6. Ballistische Raketen

Der Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper (**HCOC**) mit seinen 130 Mitgliedsstaaten ist das einzige normative Instrument der Nichtverbreitung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern. Der Informationsaustausch, z.B. die Vorankündigung von Raketenstarts, geschieht über eine Zentrale Kontaktstelle (ICC), die von Österreich betreut wird. Im Rahmen der Gemeinsamen Aktion der EU zur Unterstützung des HCOC, die 2008 mit etwa einer Million Euro dotiert worden war, wurde eine Studie zur Einrichtung eines auf Internet basierenden ICC begonnen und außerdem zwei Informationsveranstaltungen in Wien und New York sowie ein Expertenseminar organisiert.

Bei der achten HCOC Jahreskonferenz am 28. und 29. Mai in Wien wurden unter Vorsitz von Costa Rica unter anderem die verlässliche Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen durch alle Mitgliedstaaten und mögliche Aktivitäten zur Universalisierung des Kodex besprochen. Die Vorsitzende nahm ihre Rolle als Sprachrohr des HCOC durch die Vorträge bei Seminaren und bei Sitzungen im VN Bereich wahr.

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen

1. Antipersonenminen

Die Antipersonenminen-Verbotskonvention (**Ottawa-Konvention**) trat 1999 in Kraft. Österreich ist einer der führenden Staaten unter den derzeit 156 Vertragsparteien und dem Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung besonders verpflichtet. Die Unterstützung der internationalen Umsetzung der Konvention wurde ebenso fortgesetzt wie das österreichische Minenaktionsprogramm. Seit 1999 werden dafür Mittel zur Verfügung gestellt, davon rund 1,2 Millionen Euro im Jahr 2009.

Anlässlich der zweiten Überprüfungskonferenz der Ottawa-Konvention vom 30. November bis 4. Dezember in Cartagena (Kolumbien) präsentierte sich die Konvention als eines der erfolgreichsten Instrumente im Bereich des humanitären Völkerrechts und der Abrüstung. Zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten sind Einsatz und Herstellung von Minen deutlich eingeschränkt, der Handel kam fast vollständig zum Erliegen. Bedeutende Lagerbestände wurden bisher vernichtet und große Gebiete von vermintem Land geräumt. Die Zahl der neuen Opfer wurde dadurch merklich von 35.000 auf 17.000 jährlich reduziert. Im Rahmen des Cartagena Action Plan wird Minenopferhilfe weiterhin eine Priorität der Konvention darstellen. Die größte Herausforderung hierbei ist die wirtschaftliche und soziale Reintegration der Opfer.

2. Streumunition

In Umsetzung eines seiner außenpolitischen Schwerpunkte trat Österreich aktiv für ein völkerrechtliches Verbot von Streumunition ein, einer aufgrund ihrer Flächenwirkung und der hohen Zahl von Blindgängern für die Zivilbevölkerung besonders gefährlichen Waffe. 2007 war von Österreich, Irland, dem Heiligen Stuhl, Mexiko, Neuseeland, Norwegen und Peru der „Oslo-Prozess“ lanciert worden. Ein auf den Ergebnissen der Wiener Konferenz vom Dezember 2007 basierender Vertragsentwurf wurde weiter verhandelt. Bei der Dubliner Streumunitionskonferenz im Mai 2008 nahmen 107 Staaten den Text eines **Übereinkommens über Streumunition** an. Das Übereinkommen wurde in Oslo im Dezember 2008 von 94 Staaten unterzeichnet. Österreich ratifizierte am 2. April als sechster Staat diese Konvention. Das Inkrafttreten des Übereinkommens wird nach der 30. Ratifikation für das Frühjahr 2010 erwartet.

Das Übereinkommen stellt den bedeutendsten Abrüstungsvertrag seit der Ottawa-Konvention 1997 dar und bedeutet eine wesentliche Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts. Es sieht ein kategorisches Verbot von Einsatz, Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Transfer von Streumunition vor, die inakzeptables Leiden der Zivilbevölkerung verursacht. Sie

Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen

umfasst alle Streumunitionsarten, die bisher zum Einsatz kamen. Im Bereich Opferhilfe werden, nicht zuletzt durch den Einsatz Österreichs, neue zukunftsweisende Standards gesetzt.

Verhandlungen über ein Streumunitionsverbot im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (**CCWC**), an der auch die großen Besitzer- und Herstellerstaaten von Streumunition teilnahmen, endeten im November ergebnislos.

3. Kleinwaffen und leichte Waffen

Mit rund 500.000 Opfern jährlich werden Kleinwaffen und leichte Waffen (**KLW**) zunehmend als die eigentlichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Ihre destabilisierende Anhäufung sowie die Waffentransfers stehen in Zusammenhang mit der steigenden Zahl von internen Konflikten und der hohen Rate von Gewalt und Verbrechen auch nach Beendigung der Konflikte. Österreich verfolgt das Ziel, diese katastrophalen Folgen einzudämmen und vorbeugende Maßnahmen zu treffen und setzt sich dafür in den zuständigen Gremien der VN und anderen multilateralen Foren ein. Zu diesem Zweck wurden auch Regionaltreffen des VN Aktionsprogramms unterstützt.

III. Exportkontrollregime

1. Multilaterale Exportkontrolle

Ziel der fünf bestehenden **Kontrollregime** ist es, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensible Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die damit militärische Zwecke verfolgen könnten. Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nicht-Mitgliedstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenhandelsgesetzes 2005.

Im Nuklearbereich bestehen in Wien das Zangger-Komitee (**ZC**) mit 37 Mitgliedern und die Gruppe Nuklearer Lieferländer (**NSG**). Diese führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, im Sinne des NPT Urananreicherung und Plutoniumverarbeitung für nicht friedliche Zwecke zu verhindern. Bei der NSG Plenartagung am 11. und 12. Juni in Budapest wurde mit Island der 46. Teilnehmerstaat aufgenommen. Außerdem wurde angesichts der wachsenden Proliferationsbedenken beschlossen, die von Österreich und Großbritannien 2003 initiierten und 2006 suspendierten Bemühungen zur Verstärkung der NSG Lieferbedingungen weiterzuführen. Gleichzeitig wurde auf Ebene der Konsultativgruppe in Wien am 17. und 18. November eine vorläufige Einigung über die Einführung einer solchen Ver-

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

stärkung lediglich für die Bereiche der nuklearen Anreicherung und Wiederaufbereitung erreicht, die aber noch bei der Plenartagung 2010 unter dem Vorsitz Neuseelands bestätigt werden muss. Außerdem wurde beschlossen, die technischen NSG Exportkontrolllisten umfassend zu überarbeiten.

Die Australien-Gruppe (**AG**) bemüht sich durch die Harmonisierung von Exportkontrollen sicherzustellen, dass Exporte bestimmter Produkte nicht zur Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen beitragen. Sie umfasst derzeit 41 Mitglieder.

Das 34 Mitglieder umfassende Trägertechnologie-Kontrollregime (**MTCR**) basiert auf Richtlinien für die kontrollierte Verbreitung von nuklearwaffenfähiger Raketentechnologie (Raketen mit Steuerungssystemen und Marschflugkörpern). Einerseits sollen zivile Raumfahrtsprogramme nicht behindert, andererseits die Verbreitung militärischer Technologien unterbunden werden. Bei seiner Jahrestagung in Rio de Janeiro vom 5. – 13. November wurden Informationen über Fragen zum Export von Raketentechnologie ausgetauscht sowie Gefahren und Risiken für den MTCR besprochen.

Ziel des 1997 gegründeten Wassenaar Arrangement (**WA**), dessen Sekretariat in Wien seinen Sitz hat, ist es, durch Koordination nationaler Exportkontrollen sowie erhöhte Transparenz eine destabilisierende Anhäufung konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Güter und Technologien zu verhindern. Besonders betont wurde von den 40 teilnehmenden Staaten die Notwendigkeit eines substantiellen und informierten Meinungsaustausches zu Regionalanalysen im Zusammenhang mit der Prüfung potentiell destabilisierender Anhäufungen konventioneller Waffen in bestimmten Destinationen und Regionen. Neben der Analyse aktueller und zukünftiger Bedrohungen für regionale oder internationale Sicherheit und Stabilität war ein weiteres Dauerthema die Anpassung der bestehenden Kontrolllisten und Leitfäden an den technologischen Fortschritt sowie an Markttrends und Entwicklungen im internationalen Sicherheitssektor. Es wurden auch wieder Informationsveranstaltungen für Drittstaaten, internationale Organisationen und die Industrie veranstaltet.

2. Waffenhandelskontrollvertrag

Die negativen Auswirkungen des verantwortungslosen Waffenhandels auf Stabilität, Sicherheit und Menschenrechte, aber auch nachhaltige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sind unumstritten. Ein international abgestimmtes Vorgehen mittels eines verbindlichen Waffenhandelsvertrags (**ATT**) ist Österreich wie auch allen EU-Partnern daher seit Jahren ein großes Anliegen. Nach Abschluss der Arbeiten der Gruppe von RegierungsexpertInnen im Jahr 2008 tagte im März und Juli die offene Arbeitsgruppe der VN-GV in New York. Mit VN-GV Resolution 64/48 wurde im Dezember mit der Einberufung einer Staatenkonferenz im Juli 2012 erstmals ein konkreter Zeitplan zur Ausarbeitung eines Waffenhandelsvertrages festgelegt.

Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen

Auf Basis einer EU-Ratsentscheidung hielt das United Nations Institute for Disarmament Research (**UNIDIR**) weltweit Seminare und Workshops mit dem Ziel ab, eine solide überregional Unterstützungsbasis für einen ATT zu schaffen. Im Rahmen dieses Projektes fanden jeweils zweitägige Konferenzen in Dakar, Mexiko City, Kuala Lumpur und in Addis Abeba statt, um durch die Einbeziehung verantwortlicher Behörden, internationaler und lokaler NRO, Medien und auch der Industrie eine möglichst breite Unterstützungsbasis „vor Ort“ zu schaffen. Die Regionalveranstaltung für Europa sowie die zusammenfassende Schlusskonferenz wurden für Februar 2010 in Wien vorgesehen.

3. Nationale Exportkontrolle

Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von konventionellen Waffen sind in Österreich das **Außenhandelsgesetz** und das **Kriegsmaterialgesetz**. Bewilligungspflichtige Rüstungsgüter werden einerseits durch die Außenhandelsverordnung mit ihrer Anlage, welche der Wassenaar-Militärgüterliste bzw. der EU-Militärgüterliste entspricht, andererseits durch die Kriegsmaterialverordnung bestimmt.

Darüber hinaus ist Österreich zur Einhaltung des **Gemeinsamen Standpunktes betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern** vom Dezember 2008 verpflichtet. Mit diesem rechtsverbindlichen Gemeinsamen Standpunkt wurde die Reform des EU Verhaltenskodex für Waffenausfuhren abgeschlossen. Dies trug wesentlich zur weiteren Harmonisierung der nationalen Ausfuhrregime und Umsetzungsmaßnahmen bei und wirkte sich positiv auf die Positionierung der EU im ATT-Prozess aus.

Im Rahmen der 2008 verabschiedeten Gemeinsamen Aktion zur Unterstützung von Maßnahmen der EU zur Förderung der Waffenausfuhrkontrolle in Drittstaaten fanden Veranstaltungen in Kiew, Tirana und Tbilisi für Staaten der jeweiligen Region statt. Angesichts der Vorteile eines solchen, formal strukturierten Prozesses an Informationsveranstaltungen wurde im Dezember mit einem Ratsbeschluss die Verlängerung dieser Aktivitäten beschlossen. Zu den begünstigten Ländern zählen die südosteuropäischen Länder, die Partnerländer in Nordafrika und im Mittelmeerraum, die osteuropäischen und kaukasischen Partnerländer im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie die Ukraine. Am Ende des zweijährigen Prozesses steht eine umfassende Projektevaluierung.

Die Qualität und Transparenz des konsolidierten Jahresberichts als Informationsquelle über tatsächlich erfolgte EU-weite Ausfuhren konnten weiter verbessert werden. Der 11. Jahresbericht für das Jahr 2008 wurde im November veröffentlicht.

G. Der internationale Schutz der Menschenrechte

I. Einleitung

Die weltweite Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards gehört zu den zentralen Anliegen Österreichs. Auch als nicht-ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat engagierte sich Österreich für den Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern in Konflikt- und Postkonfliktsituationen. Weitere Schwerpunktthemen im Rahmen internationaler oder regionaler Organisationen und in bilateralen Kontakten sind die Situation von Binnenvertriebenen, der Schutz von Minderheiten, die Menschenrechtsbildung sowie die Förderung der Demokratisierung und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit. Österreich setzt sich weiters für die Abschaffung der Todesstrafe und die Bekämpfung des Menschenhandels ein. Ein besonderes Anliegen ist dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Umsetzung und Verbreitung des humanitären Völkerrechts stellt einen weiteren Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik dar.

II. Menschenrechte in der Europäischen Union

1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union

Zu den **Zielsetzungen der GASP** gehören die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik gegenüber Drittstaaten werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte in EU-Außenbeziehungen (COHOM), in Zusammenarbeit mit Ratsarbeitsgruppen mit geographischem Schwerpunkt und in dem von der Europäischen Kommission geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung behandelt. Österreich führte sein Engagement für eine bessere Integration der Menschenrechte in alle EU-Politikbereiche fort und setzte sich mit Erfolg für die weitere Verankerung der Menschenrechte im EU-Krisenmanagement ein. Die Etablierung neuer EU-Menschenrechtsdialoge mit allen zentralasiatischen Staaten wurde von Österreich unterstützt. Seit der erstmaligen Bestellung des Direktors im März 2008 kann die in Wien ansässige Agentur der EU für Grundrechte ihre Aufgaben voll wahrnehmen.

1.1. Die Integration von Menschenrechten in die ESVP

Österreich setzt sich mit Nachdruck für die Integration von Menschenrechten in alle Bereiche der ESVP ein, insbesondere für die Berücksichtigung der Rechte von Frauen und Kindern im EU-Krisenmanagement. So wurde die vom österreichischen EU-Ratsvorsitz im Jahr 2006 erstellte Prüfliste zur Berücksichtigung von Kinderrechten im EU-Krisenmanagement überarbeitet

Menschenrechte in der Europäischen Union

und weiterentwickelt, ebenso wie die im selben Jahr erstellte Gender-Prüfliste für ESVP-Missionen.

1.2. Leitlinien der Europäischen Union zu Menschenrechten

Die EU-Leitlinien zu Menschenrechten sind vom EU-Rat beschlossene Dokumente, welche jeweils einen Katalog von Maßnahmen für das ständige Engagement der EU gegenüber Drittstaaten zu einzelnen menschenrechtlichen Bereichen umfassen. Zu den **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte** wurden zehn spezifische Pilotprogramme für Armenien, Brasilien, Ghana, Indien, den Iran, Jamaika, Jordanien, Kanada, Kenia und Russland entwickelt, von denen neun im Jahr 2009 angenommen wurden. Als Mitglied der EU Task Force zu den im Dezember 2003 unter österreichischer Beteiligung beschlossenen **Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** arbeitete Österreich an der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur Umsetzung und Aktualisierung dieser Leitlinien mit. Die enge Zusammenarbeit der EU mit der Sonderberichterstatterin der VN zu Kindern in bewaffneten Konflikten, Radhika Coomaraswamy, wurde fortgesetzt.

Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist für Österreich und die EU eine Priorität der Menschenrechtspolitik auf der Grundlage der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe**. Dieses Ziel verfolgten Österreich und die EU-Partner zum einen mit Demarchen und öffentlichen Erklärungen, zum anderen mit einer verstärkten Thematisierung in regionalen und internationalen Gremien. Die EU hat sich 2009 besonders auf 14 Länder (Algerien, Benin, Burkina Faso, Guatemala, Ghana, Indien, Jordanien, Liberia, Mali, Malawi, Pakistan, Sambia, Sierra Leone und Tunesien) konzentriert, die einerseits auf dem Wege sind, die Todesstrafe abzuschaffen oder deren Anwendung auszusetzen oder andererseits eine Wiedereinführung oder vermehrte Anwendung der Todesstrafe diskutieren. Das BMeiA setzt sich auf bilateraler Ebene für die Nichtvollstreckung von Todesurteilen in zahlreichen Ländern ein.

Mit den **Leitlinien zu Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe** verpflichtet sich die EU zur ständigen Überzeugungsarbeit gegenüber Drittstaaten und engagiert sich in multilateralen Foren mit dem Ziel der weltweiten Abschaffung der Folter. Bei der Umsetzung der Leitlinien konzentrierte die EU ihr bilaterales Engagement im Kampf gegen die Folter auf besonders betroffene Länder. Auf multilateraler Ebene ist die EU um eine Stärkung des **VN-Unterausschusses zur Verhütung von Folter (SPT)** bemüht. Die Thematik wird in die politischen Dialoge und Menschenrechtsdialoge der EU mit Drittstaaten einbezogen, Demarchen werden gezielt durchgeführt und in Einzelfällen wird interveniert. Spezifische Probleme des jeweiligen Staates im Umgang mit angehaltenen Personen werden direkt angesprochen und eine fallbezogene Unterstützung bei deren

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Lösung angeboten. Jene Staaten, die nicht Vertragspartei des VN-Übereinkommens gegen Folter sind, werden aufgefordert, dies zu werden; mit Staaten, die bereits Vertragspartei sind, werden Fragen der effektiven Umsetzung des Übereinkommens diskutiert. Darüber hinaus thematisiert die EU auch auf Einzelpersonen bezogene Foltterwürfe. Die jeweiligen lokalen EU-Vertretungen führten derartige Demarchen in Drittstaaten durch.

Die EU entwickelte im Rahmen der **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen** in Zusammenarbeit mit den Botschaften vor Ort in bisher mehr als 80 Staaten lokale Strategien zur effektiven Umsetzung dieser Leitlinien. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der verbesserten Bekanntmachung der Leitlinien in den jeweiligen Ländern sowie auf der Intensivierung der Zusammenarbeit mit lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen. Die EU führte in mehr als 200 Fällen bedrohter MenschenrechtsverteidigerInnen Demarchen durch.

Die neu eingerichtete EU Task Force zu den im Dezember 2008 angenommenen **Leitlinien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** erarbeitet eine Strategie zur Umsetzung dieser Leitlinien. Österreich ist Initiator und Mitglied dieser Task Force.

1.3. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Die Aufbauphase der **Agentur der EU für Grundrechte (GRA)** mit Sitz in Wien wurde mit der Ernennung des ersten Direktors, Morten Kjaerum, im März 2008 abgeschlossen. Österreich unterstützte den internen Konsolidierungsprozess der GRA durch die Veranstaltung einer Klausurtagung für MitarbeiterInnen in Führungspositionen der Agentur, Mitglieder des Verwaltungsrats sowie VertreterInnen der Europäischen Kommission zur Beratung der künftigen strategischen Ausrichtung und der inhaltlichen Prioritäten. Im Bestreben, die GRA rasch als eine zentrale Akteurin in EU-Grundrechtsfragen zu etablieren, strebte Direktor Kjaerum enge Kontakte zu und gemeinsame Strategien mit den EU-Institutionen, regionalen Menschenrechtsinstitutionen und der Zivilgesellschaft in Europa an. Der Personalstand der Agentur wurde um zahlreiche ExpertInnen zu Grundrechtsfragen erweitert. Österreich unterstützt eine starke GRA und arbeitet eng mit dieser zusammen. Die GRA hat mit der Veröffentlichung von Studien zu Homophobie und Diskriminierung, Kinderrechten und Kinderhandel, der Situation von Roma sowie Antisemitismus, sowie Beratungstätigkeiten für EU-Institutionen zu Gesetzesvorhaben bereits Beiträge zur Verbesserung des Grundrechtsschutzes in Europa geleistet. Darüber hinaus organisierte die GRA gemeinsam mit der schwedischen EU-Ratspräsidentenschaft in Stockholm im Dezember eine europäische Grundrechtekonferenz zum Thema Diskriminierung.

Das **elfte EU-Menschenrechtsforum** zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, Institutionen der EU und VertreterInnen der Zivilgesellschaft fand in Stockholm im Juli statt und thematisierte

Menschenrechte in der Europäischen Union

die Gewalt gegen Kinder vor dem Hintergrund des 20-jährigen Jubiläums des Übereinkommens über die Rechte des Kindes. In diesem Zusammenhang fanden Arbeitsgruppen zu den Themen Gewalt gegen Frauen, MenschenrechtsverteidigerInnen sowie bewährte Vorgehensweisen für eine nichtdiskriminierende Gesetzgebung statt.

Die Aktualisierung der auf eine Initiative Österreichs zurückgehenden **Menschenrechtsländerblätter** (Fact Sheets) durch die EU-Missionschefs in Drittländern wurde fortgesetzt. Die Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen im Bereich der EU-Menschenrechtspolitik erfolgt vor allem durch das **Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)**. Eine EU-Strategie zur Förderung der Demokratie in Drittstaaten wurde ausgearbeitet.

Die Europäische Kommission führt seit dem Jahr 2000 **EU-Wahlbeobachtungsmissionen** durch. Im Rahmen des von der EU eingerichteten Projekts „Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie“ (**NEEDS**) werden Ausbildungsveranstaltungen für WahlbeobachterInnen angeboten, unter anderem im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (**ÖSFK**). Rund 30 ÖsterreicherInnen kamen im Jahr 2009 bei EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Afghanistan, Bolivien, Ecuador, El Salvador, Guinea Bissau, Libanon, Malawi und Mosambik zum Einsatz.

2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

Im Dezember 2001 verabschiedete die EU **Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte** und legte unterschiedliche Dialogformen fest, nämlich strukturierte Menschenrechtsdialoge, Ad-hoc-Dialoge, Dialoge mit Staatengruppen sowie Expertentreffen mit gleichgesinnten Staaten im Vorfeld von menschenrechtlichen Großveranstaltungen.

Im Mai und im November wurde der seit 1995 abgehaltene **strukturierte Menschenrechtsdialog EU-China** fortgesetzt. Ergänzend zu den Treffen auf Regierungsebene fanden Expertenseminare mit TeilnehmerInnen aus dem akademischen Bereich, von NRO und VertreterInnen der EU und Chinas statt. Die beim Dialog angesprochenen Fragen betrafen die chinesische Ratifikation des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die Kooperation mit VN-Menschenrechtsmechanismen, die Reform des Systems „Umerziehung durch Arbeit“ und des Justizsystems, die Entwicklungen in Tibet und Xinjiang, die Verfolgung von AnhängerInnen der Demokratiebewegungen, religiöser Gruppen und der Falun-Gong-Bewegung sowie die Themen Todesstrafe, Folterverbot und Religionsfreiheit. Die EU spricht auch regelmäßig menschenrechtliche Einzelfälle an (siehe Kapitel G.II.1.2.). Österreich hat sich insbesondere für den derzeit in China inhaftierten tibetischen Filmemacher Dhondup Wangchen eingesetzt.

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Der Ende 2002 eingerichtete **Menschenrechtsdialog EU-Iran** kam nach der vierten Runde im Juni 2004 praktisch zum Erliegen. Im Jahr 2006 gab es unter österreichischem EU-Ratsvorsitz Bemühungen für eine Wiederaufnahme des Dialogs, die jedoch aufgrund der Besorgnis erregenden Menschenrechtslage im Iran ausblieb. Die Menschenrechtslage wurde auch in einer von Österreich miteingebrachten Resolution der 64. VN-GV kritisiert. Österreich tritt grundsätzlich für eine Fortsetzung des Menschenrechtsdialogs mit dem Iran ein. Die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen wurden von Österreich regelmäßig gegenüber der iranischen Regierung angesprochen.

Am 26. Mai und am 4. und 5. November fanden die neunte bzw. zehnte Runde der **Menschenrechtskonsultationen EU-Russland** statt. Aktuelle Themen wie die Lage im Nordkaukasus und die dort zunehmende Gewalt gegen Menschenrechtsaktivisten, Fragen der Straflosigkeit, der Meinungs-, Versammlungs- und Medienfreiheit etc. standen auf der Tagesordnung. Die Kooperation in multilateralen Foren wurde um Themen wie Menschenrechtstraining im Rahmen friedenserhaltender Operationen, Kinderschutz, Antidiskriminierung und Minderheiten erweitert. Beiden Runden gingen Treffen der EU-Delegation mit russischen NRO voraus.

In Umsetzung der **EU-Zentralasienstrategie** fanden **Menschenrechts-Dialogrunden** der EU mit allen fünf zentralasiatischen Staaten statt: mit **Usbekistan** am 9. Juni, mit **Turkmenistan** am 30. Juni, mit **Kasachstan** am 21. Oktober, mit **Kirgisistan** am 13. Oktober und mit **Tadschikistan** am 23. September.

Die vierte Runde des **Menschenrechtsdialogs EU-AU** und das erste EU-AU Zivilgesellschaftsseminar wurden am 20. April in Brüssel abgehalten. In den Schlussfolgerungen des Treffens wurden der Wille zu einer verstärkten Zusammenarbeit in internationalen Foren, einschließlich der Koordinierung beider Seiten vor Treffen des VN-Menschenrechtsrats und des 3. GV-Ausschusses, sowie die Bereitschaft zu gemeinsamen Initiativen zur SR-Resolution 1325 sowie betreffend Folter bekräftigt.

III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Die operativen Menschenrechtskapazitäten der VN wurden in Folge der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte 1993 gestärkt. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung, dienen dabei der Aufbau und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen sowie breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtsbildung.

*Menschenrechte in den Vereinten Nationen***1. Der Menschenrechtsrat**

Im dritten Jahr des Bestehens des **Menschenrechtsrates (MRR)** stand nach dem anfänglichen prozeduralen Reformprozess erstmals die umfassende inhaltliche Arbeit und Umsetzung des Mandates des MRR im Vordergrund. Der MRR konnte als **Nachfolgeorgan der Menschenrechtskommission (MRK)** die an ihn gestellten hohen Erwartungen auch weiterhin nicht immer erfüllen. Der neuen Institution stehen mit mehrmals jährlich stattfindenden Tagungen und mit der „Universal Periodic Review“, dem universellen Überprüfungsmechanismus der Menschenrechtssituation aller Staaten, Instrumente zur raschen, glaubwürdigen und effektiven Reaktion auf Menschenrechtskrisensituationen in aller Welt zur Verfügung, die allerdings nicht immer bestmöglich eingesetzt werden. Die bis Jahresende abgehaltenen zwölf ordentlichen Tagungen und zwölf Sondertagungen waren vielmehr immer wieder von unzureichender Zusammenarbeit zwischen den regionalen Gruppen geprägt, etwa bei der Erörterung von Themen wie Diffamierung von Religionen, Meinungsfreiheit und Rassismus sowie von Ländersituationen, insbesondere zur Lage in Israel und den Besetzten Palästinensischen Gebieten, der Demokratischen Republik Kongo oder Sudan. Insgesamt steht eine Mehrheit der Mitglieder des MRR nach wie vor Ländermandaten grundsätzlich eher negativ gegenüber.

Aufgrund der regionalen Aufteilung verfügt die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (**WEOG**), zu der auch die EU-Mitgliedstaaten gehören, im MRR nur über insgesamt acht der 47 Sitze. Trotz dieses offensichtlichen Verhandlungsnachteils tritt die EU nachdrücklich für substanzielle und effektive Ergebnisse und entschlossen gegen eine Schwächung durch einige Delegationen bzw. regionale Gruppen ein, damit der Rat seiner zentralen Rolle in der universellen Menschenrechtsarbeit gerecht werden kann.

Auf der **zehnten ordentlichen Tagung** vom 2.–27. März fanden Dialoge mit den Menschenrechts-SonderberichterstatterInnen zu den Themen Folter, Terrorismus, Minderheiten, Binnenvertriebene, Religionsfreiheit, MenschenrechtsverteidigerInnen, Genozidverhinderung sowie zu Myanmar, Demokratische Volksrepublik Korea, Somalia, Demokratische Republik Kongo und den Besetzten Palästinensischen Gebieten statt. Die neue Hochkommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay (Südafrika), stand während der Präsentation ihres Jahresberichts unter Kritik von Ländern des Südens, die eine aus ihrer Sicht nach wie vor vorhandene regionale Unausgewogenheit der personellen Zusammensetzung ihres Büros kritisierten. Kontroversiell waren neuerliche Versuche von Staaten, die Behandlung von Ländersituationen durch die EU zu verhindern, wobei die EU-Resolutionen mit Mandatsverlängerungen der Ländersonderberichterstatter zu Demokratische Volksrepublik Korea und Myanmar schließlich doch angenommen werden konnten. Betreffend Somalia musste sich der Westen mit einer sechsmonatigen Übergangslösung zufrieden geben, zum Ländermandat zur Demokratischen Republik

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Kongo konnte deren konsolidierter und starker Widerstand, unterstützt durch die gesamte afrikanische Gruppe, nicht überwunden werden. Das Mandat musste daher aufgegeben werden. Anstelle dessen einigte man sich auf die Betrauung einer Gruppe von thematischen Sonderberichterstatern zur Erstellung eines Berichts für das nächste Jahr. Kontroversen zu Themen wie Religionsfreiheit und Diffamierung von Religionen zwischen dem Westen und der OIC gingen weiter und mündeten in einer mit knapper Mehrheit angenommenen EU-Resolution zu Religionsfreiheit. Hingegen verlief die österreichische nationale Initiative zu „Menschenrechten in der Justizverwaltung“ ohne Probleme und konnte im Konsens angenommen werden.

Ein Höhepunkt der **elften ordentlichen Tagung** vom 2.–18. Juni war die erfolgreiche Verlängerung des Sudan Ländermandates, welche durch eine Abstimmung auch mit positiven Stimmen zahlreicher afrikanischer Staaten erreicht werden konnte. Insgesamt verlief diese Sitzung weniger kontroversiell, was unter anderem auf die Vertagung einiger schwieriger Themen auf spätere Sitzungen und auch auf das erstmalige Auftreten des neuen Mitglieds USA und den damit verbundenen „Obama spirit“ zurückzuführen war. Negativ kristallisierten sich Versuche zahlreicher OIC-Mitglieder sowie afrikanischer Staaten heraus, Frauen-relevante Resolutionen (Gewalt gegen Frauen, Müttersterblichkeit) systematisch zu schwächen bzw. außerhalb des Mandates des MRR zu stellen. Im Anschluss an die 11. Tagung wurde der Ständige Vertreter Belgiens, Botschafter Alex van Meeuwen, zum neuen Präsidenten des MRR bestellt.

Auf der **zwölften ordentlichen Tagung** vom 14. September bis 2. Oktober thematisierte die Hochkommissarin für Menschenrechte die Menschenrechtssituation in zahlreichen Ländern, darunter auch die Situation der Roma in zentraleuropäischen Ländern. Schwerpunkte der Tagung waren die Erörterung von Berichten im Rahmen der „Universal Periodic Review“ im Plenum, interaktive Dialoge mit SonderberichterstatterInnen sowie eine kontroverielle Paneldiskussion zu Menschenrechten von MigrantInnen. Die Verhandlungen zu Ländersituationen gestalteten sich einfacher, was auch auf die Zustimmung einiger der betroffenen Länder (Somalia, Kambodscha) bzw. fehlende Unterstützung (Honduras, Myanmar) zurückzuführen war. Inhaltlich war die Annahme der gemeinsamen Resolution von USA und Ägypten zur Meinungsäußerungsfreiheit/religiöse Verhetzung umstritten, da einige für die EU wichtige rechtliche Konzepte nur nachträglich in den Text reklamiert werden konnten. Auch die diesmal mit Abstimmung angenommene russische Initiative zu „traditionellen Werten“, welcher westliche Staaten aufgrund der damit verbundenen Gefahr der Aufweichung der Universalität der Menschenrechte ablehnend gegenüber standen, stellte eine negative Entwicklung dar.

Von den **vier Sondertagungen** des Jahres 2009 waren zwei neuerlich der Situation im Nahen Osten, der Menschenrechtslage in den besetzten Palästinensischen Gebieten gewidmet und verliefen wie gewohnt kontroversiell:

Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Eine Resolution musste wieder abgestimmt werden, wobei es innerhalb der EU zu einer Spaltung der Positionen kam. Mit der Sondertagung zur „Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Menschenrechtsschutz“ fand neuerdings eine thematische Sondertagung statt, deren Relevanz für den MRR jedoch von westlichen Staaten in Frage gestellt wurde. Die auf Initiative der EU abgehaltenen Sondertagung zur Menschenrechtssituation in Sri Lanka zeigte, wie sehr westliche Länder den Koalitionen von Entwicklungsländern unterlegen sind. Der eingebrachte Resolutionstext mit von Kuba und Sri Lanka erzwungenen Abänderungsvorschlägen wurde viel zu positiv gestaltet, worauf die EU/WEOG die Unterstützung ihres eigenen Textes zurückziehen musste.

2. Die Generalversammlung

Auf der 64. Tagung der VN-GV wurden im Dritten Komitee über 60 Resolutionen verhandelt. Aus EU-Sicht war die Annahme der EU-Initiativen zur Menschenrechtssituation in Burma/Myanmar und der Demokratischen Volksrepublik Korea sowie der von der EU unterstützten kanadischen Resolution zu Iran mit jeweils besseren Abstimmungsergebnissen als im Vorjahr und ohne die Einbringung von Nichtbehandlungsanträgen ein Erfolg. Die traditionell von der EU und der Gruppe lateinamerikanischer Staaten eingebrachte Resolution über die Rechte des Kindes konnte mit einer Rekordzahl an Miteinbringern (138) erstmals im Konsens angenommen werden, da die USA auf eine Abstimmung verzichteten. Die USA ermöglichten erstmals auch die Konsens-Annahme der kubanischen Resolution zum Recht auf Nahrung, die von mehreren EU-Staaten als Miteinbringer unterstützt wird. Die von der EU eingebrachte Resolution zur religiösen Intoleranz konnte im Konsens angenommen werden, während die OIC-Initiative zur Diffamierung von Religionen an Unterstützung verlor.

Zu Kontroversen führte die Thematisierung von sexueller Orientierung und Gender-Identität im Bericht an die VN-GV des Sonderberichterstatters über den Schutz von Menschenrechten im Kampf gegen den Terrorismus, Martin Scheinin, sowie in einem „General Comment“ des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Afrikanische Gruppe erzwang durch Abstimmung die Streichung der Kenntnisnahme dieser Dokumente in den bisher im Konsens angenommenen Resolutionen über die internationalen Menschenrechts-Pakte sowie zu Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus. Auch in anderen menschenrechtlichen Fragen, etwa bei den Resolutionen zu Rassismus und zur kulturellen Vielfalt, kam es zu einer Blockbildung des „Südens“ gegen den „Norden“, und die Bewegung Blockfreier Staaten sowie die G-77 konnten aufgrund ihrer Stimmenmehrheit diverse Anliegen gegen den Willen der EU durchsetzen.

Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen in der EU und in den informellen Konsultationen. Besonders aufmerksam verfolgte Österreich

Der internationale Schutz der Menschenrechte

neben den EU-Initiativen und Länderresolutionen die Resolutionen zu Folter, intern Vertriebenen, Menschenrechten im Kampf gegen den Terrorismus, Rassismus, Gender, Leitlinien für Kinder in alternativer Betreuung, Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele für Menschen mit Behinderungen sowie Drogen, Menschenhandel und Verbrechenverhütung. Neben den EU-Erklärungen beteiligte sich Österreich in nationaler Eigenschaft an den interaktiven Dialogen mit dem Sonderberichterstatter über die Folter, Manfred Nowak, und den Sonderrepräsentanten des VN-Generalsekretärs für die Rechte von Binnenvertriebenen, Walter Kälin. Des Weiteren unterstützte Österreich klare Aussagen der EU zur Verteidigung der Unabhängigkeit von SonderberichterstatterInnen und der Organe der unterschiedlichen Menschenrechtsverträge-Verträge.

Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft organisierte jeweils in Zusammenarbeit mit einer überregionalen Gruppe von Ländern Veranstaltungen zur Todesstrafe (im Hinblick auf die bei der 65. Tagung der VN-GV anstehende EU-Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe) sowie zu schweren Menschenrechtsverletzungen aufgrund sexueller Orientierung und Gender-Identität.

3. Die Frauenstatuskommission

Die 53. Tagung der **Frauenstatuskommission (FSK)** in New York vom 2.–13. März stand unter dem Thema „Die gleiche Teilung von Verantwortung zwischen Männern und Frauen, inklusive Pflege im Kontext von HIV/AIDS“. Die EU konnte zu allen Punkten der Schlussfolgerungen zum Hauptthema (auch zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten) auf Basis einer gemeinsamen Position verhandeln und das Ergebnis maßgeblich beeinflussen. Des Weiteren wurden Resolutionen zu Mädchen und HIV/AIDS, zur Stärkung des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau (**INSTRAW**), zu den Arbeitsmethoden der FSK sowie zur Situation von und Unterstützung für palästinensische Frauen (letztere in einer Abstimmung) angenommen. Eine interaktive Sachverständigengruppe befasste sich mit dem Thema „Die Finanzkrise aus der Geschlechterperspektive“. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

IV. Menschenrechte in der OSZE

Siehe Kapitel B.II.3

V. Menschenrechte im Europarat

Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarats stützt sich im Wesentlichen auf die **Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)** und

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit

die Tätigkeit des **Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR)**. Das Anwachsen der Mitgliedstaaten des Europarats von 23 im Jahr 1989 auf 47 im Jahr 2009 sowie die breitere Öffentlichkeitswirkung des Menschenrechtssystems brachten eine deutliche Zunahme der Beschwerden mit sich. Die Anzahl der Individualbeschwerden wuchs von rund 4.000 im Jahr 1989 auf ca. 57.000 im Jahr 2009. Die überwiegende Mehrheit davon ist unzulässig. Mit 31. Dezember waren knapp 119.000 Beschwerden vor dem EGMR anhängig. Der EGMR kann jedoch nicht mehr als etwa 30.000 Fälle jährlich abschließen. Um die Funktionsfähigkeit dieser für den Schutz der Menschenrechte in Europa zentralen Instanz aufrecht zu erhalten, nahm das Ministerkomitee des Europarats anlässlich der 114. Ministertagung am 12. Mai 2006 den Text des Protokolls Nr. 14 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten an. Für sein Inkrafttreten ist die Ratifikation aller 47 Mitgliedstaaten des Europarates notwendig. Als vorübergehende Lösung bis zum Inkrafttreten des Protokolls 14 trat im Oktober das Protokoll 14bis in Kraft, das einige Elemente aus Protokoll 14 enthält.

Der seit 2006 amtierende **Europäische Kommissar für Menschenrechte**, Thomas Hammarberg (Schweden), führte Besuche in Bulgarien, Georgien, Italien, Kosovo, Litauen, Moldau, Russische Föderation, Portugal, Schweiz, Slowenien, Türkei, Ungarn und den Vereinigten Staaten durch. Seine Aufgabe ist die Beratung und Bewusstseinsbildung in den Mitgliedstaaten.

Der Franzose Jean-Paul Costa ist seit 2007 Präsident des EGMR; Elisabeth Steiner ist seit 2001 die österreichische Richterin am EGMR; Stefan Karner ist Mitglied der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (**ECRI**); Julia Kozma wurde als Nachfolgerin von Renate Kicker am 18. November österreichisches Mitglied im Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (**CPT**).

VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit (**HSN**) ist eine überregionale, themenübergreifende und aktionsorientierte Interessengemeinschaft von **zwölf Staaten** (Chile, Costa Rica, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, Norwegen, Österreich, die Schweiz, Slowenien und Thailand sowie Südafrika als Beobachter), die 1998/1999 im Zuge des Ottawa-Prozesses zur Erarbeitung der Antipersonenminen-Verbotskonvention entstand. Der Vorsitzwechsel erfolgt jährlich. Das Konzept der menschlichen Sicherheit stellt die Sicherheitsbedürfnisse der/des Einzelnen in den Mittelpunkt. Wesentliche Fundamente menschlicher Sicherheit sind Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Flüchtlingsrecht. Das HSN konzentriert sich auf folgende Themen: Landminen, Kleinwaffen, Kinder und bewaffnete Konflikte, Frauen,

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Frieden und Sicherheit, Menschenrechtsbildung, Dialog der Zivilisationen sowie seit kurzem die Auswirkungen des Klimawandels auf besonders gefährdete Personengruppen. Österreich hatte während seines Vorsitzes von Juli 2002 bis Mai 2003 Menschenrechtsbildung sowie Kinder und bewaffnete Konflikte zu Schwerpunktthemen gemacht, zu denen unter anderem ein mittlerweile in fünfzehn Sprachen übersetztes HSN-Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ sowie ein Trainingscurriculum zur Stärkung der Kinderrechte erarbeitet wurden.

Das **Ministertreffen in Dublin** am 26. und 27. Mai widmete sich dem Schwerpunktthema des irischen Vorsitzes, nämlich der Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Beim Treffen übernahm Costa Rica den einjährigen HSN-Vorsitz. Am Rande der VNGV hielt das Netzwerk am 27. September ein **Ministertreffen** zum Thema Friede und Gerechtigkeit ab. Die Minister nahmen eine Erklärung an, in welcher sich das Netzwerk verpflichtet, den Dialog und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, dem VN-System und anderen internationalen und regionalen Organisationen zu intensivieren, um Strafflosigkeit zu bekämpfen und Verfolgung von Verbrechen sicherzustellen.

VII. Schwerpunktthemen

1. Menschenrechte von Kindern

Die Förderung und der Schutz der Rechte von Kindern sind ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Österreich legte für seine Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat die Rechte von Kindern als eine seiner Prioritäten fest und war maßgeblich an der Verabschiedung der VN-SR Resolution 1882, die den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten ausweitet, beteiligt. In der SR-Arbeitsgruppe zu Kindern in bewaffneten Konflikten setzte sich Österreich konsequent für den Schutz und die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten ein.

Österreich engagiert sich seit vielen Jahren für die Verankerung eines weltweiten Verbots der Einziehung oder des Einsatzes von KindersoldatInnen. Österreich hat sich auf der Pariser Konferenz „Befreien wir die Kinder vom Krieg“ im Jahr 2007 an die Pariser Grundsätze und Verpflichtungen gebunden, die den rechtlichen Rahmen für die weltweite Allianz gegen den Einsatz von KindersoldatInnen vorgeben.

Im Rahmen des MRR beteiligt sich Österreich an der vom MRR eingerichteten offenen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls über ein Individualbeschwerdeverfahren zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe fand im Dezember statt, in der Kernfragen eines Individualbeschwerdeverfahrens ermittelt wurden.

Gemäß Artikel 44 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und den abschließenden Bemerkungen zum zweiten Periodischen Bericht betreffend

Schwerpunktt Themen

die Umsetzung des Übereinkommens vom Jänner 2005 legte Österreich im August den 3. und 4. Bericht über die Umsetzung des Übereinkommens vor.

Österreich beheimatet mit dem **Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (OSFK)** eines der führenden Ausbildungszentren für den Schutz von Kindern, wo regelmäßig Ausbildungsprogramme für die österreichischen TeilnehmerInnen in Auslandsmissionen zum Schutz von und den Umgang mit Kindern in bewaffneten Konflikten abgehalten werden. Das BMeiA führte Ausbildungsprogramme für die österreichischen TeilnehmerInnen an internationalen Friedensmissionen durch, die vor allem auf den Schutz von und den Umgang mit Kindern in bewaffneten Konflikten eingingen. In zahlreichen Staaten unterstützt Österreich Projekte zur Reintegration von KindersoldatInnen und anderen betroffenen Kindern durch Beiträge an VN-Organisationen oder im Wege der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Im Jänner führte das BMeiA für die Abteilung für friedenserhaltende Operationen des VN-Sekretariats (**DPKO**) einen Workshop für „Child Protection Advisors“ durch.

2. Menschenrechte von Frauen

Die Stärkung der Rechte von Frauen ist ein zentrales Element der österreichischen Menschenrechtspolitik. Dazu zählt die Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von Programmen zur aktiven Einbindung von Frauen in Friedensprozesse.

Österreich unterstützt die systemweite Kampagne des VN-GS zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durch finanzielle Beiträge für die im März lancierte VN-Datenbank zu Gewalt gegen Frauen und an den VN-Antigewaltfonds. Des Weiteren fördert Österreich das Gender-Directorate der AU. Im Rahmen der EU bemüht sich Österreich als Mitglied der EU Task Force „Gewalt gegen Frauen“ um eine umfassende Umsetzung der im Dezember 2008 angenommenen EU-Leitlinien Gewalt gegen Frauen.

Ende November fand auf Einladung von Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundesminister Michael Spindelegger ein Festakt zu „**30 Jahre VN Frauenrechtskonvention (CEDAW)**“ statt.

Gemeinsam mit den Partnern in der EU unterstützt Österreich nachdrücklich die Zusammenführung der bestehenden VN-Einheiten im Genderbereich zu einer sogenannten „composite entity“ unter Leitung einer Untergeneralsekretärin und drängt auf eine baldige Umsetzung der Reform.

Als nichtständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat setzte sich Österreich für eine bessere Verankerung der Rechte von Frauen in der täglichen Arbeit des Sicherheitsrates ein und beteiligte sich aktiv an den beiden Debatten zu Frauen, Frieden und Sicherheit im Juni und im August. Österreich brachte sich in die Verhandlungen der Sicherheitsratsresolutionen 1888 (2009) und

Der internationale Schutz der Menschenrechte

1889 (2009) ein und unterstützte insbesondere die Schaffung eines VN-Mandates im Bereich sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten.

Der vom BMeiA koordinierte zweite Umsetzungsbericht zum österreichischen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Sicherheitsratsresolution 1325 (2000) wurde im Dezember dem Ministerrat vorgelegt und an das Parlament weitergeleitet. Er führt die von Österreich gesetzten Maßnahmen zur Förderung der Einbindung von Frauen in Friedensprozessen und zur Stärkung von Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten im Zeitraum von Herbst 2008 bis Herbst 2009 an.

Die Sonderbeauftragte für internationale Frauenfragen im BMeiA, Bundesministerin a.D. Ursula Plassnik, nahm am internationalen Kolloquium zur Stärkung von Frauen im März in Liberia teil.

3. Kampf gegen Rassismus

Vom 20.–24. April fand in Genf die **Überprüfungskonferenz zur Weltkonferenz gegen Rassismus von Durban 2001** statt. Ziel war die Überprüfung der Umsetzung des Durban Aktionsplans sowie der VN-Mechanismen zur Bekämpfung von Rassismus. Aufgrund von größeren Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt blieben einige westliche Länder der Konferenz fern. Österreich war durch seinen Ständigen Vertreter bei den VN in Genf vertreten. Einziges anwesendes Staatsoberhaupt war der iranische Präsident Ahmadinejad. Das im Vorfeld umstrittene Abschlussdokument wurde schlussendlich mit Konsens angenommen und wird als gute Basis für weitere Bemühungen im Kampf gegen Rassismus gewertet.

Die **Europäische Kommission gegen Intoleranz und Rassismus (ECRI)** wurde vom Europarat ins Leben gerufen und wacht auf europäischer Ebene über die Einhaltung der Menschenrechte im Bereich Rassismus und Intoleranz. Die Kommission führt im Vierjahresrhythmus Länderbesuche durch und arbeitet Empfehlungen aus. Berichte werden samt nationaler Stellungnahmen veröffentlicht. Im März besuchte ECRI zum vierten Mal Österreich.

4. Minderheitenschutz

Die Einrichtung eines Gremiums für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten im Rahmen des MRR und der Schutz ihrer Rechte war für Österreich ein großes Anliegen. Auf Initiative Österreichs wurde ein **Forum über Minderheitenfragen** eingerichtet, das einmal jährlich in Genf tagt und Maßnahmen zur weiteren Umsetzung der 1992 von der VN-GV verabschiedeten Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, festlegen soll. Jedes Jahr soll dafür ein anderes Thema im Minderheitenbereich als Schwerpunkt angesprochen werden. Das zweite Treffen am 12. und 13. November

Schwerpunktthemen

widmete sich dem Thema „Minderheiten und politische Partizipation“ und war wie bereits das erste Treffen von der unabhängigen Expertin für Minderheitenfragen des MRR, Gay McDougall, inhaltlich vorbereitet worden. Unter den mehr als 500 TeilnehmerInnen waren neben VertreterInnen von Staaten und internationalen Organisationen auch VertreterInnen von NRO und ExpertInnen zu Minderheitenfragen gleichberechtigt vertreten. Gay McDougall wird im Rahmen ihres Jahresberichts an den MRR im März 2010 über die am zweiten Forum erarbeiteten Empfehlungen berichten.

5. Binnenvertriebene

Seit Jahren zählt der Schutz von Binnenvertriebenen zu den Prioritäten der österreichischen Menschenrechtspolitik. Schon bei der sechsten Tagung des MRR in Genf wurde die von Österreich eingebrachte Resolution zur Erneuerung des Mandats des **Sonderbeauftragten der VN für Binnenvertriebene** im Konsens angenommen und damit dem Mandatsinhaber Walter Kälin eine Fortführung seiner Arbeit bis 2010 ermöglicht. In Ausübung seines Mandats besuchte Sonderbeauftragter Kälin im Jahr 2009 die Demokratische Republik Kongo, den Kosovo, Serbien, Sri Lanka, Tschad, Uganda und die Zentralafrikanische Republik und wies auf die Bedeutung für einen dauerhaften Frieden der Rechte von Binnenvertriebenen, etwa auf Unterkunft, einen adäquaten Lebensstandard, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Sicherheit, hin.

Im Juli fand ein internationaler Workshop zur Umsetzung des 2006 von den Mitgliedsstaaten der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen beschlossenen Protokolls zum Schutz und zur Unterstützung für Binnenvertriebene statt, an der auch Vertreter des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte und des VN-Büros für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten sowie Walter Kälin teilnahmen. Österreich zählte zu den Hauptunterstützern dieses Workshops und nahm als Beobachter daran teil.

6. Menschenrechtsbildung

Das Jahr **2009** wurde von der VN-GV zum **internationalen Jahr des Menschenrechtslernens** erklärt, mit dem Ziel, die Förderung und den Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, zu stärken.

Mit dem **Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“** stellt Österreich ein weltweit verwendetes Instrument zur Verfügung, das im Bericht der Allianz der Zivilisationen besondere Anerkennung fand. Das Handbuch wurde bereits in fünfzehn Sprachen übersetzt und kommt im Europäischen Regionalen Masterprogramm für Demokratie und Menschenrechte in Sarajewo und im Europäischen Masterprogramm für Menschenrechte und Demokratie in Venedig zum Einsatz. Trainingsmaterialien sind

Der internationale Schutz der Menschenrechte

auf der Webseite des European Training and Research Center for Human Rights and Democracy in Graz einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

7. Humanitäres Völkerrecht

Das BMeiA gab gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz auf der 30. internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz 2007 die Zusage ab, Veranstaltungen zu aktuellen Fragen des humanitären Völkerrechts abzuhalten. Am 1. und 2. Oktober fand in diesem Zusammenhang in Bregenz ein gemeinsames, mit dem österreichischen und schweizerischen Roten Kreuz organisiertes, zweitägiges Seminar mit dem Titel „Mehr Biss für das Humanitäre Völkerrecht“ statt, mit dem Ziel, den Denkprozess zur wirksameren Umsetzung internationaler Rechtsstandards zum Schutz der Zivilbevölkerung weiter voranzutreiben.

Anlässlich der Jubiläen 60 Jahre Genfer Konventionen und 150 Jahre Schlacht von Solferino hob Bundesminister Michael Spindelegger in einer Presseerklärung die große Bedeutung der Rotkreuzkonventionen als ein Meilenstein für die Beachtung essentieller Schutzstandards in bewaffneten Konflikten sowie die wichtige Rolle von humanitären Akteuren, wie die Rotkreuzbewegung, hervor.

H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

I. Migrations- und Flüchtlingsfragen

1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen

Umweltzerstörung und Klimawandel stellen neben politischen Konflikten, wirtschaftlicher Instabilität, wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Disparitäten sowie erleichterten Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten zunehmend einen Auslöser für die weiterhin steigenden Migrationsbewegungen dar. Der **UNHCR** unterstützte seit seiner Gründung rund 50 Millionen Menschen: Flüchtlinge und Personen in flüchtlingsähnlichen Situationen, Binnenvertriebene, Asylsuchende, Rückkehrende und Staatenlose. Schätzungen zufolge beträgt die Gesamtzahl aller Flüchtlinge und Personen in flüchtlingsähnlichen Situationen weltweit etwa 40 Millionen Menschen.

Auf internationaler Ebene fand im November bereits das dritte Treffen des **Globalen Forum über Migration und Entwicklung** in Athen statt, an dem sich auch Österreich maßgeblich beteiligte. Dieses verfolgte das Ziel, Maßnahmen zu entwickeln, die zu einer verstärkten Akzeptanz von MigrantInnen in den Aufnahmeländern beitragen. Weiters wurden die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit im Zusammenhang mit Migration diskutiert und Konzepte zur Integration des entwicklungspolitischen Ansatzes in Migrationsfragen erstellt.

2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich

Österreich verfolgt im Rahmen seiner Migrations- und Flüchtlingspolitik einen umfassenden Ansatz, der politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt. Österreich bleibt in erster Linie von der Ost-West-Migration betroffen. Auf EU-Ebene unterstützt Österreich den globalen Ansatz zur Migration, der sowohl die Migrationsströme über das östliche und westliche Mittelmeer, als auch jene über Ost- und Südosteuropa berücksichtigt.

Die Europäische Kommission verstärkte ihre Aktivitäten, um die anlässlich des Europäischen Rates von Tampere im Jahr 1999 beschlossene **Europäische Asylstrategie** umzusetzen. Diese Maßnahmen zielten u.a. darauf ab, die Kohärenz innerhalb des Rechtsbestands der EU im Asylbereich zu verbessern und das Asylsystem der EU insgesamt leistungsfähiger zu machen. Weiters wurde die Errichtung des **Europäischen Asylunterstützungsbüros** mit Sitz in Malta beschlossen. Österreich tritt seit längerem für ein gemeinsames europäisches Asylsystem ein und unterstützt eine koordinierte und enge Zusammenarbeit der EU-Staaten in diesem Bereich.

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

Die Zahl der Asylanträge in Österreich betrug im Jahr 2009 15.827; dies entspricht gegenüber 2008 einem Plus von 23,25%. Die Zahl der erledigten Asylverfahren betrug 19.764, davon wurden 3.151 positiv und 13.111 negativ abgeschlossen. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt oder als gegenstandslos betrachtet bzw. wurden die Anträge zurückgezogen oder zurückgewiesen. Bei den Herkunftsländern stand die Russische Föderation mit 3.560 Asylanträgen an der Spitze, gefolgt von Afghanistan (2.234), Kosovo (1.326), Georgien (976), Nigeria (838), Serbien (710), Türkei (554), Armenien (439), Indien (428) und dem Irak (399).

3. Die Internationale Organisation für Migration

Die **Internationale Organisation für Migration (IOM)** wurde 1951 unter dem Namen „Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung“ (**ICEM**) mit dem Ziel gegründet, in der Nachkriegszeit Flüchtlinge und vertriebene Personen in Europa zu betreuen. IOM tritt für eine humane und geregelte Migrationspolitik ein und sieht es als eine Hauptaufgabe, MigrantInnen und Regierungen bei der Bewältigung von Migrationsprozessen zu unterstützen. Als bedeutendste internationale Organisation in Migrationsfragen beschäftigt IOM weltweit rund 6.900 MitarbeiterInnen und zählt 127 Mitgliedstaaten, darunter alle 27 EU-Mitgliedstaaten.

Das IOM-Büro in Wien ist zugleich „Nationaler Kontaktpunkt Österreich“ des von der Europäischen Kommission im Jahr 2003 geschaffenen Europäischen Migrationsnetzwerks und arbeitet eng mit den betroffenen österreichischen Institutionen zusammen. Im Zuge der Strukturreform, die im November vom IOM-Rat angenommen wurde, wurde beschlossen, dass der Standort Wien die Funktion eines von insgesamt acht Regionalbüros erhält.

II. Internationale Drogenkontrolle

Der Drogenmissbrauch bleibt weiterhin eine weltweite Herausforderung, die das **Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)** in allen Aspekten – Anbau, Produktion, Handel und Konsum – und kriminellen Begleiterscheinungen durch zielgerichtete Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion zu bewältigen versucht. Österreich unterstützt die Anstrengungen des UNODC bei der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit mit einem ausgewogenen Ansatz gegenüber Drogen auf der Grundlage der Menschenrechte.

Die **VN-Suchtstoffkommission (CND)**, die jährlich in Wien tagt, ist die führende VN-Einrichtung im Rahmen der Umsetzung der Drogenpolitik. Anlässlich der 52. Tagung der CND (16.–20. März) wurden im Rahmen des hochrangigen Segments am 11. und 12. März eine Politische Deklaration sowie ein Aktionsplan verabschiedet. Über 1400 Delegierte aus 130 Staaten nahmen an

Internationale Verbrechenverhütung

der Tagung teil, u.a. auch der bolivianische Präsident Evo Morales und Königin Silvia von Schweden. Österreich war durch Bundesminister Alois Stöger vertreten. Der Generaldirektor von UNODC, Antonio Maria Costa, erklärte in seiner Eröffnungsrede, dass das Weltrogenproblem eingedämmt, jedoch nicht gelöst sei. Der steigenden Kriminalität in Zusammenhang mit dem weltweiten Drogenhandel könne nur durch einen integrierten Ansatz unter Vermeidung der beiden Extreme einer Kriminalisierung von Drogenabhängigen und einer völligen Legalisierung von Drogen begegnet werden. Im Rahmen der 52. CND wurden 14 Resolutionen angenommen. Österreich brachte sich v.a. bei den Resolutionen zu Cannabissamen und Geldwäsche in Zusammenhang mit Drogenhandel ein.

Auch das Thema **HIV/AIDS** ist für die Arbeit von UNODC nach wie vor von großer Bedeutung: Zum einen stellt der intravenöse Drogenmissbrauch in vielen Regionen der Welt, etwa in Osteuropa, Russland und Südostasien, die Hauptursache der Verbreitung dieser Immunschwächekrankheit dar; zum anderen verbreitet sich HIV/AIDS vor allem auch in Haftanstalten. Die 52. CND bestätigte die Rolle von UNODC als wichtige Einheit innerhalb der VN in der Bekämpfung von HIV/AIDS.

III. Internationale Verbrechenverhütung

Österreich verfolgt eine Strategie der Stärkung der Arbeit von UNODC auch im Bereich der **Verbrechenverhütung und der Strafrechtspflege** und tritt vor allem in der **Kommission der VN zur Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ)** für eine Stärkung des Sekretariats sowie eine stetige Ausweitung des Mandats von UNODC innerhalb des vorgegebenen Rahmens ein.

Im Rahmen der 18. Tagung der Kommission vom 16.–24. April konnte die von Österreich eingebrachte Resolution zur technischen Unterstützung für die Umsetzung der internationalen Übereinkommen und Protokolle zur Terrorismusbekämpfung nach langwierigen Verhandlungen angenommen werden. Weiters unterstützte Österreich die Resolution zu den nationalen und internationalen Bemühungen für die Reform der Jugendgerichtsbarkeit. Die für zwei Tage anberaumte thematische Debatte wurde zu den Themen Wirtschaftsbetrug und identitätsbezogene Kriminalität sowie Strafrechtsreform und die Reduzierung der Überfüllung von Gefängnissen, einschließlich der Bereitstellung von Rechtshilfe in Strafrechtssystemen, geführt. Anlässlich der Tagung organisierte das BMeiA gemeinsam mit UNODC eine Veranstaltung zum Thema Sport und Verbrechenverhütung.

Österreich unterstützte auch 2009 maßgeblich die Tätigkeit von UNODC im Bereich der **Terrorismusbekämpfung**. UNODC wird für seine effektive Arbeit als zentraler Anbieter von technischer Unterstützung für die VN-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer rechtlichen Verpflichtungen und beim Aufbau von Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung besonders geschätzt.

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

Österreich organisierte gemeinsam mit UNODC am 12. und 13. Oktober den „Internationalen Workshop der nationalen Anti-Terrorismus-KoordinatorInnen“ in Wien, der erstmals die nationalen Zentralstellen für Terrorismusbekämpfung von mehr als 100 Mitgliedstaaten der VN mit VertreterInnen von mehr als 40 internationalen und regionalen Organisationen sowie VN-Einheiten zusammenbrachte. Ziel war es, die nationalen und globalen Aktivitäten in der Terrorismusbekämpfung besser zu vernetzen. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse und trug erheblich zur effizienteren Zusammenarbeit aller Ebenen in der Umsetzung der **Globalen Anti-Terrorismus-Strategie der VN** bei. Der Workshop bot auch der Abteilung für Terrorismusprävention des UNODC eine Plattform, um ihre Arbeit zu präsentieren.

Auch im Jahr 2009 stellte die **Bekämpfung des Menschenhandels** eine wichtige Priorität der österreichischen Außenpolitik dar. Österreich ist Vertragsstaat sämtlicher relevanter internationaler Rechtsinstrumente gegen den Menschenhandel und bestrebt, die entsprechenden internationalen Verpflichtungen durch konkrete Maßnahmen umzusetzen. Die bereits im Jahr 2004 unter der Leitung des BMeiA eingerichtete **Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels** befasste sich mit der Koordinierung der österreichischen Aktivitäten, der Information über diesbezügliche Projekte, der frühzeitigen Erkennung von Trends sowie der Stärkung der Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure. Im internationalen Bereich unterstützte das BMeiA themenbezogene Projekte und Veranstaltungen, die von UNODC, IOM oder der OSZE und österreichischen NRO durchgeführt wurden.

Die österreichische Bundesregierung ernannte Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger, Sektionsleiterin im BMeiA, am 10. März zur **ersten Nationalen Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels**. Der **zweite Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels** für die Jahre 2009–2011 wurde im Mai von der Bundesregierung angenommen.

Das BMeiA war auch in über 100 Risikoländern präventiv tätig. Alle österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wurden aufgefordert, aktiv Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu setzen. Auch die OEZA leistete einen wichtigen Beitrag, um den Menschenhandel bereits im Ursprungsland zu bekämpfen. So widmeten sich einige Projekte der Stärkung der Rechte von Opfern des Menschenhandels. Im Bereich der Prävention organisierte das BMeiA anlässlich des „EU-Anti-Trafficking-Day“ (18. Oktober) am 16. Oktober in der Diplomatischen Akademie Wien eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Gemeinsam gegen Menschenhandel – die österreichischen Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels“. An der Pressekonferenz und Eröffnung der Veranstaltung nahmen Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesministerin Maria Fekter, Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Staatssekretärin Christine Marek, eine Vertreterin von Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hossek und Thomas Brezina als „UNICEF-Botschafter“ teil. Die Veranstaltung war schwerpunktmäßig dem Thema Kinderhandel und der Stärkung der Kinderrechte gewidmet.

*Der Internationale Strafgerichtshof***IV. Der Internationale Strafgerichtshof**

Der in Den Haag angesiedelte **Internationale Strafgerichtshof (IStGH)** ist ein durch das Römer Statut von 1998 geschaffenes ständiges und unabhängiges Gericht. Seine Jurisdiktion erstreckt sich derzeit auf die Tatbestände Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, sofern diese nach dem Inkrafttreten des Römer Statuts am 1. Juli 2002 auf dem Gebiet eines Vertragsstaates oder von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates begangen wurden. Auch hat der VN-SR die Möglichkeit, eine Situation dem IStGH zu unterbreiten, selbst wenn der betroffene Staat kein Vertragsstaat des Römer Statuts ist. Dem Römer Statut gehören derzeit 110 Staaten an. Es normiert eine komplementäre Jurisdiktion des IStGH, d. h. sie kommt erst dann zum Tragen, wenn die primär zur Aburteilung der Verbrechen zuständigen Staaten entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Verbrechen zu untersuchen bzw. zu verfolgen.

Derzeit sind folgende **Situationen** beim IStGH anhängig: Demokratische Republik Kongo, Uganda, Zentralafrikanische Republik und – infolge einer Zuweisung durch die Resolution 1593 (2005) des VN-SR – Darfur/Sudan. Im Mittelpunkt des Interesses stand der am 4. März erlassene Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmed Al Bashir, der bisher nicht vollzogen wurde. Es handelt sich um den ersten Haftbefehl des IStGH gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt. Er zog die Ausweisung der humanitären Hilfsorganisationen aus Darfur nach sich und löste Spannungen mit einigen afrikanischen Ländern sowie mit der Afrikanischen Union aus. Die einzelnen Verfahren vor dem IStGH befinden sich in unterschiedlichen Stadien, wobei der Vollzug der erlassenen Haftbefehle gegen Führungsmitglieder der Lord's Resistance Army (Uganda-Situation) nach wie vor aussteht. Hauptverfahren wurden gegen Thomas Lubanga Dyilo und andere (Kongo-Situation) begonnen. Hinsichtlich der Vorfälle nach den kenianischen Wahlen im Jahr 2007 stellte der Ankläger erstmals aus eigener Initiative am 26. November einen Antrag zur Genehmigung von Ermittlungen.

Im Mittelpunkt der **Achten Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts** in Den Haag vom 18.–26. November stand die Vorbereitung der ersten Überprüfungskonferenz des Römer Statuts, die von 31. Mai bis 11. Juni 2010 in Kampala stattfinden wird. Sie wird sich vornehmlich der Aufnahme des Tatbestands des Verbrechens der Aggression in das Römer Statut und einer umfassenden Bestandsaufnahme widmen.

Österreich gehört zu den traditionellen Unterstützern des IStGH. Es schloss als erster Staat mit dem IStGH ein **Abkommen über den Vollzug von Freiheitsstrafen** und unterstützt aktiv die Einrichtung einer völkerrechtlichen Datenbank im Rahmen des vom Büro des Anklägers des IStGH initiierten Projekts „**Legal Tools**“. Dieses Projekt dient der internationalen Vernetzung strafrechtlicher und strafprozessrechtlicher Informationen sowie einschlägiger gerichtlicher Entscheidungen und wissenschaftlicher Kommentare.

I. Multilaterale Wirtschaftspolitik

I. Welthandelsorganisation (WTO)

Die Verhandlungen im Rahmen der Doha Runde (**DDA**) blieben zentrales Element der Aktivitäten der Welthandelsorganisation (**WTO**). Leider war es nicht möglich, einen politischen Durchbruch in den Verhandlungen zu erzielen, da vor allem die USA nach wie vor eine zurückhaltende Position einnahmen, die in keiner Weise die Erwartungen der Verhandlungspartner erfüllen konnte. Der Mangel eines inhaltlichen Schlüsselpartners im Verhandlungsprozess hat natürlich ihre Auswirkungen. In Genf selbst fanden daher in erster Linie technische Arbeiten statt, die politischen Verhandlungen mussten vorläufig ausgeklammert werden. Dadurch ergab sich zwar einerseits eine recht ansehnliche Sitzungsfrequenz, andererseits allerdings nur ein sehr begrenzter substantieller Fortschritt. Die USA wiederum versuchten bilateral großen Schwellenländern wie Indien, China oder Brasilien spezifische Zugeständnisse bei Industriegütern abzurufen.

Bei den Verhandlungen selbst bildeten die Themenbereiche Landwirtschaft und Industriegüter auch weiterhin die Kernmasse einer künftigen Einigung. Nach wie vor gilt es, eine Balance zwischen der Verringerung der handelsverzerrenden nationalen Stützungen bzw. Senkung der Einfuhrzölle bei landwirtschaftlichen Gütern auf der einen Seite und einer Zollreduktion im nicht agrarischen Bereich auf der anderen Seite auszuhandeln. Fortschritte bei den übrigen Dossiers, u.a. Dienstleistungen, Handelsregeln (insbes. Antidumping und Fischereisubventionen), Handelserleichterungen sowie Fragen des Geistigen Eigentums hängen nach wie vor von einem Ergebnis bei Landwirtschaft und Industriegütern ab.

Im Juli fand eine globale Überprüfung der von der WTO Ministerkonferenz in Hongkong im Jahre 2005 ins Leben gerufenen – und von der Doha Runde abgekoppelten – Initiative „Hilfe für Handel“ („Aid for Trade“) statt, die sich vor allem der konkreten Umsetzung von handelsbezogenen Hilfsprojekten in den Entwicklungsländern widmete. Besonderes Augenmerk galt dem Programm Enhanced Integrated Framework (**EIF**), das auf den spezifischen Bedarf der LDC Länder ausgerichtet wurde.

Die 7. WTO Ministerkonferenz, die von 30. November bis 2. Dezember in Genf stattfand, wird als relativ „unauffällig“ in die Geschichte eingehen. Da DDA-bezogene Verhandlungen aufgrund der nach wie vor bestehenden großen Meinungsunterschiede als nicht zielführend angesehen wurden, konzentrierte sich die Diskussion darauf, auf politischer Ebene Bilanz über die multilaterale Handelspolitik zu ziehen und Ideen für die Zukunft zu entwickeln. Das wichtigste inhaltliche Ergebnis bestand darin, eine DDA-bezogene Bestandsaufnahme auf Ministerebene zu ermöglichen, die für 2010 in Aussicht genommen wurde. Aus organisatorischer Sicht hingegen gelang es, von Großveranstaltungen wie jene in Hongkong oder Cancún abzugehen und ein kleineres, arbeitsorientiertes Format zu finden.

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Ein handelspolitischer Erfolg für die EU konnte nach beinahe 20 Jahren und einem Dutzend formeller Streitfälle der Bananenstreit mit den lateinamerikanischen Anbietern (u.a. Kolumbien, Ecuador, Costa Rica, Panama) sowie den USA zu einem zufriedenstellenden Ende gebracht werden. Die Einigung sieht vor allem eine schrittweise Zollreduktion von derzeit 176 Euro/Tonne auf 114 Euro/Tonne im Jahr 2017 vor. Die AKP-Länder, deren Präferenzvorteil durch dieses Abkommen geschmälert wird, erhalten von der EU zusätzliche finanzielle Unterstützung. Gleichzeitig mit dieser Einigung wurde auch das Kapitel betreffend tropische Produkte bei den DDA-Landwirtschaftsverhandlungen für die EU gelöst.

Die WTO hält weiterhin bei 153 Mitgliedern. Diese Zahl konnte 2009 nicht weiter erhöht werden. Der Beitritt Montenegros, das seine Verhandlungen noch im Dezember 2008 quasi abgeschlossen hatte, wurde – wie auch jener anderer Kandidaten (z.B. Serbien) – von der Ukraine durch überzogene Liberalisierungsforderungen blockiert. Russland überraschte die Verhandler noch im Juni mit der Ankündigung, in Hinkunft den WTO Beitritt als Zollunion gemeinsam mit Weißrussland und Kasachstan (ab 1. Jänner 2010 in Kraft) anzustreben. Eine solche Vorgehensweise hätte – abgesehen von massiven Zweifeln hinsichtlich ihrer rechtlichen Durchführbarkeit – zumindest massive Verzögerungen im Beitrittsverfahren dieses wichtigen Handelspartners zur Folge.

II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

1. Internationale Wirtschaft und Finanzen

Die Arbeiten der OECD standen im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die OECD hat ihre **strategische Antwort** auf die Krise aus dem Vorjahr weiterentwickelt und für den Finanzmarktbereich Leitlinien zur Beendigung der außerordentlichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen vorgestellt (Exit Strategy). Weiters hat sie ihre Warnung vor protektionistischen staatlichen Maßnahmen im Welthandel wiederholt und auf die Wichtigkeit der Langzeitorientierung von Konjunkturmaßnahmen hingewiesen.

Bei der Suche nach Ansätzen zur Krisenbekämpfung wurde die OECD von der G-20 zur Mitarbeit eingeladen. Die Beiträge der OECD betreffen Energiefragen, Themen der internationalen Transparenz von Steuerinformation sowie spezifische Arbeitsmarkt- und Handelsfragen.

2. Österreich und das Bankgeheimnis

Nachdem die OECD schon 2008 von der G-20 ersucht worden war, ihre Arbeiten im Bereich des Austausches von Steuerinformation fortzusetzen, veröffentlichte das Sekretariat kurz vor dem Londoner G-20-Treffen im April

Multilaterale Wirtschaftspolitik

einen Fortschrittsbericht über Jurisdiktionen, die vom OECD Globalen Forum hinsichtlich der Implementierung der internationalen Steuerstandards beobachtet werden. Im Vorfeld der Veröffentlichung dieses Fortschrittsberichts hat Österreich schließlich die Rücknahme des Vorbehaltes über den Austausch von Steuerinformation (Art. 26 Abs.1 OECD-Modellabkommen) erklärt.

Das Inkrafttreten des Amtshilfe-Durchführungsgesetzes, BGBl. I Nr. 102/2009, Anfang September ermöglichte den internationalen Austausch von Steuerinformation. Mit Ende des Jahres hatte Österreich bereits 17 Abkommen zum Austausch von Steuerinformation abgeschlossen und damit die von der OECD im Fortschrittsbericht vom April angesetzte Marke von zwölf bereits deutlich überschritten. Diese Zahl dürfte 2010 noch weiter anwachsen.

3. OECD-Länderbericht über Österreich

Im Jahr 2009 stand der alle zwei Jahre erscheinende OECD-Länderbericht über Österreich am Programm. Der diesmal gewählte Schwerpunkt war das österreichische Bildungswesen. Nach einer konstruktiven Phase der Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat und den österreichischen Stellen wurde der Länderbericht am 2. Juli in Wien vorgestellt. Die OECD sieht Reformbedarf bei der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern sowie bei den Lehrplänen. Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund empfehlen die OECD-Prüfer eine Früherfassung im Vorschulunterricht. Beim Pensionssystem mahnt die OECD, frühere Reformanstrengungen nicht zu unterminieren und insbesondere eine Harmonisierung der Pensionsbestimmungen von Landes- und Bundesbediensteten anzustreben, Frühpensionierungen entgegenzuwirken sowie bei der Pensionsberechnung einen demographisch bestimmten Nachhaltigkeitsfaktor einzuführen.

4. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Beschäftigung

Die Arbeitsminister der OECD diskutierten Ende September arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise. Trotz unterschiedlicher Maßnahmenpakete in den einzelnen Ländern bestand Einigkeit darüber, dass die getroffenen Maßnahmen trotz erster Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung weiter aufrecht bleiben sollten. Übereinstimmung bestand auch darin, dass die in den Jahren vor der Krise heftig kritisierten automatischen Stabilisatoren einen beachtlichen Beitrag leisteten. Dies gilt sowohl für den Zugang zu angemessenen und wirkungsvollen Sicherheitsnetzen, um das Armutrisiko gering zu halten, als auch für Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage nach Arbeitskräften (Kurzarbeit) und Qualifizierungsmaßnahmen, welche die Erfordernisse eines umweltverträglichen Wachstums berücksichtigen müssen. Selbst öffentliche Beschäfti-

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

gungsprogramme wurden angesichts der Schwere der Krise weniger kategorisch abgelehnt als früher.

Für die künftige Arbeit der OECD relevant sind u.a. Diskussionsbeiträge über die Rolle und Entwicklung von Ungleichheiten und deren Ursachen (Flexibilisierung der Arbeitseinkommen), eine kritische Einschätzung der Aktivierungsstrategien, breitere Bildung versus spezifisches Training, befürchtete negative Anreize der Konzentration auf einzelne Arbeitnehmergruppen sowie die Notwendigkeit, ein neues, nachhaltiges Wachstums-, Produktions- und Entwicklungsmodell zu erstellen.

5. Umweltpolitik und Nachhaltigkeit in der OECD

Im Jahr 2009 stand erneut der **Klimawandel** im Mittelpunkt der Umweltpolitik in der OECD. Im Rahmen des „High Level Meeting on Environment and Development“, welches am 28. und 29. Mai stattfand, wurde vor allem die Integration von Adaptierungsmaßnahmen zum Klimaschutz in Entwicklungshilfeprogrammen behandelt. Neben der Implementierung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsprojekten wurde insbesondere die nachhaltige Finanzierung von Adaptierungsmaßnahmen in Entwicklungsländern diskutiert. Durch eine aktive und präventive Klimaschutzpolitik im Entwicklungsbereich könnten später anfallende höhere Kosten vermieden werden.

Die Behandlung der Opportunitätskosten des Klimaschutzes (Cost of Inaction) ist zum wichtigsten Beitrag der OECD zur globalen Klimadiskussion geworden, nicht zuletzt als Expertise zu den G-20-Treffen und als Vorbereitung zur COP 15 in Kopenhagen. Die Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen sollen möglich kosteneffektiv und mittels unterschiedlicher Maßnahmen (marktorientiert wie auch durch sog. Command-and-Control) erzielt werden, wobei nach Ansicht der OECD der Schwerpunkt auf der Fixierung eines CO₂-Preises liegen sollte, unter möglichst breiter Erfassung aller Länder, Sektoren und Treibhausgase. Gemäß den Modellen der OECD würden die weltweiten Treibhausgasemissionen ohne gegensteuernde Maßnahmen bis zum Jahr 2050 um ca. 70 % anwachsen.

Die OECD schlägt eine ökologische Ausrichtung vor. Der Ministerrat am 24. und 25. Juni stand daher unter dem Motto „Stärkeres, saubereres und gerechteres Wachstum“. Er verabschiedete eine Deklaration über eine Strategie für Grünes Wachstum, die den zweiten großen Schwerpunkt in der Umweltpolitik bildete. Dabei handelt es sich um ein Querschnittsthema, ein Zwischenbericht soll im Jahr 2010 fertig gestellt werden. Die Minister bekannten sich dazu, sich Aufrufen zu protektionistischen Verhaltensweisen zu widersetzen sowie die Integrität und Transparenz bei internationalen Geschäftsabschlüssen zu fördern. Zentral war auch das Bekenntnis zur Bedeutung gezielter Instrumente zur Förderung ökologischer Investitionen und von Maßnahmen

Multilaterale Wirtschaftspolitik

gegen den drohenden Klimawandel, besonders auch im Entwicklungsbereich.

6. Erweiterung und Enhanced Engagement

Die OECD stand 2009 in Beitrittsverhandlungen mit Chile, Estland, Slowenien, Israel und Russland. Die Verhandlungen mit Chile konnten im Dezember erfolgreich abgeschlossen werden. Weiters bemüht sich die OECD, ihre Beziehungen zu Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika unter dem Leitmotiv Enhanced Engagement weiter auszubauen und ihnen eine strukturierte Teilnahme an Komitees und peer reviews zu ermöglichen. Darüber hinaus versucht die OECD, ihre globalen Beziehungen zu stärken, indem sie auch anderen Ländern einen Beobachterstatus in Komitees gibt, die thematischen Globalen Foren weiter ausbaut, regionale Programme (z.B. MENA, Eurasia Competitiveness Programme, Southeast Europe Investment Committee) intensiviert und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen sucht.

7. Ausgewählte Publikationen

Der jährliche Bericht **Economic Policy Reforms – Going for Growth** (Wirtschaftspolitische Reformen – Das Wachstum fördern) enthält Empfehlungen zu Strukturformen für die einzelnen OECD-Mitglieder sowie für die EU. Die OECD stellt erstmals das menschliche Wohlbefinden in den analytischen Vordergrund.

In **The Financial Crisis: Reforms and Exit Strategies** (Die Finanzkrise: Reformen und Ausstiegsstrategien) stellt die OECD Überlegungen zu den Hintergründen und Ursachen der Finanzkrise, zu Eigenkapitalerfordernissen sowie zu Problemen der Geschäftsstrukturen der Banken und deren Beaufsichtigung an.

Employment Outlook 2009 ist zum großen Teil den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt gewidmet. Die Arbeitslosigkeit hat in den meisten OECD-Ländern zugenommen. Ferner wird in der aktuellen Ausgabe geprüft, wie die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bei der Bewältigung der Krise helfen kann.

Pensions at a Glance 2009 gibt einen Überblick über wesentliche Indikatoren, die die Entwicklung der Pensionssysteme beschreiben. Generell bleibt die OECD trotz der massiven Verluste bei den privaten (kapitalgedeckten) Pensionen weiter bei ihrer Position, dass die Krise alle Säulen der Pensionssysteme betreffe und private Pensionen ein wesentliches Element zukünftiger Pensionssysteme seien.

Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation: Policy Guidance: Die Publikation versteht sich als Politikratgeber zur opti-

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

malen Integration von Klima-Adaptierungsmaßnahmen im Entwicklungsbereich. Dabei wird ein Maßnahmenpaket aus nationalen, sektoralen und projektbezogenen Ansätzen sowie deren kosteneffektivste Umsetzung identifiziert.

The Economics of Climate Change Mitigation: Policies and Options for Global Action Beyond 2012: Vor dem Hintergrund einer möglichen Verdoppelung der Treibhausgasemissionen bis Mitte des 21. Jahrhunderts werden in dieser Publikation die effizientesten Maßnahmen zur Vermeidung dieses Szenarios diskutiert.

8. Internationale Energieagentur

Am Treffen der EnergieministerInnen der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris am 14. und 15. Oktober nahmen neben den 28 Mitgliedstaaten erstmals die Partnerländer China, Indien und Russland teil. Die IEA vereinbarte im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung mit jedem der drei Partnerländer Kooperationsprogramme für die nächsten zwei Jahre. Mit Indien wurde eine Vereinbarung betreffend die Übermittlung von Daten und Zusammenarbeit bei statistischer Ausbildung erzielt, mit Russland wird die Zusammenarbeit im Bereich von Energieeffizienzindikatoren fortgesetzt. Die IEA-Aktivitäten standen im Zeichen der Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Konsequenzen für nachhaltige Energiepolitik bei wachsender internationaler Besorgnis über die Auswirkungen des CO₂-Ausstoßes auf den Klimawandel. Dies spiegelte sich auch in den Beiträgen der IEA zum G-8-Gipfel in L'Aquila (8.–10. Juni) und zum G-20-Gipfel in Pittsburgh (24. und 25. September) wider.

J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Umwelt und nachhaltige Entwicklung zählen zu den dynamischsten Bereichen im internationalen Kontext. Die großen Herausforderungen Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcenbasis sowie Nahrungsmittelknappheit machen ein globales, konzertiertes und unterschiedenes Auftreten unabdingbar. Immer deutlicher wurde, dass der Umweltbereich langfristiger in die globale Politik Eingang finden muss.

I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002

Die 17. Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (**CSD-17**) tagte in New York vom 4.–15. Mai. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Themenbereiche des dritten Umsetzungszyklus der Johannesburg-Agenda: Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Dürre und Wüstenbildung sowie die nachhaltige Entwicklung Afrikas. Dazu wurden politische Empfehlungen verhandelt und verabschiedet, wobei hervorgehoben wurde, dass angesichts der weltweiten Ernährungskrise zusätzliche Unterstützung für Afrika für eine nachhaltige Landwirtschaft notwendig ist.

II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Die 25. Sitzung des **UNEP-Verwaltungsrats** fand gleichzeitig mit dem Globalen Umweltministerforum (**GMEF**) in Nairobi vom 16.–20. Februar statt. Die Ergebnisse des GMEF zu den Themen „Global Crises: National Chaos?“ (Green Economy Initiative – “Global Green New Deal”) und „International Environmental Governance“ waren viel versprechend. Das Segment zur VN-Reform stand unter dem Zeichen der laufenden VN-Reformprozesse, insbesondere der Thematik der „International Environmental Governance“, wobei allgemein ein Bestreben nach einer verbesserten Integration und einer höheren politischen Akzeptanz der Umweltbelange im UN-System beauftragt wurden. Der Verwaltungsrat beriet das Arbeitsprogramm und Budget für 2010–2011. Dieses neue Arbeitsprogramm orientiert sich an sechs Prioritäten, die erstmals in der Medium-term Strategy 2010–2013 festgeschrieben sind und die Grundlage für die sechs neuen Unterprogramme bilden: Klimawandel, Umweltkatastrophen und Umweltkonflikte, Ökosystem-Management, Environmental Governance, gefährliche Substanzen und Abfall, sowie Ressourceneffizienz. Der Verwaltungsrat nahm 17 Entscheidungen an. Der größte Erfolg des diesjährigen Verwaltungsrates war die Einigung, ein neues internationales Umweltabkommen zur weltweiten Reduktion von Quecksilberemissionen auszuarbeiten.

*Globale Umweltschutzabkommen***III. Globale Umweltschutzabkommen**

Vom 7.–18. Dezember tagten in Kopenhagen parallel die 15. Konferenz der Vertragsparteien der **VN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC)** und die fünfte Konferenz der Vertragsparteien des **Kyoto-Protokolls**. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen Arbeiten an einem internationalen Abkommen für die Zeit nach Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls Ende 2012. Die hochrangig besuchte Konferenz konnte sich letztlich weder auf ein neues internationales Klimaschutzabkommen noch auf einen klaren Zeitplan für die Erarbeitung eines solchen Abkommens einigen. In informellen Diskussionen erarbeitete eine Gruppe von Staaten die sogenannte Kopenhagener Vereinbarung („**Copenhagen Accord**“), welche zumindest ein Bekenntnis zur Begrenzung des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf maximal zwei Grad Celsius, finanzielle Zusagen und die Schaffung eines „**Copenhagen Green Climate Fund**“ enthält. Die Vereinbarung wurde vom Plenum der Konferenz „zur Kenntnis genommen“, das Mandat der beiden Untergruppen unter Konvention und Kyoto-Protokoll verlängert bzw. bestätigt. Die beiden Untergruppen sollen die Arbeiten im Jahr 2010 fortführen und das Ergebnis ihrer Verhandlungen in die 16. Konferenz der Vertragsparteien einfließen lassen.

Im Bereich der **Biodiversität** waren die Diskussionen bereits stark von den Vorbereitungen auf das „Internationale Jahr der biologischen Vielfalt“ 2010 geprägt, wo bewertet werden soll, ob die Verlustrate der Biodiversität rückläufig gemacht werden konnte und welche Anstrengungen und Zielsetzungen notwendig sind, um die Vielfalt für künftige Generationen zu erhalten und deren nachhaltige Nutzung sicherzustellen. Mit einem internationalen **Regime für den Zugang zu genetischen Ressourcen und dem Vorteilsausgleich aus deren Nutzung (access and benefit-sharing, ABS)** soll die internationale Staatengemeinschaft den Bogen zwischen Nutzung für den menschlichen Bedarf und Anreiz für deren Erhaltung spannen. Das neue Regime befindet sich derzeit in Verhandlung und soll im Oktober 2010 bei der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt angenommen werden. Ebenso wurde daran gearbeitet, das letzte Element des Cartagena Protokolls über die biologische Sicherheit im Jahr 2010 zu beschließen, nämlich ein internationales **Haftungsregime für die Verbringung von gentechnisch veränderten Organismen**.

Die VN-Konvention zur **Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD)** nahm sich verstärkt der Problematik der Bodenverschlechterung und damit eines Wegfalls der Selbstversorgungsmöglichkeiten der Bevölkerung in benachteiligten Gebieten an. Die Vertragsparteien setzten bei ihrer Tagung vom 21. September bis 2. Oktober in Buenos Aires den Schwerpunkt ihrer Diskussionen auf die Umsetzung der Zehnjahresstrategie (2008–2018) der Konvention. So einigte man sich auf weltweit bzw. regional verbindliche Impact- und Effizienzindikatoren für die Umsetzung der Strategie. Der österreichische Koordi-

Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

nator für die Konvention wurde für zwei Jahre als Vertreter Westeuropas ins Büro der Vertragsstaatenkonferenz (**COP-Bureau**) gewählt.

Im Bereich der **Chemikalien** konnten auf internationaler Ebene eine Reihe von Entscheidungen und Initiativen gesetzt werden, die zur positiven Nutzung von Chemikalien und zur Minimierung ihrer negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt beitragen werden. Im Rahmen des 25. UNEP Governing Council von 16.–20. Februar in Nairobi wurde von der internationalen Staatengemeinschaft die **Ausarbeitung eines Quecksilberübereinkommens** beschlossen. Dieses Übereinkommen soll sich auf sämtliche Bereiche erstrecken, wo Quecksilber verwendet bzw. emittiert wird und in der Folge auch weitere gefährliche Schwermetalle einschließen. Elemente eines zukünftigen Textes wurden im Rahmen einer internationalen Arbeitsgruppe bereits vorbereitet, und die erste Verhandlungsrunde für das Abkommen ist für Juni 2010 in Stockholm vorgesehen. Der Fokus der **2. Internationalen Konferenz über Chemikalienmanagement (ICCM II)**, vom 11.–15. Mai lag auf der Erstellung der Rahmenbedingungen zur Umsetzung und Erweiterung des „**Strategischen Ansatzes für internationales Chemikalienmanagement**“. Als neue prioritäre politische Themen, also jene, die noch nicht genügend Beachtung fanden bzw. noch nicht genügend behandelt wurden, die jedoch signifikante Effekte auf Mensch und/oder Umwelt haben könnten, wurden „Blei in Farben“, „gefährliche Chemikalien in Produkten“, „Nanomaterialien“ und „Elektroabfall“ festgelegt. Die Konferenz betonte die Notwendigkeit der Verbesserung der Verfügbarkeit von Information über gefährliche Chemikalien in Konsumartikeln wie etwa Computer, Textilien oder Spielzeug. Bei der **vierten Vertragsparteienkonferenz der Stockholmer Konvention über persistente organische Schadstoffe** (4.–8. Mai, Genf) wurden die technischen Anhänge um neun persistente Schadstoffe erweitert (Mitteilung des Depositärs vom 26. August). Weiters hat die Konferenz einen Plan zur Reduktion des Einsatzes der gefährlichen Chemikalie DDT erstellt. In Bezug auf Synergien mit anderen multilateralen Übereinkommen im Chemikalien- und Abfallmanagement wurde das Synergienpaket angenommen, das die Basis für die verstärkte Kooperation und Koordination mit der Basler Konvention über die internationale Verbringung von gefährlichem Abfall und der Rotterdamer Konvention über die internationale Verbringung von Chemikalien darstellt.

Das 21. Treffen der Vertragsparteien zum **Montreal Protokoll über Substanzen, die zum Abbau der Ozonschicht** führen, fand vom 4.–8. November in Port Ghalib (Ägypten) statt. Nach dem Beschluss der 19. Vertragsparteienkonferenz, die Ausstiegspläne aus teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (**HFCKW**) zu beschleunigen und für Entwicklungsländer um zehn Jahre vorzuverlegen, war das zentrale Verhandlungsthema Maßnahmen zur Beschränkung von teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen (**HFKW**) in Angriff zu nehmen. Diese Stoffe, die zwar nicht Ozon abbauend, jedoch klimaschädlich wirken, werden vermehrt als Ersatzstoffe für HFCKWs einge-

Globale Umweltschutzabkommen

setzt, insbesondere in den Entwicklungsländern. Trotz intensiver Verhandlungen konnte keine Einigung zu diesem Thema erzielt werden. Diese Frage wird daher in zukünftigen Treffen einen zentralen Punkt bilden. Weitere Entscheidungen betrafen die Festlegung von Mengenbeschränkungen für den Einsatz von Methylbromid, welche auch auf den Bereich Quarantänebegabungen ausgedehnt wurden.

Der **Internationale Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft** etabliert bereits ein multilaterales ABS-System für den spezialisierten Bereich des Pflanzenbaus und stellt somit eine Verbindung zwischen Landwirtschaft und Umwelt her. Weltweit ist der Zugang zu diesen Ressourcen für Züchtungs- und Forschungszwecke frei und findet über einen standardisierten Vertrag statt. Beim diesjährigen Verwaltungsrat des Vertrags (1.–5. Juni, Tunis) wurde ein alternatives Streitbeilegungsverfahren verabschiedet, das den standardisierten Vertrag vervollständigt. Durch einen multilateralen Fonds wird der Vorteilsausgleich gespeist, der beim Verwaltungsrat mit einer Summe von 116 Millionen US Dollar auf fünf Jahre dotiert wurde. Von diesem Fonds profitieren bereits jetzt Bauern weltweit in der Erhaltung ihrer heimischen, klimatisch angepassten Kulturpflanzen und reduziert somit deren Importabhängigkeit. Außerdem wurde Österreich zum Vorsitz des kommenden Verwaltungsrates des Vertrags (März 2011, Bali) gewählt.

Das **5. Weltwasserforum** fand vom 16.–22. März in Istanbul unter dem Motto „Bridging Divides for Water“ statt. Inhaltlich befasste sich das Forum mit den folgenden Themen:

- Global Change and Risk Management (inkl. Klimakomponente)
- Advancing the Human Development and the Millennium Development Goals
- Managing and Protecting Water Resources
- Governance and Management
- Finance
- Education, Knowledge and Capacity Development.

Ziel dieses alle drei Jahre statt findenden Forums war es, nachhaltige Lösungen für Probleme im Wasserbereich zu finden, zu diskutieren und so die weltweiten Wasseragenden in den nächsten Jahren zu beeinflussen (z.B. G-8, UN-CSD, UNFCCC). Die Hauptergebnisse sind die Ministererklärung (Regierungsebene), der Istanbul Water Consensus (Gemeindeebene) und der auf der Fachebene angesiedelte „Istanbul Water Guide“.

Die 61. Jahrestagung der **Internationalen Walfangkommission (IWC)** wurde in Madeira vom 16.–26. Juni abgehalten. Nachdem die Organisation jahrelang durch zwei rivalisierende Lager in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt war, wurden nun die begonnenen Arbeiten für eine einvernehmliche Lösung fortgesetzt. Entscheidungen zu umstrittenen Fragen konnten jedoch noch keine gefällt werden.

K. Auslandskulturpolitik

I. Zielsetzungen und Schwerpunkte

Die Auslandskulturarbeit ist eine Kernaufgabe der österreichischen Außenpolitik. Mit ungefähr 5000 Projekten pro Jahr trägt sie wesentlich zum Österreichbild im Ausland bei, unterstützt KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen bei internationalen Projekten und fördert den Dialog der Kulturen. Österreich wird weltweit als „Kulturnation“ wahrgenommen und kann daher sowohl mit seinem zeitgenössischen Kulturschaffen als auch mit der Vielfalt seiner Traditionen global präsent sein und spezielle Schwerpunkte setzen. Das Netzwerk der Auslandskulturarbeit umfasst 30 Kulturforen, 55 Österreich Bibliotheken, neun Österreich Institute, Spezialbüros in Lemberg, Sarajewo und Washington D.C. sowie die kulturelle Programm- und Projektarbeit der österreichischen Botschaften und Generalkonsulate.

Der thematische Schwerpunkt lag für das gesamte Jahr in der Erinnerung an den Neubeginn Europas seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ vor zwanzig Jahren. Mit den zahlreichen Projekten der Initiative „EUROPA 1989 | 2009 Geteilt | Geeint: Aufbruch in ein neues Europa“ (www.1989-2009.at) gelang es in Österreich und international die Bedeutung der friedlichen Revolutionen von 1989 für die Zukunft Europas besonders jungen Menschen zu vermitteln.

Besondere Programmschwerpunkte bildeten musikalische Veranstaltungen aus Anlass des 200. Todesjahrs von Joseph Haydn, die Durchführung eines offiziellen „Österreich-Japanjahres“ mit zahlreichen Projekten, die Tradition und Innovation in beiden Kulturen verknüpften, sowie der kontinuierliche weitere Ausbau der Südosteuropaprogramme „Culture Matters“. Als wichtiger Beitrag zur Nachbarschaftspolitik wurde von den beiden Außenministerien eine „Ständige Historikerkonferenz“ tschechischer und österreichischer WissenschaftlerInnen eingerichtet.

1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit

1.1. Musik

Das Musikland Österreich hatte im Joseph Haydn-Gedenkjahr 2009 einmal mehr reichlich Gelegenheit, sich im Ausland mit Tradition und Innovation gleichermaßen zu präsentieren. Von den zahlreichen Veranstaltungen, die von den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland unterstützt wurden, sei eine ausgedehnte Konzerttournee des Haydn-Trios Eisenstadt hervorgehoben. Das erwähnte Trio führte u.a. Werke von achtzehn namhaften zeitgenössischen Komponisten aus dem In- und Ausland auf, die von den Haydn-Festspielen Eisenstadt im Rahmen des Projektes „Dedicated to Haydn/D2H“ beauftragt waren, von Haydn inspirierte Klaviertrios zu schreiben. Unter diesen Auftragskompositionen befand sich etwa das Trio „Haydn

Zielsetzungen und Schwerpunkte

go seek“ des US-Amerikaners William Bolcom sowie ein Klaviertrio des japanischen Komponisten Yui Kakinuma.

2009 wurde erstmals ein Handbuch mit dem Titel „Frauen/Musik Österreich“ in deutscher und englischer Sprache herausgegeben. Es handelt sich dabei um ein umfassendes Verzeichnis musikschaftender Frauen in Österreich. Mit dieser Publikation, die Informationen von Olga Neuwirth bis Soap&Skin enthält, soll der Bekanntheitsgrad der Frauen in der Musikszene Österreichs im Ausland gestärkt werden. Mitgearbeitet hat u.a. die Komponistin Gabriele Proy, deren Soundscape Komposition „Kimochi“ mit Unterstützung des BMeiA anlässlich des Österreich-Japan Jahres 2009 in Tokio zur Uraufführung kam.

In diesem Sinne der Verpflichtung, zeitgenössisches österreichisches Musikschaffen und junge Nachwuchstalente in besonderer Weise zu fördern, erfuhr das Aktionsprogramm „The New Austrian Sound of Music“ für die Jahre 2009/10 eine Neuauflage.

Weiterhin starke Berücksichtigung fand der Bereich „Exilmusik“. Die Konzertreihe „Forum Voix Etouffées“ in Paris und das „Festival Musiques Interdites“ in Marseille, beispielsweise, erhielten auch 2009 Unterstützung bei der Aufführung von Werken von Arnold Schönberg, Viktor Ullmann, Erich Wolfgang Korngold und anderen vertriebenen oder verfemten österreichischen Musikschaffenden.

1.2. Literatur, Tanz, Theater

Der Schwerpunkt der Veranstaltungen in den Bereichen Literatur und Theater lag auch 2009 auf der Vorstellung zeitgenössischer Werke und Inszenierungen.

Die Initiative „Österreich liest“ wird vermehrt auch von Kulturforen und Botschaften aufgenommen. Sie bildet jungen österreichischen SchriftstellerInnen eine hervorragende Plattform für die Präsentation ihrer Werke auch im Ausland. AutorInnenlesungen nehmen insgesamt den größten Teil der Aktivitäten im Bereich „Literatur“ ein. Hier sind stellvertretend für viele Lilian Faschinger, Clemens Setz, Andrea Grill, Alexander Peer, Barbara Frischmuth, Thomas Stangl, Daniel Glattauer, Dimitré Dinev, Erich Hackl, Eva Menasse, Ewald Palmethofer, Gerhild Steinbuch, Josef Haslinger, Josef Winkler, Karl Markus Gauß, Markus Köhle, Raoul Schrott, Reinhard Kaiser-Mühlecker, Robert Menasse, Sabine Gruber, Thomas Glavinic, Walter Kappacher mit ihren Werken, die anlässlich der Lesungen teilweise auch in Übersetzung präsentiert wurden, genannt. Die Österreichischen Kulturforen und Botschaften ermöglichen im Rahmen ihrer kulturellen Veranstaltungen ebenso die Unterstützung von Publikationen und literaturwissenschaftlichen Projekten.

Der Theaterbereich umfasste ausländische Produktionen von Werken österreichischer AutorInnen, wie etwa „Die Präsidentinnen“ von Werner Schwab,

Auslandskulturpolitik

„Was geschah nachdem Nora ihren Mann verlassen hatte, oder Stützen der Gesellschaft“ von Elfriede Jelinek, „Ritter, Dene, Voss“ von Thomas Bernhard, „Untertagblues“ von Peter Handke und „Rozznjogd“ von Peter Turrini ebenso wie Inszenierungen von Stücken durch österreichische RegisseurInnen. Neben dem klassischen AutorInnentheater fanden andere Formen, wie etwa Performances und Puppentheater sowie themenspezifische Aufführungen große Beachtung. Das Karin Schäfer Figurentheater (Figurentheaterfestival Izmir, Internationales Kindertheaterfestival Subotica, Festival der kleinen Kunstformen „Birstonas Green Park“ Wilna), Dschungel Wien (Assitej World Congress and Performing Arts Festival in Adelaide, Seoul, SpringFestival in Kopenhagen), Theater Tanto (Creative Forum for Independent Theatre Groups Kairo), Toihaus Theater (Mailand) und konnex (Cairo International Festival for Experimental Theater – CIFET) waren nur einige der Theatergruppen, die 2009 mit Unterstützung der Österreichischen Kulturforen oder Botschaften erfolgreiche Auftritte feiern konnten. Das Stück „Badenheim“ nach Aaron Appelfeld erlebte in der Inszenierung durch den Regisseur Piotr Szalsza mit Schauspielern aus Polen, Israel und Österreich in Kattowitz seine mehrsprachige Premiere. Im laufenden Jahr werden weitere Aufführungen in Österreich und Israel folgen.

Erfolgreich fortgeführt wurde der von Christian Papke initiierte und in Kooperation mit dem österreichischen P.E.N. Club in verschiedenen Ländern Südosteuropas durchgeführte Dramenwettbewerb „Über Grenzen sprechen“, der einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration dieser Region leistet. 2009 wurde der Preisträger des im Vorjahr in Bosnien und Herzegowina durchgeführten Bewerbs, der Autor Slatko Topčić mit seinem Siegertext „I don't like Mondays“ gekürt. Eine Lesung des Textes fand auch bei der Buchmesse Leipzig interessiertes Publikum. Das Stück „Brief an Heiner M.“ des kroatischen Autors und Preisträgers von „Über Grenzen sprechen“, Goran Ferčec, kam im Volkstheater Wien zur Aufführung. 2009 wurde der Dramenwettbewerb in Albanien ausgeschrieben. Parallel dazu inszenierte Christian Papke am Nationaltheater Tirana Thomas Bernhards Stück „Der Theatermacher“. Bereits im Vorfeld der albanischen Erstaufführung war die Medienberichterstattung im Land zu diesem Projekt enorm, die Produktion selbst erhielt sehr positive Kritiken.

Der österreichische Tanz nimmt mittlerweile eine bedeutende Position in der internationalen Tanzszene ein. Anlässlich des Österreich-Japan Jahres zum 140jährigen Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen organisierte die scene salzburg ein Programm mit zeitgenössischem Tanz in Japan, bei dem die KünstlerInnen Chris Haring/Liquid Loft, David Subal und Michikazu Matsune, Anne Juren & Kroot Jurak, Milli Bitterli und Akemi Takeya mit Produktionen, die bei der scene entwickelt oder gezeigt wurden, zu sehen waren. Die Editta Braun Company, Superamas, Cie Willi Dorner, pilotanz und Silke Grabinger, Kerstin Kussmaul, Philipp Gehmacher, waren zu Festivals wie z.B. der Noche en Blanco in Lima, dem Europäischen Tanzfes-

Zielsetzungen und Schwerpunkte

tival Zypern, dem Internationalen Theaterfestival El Kef/Tunesien, dem Shanghai Dance Festival sowie dem Kinani Tanzfestival Maputo und zu Einzelaufführungen weltweit eingeladen. Diese Aufführungen wurden häufig mit Workshops verbunden, die Studierenden und anderen Interessierten Einblicke in die jeweilige Tanzkunst gaben.

1.3. Bildende Kunst

Neben zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen und der Präsentation österreichischer KünstlerInnen bei internationalen Festivals sind als Schwerpunkte für 2009 die Initiative „Europa 1989 | 2009 Geteilt | Geeint: Aufbruch in ein neues Europa“, die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Haydn Gedenk-Jahr in Form breitgefächerter Veranstaltungsreihen an den Kulturforen und Vertretungsbehörden sowie die Kooperationen mit Linz 2009 – der Europäischen Kulturhauptstadt hervorzuheben.

Ausstellungen, die speziell zur Initiative Europa 1989 | 2009 konzipiert wurden und erfolgreich an zahlreichen Kulturforen und Botschaften präsentiert wurden, waren unter anderen „Eiserner Vorhang – Reisen im Niemandsland“ von Kurt Kaindl, „Aus Nachbarn werden Freunde – Jugendkontakte in Mitteleuropa nach 1989“, kuratiert vom Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) und dem Interkulturellen Zentrum in Wien, „Witz und (R) Evolution-1989-Davor/Danach“, ein Gemeinschaftsprojekt aller mitteleuropäischen Botschaften und Kulturinstitute in Wien und „Europe – Work in Progress“ von Barbara Zeidler, Institut für kulturresistente Güter, Wien.

Die mobile Dokumentationsausstellung „Joseph Haydn – Ein musikalisches Universalgenie“, in deren Zentrum das Leben und Schaffen Joseph Haydns sowie historische Großereignisse der Haydn-Zeit standen, und die Fotoausstellung „Haydn im Fokus“ (v. Manfred Horvath), die sich mit den Orten und Themen aus Haydns Biografie in opulent-kulinarischer Weise auseinandersetzt, wurden – als Wanderausstellungen konzipiert – an über 40 Vertretungsbehörden und Kulturforen in ca. 70 Orten der Welt mit ausgewählten Rahmenprogrammen präsentiert. Es handelte sich hierbei um ein Gemeinschaftsprojekt der Burgenländischen Haydn Festspiele, der Internationalen Joseph Haydn Privatstiftung Eisenstadt und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Der Demokratisierungsprozess des Jahres 1989 führte zur Gründung von KulturKontakt Austria (**KKA**) als „Ostfonds“ zur Förderung von Initiativen in den Bereichen Bildung und Kultur in Ost- und Südosteuropa. 2009 wurde die Gründung von KKA in der Ausstellungsreihe „Grenzenlos“ 20 Jahre Ostöffnung und 20 Jahre Gründung KulturKontakt Austria mit jenen KünstlerInnen gefeiert, die im Zuge eines Artist – in – Residence Programms in der Zeit von 1992 bis 2007 von KKA unterstützt wurden. Die Ausstellungsreihe war ein gemeinsames Projekt von Kulturkontakt Austria und dem BMeiA. Nach sieben Ausstellungen, unterstützt von den Kulturforen in Kroatien, Polen,

Auslandskulturpolitik

Rumänien, Serbien, der Slowakei und der Tschechischen Republik wurde der Zyklus in Österreich erfolgreich abgeschlossen.

In Kooperation mit Linz 2009 – Europäische Kulturhauptstadt wurde die Wanderausstellung „Inge Morath.Donau“, eine Fotodokumentation über die große Vielfalt des Flusses und über die Zivilisationen, die dieser Wasserlauf trennt und vereint, im Landeskulturzentrum Ursulinenhof in Linz gezeigt.

2009 erfolgte auch der Startschuss für eine neue Kooperationsschiene im Ausstellungsbereich des BMeiA mit dem MuseumsQuartier Wien in Form des Projekts „freiraum quartier21 INTERNATIONAL“. Ziel dieser neuen Veranstaltungsreihe ist es, verstärkt internationale Ausstellungen und Projekte aus den Schwerpunktbereichen Mode, Design und Digitale Kultur zu präsentieren. Die Österreichischen Kulturforen im Ausland tragen mit ihrer Erfahrung und internationalen Kontakten wesentlich zum Erfolg des Projektes bei. Eröffnet wurde das neue Programm mit der Design-Ausstellung „Real World Laboratory – Central European Design“, einem Projekt der Plattform Kultur-Mitteuropa, welches für die Design Biennale St. Etienne 2008 konzipiert und produziert wurde. Die Schau präsentierte Designpositionen aus Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Österreich, wobei jedes Land Objekte aus einem anderen Gegenstandsbereich ausstellte, charakteristisch für die jeweilige Region.

Das bewährte Angebot der Wanderausstellungen wurde von den Kulturforen und Vertretungsbehörden in großem Ausmaß genutzt, in besonderem Maß auch die erst 2008 konzipierte Ausstellung „Die unbekanntten Europäer“ (Autor: Karl-Markus Gauß, Fotograf: Kurt Kaindl) sowie die Ausstellungen über österreichische Architektur und Design (u.a. Wiener Architektur um 1900 (Einsatz im Iran), Otto Wagner und seine Schüler, Josef Hoffmann und die Wiener Werkstätte (Einsätze in der Tschechischen Republik), GD2D+PD3D-Fresh Air by Pure Austrian Design (Einsatz in Dänemark). Die Wanderausstellung „Die unbekanntten Europäer“ wurde in Lettland in Saldus und Riga präsentiert. Weiters folgten Einsätze in Schweden und Mazedonien.

1.4. Film

Der österreichische Film gewann in den letzten Jahren hauptsächlich durch die Erfolge von Michael Haneke und die Oscar Prämierung von Stefan Ruzowitzky internationale Reputation. Mittlerweile sind österreichische Beiträge bei internationalen Filmfestivals Standard.

Großer Beliebtheit erfreuten sich auch 2009 wieder die von Österreichischen Kulturforen und Botschaften organisierten Filmwochen und regelmäßigen Filmabende beispielsweise in Städten Zentralasiens, Budapest, New York, Tel Aviv, Kairo, Warschau und Prag. Österreich beteiligte sich mit der Präsentation aktueller Filme an den EU-Filmtagen und Filmfestivals in Amman, Brasilia, Hanoi, Jakarta, Kuala Lumpur, Managua, Manila, New Delhi, Nai-

Zielsetzungen und Schwerpunkte

robi und Mombasa, Singapur, Tokio sowie in Chile, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. In Teheran fand die Vorführung des Films „Revanche“ von Götz Spielmann großen Anklang.

Österreichisches Filmschaffen wurde weiters bei etwa 50 internationalen Filmfestivals weltweit gezeigt, wie etwa dem Cinema Europa Filmfestival in Mexiko City, dem East End Film Festival: All Eyes East London, dem 17th Annual Environmental Film Festival in Washington, dem Internationalen Filmfestival des Philosophischen Films Krakau sowie bei den Dresdner Schmalfilmtagen – Festival der kleinen Filmformate. Diese Auswahl belegt die wachsende Bedeutung der Dokumentarfilme neben Spiel-, Experimental- und Zeichentrickfilmen.

1.5. Wissenschaftliche Veranstaltungen

20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges diskutierten Studierende, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, ZeitzeugInnen und andere Interessierte in Symposien, Seminaren und Konferenzen über die damaligen Ereignisse, die Entwicklung Europas seither und die Hoffnungen und Wünsche, die mit der Einigung Europas einher gingen. Die Tragweite des Jahres 1989 zeigt sich auch darin, dass die Veranstaltungen weit über Europa hinaus stattfanden und so die Bedeutung der historischen Ereignisse nicht nur für diesen Kontinent unterstrichen.

Anlässlich des 70. Todestages von Joseph Roth fanden in Paris, Berlin und Laibach vielbeachtete Symposien statt, die unterschiedliche Aspekte des Werks aber auch des Lebens des Schriftstellers und Feuilletonisten betrachteten.

Vorträge und Konferenzteilnahmen sowie Workshops und Seminare österreichischer WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen fanden auch 2009 wieder in beinahe allen Wissenschaftssparten und Kunstbereichen statt. Politikwissenschaftliche Fragestellungen, didaktische Vorschläge, naturwissenschaftliche Theorien, geisteswissenschaftliche Themen wurden in annähernd 500 Veranstaltungen ebenso behandelt wie kunstgeschichtliche Erörterungen, rechtliche Probleme und historische Fragen. Vermehrt wurden künstlerische Darbietungen mit Workshops verbunden, in denen die Künstler ihr Wissen und ihre Erfahrungen an Studierende und andere Interessierte weitergeben.

2. Auslandskulturpolitische Initiativen

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Falls des Eisernen Vorhangs organisierte das BMeiA unter dem Motto „EUROPA 1989 | 2009 Geteilt | Geeint: Aufbruch in ein neues Europa“ eine breitgefächerte Veranstaltungsserie. Das Ziel der Veranstaltungen bestand in erster Linie darin, jungen Menschen in Europa die Wichtigkeit der Umwälzungen des Jahres 1989, die weltpolitischen Folgen bis zum heutigen Tag sowie die daraus resultierenden Zukunfts-

Auslandskulturpolitik

perspektiven näher zu bringen. Den Höhepunkt bildete der am 28. und 29. Mai in der Hofburg abgehaltene Europakongress, der die Themen Politik, Kultur, Wirtschaft und Jugend in Panel- und Publikumsdiskussionen behandelte. Teil der Initiative waren darüber hinaus Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Interviews mit Zeitzeugen sowie die Veröffentlichung zahlreicher Publikationen. Die Aktivitäten wurden gemeinsam mit österreichischen Ministerien, wissenschaftlichen Institutionen und ambitionierten KünstlerInnen durchgeführt. Den Abschluss bildete ein von den Ständigen Vertretungen Österreichs, Deutschland und Griechenlands bei der OSZE veranstalteter Festakt in der Hofburg am 6. November zum Thema „20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer – eine Betrachtung aus der Perspektive der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE“.

Im Jahr 2009 wurde das 140-jährige Jubiläum des Abschlusses eines Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrages zwischen Österreich und Japan und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gefeiert. Das Festjahr, das sowohl in Japan als auch in Österreich begangen wurde, rückte die enge und traditionell gute Freundschaft zwischen den beiden Ländern erneut ins Licht einer größeren Aufmerksamkeit, wobei ein breitgefächertes und buntes Bild der Vielfältigkeit der Beziehungen zwischen den beiden Ländern gezeichnet wurde (siehe: <http://www.austria-japan2009.org/>). Die Hauptverantwortung für das „Österreich Japan Jahr 2009“ lag bei den jeweiligen Außenministerien in Wien und Tokio. Mit der Organisation und Durchführung der Projekte in den jeweiligen Ländern waren die österreichische Botschaft in Tokio und die japanische Botschaft in Wien befasst.

Im Sinne seiner Balkanschwerpunkt-Initiative CULTURE MATTERS hat sich das BMeiA mit KulturKontakt Austria, der Stiftung Pro Helvetia, dem deutschen Auswärtigen Amt, dem Goethe-Institut und der S.Fischer-Stiftung 2008 zusammengetan, um gemeinsam ein großangelegtes, internationales Übersetzungsprogramm zu verwirklichen. Zielsetzung ist die Unterstützung der umfassenden Integration Südosteuropas in europäische Strukturen und Diskurse durch Überwindung der Sprachbarrieren zwischen dem deutschsprachigen Schrifttum und den Literaturen Südosteuropas. Bis Ende 2009 wurden etwa 160 Werke deutschsprachiger Autoren in die Sprachen Südosteuropas übersetzt oder in Auftrag gegeben, umgekehrt rund 40 Werke aus Südosteuropa ins Deutsche. Auch Übersetzungen zwischen den Sprachen der Region werden gefördert und Fortbildungsstipendien an junge Übersetzer vergeben.

3. Kulturelle Förderungen

Das BMeiA stellt zur Unterstützung innovativer Projekte mit kulturpolitischem Inhalt sowie zur Verankerung außenpolitischer und auslandskulturpolitischer Zielsetzungen in der Öffentlichkeit Finanzmittel in Form von Förde-

Zielsetzungen und Schwerpunkte

rungen für vielfältige kulturelle Projekte zur Verfügung. Im Jahr 2009 wurden Budgetmittel in der Höhe von 265.000 Euro für 56 Projekte aus den Bereichen Kunst, Kultur und Wissenschaft bereitgestellt. Stellvertretend für das weite Spektrum der gewährten Förderungen sei auf folgende Projekte verwiesen: Die Ausstellung „Lichtflecke – Frau sein im Holocaust“ im Nestroyhof in Wien wurde ebenso gefördert wie das innovative „Museum ohne Grenzen“ mit einer virtuellen Ausstellung zum Thema Christliche Kunst (Titel: Discover Baroque Art) oder auch wie der Ostarrichi Kulturhof in Neuhofen an der Ybbs mit seiner Sonderausstellung „Südböhmen“. Im Tagungs- und Konferenzbereich wurden unter anderem die Jugendkonferenz der Österreichischen Paneuropa Bewegung, die Internationale Konferenz der Lion Feuchtwanger Gesellschaft mit dem Titel „Exil – Glaube und Kultur“, das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa sowie das Europäische Forum Alpbach mit Subventionsmittel bedacht. An geförderten Theaterprojekten und diversen Festivals seien vor allem die Produktion des Volkstheaters Wien „Die Besten aus dem Osten: Folge 4: Kroatien“, die „Jiddischen Kulturtage“ des Jüdischen Institutes für Erwachsenenbildung sowie ein Asiatisch-Europäisches Musikcamp im Rahmen der Wiener Festwochen genannt.

Wie jedes Jahr wurde ein besonderes Augenmerk auf Filmkunst wie das EU XXL Filmfestival in Krems, das Crossing Europe Filmfestival in Linz und auch das internationale Kurzfilmfestival „KinoDynamique“ des Vereins Kino5 gelegt. Im Musikbereich wurden dem Gustav Mahler Jugendorchester, dem Klangforum Wien sowie dem Vienna Art Orchestra für Auslandskonzerttourneen Förderungsmittel zugesprochen. Die Förderung musikalisch innovativer Projekte wie das internationale Symposium „Soundscape Lightening“ der Komponistin Gabriele Proy runden die Bedeutung der Musik als herausragendes Element österreichischen Kulturbewusstseins ab. Österreichische, grenzüberschreitend tätige kulturelle Institutionen wie zum Beispiel der Kulturverein österreichischer Roma oder die Stiftung „Pro Oriente“, wurden für ihre Initiativen finanziell unterstützt.

Die Teilnahme von StudentInnenteams der Universitäten Wien und Graz an internationalen Völkerrechtswettbewerben wurde ebenfalls gefördert. Besonders erwähnenswert ist die Subvention an die Österreichisch-Mexikanische Gesellschaft zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Archive von Kaiser Maximilian. Die slowenischen Kulturvereine „Brücken“ und „Abstaller Feld“ wurden projektbezogen im Sinne einer aktiven Förderung der deutschsprachigen Volksgruppe unterstützt. Österreichisch-Italienische Kulturinstitutionen erhielten ebenso wie das St. Georgs Kolleg in Istanbul für die Herausgabe der jährlichen Publikation Subventionsmittel zugesprochen.

*Auslandskulturpolitik***II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft**

Am 10. Juni wurde in Podgorica das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Montenegros über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Die Unterzeichnung des Protokolls zur Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Slowenien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 30. Juni statt.

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und des Sports trat am 1. Juli in Kraft. Auf diesem Abkommen basierte eine außerordentliche Sitzung der Gemischten Kommission am 3. Dezember in Budweis, bei welcher das Programm der „Aktion Republik Österreich – Tschechische Republik – Wissenschafts- und Erziehungskooperation“ bis 31. Dezember 2015 verlängert wurde.

Auf Grund der geltenden Kulturabkommen fanden folgende Treffen der Gemischten Kommissionen statt: am 16. und 17. Februar in Wien die 5. Tagung mit Tunesien, am 14. Mai in Kairo die 7. Tagung mit Ägypten – das letzte derartige Treffen hatte 1991 stattgefunden, am 19. und 20. November in Wien mit Belgien und am 16. und 17. Dezember in Wien mit Kroatien.

Erstmals kam es zu wissenschaftlich-technischen Kommissionstagungen mit Indien und Mazedonien. Die Basisabkommen waren 2008 in Kraft getreten. Die Gemischte Kommission mit Mazedonien tagte am 9. November in Skopje und die Gemischte Kommission mit Indien am 15. Dezember in Wien.

Am 16. Juni trafen sich in Wien österreichische und schweizerische Beamtendelegationen zu Kulturgesprächen. Mit dem Goethe-Institut wurden am 14. Oktober in Wien Delegationskonsultationen geführt.

III. Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland sind nach einer rund 20-jährigen Entwicklung etablierte Plattformen des interkulturellen Dialogs, die einen Beitrag zur Überwindung der geistigen Ost-West-Teilung Europas leisten. Durch die institutionelle Anbindung an Universitäten und Nationalbibliotheken werden sie von Studierenden und Lehrenden aus dem wissenschaftlichen Bereich wie auch von der breiten Öffentlichkeit besucht. Sie bilden einen unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Auslandskulturpolitik. Darüber hinaus stellen die Österreich-Bibliotheken im Ausland durch die Partnerschaft mit den lokalen Universitäten ein Wissenschaftsnetzwerk dar.

Österreich-Bibliotheken

Zum Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählen derzeit 55 Bibliotheken in 25 Ländern. Diese führten neben dem klassischen Bibliotheksbetrieb mehr als 500 Veranstaltungen mit über 70.000 BesucherInnen pro Jahr durch. Mehr als 180.000 Personen frequentierten die Österreich-Bibliotheken, deren Bestände auf rund 300.000 Bücher, 4.500 Tonträger, 1000 CD-Rom und 3.000 Videos angewachsen sind. Die über das Web-Portal der Österreich-Bibliotheken (www.oesterreich-bibliotheken.at) zugängliche Datenbank der österreichischen Literatur in Übersetzungen (Auslandsaustriaca) umfasst dabei bereits mehr als 12.000 Titel.

Als weiterer Schritt zur Intensivierung der kulturellen Beziehungen mit der Ukraine wurde im Mai eine Österreich-Bibliothek in Drohobytch eröffnet. Die Österreich-Bibliothek an der Universität Pristina/Kosovo wurde nach einer umfassenden Renovierung und Neueinrichtung am 25. September wieder eröffnet. Gründungsjubiläen wurden von den Österreich-Bibliotheken Moskau und Jerusalem zum Anlass genommen, ihre Standorte zu verbessern. Die Österreich-Bibliothek Moskau wurde seitens der Gastinstitution großzügig mit Mobiliar und technischen Gerätschaften ausgestattet. Vorarbeiten zur Eröffnung einer weiteren Österreich-Bibliothek in Iasi/Rumänien sowie für Neugründungen in Bischkek/Kirgisistan und in Baku/Aserbeidschan wurden geleistet.

Im Rahmen des jährlichen Betreuungs- und Fortbildungsangebotes für MitarbeiterInnen von Österreich-Bibliotheken wurde das 25. Klosterneuburger Seminar mit Festvorträgen zum Thema „Der Eiserner Vorhang und sein Fall in der Literatur“ in Kooperation mit der Niederösterreichischen Landesakademie begangen. Im November fand zum dritten Mal eine biennale Konferenz der LeiterInnen und wissenschaftlichen BetreuerInnen von Österreich-Bibliotheken im Ausland auf Einladung der Kulturpolitischen Sektion des Außenministeriums in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften statt. Dabei wurde der von Manfred Müller und Larissa Cybenko im Gedenken an Wendelin Schmidt-Dengler herausgegebene Konferenzband „Reise in die Nachbarschaft. Zur Wirkungsgeschichte der Literatur aus der Bukowina und Galizien nach 1918“ und der von Matjaž Birk/Österreich-Bibliothek Maribor herausgegebene Forschungsband „Zwischenräume. Kulturelle Transfers in deutschsprachigen Regionalperiodika des Habsburgerreichs (1850–1918)“ präsentiert. Beide Bände sind in der im LIT-Verlag neu gegründeten Reihe »Transkulturelle Forschungen an den Österreich-Bibliotheken im Ausland« erschienen. Ein prominent besetztes österreichisches Herausgebergremium betreut diese neue Wissenschaftsreihe der Österreich-Bibliotheken im Ausland.

In Zusammenarbeit mit der Oberösterreichischen Landesregierung hatten die LeiterInnen und wissenschaftlichen BetreuerInnen von Österreich-Bibliotheken im Ausland gleichfalls die Gelegenheit in Begleitung von oberösterreichischen AutorInnen zu einer „Literat(o)ur nach Linz 09“ aus Anlass Europäische Kulturhauptstadt Linz09 zu reisen.

Auslandskulturpolitik

Die Österreich-Bibliotheken beteiligten sich neuerlich an der Kampagne „Österreich liest. Treffpunkt Bibliothek“, die mehr als eine halbe Million BesucherInnen im In- und Ausland verzeichnen konnte.

Neben den Österreich-Bibliotheken im Ausland wurden Buchspenden an germanistische und sozialwissenschaftliche Institute an Universitäten in aller Welt, insbesondere mit Schwerpunkt zur österreichischen Geisteswissenschaft gewährt, unter anderem in Armenien, Bosnien und Herzegowina, Großbritannien, Japan, Kroatien, Marokko, Polen, Senegal und Türkei.

IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache

1. Wissenschaft und Bildung

1.1. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland

Diese Einrichtungen an Universitäten, vor allem in Europa und Nordamerika sowie in Israel, haben die Aufgabe, im akademischen Leben des Gastlandes die Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen zu initiieren, zu vertiefen und zu betreuen sowie wissenschaftliches Arbeiten samt Publikationen im jeweiligen Themenbereich anzuregen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben tragen regelmäßige Kooperationen der Lehrstühle und Studienzentren mit österreichischen Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen maßgeblich bei. Die Lehrstühle verstärken durch ihre Vernetzung mit entsprechenden lokalen sowie österreichischen Institutionen die Einbindung Österreichs in das internationale wissenschaftliche und kulturelle Netzwerk.

1.2. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich

Die Betreuung von StipendiatInnen und die Administration verschiedener Mobilitätsprogramme wie Erasmus und bilateraler Stipendienprogramme, von Programmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erfolgt durch die per Gesetzesbeschluss neugegründete OeAD-GmbH, auf welche per 1. Jänner alle Agenden des ehemaligen Österreichischen Austauschdienstes (OeAD) übergegangen sind. Diese fungiert als Partner des BMeiA, wobei das Ministerium in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information sowohl für österreichische Vertretungsbehörden im Ausland als auch für ausländische Vertretungen in Österreich übernimmt.

2. Sprache

Die **Österreich-Institut GmbH** zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und Forderung des Deutschunterrichts im Ausland und zur Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen wurde 1997 gegründet, um die für die österreichische Auslandskulturpolitik wichtigen,

Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

bis dahin an den Kulturinstituten angebotenen Deutschkurse eigenverantwortlich weiterzuentwickeln. Die Zentrale befindet sich in Wien. Österreich-Institute bestehen in Belgrad, Breslau, Brünn, Budapest, Krakau, Laibach, Pressburg, Rom und Warschau. Alle Österreich-Institute verstehen sich als Zentren der Förderung des Studiums und der Pflege der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung. Das Österreichische Sprachdiplom Deutsch (**OSD**) ist ein Prüfungssystem für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, welches sich an jugendliche und erwachsene Deutschlernende im In- und Ausland richtet. Das an internationalen Rahmenrichtlinien orientierte Prüfungssystem bietet die Möglichkeit, Deutschkenntnisse auf mehreren Niveaus zertifizieren zu lassen.

LektorInnen und SprachassistentInnen werden seit 2009 von der OeAD-GmbH, welche die früher von der „Österreich-Kooperation“ in diesem Bereich wahrgenommenen Aufgaben übernommen hat, ausgewählt und vermittelt. **DaF (Deutsch als Fremdsprache)-PraktikantInnen** werden vom Lehrstuhl für Deutsch als Fremdsprache der Universität Wien ausgewählt und betreut, die Verwaltung übernimmt die OeAD-GmbH. Lektorate bestehen an ca. 130 Standorten, Sprachassistenzen in zehn Ländern, DaF-Praktika in ca. 45 Ländern, wobei es zu zahlreichen Kooperationen mit österreichischen Vertretungsbehörden bei der Durchführung kultureller Veranstaltungen kommt.

V. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich intensiviert stets die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas zur Festigung seiner Rolle als Standort der Hochtechnologie. Österreich beteiligt sich daher an Programmen wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (**COST**) in Brüssel, der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) in Genf, der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (**EUMETSAT**) in Darmstadt. In diesen Organisationen wird Österreich durch das BMeiA gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bzw. dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (**EMBC**) in Heidelberg, beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (**IIASA**) in Laxenburg, beim Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (**ECMWF**) in Reading (Großbritannien) sowie beim Europäischen Institut für Weltraumpolitik (**ESPI**) in Wien wahrgenommen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung der Vernetzung der Aktivitäten der internationalen wissenschaftlichen Institutionen mit Sitz in Österreich zu.

Auslandskulturpolitik

Die 36 Mitgliedstaaten von **COST** betreiben wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorwettbewerblichen Forschung. Besonderes Augenmerk wird dabei den Initiativen auf dem multi- und interdisziplinären Gebiet der Chemie (Nanowissenschaften und interdisziplinäre Forschung) gewidmet. Österreich ist die Förderung der Drittstaatenbeteiligung ein besonderes Anliegen. Auch die Beteiligung von WissenschaftlerInnen der westlichen Balkanländer wurde durch die Finanzierung eines eigenen COST-Fonds ermöglicht. Österreich ist seit 1971 Mitglied von COST.

Österreich wirkt in der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) mit, deren Konvention eine selektive Beteiligung an ESA-Programmen mit garantiertem Investitionsrückfluss ermöglicht. Diese ESA-Programmbeteiligungen sind ein guter Ausgangspunkt für anwendungsorientierte industrielle Serienproduktionen. So ist Österreich über ESA am Bau des Europäischen Navigations- und Ortungssystems **GALILEO** und am künftigen europäischen satellitengestützten Globalen Umwelt- und Sicherheitssystem (**GMES**) beteiligt.

VI. Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Der kulturpolitische Schwerpunkt wurde anlässlich des **Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation** auf die Wechselbeziehung zwischen Kultur und Kreativität und die daraus resultierenden positiven Impulse auf Gesellschaft, Wirtschaft, Beschäftigung und Regionalentwicklung sowie auf die gezielte Förderung von kreativen und innovativen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen gelegt. Hierzu wurden zwei Schlussfolgerungen des Rates verabschiedet.

Die **Digitalisierung von kulturellen Inhalten** wurde weiterhin als prioritäres Thema behandelt, wobei der Fokus auf die Finanzierung, Verwaltung und Ausweitung des Online-Portals „Europeana“ sowie die damit verbundenen urheberrechtlichen Fragen gesetzt wurde. In engem Zusammenhang damit stand die Positionierung der EU und die Vertretung europäischer Interessen mit dem „Google Books“ Vergleichsverfahren in den USA.

Auf Vorschlag der Europäischen Kommission wurde das Jahr 2011 zum **„Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft“** ausgerufen. Als Ziele wurden die Sensibilisierung für die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten für die Gesellschaft, deren angemessene Honorierung sowie die Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen genannt. Seitens der EU werden Mittel in Höhe von drei Millionen Euro für vorbereitende Maßnahmen im Jahr 2010 und 8 Millionen Euro für das Jahr selbst zur Verfügung gestellt. In Österreich ist das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz federführend für die Umsetzung zuständig.

Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Guimarães, Maribor, Košice und Marseille wurden zu **europäischen Kulturhauptstädten** für die Jahre 2012 bzw. 2013 ernannt. Luxemburg und Rumänien wurden per Auslosung zur Nominierung von Sachverständigen für die Kulturhauptstadt-Jury von 2010 bis 2012 berechtigt. Erna Hennicot-Schoepges und Constantin Chiriac wurden sodann vom Rat für diese Funktion bestellt.

Das Programm **„Europa für Bürgerinnen und Bürger“** unterstützt eine große Bandbreite von Aktivitäten und Organisationen zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft. Es soll dazu dienen, die Kluft zwischen den BürgerInnen und der Europäischen Union zu überbrücken und die Beteiligung der BürgerInnen und ihrer Interessensvertretungen am Aufbau des „Projekts Europa“ zu forcieren. Den BürgerInnen soll die Möglichkeit gegeben werden, transnationale Erfahrungen zu sammeln, um die Zugehörigkeit zu gemeinsamen europäischen Werten und den europäischen Einigungsprozess zu fördern.

Für den Zeitraum 2007–2013 verfügt „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ über Finanzmittel in der Höhe von insgesamt 215 Millionen Euro. In vielfältigen Maßnahmen können Projekte von europäischen Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gemeinden und Städten, Think Tanks und Forschungseinrichtungen gefördert werden. 2009 wurden 19 österreichische Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund € 575.000 gefördert: sieben Projekte im Bereich der Städtepartnerschaften, zehn Initiativen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Forschungseinrichtungen und Think Tanks sowie zwei Projekte im Bereich „Aktive europäische Erinnerung“.

Das **EU-Programm KULTUR (2007–2013)** fördert die Vernetzung von kulturellen Veranstaltern in Europa. Teilnahmeberechtigt sind private und öffentliche Organisationen, wie beispielsweise Kulturvereine, Theater, Festivals, Verlage, Museen, Berufsverbände, Forschungszentren, Universitäten, Kulturforen und Behörden. Unterstützt werden Kooperationsprojekte in allen kulturellen Sparten, literarische Übersetzungsprojekte und Betriebskosten von europaweit tätigen Organisationen in Form von Zuschüssen. Die Programmziele sind die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von Kulturschaffenden, die grenzüberschreitende Verbreitung von kulturellen und künstlerischen Werken und der interkulturelle Dialog.

Für eine Laufzeit von sieben Jahren ist das Programm mit einem Budget von 400 Millionen Euro dotiert. 2009 wurden im Rahmen des EU-Kulturprogramms elf österreichische Projekte mit einem Gesamtzuschuss von rund 3,5 Millionen Euro gefördert. Neunzehn österreichische Institutionen haben an Kulturprojekten anderer am Programm teilnehmender Ländern mitgewirkt. Darüber hinaus haben sechs österreichische Kultureinrichtungen Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 462.450 Euro in den Kategorien „Festivals“ und „Netzwerke“ erhalten.

Auslandskulturpolitik

Der **Kulturministerrat** tagte am 12. Mai und 27. November unter dem tschechischen bzw. schwedischen Vorsitz in Brüssel. Bundesministerin Claudia Schmied nahm an beiden Sitzungen teil. Es gab kein informelles Kulturministertreffen. Der **Kulturausschuss** tagte dreizehn Mal in Brüssel sowie ein Mal auf Einladung des tschechischen Vorsitzes in Prag.

VII. Interkultureller und interreligiöser Dialog

1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs

Die innereuropäischen und globalen Entwicklungen der letzten Jahre unterstreichen die Notwendigkeit eines von Österreich schon vor drei Jahrzehnten begonnenen Dialogs zwischen und mit den großen Weltreligionen. Zugleich wurde deutlich, dass die Dialog-Strategien über die Unterstützung des interreligiösen Dialogs weit hinaus gehen und sich Themen im Spannungsfeld von Migration und Integration ebenso widmen müssen wie den zentralen politischen Herausforderungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Einhaltung der Grund- und Menschenrechte sowie der Förderung gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt. Dialog ist damit ein wichtiges Instrument für „Diversity Management“ und für nachhaltige Konfliktprävention und Konfliktlösung. Österreich ist an einem umfassenden Dialog zwischen und mit den Kulturen und Religionen interessiert, vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung des Islams im Rahmen der europäischen Werte und des europäischen Lebensmodells. In den Dialogaktivitäten mit muslimisch geprägten Gesellschaften vornehmlich in Asien, der arabischen Welt und der Türkei wird auch großes Augenmerk auf die Rolle und die Stärkung von Frauen, deren gesellschaftliche und politische Partizipation sowie die Einbeziehung von Jugendlichen gelegt.

Vom 27. bis 29. Mai veranstaltete das BMeiA in Kooperation mit dem indonesischen Außenministerium das Symposium **“State, Law and Religion in Pluralistic Societies – Austrian and Indonesian Perspectives“**. Das Symposium wurde in Kooperation mit der Juridischen Fakultät der Universität Wien vorbereitet und spiegelte das Interesse beider Länder an einem Erfahrungsaustausch über gesellschaftliche, politische und gesetzliche Grundlagen religiöser Vielfalt und dem erfolgreichen Umgang damit wider. Das Treffen engagierter und hochrangiger Religionsvertreter und ExpertInnen verschiedener Disziplinen basierte auf dem 2008 gestarteten bilateralen Austauschprogramm für DiplomatInnen im Bereich „Dialog der Kulturen und Religionen“, welches die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf vielfältigen Ebenen – der öffentlichen Verwaltung, Universitäten und Forschung, Zivilgesellschaft und religiöse Gemeinschaften – stärken soll. Das Austauschprogramm von DiplomatInnen im Bereich Dialog wurde aufgrund seines Modellcharakters mittlerweile auch von anderen Staaten aufgenommen.

Interkultureller und interreligiöser Dialog

Im Zuge der Bemühungen des BMeiA, die Teilnahme und Teilhabe multikultureller und muslimischer Jugend an Gesellschaft und Politik in Österreich und Europa aktiv zu fördern, fand in Zusammenarbeit mit der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (**UN-AoC**) am 29. und 30. Juni das Symposium **“Identity and Participation: Cross Cultural and Muslim Youth in Europe“** in Wien statt. Die Eröffnung durch Bundesminister Michael Spindelegger und den Hohen Repräsentanten der Allianz der Zivilisationen, Jorge Sampaio, in der Diplomatischen Akademie in Wien erfolgte vor zahlreichem Publikum. Der Anspruch Europas, eine gemeinsame europäische Identität zu entwickeln, wurde vor dem Hintergrund der Integrationsherausforderungen für Menschen mit Migrationshintergrund und die europäische Gesellschaft in den Bereichen Ausbildung und Arbeitsmarkt, aber auch in Zivilgesellschaft, öffentliche Institutionen und in das politische System, diskutiert. Bei dem zweitägigen Symposium tagten mehr als 100 prominente VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und den Religionsgemeinschaften aus Österreich, der EU, der Türkei und den USA.

Im Oktober erfolgte der Start des vom BMeiA kofinanzierten **Projektes „Women in Dialogue: Empowerment and Consolidation“** im Libanon. Das erste Seminar für 50 Frauen und Männer aus zehn Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, dem Golf und Nordafrika fand zwischen 2. und 5. Oktober in Beirut statt. An der öffentlichen Abschlussveranstaltung nahmen der libanesischer Innenminister Ziad Baroud und die Abgeordnete zum Nationalrat und Sonderbeauftragte für internationale Frauenfragen des BMeiA, Bundesministerin a.D. Ursula Plassnik, teil. Ziel des Projektes ist es, Frauen in der Region in Dialogprozessen auf sämtlichen Ebenen (lokal, staatlich, regional und international) zu stärken und sie entsprechend als MultiplikatorInnen aus- und fortzubilden.

2. Anna-Lindh-Stiftung

Die Anna-Lindh-Stiftung (**ALF**) für den Dialog zwischen Kulturen, mit Sitz des Sekretariats in Alexandrien/Ägypten, betreut ein „Netzwerk der Netzwerke“ unter den 43 Mitgliedstaaten der Euro-Mediterranen Partnerschaft und ergänzt auf diese Weise die politischen Ziele der Union für den Mittelmeerraum (vgl. auch Kapitel A.VI.7.3) um kulturelle und zivilgesellschaftliche Komponenten. Das österreichische ALF-Netzwerk wird im Rahmen des „Dialogs der Kulturen“ durch das BMeiA koordiniert und besteht derzeit aus 43 Mitgliedern aus unterschiedlichsten Bereichen der österreichischen Zivilgesellschaft.

Von 2.–5. April organisierte die österreichische ALF-Netzwerkkoordinatorin gemeinsam mit dem ALF-Sekretariat in Alexandrien ein **Trainingsseminar in Wien** mit dem Ziel, überregionale ALF-Partnerschaften zu konsolidieren und Know-how für erfolgreiche ALF-Projekteinreichungen zu vermitteln. Insgesamt waren **NGO-VertreterInnen aus 13 Ländern** anwesend, unter

Auslandskulturpolitik

anderem aus Israel und Palästina (Westbank und Gaza-Streifen). Im Rahmen einer ALF-initiierten Kampagne, die als Reaktion auf die letzte Gazakrise 2008/2009 beschlossen wurde, bereiste eine Delegation aus neun Ländern **Ende September ein Kultur- und Theaterfestival in Israel und Palästina**. Dieses Festival wurde von den jeweiligen ALF-Netzwerken in Israel und Palästina organisiert. Höhepunkt war ein open-air Theaterfestival in Gaza.

3. Interreligiöser Dialog des ASEM

Das **fünfte Treffen des interreligiösen Dialogs des ASEM** (Asien-Europa-Treffen) fand vom 23.–25. September in Seoul statt. Österreich unterstützt diese jährlich einmal alternierend in Asien und in Europa stattfindende Dialogkonferenz sowohl sachlich und finanziell als auch personell. Auch 2009 fungierte Österreich wieder, wie in den vergangenen Jahren, als Ko-Sponsor dieser Dialogkonferenz. Durch die in diesen Konferenzen angenommenen Entschlüsse soll einer breiten Öffentlichkeit in Ost- und Südostasien sowie in Europa die Zusammenarbeit aller Religionen bei der Aufarbeitung der existenziellen Probleme der globalisierten Gesellschaften deutlich gemacht und konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

VIII. Konferenz über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust

Als eine der Prioritäten des tschechischen EU-Ratsvorsitzes 2009 fand vom 26.–30. Juni in Prag und Theresienstadt die Konferenz über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust (Holocaust Era Assets Conference, HEAC) statt. Sie bildete die Fortsetzung der Londoner Konferenz 1997 über Nazi-Gold, der Washingtoner Holocaustkonferenz 1998 sowie der 2000 abgehaltenen Konferenzen von Wilna über Judaica und von Stockholm über Holocausterziehung, -forschung und -erinnerung. Die HEAC setzte sich mit den seither stattgefundenen Entwicklungen in verschiedenen Bereichen der Bewältigung von NS-Vergangenheit auseinander und zeigte Zukunftsperspektiven auf. Wesentlichstes Ergebnis der Konferenz war die Annahme der **Theresienstädter Erklärung** (Terezin Declaration) durch 47 Staaten. Sie stellt eine ausführliche, detaillierte, alle wichtigen Bereiche der Holocaust-Aufarbeitung umfassende und weiter zu entwickelnde politische Willenserklärung dar. Anlässlich der HEAC wurde auch die Gründung des in Theresienstadt anzusiedelnden European Shoah Legacy Institute, einer europäischen Einrichtung, die sich zu einer zentralen Stelle für den Informationsaustausch im gesamten Holocaustbereich entwickeln soll, beschlossen. Erste Aufgabe des am 1. Jänner 2010 eröffneten Instituts ist die Unterstützung der HEAC-Teilnehmerstaaten bei der Ausarbeitung internationaler Richtlinien für Naturalrestitution („Restitutionsprinzipien“). Österreich kommt dabei als Mitglied des Redaktionsteams der Theresienstädter Erklärung eine wichtige Rolle zu.

*Interkultureller und interreligiöser Dialog***IX. Österreichischer Vorsitz in der Internationalen Holocaust-Task Force (ITF) – Internationales Netzwerk zu Bildung, Gedenken und Forschung**

Die Task Force für Internationale Zusammenarbeit für Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust (ITF), eine internationale Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin, wurde 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Ihr Ziel ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu fördern.

Österreich wurde im Jahr 2001 in die ITF aufgenommen und hatte im Gedenkjahr 2008 den Vorsitz inne. Die österreichische Delegationsleitung wird vom Nationalfonds der Republik Österreich und dem BMeiA wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen, die neben der zwei Mal jährlich tagenden Vollversammlung und dem ständigen Sekretariat die Arbeitsstruktur der Organisation darstellen, wirken sowohl österreichische RegierungsvertreterInnen als auch Experten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Nationalfonds, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands sowie der Organisation „erinnern.at“ mit. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der ITF hohes Ansehen.

Der unter österreichischem Vorsitz begonnene und unter norwegischem Vorsitz abgeschlossene Reformprozess trug dazu bei, die Förderungspolitik der ITF zu konsolidieren und transparenter zu gestalten. Durch Schaffung eines Ausschusses zur Bekämpfung von Antisemitismus und Holocaustleugnung und die zusätzliche Schwerpunktsetzung Roma konnte die ITF den aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Diplomatie gegen Revisionismus sowohl des Vorsitzes als auch der Mitglieder, deren Zahl auf 27 Staaten gewachsen ist, nahm weiter an Bedeutung zu.

L. Medien und Information

I. Allgemeines

Das BMeiA ist stets bestrebt, die Inhalte und Tätigkeiten des Ministeriums der breiten Öffentlichkeit näherzubringen. In diesem Rahmen lud Bundesminister Michael Spindelegger beim Tag der Offenen Tür am Nationalfeiertag die BürgerInnen ein, sich über das Tätigkeitsspektrum des BMeiA zu informieren und auch persönliche Gespräche mit ihm zu führen. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, dass auch Kinder und Schüler sich ein Bild über das BMeiA machen konnten. In diesem Sinne wurde auch die Zusammenarbeit mit Schulen verstärkt. Während des ganzen Jahres wurden über 100 Schulen im Ministerium eingeladen und die Schüler über die Tätigkeiten des Außenministeriums informiert. Bundesminister Michael Spindelegger hat darüber hinaus im Rahmen einer EU-Zuhör- und Dialogtour Veranstaltungen in ganz Österreich besucht und sich der Diskussion, den Sorgen und Fragen von BürgerInnen zu EU-Themen gestellt.

Das BMeiA arbeitet intensiv mit Medienvertretern aus dem In- und Ausland zusammen, unter anderem durch zahlreiche Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche – zum Beispiel aus Anlass der österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der Einbringung und Verabschiedung der VN-Sicherheitsratsresolution 1894 über den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, und der Schwerpunkt Donauraum / Schwarzmeerregion, sowie zum Europäischen Auswärtigen Dienst – und durch die rasche Beantwortung von Journalistenanfragen zu internationalen Entwicklungen und konsularischen Hilfeleistungen im Ausland.

II. Internetauftritt

Das BMeiA verfolgt das Ziel, die Möglichkeiten der modernen Medien für die Informationsvermittlung zu nutzen. Bundesminister Michael Spindelegger kommuniziert beispielsweise sofort nach jeder Tagung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen die Ergebnisse mittels Kurzvideos auf der Homepage www.aussenministerium.at. Mit derselben Technologie wurde über die EU-Dialogtour von Bundesminister Michael Spindelegger in den Bundesländern, etwa in St. Pölten, Salzburg und Graz informiert.

Durch die Homepage bietet das BMeiA Serviceleistungen und nützliche Informationen für in Not geratene BürgerInnen an und informiert die interessierte Öffentlichkeit über aktuelle Neuigkeiten und sonstige Themen. Nachdem das BMeiA schon im Jahr 2008 seine Webseiten für Menschen mit Behinderungen auf Barrierefreiheit nach internationalen Standards umgestellt hat, wird das BMeiA die Barrierefreiheit seiner Webseiten noch verbes-

Presserätetagung

sern. Es wurden bis zu 263.000 Besuche pro Monat auf der Zentralseite des BMeiA registriert.

III. Publikationen

Aus Anlass der erfolgreichen Kandidatur Österreichs für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2009/2010 wurde die Broschüre „Österreich und die Vereinten Nationen“ herausgegeben. Weiters wurden die Informationen „Österreich, Zahlen und Fakten auf einen Blick“ und „Tipps für Auslandsreisende“ überarbeitet.

Einzelne außenpolitische Themen wurden auch mittels Medienkooperationen einer breiteren Öffentlichkeit nähergebracht, so zum Beispiel der nichtständige Sitz Österreichs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, das 30-jährige Jubiläum Wiens als dritter Standort der Vereinten Nationen, der Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 1989 und der Schwerpunkt Donauraum / Schwarzmeerregion.

IV. Pressekonferenzen und Veranstaltungen

Eines der zentralen Elemente der Öffentlichkeitsarbeit des BMeiA ist die Betreuung von Medienvertretern bei Pressekonferenzen anlässlich von Besuchen ausländischer Persönlichkeiten, bei wichtigen Konferenzen und anderen Veranstaltungen des BMeiA. Als Beispiele können der Europakongress „Geteilt | Geeint 1989 – 2009: Aufbruch in ein neues Europa“, der am 28. und 29. Mai in der Wiener Hofburg stattgefunden hat, sowie die Regionalkonferenz „Donauraum und Schwarzes Meer“, die am 6. Juli in Wien gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich und der Industriellenvereinigung veranstaltet wurde, genannt werden.

V. Presserätetagung

Um der Wichtigkeit der Presse- und Informationsarbeit Rechnung zu tragen wurde anlässlich der Presserätetagung den TeilnehmerInnen ein Medientraining angeboten. Die Tagung gab außerdem den mit Presse- und Informationsarbeit betrauten Botschaftsangehörigen die Gelegenheit, Erfahrungen untereinander und mit der Zentrale zu diskutieren.

M. Der österreichische auswärtige Dienst

I. Einleitung

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 hatte wie in vielen anderen europäischen Staaten auch Auswirkungen auf die Budget- und Personalsituation des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Es mussten umfangreiche Maßnahmen ergriffen werden, um die Sparziele und die Vorgaben des neuen Haushaltsrechts einzuhalten. Einsparungen wurden vorgenommen etwa durch eine Adaptierung des österreichischen Vertretungsnetzes im Ausland, Kürzungen bei Instandhaltung und Baumaßnahmen, beim Dienstreisebudget oder bei internationalen Konferenzen in Österreich. Die Kernaufgaben waren weiter zu erfüllen, jedoch mit noch weniger Flexibilität als in den vergangenen Jahren.

Ebenso musste die Personalstruktur weiter verringert werden: Laut Vorgabe des Bundeskanzleramts ist der Stellenplan bis 2013 um insgesamt 63 Vollbeschäftigungsäquivalente zu kürzen.

Gleichzeitig hatte die Administrative Sektion den logistischen Rahmen und den optimalen Ressourceneinsatz für anspruchsvolle außen- und europapolitische Aufgaben auch im Jahr 2009 zu gewährleisten, wie etwa die österreichische Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat oder das 20-jährige Jubiläum des europäischen Gedenkjahres 1989. Zur bestmöglichen Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen im In- und Ausland wurden weitere Vertretungsbehörden mit modernen Telefon- und Computersystemen ausgestattet, die zu Effizienzsteigerungen und Kostenreduktionen beitragen. Auch IT-Sicherheitsmaßnahmen wurden verstärkt, ein Schwerpunktbereich für die kommenden Jahre.

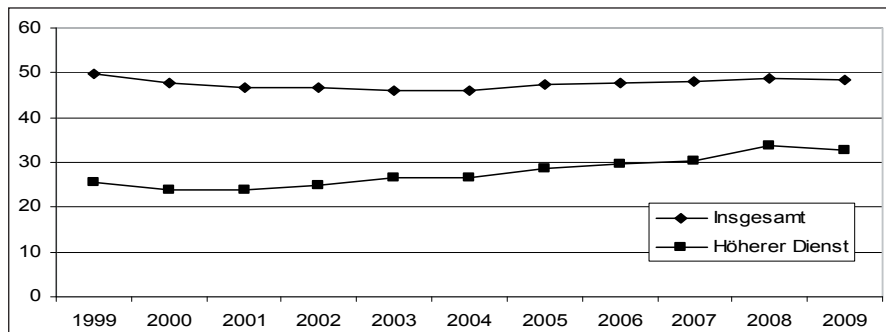
Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 wurde der Grundstein für die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (**EAD**) gelegt. Der EAD soll die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der Union in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Schon während des Aufbaus dieses gemeinsamen diplomatischen Dienstes ab Beginn 2010 wird das BMeiA seine Positionen betreffend Aufgabenbereiche, Struktur und Personal bestmöglich einbringen.

Presserätetagung

II. Arbeiten im Außenministerium**Personalstand des BMeiA 2009 nach Verwendung/Geschlechtern**

Verwendung	Männer		Frauen		insges.	Frauen- anteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	132	164	64	80	440	32,7
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	48	98	59	47	252	42,1
A3/v3, C/c (Fachdienst); A4/A5/v4, D/d, P2/ P3/p2/p3, h2/h3 (qualifizierter mittlere bzw. mittlerer Dienst); A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5 (Hilfsdienst)	94	125	140	237	596	63,3
ADV	13	0	6	0	19	31,6
Gesamt	674		633		1.307	48,4

Der **Frauenanteil** für die gesamten Verwendungen von 48,4% überschritt den im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz als Förderungsgebot angeführten Frauenanteil. Im Höheren Dienst, jenem Bereich mit dem diesbezüglich größten Nachholbedarf, erreichte der Frauenanteil im Jahr 2009 32,7%:

Frauenanteil in %

Der österreichische auswärtige Dienst

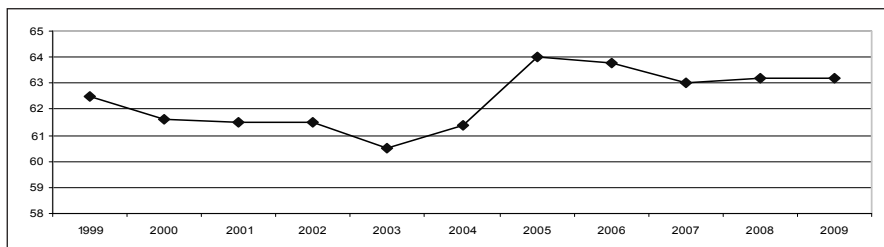
2009 wurden nach Ablegung der gesetzlichen Auswahlverfahren 54 Personen eingestellt (2007: 55, 2008: 102). Weiters werden seit Herbst 2009 sieben Lehrlinge zu „VerwaltungsassistentInnen“ ausgebildet (3 m/4 w).

Die Anzahl der **VerwaltungspraktikantInnen** wurde im Laufe des Jahres 2009 im Vergleich zum vorangegangenen Jahr fast halbiert (Stand jeweils 31. 12.):

	Verwendungsgruppe	Männlich	Weiblich	Gesamt
2008	v1/v2	16	32	48
2009	v1	9	18	27

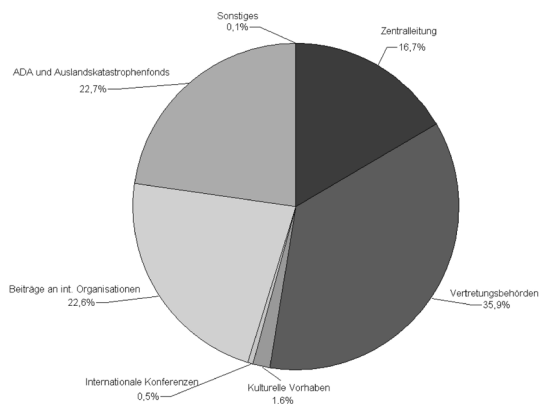
Das durchschnittliche **Pensionseintrittsalter der BeamtInnen** des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten lag in den letzten Jahren immer über der 63-Jahr-Grenze und befand sich somit über dem Bundesdurchschnitt (2009: 60,49 Jahre).

Pensionseintrittsalter der BeamtInnen



III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick

Der Bundesvoranschlag 2009 lag bei 435,675 Millionen Euro. Davon wurden rund 72,873 Millionen Euro für die Zentralleitung, 156,246 Millionen Euro für die Vertretungsbehörden, 6,787 Millionen Euro für kulturelle Vorhaben, 2,141 Millionen Euro für Internationale Konferenzen, 98,276 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen, 98,791 Millionen Euro für die Austrian Development Agency GmbH und den Auslandskatastrophenfonds, sowie 0,561 Millionen Euro für sonstige Aufwendungen budgetiert.



*Weltweite Infrastruktur***Budget 1999–2009**

Jahr	Budget des BMeiA	Anteil des BMeiA-Budgets am Bundesbudget in %
1999	297,232	0,53%
2000	305,662	0,54%
2001	303,409	0,52%
2002	299,775	0,50%
2003	307,000	0,50%
2004	340,928	0,54%
2005	380,000	0,59%
2006	388,000	0,59%
2007	388,109	0,56%
2008	388,087	0,56%
2009	435,675	0,56%

IV. Weltweite Infrastruktur**1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten**

Rund 340 Objekte in über 80 Ländern werden vom BMeiA als Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen, Vertretungen bei zwischenstaatlichen Organisationen und für Wohn- und Repräsentationszwecke genutzt. Dazu gehören sowohl historische Gebäude, wie in London, Paris oder Rom, als auch moderne Bauten, zum Beispiel in Berlin, New York, Tokio und Brasilia. Ein Team von SpezialistInnen führt die notwendigen An- und Verkäufe, Anmietungen, Bauprojekte und Renovierungen durch und evaluiert die Liegenschaften.

Alle Objekte dienen der Erfüllung der außenpolitischen, kulturellen und konsularischen Aufgaben des BMeiA. Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sind die wichtigsten Kriterien für die Beurteilung der Objekte, wobei der ökologischen Nachhaltigkeit zunehmende Bedeutung beigemessen wird. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit EU-Partnern, wie etwa der Tschechischen Republik und Ungarn, werden Synergie-Effekte erzielt. Die Gruppe für Immobilienmanagement ist auch auf bestmögliche Umsetzung von Öffnungs- und Schließungsvorhaben von Vertretungsbehörden bedacht.

Als Beitrag zur Verwaltungsreform des Bundes wurde mit der Entwicklung einer Liegenschaftsdatenbank (**LIDA**) begonnen, die eine Optimierung des Liegenschaftsmanagements zum Ziel hat.

*Der österreichische auswärtige Dienst***2. Informationstechnologie**

Im Jahr 2009 wurden wichtige Informations- und Kommunikationstechnologieprojekte (**IKT-Projekte**) fortgeführt. Zu den beiden bedeutendsten Vorhaben zählen:

- **ELISA** – Unter diesem Projektnamen wurde die Erneuerung der IKT-Infrastruktur an den Vertretungen fortgesetzt. Damit gehen ein Austausch der Hard- und Software, sowie die Einführung der neuesten Büroautomationssoftware und Implementierung eines Informationsmanagementsystems (**IMS**) einher. IMS unterstützt die durchgehende elektronische Bearbeitung (elektronische Erfassung, Kategorisierung, Bearbeitung und Ablage bzw. Archivierung) der anfallenden Geschäftsfälle und löst den an den Vertretungen im Ausland noch vorherrschenden Papierakt sukzessive ab. Ende 2009 waren bereits 93 Vertretungen mit ELISA und IMS ausgestattet.
- Voice over Internet Protokoll (**VoIP**), die Telefonie über Datenleitungen, ermöglicht den Anschluss der Vertretungen an das Telefonesystem der Zentrale. Über die BMeiA-eigenen WAN-Datenleitungen bzw. über Satellit (**VSAT**) können die Gespräche zwischen der Zentrale und den Vertretungen weltweit kostenfrei übertragen werden. Das bereits prämierte VoIP-Projekt trägt somit zu kostengünstiger und vereinfachter Kommunikation bei. Ende 2009 waren bereits 90 % der Vertretungen damit ausgestattet.

3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Im Herbst wurde erstmalig eine Publikation zur Aufarbeitung der Zeitgeschichte des Ministeriums herausgegeben, die unter dem Titel „**Das Wiedererstehen des österreichischen Auswärtigen Dienstes 1945**“ nach intensiver Sichtung und wissenschaftlicher Auswertung des vorhandenen Aktenmaterials aus der ehemaligen Staatskanzlei sowie einigen Nachlässen von Diplomaten der „ersten Stunde“ die Entwicklung des Dienstbetriebes am „Ballhausplatz“ ab April 1945 dokumentiert.

Im Juni konnte die Bearbeitung des Gesamtbestandes der Außenpolitischen Bibliothek – derzeit 50.000 Bände (ohne die Bestände des ehemaligen Österreichischen Instituts für Ost- und Südosteuropa) – und die Eingabe in das weltweit abrufbare Bibliothekssystem **ALEPH** (benannt nach dem ersten Buchstaben des hebräischen Alphabets) abgeschlossen werden. Daneben wurde die Übernahme der Bestände der Bibliothek der Österreichischen UNESCO-Kommission in ALEPH abgeschlossen. Die Bearbeitung der Bibliothek des Österreichischen Instituts für Ost- und Südosteuropa (40.000 Bände) wird weiter fort gesetzt.

Die nationalen und internationalen Zeitschriften der Außenpolitischen Bibliothek wurden weiter erfasst und für die Eingabe in ALEPH überprüft. Neben der kontinuierlichen Erweiterung der Bibliothek durch Neuerwer-

Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

bungen wurde 2009 begonnen, Artikel aus Zeitschriften, die sich nur an der Außenpolitischen Bibliothek befinden, elektronisch in der Außenpolitischen Dokumentation zu erfassen.

Die Zahl der externen BenutzerInnen der werktags von Montag bis Freitag von 9–17 Uhr öffentlich zugänglichen Bibliothek sowie der Buchanforderungen von österreichischen und ausländischen Bibliotheken ist auch dieses Jahr gestiegen.

Im Rahmen der Administration der Abonnements von in- und ausländischen Tages-, Wochen- und Monatszeitungen wurde an die MitarbeiterInnen der Zentrale und der Vertretungen mit Erfolg appelliert, diese Informationsquellen künftig verstärkt auf elektronischem Wege abzurufen und auf Printausgaben zu verzichten. Demgemäß konnten bereits Einsparungen erzielt werden.

V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Dienststellen des BMeiA	Stand 31.12.2009
Bilaterale Botschaften	81
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	13
selbständige Kulturforen	6
sonstige Vertretungsbehörden	1
Gesamt	106

Nach einer Evaluierung des österreichischen Vertretungsnetzes auf Basis objektiver Kriterien (dazu zählen u.a. die Anzahl der konsularischen Serviceleistungen für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland, die Intensität des politischen Besuchs austausches, die Höhe des Handelsvolumens und der heimischen Direktinvestitionen) wurde im März beschlossen, im Budgetzeitraum 2009/2010 eine Restrukturierung des Vertretungsbehördennetzes vorzunehmen. Das Konzept „minus 4, plus 2“ sieht dabei die Schließung der Botschaft in Maskat und der Generalkonsulate in Rio de Janeiro, Hamburg und Kapstadt sowie die Eröffnung von Vertretungen in Frankfurt am Main (Generalkonsulat) und in Baku (Botschaft) vor.

Die Umsetzung des Restrukturierungsplans, der zugleich für eine strategische Neuorientierung genützt wurde und es Österreich ermöglicht, seine Präsenz in der politisch, energiepolitisch und wirtschaftlich wichtigen Zukunftsregion Schwarzmeer zu verstärken, hat mit der Schließung des Generalkonsulats in Rio de Janeiro per 30. Oktober und der Aufnahme eines provisorischen Betriebs in Baku per 23. November begonnen.

Neben den unmittelbar dem BMeiA unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich in seiner internationalen Präsenz auch auf die Austrian

Der österreichische auswärtige Dienst

Development Agency (**ADA**), das Unternehmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, welches im Ausland 15 Koordinationsbüros unterhält, zurückgreifen. Dazu kommen weiters das Österreich-Institut (**ÖI**), welches seit 1997 an neun Orten außerhalb Österreichs Deutschkurse durchführt, sowie anderweitige Vertretungen (z.B. OECD-Vertretung in Paris), die nicht dem Ressortbereich des BMeiA angehören.

Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch rund 280 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. Die Honorarfunktionäre, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich für Österreich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Der österreichische auswärtige Dienst

VI. Organisationsplan

GENERALSEKRETÄR

Dr. Johannes KYRLE

Büro des Generalsekretärs:
Dr. Harald GÜNTHER**BUNDESMINISTER**
Dr. Michael SPINDELEGGER**Kabinett:**

Mag. Jochen DANNINGER

Stabsstelle 1:

Mag. Alexander SCHALLENBERG

I. Zentrale Angelegenheiten Dr. Johannes KYRLE Stellvertreter: ...	II. Politische Sektion Dr. Stefan LEHNE Stellvertreter: Dr. Franz Josef KUGLITSCH	III. Wirtschafts- u. integrationspolitische Sektion Mag. Walter GRAHAMMER* Stellvertreter: Dr. Johannes EIGNER	IV. Rechts- u. Konsularsektion Mag. Dr. Elisabeth TICHY-FISSELBERGER Stellvertreterin: Mag. Andrea IKIC-BÖHM
I.1 Protokoll Mag. Melitta SCHUBERT I.1a Mag. Elisabeth SEVELDA-GREDLER I.1b Mag. Alexander EHRlich- ADAM I.1c Werner AMMINGER	II.1 Sicherheitspolitische Angelegenheiten, GASP, Grundsatzfragen Mag. Dr. Gerhard JANDL II.1a Dr. Klaus FAMIRA II.1b Mag. Karl PRUMMER II.1c Mag. Walter SCHIRMER	III.1 EU-Grundsatzfragen Dr. Michael SCHWARZINGER III.1a Mag. Albert ENGELICH III.1b Mag. Peter KROIS	IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe, allg. Rechtsang. Dr. Gerhard DEISS IV.1a ...
Gruppe I.A Völkerrechtsbüro (Abt. I.2, I.4, I.7) Dr. Ferdinand TRAUTTMANNSDORF	II.2 Südtirol und Südeuropa Dr. Georg STILLFRIED	III.2 Europäischer Rat u. Rat allgemeine Angelegenheiten; ASTV II Dr. Elisabeth KEHRER III.2a Mag. Dr. Arad BENKÖ	IV.2 Reise- und Grenzverkehr; Aufenthaltswesen Mag. Andrea IKIC-BÖHM IV.2a Mag. Manuela FROMMWALD IV.2b Dr. Joachim OEPFINGER Passdruckstelle: Peter GRIEHSMAIER
I.2 Allgemeines Völkerrecht Dr. Helmut TICHY I.2a Martin KLEIN I.2c Dr. Thomas BAIER I.2c Mag. Dr. Philip BITTNER	II.3 Osteuropa, West-, Balkan, Südkaukasus, Zentralasien, Zentral-europäische Initiative (ZEI) Dr. Franz J. KUGLITSCH II.3a Dr. Josef LITSCHAUER II.3b ...	III.3 Bi- u. multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen; gemeinsame Handelspolitik, Exportförderung; Investitionsschutz; int. Finanzinstitutionen Dr. Bettina KIRNBAUER III.3a Mag. Martin GÄRTNER III.3b Mag. Dr. Marcus BERGMANN	IV.3 Auslandsösterreicher, Schutzmachtang., Vermögensang., Sozial- und gesundheitspolitische Ang., Staatsbürger-schaftsangelegenheiten Dr. Brigitta BLAHA IV.3a Mag. Bernhard FAUSTENHAMMER
I.3 Presse und Information Mag. Peter LAUNSKY I.3a Mag. Christoph WEIDINGER I.3b Franz HUTEgger I.3c Mag. Dr. Harald STRANZL	II.4 Naher und Mittlerer Osten, Maghreb- und Maschrek- Staaten Dr. Friedrich STIFT	III.4 EU-Erweiterung, Wirtschaftsbeziehungen zu den europ. Drittstaaten u. zu Zentral-asien Dr. Johannes EIGNER III.4a Dr. Marieke ZIMBURG III.4b Mag. Maximilian HENNIG	
I.4 Europarecht Dr. Andreas KUMIN I.4a MMag. Gregor SCHUSTER-SCHITZ	II.5 Internationale Organisationen Dr. Peter HUBER II.5a ...	III.5 Koordination betr. ASTV I, Binnenmarkt, Lissabon-Agenda, Gemeinschaftspolitiken, Standards, Beschäftigung- und Sozialfragen Dr. Karl MÜLLER III.5a Mag. Michael KARNING III.5c Mag. Gerhard EISL	IV.4 Integrationspolitische und Internationale Zusammenarbeit Inneres und Justiz; Asyl-, Flüchtlings- und Wanderungswesen Dr. Johann BRIEGER IV.4a Mag. Regina RUSZ IV.4b Mag. Dr. Christian FELLNER
I.5 Organisation Internationaler Konferenzen und Ang. internat. Organisationen in Österreich Dr. Werner DRUML	II.6 Mittel-, West- u. Nordeuropa Mag. Arno RIEDL II.6a Mag. Georg KILZER	III.6 Umwelt, Verkehr, Telekommunikation Dr. Christian KREPELA III.6a Mag. Dr. Michael DESSER III.6b Dr. Andreas SCHMIDINGER	IV.5 Bürgerservice Mag. Axel WECH IV.5a Mag. Andreas SOMOGYI Legalisierungsbüro Brigitte HUDSON
I.7 Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, Volksgruppenang. Mag. Engelbert THEUERMAN I.7a Dr. Gerlinde PASCHINGER I.7b Mag. Elisabeth RIEDERER	II.7 OSZE, Europarat Dr. Christine MOSER II.7a Dr. Désirée SCHWEITZER II.7b Dr. Robert MÜLLER II.7c Dr. Harald KOTSCHY	I.7 Internationale Energiefragen Dr. Eva HAGER III.7a Mag. Yvonne TONCIC -SORINJ	
I.9 Sicherheitsangelegenheiten Mag. Roland Peter HAUSER	II.8 Abrüstung und Rüstungskontrolle, Non-Proliferation, multilaterale Abrüstungsforen Mag. Dr. Alexander MARSCHIK II.8a Dr. Roland STURM II.8b Dr. Wolfgang BANYAI II.8c Mag. Margit BRUCK-FRIEDRICH		
	II.9 Amerika, Karibik, OAS Mag. Isabel RAUSCHER II.9a Dr. Franziska HONSOWITZ -FRIESSNIGG		
	II.10 Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien, ASEM Dr. Bernhard ZIMBURG II.10a Dr. Herbert PICHLER II.10b Dr. Bruno BILEK		
	II.11 Afrika südlich der Sahara Dr. Helmut FREUDENSCHUSS II.11a Mag. Andreas RENDL		

Organisationsplan

Generalsekretariat

Mag. Dr. Christian LASSMANN
Stellvertreter:
Mag. Wolf-Dietrich HEIM

V. Kulturpolitische Sektion Dr. Emil BRIX Stellvertreterin: Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH	VI. Administrative Sektion Mag. Dr. Nikolaus MARSCHIK Stellvertreter: Dr. Thomas WUNDERBALDINGER	VII. Entwicklungszusammenarbeit MMag. Dr. Irene FREUDENSCHUS-REICHL Stellvertreter: Mag. Anton MAIR
V.1 Koordination, Planung, Finanzierung und Evaluierung der Auslandskultur; kulturelle Öffentlichkeitsarbeit u. Gebarung Mag. Stephan VAVRIK V.1a Andreas PAWLITSCHKEK V.1b Franz BISCHL	VI.1 Personal- u. Organisationsmanagement; Akkreditierung; Notifizierung Dr. Thomas WUNDERBALDINGER Standesevidenz Gustav SCHÜTTE VI.1a Gerda JOHAM VI.1b Silvia NEUREITER VI.1c Mag. Christian MANDL VI.1d Dr. Barbara PFEIFFER VI.1e Dr. Sigurd PACHER	VII.1 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit Dr. Maria ROTHEISER-SCOTTI VII.1a Mag. Michaela ELLMEIER
V.2 Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH V.2a Prof. Dr. Rudolf AGSTNER V.2b Mag. Susanne RANETZKY V.2c Dr. Herbert JÄGER V.2d Christine DOLLINGER	VI.2 Auslandszulagen, Auslandskostensätze Sozialversicherungsrechtl. Ang. Mag. Michael BRUNNER VI.2a Helga KUBICEK VI.2c Franz RAZ	VII.2 Evaluierung, Entwicklungspolitik u. Strategie Mag. Anton MAIR VII.2a Mag. Klaus STEINER
V.3 Wissenschaftlich-technische sowie universitäre Zusammenarbeit, Task Force „Dialog der Kulturen“ MMag. DDr. Michael WENINGER V.3a Mag. Sabine KROISSEN-BRUNNER V.3b Mag. Ernst AICHINGER	VI.3 Budgetangelegenheiten, Controlling Mag. Christoph JACKWERTH VI.3a Erich HAUSMANN VI.3b Robert ZEICHMANN VI.3c Angelina MIGSICH VI.3d...	VII.3 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe, Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland, entwicklungspolitische Aspekte im Bereich Umwelt u. Nachhaltigkeit Mag. Gerhard WEINBERGER VII.3a Mag. Franz BREITWIESER
V.4 Multilaterale Angelegenheiten der Auslandskultur; UNESCO Mag. Dr. Elke ATZLER V.4a Mag. Stefan PEHRINGER	Gruppe VI.A – Immobilienmanagement Unterbringung u. Ausstattung (Abt. VI.4 u. VI.5) Mag. Gregor KÖSSLER	VII.4 Entwicklungs- u. Ost-zusammenarbeit, Koordination in Österreich, Information Mag. Marianne FELDMANN VII.4a Mag. Ursula HEINRICH
	VI.4 Unterbringung und Ausstattung, rechtliche Angelegenheiten, Kurierdienst , Hausverwaltung, B-Bedienstetenschutzgesetz Dr. Senta WESSELY - STEINER VI.4a DI Klaus PRIBAHNSNIK VI.4b ... VI.4c Alfred RIEGELMAIER	VII.5 Planungs- u. Programmangelegenheiten der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit Dipl.Ing. Hannes HAUSER VII.5a Dr. Mag. Manfred SCHNITZER VII.5b Mag. Lydia SAADAT VII.5c Mag. Stefan WEIDINGER VII.5d Dipl. Ing. Wolfgang MOSER
	VI.5 Bauangelegenheiten; Immobiliencontrolling; Beschaffungswesen Ing. Kurt MELICHR VI.5a ... VI.5d Helmut BILONOHA	
	VI.7 Informationstechnologie (IT) Mag. Gerhard MILLETICH VI.7a Ing. Edgar SATTLER	
	VI.8 Informationsvermittlung, Dokumentation, Wissensmanagement Dr. Gottfried LOIBL	

Stand: 31. Dezember 2009

* designiert

*Der österreichische auswärtige Dienst***VII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen)
und deren LeiterInnen**

ÄGYPTEN Sudan, Eritrea	ÖB Kairo*	Dr. Thomas NADER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag Florian RAUNIG
ALGERIEN	ÖB Algier	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	DDr. Robert ZISCHG
ASERBAIDSCHAN	ÖB Baku	...
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Somalia	ÖB Addis Abeba	MMag. Dr. Gudrun GRAF
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall- Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Hanns PORIAS
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Karl SCHRAMEK
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Mag. Dr. Donatus KÖCK
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Dr. Hans Peter GLANZER
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag. Gerhard REIWEGER (designiert)
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
CHINA DVR Korea, Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Martin SAJDIK MMag. Gerhard MAYNHART Michael HEINZ
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Mag. Dr. Daniel KRUMHOLZ
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK Hamburg GK München	Dr. Ralph SCHEIDE Leopold KÖLLNER Dr. Ingrid PECH
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Angelika SAUPE- BERCHTOLD
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Margit WÄSTFELT
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Hubert HEISS Mag. Elisabeth ELLISON- KRAMER
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dr. Michael LINHART

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Gabriele MATZNER- HOLZER Mag. Peter MIKL
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Martin BOLLDORF
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Dr. Ferdinand MAULTASCHL
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Klaus WÖLFER
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Thomas BUCHSBAUM
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Walter HAGG
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Michael RENDI
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Christian BERLAKOVITS Mag. Astrid HARZ Dr. Theresa INDJEIN-UNTER- STEINER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
JORDANIEN Irak	ÖB Amman	Mag. Franz HÖRLBERGER
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Werner BRANDSTET- TER
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Mag. Ursula FAHRINGER
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Tansania, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Christian HASENBICHLER
KOLUMBIEN Ecuador, Panamá	ÖB Bogotá	Dr. Andreas LIEBMANN- HOLZMANN
KOREA	ÖB Seoul	Dr. Josef MÜLLNER
KOSOVO	ÖB Pristina	Mag. Dr. Walter-Maria STOJAN
KROATIEN	ÖB Agram*	Mag. Jan KICKERT
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Johannes SKRIWAN
KUWAIT Bahrein, Katar	ÖB Kuwait	Mag. Marian WRBA
LETTLAND	ÖB Riga	Mag. Hermine POPPELLER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

Der österreichische auswärtige Dienst

LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Eva Maria ZIEGLER
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Dorothea AUER
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Helmut KOLLER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Christine STIX-HACKL
MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Andrea WICKE
MALTA	ÖB Valletta	Dr. Caroline GUDENUS
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Georg MAUTNER-MARKHOF
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Alois KRAUT
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Mag. Dr. Alfred LÄNGLE
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Mag. Martin PAMMER
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Wolfgang PAUL
NIGERIA Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Kongo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik, Benin, Togo, Ghana	ÖB Abuja	Mag. Dr. Stefan SCHOLZ
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Lorenz GRAF
OMAN Jemen	ÖB Maskat	Dr. Andreas KARABACZEK
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Michael STIGELBAUER
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Andreas MELAN
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Mag. Wilhelm DONKO
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Mag. Dr. Herbert KRAUSS Mag. Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER Mag. Christophe CESKA
PORTUGAL	ÖB Lissabon	Mag. Bernhard WRABETZ
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Martin EICHTINGER
RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau*	Dr. Margot KLESTIL-LÖFFLER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Johannes WIMMER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Mag. Dr. Ulrike TILLY
SCHWEIZ	ÖB Bern*	Dr. Hans-Peter MANZ
	GK Zürich	DDR. Petra SCHNEEBAUER
SENEGAL	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DOUJAK
Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Kap Verde, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone, Niger		
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Dr. Clemens KOJA
SIMBABWE	ÖB Harare	Dr. Maria MOYA-GÖTSCH
Angola, Malawi, Mosambik, Sambia		
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Helmut WESSELY
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Erwin KUBESCH
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Rudolf LENNKH
SÜDAFRIKA	ÖB Pretoria	Dr. Otto DITZ
Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland		
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Maria KUNZ
THAILAND	ÖB Bangkok	Mag. Dr. Johannes PETERLIK
Kambodscha, Laos, Myanmar		
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF (designiert)
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Johann FRÖHLICH
TÜRKEI	ÖB Ankara	Dr. Heidemaria GÜRER
	GK Istanbul	Paul JENEWEIN
	KF Istanbul	Mag. Christian BRUNMAYR
UKRAINE	ÖB Kiew*	Dr. Josef Markus WUKETICH
UNGARN	ÖB Budapest	Dr. Michael ZIMMERMANN
	KF Budapest	Dr. Elisabeth KORNFEIND
VENEZUELA	ÖB Caracas	Mag. Thomas SCHULLER-GÖTZBURG
Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago		
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Julius LAURITSCH

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

Der österreichische auswärtige Dienst

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Christian PROSL Mag. Thomas SCHNÖLL (designiert) Mag. Karin PROIDL Dr. Ernst-Peter BREZOVSKY Mag. Andreas STADLER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Georg HEINDL
ZYPERN Armenien, Georgien, Usbekistan	ÖB Nicosia ÖB für Armenien, Georgien, Usbekistan (mit Sitz in Wien)	Mag. Martin WEISS ...
Liechtenstein	ÖB Liechtenstein (mit Sitz in Wien)	Dr. Thomas OBERREITER (designiert)
Ständige Vertretung bei den VN in New York		Dr. Thomas MAYR-HARTING
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf		Dr. Christian STROHAL
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO und UNIDO und CTBTO in Wien		Dr. Helmut BÖCK
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel		Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg		Dr. Thomas HAJNOCZI
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien		Mag. Christine MOSER
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris		Dr. Hubert HEISS
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag		Dr. Wolfgang PAUL
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachterstatus) in Brüssel		Dr. Andreas WIEDENHOFF
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel		Dr. Karl SCHRAMEK
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest		Dr. Michael ZIMMERMANN
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid		Dr. Rudolf LENNKH
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi		Mag. Christian HASENBICHLER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

ÖB Chisinau (Moldau)	Koordinationsbüro der Austrian Development Agency (ADA)
ÖB Singapur (Singapur)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
GK Guangzhou (China)	Zweighbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK Sao Paulo (Brasilien)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMWA
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLFUW
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	untersteht dem BKA

Stand: 31. Dezember 2009

N. Ausgewählte Dokumente

Dieses Kapitel enthält ausgewählte Dokumente zu Schwerpunktthemen des BMeiA im Jahr 2009.

I. Vereinte Nationen, Sicherheitsrat, Resolution 1894 (2009), verabschiedet auf der 6216. Sitzung des Sicherheitsrates am 11. November 2009

Vereinte Nationen

S/RES/1894 (2009)



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
11. November 2009

Resolution 1894 (2009)

**verabschiedet auf der 6216. Sitzung des Sicherheitsrats
am 11. November 2009**

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur fortgesetzten und vollständigen, in gegenseitig verstärkender Weise erfolgenden Durchführung der Resolutionen 1265 (1999), 1296 (2000), 1325 (2000), 1612 (2005), 1674 (2006), 1738 (2006), 1820 (2008), 1882 (2009), 1888 (2009) und 1889 (2009) und aller einschlägigen Erklärungen seiner Präsidenten,

in Bekräftigung seiner Verpflichtung auf die in Artikel 1 Absätze 1 bis 4 der Charta verkündeten Ziele der Vereinten Nationen und die in Artikel 2 Absätze 1 bis 7 der Charta verkündeten Grundsätze der Vereinten Nationen, namentlich seiner Verpflichtung auf die Grundsätze der politischen Unabhängigkeit, der souveränen Gleichheit und der territorialen Unversehrtheit aller Staaten sowie auf die Achtung der Souveränität aller Staaten,

feststellend, dass sich der Beginn der fortschreitenden Behandlung der Frage des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten durch den Sicherheitsrat in diesem Jahr zum zehnten Mal jährt, und in Anerkennung der anhaltenden Notwendigkeit, dass der Sicherheitsrat und die Mitgliedstaaten den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten weiter stärken,

ferner davon Kenntnis nehmend, dass in diesem Jahr außerdem der 60. Jahrestag der Genfer Abkommen von 1949 begangen wird, die zusammen mit ihren Zusatzprotokollen die Grundlage für den rechtlichen Rahmen zum Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten bilden,

in der Erkenntnis, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte ihrer Staatsbürger sowie aller Personen in ihrem Hoheitsgebiet zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben,

bekräftigend, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten,

in Bekräftigung der einschlägigen Bestimmungen des Ergebnisdokuments des Weltgipfels 2005 betreffend den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, namentlich seiner Ziffern 138 und 139 betreffend die Verantwortung für den Schutz der Bevölke-

Vorauskopie des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York. Der endgültige amtliche Wortlaut der Übersetzung erscheint im Offiziellen Protokoll des Sicherheitsrats (S/INF/65).



*Ausgewählte Dokumente***S/RES/1894 (2009)**

rung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit,

mit dem erneuten Ausdruck seines tiefen Bedauerns darüber, dass Zivilpersonen nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Opfer in Situationen bewaffneter Konflikts ausmachen,

unter nachdrücklichem Hinweis auf die besonderen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Kinder, namentlich wenn es sich bei ihnen um Flüchtlinge und Binnenvertriebene handelt, sowie auf andere Zivilpersonen, die besonderen Gefährdungen ausgesetzt sein können, wie Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, und *unter Betonung* der Schutz- und Hilfsbedürfnisse der gesamten betroffenen Zivilbevölkerung,

Kenntnis nehmend von der Verabschiedung des Übereinkommens der Afrikanischen Union über Schutz und Hilfe für Binnenvertriebene in Afrika (2009),

mit großer Sorge Kenntnis nehmend von den umfangreichen und weit verbreiteten Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe sowie von der Häufigkeit und der Schwere der Angriffe auf humanitäres Personal und humanitäre Objekte und von den erheblichen Auswirkungen dieser Angriffe auf humanitäre Einsätze,

in der Erkenntnis, dass Staaten in oder unmittelbar nach bewaffneten Konflikten reichenschaftspflichtige Sicherheitsinstitutionen und unabhängige nationale Justizsysteme wiederherstellen oder aufbauen müssen,

unter Hinweis darauf, dass Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in die Statuten der internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe und in das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs aufgenommen wurden, und in dieser Hinsicht *unter Betonung* des Grundsatzes der Komplementarität,

anerkennend, wie wichtig Wiedergutmachungsprogramme als Reaktion auf schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und grobe Menschenrechtsverletzungen sind,

anerkennend, wie wichtig es ist, die Stellung gefährdeter Zivilpersonen durch Bildungs- und Schulungsmaßnahmen zu stärken, als ein Mittel zur Unterstützung der Bemühungen um die Beendigung und Verhinderung von Übergriffen gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneter Konflikts,

in Anerkennung des wertvollen Beitrags zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, den die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte leisten, namentlich ihrer im Einklang mit Resolution 1612 (2005) vorgelegten Schlussfolgerungen und Empfehlungen, und *unter Hinweis* auf Resolution 1882 (2009), die darauf abzielt, den Schutz von Kindern in Situationen bewaffneter Konflikts zu verstärken,

unter Hinweis auf seinen in Resolution 1888 (2009) gefassten Beschluss, die Gewalt gegen Frauen und Kinder in Situationen bewaffneter Konflikts anzugehen, indem er den Generalsekretär ersuchte, einen Sonderbeauftragten zu ernennen und die erforderlichen Maßnahmen festzustellen und zu ergreifen, um in Situationen, die in Bezug auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten Anlass zu besonderer Besorgnis geben, rasch ein Sachverständigenteam zu entsenden,

im Hinblick auf die Praxis des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, die Mitglieder des Sicherheitsrats im Namen der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen auf offiziellem Weg wie auch informell zu unterrichten,

Ausgewählte Dokumente

S/RES/1894 (2009)

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 29. Mai 2009 über den Schutz von Zivilpersonen (S/2009/277) und seinem Anhang über Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe, worin die wesentlichen Herausforderungen für den wirksamen Schutz von Zivilpersonen dargelegt sind, die namentlich darin bestehen, die Einhaltung des Völkerrechts zu verbessern, die Befolgung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen zu verbessern, den Schutz durch wirksamere und besser ausgestattete Friedenssicherungs- und andere einschlägige Missionen der Vereinten Nationen zu verstärken, den Zugang für humanitäre Hilfe zu verbessern und die Rechenschaftspflicht bei Verstößen zu verstärken,

unter Begrüßung der in dem Bericht des Sonderausschusses für Friedenssicherungseinsätze und seiner Arbeitsgruppe (A/63/19) enthaltenen Vorschläge, Schlussfolgerungen und Empfehlungen über den Schutz von Zivilpersonen und der wichtigen Arbeit, die die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Friedenssicherungseinsätze geleistet hat, namentlich ihrer Anstrengungen zur Verbesserung der Durchführung der Schutzmandate,

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 5. August 2009 (S/PRST/2009/24) und *unter Begrüßung* der laufenden Anstrengungen zur Stärkung der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen,

feststellend, dass die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen eines von mehreren Mitteln sind, die den Vereinten Nationen zum Schutz von Zivilpersonen in Situationen bewaffneter Konflikte zur Verfügung stehen,

1. *verlangt*, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen strikt befolgen sowie alle einschlägigen Beschlüsse des Sicherheitsrats durchführen, und *fordert* sie in dieser Hinsicht *nachdrücklich auf*, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung zu achten und zu schützen und ihre Grundbedürfnisse zu decken;

2. *verurteilt erneut* mit größtem Nachdruck die gegen Zivilpersonen als solche und gegen andere geschützte Personen oder Objekte gerichteten Angriffe in Situationen bewaffneter Konflikte sowie unterschiedslose oder unverhältnismäßige Angriffe und die Benutzung der Anwesenheit von Zivilpersonen, um Kriegshandlungen von bestimmten Punkten, Gebieten oder Streitkräften fernzuhalten, als offenkundige Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und verlangt, dass alle Parteien solchen Praktiken sofort ein Ende setzen;

3. *stellt fest*, dass vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen als solche und andere geschützte Personen sowie die Begehung systematischer, offenkundiger und ausgedehnter Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen in Situationen bewaffneter Konflikte eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen können, und *bekräftigt in dieser Hinsicht* seine Bereitschaft, derartige Situationen zu prüfen und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

4. *bekundet erneut* seine Bereitschaft, auf Situationen bewaffneter Konflikte zu reagieren, in denen vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen verübt werden oder die humanitären Hilfsmaßnahmen zugunsten von Zivilpersonen vorsätzlich behindert werden, indem er insbesondere auch geeignete Maßnahmen erwägt, die dem Sicherheitsrat nach der Charta der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen;

5. *fordert* die Staaten *erneut auf*, soweit sie es nicht bereits getan haben, die Unterzeichnung und Ratifikation der einschlägigen Übereinkünfte auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts beziehungsweise den Beitritt dazu zu erwägen und geeignete Gesetzgebungs-, Justiz-

Ausgewählte Dokumente

S/RES/1894 (2009)

und Verwaltungsmaßnahmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften zu ergreifen;

6. *verlangt*, dass alle Staaten und an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sämtliche einschlägigen Beschlüsse des Sicherheitsrats voll durchführen und in dieser Hinsicht mit den Friedenssicherungsmissionen und Landesteams der Vereinten Nationen bei der Weiterverfolgung und Durchführung dieser Resolutionen uneingeschränkt zusammenarbeiten;

7. *fordert* alle beteiligten Parteien auf,

a) für die möglichst weite Verbreitung von Informationen über das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu sorgen;

b) für die Schulung von Amtsträgern, Angehörigen der Streitkräfte und bewaffneter Gruppen, den Streitkräften beigeordnetem Personal, Zivilpolizisten und Personal der Strafverfolgungsbehörden, Richtern und Rechtsanwälten und für die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft und der Zivilbevölkerung in Bezug auf die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sowie den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen zu sorgen, um die volle und wirksame Einhaltung zu erreichen;

c) sicherzustellen, dass die den Streitkräften und anderen maßgeblichen Akteuren erteilten Anordnungen und Anweisungen im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht stehen und dass sie beachtet werden, indem sie unter anderem wirksame Disziplinarverfahren einrichten, bei denen die strikte Befolgung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber im Mittelpunkt steht, um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu unterstützen;

d) sich nach Bedarf um Unterstützung durch die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen sowie die Landesteams der Vereinten Nationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und gegebenenfalls andere Mitglieder der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung für Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen in Bezug auf das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu bemühen;

8. *betont*, wie wichtig es ist, in seinen Erörterungen über bestimmte Länder die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zu behandeln, *stellt fest*, dass für die Sammlung von Informationen über behauptete Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht für den Schutz von Zivilpersonen von Fall zu Fall verschiedene Methoden genutzt werden, und *unterstreicht*, wie wichtig es in dieser Hinsicht ist, Informationen zu erhalten, die zeitnah, objektiv, zutreffend und verlässlich sind;

9. *erwägt* die Möglichkeit, zu diesem Zweck die nach Artikel 90 des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen geschaffene Internationale Ermittlungskommission heranzuziehen;

10. *bekräftigt* seine entschiedene Ablehnung der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und *betont* in diesem Zusammenhang, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Verant-

Ausgewählte Dokumente

S/RES/1894 (2009)

wortlichen strafrechtlich zu verfolgen, um Verstöße zu verhüten, ihre Wiederholung zu verhindern und dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und Aussöhnung herbeizuführen;

11. *weist darauf hin*, dass Rechenschaftspflicht für diese schweren Verbrechen gewährleistet werden muss, indem Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden und die internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung nationaler Mechanismen verstärkt wird, *lenkt die Aufmerksamkeit* auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und „gemischte“ Strafgerichtshöfe, Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen sowie nationale Wiedergutmachungsprogramme für die Opfer und institutionelle Reformen, und *unterstreicht* die Rolle des Sicherheitsrats bei der Beendigung der Straflosigkeit;

12. *bekräftigt* die Rolle des Sicherheitsrats bei der Förderung eines Umfelds, das geeignet ist, den Zugang der humanitären Helfer zu Menschen in Not zu erleichtern;

13. *betont*, wie wichtig es ist, dass im Rahmen der humanitären Hilfe die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit von allen gewahrt und geachtet werden;

14. *betont*, wie wichtig es ist, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien mit dem humanitären Personal zusammenarbeiten, um den Zugang zu der von dem bewaffneten Konflikt betroffenen Zivilbevölkerung zu ermöglichen und zu erleichtern;

15. *bekundet* seine Absicht,

a) die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um Zivilpersonen zu schützen und den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal zu erleichtern;

b) den Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen das Mandat zu erteilen, gegebenenfalls bei der Schaffung von Bedingungen behilflich zu sein, die die sichere, rasche und ungehinderte Gewährung humanitärer Hilfe ermöglichen;

16. *bekundet ferner* seine Absicht,

a) alle vorsätzlich gegen humanitäres Personal gerichteten Gewalthandlungen und sonstigen Formen der Einschüchterung konsequent zu verurteilen und ihre sofortige Einstellung zu fordern;

b) die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und das humanitäre Personal und die für humanitäre Hilfseinsätze verwendeten Sendungen zu achten und zu schützen;

c) geeignete Schritte gegen vorsätzliche Angriffe auf humanitäres Personal zu unternehmen;

17. *bittet* den Generalsekretär, die systematische Überwachung und Analyse der Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe fortzusetzen und in seine Unterrichtungen und landesspezifischen Berichte an den Rat gegebenenfalls Bemerkungen und Empfehlungen aufzunehmen;

18. *erinnert* an seine Entschlossenheit, die strategische Aufsicht über die Friedenssicherungseinsätze zu verbessern, eingedenk der wichtigen Rolle, die den Friedenssicherungseinsätzen beim Schutz von Zivilpersonen zukommt, *bekräftigt* seine Unterstützung für

Ausgewählte Dokumente

S/RES/1894 (2009)

die vom Generalsekretär unternommenen Anstrengungen, die Friedenssicherungseinsätze zu überprüfen und bessere Planung und Unterstützung für sie bereitzustellen, und *ermutigt erneut* dazu, diese Anstrengungen in Partnerschaft mit den truppen- und polizeistellenden Ländern und den anderen maßgeblichen Beteiligten zu vertiefen;

19. *bekräftigt* seine Praxis, sicherzustellen, dass die Mandate der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen, soweit angezeigt und je nach Fall, Bestimmungen über den Schutz von Zivilpersonen enthalten, *betont*, dass den mandatsmäßigen Schutztätigkeiten bei Beschlüssen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen, namentlich Informations- und nachrichtendienstlichen Ressourcen, bei der Erfüllung der Mandate Vorrang zukommen muss, und *erkennt an*, dass der mandatsmäßige Schutz von Zivilpersonen ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Anteile der Mission erfordert;

20. *bekräftigt außerdem*, wie wichtig es ist, den Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen, die mit dem Schutz von Zivilpersonen beauftragt sind, klare, glaubwürdige und erfüllbare Mandate zu erteilen, auf der Grundlage zutreffender und verlässlicher Informationen über die Situation am Boden und einer in Abstimmung mit allen maßgeblichen Beteiligten vorgenommenen realistischen Bewertung der Bedrohungen von Zivilpersonen und Missionen, *bekräftigt ferner*, wie wichtig es ist, im Sicherheitsrat das Bewusstsein für die Auswirkungen zu erhöhen, die seine Beschlüsse auf die Ressourcen und die Unterstützung der Feldeinsätze haben, und *betont*, dass die Erfüllung der genannten Mandate zum Schutz von Zivilpersonen vor Ort sichergestellt werden muss;

21. *ist sich dessen bewusst*, dass die Schutzbedürfnisse von Zivilpersonen in Situationen bewaffneter Konflikte, insbesondere Frauen und Kindern, in der Frühphase der Mandatserarbeitung und während der gesamten Laufzeit der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen berücksichtigt werden müssen, und *unterstreicht* in dieser Hinsicht, wie wichtig das Zusammenwirken mit den betroffenen Ländern und die enge Abstimmung mit dem Sekretariat, den truppen- und polizeistellenden Ländern und den sonstigen maßgeblichen Akteuren sind;

22. *ist sich außerdem dessen bewusst*, dass umfassende operative Leitlinien über die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Friedenssicherungsmissionen bei der Durchführung der Mandate zum Schutz von Zivilpersonen benötigt werden, und *ersucht* den Generalsekretär, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten, einschließlich der truppen- und polizeistellenden Länder, und den anderen maßgeblichen Beteiligten ein Einsatzkonzept für den Schutz von Zivilpersonen zu erarbeiten und über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

23. *ersucht* den Generalsekretär, in Abstimmung mit den maßgeblichen Beteiligten sicherzustellen, dass Friedenssicherungsmissionen, deren Mandat den Schutz von Zivilpersonen umfasst, im Einklang mit den für ihren Einsatz maßgebenden strategischen Plänen missionsweite Planungen, einsatzvorbereitendes Training und Schulungen für hochrangige Führungskräfte über den Schutz von Zivilpersonen durchführen, und ersucht die truppen- und polizeistellenden Länder, dafür zu sorgen, dass ihr an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen teilnehmendes Personal eine geeignete Schulung erhält, um das Problembewusstsein und die Reaktionsfähigkeit im Hinblick auf Schutzfragen zu stärken, namentlich eine Schulung über HIV/Aids und die Nulltoleranz gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen;

24. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass alle einschlägigen Friedenssicherungsmissionen, die über ein Schutzmandat verfügen, in die Gesamtpläne zur Durchführung der Mission und in die Eventualpläne umfassende Schutzstrategien aufnehmen, die

Ausgewählte Dokumente

S/RES/1894 (2009)

Bewertungen der möglichen Bedrohungen sowie Optionen für die Reaktion auf Krisen und die Risikominderung enthalten und Prioritäten, Maßnahmen und klare Rollen und Verantwortlichkeiten festlegen, unter der Leitung und Koordinierung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, unter voller Einbeziehung aller maßgeblichen Beteiligten und in Abstimmung mit den Landesteams der Vereinten Nationen;

25. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass die Missionen der Vereinten Nationen die örtlichen Gemeinschaften angemessen über die Rolle der Mission informieren, und in dieser Hinsicht für die Koordinierung zwischen der jeweiligen Mission der Vereinten Nationen und den zuständigen humanitären Organisationen zu sorgen;

26. *nimmt Kenntnis* von den praktischen Maßnahmen, die die laufenden Friedenssicherungsmissionen und die Landesteams der Vereinten Nationen ergriffen haben, um den Schutz von Zivilpersonen vor Ort zu verstärken, und *ersucht* den Generalsekretär, in seinem nächsten Bericht an den Rat über den Schutz von Zivilpersonen bewährte Verfahren aufzunehmen;

27. *bekräftigt* seine Praxis, gegebenenfalls Kriterien zur Messung und Überprüfung der bei der Durchführung der Friedenssicherungsmandate erzielten Fortschritte zu verlangen, und *betont*, wie wichtig es ist, in diese Kriterien für die einschlägigen Missionen Fortschrittsindikatoren über den Schutz von Zivilpersonen aufzunehmen;

28. *betont*, dass es notwendig ist, zur Erleichterung der Durchführung von Schutzmandaten einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, indem Wirtschaftswachstum, gute Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung und der Schutz der Menschenrechte gefördert werden, *fordert* in dieser Hinsicht die Mitgliedstaaten *nachdrücklich* zur Zusammenarbeit *auf* und *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Hauptorgane der Vereinten Nationen einen kohärenten, umfassenden und koordinierten Ansatz verfolgen und im Rahmen ihres jeweiligen Mandats zusammenarbeiten;

29. *stellt fest*, dass die exzessive Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und deren destabilisierende Wirkung ein beträchtliches Hindernis für die Bereitstellung humanitärer Hilfe darstellen und Konflikte verschärfen und verlängern, das Leben von Zivilpersonen gefährden sowie die Sicherheit und das Vertrauen untergraben können, die für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität erforderlich sind, *fordert* die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien *auf*, alle praktisch möglichen Vorsorgemaßnahmen zu treffen, um die Zivilbevölkerung, namentlich Kinder, vor den Auswirkungen von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen zu schützen, und *legt* in dieser Hinsicht der internationalen Gemeinschaft *nahe*, die Anstrengungen der Länder zur Räumung von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen zu unterstützen und Hilfe bei der Betreuung und Rehabilitation sowie der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung der Opfer, einschließlich Menschen mit Behinderungen, zu gewähren;

30. *verweist erneut* auf die Bedeutung des Aide-mémoire über den Schutz von Zivilpersonen (S/PRST/2009/1) als eines praktischen Instruments, das eine Grundlage für die verbesserte Analyse und Diagnose wichtiger Schutzfragen insbesondere während der Beratungen über Friedenssicherungsmandate bildet, und *betont* die Notwendigkeit, die darin dargelegten Ansätze regelmäßiger und konsequenter anzuwenden, wobei die besonderen Umstände einer jeden Konfliktsituation zu berücksichtigen sind;

31. *erkennt an*, dass dem Generalsekretär eine wichtige Rolle dabei zukommt, den Sicherheitsrat, insbesondere durch thematische und landesspezifische Berichte und durch Unterrichtungen, rechtzeitig über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu informieren;

*Ausgewählte Dokumente***S/RES/1894 (2009)**

32. *ersucht* den Generalsekretär, in seine Berichte an den Rat über landesspezifische Situationen umfassendere und detailliertere Informationen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten aufzunehmen, namentlich über schutzrelevante Vorfälle und über die Maßnahmen, die die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien ergriffen haben, um ihre Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz der Zivilbevölkerung zu erfüllen, einschließlich spezifischer Informationen über die Schutzbedürfnisse von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Gruppen;

33. *ersucht* den Generalsekretär, Leitlinien für die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen zur Berichterstattung über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu erarbeiten, mit dem Ziel, die Berichterstattung zu straffen und die Überwachung der Durchführung der Schutzmandate der Friedenssicherungs- und anderen Missionen der Vereinten Nationen durch den Rat und seine Aufsicht darüber zu verbessern;

34. *betont*, wie wichtig Konsultationen und die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und den anderen zuständigen Organisationen, einschließlich der Regionalorganisationen, sind, um den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu verbessern;

35. *ersucht* den Generalsekretär, seinen nächsten Bericht über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten bis November 2010 vorzulegen;

36. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Ausgewählte Dokumente***II. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger
anlässlich der offenen Debatte über den Schutz von
Zivilisten, New York, Sicherheitsrat der Vereinten
Nationen, 11. November 2009 (nur Englisch)**

Mr. Secretary General,
Excellencies, Ladies and Gentlemen,

Ten years ago the Security Council took the unanimous decision to start addressing the protection of civilians in armed conflicts in a systematic manner. Today we are still facing tremendous challenges and civilians more than ever have to pay the price of war: they have to flee their homes, they become victims of violence, armed attacks and rape. In armed conflicts all over the world, United Nations peacekeeping missions and humanitarian organizations do their utmost to alleviate the suffering of civilians, including women and children. But more needs to be done to improve the protection of civilians on the ground.

This is why for Austria the protection of civilians is a key priority. This is why we took the initiative to present a draft resolution on protection of civilians on the occasion of the tenth anniversary. This draft resolution aims to address existing gaps in the protection work of the United Nations and lays out concrete measures to improve the protection of civilians on the ground. I would like to take this opportunity to thank all members of the Council for their constructive work over the last weeks. We also highly commend the Secretary General for his latest report on protection of civilians.

We – the international community – have to do better. We need to live up to our shared responsibility to effectively respond to situations where the safety and security of civilians is in danger. No conflict justifies breaches of international humanitarian law. No conflict justifies the refusal of access for humanitarian workers to civilians in need. No conflict justifies impunity for those who have committed serious crimes against civilians.

The Security Council has a key role to play. The Council has a broad range of tools at its disposal to ensure compliance by all parties with their obligations under international law to protect civilians, to facilitate access for humanitarian aid, and to ensure accountability for serious crimes against civilians.

The protection of civilians is today at the core of UN peacekeeping. Since 1999, the Council has started to mandate UN peacekeeping missions to protect civilians from attacks. The presence of UN peacekeepers generates global expectations, as well as local aspirations, to protect vulnerable communities. However, we still do not have a common understanding of what peacekeepers can and should do in the implementation of such protection mandates. We believe that an operational concept, mission-wide protection strategies and improved pre-deployment training on the protection of civilians will help to close this gap between Security Council mandates and their

Ausgewählte Dokumente

implementation. This will also contribute to ensure the credibility of UN peacekeeping missions. There is a need for clear and achievable mandates, based on accurate and reliable information and an assessment of threats to civilians as well as to peacekeepers on the ground.

Today's debate and the draft resolution before us provide an important opportunity to take stock of the progress made so far, and to send a clear signal of our commitment to the protection of civilians. I hope that the discussions will provide further guidance in fulfilling our obligation to better protect those in need.

Thank You!

III. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger bei der VN-Abrüstungskonferenz, Genf, 2. September 2009 (nur Englisch)

Mr. Secretary-General,
Excellencies, Ladies and Gentlemen,

Thank you for this opportunity to address the Conference on Disarmament today.

Austria assumed its Presidency at an important point in time. This year, the Conference finally adopted a Programme of Work after more than a decade of stalemate. This is a positive development, long overdue.

So I do not need to speak about deadlocks and missed opportunities of the past. Let me focus on recent positive developments in arms control and disarmament and their implications for our future.

The year 2009 has seen one paramount development: The goal of nuclear disarmament and the eventual total elimination of nuclear weapons was put back on the global agenda. I welcome the 5-Points-Plan for Disarmament proposed by UN Secretary General Ban Ki-moon which I had the opportunity to discuss with him a few days ago in Austria.

I also welcome the recent positive statements that have been made by US-President Obama in Prague and Cairo and by Russian President Medvedev. And only a few weeks ago, Chinese Foreign Minister Yang underlined China's goal of a nuclear weapons free world here in this very room.

Austria had promoted the vision of a world free of nuclear weapons throughout the Cold War, when only a few countries possessed nuclear capabilities. Since proliferation has introduced new threats from States and non-State actors, striving for this goal is now all the more necessary.

Our vision is now shared by the most important nuclear powers. But how far has this vision translated into concrete action? We can identify two developments:

Ausgewählte Dokumente

1. First, direct bilateral negotiations: We see a renewed readiness to engage in bilateral negotiations. The commitment by Presidents Obama and Medvedev to negotiate a new Strategic Arms Reduction Treaty by the end of this year is a good example.

2. Second, the global atmosphere in multilateral arms control negotiations has changed: Preparations for the 2010 NPT-Review Conference show a markedly better atmosphere. Initiatives by states and civil society all around the world such as the Security Council Summit on Nuclear Non-Proliferation and Disarmament on 24 September ensure global ownership and demonstrate a new readiness to engage in dialogue.

But let me be clear: positive declarations, good atmosphere and universal interest also need real implementation and compliance. The NPT can only fulfil its promise of peace if all states adhere to their obligations. Similarly, the Programme of Work of the Conference on Disarmament needs to be implemented to become a real achievement.

This brings me to my next point – our expectations for the future.

First, let me start with the Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty CTBT, a Treaty which originated in this Council Chamber. The deplorable nuclear test conducted by North Korea in May has made clear that the entry into force of the CTBT is overdue. As co-chair together with Costa Rica, Austria has been deeply involved in efforts to secure this goal over the past two years.

Let me thus use this opportunity to once again appeal to those States who have not yet done so to accede to the CTBT as soon as possible. I am encouraged by the recent commitment of President Obama to pursue U.S. ratification and China's comments in this regard. Let me also appeal to all states to show their support to the Treaty at the Article XIV Ministerial Conference in New York later this month. Please help ensure that your country participates.

Secondly, Austria believes that a comprehensive Fissile Material Cut-off Treaty (FMCT) – a treaty that still has to emerge from this Chamber – would significantly contribute to nuclear disarmament. Reliable techniques for monitoring and verification have been developed over the past years. The potential positive impact of such a Treaty has been confirmed many times. The IAEA is ready to make an important contribution. It now requires the political will of governments and the efforts of skilled negotiators to make it a reality.

It is my sincere hope that the new spirit in the Conference on Disarmament will soon enable it to proceed with actual work and start negotiations on an FMCT.

Finally, when we talk about expectations for the upcoming year, we must mention the NPT Review Conference which will take place next May in New York. The Preparatory Committee has shown a willingness to achieve a meaningful outcome this time (after the failure of the 2005-Conference).

Ausgewählte Dokumente

Today, we see a broad understanding that the dangers of nuclear technology need to be contained in a manner that creates trust and confidence among all states. The NPT-Conference will demonstrate whether we are capable of transforming this positive atmosphere into real progress.

Austria will present and support initiatives aimed at substantial progress in nuclear disarmament, non-proliferation, and a global system to effectively control the nuclear fuel cycle. This should help to avoid tensions such as the ones we currently witness in regard to Iran's nuclear program.

Mr. Secretary-General,
Excellencies,

Austria attaches great importance to arms control also in the area of conventional weapons such as landmines, cluster munitions and small arms and light weapons. Let me make three brief comments in this respect:

First, landmines: Austria's objective for the Second Review Conference of the Mine Ban Treaty to be held later this year in Cartagena, Columbia, is to work for a strong Cartagena Action Plan, which will serve as a clear guide to States and bring us closer to a world free of mines. One priority for us is to improve assistance to landmine survivors.

In this respect Austria sponsored – together with Norway and civil society partners – a project to examine the global impact of the Ottawa Treaty and what remains to be done to improve the situation of survivors. The report will be presented here today right after this meeting. Let me just use this opportunity to encourage all States who have not yet done so to accede to the Mine Ban Treaty. Time is ripe for the international community not only to review its stance on nuclear weapons but also to finally eradicate this terrible weapon.

Second, cluster munitions: I encourage States to ratify the Convention on Cluster Munitions. So far 17 States have ratified. It is our strong hope that the Convention will receive the necessary 30 ratifications to enter into force before the end of this year. To support this, Austria has engaged in a worldwide campaign and will support a Cluster Munitions Conference in Indonesia in November.

Third, small arms and light weapons are a major security threat in parts of the world. Former UN Secretary General Kofi Annan has once called them the "real weapons of mass destruction": Every year, hundreds of thousands of people are killed. The UN Programme of Action is a significant step forward. Austria supports its implementation on the ground, especially in Africa.

To stop illicit arms trade, Austria supports the conclusion of a legally binding international Arms Trade Treaty. As a producing and exporting country of small arms, Austria feels a special responsibility to engage in this process

Ausgewählte Dokumente

and will also host the concluding conference of the global EU-UNIDIR[1] Project in February 2010. We hope that this conference in Vienna will provide positive momentum and enable the conclusion of a treaty in the near future.

Mr. Secretary-General,
Excellencies,

One thing is clear: There is no lack of work in arms control and disarmament today and the international community is responding positively.

In order to succeed, I count on the new flexibility of the nuclear weapons states and the constructive contributions of all other states, but also on the commitment and expertise of civil society. Throughout the years, NGOs and private citizens have remained important motors of the disarmament and arms control process.

Austria has always underlined that disarmament and arms control must be an open, participatory process to succeed. Protecting the world from the harm caused by weapons is a global project and needs the active support from all of us.

In this respect, I would like to thank you, Mr. Secretary, for your tireless efforts, and this year's other Presidencies – Vietnam, Zimbabwe, Algeria, Argentina and Australia – for their excellent cooperation in the Conference on Disarmament. I wish you all the necessary energy for a good conclusion of this year's session and an early and effective resumption next year.

Thank you for your attention.

[1] UN Institute for Disarmament Research

IV. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger beim Donauforum, Linz, 29. Juni 2009

Vielen Dank lieber Herr Botschafter, sehr geschätzte Frau Kommissarin Danuta Hübner, lieber Gordan Jandroković als Außenminister von Kroatien, meine sehr geschätzten Damen und Herren Staatssekretäre und Vizeminister, lieber Herr Landeshauptmann Pühringer, meine Herren Präsidenten, lieber Erhard Busek, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Für mich ist es eine große Freude, heute bei diesem Donauforum in Oberösterreich zu sein, und ich möchte mich zu Beginn sehr herzlich bedanken bei Landeshauptmann Josef Pühringer. Er ist einer derjenigen, die Initiativen ergreifen, er ist ein Landeshauptmann, der mit seinem Land Oberösterreich ein wichtiger Partner für das Außenministerium ist. Wir sehen die Landesaußenpolitik von Oberösterreich nicht als Konkurrenz; sondern das ist eine Partnerschaft, die willkommen ist. Darum bedanke ich mich herzlich bei dir,

Ausgewählte Dokumente

Herr Landeshauptmann, auch für die Initiative des heutigen Nachmittags. Das ist eine gut gelebte Partnerschaft, die uns alle nach vorne bringen wird. Ich möchte heute diesen Tag zum Anlass nehmen, mich bei drei Fragen ein bisschen näher in das hineinzugeben, was für uns entscheidend ist.

Ich möchte als ersten Gedanken die Donau und das neue Europa ein wenig näher beleuchten. Zu Recht hat Landeshauptmann Pühringer darauf hingewiesen, dass mit dem Fall des Eisernen Vorhangs eine neue Welt angebrochen ist. Erst letzte Woche am Freitag haben wir an der ungarischen Grenze, Herr Botschafter, miteinander dieser Ereignisse gedacht. Und wer dort hört, wie die Zeitzeugen immer noch emotionalst davon berichten, wie sehr ihnen das nahe geht, wie stark die Gefühle sind, die es rund um diesen Fall des Eisernen Vorhangs gegeben hat, der kann erst ermessen, welche neuen Möglichkeiten sich danach entwickeln können. Darum ist für uns mit diesem Fall des Eisernen Vorhangs eine Zeit von ungeahnten Perspektiven angebrochen. Gerade – und das darf ich heute besonders betonen – für die Donaurainerstaaten. Diese verstärkte Zusammenarbeit der Bundesländer, der Regionen, der Staaten, die an der Donau liegen, und vor allem der Menschen hat eine unglaubliche wirtschaftliche Dynamik in sich. Und ich bin überzeugt davon, dass genau dieser Raum entlang der Donau einer der Schwerpunkte sein wird, wo besonders wirtschaftliche Entwicklung, wo besonders eine Zusammenarbeit, die wir heute ein bisschen formen wollen, uns allen gemeinsam dienlich sein kann.

Die Donau als Fluss ist zum Symbol des wiedervereinigten Europas geworden. Sie verbindet die alten Mitgliedsländer der Europäischen Union mit den neuen. Wir haben die Quellflüsse in der Europäischen Union, wir haben die Mündung der Donau in der Europäischen Union. Wir haben Länder, die in ihrem Einzugsbereich stehen, die ganz unterschiedliche Entwicklungen durchgemacht haben, die zum Teil heute in Europa zu Hause sind, die zum Teil noch ein Stück des Weges dorthin haben, die zum Teil in der Östlichen Partnerschaft dieser Europäischen Union beheimatet sind. Daher haben wir Mitgliedsländer, Kandidatenländer, potentielle Beitrittskandidaten, aber auch eben solche, die das wahrscheinlich nicht schaffen werden.

Ich glaube daher, dass die Nutzung der Donau eine große Möglichkeit darstellt, wie wir genau das miteinander verbinden: klassische europäische Politik, gemeinsam mit Perspektiven für Länder, die dorthin kommen wollen. Wir wollen, dass alle Länder entlang der Donau wirtschaftlich, politisch, kulturell, aber vor allem auch menschlich eng kooperieren, sich vernetzen und damit gemeinsam prosperieren können.

Mein zweiter Gedanke gilt der Donaauraum-Strategie. Ich habe bei meinem Amtsantritt genau diese Donaukooperation zu einem meiner Schwerpunkte erklärt, auch schon in der Perspektive, dass wir die Richtung Schwarzes Meer und Schwarzmeerregion als eine wichtige für die österreichische Außenpolitik in den Fokus nehmen. Wir haben gemeinsam mit Rumänien ein Projekt aus der Taufe gehoben, wir waren bei der Kommission, bei Kom-

Ausgewählte Dokumente

missarin Hübner in Brüssel, wir haben versucht, unsere Ideen einmal zu formen, und es ist uns gelungen, innerhalb weniger Monate, dass diese Ideen zu einer Initiative werden. Ich möchte mich daher ganz herzlich bei Frau Kommissarin Hübner bedanken, die das begleitet hat, die dem positiv aufgeschlossen gegenüber gestanden ist. Das ist nicht selbstverständlich, weil ich gesehen habe, dass nicht nur wir, sondern viele andere Regionen Europas einen starken Druck erzeugen, damit auch ihre gemeinsame Zusammenarbeit in den Rang einer Strategie erhoben wird.

Wir haben heute in der Europäischen Union eine starke Kooperation der Mittelmeeranrainerstaaten. Es gibt sogar eine Mittelmeerunion. Wir haben eine Ostseestrategie, wo die nordischen Länder der Europäischen Union versuchen, so ein bisschen als Pioniere eine Zusammenarbeit zu formen. Wir haben jetzt eine Östliche Partnerschaft, wo sechs Länder mit der Europäischen Union in eine neue Zukunft gehen, und da dachte ich mir: Wir als Mitteleuropa, die wir an der Donau liegen, wir müssen doch miteinander auch einen Schwerpunkt bilden, der von der Europäischen Union anerkannt wird. Ich freue mich sehr, dass wir das geschafft haben, dass der Europäische Rat bei seiner letzten Sitzung vor zwei Wochen die Kommission beauftragt hat, bis Ende 2010 eine Donaunraum-Strategie auszuarbeiten, so dass wir danach, wenn sie steht, auch in der ungarischen Präsidentschaft 2011 mit der Verwirklichung der Strategie beginnen können.

Diese inhaltliche Arbeit beginnt jetzt. Heute haben wir einen Startpunkt, heute können wir einmal ein wenig näher beschreiben, was diese Zusammenarbeit ausmachen soll. Ich darf ein paar Parameter und Eckpunkte skizzieren: Wir wollen diese Donaustrategie nicht monopolisieren. Es ist eine gemeinsame Strategie aller Länder, die an der Donau liegen. Daher haben zwar Rumänien und Österreich die Initiative ergriffen, aber alle Länder sind völlig gleichberechtigt. Die wichtigste Gestaltungsrolle kommt der Europäischen Kommission zu. Sie hat jetzt auszuarbeiten, aber wir werden ihr auch ganz konkret an die Hand gehen. Ich möchte als nächsten Schritt im Herbst ein informelles Treffen in Wien veranstalten, wo wir beteiligte Länder zusammenholen, damit wir miteinander diese Projekte schon ein wenig näher beschreiben.

Es macht sich bezahlt, wenn man in diese Vorarbeit nicht nur Staaten einbezieht, sondern den Regionen einen besonderen Stellenwert gibt. Darum bin ich froh, dass das eine Kooperation ist, wo die Donauländer in ihrer Arbeitsgemeinschaft schon am Vormittag eine wichtige Vorarbeit geleistet haben. Wir werden aber auch mit den Städten und Regionen versuchen, eine diesbezügliche Partnerschaft aufzustellen, und wir werden auch verschiedenste Teile der Zivilgesellschaft einladen, mit uns zusammenzuarbeiten. Die zentralen Themen liegen natürlich auf der Hand. Wer über eine Donaustrategie spricht, muss den Fluss Donau im Zentrum seiner Überlegungen haben. Darum ist die Frage der Schifffahrt und des Transports ein wesentlicher Teil. Darum werden wir in der Frage Kulturgüter, die entlang der Donau liegen,

Ausgewählte Dokumente

eine besondere Zusammenarbeit finden. Umweltschutz ist uns ein wichtiges Anliegen, aber natürlich auch Themen wie etwa jetzt aktuell der Hochwasserschutz werden uns beschäftigen.

Es muss das Rad nicht neu erfunden werden; wir werden auf dem aufbauen, was die ARGE Donauländer bereits dankenswerter Weise erarbeitet hat, und besonders die Arbeitsgemeinschaft der Donauländer in unsere Überlegungen voll mit ein beziehen. Oft muss man nur Fäden zusammenführen und nicht versuchen, überhaupt völlig neue Entwicklungen zu skizzieren. Darum glaube ich, dass wir auf den reichen Erfahrungsschatz auch von Persönlichkeiten zugreifen können, wie etwa Erhard Busek, der mit seinem Donauinstitut viele Vorarbeiten geleistet hat, aber auch durch seine reichhaltige berufliche Erfahrung, gerade was den Westbalkan anlangt, ein wertvoller Partner sein kann.

Ich komme zum Dritten, zu den Zukunftspotentialen. Die Donau verbindet mehr Länder als jeder andere Fluss in Europa. György Dalos hat sie einmal den „Vielvölkerfluss“ genannt. Sie ist, und das will ich damit ausdrücken, auch ein emotionaler Bezugspunkt. Seit jeher war sie eine Inspirationsquelle für Künstler und Schriftsteller aus den verschiedenen Ländern. Und in der Debatte um das Stärken einer europäischen Identität sollten wir nicht übersehen, wie wichtig emotionale Bindungen sind. Ich habe die ARGE Donauländer erwähnt. Sie ist eine Arbeitsgemeinschaft mit 38 Mitgliedern aus zehn verschiedenen Donauanrainerstaaten, die seit dem Jahr 1990 besteht und die einen besonderen Schwerpunkt auf Kultur gelegt hat, was für unsere Arbeit eine wertvolle Ergänzung und Grundlage darstellt. Die Donau ist aber als verbindendes Element nicht das Ende, sondern der Ausgangspunkt für Frieden, Stabilität, Wohlstand in Europa, damit wir diesen auch morgen sichern können.

Der oberösterreichische Vorsitz weist in seinem Arbeitsprogramm dieser ARGE Donauländer für 2009 ebenfalls auf diese Dimension hin. Was wir in der Richtung und Perspektive sehen müssen, ist vor allem die wirtschaftliche Entwicklung. Diese Länder entlang der Donau können die Brücke darstellen zur Schwarzmeerregion, die nach den Wirtschaftswissenschaftlern nach China und Indien der Raum sein wird, der am stärksten nach einer Krise wachsen wird. Darum brauchen wir jetzt schon alle Grundlagen, damit wir in dieser Schwarzmeerregion auch erfolgreich sein können. Wir brauchen Verbindungen dorthin und wir müssen sie uns gemeinsam erarbeiten, gerade die Donauländer, weil sie den Weg geradezu vom Ursprung bis zur Mündung der Donau in diesen Raum legen.

Unser Ziel als Österreich ist es, die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, menschlichen Beziehungen, die wir zur Schwarzmeerregion bereits haben, zu vertiefen und das Potential dieser Zukunftsregion voll zu nützen. Darum werden wir gerade die Krisenzeiten auch dazu nützen, eine aktive Nachbarschaftspolitik für diese Länder zu betreiben.

Ausgewählte Dokumente

Wir müssen bereits jetzt an die Zeit nach der Krise denken und gut aufgestellt sein, wenn die Indikatoren wieder nach oben weisen. Darum wird es auch nächste Woche, gleich am nächsten Montag, mit allen Botschaftern und Handelsdelegierten aus der Region, mit allen österreichischen Unternehmen, die interessiert sind an dieser Region, eine Konferenz in Wien geben, wie wir die nächsten Schritte setzen.

Ich fasse daher aus meiner Sicht zusammen: Wir wollen diesen Weg der Stärkung des Donauraums mit verschiedenen Initiativen in Richtung Zukunft beschreiten. Wir wollen die Staaten im Donauraum stärken. Wir wollen sie stärker aneinander binden. Wir wollen die vorhandenen großen, teilweise noch unausgeschöpften Zukunftspotentiale und Synergien nützen, in kultureller, politischer, wirtschaftlicher, aber vor allem auch in menschlicher Hinsicht. Denn, und damit darf ich schließen, meine Damen und Herren, die Donau schafft die Verbindung zwischen den Menschen und ihren Ländern und sie eröffnet uns ein völlig neues Gestaltungsfeld in einer europäischen Politik. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**V. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger
beim Symposium “Identity and Participation:
Cross Cultural and Muslim Youth in Europe”, Wien,
29. Juni 2009 (nur Englisch)**

Lieber Hans Winkler!
Dear President Jorge Sampaio,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen!

I welcome you to this initiative of the Austrian Ministry for European and International Affairs in co-operation with the Alliance of Civilizations.

The Alliance of Civilizations – under the able guidance of High Representative Jorge Sampaio – has a major task in promoting dialogue on the global level. From the outset, Austria has been an active partner in this endeavour. And this April in Istanbul, I have announced Austria’s offer to host the Fifth Annual Forum of the Alliance of Civilizations in 2012.

Last December, together with the League of Arab States, I hosted the international conference “Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue” with expert sessions and a ministerial round table in the Hofburg in Vienna. A topic of the conference, which met with particular interest, was “Promoting Intercultural Dialogue and Youth Participation in Politics and Civil Society”.

Consequently, we decided to put the focus of today’s symposium on how to contribute to the successful participation of young people with cross-cultu-

Ausgewählte Dokumente

ral and Muslim background in Europe and on how to further the process of integration.

The focus is on Europe, because – with all its diversity and pluralism – Europe is still facing insufficiencies regarding effective intercultural competences on all levels. A recent report by the Vienna based European Agency for Fundamental Rights states a high level of xenophobia as well as negative views on Islam and Muslims in Europe.

There is need for commitment and there is need for action.

1. First and foremost there is the need for an adjusted narrative in Europe.

Immigration in the 20th century has led to a great variety of beliefs and of quite diverse Muslim communities in Europe. In 1950, about 800.000 Muslims lived in Europe. Today, the figure ranges between 15 and 20 million, representing 3% to 7% of the population of European countries.

The presence of Islam in Europe, however, is not a recent phenomenon. Islam dates back to the eighth century and has since been an autochthonous religion on our continent. But still today, people – including politicians and populists contorting facts – are operating with stereotypes and clichés, thus nurturing tension, exclusion and confrontation in our societies.

There is a need to re-think and appreciate our rich national histories and to raise awareness in our societies for the long-standing presence of Islam in Europe. This important endeavour does in no way imply giving up our identities. And fighting stereotypes and discrimination does not imply to ignore differences.

Our major intent is to foster trust. Trust is the precondition for an open and – wherever and whenever necessary – critical dialogue, which addresses cultural traditions, religious attitudes and interpretations, which might not be in line with or even be opposed to common European values.

2. Strong democracies build on active participation and ownership.

European integration has a solid foundation in the “Enlightenment” with its key elements: reason, the separation of state and religion, individual and political rights and freedoms, self-determination of the individual and equal rights for men and women.

A great challenge for current European integration is to sustain pluralism while re-enforcing unity through democratic participation.

In the interest of a democratic and in all aspects well-functioning Europe we must jointly address the complexities of identity issues in our increasingly multiethnic and multicultural societies. Only the collective management of diversity in legal, political and social terms can lead to ownership in a democratic society and to a “citizenship of the heart”.

Surveys prove that in the light of today’s overall economic and social challenges, the great majority of Muslims in Europe does not seek anything diffe-

Ausgewählte Dokumente

rent from citizens with other beliefs. Our co-citizens want to make a decent living, to raise their children and to secure their future in accordance with our legal and democratic systems.

However, for successful societies and a successful Europe we need even more than that. We need active participation by all our citizens. We need the joint commitment to build a European identity all European citizens can identify with on the basis of our common principles enshrined in the European Charta for Fundamental Rights.

Much too often, the quest for spiritual and religious identity among young people with migrant or Muslim background meets with a harsh reality, in particular with the lack of education and jobs. The lack of perspectives meets with feelings of exclusion. There is a real danger that young people are misled and that identity and religion are turned into 'radical alternatives' to constructive democratic participation in our societies.

Our aim is to foster a strong, inclusive European identity on the basis of our common values. Our engagement in this regard builds on the manifold concepts and initiatives that already exist. I am sure that this symposium will contribute to the visibility of these endeavours and to a productive exchange on good practices to the benefit of all of us.

3. There is continued need for dialogue.

Cardinal Franz König, who was one of the great personalities of ecumenical and inter-religious dialogue, stated in 1997: "On the way to Europe, the question for the common spiritual heritage of the past arises as a task for the future ... It is about a positive force that evolves from a 'real' ecumenism".

This statement holds also true for the dialogue between Christians and Muslims. There is a strong expectation of people that religions contribute to mutual understanding, to preserving a peaceful society, to conflict resolution and to peace building. We need these positive forces for the future of Europe.

Strategies for dialogue, intercultural competences and participation have to include religions. At the same time, they need to go far beyond addressing differences in religion. I am, in particular, thinking of the common challenges young people are facing, including the visions they have regarding their future in Europe.

Austria, where the legal recognition of Islam goes back to the year 1912, disposes of a sustainable framework for dialogue and tools, which are of great relevance for integration. Just a few important examples:

- With the support of my ministry, the first and the second Conference of European Imams took place in 2003 in Graz and in 2006 in Vienna. The third Conference of European Imams is envisaged to take place in December in Linz, European Cultural Capital 2009.
- We have religious education in Islam in Austrian public schools;

Ausgewählte Dokumente

- A study programme entitled “Islamic religious education” to train teachers of Islam for public schools in Austria at the University of Vienna.
- The Vienna International Christian Islamic Summer University.
- In autumn 2009, university study programmes on “Muslims in Europe” and “Muslim Community Studies” will start with the support of my ministry.

Austria is actively involved in promoting dialogue in the framework of the European Union and international organisations like the United Nations and the OSCE.

Vienna has a long and valued tradition for dialogue in Europe, even during the tragic period of the Cold War division of our continent, which the peoples of Europe overcame peacefully 20 years ago. I have the strong intent to build on this tradition and to even strengthen this commitment and engagement of Austria as a hub for dialogue and peace.

In the context of Austria’s current membership in the United Nations Security Council we intend to make use of the potential of dialogue to enhance international peace and security. We thus suggest an informal meeting in 2010 on the topic “The Dialogue of Cultures and the Preservation of International Peace and Security”.

Integration is a continuous process and all parts of society need to get sensitized. In this regard, I hope that today’s symposium will contribute to dismantle stereotypes and the dichotomy between Islam and the West.

With this symposium we also wish to send a strong signal of encouragement to our young co-citizens with cross cultural and Muslim background to use their talents and potential, to follow role models and to join the forces of commitment and participation to their own benefit and to the benefit of our European societies.

I hope that we can follow-up today’s initiative together with the Alliance of Civilizations in other countries and regions of the world, because identity, participation, religious and cultural pluralism and youth are issues of major global concern.

I wish the symposium every success.

*Ausgewählte Dokumente***VI. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger
beim Europakongress des Bundesministeriums für
europäische und internationale Angelegenheiten
„1989–2009. Geteilt – Geeint.
Aufbruch in ein neues Europa“
Wien, 28. Mai 2009**

Sehr geschätzter Herr Bundespräsident!
Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung!
Lieber Außenminister Peter Balazs aus Ungarn!
Liebe internationale Gäste aus der Nachbarschaft!
Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass ich heute die große Ehre habe, gemeinsam mit dem Herrn Bundespräsidenten den Europakongress „1989 – 2009. Geteilt – Geeint. Aufbruch in ein neues Europa“ in der Wiener Hofburg zu eröffnen. Wir erinnern uns an die Zeit vor 20 Jahren, in der dieser Kontinent zutiefst getrennt war. Es waren 5000 km im getrennten Europa, des Stacheldrahts, der Zonen, über die man nicht so einfach hinweggekommen ist. Mehr als 700 km der österreichischen Grenze waren an dieser toten Grenze gelegen. Es war in Wahrheit ein ideologischer Graben, der sich quer durch dieses Europa zog. Kontakte zwischen den Völkern, zwischen den Menschen, zwischen den Staaten waren auf Formelles beschränkt. Es gab kaum regionalen, grenzüberschreitenden Handlungsspielraum. Betriebe und Menschen wanderten entlang dieser toten Grenze ab. Hoffnungslosigkeit und Perspektivenlosigkeit war präsent.

Ich habe es erlebt als kleiner Bediensteter der Bezirkshauptmannschaft in Gmünd in Niederösterreich, meinem Heimatbundesland. Dort habe ich als Jurist meine Dienste versehen und so die Grenzsituation hautnah miterlebt. Man hörte fast jede Nacht die Schüsse an der Grenze oder man sah wie Leuchtraketen abgeschossen wurden. Einmal erlebte ich einen Unfall direkt an der Grenze: Ein Auto ist in den Straßengraben gefahren, ein Österreicher schwer verletzt im Auto liegengeblieben. Wir sind mit dem Rettungsauto auf der Straße gestanden. Fünf Meter vor uns lag der Verletzte. Es war aber trotzdem nicht möglich, ihn zu bergen, denn die Soldaten der anderen Seite standen da und haben ihn verhaftet und drei Tage wegen möglicher Spionage verhört. Es war die Realität an der Grenze und solche Geschichten erlebte die Bevölkerung regelmäßig an der Grenze.

Es gab aber auch etwas anderes in dieser Zeit. Und das soll uns allen Mut machen. Es gab Hoffnung durch menschliche Zivilcourage. Berlin 1953, Ungarn 1956, Prag 1968. Es waren Menschen, die damals mit größter Tapferkeit gegen die kommunistische Zwangsherrschaft gekämpft haben, sie abgelehnt und bekämpft haben. Diese Menschen haben in ihren Herzen den Zukunftsglauben getragen, dass es einmal anders werden wird und Verände-

Ausgewählte Dokumente

rungen möglich sind. Die unglaubliche Überzeugung dieser Menschen war wahrscheinlich auch der Antrieb dafür, dass es 1989 in dieser Art und Weise zum Umbruch, zu dieser Veränderung, zu dieser neuen Aufbruchstimmung gekommen ist. Einige dieser bemerkenswerten Persönlichkeiten werden uns heute ihr persönliches Erleben schildern, wie Polens Wladislaw Bartoszewski gleich im Anschluss an die Eröffnung in einer für uns alle bedeutenden Keynote-Rede. Diese Persönlichkeiten werden mit uns diskutieren, und gemeinsam mit unseren Nachbarn werden wir versuchen, aus den Lehren der Vergangenheit die Zukunft miteinander auch durch unsere Redebeiträge zu gestalten.

1989 war – um mit den Worten von George Steiner zu sprechen – der Triumph des Unerwarteten, der Europa grundlegend verändert hat. Die Grenzen, die so viele Jahrzehnte als unüberwindbar galten, wurden über Nacht geöffnet. Fesseln sind abgefallen. Das kommunistische Regime war Geschichte. Ich glaube, man kann auch sagen, es war ein Triumph der Freiheit. Die Bilder, die wir auch im Vorspann gesehen haben, zeigen, wie die Menschen und wie auch wir alle von diesen Ereignissen bewegt waren. Der Vergleich der europäischen Wirklichkeit vor 1989 und jener von heute könnte eigentlich drastischer nicht sein. Wir haben heute in weiten Teilen unseres Kontinents die Reisefreiheit, keine Grenzabfertigung mehr, keine Warteschlangen. Wir können mit allen erdenklichen Transportmitteln, frei quer durch unseren Kontinent reisen. Die Bahnreisen in unseren Nachbarländern, wenn sie entsprechend ausgebaut sind, boomen. Wir sehen, dass das Fahrrad heute viele Grenzregionen wieder neu erschlossen hat, gerade entlang der Donau oder entlang der Moldau boomt diese Form des Reisens. Hätte man dagegen vor 1989 versucht, etwa in Oberösterreich in Freistadt über die Grenze zu kommen, wäre dies wahrscheinlich ein hoffnungsloses Unterfangen gewesen.

Offene Grenzen gehören heute in Mitteleuropa zum Selbstverständnis unserer europäischen Zusammenarbeit. Die Wachtürme und Stacheldrähte gehören der Vergangenheit an. Es gibt so manche Mahnmale, die uns daran erinnern. Aber auch dieses Friedensprojekt Europa erscheint heute vielen Menschen in Österreich als etwas, das der weiten Vergangenheit angehört. Vergangene Entwicklungen werden als selbstverständlich hingenommen. Ich selbst bin überzeugt, dass dieses Friedensprojekt als etwas Tragendes und Einigendes zwischen den Völkern Europas Bestand haben wird und zukunfts-trächtig ist. Denn wenn auch heute die Erinnerungen an die Ereignisse von 1989 verblassen, da es von vielen nicht selbst erlebt wurde, bleibt es doch ein ganz unglaubliches Ereignis, das im kollektiven Gedächtnis verankert bleibt und das auch Identität stiftend für dieses neue Europa wirkt.

Wir haben in unserem Regierungsprogramm festgehalten:

„2009 – 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wird die Bundesregierung initiativ besonders der Jugend das Epochenjahr 1989 und das Ende der Teilung Europas nahe bringen.“ Warum gerade den jungen Menschen? Die Ereignisse von 1989 haben in ihrer Gesamtheit das Bild Europas nachhaltig

Ausgewählte Dokumente

geprägt und zum positiven verändert, die Lebensumstände genau dieser jungen Menschen von heute völlig umgekrempelt und auf eine ganz andere Basis gestellt.

Diese Tatsache ist jenen natürlich nicht bewusst, die selbst mit dem Eisernen Vorhang nichts mehr anfangen können. Daher muss es Auftrag an die Politik in Österreich sein, dies den jungen Menschen – und ich bin froh, dass heute viele hier im Publikum sind – gegenwärtig zu machen; gegenwärtig zu machen, welche Vorzüge diese Entwicklungen brachten: Etablierung der Demokratie in Europa, welche Stärken sich damit verbanden, welche Möglichkeiten sich eröffneten. Wir müssen dieses Potential weiter erfolgreich nützen und damit auch gestaltend in vielfältiger Art und Weise die Zukunft formen. Wir wollen mit Filmen, Veranstaltungen – wie auch diesem Europakongress – bewusst machen, welchen ungeheuren Wert die damaligen Entwicklungen für unser heutiges Leben darstellen.

Wir werden in den kommenden zwei Tagen viele verschiedene Facetten der damaligen Umbrüche diskutieren, die diese Überwindung der Trennung und die große Bedeutung des geeinten Europas in ein wirklich verdientes Licht stellen. Wir werden die Überzeugungen, die Ideen und Leistungen, die zur Überwindung des Kalten Krieges beigetragen haben, für unser heutiges Europa hervorheben. Wir wollen aber vor allem zeigen, wie sich für die Menschen in Europa und für die europäische Politik in praktisch allen Aspekten die Voraussetzungen, der Handlungsspielraum und vor allem die Perspektiven grundlegend zum Vorteil von allen geändert haben. Ich möchte Ihnen mit dieser Veranstaltung einen nachhaltigen Anstoß geben, das Wissen um die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft mit besonderem Engagement zu gestalten. Ich möchte mich damit auch besonders an die jungen Menschen wenden, die heute bei uns sind und dieser Veranstaltung folgen.

Diese neuen Perspektiven für sie, für die gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Kontinents machen einen Traum wahr. Einen Traum, dass dieses Mitteleuropa, in dem wir alle leben, auch eine neue Dimension gewinnt.

Es klingt paradox: Die Länder der Europäischen Union haben dank des Einigungsprozesses und der damit verbundenen demokratischen Entwicklungen seit über sechs Jahrzehnten keinen Krieg gesehen; und auch die gegenwärtige Krise zeigt uns, dass wir hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Situation im geeinten Europa wesentlich stärker sind, als alleine. Und trotzdem ist gerade auch in der heutigen Zeit die Skepsis gegenüber der Europäischen Union groß.

Ich habe mir selbst ein Bild davon gemacht. Ich war in den Bundesländern im Rahmen einer Zuhörtour unterwegs, um dieser Skepsis auf den Grund zu gehen, und um selbst Erfahrungen zu gewinnen, wo sie denn zu Hause ist. Ich habe besonders zwei Fragen gehört, auf die es nicht leicht ist, eine Antwort zu geben. Die eine Frage war immer wieder: Was ist denn heute der große Sinn dieser Europäischen Union? Und die andere Frage war: Kön-

Ausgewählte Dokumente

nen wir uns denn als Österreicher, als kleines Land in der großen EU, überhaupt durchsetzen? Können wir etwas bewegen und gestalten in diesem Europa?

Ich glaube, dass man ganz realistisch sein muss. Natürlich gibt es 27 Mitgliedsländer in der Europäischen Union und diese Mitgliedsländer haben auch eine breite Palette von Interessen. Es ist anders, im Norden Europas zu leben oder ein Mittelmeeranrainerstaat zu sein. Wir haben gerade jetzt erlebt, dass für die nordischen Länder eine neue Strategie entwickelt wurde. Die baltische See rückt in den Mittelpunkt. Die baltischen Länder gemeinsam mit den nördlichen Mitgliedsländern der Europäischen Union haben sich hier innerhalb Europas für ein Zukunftsprojekt zusammengeschlossen. Wir haben vor wenigen Wochen eine östliche Partnerschaft aus der Taufe gehoben, wo sechs Länder besonders in den Fokus genommen werden, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind.

Die Antwort auf die Frage, was ist der Sinn dieser Union heute, nachdem der Eiserne Vorhang vor 20 Jahren gefallen ist, kann nur sein, dass wir miteinander ein starkes Europa nach Außen darstellen. Und dass wir auch immer wieder unsere Bevölkerung davon überzeugen, dass wir gemeinsam als 27 gerade in der jetzigen Situation einen ganz anderen Stellenwert in der Welt haben, als alleine. Immer, wenn es darum geht, in Wettbewerb zu treten, europäische Interessen in der Welt zu verteidigen, wenn es darum geht, unser europäisches Lebensmodell, unsere europäischen Werte im Vergleich zu anderen zum Vorschein zu bringen. Diese Stärke nach Außen kann auch der Mut sein, für diese europäische Idee in einem heutigen Umfeld Akzente für morgen zu setzen.

Zur Frage, wie man sich durchsetzen kann und was man bewegen kann, komme ich zurück auf die Beispiele, die ich schon eben kurz angesprochen habe. Ich glaube, dass in Mitteleuropa, dass in diesen Ländern, die auch heute hier vertreten sind, die Zuversicht und Überzeugung herrschen muss, dass uns etwas verbindet im Rahmen einer größeren Union, das enger ist als das gemeinsame Band Europas. Wir sind durch unsere gemeinsame Geschichte als Nachbarn von einander geprägt, wir haben eben noch unausgeschöpfte Möglichkeiten miteinander, die andere nicht haben, und darum sollten wir diese Möglichkeiten auch nutzen. Wir haben gemeinsam mit dem rumänischen Kollegen Cristian Diaconescu eine Donauinitiative aus der Taufe gehoben. Unsere Nachbarn sind mit eingebunden. Sie haben uns alle versichert, diese Initiative voll und ganz zu unterstützen. Wir haben als Donauanrainer sehr viele Möglichkeiten miteinander, Zukunftsprojekte zu entwickeln und umzusetzen, das kann eine Antwort darauf sein, wie wir dieses Mitteleuropa auch für die Zukunft mitentwickeln wollen. Als ein engeres Band im Rahmen einer großen Union. Das ist eine Möglichkeit, wie wir in der Zukunft auch einen Schwerpunkt Mitteleuropa in dieser Europäischen Union verankern wollen.

Ausgewählte Dokumente

Ich möchte an dieser Stelle besonders unseren Freunden der Regionalen Partnerschaft danken. Wir haben uns erst vor Kurzem in Laibach getroffen unter slowenischem Vorsitz und wir haben miteinander beraten, wie wir diese Partnerschaft noch enger gestalten können. Enger im Sinne, dass wir dieses Mitteleuropa auch verstärkt zur Geltung bringen wollen. Enger im Sinne, dass wir uns bei konkreten Anliegen in Europa abstimmen, wenn es etwa um den Westbalkan geht – weil das unser gemeinsames Interesse ist, und enger auch im Sinne, dass wir unsere Kontakte entsprechend verstärken.

Wir werden uns daher zukünftig auch miteinander auf Botschaftebene in Brüssel treffen. Wir werden auch als Minister vor entscheidenden Räten zusammentreten, wenn besonders gemeinsame Interessen, wie etwa der Westbalkan gefragt sind. Ich möchte mich daher bei den Kollegen aus der Nachbarschaft herzlich bedanken, dass sie dieses Projekt mit neuem Leben erfüllen, dass sie diesem Mitteleuropa für die Zukunft auch eine große Chance geben. Das ist aus meiner Sicht eine wichtige Lehre aus den Bildern, die wir gesehen haben – dass es ein stärkeres engeres zukünftiges Band in diesem Europa gibt.

Ich freue mich sehr, dass Sie heute alle hier sind, dass sie uns Gedankenanstöße mitgeben, dass wir in den Diskussionen auch bei einem Round Table versuchen werden, diese Perspektive mit konkreten Projekten zu füllen. Ich bin mir sicher, dass wir aus diesem Konnex zwischen Vergangenheit, zwischen dem Erleben von den großen Zeitzeugen wie Wladislaw Bartoszewski, Jiri Dienstbier, die uns beide sehr vieles mitgeben werden aus der Vergangenheit, von Karel Schwarzenberg, der den Festvortrag heute am Abend halten wird, gepaart mit den Gedanken für das Morgen, gute Schlussfolgerungen finden werden.

Ich freue mich sehr, dass mit diesem Projekt auch an die Zukunft gedacht wird, dass wir das Jahr 1989 zum Anlass nehmen, die große Zukunft Europas, Mitteleuropas und Österreichs in eine gute Richtung zu lenken. Vielen herzlichen Dank für Ihre Teilnahme.

VII. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger zum Abschluss der „EU-Zuhörtour“, Wien, 6. Mai 2009

Sehr geschätzte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie alle zum Abschluss der EU-Zuhörtour gekommen sind. Ich freue mich ganz besonders, dass ein so bedeutender Außenminister wie Alois Mock heute in unserer Mitte ist. Lieber Alois, ich darf dich ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich auch, dass der Herr Bundesminister außer Dienst, Doktor Willibald Pahr, bei uns ist, genauso wie der Landes-

Ausgewählte Dokumente

hauptmann außer Dienst, Siegfried Ludwig. Viele meiner Freunde, die ich in meiner politischen Laufbahn kennen- und schätzen gelernt habe, sind heute hier. Und alle sind da, um mit mir heute auch ein bisschen Resümee zu ziehen. Viele von ihnen habe ich getroffen im Zuge meiner EU-Zuhörtour, viele haben mich dabei unterstützt.

Was war der Sinn und Zweck meiner Zuhörtour durch Österreich? Ich habe mir vorgenommen, diese EU-Skepsis, von der alle reden, persönlich kennenzulernen; Eindrücke zu sammeln, die unmittelbar von Bürgern ausgehen und nicht nur von sogenannten Repräsentanten. Das hat mich durch die Bundesländer geführt. Sie haben es im Film gesehen, wie viele verschiedene Eindrücke man gewinnt, wenn man auf Märkten, auf der Straße, in Kaffeehäusern oder Kasernen unterwegs ist, wenn man in Universitäten oder in Schulen mit den Menschen spricht. Je nach Altersgruppe, je nach Bevölkerungsgruppe, je nach Bundesland gewinnt man ganz verschiedene Eindrücke. Das hat sich für mich gelohnt. Wir haben auf diese Art und Weise, glaube ich, an die hundert Veranstaltungen gemacht und sehr viele Bürger getroffen. Wir haben ausgerechnet, dass an die 500.000 Österreicherinnen und Österreicher zumindest eine Botschaft bekommen haben, nämlich die, dass auch ein Bundesminister für europäische Angelegenheiten da ist, um zuzuhören. Darum hat sich das für mich gelohnt und war für mich eine wichtige Erfahrung.

Ich darf Ihnen heute einige Antworten präsentieren auf der Grundlage dessen, was ich auf der Tour nicht nur gehört, sondern auch verinnerlicht habe. Ich habe bei dieser Zuhör-Tour erfahren, dass das EU-Bild der Bürger nicht schwarz-weiß ist, sondern sehr bunt und unterschiedlich. Ich habe gleich am Beginn der Tour nach den ersten paar Terminen gemerkt: Ein Grund für die Skepsis liegt darin, dass viele Österreicherinnen und Österreicher den großen Sinn der Integration nicht mehr sehen. Das ist eine sehr ernste Aussage. Denn wenn man den Gesamtsinn einer Union von 27 Mitgliedern nicht erkennt, dann fällt es einem auch schwer, in Detailfragen einen Sinn zu erkennen.

Da ist vieles passiert seit den Tagen von Alois Mock. Er war damals unterwegs, die Österreicherinnen und Österreicher vor einer Volksabstimmung zu überzeugen und hat dabei immer unterstrichen: Europa ist ein Friedensprojekt. Ich bin zutiefst überzeugt: Das gilt damals wie heute. Es ist nur ein wenig aus den Schlagzeilen geraten. Es ist nicht mehr im Fokus der Bürger. Man sieht heute nicht das Friedensprojekt im Vordergrund, es ist für uns selbstverständlich geworden. Viele junge Menschen haben den Eisernen Vorhang nicht erlebt, sie haben nur davon gehört. Wer selbst kein Bild davon hat, wie Wachtürme an der Grenze standen und der Stacheldraht, wie Menschen verfolgt wurden, der fängt schwer etwas mit dem Friedenskonzept an. Ich glaube daher, der große Sinn der Union muss von uns neu definiert werden. Das ist eine meiner Schlussfolgerungen, die ich aus dieser Zuhör-Tour ziehe.

Ausgewählte Dokumente

Ein zweites Argument, das ich immer wieder gehört habe, war: Wir Österreicher sind doch eigentlich ohnmächtig. Was können wir schon bewirken? Wir haben 18 Abgeordnete im Europäischen Parlament, nach der nächsten Wahl nur noch 17. Insgesamt gibt es mehr als 700. Was wollen denn die paar Österreicher in Brüssel erreichen? Wo haben wir denn Chancen, uns im Rat durchzusetzen? Auch das ist ein bedeutendes Argument, auf das man eingehen muss. Darauf gibt es keine einfache Antwort. Als wir uns überlegt haben, wie man denn als österreichischer Bürger erkennt, wo tatsächlich österreichische Interessen mit Vehemenz vertreten werden, zeigt sich: So einfach ist das gar nicht. Denn es gibt zwar eine Fülle von Information und im Internet können wir EU-Beschlüsse lesen und bis ins Detail sehen, was entschieden wurde. Aber es ist nicht leicht nachzulesen und visuell nachzuverfolgen, wo denn die österreichische Initiative war, was die österreichische Position war. Das ist eine Schlussfolgerung aus der Tour, auf die ich noch später kurz eingehen möchte.

Was ich noch gesehen habe, ist, dass es eine Fülle von ganz unterschiedlichen regionalen Anliegen gibt. In Tirol, in der Markthalle in Innsbruck, haben mir Damen, die gerade einkaufen waren, das Problem mit den Marokkanern geschildert. Die Angst, dass Marokkaner in Innsbruck die Parks unsicher machen, Straftaten begehen und anschließend nicht abgeschoben werden können, ist spürbar. Ich habe in Oberösterreich an der Grenze im Bezirk Schärding gehört, dass es mit der Dienstleistungsfreiheit doch nicht so weit her ist. Unternehmer beklagen sich, dass sie zwar über die Grenze hinweg als Tischler oder Installateur arbeiten können, aber dass das mit einem gewaltigen bürokratischen Aufwand verbunden ist. In Niederösterreich, in meiner Heimat, machen sich Menschen besonders wegen der Wirtschaftskrise Sorgen und fragen: Wo ist die europäische Initiative? Was wird getan von der EU? Wo ist die Kommission aktiv, wo das Parlament und wo der Rat?

Auch da gilt es, Informationen stärker zu verbreiten. Denn geschehen ist eine Menge, aber kaum jemand weiß es. Und da bin ich schon beim wesentlichen Punkt. Es liegt an der Information und am Transformationsprozess, der nicht funktioniert. Dabei bin ich mir über Eines ganz gewiss: Das ist auch durch eine Werbekampagne nicht zu erreichen. Europa ist eben kein Produkt wie ein Waschmittel, das man verkaufen kann. Da steckt viel mehr dahinter. Gott sei Dank! Aber dadurch wird es auch schwieriger, es lebensnah zu vermitteln. Wir haben daher auch keine Werbekampagne als Antwort auf diese vielen Fragen vorgesehen. Wir haben uns nicht vorgenommen, jetzt mit Radio- und Fernsehspots die Österreicher zu überzeugen, dass diese Skepsis nicht berechtigt ist. Denn die Zuhörtour hat gezeigt, dass die Bürger in einer anderen Form mit Europa zu tun haben wollen.

Das ist die zentrale Schlussfolgerung aus der Zuhör-Tour. Ich habe mir vorgenommen, dazu am 9. Mai beim Sonderministerrat der Bundesregierung mehrere Vorschläge und Initiativen vorzulegen. Das Wichtigste ist vor allem das Reden über Europa. Während der Zuhör-Tour habe ich erlebt, dass genau

Ausgewählte Dokumente

dort der große Mangel liegt. Wir reden oft aneinander vorbei. Manche reden über Details der Pestizidverordnung, andere können hingegen mit Europa als solches nichts anfangen. So kann ein Dialog nicht funktionieren. Ich kann aber auch schlecht fordern, dass jeder Bürger den Vertrag von Lissabon auswendig lernt. Das wäre ein völlig falscher Ansatz. Und auch die Hochglanzbroschüre wird uns dabei nicht helfen. Was wir brauchen, ist der Prozess des Dialoges, des Redens.

Dazu möchte ich drei Ebenen vorschlagen.

Institutionalisierung: Dieser Dialog muss institutionalisiert werden. Nicht die Informationsbroschüre, sondern der Weg, mit dem Bürger in Kontakt zu treten. Wie kann das geschehen? Wir haben ein paar hervorragende Einrichtungen, die mehr in die Breite gehen müssen. Ich möchte die Idee der Europaforenne beleben. Wir haben solche Einrichtungen in manchen Bundesländern bereits etabliert, in anderen fehlen sie uns. Sie könnten eine wichtige Drehscheibe werden, auf der man sich mit der Zukunft Europas institutionell auseinandersetzt.

Ich glaube, dass wir darüber hinaus auf die Frage der Information, die so schwer vermittelbar ist, mit modernen Kommunikationsmitteln reagieren müssen. Jeder Bundesminister, der in Brüssel zum Rat fährt, hat Entscheidungen zu treffen. Er ist es, der österreichische Initiativen einbringt, der als zuständiger Ressortleiter am ehesten weiß, was auch gelingen kann und letztlich in seinem Abstimmungsverhalten auch für das eine oder gegen das andere stimmt. Wer weiß in Österreich darüber? Viel zu wenige. Mit modernen Kommunikationsmittel, mit Videos etwa, könnte eher durchdringen, was auch die breite Öffentlichkeit interessiert: Was hat Österreich erreicht, was nicht? Wie hat Österreich abgestimmt? Diese Informationen brauchen wir auf einer neuen Plattform, wo sie leicht nachvollziehbar ist für diejenigen, die sich dafür interessieren. Ich möchte auch, dass nicht nur der Europaminister, sondern die Bundesregierung insgesamt durch die Bundesländer tourt und sich zu den Bürgern unmittelbar auf die Reise begibt. Ich habe viele positive Erlebnisse allein durch das Präsentsein gehabt. Und das kann uns doch allen in der Bundesregierung nur guttun.

Regionalisierung: Zweitens muss der Dialog regionalisiert werden. Neben der Bundesregierung und der Ebene der Europaforen brauchen wir den regionalen Dialog. Wie kann das gehen? Wir haben neun Landtage in Österreich, die alle einen Europa-Ausschuss haben. Ich habe mit einigen dieser Europa-Abgeordneten – wenn ich sie als solche bezeichnen darf – die in den Landtagen tätig sind, geredet und ein durchaus positives Echo erhalten. Wir können diese Europaausschüsse der Landtage zu einer Plattform, zu einer Drehscheibe machen. Ich möchte gerne alle diese Landtagsabgeordneten mit den Landtagspräsidenten einladen, einmal in sechs Monaten mit mir einen Dialog zu führen, um das auch herunterzubrechen, was gerade in Brüssel, was gerade auf europäischer Ebene Interessantes für die Länder passiert. Wenn wir bei dieser Gelegenheit zusammenkommen, können wir von der anderen

Ausgewählte Dokumente

Seite auch erfahren, was denn die Bürger da und dort denken. Denn die Landtagsabgeordneten sind viel näher an der Bevölkerung dran, näher als ein Nationalrat, näher als ein Bundesminister. Das kann ein fruchtbringender Dialog werden.

Ich habe auch mit den Gemeinden ein sehr intensives Gespräch geführt, mit dem Gemeindebund, der gegenüber der Idee, in den Gemeinden eine Initiative zu starten, sehr aufgeschlossen ist. Wir haben heute in den Gemeinderäten einen Umweltgemeinderat, einen Jugendgemeinderat, und, und, und. Warum haben wir keinen Europa-Gemeinderat? Auch das wäre eine Ebene, wo sich jemand aus dem Team des Gemeinderats spezieller mit Europa auseinandersetzt. Vielleicht gelingt uns da etwas. Wir haben jetzt einmal erreicht, dass uns die Gemeinden auch in deren Zeitschriften und auf ihren Plattformen einen Raum für europäische Fragen einräumen. Dafür bin ich sehr dankbar. Denn ich weiß, dass gerade die Bürgermeister und die Gemeinderäte die erste Ansprechstelle für die Bürger sind. Ein Bürgermeister wird keine Spezialfragen zur Pestizidverordnung beantworten müssen. Es genügt, wenn er weiß, an wen er sich wenden kann, wohin er ein Anliegen weitertragen kann, wo er eine Gelegenheit hat, etwas zu bewegen. Und das wird auch für die Bürger eine gute Antwort sein.

Konkretisierung: Wir brauchen auch einen dritten Bereich. Neben der Institutionalisierung und Regionalisierung, geht es auch darum, diesen Dialog zu konkretisieren. Oft geht es um ganz spezielle Themen, ganz regionale Anliegen. Wenn ich ein Anliegen habe, ist es wesentlich zu wissen, dass sich jemand darum kümmert, wenn ich es bei einer Stelle anbringe. Ich erwarte mir oft als Bürger gar nicht, dass mein Problem eins zu eins gelöst wird. Das wäre Illusion. In Europa, wo es 500 Millionen Bürger gibt, kann es nicht sein, dass alles gelingt und alles umgesetzt wird. Aber wenn man den Dialog konkretisiert und bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen genau das anspricht, was ihnen wichtig ist – und glauben Sie mir, da habe ich in Schulen was ganz anderes erlebt als etwa bei Seniorenveranstaltungen – dann werden wir die EU auch besser vermitteln können. Auch dazu haben wir einige Vorschläge gemacht, wie wir uns das vorstellen können. Auch das werde ich dem Ministerrat präsentieren.

Ich glaube, dass diese Ebenen – Institutionalisierung des Dialogs, Regionalisierung des Dialogs und Konkretisierung des Dialogs – einen Rahmen schaffen, der gut ist und uns nach vorne bringen kann. Dieser Dialog ist ein Prozess. Ich habe aus meiner Zuhörtour gelernt, dass wir diesen Prozess starten müssen und dabei nicht nachlassen dürfen. Wir dürfen auch eines nicht tun: Die EU-Skepsis darf nicht zum Mythos erhoben werden. Sie ist kein Mythos. Sie ist ein Sammelsurium aus verschiedenen kleinen Elementen, die sich gesamt zu einem negativen Bild aufschaukeln. Aber dem kann man begegnen. Man kann Antworten geben, man kann durch Initiativen etwas Neues bewirken.

Ausgewählte Dokumente

Um in diesen Prozess einzusteigen, bedarf es großer Unterstützung. Darum bin ich froh, dass Sie heute alle hier sind. Ich sehe hier Schüler von meiner Schule in der Keimgasse in Mödling, die sich interessieren. Ich begrüße sie alle herzlich. Ich sehe viele Abgeordnete, die heute hier sind und sich in den Dienst der Sache stellen werden. Viele Freunde, viele Mitarbeiter unseres Ministeriums, die tagtäglich dafür arbeiten. Ich bin überzeugt davon: Wenn wir alle nur ein bisschen dazu beitragen, können wir das Europabild wieder dorthin bringen, wo es eigentlich hingehört. Denn zum Abschluss möchte ich auch das positiv erwähnen: Viele Bürger haben mir bei dieser Zuhörtour – Sie haben es in dem Film am Beginn sehen können – gesagt: Ich bin sehr zufrieden, wie es in Österreich läuft. Das gilt besonders für die, die herkommen, die die Welt sehen und wissen, was sie an Österreich haben. Wir sind ein tolles Land mit tollen Bürger, die sehr initiativ sind. Wir dürfen uns keine Skepsis einreden lassen und verstärken, die eigentlich in der Summe eine Bedrohung darstellt; eine Bedrohung, dass wir abkommen von diesem Weg in Richtung Europa, der uns bisher so viel Positives gebracht hat.

Ich möchte mit diesem Katalog an Vorschlägen, die ich am Samstag beim Sonderministerrat einbringen werde, einen Dialog-Prozess zu Europa in Gang zu bringen. Ich freue mich, dass Sie heute alle da sind, und bin davon überzeugt, dass Sie mich tatkräftig unterstützen werden.

Vielen herzlichen Dank!

Anhang

I. Länderinformationen

Anmerkung: Die Schengenvertretungen sind im Internet auf der BMeiA Homepage unter <http://www.bmeia.gv.at/ausssenministerium/buergerservice/pass-und-visum/schengen-visainformationen.html> abrufbar.

Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Hamid Karzai

Außenminister
Rangin Dadfar Spanta

ÖB: siehe Pakistan; **AHSt:** siehe Iran

Besuche aus Österreich: Bei der Vereidigungszeremonie von Präsident Karzai für eine zweite Amtsperiode war Österreich durch den in Afghanistan mitakkreditierten Österreichischen Botschafter in Islamabad vertreten (19. November).

Am 24. und 25. Juni veranstaltete das BMeiA gemeinsam mit der RAND-Corporation und dem Danish Defence College in Wien eine Konferenz zum Thema „Nation Building and the Futures of Afghanistan“, an der internationale Afghanistan-Experten teilnahmen.

Österreich beteiligte sich weiterhin an ISAF. Drei österreichische Offiziere waren beim Stab von ISAF in Kabul eingesetzt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 180.000 Euro erbracht.

Zwischen dem Kunsthistorischen Museum in Wien und dem Kabul Museum bestehen wissenschaftliche Kontakte.

Die österreichischen Exporte betragen 7,608 Millionen Euro (+36,6%), die Importe 29.000 Euro (-34,0%).

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt
Mohamed Hosni Mubarak

Regierungschef
Ahmed Nazif

Außenminister
Ahmed Aboul Gheit

Kairo – **ÖB, KF, AHSt, ÖAI**; Alexandria – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an der Gaza-Wiederaufbaukonferenz, bilaterales Treffen mit Außenminister Ahmed Aboul Gheit (Sharm El Sheikh, 2. März). Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Präsentation Wiens als Kandidat für den Sitz der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energie (Sharm El Sheikh, 28. und 29. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 66.000 Euro erbracht.

Die GewinnerInnen des Bundesschulwettbewerbs "Österreich entdeckt Ägypten", SchülerInnen des BRG Gleisdorf, der Hauptschule Werfen, des BRG Leoben Neu sowie der Polytechnischen Schule Gmunden hielten sich im Juni auf Einladung des ägyptischen Fremdenverkehrsamts eine Woche in Ägypten auf und wurden von Tourismusminister Zaher Garanah empfangen.

Länderinformationen

Auf Vermittlung des Kulturforums trat der Dirigent und Pianist Daniel Barenboim erstmals in Ägypten auf. Mit „Poetry Jam“, einer gemeinsamen literarischen Jam-Session österreichischer, schweizerischer, deutscher und ägyptischer Slam-Poeten, schuf das KF in Kooperation mit der Schweizerischen Botschaft und dem Goethe Institut ein Projekt, das einen für ein breites Publikum wahrnehmbaren Dialog der Kulturen über die Sprachgrenzen hinweg schuf.

Die beiden Webseiten www.acfc.cc und www.austro-arab.net, die über das Kulturforum und den Dialog Österreichs mit der arabischen Welt informieren, zählten zusammen erstmals über 10.000 Besucher.

Ägypten zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs im Nahen Osten. Die AHSt organisierte eine Wirtschaftsmission unter Leitung des Vizepräsidenten der WKÖ, Richard Schenz, in Kairo vom 16.–19. März, an der 13 österreichischen Firmen teilgenommen haben.

Die österreichischen Exporte betragen 207,471 Millionen Euro (+0,1%), die Importe 59,182 Millionen Euro (-14,4%).

Albanien (Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bamir Topi	Sali Berisha	Ilir Meta
	(seit 16. September)	

Tirana – **ÖB, Verbindungsbeamtin des BMI, AHSt** mit Sitz in Laibach, **Koordinationsbüro der OEZA; Shkodra – HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Arbeitsbesuch, Treffen mit Präsident Bamir Topi, Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli, Ministerpräsident Sali Berisha, Außenminister Ilir Meta und Reformminister Genc Pollo (8. Oktober).

Österreichische ExpertInnen waren im Auftrag der EU und internationaler Organisationen am Aufbau moderner Strukturen im Zoll- und Polizeiwesen sowie im Justizbereich tätig. Unter Federführung des BMJ und des Center for Legal Competence wurde das mit IPA-Mitteln der Europäischen Kommission geförderte Projekt „Europäische Unterstützungsmission“ für das albanische Justizsystem fortgeführt. Weiterhin waren drei Beamte des BMI und ein Beamter des BMF im Rahmen der „Police Assistance Mission of the European Community to Albania“ tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro erbracht.

Die Bildungsbeauftragte des BMUKK, die auch Agenden von KulturKontakt Austria in Albanien wahrnimmt, setzte ihre Tätigkeit fort. Im Rahmen dieser Bildungsk Kooperation werden vom „k-education office Tirana“ Projekte im Bereich der Berufsbildung, Gendermainstreaming an Schulen und Deutsch als Fremdsprache durchgeführt. In der Berufsbildung werden aktuell die albanischen Wirtschaftsschulen durch ein von der ADA finanziertes Projekt unterstützt, um Qualität und Arbeitsmarktrelevanz der Ausbildung zu steigern und zu sichern. An der 2006 gegründeten Österreichischen Schule für Informationstechnologie „Peter Mahringer“ in Shkodra sind neben sechs albanischen auch dreizehn österreichische Lehrkräfte beschäftigt.

Zwischen den Universitäten Graz und Klagenfurt sowie der Universität von Shkodra bestehen längerfristige Kooperationsabkommen. Am Germanistikinstitut in Shkodra unterrichteten österreichische LektorInnen, für die die an der Universität bestehende Österreich-Bibliothek eine große Hilfe darstellt. Ein weiteres Kooperationsrahmenabkommen besteht auch mit der Universität Wien.

Im Frühjahr gastierte das Haydn-Trio-Eisenstadt in Tirana und eröffnete damit eine vielschichtige und ausgefüllte Kultursaison. Neben einer Vielzahl an kleineren Kulturveranstaltungen, an denen österreichische KünstlerInnen mitwirkten, standen drei Projekte im Vordergrund: Die Tirana Kunstbiennale unter Beteiligung von 60 internationalen KünstlerInnen, davon vier aus

Anhang

Österreich, das Internationale Menschenrechtsfilmfestival mit einem österreichischen Filmbeitrag und die Erstszenierung eines Theaterstückes von Thomas Bernhard in albanischer Sprache durch den bekannten Regisseur Christian Papke.

Im Norden des Landes sowie in Mittelalbanien wurden Nachkommen von AltösterreicherInnen betreut, die während der langjährigen Diktatur bis Anfang der 90er Jahre besonders benachteiligt gewesen waren. Diesem Personenkreis wurde im Rahmen von in Shkodra und in Tirana veranstalteten Weihnachtsfeiern finanzielle Unterstützung gewährt.

Mehrere in Tirana abgehaltene bi- und multilaterale Veranstaltungen wurden von österreichischen Wirtschaftstreibenden zur Intensivierung der Handelskontakte genutzt.

Die österreichischen Exporte betragen 56,282 Millionen Euro (+0,2%), die Importe 50,883 Millionen Euro (+496,6%).

Algerien

(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Ahmed Ouyahia	Mourad Medelci

Algier – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Besuch einer österreichischen Delegation im Rahmen der sechsten Tagung der österreichisch-algerischen Eisenbahnkooperationskommission (16. und 17. Juni).

Vorschläge für ein Katastrophenhilfsabkommen liegen vor. Ein Abkommen über die Aufhebung der Visapflicht für InhaberInnen von Diplomatenpässen steht vor dem Abschluss.

Eine Delegation des BMUKK nahm an der deutsch-österreichisch-schweizerischen Deutschlehrertagung teil (23. und 24. März). Helmut Gollner gab Österreichkunde-Seminare an den Universitäten Algier, Oran, Sidi Bel Abbes und Bechar (19. Oktober bis 17. November). Ein DaF-Assistent unterrichtete im Wintersemester 2008/9 österreichische Literatur und Landeskunde an der Universität Oran.

Im Rahmen des EU-Kulturfestivals gastierte das Trio Grazioso (Josef Mostetschnig, Lukas Mostetschnig, Dimitrij Manelis) in Algier (21. Mai). Das Trio Vienne-Florence (Erich Binder, Michael, Stüve, Roger Löw) nahm am 1. Internationalen Festival für Symphonische Musik in Algier teil (13. Dezember).

An der Fachmesse „SIPSA – Viehzucht- und Veterinärmesse“ (12.–15. Mai) war Österreich mit einem eigenen Stand vertreten. Eine Marktsondierungsreise nach Algier wurde zum Schwerpunkt Eisenbahn organisiert (18. und 19. November). Im Rahmen der jährlichen österreichischen Wirtschaftsdelegation (17.–19. Oktober) waren zahlreiche österreichische Unternehmen in Algier präsent.

Die österreichischen Exporte betragen 155,258 Millionen Euro (-10,3%), die Importe 44,087 Millionen Euro (-92,8%).

Andorra

(Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kofürsten:	Jaume Bartumeu Cassany	Xavier Espot Miró

Nicolas Sarkozy
(französischer Staatspräsident)

Joan Enric Vives i Sicília
(Bischof von Seu d'Urgell)

Länderinformationen

ÖB, AHSt: siehe Spanien

Besuche in Österreich: Außenminister Xavier Espot Miró, Unterzeichnung des Abkommens über den Informationsaustausch in Steuerfragen (17. September).

Die österreichischen Exporte betragen 2,495 Millionen Euro (-57,1%), die Importe 36.000 Euro (-69%).

**Angola
(Republik Angola), Luanda**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Antonio Paulo Kassoma	Assunção Afonso dos Anjos

ÖB, AHSt: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 25,005 Millionen Euro (+26,7%), die Importe 98.000 Euro (-54,0%).

**Antigua und Barbuda
(Antigua und Barbuda), St. John's**

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Winston Baldwin Spencer

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Dame Louise Lake-Tack

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Die Ausbildung von Tourismusfachkräften in Österreich wurde durch die ADA unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 164.000 Euro (-56,8%), die Importe 21.000 Euro (-86,7%).

**Äquatorialguinea
(Republik Äquatorialguinea), Malabo**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodoro Obiang Nguema	Ignacio Milam Tang	Pastor Micha Ondo Bile

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 1,897 Millionen Euro (+72,5%), die Importe 1.000 Euro (-58,8%).

**Argentinien
(Argentinische Republik), Buenos Aires**

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenminister
Cristina Fernández de Kirchner	Jorge Taiana

Buenos Aires – **ÖB, AHSt;** Córdoba, Posadas (derzeit geschlossen), San Carlos de Bariloche – **HK**

Besuche aus Österreich: Besuch einer FPÖ Parlamentarierdelegation unter Leitung des Dritten Präsidenten des Nationalrates, Martin Graf, Gespräche mit argentinischer Unternehmervereinigung, argentinisch-österreichischer Handelskammer, Universitäts- und Firmenbesuche (1.–3. Juli).

Anhang

Unter anderem fanden folgende Kulturveranstaltungen statt: Videoinstallation von Lisa Truttman; Dreharbeiten zum österreichischen Film „Talleres; Werkstatt“ (Februar); Liederquartett des Mozarteums Salzburg beim Internationalen Festival Ushuaia bzw. Benefizkonzert in Buenos Aires (April bzw. Mai); österreichischer Film „März“ im Wettbewerbsprogramm des alternativen Kinofestivals BAFICI; Buchspende und österreichische Teilnahme am Jura Soyfer Kongress; Filmvorführung „Working Man’s Death“ im Rahmen der EU-Filmwoche (Buenos Aires und Cordoba, Juni); Konzerte des Kärntner Slowenen Chors Suha Oktett und Mitgliedern des Collegium Musicum Wien im Museo de Arte Decorativo bzw. in San Fernando; Haydn Trio Eisenstadt im Mozarteum Argentino; Pianist Gottlieb Wallisch bei Chopiniade Argentina (September); Wanderausstellung Joseph Haydn mit Haydn-Konzert des Orquesta Austral; Konzert des Corus sin nomine (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 81,932 Millionen Euro (-29,3%), die Importe 108,140 Millionen Euro (-23,9%).

Armenien

(Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt
Serzh Sargsyan

Regierungschef
Tigran Sargsyan

Außenminister
Edward Nalbandian

Wien – **ÖB**; Jerewan – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Treffen von Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Edward Nalbandian am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York (26. September).

Besuche aus Österreich: Delegation des BMVIT unter der Leitung von Sektionschef Peter Franzmayr, bilaterale Konsultationen und Unterzeichnung eines Abkommens über den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr (29. und 30. Juni).

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Harutyun Kushkayan, Höflichkeitsbesuch bei Bundesminister Alois Stöger, Europäischer Radiologiekongresses (10. März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 3.500 Euro erbracht.

Durch ein österreichisches Stipendium absolvierte eine armenische Teilnehmerin den Speziallehrgang des Trainingsprogramms für Internationale zivile Friedenssicherung und Friedensaufbau des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung. Beim dreiwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatinInnen aus Südkaukasien und Zentralasien an der Diplomatischen Akademie Wien (DA) waren vier TeilnehmerInnen aus Armenien vertreten (2.–27. November).

Im April wurden Vorträge zur österreichischen Landeskunde für DeutschlehrerInnen an drei Schulen in verschiedenen Provinzstädten Armeniens geboten, die vom BMeiA finanziert worden sind.

Das Armenisch-Österreichische Musikfestival “Wien grüßt Jerewan” im Komitas Kammermusikhaus fand von 27. Oktober bis 1. November statt.

Die österreichischen Exporte betragen 52,201 Millionen Euro (-54,5%), die Importe 1,443 Millionen Euro (-80,8%).

Aserbaidshchan

(Republik Aserbaidshchan), Baku

Staatsoberhaupt
Ilham Aliyev

Regierungschef
Artur Rasizade

Außenminister
Elmar Mammadyarov

Länderinformationen

Wien – **ÖB**; Baku – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten.

Treffen von Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Elmar Mammadyarov beim informellen OSZE Außenminister-Treffen auf Korfu am 27. und 28. Juni, beim OSZE-Ministerrat in Athen am 1. und 2. Dezember sowie am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York im September.

Die österreichische Botschaft Baku nahm am 23. November ihren Betrieb auf.

Das BMUKK unterzeichnete im Oktober ein Memorandum of Understanding mit dem Kulturministerium.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 22.000 Euro erbracht.

Beim dreiwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatinInnen aus Südkasien und Zentralasien an der DA waren drei TeilnehmerInnen aus Aserbaidschan vertreten (2.–27. November).

Die österreichischen Exporte betragen 41,985 Millionen Euro (-26,4%), die Importe 37,301 Millionen Euro (k.A.).

Äthiopien

(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Wolde Giorgis	Meles Zenawi	Seyoum Mesfin

Addis Abeba – **ÖB, StV AU; Koordinationsbüro der OEZA; Außenstelle der AHSt Kairo (AHSt: siehe Ägypten)**

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer, 120. Tagung der Inter-Parlamentarischen Union, Gespräche mit Jean Ping, Vorsitzender der Kommission der AU und der AU-Kommissarin für Soziales, Bience Gawanas (5.–9. April); Bundesminister Michael Spindelegger, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Gespräche mit Sufian Ahmed, Minister für Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung, Erastus M. Mwencha, Vizevorsitzender der AU-Kommission, AU-Kommissar Ramtame Lamamra (AU-Kommissar für Frieden und Sicherheit), AU-Kommissarin Elham Mahmoud Ahmed Ibrahim (Infrastruktur und Energie), sowie Tekeda Alemu, Staatsminister im äthiopischen Außenministerium, (14.–16. Juli); Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller, Eröffnung der „Gende Sheno Higher Primary School“ („Menschen für Menschen“) (30. Oktober bis 3. November); Botschafter Thomas Mayr-Harting anlässlich der gemeinsamen Sitzung UNSR und AU-PSC (16. Mai); Generalmajor Johann Pucher, Gespräche mit Generalmajor William B. Garrett III, US Army, Tekeda Alemu (s.o.) und Ramtame Lamamra (s.o.), Vortrag am Ethiopian Defense Command and Staff College, (15.–19. Oktober).

Besuche in Österreich: Tekeda Alemu, Staatsminister im Außenministerium, Gespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (19. Jänner); General Tesfaye Gidey, Commander of Defence Health Science College und Colonel Biruk Zewdie, Gespräche für Kooperationen mit der Medizinischen Universität Wien über Einladung von Rektor Wolfgang Schütz (16.–21. November); AU-Kommissar für Wirtschaft Maxwell M. Mkwzalamba, Vortrag vor Bruno Kreisky Forum for International Dialogue über „African Integration and Development Beyond the Crisis“ (26. März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5,5 Millionen Euro erbracht.

Am 19. Februar fand in Addis Abeba eine Informationsveranstaltung des BMWF, OeAD, FFG, Universität Wien und Universität für Bodenkultur über „Ethiopian-Austrian Cooperation in Higher Education and Research“ statt, an der Unterrichtsminister Demeke Mekonnen und Wissenschaftsminister Junedin Saddo teilnahmen. Am 20. Februar fand ein „Partnering Day“ an der Universität Axum statt, bei dem Möglichkeiten einer Kooperation mit dieser 2006 gegründeten

Anhang

Universität erörtert wurden. Das Department für Anthropologie (Dekan Horst Seidler) setzte im Februar seine Grabungen bei Gedamyto fort; dabei wurden u.a. drei Hominiden-Zähne und ein ca. 3,4 bis 4 Millionen Jahre alter Mittelfußknochen entdeckt. Am 22. und 23. April fand eine Alumni Konferenz des Nord-Süd-Dialog Stipendienprogramms in Bahir Dar statt, an der auch die Präsidentin der Bahir Dar Universität, Yeshimebrat Masresha, sowie der Vizepräsident der Bahir Dar Universität, Mulugeta Kibret, beide selber ehemalige österreichische Doktoratsstudenten, teilnahmen. Die Konferenz wurde gemeinsam durch den OeAD, die OEZA und die Bahir Dar Universität organisiert und befasste sich mit Fragen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, der Kapazitätsbildung in der Region Amhara, sowie dem Aufbau einer Alumni Gesellschaft. Gerald Hainzl (BMLVS/LVAK) hielt sich vom 3.–9. Mai im Rahmen des Forschungsnetzwerkes mit afrikanischen Forschungseinrichtungen in Addis Abeba auf. Franz Wimmer (Universität Wien) war vom 14.–23. Oktober zu interkulturellen Studien in Äthiopien und hielt in der Addis Abeba Universität vor rund 140 Studenten eine Vorlesung über „Perspectives of Cultural Identity in a Global World.“ Im Rahmen der „Austrian Embassy Addis Abeba Occasional Papers“ erschien als Band 1/2009 „Von Kaisern und Konsuln II“ von Rudolf Agstner; derselbe veröffentlichte das Buch „One Week in Ethiopia, forever with God – Guidebook to the Foreigners’ Cemeteries in Addis Ababa, Ethiopia“, welches am 15. November am Ausländerfriedhof von Addis Abeba präsentiert wurde.

Die WKÖ beteiligte sich mit einer sechs Firmen repräsentierenden Katalogausstellung an der 13. Internationalen Handelsmesse der Handelskammer Addis Abeba (26. Februar bis 4. März).

Die österreichischen Exporte betragen 9,539 Millionen Euro (-41,4%), die Importe 2,708 Millionen Euro (-22,0%).

Australien (Australien/Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Kevin Rudd	Stephen Smith

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Quentin Bryce

Canberra – **ÖB**; Sydney – **HGK, AHSt, ÖW**; Brisbane, Melbourne – **HGK**; Adelaide, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Im Mittelpunkt der kulturellen Aktivitäten stand eine Reihe von Veranstaltungen anlässlich des Haydn-Jahres, z.B. das Konzert des Haydn Trio Eisentadt (Canberra, 5. Oktober), Aufführungen der „Schöpfung“ im Opernhaus in Sydney durch die Sydney Symphoniker unter Martin Haselböck (vom 9.–12. Dezember). Die Haydn-Dokumentationsausstellung wurde in Brisbane, Canberra und Sydney gezeigt.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Holocaust Museums in Melbourne fand ein Konzert mit dem Oberkantor der IKG Wien, Shmuel Barzilai, statt (4. Februar), der auch in Sydney in der Central Synagogue (am 6. und 7. Februar) aufgetreten ist. Die österreichischen Gedenkdienere, deren Arbeit sowohl im Holocaust Museum, als auch im jüdischen Museum in Melbourne sehr geschätzt wurde, haben wesentlich bei der Organisation des Jubiläumskonzerts mitgeholfen.

Im Rahmen des „European Union Film Festivals 2009“ (7. Februar bis 1. März) wurde der Film „Klimt“ von Raoul Ruiz aufgeführt, der sowohl in Sydney, als auch in Canberra und Brisbane sehr hohe Besucherzahlen verzeichnete.

Die Seminarreihe zum Pazifik wurde mit dem Symposium „Europe and the Pacific: Changed Perceptions and New Strategies“ an der Research School of Pacific and Asian Studies der Australian National University in Canberra (20. Februar) fortgesetzt. An der diesjährigen Veranstaltung haben Universitätsprofessor Ingfried Schütz-Müller und Universitätsprofessor Hermann Mückler als Hauptredner teilgenommen. Am 3. Juni erhielt Professor Josef Penninger, Wissenschaftlicher

Länderinformationen

Direktor des Instituts für Molekular- und Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die höchste Auszeichnung der ASMR (Australian Society for Medical Research). Zum Gedenken an den Fall des Eisernen Vorhanges fand ein Symposium in Zusammenarbeit mit dem National Europe Center der Australian National University mit hochrangigen Vertretern der australischen Politik und Journalisten statt (16. November). Österreich war durch den ORF-Korrespondenten Ernst Gelegs vertreten.

Die Ausstellung „Egyptian Treasures“ wurde vom 13. September bis 6. Dezember am Australian Museum in Sydney gezeigt. Aus diesem Anlass hat Professor Wilfried Seipel Vorträge im Museum (29. September bis 1. Oktober) gehalten.

Die Österreich Werbung Sydney veranstaltete in Sydney die „Austrian Culinary Week“ (24. April bis 2. Mai). Auch fand ein Empfang im Rahmen des „Royal Randwick Autumn Carneval“, dem größten Pferderennen Sydneys und zugleich eine der bedeutendsten gesellschaftlichen Veranstaltungen des Bundesstaates New South Wales, bereits zum zweiten Mal im Zeichen Österreichs statt.

Österreichs Ausfuhren bestanden zu etwa 90% aus Produkten mit hoher Wertschöpfung: Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge 55%, bearbeitete Waren 18%, sonstige Fertigwaren 11%, chemische Erzeugnisse 12%. Besonders gut hielten sich die österreichischen Ausfuhren von pharmazeutischen Produkten. Starke Rückgänge waren bei den Exporten von Energy Drinks und Straßenfahrzeugen zu verzeichnen. Gute Exportaussichten bestehen insbesondere in den Bereichen Maschinen und Anlagen, Bergbau, alternative Energien, Wasseraufbereitung und Abwasserbehandlung, Umweltschutztechnologie, IT, Sicherheit (Zivilschutz, Militär), (Halb-) Fertigwaren, Biotechnologie, Arzneimittel und Veterinärprodukte sowie aufgrund der hohen Kaufkraft zunehmend auch im Konsumgüterbereich.

Den größten Anteil an den österreichischen Einfuhren hatte die Warengruppe „Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge“.

Die österreichischen Exporte betragen 599,816 Millionen Euro (-20,0%), die Importe 52,258 Millionen Euro (-30,8%).

Bahamas (Commonwealth of The Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Hubert A. Ingraham	Theodore Brent Symonette

vertreten durch:
Generalgouverneur
Arthur Dion Hanna

ÖB: siehe Vereinigte Staaten; **AHSt:** siehe Vereinigte Staaten (AHSt New York); Nassau – **HK**
Die österreichischen Exporte betragen 8,381 Millionen Euro (-45,7%), die Importe 1,017 Millionen Euro (-16,0%).

Bahrain (Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Sheikh Hamad Bin Isa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Khalid Bin Ahmed Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Finanzminister Sheikh Ahmed bin Mohammed Al Khalifa bei Staatssekretär Andreas Schieder, Unterzeichnung des Abkommens der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Bahrain auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und

Anhang

vom Vermögen samt Protokoll (Doppelbesteuerungsabkommen) mit dem Königreich Bahrain (2. Juli)

Die österreichischen Exporte betragen 21,542 Millionen Euro (-48,7%), die Importe 3,276 Millionen Euro (+38,5%).

Bangladesch (Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenministerin
Mohammad Zillur Rahman	Sheik Hasina Wajed	Dipu Moni

ÖB, AHSt: siehe Indien; Dhaka – **HK, Marketingbüro**

Zu den wichtigsten österreichischen Exporten gehören Stromaggregate (86%). Bangladesch ist für österreichische Unternehmen vor allem als Beschaffungsmarkt im Textilbereich von Bedeutung. Mehr als 90% der österreichischen Importe entfallen auf Bekleidungsartikel. Seit Dezember besteht ein Marketingbüro in Dhaka, das mit einem Mitarbeiter besetzt ist und durch die Internationalisierungsoffensive finanziert wird.

Die österreichischen Exporte betragen 43,385 Millionen Euro (-42,8%), die Importe 170,547 Millionen Euro (-7,2%).

Barbados (Barbados), St. James

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	David Thompson	Maxine McClean

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Clifford Straughn Husbands

ÖB, AHSt: siehe Caracas; Bridgetown – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 1,127 Millionen Euro (-50,2%), die Importe 159.000 Euro (-64,2%).

Belarus (Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Sergej Sidorski	Sergej Martynow

ÖB, AHSt: siehe Russland; Minsk – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Leiter der Politischen Sektion im BMeiA, Botschafter Stefan Lehne, Treffen mit Außenminister Sergej Martynow und Vize-Außenminister Walerij Woronetzki (4. Juni); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Außenminister Sergej Martynow und Vize-Außenminister Walerij Woronetzki (18. September).

Besuche in Österreich: Außenminister Sergej Martynow, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Bundesminister Michael Spindelegger sowie WKÖ-Präsident Christoph Leitl (17. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 45.000 Euro erbracht.

Österreich unterhält an der Staatlichen Linguistischen Bibliothek in Minsk eine Österreich-Bibliothek. Österreich beteiligte sich an einem Festival für elektronische Musik in Minsk. Anlässlich

Länderinformationen

des Besuchs von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle im September wurde in Minsk ein von Österreich gestifteter Gedenkstein für jene mehr als 9.000 jüdischen ÖsterreicherInnen enthüllt, die von den Nationalsozialisten in den Jahren 1941–1944 nach Belarus deportiert und dort ermordet wurden. Die Enthüllung des Gedenksteins führte zu einer Intensivierung der Kontakte zur jüdischen Gemeinde und zur Geschichtswerkstatt Minsk.

Größere österreichische Investitionen wurden zuletzt insbesondere in den Bereichen Bankwesen und Telekommunikation getätigt. Obwohl es krisenbedingt zu einem Rückgang des bilateralen Handels gekommen ist, bleibt Belarus für Österreich einer der wichtigsten Märkte in Osteuropa. Österreich exportierte nach Belarus vor allem Maschinen und Anlagen, Pharmazeutika, chemische Erzeugnisse, Kunststoffe, Papier und Farbstoffe. Wichtige Einfuhrgüter aus Belarus nach Österreich waren Eisen und Stahl, Bekleidung, Holz und Holzwaren sowie Kunststoffe.

Die österreichischen Exporte betragen 126,404 Millionen Euro (-11,1%), die Importe 41,779 Millionen Euro (-22,3%).

Belgien (Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Albert II.	Yves Leterme (seit 25. November)	Steven Vanackere (seit 25. November)

Brüssel – **ÖB, KF, AHST, ÖW**; Eupen, Gent, Lüttich, Namur – **HK**

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Arbeitsbesuch beim Präsidenten des Senats des belgischen Föderalen Parlaments, Armand De Decker, beim Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, bei Kommissarin Benita Ferrero-Waldner und beim Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek (10. September); Staatssekretär Andreas Schieder, Unterzeichnung eines Protokolls zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Belgien (10. September).

Besuche in Österreich: Premierminister Herman Van Rompuy und Außenminister Yves Leterme, Arbeitsbesuch bei Bundeskanzler Werner Faymann und Bundesminister Michael Spindelegger (19. Oktober).

Das Programm des Österreichischen Kulturforums Brüssel spiegelte die Vielfalt der österreichischen Kunst- und Kulturszene wider. Ein großer Schwerpunkt war dem Haydn-Jahr 2009 gewidmet. So erfolgte die Uraufführung eines Auftragswerks der flämischen Komponistin Jacqueline Fontyn für „Haydn09“ durch das Haydn Trio Eisenstadt (Mechelen, 31. März), die Wiener Solisten Ursula Fiedler und Michael Nowak wirkten bei Aufführungen der „Schöpfung“ in Antwerpen (31. Mai) und Mechelen (1. Juni) mit und die Philharmonie von Lüttich präsentierte eine Wanderausstellung zu Leben und Werk des österreichischen Komponisten (März bis April). Die Bandbreite zeitgenössischen österreichischen Musikschaffens vermittelten die Konzerte von Ulf Langheinrich im Rahmen des Cimatics-Festivals in Brüssel (25. November), Mnozil Brass (Gent, 28. März), Fatima Spar und der Freedom Fries (Brüssel, 2. April), Hotel Palindrone (Boombal-Festival, 29./30. August), des radio.string.quartet.vienna (Leopoldsburg, 14. November) und des Wiener Glasharmonika Duo (Brüssel, 12. November).

Identitätsfragen standen im Mittelpunkt der Lesungen von Doron Rabinovici (Zentrum für Jüdische Studien Antwerpen, 10. Dezember), Franzobel (Passa Porta-Literaturfestival, 27.–29. März) und Anna Kim, die auch eine Schreibwerkstätte an der Universität Antwerpen gestaltete (23. und 24. April). Wissenschaftlicher Austausch fand im Rahmen eines Seminars anlässlich der Emeritierung der Jean-Améry-Expertin Irene Heidelberger-Leonard statt (26.–28. November), die beiden österreichischen Germanisten Peter Wiesinger und Hans Höller hielten Vorträge an belgischen Universitäten (25. April / 20. und 21. Oktober) und Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky präsentierte den von ihm herausgegebenen Sammelband „Themen der Zeit II“ im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit dem ehemaligen belgischen Premierminister Jean-Luc Dehaene (5. März).

Anhang

Die Medienforscher Konrad Becker und Armin Medosch nahmen an einem Symposium zu Digitaler Kunst teil (Brüssel, 6.–8. November), Studienberater der Grazer Karl-Franzens-Universität präsentierten SchülerInnen der Europäischen Schulen Studienmöglichkeiten an österreichischen Universitäten (12. und 13. März bzw. 9. und 10. November), und dem Autor Joseph Roth widmete die Hogeschool Gent ein Kolloquium, zu dem auch die beiden Literaturwissenschaftler Heinz und Viktoria Lunzer eingeladen wurden (28. und 29. Mai).

Mit Unterstützung des KF zeigten belgische Festivals Filme österreichischer Regisseure wie „In 3 Tagen bist Du tot II“ von Andreas Prochaska (Europäisches Filmfestival Brüssel, 16. April) und „Indien“ von Paul Haratha („Ergoeddag-Filmfestival“ im Italienischen Kulturinstitut Brüssel, 26. April).

Im Bereich der Bildenden Kunst konnte sich eine Reihe junger österreichischer KünstlerInnen in Belgien präsentieren: Johanna Kirsch und Nikolaus Gansterer beteiligten sich am internationalen Kunstprojekt „N6 – The Stone Road“ (5. Mai bis 27. Juni), Christina Clar gestaltete einen Kunstparcours durch Brüssel im Rahmen des Bruxelles-Bravo-Festivals (3. und 4. Oktober) und der Kurator Andreas Fogarasi versammelte aktuelle Positionen aus Österreich in der Mecheler Galerie „Transit“ (25. Jänner bis 22. Februar). Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres der Innovation und Kreativität präsentierte *designaustria* in den Ausstellungsräumen von „Design Vlaanderen“ Designobjekte aus Österreich (30. Jänner bis 8. März). Besonderes Aufsehen erregte das „Palettenhaus“ der beiden Architekturstudenten Claus Schnetzer und Gregor Pils, das als Gewinnerprojekt des GAUDI-Architekturwettbewerbs für nachhaltige Architektur des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses im Zentrum Brüssels präsentiert wurde (20. September bis 4. Oktober).

Als Mitglied des Netzwerks „EU National Institutes for Culture“ (EUNIC) in Brüssel beteiligte sich das KF am EUNIC-Filmfestival „Focus ‘89“ mit dem Dokumentarfilm „Über die Grenze“ von Nikolaus Geyrhalter (11. November) und „Import Export“ von Ulrich Seidl (13. November) und lud den Historiker Berthold Molden vom Ludwig Boltzmann Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit zu einer Diskussionsreihe über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen von 1989 ein (28. Oktober / 15. November).

Die österreichischen Exporte betragen 1.413,760 Millionen Euro (-17,3%), die Importe 1.552,432 Millionen Euro (-20,9%).

Belize **(Belize), Belmopan**

Staatsoberhaupt
Königin Elisabeth II.

Regierungschef
Dean Barrow

Außenminister
Wilfred Elrington

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Colville N. Young

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Belize-Stadt – HGK

Österreich war am „Belize International Film Festival“ mit dem Spielfilm „Klimt“ von Raoul Ruiz vertreten (24. Juli bis 2. August).

Die österreichischen Exporte betragen 2,069 Millionen Euro (-32,7%), die Importe 253.000 Euro (+38,7%).

Benin **(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
(Thomas) Boni Yayi

Außenminister
Jean-Marie Ehouzou

ÖB, AHSt: siehe Nigeria; Cotonou – HK

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 6,826 Millionen Euro (+45,1%), die Importe 32.000 Euro (-72,5%).

Bhutan (Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Jigme Khesar Namgyel Wangchuk	Jigmi Y. Thinley	Ugyen Tshering

ÖB, AHSt: siehe Indien; **Koordinationsbüro der OEZA** – Thimphu

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 2,7 Millionen Euro erbracht.

Im Oktober 2004 konnten die baulichen Sanierungsarbeiten an der Klosterburg Trongsa Dzong mit österreichischer Unterstützung fertig gestellt werden. Als Folgeprojekt wurde die Renovierung und Umgestaltung des zur Trongsa Dzong gehörenden Wachturms (Ta Dzong) in ein Museum durchgeführt und am 31. August fertig gestellt.

Die Royal University of Bhutan ist Mitglied im Eurasia-Pacific-Unionet. Es werden regelmäßig Forscher und Professoren mit österreichischen Universitäten ausgetauscht und gemeinsame, wissenschaftliche Projekte durchgeführt. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten.

Zu den bedeutendsten Exportprodukten gehören Maschinen und Werkzeuge. Die wichtigsten Importprodukte sind Farbstoffe.

Die österreichischen Exporte betragen 1,030 Millionen Euro (-29,3%), die Importe 7.000 Euro (-93,8%).

Bolivien (Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Juan Evo Morales	David Choquehuanca Céspedes

ÖB: siehe Peru; **AHSt:** siehe Argentinien; La Paz – **HGK;** Santa Cruz – **HK**

Besuche in Österreich: Staatspräsident Juan Evo Morales, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (11. März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 50.000 Euro erbracht.

Der Schauspieler Klaus Händl nahm vom 16.- 30. April mit dem Stück „Dunkel Lockende Welt“ am Internationalen Theaterfestival in La Paz teil. Mit einer Publikationsförderung wurde die wissenschaftliche Untersuchung von Machtstrukturen und Landpolitik in Bolivien („El Poder de la Tierra“) von Isabella Radhuber unterstützt und in der Biblioteca Municipal in La Paz vorgestellt.

Die österreichischen Exporte betragen 3,959 Millionen Euro (-32,3%), die Importe 3,888 Millionen Euro (-28,4%).

Bosnien und Herzegowina (Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Staatspräsidentium	Nikola Špirić	Sven Alkalaj

Anhang

mit rotierendem Vorsitz
 Željko Komšić
 (seit 7. Juli)
 Nebojša Radmanović
 Haris Silajdžić

Sarajewo – ÖB mit Visaannahmestelle in Banja Luka; Koordinationsbüro der OEZA, AHSt, Regionalbüro der Österreich-Kooperation; Büro des Verteidigungsattachés, des Verbindungsbeamten des BMI sowie ein Büro der Bildungsbeauftragten des BMUKK

Besuche aus Österreich: Generalstabschef Edmund Entacher, Truppenbesuch (19. und 20. Februar); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Kontakte mit Verkehrsministerium (26. und 27. März); Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Besuch, Gespräche mit Außenminister Sven Alkalaj und dem Staatspräsidium (24. April); Bürgermeister Siegfried Nagl mit Rotarier Club Graz, Treffen mit Bürgermeistern sowie Vertretern der Entität Republika Srpska (Banja Luka und Bihac, 24.–26. April); Landesrätin Doraya Eberle (NGO „Bauern helfen Bauern“), Treffen mit dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums Željko Komsic am 9. Juli und mit Minister für Menschenrechte und Flüchtlinge, Safet Halilovic am 13. Juli, Teilnahme an Srebrenica-Gedenkfeier am 11. Juli; Stadtrat Christian Oxonitsch, Gespräche mit Bürgermeister Alija Behmen und Vertretern der Partnerstadt Sarajewo (27. und 28. Juli); ehemaliger EU-Kommissar Bundesminister a.D. Franz Fischer, Besuch des United World College in Mostar (November); Bundesminister Norbert Darabos, EUFOR-Kommandoübergabe an den österreichischen Generalmajor Bernhard Bair (4. Dezember); Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Norbert Darabos, Truppenbesuch, Gespräche mit dem stv. Hohen Repräsentanten Raffi Gregorian und mit den Mitgliedern des Staatspräsidiums Haris Silajdzic und Nebojsa Radmanovic (18. Dezember).

Besuche in Österreich: Präsident der Republika Srpska Rajko Kuzmanovic, Aufnahme in die Europäische Akademie der Wissenschaften und Künste (6. und 7. März, Salzburg); Minister für Flüchtlinge und Menschenrechte Safet Halilovic, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmid (30. April); Vize-Verteidigungsminister Zivko Marjanac, Übernahme eines für Bosnien und Herzegowina gespendeten Minenräumergerätes, übergeben von Bundesminister Michael Spindelegger (24. Juni); Verteidigungsminister Selmo Cikotic, offizieller Besuch, Gespräche mit Bundesminister Norbert Darabos (9. und 10. September).

Am 4. November wurde das bilaterale EZA-Abkommen mit Bosnien und Herzegowina in Sarajewo unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 2,9 Millionen Euro erbracht.

Die Botschaft finanzierte zahlreiche Kulturprojekte, die in Sarajewo und anderen Teilen des Landes durchgeführt wurden. Besonders hervorhebenswert sind eine Ausstellung und ein Konzert zum Haydn-Jahr 2009.

Neben einer Beauftragten für Bildungskoooperation des BMUKK waren bis zum Sommer drei Österreich-Lektorinnen an den Universitäten Banja Luka, Tuzla und Sarajewo tätig. Derzeit sind zwei Lektorinnen an den Universitäten Tuzla und Sarajewo tätig. Am United World College in Mostar arbeitet seit Herbst eine österreichische Lehrkraft. Es gibt drei Österreich-Bibliotheken an den Universitäten Sarajewo, Tuzla und Banja Luka. TRADUKI hat die Übersetzung ins Bosnische eines weiteren Werkes von Barbara Frischmuth veranlasst. Im November wurden auch Lesungen der beiden österreichischen Schriftstellerinnen Barbara Frischmuth und Eva Menasse organisiert.

Österreich beteiligt sich mit einem Bundesheerkontingent von ca. 200 Mann an der militärischen GSPV-Mission EUFOR ALTHEA, sowie mit zwei Polizisten an der Polizeimission EUPM.

Österreich ist unter Berücksichtigung der Kredite österreichischer Banken weiterhin der größte ausländische Investor in Bosnien und Herzegowina. Im Handel liegt Österreich an 6. Stelle.

Die österreichischen Exporte betragen 278,256 Millionen Euro (-22,9%), die Importe 181,221 Millionen Euro (-21,6%).

*Länderinformationen***Botsuana
(Republik Botsuana), Gaborone**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Seretse Khama Ian Khama

Außenminister
Phandu Tombola Chaka
Skelemani

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Ein Jungdiplomats nahm am Spezialkurs der Diplomatischen Akademie teil.

Die österreichischen Exporte betragen 274.000 Euro (-45,3%), die Importe 457.000 Euro (-25,0%).

**Brasilien
(Föderative Republik Brasilien), Brasília**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Luiz Inácio Lula da Silva

Außenminister
Celso Luiz Nunes Amorim

Brasília – **ÖB**, São Paulo – **ÖGK, AHSt**; Belo Horizonte, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Mit Ende Oktober wurde das GK Rio de Janeiro geschlossen.

Besuche in Österreich: Vizepräsidentin des brasilianischen Senats, Senatorin Serys Shessarenko, Treffen mit Präsident des Bundesrats Harald Reisenberger (9. Juni); Richterin des Obersten Gerichtshofs Ellen Gracie Northfleet, Treffen mit Vizepräsident des Obersten Gerichtshofs Ronald Rohrer und Präsident des Obersten Gerichtshofs i.R. Johann Rzeszut (11. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) von rund 150.000 Euro erbracht.

Das Jahr 2009 stand kulturell im Zeichen Joseph Haydns. Die Wanderausstellung über das Leben und Werk des Komponisten wurde in Recife, Manaus, Brasília, Niterói, Vitória, Fortaleza, Salvador de Bahia, Belo Horizonte, São Paulo und Curitiba gezeigt. Das **Haydn-Trio Eisenstadt konzertierte** in Nova Friburgo, São Paulo, Riberao Preto und Brasília (25. Juli bis 5. August). Beim EU-Filmfestival in Brasília (1.–11. Juni) wurde der Film „Flieger über Amazonien“ von Ulrich Seidl gezeigt. Die vom brasilianischen Menschenrechtsministerium unterstützte Ausstellung über Menschenrechts- und Umweltfragen im Werk von Friedensreich Hundertwasser war in Brasília (23. Juni bis 19. Juli) und Salvador de Bahia (6. Oktober bis 20. Dezember) zu sehen. Die Historikerin Ursula Prutsch absolvierte eine Vortragsreise an Universitäten und Forschungsinstituten in Rio de Janeiro, Niterói, Brasília, Curitiba und Marília (16.–25. September). Das Orchester der Wiener Akademie und der Chorus Sine Nomine gastierten in Rio de Janeiro, São Paulo und Paulinha (26.–29. Oktober). Mehrere junge österreichische Künstler wurden zwecks Teilnahme an Festivals (Kongress des Theaters der Unterdrückten in Rio de Janeiro, Mobilefest in São Paulo) und Premieren (33. Int. Filmfestival von São Paulo) unterstützt. Im Rahmen einer von der Stadt Wien unterstützten Tournee gab die Wiener Johann Strauss Capelle Konzerte in Brasília, Recife und Fortaleza (11.–20. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 628,896 Millionen Euro (-8,1%), die Importe 405,049 Millionen Euro (-16,3%).

**Brunei
(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister
Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AHSt: siehe Malaysia

Anhang

Das Wiener Mozart Trio spielte am 17. Oktober in Bandar Seri Begawan in Zusammenarbeit mit der Brunei Music Society ein Kammerkonzert mit Schwerpunkt Haydn.

Die österreichischen Exporte betragen 1,610 Millionen Euro (-19,8%), die Importe 19.000 Euro (-58,1%).

Bulgarien

Bulgarien (Republik), Sofia

Staatsoberhaupt
Georgi Parvanov

Regierungschef
Boyko Borissov
(seit 27. Juli)

Außenministerin
Rumiana Jeleva
(seit 27. Juli)

Sofia – ÖB, AHSt, ASO, Verbindungsbüro der Stadt Wien

Besuche aus Österreich: Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Arbeitsgespräche mit Ministerpräsident Sergei Stanishev und Finanzminister Plamen Oresharski (12. Februar); Stadtrat Rudolf Schicker, Arbeitsgespräche und Teilnahme am Wien-Ball (13.–15. Februar); Landtagspräsidentin Erika Stubenvoll, Teilnahme am 130-Jahr-Jubiläum der Stadt Sofia als Hauptstadt (2.–4. April); Sektionschef Alfred Maier, Teilnahme an der vom bulgarischen Staatspräsidenten initiierten Konferenz „Erdgas für Europa: Sicherheit und Partnerschaft“ (24. und 25. April); österreichische Militärdelegation mit General Christian Segur-Cabanac, Mitwirkung an der Parade anlässlich der bulgarischen Feierlichkeiten „130 Jahre Unabhängigkeit“ (6. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Arbeitsgespräche mit Kulturminister Stefan Danailov und dem Bürgermeister von Plovdiv sowie Eröffnung der Ausstellung „Wiener Aktionismus: Von der Malerei zur Aktion“ (11.–13. Juni); Bundesminister Alois Stöger, Arbeitsgespräch mit Gesundheitsminister Evgeniy Zhelev (12. Juni); Direktor des Bundeskriminalamtes Franz Lang, Eröffnung eines EU-Twinning-Projektes (29. Juli).

Besuche in Österreich: Ministerin für Bildung, Jugend und Wissenschaft Yordanka Fandakova, Teilnahme am Treffen der „Salzburg Gruppe“ und Arbeitsgespräch mit Bundesminister Johannes Hahn (Salzburg, 29. und 30. August); Vizeministerpräsident und Finanzminister Simeon Djankov, Arbeitsgespräch mit Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll (22. September); Leiter der Staatlichen Forstagentur Georgi Kostov, Teilnahme an einem Workshop im Rahmen des EBRD-Projektes „Assistance to the Bulgarian Forest Sector Reform“ (29. September); Lachezar Ivanov, Vorsitzender des Gesundheitskomitees im bulgarischen Parlament, Teilnahme am 12. Europäischen Gesundheitsforum (29. September bis 4. Oktober); Minister ohne Portefeuille Bojidar Dimitrov, Teilnahme an der Veranstaltung „Wurzeln und Religion der Bulgaren“ und Zusammentreffen mit Auslandsbulgaren (16.–18. November); Parlamentspräsidentin Tseska Tsacheva, Eröffnung der Gedenkfeier „130 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Bulgarien“ an der Diplomatischen Akademie Wien (22. und 23. November).

Die Botschaft realisierte 26 Kulturprojekte in 15 bulgarischen Städten und erreichte damit mehr als 16.000 Personen. Musikveranstaltungen bildeten den Schwerpunkt der Kulturarbeit. So wurden zum 13. Mal „Österreichische Musikwochen in Bulgarien“ mit Konzerten, Meisterkursen und erstmals einem Musikwettbewerb für Lied mit Klavierbegleitung durchgeführt (16. April bis 14. Mai). Am 13. Internationalen Sofia Film Festival (5.–15. März) war Österreich unter anderem mit Filmen von Herbert Brödl („Flieger über Amazonien“) und Bernhard Kammel („Die Tochter“) vertreten. Im Bereich der Literatur waren die Österreich-Bibliotheken in Plovdiv, Ruse und Sofia sowie die Österreich-LektorInnen in Plovdiv, Sofia und Veliko Tarnovo bewährte Partner. Aus dem Wissenschaftsbereich ist die vom Institut für Höhere Islamische Studien Sofia gemeinsam mit dem Institut für Bildungswissenschaften der Universität Wien organisierte Konferenz zu Religion und Staat in Österreich und Bulgarien (23. September bis 10. Oktober) erwähnenswert.

Ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Bulgarien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wurde in Sofia am 12. Februar unterzeichnet.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 586,423 Millionen Euro (-34,4%), die Importe 234,412 Millionen Euro (-28,2%).

Burkina Faso (Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Tertius Zongo	Alain Bédouma Yoda

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Justizminister Jean-Christophe Deberre, Teilnahme am Runden Tisch von ECOWAS und UNODC zur Unterstützung des ECOWAS Aktionsplans gegen Drogenhandel und Organisierte Kriminalität (3. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 3,9 Millionen Euro erbracht.

Nach schweren Überschwemmungen im September, die allein in Ouagadougou 100.000 Menschen obdachlos machten, leistete Österreich 400.000 Euro Nothilfe im Wege des „Flash Appeal“ der Vereinten Nationen.

Für die Durchführung eines Forschungsvorhabens an der Universität für Bodenkultur Wien wurde einem Stipendiaten aus Burkina Faso ein Stipendium zuerkannt. Ein Student des UNESCO-Institutes für Erziehungsplanung aus Burkina Faso erhielt im Studienjahr 2009/2010 ein von Österreich finanziertes Stipendium.

Eine Lehrerin und ein Schüler aus Burkina Faso nahmen am „International Art Education Workshop Linz09-DAK‘ART10“ der UNESCO teil, welcher von 13.–23. September in Österreich mit Unterstützung der UNESCO-Kommission und des BMeiA stattfand.

Am 9. April wurde in Zusammenarbeit mit dem französischen Kulturinstitut der Film „Workingman’s Death“ von Michael Glawogger in Ouagadougou gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 1,569 Millionen Euro (+193%), die Importe 446.000 Euro (+2,6%).

Burundi (Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Pierre Nkurunziza	Augustin Nsanze (seit 29. Jänner)

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 20.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 233.000 Euro (+267,3%), die Importe 321.000 Euro (-0,9%).

Chile (Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenminister
Michelle Bachelet Jeria	Mariano Fernández Amunátegui (seit 13. März)

Anhang

Santiago de Chile – **ÖB, Zweigbüro der AHSt Buenos Aires; Arica, Valdivia, Valparaíso**
– **HK**

Besuche in Österreich: Präsident der Abgeordnetenkammer Francisco Encina Morfamez, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (25. und 26. Februar); Staatssekretär Alberto van Klaveren, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (8. Mai).

Die Verhandlungen über ein chilenisch-österreichisches Doppelbesteuerungsabkommen wurden fortgesetzt.

Aus Anlass der 200-jährigen Unabhängigkeit Chiles wurde dem österreichisch-chilenischen Fotografen Ignaz Hochhäusler (189.–1997) eine Ausstellung mit 40 seiner Werke gewidmet, die in einer Reihe von Städten Mittel- und Südchiles gezeigt wurde. Weiters wurde die Ausstellung „Dort und Da – Burgenland heute“ (Architektur) sowie in Einzelbeiträgen die Künstler Christa Sommerer, David Rych und Evamaria Trischak präsentiert.

Der Jazz-Geiger Rudi Berger gab sein Chile-Debut (Februar); das Wiener Klaviertrio konzertierte in Santiago (August). Der Pianist Gottlieb Wallisch konzertierte in mehreren Städten (September/Oktober). Beim „Europäischen Dramaturgiefestival“ in Santiago wurden die Stücke „kopftot“ von Gerhild Steinbuch und „Kollege von Niemand“ von Johannes Schrettle gezeigt (August). Beim „Internationalen Festival für Theater und Tanz – FINTDAZ“ war Österreich durch die Tanzkompanie cieLaroque vertreten. Der offizielle Akt im chilenischen Außenministerium zum Internationalen Holocaust-Gedenktag bildete den Rahmen für die Präsentation der Ausstellung „Los Justos Austríacos“ – Helden des Holocaust (Januar). Im Rahmen des EU-Filmfestivals und auf der Osterinsel wurde der österreichische Film „Der umgekehrte Blick“ von Fridolin Schönwiese gezeigt (Mai).

Die Lehr- und Vortragstätigkeit österreichischer Universitätsprofessoren (Josef Seifert – Philosophie; Wolfgang Winter – Bauen mit Holz; Hans Gangoly / Erich Kugler – Architektur; Axel Borsdorf – Umwelttechnologie; Alfried Längle – Logotherapie; Michael Lang – Doppelbesteuerungsrecht; Wolfgang Zankl – Datenschutz und e-Recht; Andreas Hofer – Urbanistik) unterstreicht das wachsende Interesse am Wissensaustausch mit Österreich. Auf der Bildungs- und Studienmesse „Europosgrados“ in Santiago war Österreich erstmals mit einem Informationsstand des OeAD vertreten (Mai).

Auf der Umwelt- und Technologiemesse AmbientAL war Österreich mit einem Katalogstand präsent (Oktober). In den Städten Los Angeles und San Francisco de Mostazal wurden zwei Unterhaltungs- und Freizeitkomplexe mit Spielcasinos, an deren Errichtungskonsortien österreichische Investoren maßgeblich beteiligt sind, offiziell ihrer Bestimmung übergeben.

Die österreichischen Exporte betragen 71,182 Millionen Euro (-35,0%), die Importe 67,590 Millionen Euro (-67,1%).

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hu Jintao	Wen Jiabao	Yang Jiechi

Sonderverwaltungsregion Hongkong

Regierungschef (Chief Executive)
Tsang Yam-Kuen Donald

Peking – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Shanghai – **GK, AHSt**; Hongkong – **GK, AHSt, Wien-Büro**;
Guangzhou – **GK f. Handelsangelegenheiten/Zweigbüro AHSt Hongkong**; Chongqing,
Shenyang, Xian – **AWO-Marketingbüro**

Sonderverwaltungsregion Macao

Regierungschef (Chief Executive)
Fernando Chui Sai On

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Bundesratspräsident Harald Reisenberger, Treffen mit Vorsitzendem der Politischen Konsultativkonferenz Jia Qinglin (2.–12. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Generaldirektor für Internationale Angelegenheiten des Staatlichen Religionsamts Guo Wei, Generaldirektor für Internationale Angelegenheiten des Finanzministeriums Zhong Xiaosong (2. und 3. August); Stadtrat Rudolf Schicker, Teilnahme an den 60-Jahr Feierlichkeiten zur Gründung der Volksrepublik China (30. September bis 3. Oktober); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Bildungsminister Zhou Ji und Wissenschaftsminister Wan Gang (24.–29. September); Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme an der Konferenz „International Tax Dialogue“, Treffen mit Vizefinanzminister Wang Jun, Vizeaußenminister Zhang Zhijun und Vizeminister in der Internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei, Guo Yezhou (23.–28. Oktober).

Besuche in Österreich: **Generaldirektor der Staatlichen Verwaltung für Angelegenheiten ausländischer ExpertInnen** Minister Ji Yunshi, Treffen mit dem Generalsekretär des BMLFUW Reinhard Mang (15.–18. April); Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Wu Bangguo, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesratspräsident Harald Reisenberger (15.–18. Mai); Leiter der Abteilung für Rechtsangelegenheiten im Staatsrat Minister Cao Kangtai, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer (22.–25. Juni); Vizeministerin für Zivilangelegenheiten Qu Shuhui, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer (20. und 21. August); Vizegesundheitsminister Shao Mingli, Treffen mit Bundesminister Alois Stöger (17.–20. Oktober); Vizeminister in der Internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei Guo Yezhou, Treffen mit stellvertretender Bundesratspräsidentin Susanne Neuwirth, Präsident der Politischen Akademie Werner Fasslabend (19.–21. November).

Im Rahmen der 1. Tagung der Gemischten Arbeitsgruppe für die österreichisch-chinesische Zusammenarbeit im Bereich Eisenbahnwesen im Juni in Peking zwischen dem BMVIT, der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission sowie dem chinesischen Eisenbahnministerium konnte anhand der Festlegung des chinesischen Technologiebedarfs der Grundstein für eine engere Zusammenarbeit in diesem Bereich gelegt werden. Projekte sollen unter anderem auf den Gebieten der Gleiserhaltung, Schienen und Weichen und Eisenbahnkreuzungen ausgearbeitet werden. Es wurde zudem zwischen der österreichischen und chinesischen Seite eine Absichtserklärung über technologiebezogene Zusammenarbeit ausgearbeitet, die 2010 unterzeichnet wird.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 24.000 Euro erbracht.

Zwischen Österreich und China besteht eine enge Kooperation im Hochschul- und Forschungsbereich, die durch den Besuch von Bundesminister Johannes Hahn von 24.–29. September in China weitere Impulse erhielt. Rechtlicher Rahmen für die Zusammenarbeit ist das bilaterale Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, in dessen Kontext eine Gemischte Kommission ein mehrjähriges Arbeitsprogramm vereinbart. Im Rahmen des 2000 gegründeten Eurasia-Pacific-Uninets wurden Verbindungen zwischen insgesamt 124 Bildungseinrichtungen, davon 36 in Österreich und 49 in der VR China etabliert – dies ist das größte Netzwerk eines EU-Mitgliedstaats mit China im Bildungsbereich. Es fördert multilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsame Forschungsprojekte, Konferenzen, Kurzzeit-Gastprofessuren, fachspezifische Sommerschulen und den Austausch von Studierenden. Bisher wurden sechs österreichisch-chinesische Forschungszentren in China eingerichtet: „Austria-China Research Center for Environment Protection“ an der Northwest Agriculture & Forestry University in Yangling; „Sino-Austrian Collaborating Center for Chinese Medical Sciences“ an der China Academy of Chinese Medical Sciences in Peking; „Austrian-China Research Center on Tunnel and Underground Engineering“ an der Tongji University in Shanghai; „Austria-China Research Center for Biomarker Discovery“ am Beijing University Health Science Center; „Austrian Joint Music School“ am China Conservatory of Music in Peking.

Der Tourismus bleibt ein wichtiger Faktor für die bilateralen Beziehungen. Aufgrund einiger externer Faktoren (bes. H1N1 Virus, Eintritt der Schweiz in das Schengen Abkommen) musste allerdings ein Rückgang von ca. 6 % an Nächtigungen (insgesamt 222.100) verzeichnet werden, wobei jedoch Wien ein Plus von 15,5% aufweisen kann. Die Österreich Werbung setzte ihre

Anhang

Investitionen in den chinesischen Markt fort. Es fanden drei Studienreisen für chinesische Reisebüros, sowie sechs Pressereisen nach Österreich statt. Die Österreich Werbung nahm außerdem an zwei Publikums- und einer Fachmesse teil, überarbeitete ihren Internetauftritt und investierte in E-Marketing Aktivitäten.

Im Rahmen der jährlich in Peking veranstalteten Wochen der Frankophonie (März), an denen Österreich regelmäßig teilnimmt, fand im renommierten Pekinger Jazzklub Yugong Yishan ein Konzert der Pop- und Jazzsängerin Valerie Sajdik statt, gefolgt von einem Kurzauftritt in der Botschaftsresidenz vor der österreichischen Kolonie in Peking mit Liedern aus ihrem deutschsprachigen Repertoire. Im November präsentierte „remix master“ Peter Kruder im Pekinger Ruby Khi-Klub seine Musikkreationen.

Im Haydn-Jahr 2009 wurde die Wanderausstellung „Joseph Haydn – ein musikalisches Universalgenie“ im September im National Centre for the Performing Arts in Peking, in der Hongkonger Academy for Performing Arts und in der Shanghai Fudan Universität (Eröffnung durch Bundesminister Johannes Hahn) gezeigt. Im Rahmen des Beijing Modern Music Festivals wurde das Wirken von Arnold Schönberg mit einer Foto- und Multimediaausstellung präsentiert. Um diese beiden Komponisten gestalteten auch die Wiener Philharmoniker mit Dirigent Zubin Mehta ihr Programm bei Ihren Konzerten in Shanghai. Im Oktober gaben die Wiener Sängerknaben Konzerte in Peking, Guangzhou, Shenzhen, Macao und Shanghai.

Im November wurde im Pekinger Dashanzi Art District die Gruppenausstellung „Mifan“ gezeigt, bei der 15 österreichische Künstler vor Ort produzierte Kunst präsentierten. Im Museum of Modern Art in Shanghai zeigten Ruth Anderwald und Leonhard Grond im Juli ihre Videoinstallationen. Beim EU-Filmfestival in Peking wurde der österreichische Film „Mozart in China“ gespielt. Bei der Uraufführung in China nahm auch der chinesische Schauspieler Biao Wang teil.

Die chinesischen Statistiken weisen u.a. aufgrund des „Rotterdam-Effekts“ ein Defizit für China aus.

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China betragen 2.016,650 Millionen Euro (+7,5%), die Importe 4.481,557 Millionen Euro (-9,9%).

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong betragen 440,555 Millionen Euro (-2,7%), die Importe 116,288 Millionen Euro (-20,1%).

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macao betragen 6,569 Millionen Euro (-16,9%), die Importe 2,582 Millionen Euro (-45,3%).

Taiwan (Chinese Taipei)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taiwan besteht ein Österreich Büro.

Die österreichischen Exporte nach Taiwan betragen 212,093 Millionen Euro (-5,1%), die Importe 429,100 Millionen Euro (-31,9%).

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Oscar Arias Sánchez

Außenminister
Bruno Stagno Ugarte

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; San José – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Bruno Stagno Ugarte im Rahmen eines außerordentlichen VN-SR-Treffens (New York, 11. Mai).

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 25.000 Euro erbracht.

Das Merlin Ensemble Wien konzertierte im Rahmen des „14. Festival de Música Credomatic“ in San José und anderen Städten (12.–16. August).

Die österreichischen Exporte betragen 30,713 Millionen Euro (+90,2%), die Importe 69,304 Millionen Euro (+33,2%).

Côte d'Ivoire

(Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Laurent Gbagbo	Guillaume Soro	Youssouf Bakayoko

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko; Abidjan – **HK:**

Besuche in Côte d'Ivoire: EU-Kommissionsmitglied Benita Ferrero-Waldner, Treffen mit Unterrichtsminister Bleu-Lainé zur UNESCO-Kandidatur Österreichs (2. und 3. September).

Die österreichischen Exporte betragen 6,256 Millionen Euro (-25,8%), die Importe 23,950 Millionen Euro (+43,0%).

Dänemark

(Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margrethe II.	Lars Løkke Rasmussen (seit 5. April)	Per Stig Møller

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW;** Åbenrå, Århus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Wissenschaftsminister Helge Sander und fact-finding Besuch mehrerer dänischer Universitäten betreffend die Universitätsreform (16. und 17. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an Treffen von MinisterInnen für Entwicklungszusammenarbeit am Rande des Klimagipfels der Vereinten Nationen (CoP 15) (14. Dezember); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme am CoP 15 (15.–19. Dezember); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme am CoP 15 (17.–19. Dezember).

Musikalisch war Österreich durch ein Konzert des Ensemble Salzburg (November) präsent. Weiters unterstützte die Botschaft den Auftritt der Theatertanzgruppe Dschungel Wien (Mai). Im Bereich der modernen Kunst stellte sich Pure Austrian Design, eine Plattform junger österreichischer DesignerInnen, im ARoS Århus Kunstmuseum mit einer Leistungsschau vor (Århus, Oktober und November). Anlässlich des Haydn-Jahres 2009 zeigte die Botschaft die Wanderausstellung "Haydn im Fokus" (Roskilde, August und September). Unterstützt wurde außerdem ein wissenschaftliches Symposium der Universität Kopenhagen mit dem Titel "Climatic Changes – Consequences and Solutions" (Dezember) sowie der Auftritt der Jugend-Literatur-Werkstatt Graz (Knivsberg/Südjtland, Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 528,856 Millionen Euro (-37,9%), die Importe 459,890 Millionen Euro (-9,8%).

Anhang

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt Horst Köhler	Regierungschefin Angela Merkel	Außenminister Guido Westerwelle (seit 28. Oktober)
---------------------------------	-----------------------------------	--

Berlin – **ÖB, AHSt, ÖW**; Hamburg – **GK**; München – **GK, AHSt**; Bremen – **HK**; Dresden – **HK, Außenstelle AHSt** Berlin; Frankfurt a.M. – **AHSt**; Hannover – **HK**; Kiel – **HK**; Lübeck – **HK**; Nürnberg – **HK**; Rostock – **HK**; Saarbrücken – **HK**; Stuttgart – **HK**.

Eröffnung eines Honorarkonsulates in Düsseldorf am 16. November.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Besuch der Internationalen Grünen Woche (15.–17. Jänner); Staatssekretärin Christine Marek, Besuch der Konferenz „Creating Opportunities – Integration, Employment and Social Mobility: European Experiences and Scope for Manoeuvre“ (26. Jänner); Bundeskanzler Werner Faymann, Antrittsbesuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Frank-Walter Steinmeier, Gespräch mit SPD-Vorsitzendem Franz Müntefering und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt (28. Jänner); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch der Berlinale (5.–7. Februar); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme an der 45. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (München, 6.–9. Februar); Abgeordnete zum Nationalrat Bundesministerin a.D. Ursula Plassnik, Teilnahme an der 45. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (München, 6.–9. Februar); Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer, Teilnahme an der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des Internationalen Frauentages „Gleichgestellt in Europa: Stillstand oder Aufbruch?“ sowie Zusammentreffen mit Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert (6. März); Klubobmann der ÖVP Karlheinz Kopf, Treffen mit der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe sowie mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, Präsident des Bundestages Norbert Lammert (3. und 4. März); Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Teilnahme an der Internationalen Tourismusmesse (11. März); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla (25. März); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Antrittsbesuch bei Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries (30. und 31. März), Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Treffen mit Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg (8. April), Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an internationaler Steuerkonferenz (23. Juni), Landeshauptmann Josef Pühringer, offizieller Besuch bei Ministerpräsident des Freistaates Bayern Horst Seehofer (7. Juli); Bundesminister Michael Spindelegger, Antrittsbesuch bei Bundesminister des Auswärtigen Frank-Walter Steinmeier (10. Juli 2009); Bundesministerin Maria Fekter, Gespräch mit Innenminister des Freistaates Bayern Joachim Herrmann (München, 8. August); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit Staatssekretär Ammon und Staatssekretär Silberberg im Auswärtigen Amt (16. September); Delegation der ÖVP-Frauen unter der Leitung von Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat, Treffen mit dem Bundesvorstand der Frauen Union der CDU (6. und 7. November); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme an den Feierlichkeiten aus Anlass des 20. Jahrestages des Mauerfalls (9. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Detlef Scheele, Gespräche mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Erich Foglar, Vorstandsmitglied des Arbeitsmarktservice Johannes Kopf, und mit dem ersten Präsidenten des Wiener Landtages Harry Kopietz (24.–26. Februar); Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, und Technologie des Freistaates Bayern Martin Zeil und Staatssekretärin für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie des Freistaates Bayern Katja Hessel, Gespräch mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner (2. März); Präsident des Senats und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Ole von Beust, Gespräch mit Landeshauptmann Josef Pühringer und Bürgermeister Franz Dobusch, Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (Linz und Wien, 28. April und 29. April); Präsident des Bundesverfassungsge-

Länderinformationen

richts Hans-Jürgen Papier in Begleitung einer Delegation des Bundesverfassungsgerichts, Besuch des Verfassungsgerichtshofs der Republik Österreich (14.–16. Mai); Reise des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Staatsminister Bernd Neumann nach Wien, Besuch von Landtagspräsident des Freistaates Sachsen Erich Ilten, Teilnahme an der Konferenz der Deutschen und Österreichischen LandtagspräsidentInnen (Graz, 21.–23. Juni); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, politische Gespräche (Salzburg, 27. und 28. Juni); Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert, Besuch der Bregenser Festspiele (Bregenz, 23. Juli); Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 7. und 8. August); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Besuch der Salzburger Festspiele, Politische Gespräche (Salzburg, 12. und 13. August); Bundespräsident a.D. Roman Herzog, Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach / Symposium – Europas Zukunft gestalten (Alpbach, 25. August); Regierender Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, Teilnahme an Feierlichkeiten zum 15. Amtsjubiläum von Bürgermeister Michael Häupl (12. und 13. September); Staatssekretär im Bundesministerium des Innern August Hanning, Gespräche mit Bundesministerin Maria Fekter (15. und 16. September); Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Jürgen Rüttgers, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am „Zukunftsforum Soziales“ des österreichischen Arbeitnehmerbundes, Veranstaltung der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft, Gespräch mit Generalsekretär der ÖVP Fritz Kaltenegger (2. und 3. Oktober); Präsident des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke, Gespräch mit Bundesministerin Maria Fekter (Salzburg und Saalfelden-Leogang, 21.- 23. Oktober); Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Freistaates Bayern Emilia Müller, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, (21. und 22. Oktober); Ministerpräsident von Baden-Württemberg Günther Oettinger, Gespräche mit Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, (22. und 23. Oktober); Bundesminister des Auswärtigen Guido Westerwelle, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer, Antrittsbesuch bei Bundesminister Michael Spindelegger (25. November).

Das Kulturforum Berlin wählte für die Aktivitäten des Jahres das übergreifende Motto „Aufeinander hören“. Dieser programmatische rote Faden sollte helfen, einerseits den Herausforderungen der speziellen inhaltlichen Schwerpunkte und andererseits den stets präsenten Anforderungen gerecht zu werden, die sich im kulturellen Leben und Arbeiten zwischen benachbarten und historisch eng miteinander verknüpften Kulturen ergeben und ein entsprechendes Feinsensorium verlangen. Im Rahmen des Schwerpunktthemas „1989/2009: Aufbruch in ein neues Europa“ wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Rezeption der Ereignisse im Europa des Jahres 1989 sowie der Folgen dieser Ereignisse auf einem in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Museum veranstalteten Symposium analysiert. Eine „Wendewoche“ im Oktober diente dem konzentrierten Hören auf Stellungnahmen und Verarbeitungsweisen der Kunst mit Bezug auf 1989, wobei besonders die Präsentationen zweier im Auftrag des KF entstandener Werke hervorzuheben sind: die Performance/Ausstellung „Art Protects You“ des Kärntner Künstlers Jochen Traar sowie das Hörstück „Leviathan“ des Tiroler Komponisten Sebastian Themessl. Der zweite Schwerpunkt „Haydn 2009“ (200. Todestag Joseph Haydns) beinhaltete ein Konzert des Haydn Trio Eisenstadt, ein Cross-Over-Auftritt der World Music Band „Hotel Palindrome“ zusammen mit der Pianistin Marialena Fernandes, den Marionetten-Kurzfilm („Haydns Nacht“ von Georg Jenisch) und das Festival „Potsdam – Sanssouci“, das 2009 ganz im Zeichen von „Haydns Welt“ stand.

Das Konzept „Aufeinander hören“ diente auch als programmatischer Leitgedanke in der Wahrnehmung einer der Hauptaufgaben des KF Berlin, nämlich durch die Schaffung von Präsentations- und Auftrittsmöglichkeiten die kreative und intellektuelle Strahlkraft Berlins für österreichische KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen nutzbar zu machen. Vor diesem Hintergrund wurde die Initiative „Zur Sprache gebracht – Wendelin Schmidt Dengler Herbstvorlesung“ ins Leben gerufen (erster Hauptredner der Dichter Ferdinand Schmatz); eine Serie begründet, die MusikerInnen wie Daniela Lechner, Alexander Kaibacher, Barbara Theler, Paul Gulda, Luis Gayo präsentierte; der „Philosophische Salon“, moderiert von Prof. Thomas Macho, fortgeführt (zu Gast: der Philosoph Peter Strasser aus Graz); weiterhin „Jazz an der ÖB Berlin“ gepflogen

Anhang

(Jazz-Depart: „Mountain Messenger“, Gypsy Jazz – Diknu Schneeberger Trio); und weiterhin Autorenlesungen (Andrea Grill, Klemens Renoldner) und Podiumsdiskussionen organisiert (unter den Teilnehmern: Paul Schulmeister, Botschafter i.R. Friedrich Bauer, Richard Wagner, u.v.a mehr). Der Kooperation mit Partnerinstitutionen und Festivals (z.B. Festspiele Potsdam Sanssouci, Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V., Deutsches Historisches Museum, u.a.) wurde besonderes Augenmerk geschenkt. Die alle zwei Monate erscheinende Publikation des KF „Kosmos Österreich“ mit einer Auflage von 4.000 Stück widmete sich unter anderem den Themen „Aufeinander hören“, „Die Sprache des Menschseins: Joseph Haydn und Joseph Roth“ oder „(W)Ende?“

Die österreichischen Exporte betragen 29.179,082 Millionen Euro (-16,7%), die österreichischen Importe 39.827,238 Euro (-17,9%).

Dominica (Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicholas Liverpool	Roosevelt Skerrit	Vince Henderson

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 381.000 Euro (+8,0%), die Importe 718.000 Euro (+9,8%).

Dominikanische Republik (Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Leonel Fernández Reyna	Carlos Morales Troncoso

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Santo Domingo – **Büro der österreichischen Botschaft Caracas; HGK**

Der Spielfilm „Volver la Vista- Der umgekehrte Blick“ wurde im Rahmen des Festivals „CINEUROPA“ gezeigt (10. Juni bis 1. Juli).

Vom 18.–20. November fand im Rahmen des „XIV Regionalforums: Biotreibstoffe und andere erneuerbare Energien“ die „Austria Showcase SANTO DOMINGO: Biobrennstoffe und andere Erneuerbare Energien“ in Santo Domingo statt.

Die österreichischen Exporte betragen 8,505 Millionen Euro (-21,9%), die Importe 12,383 Millionen Euro (-0,8%).

Dschibuti (Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ismael Omar Guelleh	Dilaita Mohamed Dilaita	Mahamoud Ali Youssouf

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – **HK; AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 1,459 Millionen Euro (-7,0%), die Importe 53.000 Euro (-75,9%).

*Länderinformationen***Ecuador
(Republik Ecuador), Quito**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Rafael Correa Delgado

Außenministerin
Fander Falconí Benítez

ÖB: siehe Kolumbien; Quito – **HGK;** Guayaquil – **HK;** **AHSt:** siehe Venezuela

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger traf mit Außenminister Fander Falconí Benítez am Rande des XIV. Außenministertreffens der EU-Rio Gruppe zusammen (Prag, 13. Mai).

Sechs Auslandsdiener waren im Rahmen von Sozialprojekten in Guayaquil und zwei in Quito im Einsatz.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 36.000 Euro erbracht.

Die Filme „Mein Stern“ von Valeska Grisebach und „Klimt“ von Raúl Ruiz wurden beim Eurocinefilmfestival in Quito, Guayaquil, Manta und Tumbaco aufgeführt (Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 21,350 Millionen Euro (+7,2%), die Importe 40,427 Millionen Euro (-14,3%).

**El Salvador
(Republik El Salvador), San Salvador**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Mauricio Funes
(seit 1. Juni)

Außenminister
Hugo Martínez
(seit 1. Juni)

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; San Salvador – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 200.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 3,166 Millionen Euro (-58,0%), die Importe 2,024 Millionen Euro (-35,0%).

**Eritrea
(Staat Eritrea), Asmara**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Isaias Afewerki

Außenminister
Osman Saleh Mohammed

ÖB: siehe Ägypten; **AHSt:** siehe Ägypten

Der Leiter der österreichischen Delegation beim Gipfel der Blockfreienbewegung, Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch traf am Rande der Konferenz mit Außenminister Osman Saleh Osman zu einem bilateralen Gespräch zusammen (Sharm El-Sheikh/Ägypten, 15. Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 26.000 Euro (-25,4%), die Importe 31.000 Euro (-75,4%).

**Estland
(Republik Estland), Tallinn**

Staatsoberhaupt
Toomas Hendrik Ilves

Regierungschef
Andrus Ansip

Außenminister
Urmas Paet

Anhang

Tallinn – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Treffen der EU-Parlamentspräsidentinnen (21. und 22. August); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Urmaz Paet sowie Unterzeichnung von zwei Abkommen (24. August); Stellvertretender Leiter der Integrations- und wirtschaftspolitischen Sektion im BMeiA, Botschafter Johannes Eigner, Gespräche im Außenministerium (28. April); Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer, Gespräche im Wirtschaftsministerium und im Außenministerium (4. Juni); Sektionsleiterin für Rechts- und Konsularangelegenheiten im BMeiA, Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger und stellvertretende Sektionsleiterin für Rechts- und Konsularangelegenheiten im BMeiA, Botschafterin Andrea Ikic-Böhm, Gespräche im Außenministerium sowie Unterzeichnung einer Vereinbarung (18. September).

Abschluss eines Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Estland über den Austausch und gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen (24. August). Abschluss eines Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Estland über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und konsularische Vertretungen ihrer Staaten im Verfahren der Visaerteilung (24. August). Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich und dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Estland über die Durchführung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Estland über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und konsularische Vertretungen ihrer Staaten im Verfahren der Visaerteilung (18. September).

Am 14. Oktober wurde dem estnischen Übersetzer und Germanisten Mati Sirkel das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst überreicht. Vorangegangen waren die beiden Buchpräsentationen und Lesungen aus den „Tagebüchern“ von Franz Kafka am 15. Mai sowie aus dem „Maskenspiel der Genien“ von Fritz von Herzmanovsky-Orlando am 27. Mai (Übersetzungen Mati Sirkel) im Stadttheater Tallinn.

„Das erste Wiener Gemüseeorchester“ konzertierte anlässlich des Europatages auf dem Rathausplatz in Tartu (9. Mai). Anlässlich des Haydn Jahres trat das Ensemble Consilium Musicum Wien im Barockschloss Kadriorg am 28. April und im Palast der Estnischen Akademie der Wissenschaften am 30. April auf. Orgelkonzerte von Thomas Daniel Schlee wurden am 14. März in Pärnu, am 15. März in Tartu und am 18. März in Tallinn gegeben.

Beim 13. Internationalen Black Nights Filmfestival in Tallinn (12. November bis 6. Dezember) waren Filme der österreichischen Regisseure „Lourdes“ von Jessica Hausner, „Women Without Men“ von Shirin Neshat, „The Bone Man“ von Wolfgang Murnberger, „FILM IS. a girl & a gun“ von Gustav Deutsch, „Contact High“ von Michael Glawogger, „For a Moment Freedom“ von Arash T. Riahi, „I, Don Giovanni“ von Carlos Saura, sowie „Das Weisse Band“ von Michael Haneke vertreten.

Im Estnischen Theater- und Musikmuseum in Tallinn wurde die Dokumentationsausstellung „Joseph Haydn“ gezeigt (3.–24. April). Die internationale Ausstellung „Blue-Collar Blues...“ wurde am 21. Dezember in der Kunsthalle Tallinn mit einer Installation „5 Factories – Worker Control in Venezuela“ des österreichischen Video- und Installationskünstlers Oliver Ressler und Dario Azzellini (Venezuela) in der Galerie der Kunsthalle Tallinn eröffnet.

„Das Schloss“ von Franz Kafka und „Geschichten aus dem Wienerwald“ von Ödön von Horvath hatten am Theater „Vanemuine“ Premiere.

Österreichische KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und LektorInnen nahmen an diversen Seminaren, Symposien, Konferenzen und Workshops in Estland teil.

Zu den wichtigsten österreichischen Exportprodukten nach Estland zählen Arzneimittel, Elektrogeräte, Stromverteiler, Alu- und Eisenkonstruktionen, Nahrungsmittelzubereitungen, Papier und Pappe, synthetische Fasern, Hebe- und Fördereinrichtungen, LKW und Spezialfahrzeuge sowie landwirtschaftliche Maschinenteile. Die wichtigsten Importprodukte aus Estland sind Schnittholz, Möbel, Fahrzeuganhänger, Seltenerdmetalle, Milcherzeugnisse, KFZ-Teile und Zubehör,

Länderinformationen

Chemikalien, Heimtextilien sowie orthopädische Apparate. Die wichtigsten österreichischen Direktinvestitionen in Estland wurden auf dem Versicherungssektor sowie in der Zellstoff-, Baumaterialien-, Verpackungs- und der Unterhaltungsindustrie getätigt.

Die österreichischen Exporte betragen 52,952 Millionen Euro (-57,9%), die Importe 36,798 Millionen Euro (+1,1%).

Fidschi

(Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt	Interimsregierung	Außenminister
Ratu Epeli Nailatikau (seit 5. November)	Josaia Voreqe (Frank) Bainimarama	Ratu Inoke Kubuabola (seit 3. August)

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 365.000 Euro (-87,7%), die Importe 599.000 Euro (+122,1%).

Finnland

(Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tarja Halonen	Matti Vanhanen	Alexander Stubb

Helsinki – **ÖB, HGK, AHSt;** Kajaani, Mikkeli, Oulu, Tampere, Turku, Vaasa – **HK**

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Botschafter Rudolf Lennkh, europapolitische Konsultationen im Außenministerium (10.–12. März); Sektionschef im BMWFJ Joseph Mayer, Besuch bei Unterstaatssekretär für Außenwirtschaftsbeziehungen im Außenministerium Pekka Huhtaniemi (14. April); Bundesrat Albrecht Konecny, Treffen des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (18. und 19. Mai); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Konsultationen mit Justizministerin Tuija Brax (1. und 2. Juni); Delegation unter Leitung des Präsidenten des Österreichischen Olympischen Komitees Leo Wallner, Teilnahme am 10. Europäischen Olympischen Jugendfestival (Tampere, 18.–25. Juli); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Zwischenaufenthalt auf Reise zu Parlamentspräsidententreffen in Tallinn, Informationsgespräch über Finnland (20. Juli); Vizebürgermeisterin von Linz Christiana Dolezal mit vierköpfiger Delegation, Besuch der Partnerstadt Tampere anlässlich der 230 Jahr-Feier (Tampere, 30. September bis 2. Oktober); Vizekanzler a.D. Wilhelm Molterer, Teilnahme am Seminar „Europe Reunited 1989 – Legacy and Vision“ des Universitätsforschungszentrums Aleksanteriintituts (9. November).

Besuche in Österreich: Vertreter des Antizipationsnetzwerks der Regierung und des Beratenden Ausschusses für Sektorenforschung, Besuch von IIASA (3. und 4. Februar); **Delegation des Unterrichtsministeriums** unter Leitung von Generaldirektor Tuomas Kurttila, Informationsreise zur Wahlberechtigung ab 16 Jahren (März); Parlamentarischer Unterausschuss für Wohnungsfragen und Umwelt, Konsultationen mit der Stadt Wien (21.–23. April); ehemalige Staatssekretärin im Außenministerium und Leiterin des Network for European Studies der Universität Helsinki Teija Tiilikainen, Teilnahme am Forum Wachau (15.–17. Mai); Ministerin für Gesundheit und soziale Dienste Paula Risikko, Teilnahme an einer Europaratskonferenz (16. und 17. Juni); ehemaliger Präsident Martti Ahtisaari, Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach (Alpbach, 29.–31. August) und an einem Türkei Symposium (9.–11. September); Staatssekretär im Außenministerium Pertti Torstila, Gastredner bei OSZE/Forum für Sicherheitszusammenarbeit (16. September); Finanzminister Jyrki Katainen, Besuch bei Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll (16. November).

Österreichische Kulturschaffende nahmen an einer großen Zahl von Ausstellungen, Musikveranstaltungen und Festivals teil. Der traditionelle Auftritt von österreichischen MusikerInnen beim

Anhang

Kuhmo-Festival setzte sich mit dem Minetti Quartett und Thomas Riebl fort. Botschafter Walter Siegl sprach über die Autonomie Südtirols im Rahmen eines Symposiums der Aue-Stiftung aus Anlass der 200-Jahrfeiern zur finnischen Autonomie. Zum Thema 20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs diskutierte ein hochrangig besetztes Panel mit Zeitzeugen aus den betroffenen Anrainerstaaten über die historischen Ereignisse, **Herausforderungen und Veränderungen sowie mögliche künftige Entwicklungen; Österreich war durch** Vizekanzler a.D. Wilhelm Molterer vertreten.

Die österreichischen Exporte betragen 435,288 Millionen Euro (-30,1%), die Importe 459,479 Millionen Euro (-29,1%).

Frankreich (Französische Republik), Paris

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicolas Sarkozy	François Fillon	Bernard Kouchner

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Strassburg – **GK, AHSt, ÖW**; Marseille – **HGK**; Ajaccio (vorübergehend geschlossen), Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete (vorübergehend geschlossen); Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Besuch der Alpinen Schiweltmeisterschaft (Val d'Isère, 12.–15. Februar); Abgeordnete zum Nationalrat Kai Jan Krainer, Christoph Matznetter und Konrad Steindl, Teilnahme am Hochrangigen OECD-Parlamentarierseminar „Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise“ (19. Februar); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Kovorsitz bei der OECD-Agrarministerkonferenz (25. und 26. Februar); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer mit Delegation, Teilnahme an der Konferenz der PräsidentInnen der Parlamente der Europäischen Union (26.–28. Februar); Bundeskanzler Werner Faymann, Arbeitsbesuch bei Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Premierminister François Fillon (3. und 4. März); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit OECD-Generalsekretär Angel Gurría (12. März); Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme am OECD-Ministertreffen für räumliche Entwicklung (31. März); Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger, Treffen mit Präsidentin des Arbeitgeberverbands (MEDEF) Laurence Parisot (14. April); Mitglieder des Bundesrates Franz Eduard Kühnel und Stefan Schennach, Teilnahme an der 56. Plenartagung der WEU-Versammlung (2.–4. Juni); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Präsident des Generalrates Haut-Rhin (Oberelsass, 13. Juni); Mitglied des Bundesrates Albrecht Konecny, Teilnahme am jährlichen Treffen der OECD und des Europarats (19. Juni); Staatssekretärin Christine Marek und Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme am OECD-Ministerrat „Wie weiter mit der Weltwirtschaft? Die Grundlage für eine starke, saubere und faire Weltwirtschaft legen“ (24. und 25. Juni); Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, Teilnahme an der Ministerkonferenz der Union für den Mittelmeerraum über Projekte für nachhaltige Entwicklung (25. Juni); Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme an der UNESCO-Weltkonferenz zur Hochschulbildung (6. und 7. Juli); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Teilnahme am Arbeits- und Sozialministerrat der OECD (28. und 29. September); Mitglieder des Wiener Gemeinderatsausschusses der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal unter Leitung von amtsführender Stadträtin Sandra Frauenberger, Studienreise, Treffen mit Stadtrat für internationale Beziehungen, europäische Angelegenheiten und Francophonie der Stadt Paris Pierre Schapira (28. September bis 1. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat Krainer, Teilnahme am Hochrangigen Parlamentarierseminar der OECD „Wie weiter mit der Weltwirtschaft? Nachhaltige Erholung und Arbeitsplätze“ (1. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme an der 35. UNESCO-Generalkonferenz (7.–9. Oktober); Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme am Ministertreffen der Arbeitsgruppe zu internationalen Finanztransaktionen und Entwicklung (22. Oktober); Abgeordnete zum Nationalrat Josef Cap, Marianne Hagenhofer, Christine Muttonen und Hannes Weninger, Treffen mit OECD-ExpertInnen (5. November); Abgeordnete zum Nationalrat Peter Fichtenbauer, Stefan Markowitz und Stefan Prähauser sowie Mitglieder des Bundesrates Kühnel und Schennach, Teilnahme an der 57. Plenartagung der WEU-Versammlung (1.–3. Dezember);

Länderinformationen

Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme am Pariser Gipfel zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (10. Dezember).

Besuche in Österreich: Senator Hubert Haenel, Teilnahme am Seminar „Die öffentliche Meinung und Europa“ (5. und 6. Mai); Senator Philippe Marini, Gespräche im BMF (28. und 29. Juni); Präsident der Nationalversammlung Armand Jung, Vizepräsidentin der Nationalversammlung Odette Duriez und Abgeordnete der Nationalversammlung Martine Carillon-Couvreur, Jean-Michel Ferrand und Claude Gatignol, Teilnahme am Besuch der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Frankreich-Österreich in Wien, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Präsident des Bundesrates Erwin Preiner (15.–17. September); Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei Bruno Le Maire, Teilnahme am Wiener Milchgipfel (12. und 13. Oktober); Bürgermeisterin von Lille Martine Aubry, Besuch in Wien mit dem Nationalorchester von Lille (1. November).

Das kulturelle Wirken des Österreichischen Kulturforums Paris stand im Zeichen bedeutender Jubiläen: „Annus Mirabilis 1989“ war der Titel eines Symposiums, das im April in der Österreichischen Botschaft stattfand. RepräsentantInnen des intellektuellen Lebens aus Frankreich und Österreich wie Friedrich Bauer, Emil Brix, Erhard Busek, Karl Markus Gauß, Catherine Horel, Allan Janik, Jaques Le Rider, Johann Marte, Wolfgang Petritsch und Otto Pfersmann nahmen an diesem Symposium teil, das den 20. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs zum Thema hatte. Weiters wurde in Zusammenarbeit mit dem Ungarischen Kulturinstitut Paris vom 12.–24. September eine Event-Serie unter dem Titel „Le Rideau de Fer“ im Jardin du Luxembourg präsentiert, deren Höhepunkt und Publikumsmagnet eine Installation in der Allée de Jeu de Longue Paume war. Der Schwerpunkt des Projekts lag auf dem österreichisch-ungarischen Grenzraum sowie dem Paneuropa-Picknick 1989. Eine Wagenkolonne von zwanzig Autos der Typen „Trabant“ und „Wartburg“ fuhr am Eröffnungstag mit deutschen, österreichischen und ungarischen Fahnen durch Paris.

Anlässlich des 70. Todestags von Joseph Roth fand als Hommage an den in Frankreich verstorbenen Schriftsteller und Journalisten ein Doppelprojekt statt: Unter dem Titel „Joseph Roth – L'exil à Paris“ wurde im Pariser Musée d'art et d'histoire du Judaïsme in Zusammenarbeit mit dem Literaturhaus Wien und unter Ehrenschutz der damaligen französischen Kulturministerin, Christine Albanel, in den Sommermonaten eine Ausstellung gezeigt. Briefe, Bilder, Videoprojektionen und Filmvorführungen zeugten vom Facettenreichtum des Künstlers und seines Werks. Im September fand ein internationales Kolloquium statt, das Roth-ExpertInnen und Studierende aus ganz Europa versammelte.

Der Pianist Robert Lehrbauer konzertierte am 18. Mai im Rahmen des Haydn-Gedenkjahrs im Grand Salon des Pariser Invalidendoms und brachte dem Publikum den musikalischen Werdegang Haydns näher. Der Wiener Concertverein führte im September zu Ehren von Joseph Haydn unter der Leitung von Christian Roschek in den Städten Marseille, Nizza und Vence eine Konzertreihe durch.

Anlässlich des 80. Geburtstags von Arnulf Rainer war im Musée d'art moderne in Saint-Étienne im Februar die Ausstellung „Paysages perdus“ zu sehen. Die in Zusammenarbeit mit der Galerie „Heike Curtze Wien“ und dem Direktor des Musée d'art moderne Loránd Hegyi organisierte Ausstellung zeigte einen bedeutenden Teil des Schaffens Arnulf Rainers.

Frankreich ist nach Deutschland, Italien, der Schweiz und den USA der fünfgrößte Abnehmer österreichischer Produkte und Dienstleistungen. Mehr als 70% dieser Lieferungen belaufen sich auf Investitionsgüter, etwa Maschinen, bearbeitete Waren, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, Kraftfahrzeuge und chemische Produkte. Als Lieferant Österreichs nimmt Frankreich die sechste Stelle hinter Deutschland, Italien, der Schweiz, China und Tschechien ein. Die wichtigsten Lieferungen aus Frankreich sind Kraftfahrzeuge, Maschinen, Halbfertigwaren, Lebensmittel und Konsumgüter. Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise gingen auch die Exporte von und nach Frankreich wertmäßig zurück, jedoch war der Außenhandel zwischen den beiden Ländern weniger stark betroffen als jener mit den meisten anderen europäischen Ländern. Von den etwa 220 österreichischen Betriebsniederlassungen in Frankreich sind 59 Produktionsstätten, rund 160

Anhang

Vertriebsniederlassungen und etliche andere Dienstleistungsbetriebe. Die Investitionen belaufen sich auf mehr als 820 Millionen Euro.

Die österreichischen Exporte betragen 3.708,895 Millionen Euro (-16,2%), die Importe 3.037,061 Millionen Euro (-19,9%).

Gabun (Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali-Ben Bongo	Paul Biyoghe Mba	Paul Toungui
Ondimba (seit 16. Oktober)		

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 15,133 Millionen Euro (+3,1%) Euro, die Importe 544.000 Euro (+2,5%).

Gambia (Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Yahya A.J.J. Jammeh	Ousman Jammeh (seit 11. September)

ÖB: siehe Senegal; Banjul – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche in Österreich: Energieminister Ousman Jammeh, Teilnahme an dem von Österreich organisierten Retreat für Signatarstaaten der International Renewable Energy Agency (IRENA) in Wien und Pichlarn (14.–17. April).

Für den Studienlehrgang am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim (ITH) erhielten 2008/2009 drei KandidatInnen aus Gambia Teilstipendien. Im Studienjahr 2009/10 wurden für den ITH-Studienlehrgang drei StipendiatInnen aus Gambia ausgewählt

Die österreichischen Exporte betragen 832.000 Euro (+19,8%), die Importe 33.000 Euro (-51,2%).

Georgien (Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Michail Saakaschwili	Nikoloz Gilauri	Grigol Waschadse

Wien – **ÖB;** Tbilisi – **HK, Österreich-Bibliothek; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Bilaterales Gespräch Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Grigol Waschadse am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 22. September) und beim OSZE-Ministerrat (Athen, 1. und 2. Dezember).

Österreich hat zwei Polizeibeamte und eine zivile Expertin an die Monitoring Mission der Europäischen Union in Georgien (EUMM Georgien) entsandt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 186.000 Euro erbracht.

Beim dreiwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatenInnen aus Südkasien und Zentralasien an der DA von 2.–27. November waren drei TeilnehmerInnen aus Georgien vertreten.

Länderinformationen

Österreich organisierte den Wettbewerb „Haydns Leben und Werk in der georgischen Malerei, Grafik und Plastik“ für Studenten der Staatlichen Georgischen Kunstakademie und die prämierten Werke wurden am 26. Oktober in Tbilisi ausgestellt.

Fünf österreichische Künstler nahmen am Künstlerworkshop im Rahmen des Kunstfestivals FESTINOVA in Akhalkalaki von 5.–16. August teil.

Professor Ingeborg Strobl hielt einen Workshop ab und verwirklichte eine photographische Dokumentation über das seit Jahren geschlossene Naturhistorische Museum der Stadt Tbilisi sowie landwirtschaftliche Praktiken in den entlegenen ländlichen Gebieten Georgiens.

Die Autorin Evelyn Grill gab in der Österreich-Bibliothek in Tbilisi eine Buchpräsentation (8. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 35,140 Millionen Euro (-22,6%), die Importe 6,951 Millionen Euro (+164,8%).

Ghana (Republik Ghana), Accra

Staatsoberhaupt und Regierungschef
John Evans Atta Mills
(seit 7. Jänner)

Außenminister
Muhammed Mumuni
(seit 27. Jänner)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria, Accra – HK

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2.500 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 10,782 Millionen Euro (+29,3%), die Importe 15,132 Millionen Euro (+414,1%).

Grenada (Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Tillman Thomas

Außenminister
Peter David

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Carlyle Arnold Glean

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Saint George's – HK

Vom 24.–27. November leitete in Saint George's eine österreichische Gesangspädagogin einen Gesangsworkshop. Als Abschluss fand auf Einladung der SEALES-Musikschule und des HK Saint George's ein musikalischer Österreich-Abend statt.

Die Ausbildung von Tourismusfachkräften in Österreich wurde durch die ADA unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 145.000 Euro (-33,6%), die Importe 484.000 Euro (+3,9%).

Griechenland (Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt
Karolos Papoulias

Regierungschef
Giorgos Papandreou
(seit 7. Oktober)

Außenministerin
Giorgos Papandreou
(seit 7. Oktober)

Anhang

Athen – **ÖB, HK, AHSt, ÖAI**; Heraklion, Hermoupolis/Syros, Korfu, Patras, Rhodos (geschlossen am 3. November), Thessaloniki – **HK**

Besuche aus Österreich: Sektionschef im BMUKK Michael Franz, Teilnahme an Südosteuropa-Kulturministerkonferenz (3. April); Abgeordnete zum Nationalrat und Bundesministerin a.D. Ursula Plassnik, Teilnahme an „Agora 2009“ – Frauen in Aktion für Europa (Rhodos, 3.–5. April); Sektionschef im BMUKK Michael Franz, Teilnahme an Eröffnung des Akropolis Museums (20. und 21. Juni); WKO Präsident Christoph Leitl, Teilnahme an Versammlung der „KMU Union“ (29. und 30. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Anton Heinzl, Gerhard Kurzmann, Karl Öllinger und Martina Schenk, Teilnahme an OSZE-PV (9.–12. Oktober); Bundesminister Michael Spindelegger, Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Teilnahme an OSZE Ministertreffen und Parlamentarischer Versammlung (1. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenministerin Dora Bakoyannis anlässlich OSZE Treffen (16. Jänner); Stellvertretender Außenminister Dimitris Droutsas (6. November).

Das neue bilaterale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. III Nr. 16/2009) trat am 1. April in Kraft.

Österreichische Ensembles und InterpretInnen aus den Bereichen Klassik und Jazz standen im Mittelpunkt zahlreicher musikalischer Veranstaltungen in Griechenland: Minetti Quartett (10. Februar), Katharina Gross (18. Februar), Original Wiener Johann Strauss Capelle (Thessaloniki, 16. März, Athen, 18. März), Camerata Salzburg (9. und 10. April), Bernd Reiter Trio (9.–11. April), Wolfgang Kogert (15. April), HDV Trio (Syros, 8. Mai, Athen, 9. Mai), Heinrich Schiff (15. Mai), Angela Tröndle & Mosaik (27. Mai), Christian Fennesz (13. Juni), Guitar4mation (Syros, 20. Juni, Athen, 22. Juni), Dorretta Carter (Heraklion, 1. Juli, Athen, 4. Juli), Christoph Pepe Auer Quartett (Kavala, 6. Juli), Haydn Trio Eisenstadt (Nemea, 7. Juli), Trombone Attraction (Korinth, 7. Juli), Christian Haimel & Austrian Guitar Quartet (Sikyon, 7. Juli), Trio Colore (Kos, 31. Juli, Nissyros, 1. August), Mozart Quartett Salzburg (Tinos, 1. August, Nemea, 6. August, Korfu, 7. August), Duo Nota Bene (Simi, 3. August, Kalymnos, 4. August, Rhodos, 7. August), Hotel Haydn (Korinth, 6. August), Neues Wiener Quartett (Sikyon, 6. August), Wiener Concertverein (Santorini, 6. September), Parov Stelar (19. September), Mnozil Brass (9. November), Manuel Lichtenwörher (15. November), Artis Quartett (7. Dezember), Wiener Mozart Orchester (28. und 29. Dezember).

Drei griechische Filmfestivals widmeten dem österreichischen Filmschaffen spezifische Schwerpunkte: das Dokumentarfilmfestival Thessaloniki (13.–22. März), das Kurzfilmfestival Drama (21.–26. September) und das Avantgarde Filmfestival Athen (12.–20. Oktober), bei dem Peter Kubelka sein Gesamtwerk präsentierte.

Die Ausstellung „Von der klassischen Moderne zur Postmoderne“ (28. April bis 27. Mai) zeigte Werke aus der Otto Mauer Sammlung des Dommuseums Wien. Die Ausstellungen „Flavours of Austria“ (19. Mai bis 30. Juni) und „Saint Ghetto“ (16. Juni bis 16. Juli) präsentierten Werke junger österreichischer KünstlerInnen.

Die österreichischen Exporte betragen 582,439 Millionen Euro (-22,7%), die Importe 133,794 Millionen Euro (-6,5%).

Großbritannien

(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	The Rt. Hon. Gordon Brown	The Rt. Hon. David Miliband

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Birmingham, Cayman Islands, Edinburgh – **HK**

Besuche aus Österreich: Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Ordensverleihung an die Choreographin Stella Mann (25.–27. Jänner); Abgeordnete zum Nationalrat Christine Muttonen, Abgeordnete zum Nationalrat Petra Bayr und Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds Han-

Länderinformationen

nah Lessing, The London Conference on Combating Antisemitism (15.–17. Februar); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Jahrestreffen EBRD Board of Governors, Treffen mit dem Parlamentarier und Schattenminister für Auswärtige Angelegenheiten David Lidington (London/Aylesbury, 15.–18. Mai); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister David Miliband, Ministerin für Afrika Baroness Glenys Kinnock, Staatssekretär für Transport Lord Howell, Parlamentarier (House of Lords) Lord Roper (17. September); Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer, Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag Klubobmann Christoph Drexler (23. Oktober); 55. Jahrestagung der NATO-PV, Teilnahme österreichisches Parlament, Delegationsleiter Abgeordneter zum Nationalrat Stefan Prähauer, Mitglied des Bundesrates Franz Eduard Kühnel, Abgeordneter zum Nationalrat Peter Fichtenbauer und Abgeordneter zum Nationalrat Stefan Markowitz (Edinburgh, 13.–17. November).

Besuche in Österreich: Treffen von Mitgliedern des britischen Parlamentarischen Außenpolitischen Ausschusses zu Global Security und Non Proliferation (Wassenaar Arrangement, CTBTO, OSZE, FSC, IAEO, bilateral) (14. und 15. Jänner); Charles Hendry, Schattenminister für Energie, Teilnahme an Europäischer Gas-Konferenz (29. und 30. Jänner); Mike O'Brien, Energieminister, Teilnahme an einer OPEC Konferenz (18. und 19. März); Baroness Anne Gibson of Market Rasen, Parlamentarierin (House of Lords), Teilnahme an der 5. IPU Women Speakers of Parliament Konferenz (13. und 14. Juli); Mitglieder des britischen parlamentarischen Finanzausschusses, Treffen mit österreichischen ParlamentarierInnen (1.–3. Dezember).

Das Haydn-Jahr wurde mit der Präsentation einer vom Haydn Trio Eisenstadt eingespielten CD-Sammlung mit allen von Joseph Haydn vertonten Gedichten des schottischen Nationaldichters Robert Burns an der Glasgow University eingeläutet. Das Orchestra of the Age of Enlightenment präsentierte im Londoner Southbank Center das Programm „Haydn in Oxford“. In Kooperation mit der Wigmore Hall und dem Ungarischen Kulturzentrum London veranstaltete das KF eine „Homage à Haydn“ und einen „Haydn Trail“. Das Festival „Haydn@Kings Place“ mit dem Projekt „Dedicated2Haydn“ von und mit dem Haydn Trio Eisenstadt sowie das humoristisch-makabre Dramolett „Bring Me the Head of Herr Haydn“ beschlossen im Herbst den Haydn-Veranstaltungsreigen.

Zum 20. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs präsentierte das KF die beiden Ausstellungen „Europe Work in Progress“ von Barbara Zeidler sowie „Travels in no-man's-land“ von Kurt Kaindl. Weiters organisierte das KF in Zusammenarbeit mit der University of Surrey und dem Ungarischen Kulturzentrum London die zweitägige, international und prominent besetzte Konferenz „The Fall of the ‚Iron Curtain‘ and the Culture of Europe: 1989 – 2009“.

Die Visual Arts Platform des KF präsentierte Einzelausstellungen von Andreas Heller („Blueprint for a Blackout“), Corinne L. Rush („Thinking around“), und Michael Gumhold („SPARTACUS, The : Complete : Rehearsal : Room : Recordings.“). In Kooperation mit der University of Sussex präsentierte das KF die Ausstellung „Word, Image, Memory: The Artistic Testimony of Arnold Daghani“, die dessen berührende, in Nazi-Arbeitslagern in der Ukraine und im Bershad Ghetto heimlich entstandenen Arbeiten sowie nach dem Krieg gemachte Werke zeigte. Ergänzt wurde dies durch einen Workshop zur Frage der (Möglichkeit von) Holocaust-Darstellung.

Im Musikbereich setzte das KF mit Konzerten von Adam Clifford (Schlagwerk), Stefan Stroissnig (Klavier), Alex Puhner (Bariton) & Senka Brankovic (Klavier) sowie Anna Magdalena Kokits (Klavier) die erfolgreiche New Artist Series fort. „Soundings“, die im Jahr 2004 vom KF gegründete Komponistenplattform, brachte unter dem Motto „Explore, Exchange, Engage“ Gerald Resch, Thomas Amann und Manuel de Roo aus Österreich mit Emily Howard, Claudia Molitor und David Fennessy aus Großbritannien zusammen und hatte im Jahr 2009 mit einem Gastspiel in der Alten Schmiede in Wien ihr Auslandsdebüt. Ein Konzert in der Wigmore Hall mit dem Fidelio Trio bildete im Dezember den Abschluss dieses Zyklus zeitgenössischer Musik. Zu erwähnen sei noch ein Gastspiel des Klangforum Wien, das unter der Leitung von H.K. Gruber im Londoner Barbican Centre „Die Dreigroschen Oper“ von Kurt Weill aufführte.

Das zehnjährige Bestehen der Filmproduktionsfirma coop99 wurde vom KF mit einem dreitägigen Filmzyklus in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut London gefeiert. Im Rahmen der

Anhang

regelmäßigen Vorführungen des CineClub des KF wurde u.a. „The Road to Mekka“ von Georg Misch gezeigt.

Viel beachtete österreichische Theaterproduktionen, welche unter Mitwirkung des KF zustande kamen, wurden in London, Oxford und Edinburgh gezeigt: „Holy Mothers“ („Die Präsidentinnen“) von Werner Schwab; „SACRED: Performing the Real“ (Festival-Kooperation von Chelsea Theatre London und brut Wien); „Shooting Rats“ („Rozznjogd“) von Peter Turrini; „Siberia“ („Sibirien“) von Felix Mitterer; „Dirt“ („Dreck“) von Robert Schneider, „Ritter Dene, Voss“ von Thomas Bernhard und (am KF selbst) „Schönberg on Parnassus“ von Carl Djerassi.

Bei zahlreichen Literaturveranstaltungen und Buchpräsentationen waren namhafte österreichische AutorInnen in London zu Gast: Robert Menasse, Anna Mitgutsch, Erich Hackl, Gabriele Petricek und Zdenka Becker sowie Daniel Kehlmann und Thomas Glavinic beim Literaturfestival Hay-on-Wye.

Im Rahmen seiner Mitgliedschaften bei EUNIC (European National Institutes of Culture) und ERCC (Exhibition Road Cultural Group) beteiligte sich das KF London bei der Lichtdesignausstellung „In Praise of Shadows“ im Victoria & Albert Museum (EUNIC), beim Exhibition Road Music Day (ERCC) und dem Creative Quarter (ERCC).

Vom Spätherbst 2008 bis Juni veranstaltete die Botschaft, zusammen mit dem KF und der „Wiener Library“, eine Vortragsserie über neueste Forschungsergebnisse zur österreichischen Geschichte in der Periode 1938–1945 sowie den Umgang damit in der Nachkriegszeit.

Die Wirtschaftskrise kombiniert mit der starken Abwertung des Pfund hat sich sehr negativ auf den Außenhandel mit Österreichs siebtwichtigstem Exportland ausgewirkt. Die Abwertung hat den britischen Exporteuren keinen Vorteil gebracht. Von großer Bedeutung ist auch der Austausch von Dienstleistungen, insbesondere der Reiseverkehr. Rund ein Drittel dieser „Exporte“ sind Reiseverkehreinnahmen. Die Ankünfte britischer Gäste gingen zurück.

Rund 230 österreichische Tochter- und Konzerngesellschaften sind in Großbritannien tätig, beschäftigen knapp 14.000 MitarbeiterInnen und investierten bisher insgesamt 3,9 Milliarden Euro. Unternehmen aus Großbritannien investierten in Österreich 4,5 Milliarden Euro und beschäftigen rund 7.000 Personen.

In einigen Bereichen wie z.B. erneuerbare Energien, Abfallwirtschaft, nachhaltiges Bauen, Sicherheit sind trotz Rezession gute Geschäftschancen vorhanden. Mit österreichischen Gruppen-Beteiligungen an fünf Fachmessen und der Betreuung von über 1.100 österreichischen Firmen war das Interesse am britischen Markt sehr gut. Für 2010 ist wieder mit einem leichten Anstieg der Exporte zu rechnen.

Die österreichischen Exporte betragen 2.870,518 Millionen Euro (-22,1%), die Importe 1.606,110 Millionen Euro (-23,6%).

Guatemala (Republik Guatemala), Guatemala-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Álvaro Colom

Außenminister
Haroldo Rodas

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Guatemala-Stadt – HGK, **Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit Unterrichtsminister Bienvenido Argueta (29.–31. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 735.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 10,562 Millionen Euro (-14,3%), die Importe 3,272 Millionen Euro (-18,8%).

*Länderinformationen***Guinea
(Republik Guinea), Conakry**

Staatsoberhaupt Moussa Dadis Camara	Regierungschef Kabiné Komara	Außenminister Alexandre Cécé Loua (seit 14. Jänner)
---	---------------------------------	---

ÖB: siehe Senegal; Conakry – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Eine Veranstaltungsreihe der westafrikanischen Menschenrechtsorganisation „Rencontre Africaine pour la Défense des Droits de l’Homme“ (Raddho) zur Wahlsensibilisierung und zur Rolle der Armee in einer Demokratie wurde von der Botschaft finanziell unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 15,087 Millionen Euro (+7,6%), die Importe 176.000 Euro (-84,9%).

**Guinea-Bissau
(Republik Guinea-Bissau), Bissau**

Staatsoberhaupt Malam Bacai Sanha (seit 8. September)	Regierungschef Carlos Gomes Jr.	Außenminister Adelino Mano Queta (seit 28. Oktober)
---	------------------------------------	---

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Besuche in Österreich: Justizminister Mamadu Saliu Jalo Pires, Teilnahme am ECOWAS-UNODC Runden Tisch zur Unterstützung des ECOWAS Aktionsplans gegen Drogenhandel und Organisierte Kriminalität (3. Dezember).

Mit Unterstützung der Botschaft wurde ein Comicband zur Friedenserziehung von Jugendlichen ins Portugiesische übersetzt und soll 2010 zur Verteilung kommen.

Die österreichischen Exporte betragen 1,202 Millionen Euro (+2,7%), die Importe 5.000 Euro (-0,6%).

**Guyana
(Kooperative Republik Guyana), Georgetown**

Staatsoberhaupt Bharrat Jagdeo	Regierungschef Samuel Archibald Hinds	Außenministerin Carolyn Rodrigues-Birkett
-----------------------------------	--	--

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Georgetown – **HK**

Von 9.–16. Oktober besuchte eine Delegation des Wiener Völkerkundemuseums Guyana und unterzeichnete namens des Museums mit dem Kulturministerium von Guyana eine Absichtserklärung über die zukünftige Kooperation. Weiters fand die Begehung der Sammlungen in vier Museen statt und es wurden Maßnahmen für die Konservierung der Objekte ausgearbeitet.

Die österreichischen Exporte betragen 233.000 Euro (-63,7%), die Importe 123.000 Euro (-60,4%).

**Haiti
(Republik Haiti), Port-au-Prince**

Staatsoberhaupt René Prével	Regierungschefin Jean-Max Bellerive (seit 11. November)	Außenminister Marie-Michèle Rey (seit 11. November)
--------------------------------	---	---

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Anhang

Besuche in Österreich: Außenminister Alrich Nicolas, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (16. September).

Die österreichischen Exporte betragen 2,305 Millionen Euro (+69,2%), die Importe 37.000 Euro (+13,9%).

Honduras (Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef
José Manuel Zelaya
(dessen am 28. Juni erfolgte Absetzung
wird von Österreich nicht anerkannt)

Außenministerin
Patricia Rodas
(seit 8. Jänner)
(am 28. Juni abgesetzt)

Der seit 28. Juni amtierende Interimspräsident Roberto Micheletti wird ebenso wie dessen seit 13. Juli amtierender Außenminister Carlos López von Österreich nicht anerkannt.

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 2,628 Millionen Euro (-32,0%), die Importe 4,507 Millionen Euro (-21,8%).

Indien (Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt
Pratibha Devisingh Patil

Regierungschef
Manmohan Singh

Außenminister
S.M. Krishna

New Delhi – **ÖB, AHSt, ÖW**; Mumbai – **HGK, Marketingbüro**; Chennai – **HK, Marketingbüro**; Kalkutta, Goa – **HK**

Besuche in Österreich: Parlamentspräsidentin Meira Kumar, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesminister Michael Spindelegger (14.–17. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 67.000 Euro erbracht.

Das Jahr 2009 stand ganz im Zeichen der Feierlichkeiten „60 Jahre Österreich-Indien diplomatische Beziehungen“.

Der Höhepunkt im Frühjahr war die Konzerttournee des Wiener Kammerorchesters mit insgesamt 32 Musikern im März. Neben drei Konzerten des gesamten Kammerorchesters in Delhi, Kalkutta und Mumbai erprobten die MusikerInnen gemeinsam mit dem bekannten indischen Musiker Kamal Sabri und seinem Orchester auch eine Fusion von indischer und westlicher klassischer Musik und traten weiters auch mit dem „Mozart Choir of India“ auf, ein Projekt des Österreichischen Kulturforums New Delhi. In Kalkutta wurde der Shillong Choir sowie Kinder des Projektes „ZUKI“ unter der Schirmherrschaft von Barbara Stöckl vom ORF eingeladen, gemeinsam mit dem Wiener Kammerorchester aufzutreten. Zusätzlich zu den großen Konzerten wurden noch insgesamt fünf Kammerkonzerte an denselben Abenden, verstreut in ganz Indien – Shillong, Goa, Pune, Mysore, Bangalore und Chennai – aufgeführt. Es war einmalig in Indien, dass in so vielen Städten gleichzeitig österreichische Konzerte stattfanden. Die Wiener Bälle in Delhi und Mumbai wurden von je 64 Debütanten mit der traditionellen Polonaise eröffnet. Um das Publikum entsprechend auf die Wiener Bälle vorzubereiten, wurden eine Woche zuvor Tanzkurse durchgeführt.

Österreich nahm mit dem Film „On the other side of the bridge“ am EU Filmfestival teil. Als Vorsitzland des EUNIC Clusters India führte Österreich gemeinsam mit den in Indien vertretenen EUNIC-Ländern im Oktober ein Filmfestival in Chennai durch, bei der als österreichischer Bei-

Länderinformationen

trag die österreichisch-britische Koproduktion „All the Queen's Men“ von Stefan Ruzowitzky gezeigt wurde.

In Kooperation mit der Springdale Secondary School in Amritsar studierte Andreas Ceska mit Jugendlichen aus Indien und Pakistan ein Theaterstück ein, das die Spannungen zwischen den beiden Völkern durch Kultur und gemeinsames Auftreten abbauen soll.

Das Haydn-Jahr 2009 wurde in Indien mit der Dokumentationsausstellung „Joseph Haydn – Ein musikalisches Universalgenie“ und Konzerten des Haydn Trio Eisenstadt gefeiert. Den Abschluss bildete ein gemeinsam mit dem ungarischen Kultur- und Informationszentrum veranstaltetes Konzert des Haydn Baryton Trios Budapest-Wien.

Die Zusammenarbeit mit indischen Universitäten wurde weiterhin verstärkt. Derzeit sind acht indische Universitäten Mitglieder im Eurasia-Pacific-Uninet. Es wurden mehrere Stipendien für Forschungsaufenthalte indischer und österreichischer Universitätsprofessoren vergeben. Im August veranstaltete das KF gemeinsam mit der Universität für Angewandte Kunst, dem Eurasia-Pacific-Uninet und dem National Museum Delhi die „Jubilee Conference 60 Years of Indo-Austrian Cooperation – Cultural Heritage Counts. Research, Conservation and Management“. Im Rahmen der Konferenz wurde auch ein Textilworkshop durchgeführt, an dem ca. 40 Experten aus dem Museumsbereich aus ganz Indien teilnahmen. Die österreichischen WissenschaftlerInnen unter der Leitung von Universitätsprofessorin Gabriela Krist konnten die indischen Teilnehmer von der Notwendigkeit und dem Wert von Konservierung von Kulturgütern überzeugen.

Im Dezember tagte erstmals die österreichisch-indische Gemischte Kommission im Rahmen des am 30. November 2007 in Delhi unterzeichneten und am 1. Oktober 2008 in Kraft getretenen Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Österreichische Technologie genießt in Indien einen sehr guten Ruf. Dem Technologietransfer mit oder ohne Joint Venture kommt eine große Bedeutung zu. Es existieren derzeit 90 österreichisch-indische Joint Ventures in Indien. Ausgezeichnete Lieferchancen für die österreichische Exportwirtschaft bestehen in den Branchen Bau und Infrastruktur (Energie, Straße/Schiene, Häfen, städtische Infrastruktur), Industriemodernisierung, Automotive, Elektrotechnik und Elektronik, Medizin- sowie Umweltechnik und Alternativenergien. Mehr als 500 österreichische Firmen waren im bilateralen Handel mit Indien involviert. Im Rahmen der Internationalisierungsoffensive des BMWFJ in Zusammenarbeit mit der WKÖ wurde Indien als Zukunftsdestination für österreichische Direktinvestitionen und Exporte speziell in den Bereichen Bau/Infrastruktur sowie Industriemodernisierung präsentiert. Im Juni wurden dazu in Wien, Graz und Linz österreichischen Unternehmen Seminare angeboten, in denen die Investitions- und Geschäftsmöglichkeiten in Indien erörtert wurden. Eine große Zahl österreichischer Unternehmen nahm dieses Angebot wahr. Über die AHSt wurden folgende österreichische Gruppen- und Katalogausstellungen bei Fachmessen organisiert: PlastIndia (Februar, Delhi), International Engineering and Technology Fair (Februar, Bangalore), International Food and Drinks Expo (Dezember, Delhi). Die ProHolz Austria, der österreichische Kiesel- und Schotterverband sowie die Sparte Handel der Wirtschaftskammer Kärnten unternahmen Marktsondierungsreisen nach Indien.

Die österreichischen Exporte betragen 560,418 Millionen Euro (-8,0%), die Importe 439,429 Millionen Euro (+5,9%).

Indonesien Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Susilo Bambang Yudhoyono

Außenminister
R. M. Marty Natalegawa
(seit 22. Oktober)

Jakarta – **ÖB, AHSt**; Bandung – **HK**

Anhang

Provisorische Inbetriebnahme des Honorarkonsulates in Bandung am 20. Juli.

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Botschafter Emil Brix (8. April) zu Wissenschaftskooperation und interkulturellen Dialog; Krisenunterstützungsteam (KUT) – Mission des BMeiA, BMI, BMLVS (26.–31. Oktober); Vorstand des Vereins „The MedCare Partners“ besuchte für Projektidentifikation im Gesundheitsbereich die Provinz Ost Nusa Tenggara (22. November bis 3. Dezember); Universitätsprofessor Peter Moser, Montanuniversität Leoben, auf Grundlage eines Arrangements mit Ausbildungsagentur des Energieministeriums (7.–11. Dezember); Jakob Wurm, Universität Wien, Teilnahme am 2. Bali Demokratieforum (10. und 11. Dezember).

Besuche in Österreich: Verleihung des Goldenen Ehrenkreuzes am Bande durch Bundesminister Johannes Hahn an Forschungsminister Kusmayanto Kadiman (5. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 3.000 Euro erbracht.

Österreich unterstützte über wissenschaftlich-universitäre Partnerschaften, insbesondere ASEAN-Uninet, die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen in Österreich und durch Vor-Ort-Stipendien an indonesischen Universitäten. Es wurden 18 indonesische Studierende/Forschende in Österreich unterstützt. Die Wirtschaftsuniversität Wien hat ein dreiwöchiges Sommerprogramm in Yogyakarta (Universitas Gadjah Mada, UGM) durchgeführt.

Vom 27.–29. Mai wurde an der juristischen Fakultät der Universität Wien ein Dialogsymposium zum Thema „Staat, Recht und Religion in pluralistischen Gesellschaften“ abgehalten. An der Akademie der Wissenschaften fand in Kooperation mit der indonesischen Botschaft ein Symposium zum Thema „Islam and Democracy – Indonesian Perspective and Experience“ statt (15. Juli).

An einer interreligiösen Veranstaltung im Rahmen des „Asia-Europe Meeting“ (ASEM) nahm eine österreichische Vertreterin teil (Yogyakarta, 9.–12. September).

Neujahrskonzert der „Symphonia Vienna“ (16. und 17. Jänner); Weiterführung der Kooperation des Wiener Völkerkundemuseum Kooperationsprojekt mit Museum Siwalima in Ambon im März; Teilnahme von „Parov Stelar“ am Java Jazz Festival (6.–8. März); deutschsprachiger Filmabend mit dem Oscar nominierten Film „Revanche“ von Götz Spielmann (27. Juni); Konzerte zeitgenössischer Musik des „ensemble on_line“ im Theater Salihara (14. und 15. Juli); Lancierung eines Buches in englischer und indonesischer Sprache „Austria & Indonesia“ beim Nationalfeiertagsempfang (26. Oktober); „Kempinski Vienna Ball“ in Jakarta (30. Oktober); Teilnahme am „Europe on Screen“ – EU Filmfestival in Jakarta und Banda Aceh mit dem Film „Blue Moon“ (30. Oktober bis 29. November); Teilnahme am „Jakarta International Film Festival“ (JiFFest) mit dem Film „Der Weg nach Mekka“ von Georg Misch (4.–12. Dezember).

Indonesien ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für österreichische Waren in Südostasien. Die österreichischen Exporte verzeichneten in den letzten Jahren beachtliche Zuwachsraten, gingen zuletzt in Folge der Finanzkrise allerdings etwas zurück. Die wichtigsten Ausführprodukte sind elektrische Ausrüstung, Maschinen, organische Chemikalien, Papier und Pappe.

Die österreichischen Exporte betragen 155,826 Millionen Euro (-31,7%), die Importe 164,544 Millionen Euro (-11,3%).

Irak (Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jalal Talabani	Nuri al-Maliki	Hoshyar Zebari

ÖB: siehe Jordanien; **AHSt** – Erbil (eingeschränkter Betrieb)

Treffen Bundespräsident Heinz Fischer mit dem irakischen Präsidenten Jalal Talabani am Rande der Eröffnung der 64.VN-CV (New York, 23. September).

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch Botschafter Franz Hörlberger an Präsident Jalal Talabani (10. November); Teilnahme der WKÖ und 7 österreichischer Aussteller an der 5. Internationalen Handelsmesse in Erbil, Region Kurdistan, vom 15.–19. Oktober; Arbeitsbesuch durch Botschafter Franz Hörlberger in Erbil anlässlich der Angelobung der neuen Regierung der Region Kurdistan am 28. Oktober und Ausrichtung des österreichischen Nationalfeiertagsempfanges am 29. Oktober in Anwesenheit von Massoud Barzani, Präsident der Region Kurdistan-Irak.

Besuche in Österreich: Gespräche des Präsidenten der Region Kurdistan-Irak, Massoud Barzani, mit Bundespräsident Heinz Fischer (4. November).

Luftverkehrsverhandlungen und Unterzeichnung einer Absichtserklärung am 14. Mai in Amman.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 4.500 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 79,864 Millionen Euro (+83,9%), die Importe 416,581 Millionen Euro (-44,0%).

Iran

(Islamische Republik Iran), Teheran

Oberster Führer	Staats- und Regierungschef	Außenminister
Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Mahmoud Ahmadinejad	Manouchehr Mottaki

Teheran – ÖB, KF, AHSt

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Peter Fichtenbauer bei Parlamentspräsident Ali Larijani und anderen Politikern und höheren Beamten (10.–12. Oktober); ÖIG-Präsident (Österreichisch-Iranische Gesellschaft), Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Gespräche mit mehreren iranischen (Ex-)Politikern, u.a. Ex-Vizepräsident Esfandiar Rahim Maschaie, Außenminister Manouchehr Mottaki, Ex-Präsident Mohammad Khatami (7.–10. Dezember).

Rund 2.500 KursteilnehmerInnen in etwa 125 Kursen mit zwölf Niveaustufen in mehr als 10.000 Unterrichtseinheiten nahmen das Angebot zur Sprachausbildung am Österreichischen Kulturforum Teheran in Anspruch, welche durch eine eigene Bibliothek sowie Mediathek ergänzt wird. Im Rahmen des ÖSD (Österreichisches Sprachdiplom Deutsch) wurden mehr als 300 internationale Sprachprüfungen abgenommen. Das Angebot des KF umfasst auch Lehrerfortbildungsveranstaltungen, etwa für iranische DeutschlehrerInnen, die Vermittlung von Know-how an andere Sprachinstitute sowie mehr als 70 kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen. Besonderes Augenmerk wurde dem Dialog der Kulturen gewidmet.

Mehrere österreichische KünstlerInnen besuchten den Iran und gaben Vorstellungen sowohl im KF als auch in iranischen Kulturzentren. Das KF ist auch Begegnungsort für junge iranische KünstlerInnen, die sich mit österreichischer Kultur befassen und Konzerte geben, beispielsweise ein Konzert in memoriam Joe Zawinul am 17. September, Rockkonzerte, Klassikabende etc. In Filmabenden, bei denen österreichische Filme gezeigt werden, können die KursteilnehmerInnen ihre Deutschkenntnisse perfektionieren. Wissenschaftliche Veranstaltungen, wie z.B. Vorträge zu den österreichischen Psychoanalytikern Freud, Adler und Frankl, zählten ebenso zum Programm des KF.

Die österreichischen Exporte betragen 324,986 Millionen Euro (+7,1%), die Importe 63,506 Millionen Euro (-61,0%).

*Anhang***Irland
(Irland), Dublin**

Staatsoberhaupt Mary McAleese	Regierungschef Brian Cowen	Außenminister Micheál Martin
----------------------------------	-------------------------------	---------------------------------

Dublin – ÖB, AHSt

Besuche in Österreich: Sozial- und Familienministerin Mary Hanafin, Teilnahme an einem Treffen der EU-Familienminister (15.–17. Juni); Landwirtschaftsminister Brendan Smith, Teilnahme an einem EU-Landwirtschaftsministertreffen (12. Oktober); Minister of State John Curran, Teilnahme an einer VN-Tagung (10.–12. März); Minister of State Michael Finneran, Teilnahme an einem ECE-Treffen (22.–24. November); Vizepräsident der irischen Abgeordnetenkammer Brendan Howlin, Teilnahme an einem Parlamentariertreffen (23.–25. Juni).

Die kulturellen Aktivitäten mit Österreichbezug umfassten ein breites Spektrum an Lesungen, Konzerten, Filmpräsentationen und Ausstellungsbeiträgen unter Mitwirkung von Künstlerinnen wie Dimitré Dinev, Olga Flor und Peter Tscherkassky. Anlässlich des Haydn-Gedenkjahres organisierte die Botschaft mehrere Konzerte sowie zwei Ausstellungen, darunter eine mit einem in Besitz der Österreichischen Nationalbibliothek befindlichen Haydn-Autograph. An der Eröffnung nahm die Direktorin der Österreichischen Nationalbibliothek, Johanna Rachinger, teil.

Im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit fand neben diversen Seminaren und Vorträgen die von der Österreichischen Nationalbank unterstützte jährliche Schrödinger Lecture Series an den Universitäten in Cork, Dublin und Limerick mit Markus Arndt, Professor für Quantennanophysik an der Universität Wien, statt. Weiters hielt Paul Luif, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik, die jährliche Austrian History Lecture an den Universitäten Cork, Maynooth und UCD Dublin.

Die österreichischen Exporte betragen 230,187 Millionen Euro (-12,5%), die Importe 527,647 Millionen Euro (-7,2%).

**Island
(Republik Island), Reykjavik**

Staatsoberhaupt Ólafur Ragnar Grímsson	Regierungschefin Jóhanna Sigurðardóttir (seit 1. Februar)	Außenminister Össur Skarphéðinsson (seit 1. Februar)
---	---	--

ÖB: siehe Dänemark; **AHSt:** Oslo (bis 30. Juni), Kopenhagen (seit 1. Juli); Reykjavik – **HGK**

Kulturell war Österreich mit einem Konzert des HDV Trios beim Reykjavik Jazzfestival (August) sowie zwei Beiträgen der Filmemacher Jessica Hausner und Ludwig Wüst beim Reykjavik International Film Festival (September) vertreten.

Die österreichischen Exporte betragen 12,587 Millionen Euro (-52,3%), die Importe 8,477 Millionen Euro (-25,3%).

**Israel
(Staat Israel), Jerusalem (West)**

Staatsoberhaupt Shimon Peres	Regierungschef Benjamin Netanyahu	Außenminister Avigdor Liberman
---------------------------------	--------------------------------------	-----------------------------------

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AHSt, ÖW**; Jerusalem, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich: Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Eröffnung der „Wiener Wochen“ aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der Stadt Tel Aviv (1.–4. April); Präsident des Rechnungshofes und Generalsekretär der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden

Länderinformationen

(INTOSAI) Josef Moser, offizieller Arbeitsbesuch in Israel (26.–30. Juli); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der ORF-Aktion „Friedenslicht“ (22.–24. November).

Besuche in Österreich: Bürgermeister von Tel Aviv Ron Huldai, Teilnahme an der Eröffnung des „Tel Aviv Beach“ in Wien (17. August); Außenminister Avigdor Liberman, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger (14. Oktober); Verteidigungsminister und Vizepremierminister Ehud Barak, Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Bundesminister Michael Spindelegger und Bundesminister Norbert Darabos, Unterzeichnung einer Absichtserklärung über die künftige bilaterale Zusammenarbeit der Verteidigungsministerien (14. Dezember).

Ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Staates Israel über gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen wurde in Wien am 19. Februar unterzeichnet und trat am 1. Dezember in Kraft.

Seit 1994 besteht das Projekt „Spurensuche“ / „Back to the Roots“ der Republik Österreich, das sich zum Ziel setzt, den Austausch zwischen israelischen und österreichischen Jugendlichen zu fördern. Dieses Jahr wurden zehn Jugendliche aus Israel eingeladen, sich gemeinsam mit zehn ÖsterreicherInnen auf eine Reise durch Österreich und seine Vergangenheit zu begeben, um nach Spuren ihrer Familien zu suchen. Im Mittelpunkt dieser Begegnung steht neben dem persönlichen Kennenlernen und dem interkulturellen Austausch vor allem die Auseinandersetzung mit der eigenen Familienbiographie im Hinblick auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs und den Holocaust.

Am 14. Mai trafen sich in der Residenz des österreichischen Botschafters rund 400 junge Menschen zum zweiten sog. „Red-White Clubbing“ für junge Israelis mit österreichischen Wurzeln und Nahebeziehungen zu Österreich.

Zehn österreichische Gedenkdiener arbeiteten in Israel in Institutionen des Holocaust-Gedenkens (drei in Yad Vashem in Jerusalem, einer im „Ghetto Fighters Museum“ in Akko), zur Unterstützung österreichischer Shoah-Überlebender in Altersheimen (einer im Anita Müller Cohens Parents Home in Ramat Chen) und fünf im Österreichischen Hospiz zur Heiligen Familie in Jerusalem.

Der Bereich der kulturellen Kooperation zwischen Österreich und Israel verzeichnet einen steten Anstieg an kulturellen Veranstaltungen aller Sparten. Darüber hinaus boten die 100-Jahr Feiern der Stadt Tel Aviv das ganze Jahr hindurch Anknüpfungspunkte für Kunst- und Kulturkooperationen, wobei insbesondere die von der Stadt Wien im April veranstalteten „Wiener Wochen“ mit einer Ausstellung über jüdische Schriftsteller der Zwischenkriegszeit und der Einrichtung eines Wiener Kaffeehauses im renommierten Cameri-Theater in Tel Aviv sowie der Durchführung von Wiener Filmtagen (10.–26. April) in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa hervorzuheben sind.

In Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Tel Aviv und mit Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten Belgien, Bulgarien, Zypern, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien und Großbritannien wurde vom 6. Februar bis 20. April die Ausstellung „Sounds and Visions“ in Israel präsentiert. Österreich war durch den österreichischen Videokünstler Kurt Hentschläger bei der Eröffnungsveranstaltung „European Video Art Exhibition“ am 6. Februar im Tel Aviv Museum vertreten. Vom 1.–15. April leitete der Vorarlberger Bildhauer Christian Peintner auf Einladung der beiden in Ramallah beheimateten Organisationen Open Workshop for Culture and Art (OWCA) und Women Affairs Technical Committee (WATC) zur Umsetzung des Projekts „Outside the Gallery: Celebrating Women in Culture“, den durch die Europäische Kommission geförderten Workshop mit der Produktion eines Wandgemäldes. Vom 25. Mai bis 20. Juni nahm der Wiener Medienkünstler Ger Ger alias Gerhard Schwoiger an dem von MoBY – Museums of Bat Yam veranstalteten gleichnamigen Festival teil.

Vom 27. Februar bis 14. März wurde die Schubertiade 2009 mit Auftritten des zehnköpfigen Schubert Ensembles in Tel-Aviv, Jerusalem, Haifa, Kibbutz Eilon, Beer-Sheva, Rishon-Lezion and Kfar Blum veranstaltet. Vom 21.–25. März gastierte die Sängerin Andrea Schwab und die Pianistin Asako Hosaki im Österreichischen Hospiz in Jerusalem, im Club der Österreicher in Tel Aviv

Anhang

sowie im Felicja Blumental Center in Tel Aviv. Auftritte von „Trio Exklusiv“, einem vierköpfigen Wiener Jazz-Ensemble bestehend aus Schlagzeuger Max Wolfsteiner, Trompeter Richie Klammer, Gitarrist Franz Reisecker und Multi-Instrumentalisten Martin Zrost erfolgten in der Zeit von 8.–17. April in Tel Aviv und Benyamina. Vom 23.–26. April gastierten im Rahmen der Konzertreihe „Jerusalem 2000“ und „Haifa 2000“ die Sopranistin Barbara Fink und der Organist Viseslav Jaklin mit Werken von Händel, Bach, Purcell, Duruflé und Franck in Israel. Mitwirkung von Kammersänger Neil Shicoff in der Rolle des Don José in Georges Bizets „Carmen“ Aufführung am 3. Juni mit anschließender Ordensverleihung in der Neuen Israelischen Oper in Tel Aviv durch den österreichischen Botschafter in Israel. Vom 7.–28. Juni wurden im Rahmen des vom Cellisten Erich Oscar Hütter und Christina Beck organisierten Festivals „Sounding Jerusalem“ Kammermusikkonzerte und Meisterkurs für Streichinstrumente, Klavier, Klarinette und Gesang unter Mitwirkung von Musikerpersönlichkeiten aus Österreich und ausgewählten jungen Künstlern aus Österreich, den Palästinensischen Autonomiegebieten und Israel in Jerusalem (Westteil und Altstadt), Abu Gosh, Ramallah, Bethlehem und Nablus veranstaltet. Im Zeitraum Mai bis Juni fanden mehrere Auftritte und Workshops des Komponisten Johannes Kretz der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien, in Zusammenarbeit mit dem in Wien lebenden Leiter von „Ensemble Nikel“, einem Musikensemble für zeitgenössische Musik im Felicja Blumental Center in Tel Aviv statt. Vom 24.–28. Oktober konzertierten fünf Musiker der Militärmusik Kärntens in Jerusalem, Herzliya und Haifa mit österreichischen Klassikern für Trompete, Posaune, Querflöte, Gitarre und Schlagwerk.

Im Zeitraum seiner Teilnahme an der alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Buchmesse in Jerusalem hielt Gennady Kagan vom 17.–20. Februar einen Vortrag zum Thema „Der Ruf aus Wien – die zionistische Bewegung unter dem Zarenadler“ im Club der Österreicher in Tel Aviv und im Altersheim in Haifa. Am 20. April fand die Aufführung des Vier-Personenstücks „Schuldig geboren“ nach einem Buch von Peter Sichrovsky unter der Regie des israelischen Regisseurs Boaz Trinker im Klub der Altösterreicher in Haifa statt. Der Kibbutz Nir David war am 29. April Austragungsort einer Aufführung eines Schattentheaters aus Anlaß des Haydn-Jahres 2009 unter Mitwirkung der beiden Schauspieler Emilio Campanella und Olga Mangarotti. Vom 3.–12. Mai wurden von Brigitte Neumeister Lesungen zum Thema „Österreichische Kaffeehausliteratur der Vergangenheit und Gegenwart“ in Haifa, Ramat Chen, Tel Aviv und Jerusalem abgehalten. Die Hebräische Universität in Jerusalem und die Klubs der Altösterreicher in Haifa und Tel Aviv waren vom 15.–18. Mai Treffpunkt für die Veranstaltung „Meine Sehnsucht ist wach. Gedichte und Prosa von Peter Turini“, gesprochen von Dagmar Schwarz, gesungen von Alexander Kaimbacher mit Klavierbegleitung von Anna Sushon. Mit internationalen Vertretern der Tanz- und Theaterszene wurde am 11. Dezember die einmonatige „International Dance and Theatre Exposure“ im Suzanne Dellal Centre in Tel Aviv eröffnet, an der Walter Heun, der neue künstlerische Leiter des Tanzquartiers Wien (TQW) teilnahm.

Im Österreichischen Hospiz in Jerusalem fand vom 21. Juni bis 30. Juli eine Präsentation der von Marcus Patka und Mirjana Stancic kuratierten Ausstellung „Die Analyse der Tyranis“ – Manès Sperber mit Bildmaterial aus Sammlungen von 40 Leihgebern aus Österreich, Deutschland, Frankreich, Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika statt. Vom 15. Juli bis 31. Oktober wurde die Ausstellung über Valie Export im Anna Ticho-Haus des Israel-Museums in Jerusalem gezeigt, ergänzt wurde die Veranstaltung durch das Filmscreening „The Practice of Love“ anlässlich des Jerusalem Film Festivals. Am 24. November wurde eine Ausstellung mit zehn Bronzeskulpturen des Tiroler Bildhauers Walter Flörl im Österreichischen Hospiz in der Jerusalemer Altstadt eröffnet, die bis 29. November zugänglich war.

Vom 5.–11. September absolvierten im Rahmen des ersten, vom Österreichischen Kulturforum initiierten „Young Professional Seminar“ österreichische VertreterInnen aus dem politischen, journalistischen, wirtschaftlichen und akademischen Bereich einen einwöchigen Aufenthalt mit Einblicken in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft Israels. Die Hebräische Universität Jerusalem war vom 22.–26. November Austragungsort des Jahrestreffens der Zentren für Österreich-Studien mit Teilnehmern des BMeiA, des BMWF, und den Mitarbeitern der Österreich-Zentren in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 203,378 Millionen Euro (-27,0%), die Importe 122,098 Millionen Euro (+5,8%).

Italien (Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Giorgio Napolitano	Silvio Berlusconi	Franco Frattini

Rom – **ÖB, KF, ÖHI, Zweigbüro AHSt**; Mailand – **GK, KF, AHSt, ÖW**; Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Triest, Turin, Venedig, Verona – **HK**; Padua – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter der Stadt Wien Senator h.c. Walter Nettig, Teilnahme am Wien Ball in Mailand (24. Jänner); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am Außenministertreffen zum Thema „Reform des VN-SR“ (4. und 5. Februar); Vizekanzler und Bundesminister a.D. Alois Mock, Ehrung mit dem Großen Verdienstorden des Landes Südtirol durch Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 16. Februar); Bundesministerin Doris Bures, Treffen mit Verkehrsminister Altero Matteoli (6. und 7. März); Bundesministerin Doris Bures und Landeshauptmann Günther Platter, Unterzeichnung eines Memorandums zum Brennerbasistunnel mit Verkehrsminister Altero Matteoli (18. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme an der Eröffnung der Biennale in Venedig (4. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am informellen multilateralen Treffen der Staatsoberhäupter (Neapel, 12. und 13. Juni); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Premierminister Silvio Berlusconi (25. und 26. Juni); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Franco Frattini, Abgeordnetenkommissionpräsident Gianfranco Fini und Vorsitzendem der außenpolitischen Kommission im Senat, Premierminister a.D. Lamberto Dini (21. Juli); Bundesministerin Maria Fekter, Treffen mit Innenminister Roberto Maroni (8. Oktober); Vizebürgermeisterin und Stadträtin Renate Brauner, Teilnahme am Wien Ball in Rom (23. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied und Präsident des Bundesrates Erwin Preiner, Teilnahme am Konzert der Wiener Sängerknaben auf Einladung von Staatspräsident Giorgio Napolitano (13. Dezember).

Besuche in Österreich: Landeshauptmann Luis Durnwalder, SVP-Obmann Elmar Pichler Rolle, Kammerabgeordneter Siegfried Brugger und Senatorin Helga Thaler Außerhofer, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (6. März); SVP-Obmann Elmar Pichler Rolle und Landeshauptmann Luis Durnwalder, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann (17. März).

Am 24. März (Wien), 16. Juni (Rom) und 5. Dezember (Wien) fanden Sitzungen der Zwischenstaatlichen Kommission zwischen Österreich und Italien zum Brenner Basistunnel statt. Am 18. Mai unterzeichneten Bundesministerin Doris Bures und die Verkehrsminister von Italien, Altero Matteoli, und Deutschland, Wolfgang Tiefensee, Vizepräsident Verkehr-Kommissar Antonio Tajani, TEN-1 (Berlin – Palermo) Koordinator Karel Van Miert sowie Vertreter der Bahngesellschaften ÖBB IB, Rete Ferroviaria Italiana (Gruppo FS) und der DB Netz AG in Rom eine Absichtserklärung zwischen Österreich, Italien und Deutschland zum Ausbau der Brennerbahnlinie.

Am 1. Jänner trat das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Titel aus dem Jahr 2008 in Kraft.

Das KF Rom misst der Arbeit der AustauschlektorInnen große Bedeutung im Rahmen der Sprach- und Kulturvermittlung bei. Trotz einer Gesetzesänderung 2008, mit der Italien die administrative Grundlage für deren Weiterbeschäftigung abgeschafft hat, konnten von den bisher sieben österreichischen AustauschlektorInnen derzeit vier unter anderer Bezeichnung aber zu großteils unveränderten, für die betroffenen jungen österreichischen AkademikerInnen akzeptablen Bedingungen zumindest für das Studienjahr 2009/2010 aufrecht erhalten werden: Triest, Neapel, Venedig und Roma Tre.

Anhang

An der Universität Florenz hat die vormalige Austauschlektorin vorerst einen Vertrag für die beiden letzten Monate 2009 erhalten, ein weiterer Vertrag für 2010 soll im Jänner folgen. Die Universität Pisa hat auf Basis der eingetretenen Gesetzesänderung ebenfalls mit dem grundsätzlichen Beschluss reagiert, weiterhin eine/n junge/n österreichische/n Akademiker/in beschäftigen zu wollen, und führt das Auswahlverfahren nochmals durch. Keine Anstellung mehr angeboten wurde der früheren Austauschlektorin an der Universität Bari. Derzeit wird dort stattdessen die Schaffung eines Postens für eine/n Assistenten/in der deutschen Sprache geprüft.

Das KF Rom beging das Haydn-Jahr 2009 mit einer Reihe von Veranstaltungen: in Zusammenarbeit mit der Accademia Filarmonica Romana gab das Haydn Trio Eisenstadt am KF ein Konzert (23. März). Das Orchestra Sinfonica di Roma beteiligte sich mit einer Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung“ im Auditorium Conciliazione in Rom (31. Mai und 1. Juni) am Projekt „World Creation“ der Haydn-Festspiele Eisenstadt, Margarete Babinsky, Klavier, Karin Leitner, Flöte, und Georg Lehner, Bariton, konzertierte am KF (22. April) und in Catania (23. April) und der Concilium Musicum Wien gastierte in Florenz (8. Oktober).

Die musikalischen Initiativen umfassten außerdem ein Konzert des Tris Trio mit Musik verfehmter KomponistInnen aus Anlass des Holocaustgedenktes im KF Rom (26. Jänner), einen Liederabend von Lydia Easley und Enrico Maria Polimanti, (12. Februar), ein Konzert für Akkordeon und Violoncello mit Klaus Paier und Asja Valcic (Rom, 4. März), ein Open-Air-Konzert am KF für Flöte und Percussions mit Francesca Canali und der Gruppe Tetraktis (19. Juni), einen Auftritt des Jazz-Trios HDV am KF Rom (1. Oktober) und ein Auftritt des Geigers Erich Binder in Florenz (20. Oktober).

Im Rahmen der Ausstellungstätigkeit sind zu nennen: das Projekt „Rome International Springacademy“, eine Schau mit Arbeiten der bildenden KünstlerInnen Mohamed Abla (Ägypten), Maria Bussmann (Österreich), Andrea Fogli (Italien) und Rivka Rinn (Israel) am KF (16.–24. April), die in Zusammenarbeit mit der Internationalen Sommerakademie Salzburg veranstaltet und von einem Workshop zum Thema „Die zeitgenössische Kunst zwischen nationaler Identität und Globalisierung, zwischen Erinnerung und Vision“ (16. April am KF) begleitet wurde. Eine Reihe von farbenfrohen Installationen der österreichischen Bildhauerin Katharina Heinrich im Haus und im Garten des KF (20. Mai bis 1. Oktober) sowie das internationale Ausstellungsprojekt „Cella – Strukturen der Ausgrenzung und Disziplinierung“ (5.–23. November). Die Schau zeigte Arbeiten von 38 KünstlerInnen aus verschiedenen Ländern, wie Gerwald Rockenschau, Lois Weinberger, Pipilotti Rist, Giuseppe Penone und Jannis Kounellis. Furore in den Medien machte v.a. die vorzeitige Schließung der Ausstellung im ehemaligen barocken Jugendgefängnis im römischen Stadtteil Trastevere wegen einer nicht genehmigten Performance des Vorarlberger Künstlers Platz.

Der Schwerpunkt zur zeitgenössischen österreichischen Literatur wurde fortgesetzt mit Lesungen im KF Rom von Sabine Gruber aus ihrem Roman „Über Nacht“ (3. Februar), aus „Die grüne Seite“ von Alfred Kolleritsch (11. März), Angelika Reitzer aus „Frauen in Vasen“ (5. Mai), Thomas Glavinic aus „Die Arbeit der Nacht“ (4. Juni), aus „Elisabeth II“ von Thomas Bernhard (12. Oktober) sowie mit Dimitré Dinev aus „Engelszungen“ (Neapel, 3. November).

Zwei Jahrestage prägten das Programm des KF Mailand. Dem 20. Jahrestag des Falles des Eisernen Vorhangs waren eine gemeinsam mit den Vertretungsbehörden Deutschlands, Polens, Ungarns, der Slowakei und der Tschechischen Republik organisierte Fotoausstellung und ein Symposium an der Staatlichen Universität Mailand im Mai gewidmet, in dessen Rahmen prominente Zeitzeugen und Historiker das Wendejahr 1989 beleuchteten. Die dokumentarische Fotoausstellung wurde in der Folge auch beim Mittelfest in Cividale del Friuli im Juli präsentiert.

Anlässlich des 200. Todestags von Joseph Haydn veranstaltete das KF Mailand ein internationales Symposium mit renommierten Experten und vermittelte ein Konzert des Haydn Trio Eisenstadt sowie eine Dokumentationsausstellung der Haydn Festspiele Eisenstadt am Mailänder Konservatorium. Eine Puppentheater-Aufführung der Haydn-Oper „Der Apotheker“ in der Casa Goldoni in Venedig, ein Konzert der Pianistin Sigrid Trummer mit Stücken von Zeitgenössinnen Haydns sowie ein Vortrag der Musikwissenschaftlerin Maria Giovanna Forlani am KF ergänzten das Programm anlässlich des Haydn-Jahres 2009.

Länderinformationen

Im Musikbereich konnten außerdem mehrere Konzerte von jungen, innovativen Musikern, die im Rahmen des Programms „New Austrian Sound of Music“ vom BMeiA unterstützt werden, vermittelt werden. So traten Pepe Auer & Manu Delago sowie Klaus Paier & Asja Valcic beim Festival Trieste loves Jazz (Juli) auf, Paier & Valcic darüber hinaus – wie auch die Gruppe Ángela Tröndle & Mosaic – auch beim Veneto Jazz Festival. Das Bläserquartett Trombone Attraction gab im Rahmen des Stresa Festivals ein Konzert und das Duo Stroissnig & Karvaj wurden vom Mittelfest in Cividale verpflichtet.

Unter den Ausstellungen, die vom KF Mailand organisiert bzw. unterstützt wurden, sollen die vom Studio JULAND kuratierte Schau „Pure Austrian Design“ sowie eine historisch-architektonische Ausstellung über die Wiener Flaktürme hervorgehoben werden, die beide in Mailand stattfanden. Der 20. Todestag von Thomas Bernhard war Anlass einer Fotoausstellung der Bernhard-Stiftung in der Österreich-Bibliothek in Trient sowie einer szenischen Lesung mit eigens für den Anlass komponierter zeitgenössischer Musik am Teatro San Giorgio in Udine. Im Literatur- und Theaterbereich wurden ferner ein Symposium über den Poesie-Nachlass von Ingeborg Bachmann an der Universität Verona und Lesungen von Raoul Schrott, Sonja Harter und Ilija Trojanow in Genua sowie von Renate Welsh in Mailand unterstützt. Außerdem wurde eine szenische Lesung von Kathrin Röggla erstmals ins Italienische übersetztem Werk Fake Report am Teatro Filodrammatici in Mailand in Anwesenheit der Autorin initiiert.

Im Filmbereich sei besonders auf die Haneke-Retrospektive in Mailand und Lodi im Oktober sowie auf die erfolgreiche Teilnahme der Regisseurin Eni Brandner am diesjährigen Festival Invideo in Mailand hingewiesen, die den Preis „Unter 35“ erhielt.

Italien ist trotz der angespannten Wirtschaftslage nach wie vor unangefochten Österreichs zweitwichtigster Handelspartner. Der Schwerpunkt des Handels liegt mit rund 80–85% der österreichischen Lieferungen eindeutig im Norden des Landes. Auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet sich dort. Die Lieferungen verteilen sich praktisch über alle Sektoren, wovon als wichtigste Holz und Holzwaren, Eisen und Stahl, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte, Fahrzeuge, elektrotechnische Geräte und Kunststoffe sowie Nahrungsmittel zu nennen sind.

Die österreichischen Exporte betragen 7.586,452 Millionen Euro (-24,8%), die Importe 6.627,355 Millionen Euro (-19,9%).

Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Orette Bruce Golding	Kenneth Baugh

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Patrick Linton Allen (seit 26. Februar)

ÖB: siehe Kanada; **AHSt:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Eine jamaikanische Diplomatin nahm mit Unterstützung des BMeiA am 37. Direktorentreffen Diplomatischer Akademien teil, das von 23.–25. September an der Diplomatischen Akademie in Wien stattfand.

Zwei jamaikanische Stipendienempfänger absolvierten Lehrgänge an der Tourismusschule in Klessheim (Institute of Tourism and Hotel Management).

Der jamaikanische Skirennläufer Errol Kerr wurde vom Österreichischen Skiverband im November eingeladen, einige Tage gemeinsam mit dem österreichischen Skiteam zu trainieren.

Anhang

Am Caribbean Renewable Energy Forum (15. und 16. Oktober, Montego Bay), nahmen fünf österreichische Unternehmen u.a. aus den Bereichen Solarenergie, Wasserkraft und Biobrennstoffe teil.

Die österreichischen Exporte betragen 3,837 Millionen Euro (-58,0%), die Importe 2,381 Millionen Euro (+99,0%).

Japan (Japan), Tokio

Staatsoberhaupt
Kaiser Akihito

Regierungschef
Yukio Hatoyama
(seit 16. September)

Außenminister
Katsuya Okada
(seit 16. September)

Tokio – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, Wien-Büro**; Osaka – **HGK**; Sapporo, Nagoya, Hiroshima – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Gespräch mit Außenminister Hirofumi Nakasone und Eröffnung des Wienballs als Auftaktveranstaltung des Österreich-Japan Jahres 2009 (23. und 24. Jänner); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Abgeordnetendelegation, offizieller Besuch, Gespräche mit Präsident des Repräsentantenhauses Yohei Kono, Präsident des Oberhauses Satsuki Eda, Außenminister Hirofumi Nakasone, Minister für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Ryo Shionoya, mit Prinz Akishino sowie den stellvertretenden Gouverneuren der Präfekturen Hiroshima und Kyoto (Tokio, Hiroshima, Kyoto, 26.–31. Jänner); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Eröffnung von Umwelttechnologieseminar und Österreichwoche (15.–20. März); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung der BundesministerInnen Claudia Schmied, Doris Bures, Johannes Hahn, Reinhold Mitterlehner und des Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl, Offizieller Arbeitsbesuch, Audienz bei Kaiser Akihito, Gespräche mit Premierminister Yukio Hatoyama, Präsident des Repräsentantenhauses Takahiro Yokomichi, Präsident des Oberhauses Satsuki Eda, Teilnahme an der Eröffnung des „Japanese – Austrian Policy Dialogue on Higher Education, Science and Research“, und am „Austria Japan Economic Forum“, Treffen mit dem Bürgermeister der Stadt Osaka, Kunio Hiramatsu, und dem Gouverneur der Provinz Kyoto, Keiji Yamada (Tokio, Osaka, Kyoto, 30. September bis 3. Oktober).

Besuche in Österreich: Prinz und Prinzessin Akishino, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Margit Fischer sowie mit Landeshauptmann Hans Niessl (Wien, Klosterneuburg, Eisenstadt; 10.–13. Mai).

Das Österreich-Japan Jahr 2009 aus Anlass des 140-jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bot Gelegenheit für eine umfassende Präsentation Österreichs, deren besonderer Schwerpunkt im Bereich der Kultur lag.

Die offizielle Eröffnung des Festjahres fand in Form eines hochrangig besuchten Wien-Balls mit Bundesminister Michael Spindelegger und dem Prinzenpaar Akishino als Ehrengästen statt. Von den rund 400 Musikveranstaltungen können neben den traditionellen Tourneen der Wiener Sängerknaben und der Wiener Philharmoniker sowie Auftritten zahlreicher Ensembles und Solisten die Präsentation von Mozarts Kindergeige durch die Internationale Stiftung Mozarteum Salzburg im National Art Center Tokyo und ein österreichisch-japanisch genreübergreifendes Barockoperprojekt des Tokyo Ensembles im New National Theatre (Tokio) stellvertretend genannt werden. Das Haydn Jahr 2009 fand in Japan Ende Dezember mit einer Tournee des Haydn Trios Eisenstadt seinen musikalischen Abschluss.

Besonderes Publikumsinteresse verzeichnete die Ausstellung des Kunsthistorischen Museums „The Habsburgs“ im National Art Center Tokyo, bei der unter anderem erstmals einige der von Kaiser Meiji anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1869 an Kaiser Franz Joseph I. gesandten Geschenke in Japan gezeigt wurden. Die Ausstellung des Wien Museums „Klimt, Schiele and Viennese Art at the turn of the Century“ begeisterte in Sapporo, Osaka und Tokio; Kunstschatze aus dem Hofmobiliendepot und Schloss Schönbrunn wurden im Fuji Art Museum, Tokio, unter dem Titel „Palaces in Austria“ präsentiert. Eine Ausstellung im Kulturforum wid-

Länderinformationen

mete sich dem ab 1869 während mehrerer Jahre in Japan tätig gewesenen Ausseer Photographen Michael Moser.

Ebenso vielfältig gestaltete sich die Präsentation zeitgenössischer Kunst: „The Kaleidoscopic Eye“ im Mori Art Museum (Tokio) zeigte einen Querschnitt der in Wien beheimateten Sammlung Thyssen-Bornemisza Art Contemporary. Das NTT InterCommunications Center (ICC) in Tokio setzte mit der Ausstellung „COOP HIMMELB(L)AU: Future Revisited“ einen mit interaktiven Installationen die Verbindung von Architektur und Informationstechnologie darstellenden Architekturschwerpunkt; bei der Echigo-Tsumari Art Triennial 2009 war Österreich durch Dorothee Golz vertreten. Das Medienkunst-Festival CODED CULTURES fand nach einer Veranstaltungsreihe im Museumsquartier Wien seine erfolgreiche Fortsetzung in Yokohama und Tokio. Zeitgenössischem Design, Mode und Musik war die von Vizebürgermeisterin Renate Brauner eröffnete Veranstaltungsreihe „spot on Wien“ während der Tokyo Design Week gewidmet. Bei der als Sonderveranstaltung der „9th Japan Fashion Week in Tokyo“ von der Botschaft organisierten Kultur-Modeschau „Dirndl meets Kimono“ fanden klassische Tracht und Kreationen von Jungdesignern beider Länder regen Zuspruch. Beiträge und Erinnerungen von 40 Autoren illustrieren in einer zweisprachigen, von der Botschaft herausgegebenen Festpublikation „Österreichisch-Japanische Begegnungen, 140 Jahre freundschaftliche Beziehungen“.

Die österreichischen Exporte betragen 772,035 Millionen Euro (-23,0%), die Importe 1.513,556 Millionen Euro (-19,7%).

Jemen (Republik Jemen), Sana'a

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Ali Mohammed Mujawar	Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi

ÖB: siehe Oman; Sana'a – **HK;** **AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Besuche in Österreich: Ministerin für Soziale Angelegenheiten und Arbeit Amat Al Hawri traf Bundesminister Rudolf Hundstorfer und besuchte das SOS-Kinderdorf Hinterbrühl (3. Juni); der erste Staatssekretär im Außenministerium Muhyi Eddine Abdullah A'Dhabi führte im BMEiA Gespräche (4. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 16,466 Millionen Euro (+3,7%), die Importe 201.000 Euro (+154,0%).

Jordanien (Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt:	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II bin Al-Hussein	Samir Rifai (seit 14. Dezember)	Nasser Judeh (seit 14. Dezember)

Amman – **ÖB**

Besuche aus Österreich: Eintägiger Workshop am 30. April für Angehörige der Botschaft und der jordanischen Korruptionsbekämpfungsbehörde, bei dem zwei Beamte der BIA referierten. Teilnahme von Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach als Vertreter des österreichischen Parlamentes am Treffen des Erweiterten Präsidiums der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (EMPV) am 4. Juli in Amman.

Besuche in Österreich: Teilnahme von Prinz Hassan am 18. Mai an der Sitzung des Ad-hoc Ausschusses zu Energie, Umwelt und Wasser der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung im österreichischen Parlament und Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer. Teilnahme des jordanischen Umweltministers Khalid Irani am Treffen des Ad-hoc Ausschusses zu Energie, Umwelt und Wasser der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (Linz, 12. und

Anhang

13. Oktober); Justizminister Aiman Awdah, Arbeitsbesuch (15. und 16. Oktober); Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Generalmajor Mazen Al Qadi, Arbeitsbesuch (10. Dezember).

Luftverkehrsverhandlungen und Unterzeichnung einer Absichtserklärung am 13. Mai in Amman.

Teilnahme einer vierköpfigen Schülerdelegation des Commercial College in Baden am 29. Arabischen Kinderkongress in Amman vom 5.–11. Juli.

Beim 21. EU-Filmfestival vom 1.–16. November wurde der österreichische Film „Kleine Fische“ von Marco Antoniazzi vorgeführt. Am 21. und 22. November gastierte das Villa Lobos Trio in Amman.

Die österreichischen Exporte betragen 50,092 Millionen Euro (-13,2%); die Importe 6,184 Millionen Euro (+76,4%).

Kambodscha

(Königreich Kambodscha), Phnom Penh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni	Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Teilnahme Botschafter Rudolf Lennkh, Leiter der Sektion für Integration und Wirtschaftspolitik im BMeiA, am EU – ASEAN Ministertreffen, Phnom Penh (27.–29. Mai); Delegationsreise des Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften nach Kambodscha, Laos und Myanmar (17. Oktober bis 17. November).

Im Rahmen der OEZA stehen Stipendien für WissenschaftlerInnen und ForscherInnen aus Kambodscha zur Verfügung. Im Oktober 2007 wurde eine Vereinbarung zwischen Österreich und Thailand für ein ASEA Uninet Thailand On Place Scholarship Programme für Studierende aus Myanmar, Laos und Kambodscha, unterzeichnet. Damit können Studierende aus den drei Ländern mit österreichischen Mitteln an Universitäten in Thailand studieren.

Die österreichischen Exporte betragen 737.000 Euro (+0,5%), die Importe 29,605 Millionen Euro (-6,1%).

Kamerun

(Republik Kamerun), Yaunde

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya	Philémon Yang (seit 30. Juni)	Henry Eyebe Ayissi

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 7,034 Millionen Euro (-9,8%), die Importe 5,938 Millionen Euro (-27,6%).

Kanada

(Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Stephen Harper	Lawrence Cannon

vertreten durch
Generalgouverneurin
Michaëlle Jean

Länderinformationen

Ottawa – **ÖB**; Toronto – **HGK, AHSt**; Montréal – **HGK, AHSt**; Halifax, Vancouver – **HGK**; Calgary, Regina, Winnipeg – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizepräsidentin der WKÖ Renate Römer, anlässlich der 40. Berufsweltmeisterschaft „Worldskills“ in Calgary (1. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, bilaterale außenpolitische Konsultationen in Ottawa u.a. mit dem stellvertretenden Außenminister Leonard J. Edwards (13. Oktober); Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Gespräche mit Vertretern kanadischer Sicherheitsbehörden (25.–27. Oktober).

Besuche in Österreich: Minister für Internationale Beziehungen der Provinz Québec Pierre Arcand, Treffen mit Landeshauptmann Josef Pühringer (Linz, 22. April); Premierminister der Provinz Alberta Ed Stelmach (7.–8. Mai).

Das Haydn-Jahr 2009 fand in Kanada große Beachtung. Fast alle bedeutenden Konzertveranstalter nahmen das Gedenkjahr zum Anlass für Haydn-Sonderprogramme. In Ottawa fand von 28.–30. Jänner eine Haydn-Konferenz statt, an der mehrere österreichische Haydn-Experten teilnahmen. Die Ausstellung „Joseph Haydn – Eine musikalische Topographie“ konnte sowohl im August beim Toronto Summer Music Festival als auch im September im Conservatoire de Musique de Montréal gezeigt werden. Das Haydn-Trio Eisenstadt absolvierte im Rahmen seiner Welttournee „Dedicated2Haydn“ im November insgesamt drei Konzerte in Kanada. Das im Juli 2008 initiierte „Arts Café“, das als regelmäßiger Treffpunkt für österreichische Kultur in Ottawa konzipiert ist, wurde 2009 mit insgesamt zehn Konzertveranstaltungen erfolgreich fortgesetzt.

Bei den großen Filmfestivals in Kanada waren österreichische Filme und Koproduktionen prominent mit Nordamerika- bzw. Weltpremierern vertreten. Beim 34. Filmfestival in Toronto wurden u.a. „Das weiße Band“, „La Pivellina“ und „Lourdes“ gezeigt, beim Montréal World Film Festival „Was du nicht siehst“ und „Mein Kampf“.

Der bewährte Einsatz österreichischer Gedenkdieners beim Holocaust-Museum und der Kleemann-Stiftung in Montreal wurde fortgeführt.

Das Österreich-Haus in Whistler, wo u.a. die Alpinbewerbe der Olympischen Winterspiele 2010 stattfinden werden, wurde im November feierlich eingeweiht und sorgte schon vor Beginn der Olympischen Winterspiele 2010 für großes Interesse in Kanada. Das so genannte Passivhaus ist ein Vorzeigemodell für energieeffizientes Bauen und unterstreicht die führende Rolle Österreichs in diesem Bereich. Das Österreich – Haus wird offiziell am 11. Februar 2010 eröffnet und soll nach den Olympischen Winterspielen an die Gemeinde Whistler übergeben werden.

Kanada ist für Österreich der fünftgrößte Exportmarkt in Übersee. Mehr als zwei Drittel aller österreichischen Exporte nach Kanada entfallen auf den Bereich Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Im Dienstleistungsbereich profitiert Österreich von einem Milliardenauftrag zum Bau eines Kraftwerkstunnels unter dem Niagara-Fluss und vom Betrieb des Flughafen – Shuttle in Toronto. Die für die Olympischen Winterspiele in Vancouver gebaute Gondelverbindung in Whistler ist mit einer Länge von 4,4 Kilometern eine Rekordseilbahn und seit 12. Dezember 2008 in Betrieb. Nicht zuletzt bedingt durch „grüne“ Gesetzesinitiativen in den Provinzen Ontario und British Columbia bietet der Bereich der Umweltechnik und erneuerbaren Energien großes Potential für die österreichische Wirtschaft. Das kanadische Interesse an nachhaltigen Energieträgern zeigte sich auch beim Besuch des Torontoer Stadtrates Joe Mihevc bei der Energiesparmesse Wels im Februar.

Österreichische Unternehmen unterhalten rund 100 Niederlassungen in Kanada. In Österreich gibt es knapp 40 kanadische Tochterunternehmen.

Die österreichischen Exporte betragen 616,397 Millionen Euro (-28,0%), die Importe 320,693 Millionen Euro (-21,8%).

*Anhang***Kap Verde
(Republik Kap Verde), Praia**

Staatsoberhaupt Pedro Verona Pires	Regierungschef José Maria Pereira das Neves	Außenminister José Brito
---------------------------------------	---	-----------------------------

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** Portugal; Praia – **Koordinationsbüro der OEZA**

Arbeitsgespräch von Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister José Brito am 23. September am Rande der Ministerwoche der 64. VN-GV in New York.

Besuche in Österreich: Justizministerin Morais Marisa Do Nascimento, Teilnahme am Runden Tisch von ECOWAS und UNODC zur Unterstützung des ECOWAS Aktionsplans gegen Drogenhandel und Organisierte Kriminalität (3. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von rund 1,55 Millionen Euro erbracht.

Für den Studienlehrgang am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim 2008/2009 ein Kandidat aus Kap Verde ein Teilstipendium. Im Studienjahr 2009/2010 wurden sowohl für den ITH-Studienlehrgang als auch für die Lehrgänge des UNESCO-Institutes für Erziehungsplanung je zwei StipendiatInnen aus Kap Verde ausgewählt.

Die österreichischen Exporte betragen 291.000 Euro (-16,8%), die Importe 11.000 Euro (+471,5%).

**Kasachstan
(Republik Kasachstan), Astana**

Staatsoberhaupt Nursultan Nasarbajew	Regierungschef Karim Masimow (seit 4. September)	Außenminister Kanat Saudabajew
---	--	-----------------------------------

Astana – **ÖB;** Almaty – **HK, Österreichbibliothek;** **AHSt:** siehe Russland.

Bilaterales Gespräch Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Kanat Saudamajew beim OSZE-Ministerrat (Athen, 1. und 2. Dezember).

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Karl Öllinger, Teilnahme an der vom Parlament der Republik Kasachstan organisierten Konferenz „Das Moderne Kasachstan: Der Weg nach Europa“ (20. und 21. Mai); Teilnahme der Leiterin der Abteilung für internationale Tourismusbeziehungen im BMWFJ Angelika Liedler-Janoschik an der XVIII. Generalversammlung der Welttourismusorganisation (UNWTO) (5.–8. Oktober); österreichische Wirtschaftsmission unter der Leitung des Vizepräsidenten der WKÖ Richard Schenz. Gespräch mit dem Minister für Industrie und Handel Asset Iskeschew (30. November bis 1. Dezember); Teilnahme des ehemaligen Generalsekretärs des Europarates Walter Schwimmer am 3. Kongress der Weltreligionen (1.–2. Juli).

Besuche in Österreich: kasachische Delegation unter der Leitung von Senatspräsident Kasym Zhomart Tokajew, 8. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsgespräche mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesratspräsidenten Harald Reisenberger (20. und 21. Februar); stellvertretender Außenminister Nurlan Danenow, bilaterale Konsultationen zwischen den Außenministerien (10. Februar); stellvertretender Außenminister Konstantin Zhigalow, erste Runde der Österreichisch-kasachischen Gemischten Wirtschaftskommission, Gespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (19. Mai); stellvertretender Außenminister Konstantin Zhigalow, Teilnahme an dem von Österreich und dem OSZE-Sekretariat organisierten Seminar zu dem Thema „Zukünftige OSZE-Vorsitze: Prioritäten und Herausforderungen“ (9. Juni); kasachische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des stellvertretenden Ministers für Industrie und Handel Edil Mamytbekow, „Kasachstan-Tag“ in der WKÖ (20. Mai); Vorsitzender

Länderinformationen

der kasachischen Rechtsanwaltskammer Anuar Tugel zur Teilnahme an der 37. Konferenz der Präsidenten der europäischen Rechtsanwaltskammern (18.–24. Februar).

Abhaltung von Verhandlungen über den Abschluss eines bilateralen Investitionsschutzabkommens (Astana, 21.–23. Oktober).

Vier ÖsterreicherInnen sind an der Vertretung der Europäischen Kommission in Astana und Almaty sowie in den OSZE-Zentren in Astana und Almaty tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von rund 35.000 Euro erbracht.

Im Rahmen von TACIS führte das Wirtschaftsförderungsinstitut das mit 200.000 Euro dotierte von Jänner 2007 bis April 2009 laufende Projekt „Go SME Go“ durch; das unter österreichischer Beteiligung implementierte EU-Programm BOMCA (Border Management in Central Asia) wurde fortgesetzt. Im Rahmen einer von der US-Botschaft in Astana finanzierten Ausbildung für Drogensuchhunde absolvierten elf kasachische Experten Fortbildungskurse in Österreich (Bad Kreuzen, 27. Februar bis 2. März; 6. April bis 19. Juni). Eine Vertreterin des BMI und ein Ausbilder des Hundetrainingszentrums Bad Kreuzen nahmen an einem Trainingskurs und einer internationalen Konferenz über die Rolle von Hunden im Kampf gegen den Drogenhandel, Extremismus und Terrorismus in Zentralasien teil (Almaty, 22.–28. März); Teilnahme einer Vertreterin des BMWF an einem Seminar über den Bologna-Prozess an der Nationalen Kasachischen Universität (Almaty, 4. und 5. Februar); Besuch eines Angehörigen des BMLVS bei militärischen Einrichtungen gemäß Wiener Dokument 1999 (Almaty, Taldykurgan, 24.–30. Oktober).

Das HDV-Jazztrio gastierte beim Jazzfestival in Almaty (25. April); anlässlich des Haydn-Jahres 2009 wurde ein moderiertes Konzert zum Thema „Haydn und der Orient“ mit Nadja Kayali, Jennifer Davison und Andreas Wykydal organisiert, Abhaltung von zwei Meisterklassen am Nationalen Kasachischen Kurmangazy-Konservatorium (Almaty, 25. April); „Die Tanzgeiger“ gaben zwei Konzerte, Abhaltung von vier Meisterklassen am Nationalen Kasachischen Kurmangazy-Konservatorium (Astana, Almaty 3.–5. November).

Österreichischer Informationsstand beim Europa-Tag (Karaganda, 13. Juni) sowie Teilnahme an den EU-Filmwochen mit dem Film „Klimt“ von Raúl Ruiz (Karaganda, 15.–21. Juni); Vorführung des Filmes „Der junge Freud“ von Axel Corti an der Österreich-Bibliothek in Almaty (10. April).

Übersetzung des Werkes „Der Reigen“ von Artur Schnitzler in das Kasachische.

Abhaltung eines Spezialkurses für 15 kasachische JungdiplomatinInnen an der Diplomatischen Akademie Wien (19. April bis 9. Mai).

Vorträge einer in Almaty lebenden österreichischen Historikerin an der Österreich-Bibliothek (Almaty, März – Mai) und der Staatlichen Universität von Schymkent (20. Mai). Vortragsreisen durch Zentralasien von Botschafter i.R. Alfred Missong (Almaty, 3. April) und Botschafter i.R. Franz Cede (Almaty, 2. Oktober).

Eine österreichische Praktikantin für Deutsch als Fremdsprache hielt Deutschkurse an der Kasachischen Staatlichen Ablai Khan Universität für Internationale Beziehungen und Weltsprachen (Almaty, seit September); Teilnahme von zwei VertreterInnen aus Kasachstan an dem vom BMUKK, dem BMeiA und dem Österreichischen Städtebund finanzierten Spezialseminar für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen aus Südkasien und Zentralasien (Wien und Jena, 25. Juli bis 8. August).

Die WKÖ organisierte eine unter der Leitung von Vizepräsident Richard Schenz stehende Wirtschaftsmission (Astana, Almaty, 29. November bis 1. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 198,628 Millionen Euro (-21,2%), die Importe 937,999 Millionen Euro (-12,7%).

Anhang

Katar (Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister	
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani	

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Frau Margit Fischer sowie von Bundesminister Alois Stöger, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesminister a.D. Rudolf Scholten, Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz und Landtagsabgeordnetem Omar Al-Rawi, mit umfangreicher Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation, offizieller Arbeitsbesuch in Katar, Arbeitsgespräche mit dem Emir des Staates Katar, Sheikh Hamad bin Khalifa Al-Thani und dem Premier- und Außenminister Sheikh Hamad bin Jassem bin Jabor Al-Thani; Bundesminister Alois Stöger bei der Ministerin für öffentliches Gesundheitswesen Sheika Ghalia bint Mohammed bin Hamad Al-Thani, Bundesminister Reinhold Mitterlehner bei Handelsminister Fahd bin Jassem bin Mohammed al Abdurrahman Al-Thani und Finanz- und Wirtschaftsminister Youssuf Hussein Kamal (23. und 24. Februar); Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer Kärnten unter Leitung des Präsidenten der Wirtschaftskammer Kärnten Franz Pacher und des Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Beirates des Landes Kärnten Gottfried Haber, Unterzeichnung einer Absichtserklärung mit dem Vorsitzenden der Qatari Businessmen Association, Sheikh Faisal bin Qassim Al-Thani (27. und 28. Oktober).

Besuche in Österreich: Stellvertretender Premierminister und Energieminister Abdullah bin Hamad Al-Attiyah, Gespräche mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner (16. März); Staatsminister für internationale Zusammenarbeit und interimistischer Wirtschafts- und Handelsminister Khalid Bin Mohammad Al-Attiyah, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Staatssekretär Andreas Schieder anlässlich einer katarischen Wirtschaftsmission (4. und 5. November).

Anlässlich seines offiziellen Besuchs in Katar eröffnete Bundespräsident Heinz Fischer am 24. Februar das österreichisch-katarische Wirtschaftsforum, wobei im Beisein des Bundespräsidenten ein Memorandum zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der WKÖ und der katarischen Handels- und Industriekammer unterzeichnet wurde.

Die österreichischen Exporte betragen 83,516 Millionen Euro (-34,6%), die Importe 1,498 Millionen Euro (+14,9%).

Kenia (Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Raila Odinga	Moses Wetangula

Nairobi – **ÖB;** Mombasa – **HK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Delegation des BMLFUW anlässlich des 25. Verwaltungsrates von UNEP (16.–20. Februar).

Besuche in Österreich: Vizepräsident Stephen Kalonzo Musyoka, Teilnahme an der IAEO-Generalkonferenz (14.–18. September); Premierminister Raila Odinga, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der UNIDO-Generalkonferenz (6.–9. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 630.000 Euro erbracht.

Im Rahmen des jährlichen EU-Filmfestivals, das in der zweiten Maihälfte in Nairobi und in der ersten Junihälfte in Mombasa stattfand, wurde der Film „Über Wasser“ von Udo Maurer gezeigt. Vom 12.–18. September hielt sich die österreichische Jazz-Formation HDV-Trio in Nairobi auf, organisierte mehrere Workshops mit lokalen Musikern, gab Radiointerviews sowie ein Konzert.

Länderinformationen

Der Filmemacher Christian Rainer, dessen Kurzfilm „Drake“ im Rahmen des Nairobi International Film Festival gezeigt wurde, besuchte vom 21.–31. Oktober Nairobi. Im Zuge seines Aufenthaltes kam es auch zu Kooperationen mit lokalen Filmschaffenden.

Die österreichischen Exporte betragen 6,930 Millionen Euro (-42,2%), die Importe 3,462 Millionen Euro (-77,7%).

Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kurmanbek Bakijew	Danijar Usenow (seit 21. Oktober)	Kadyrbek Sarbajew (seit 26. Jänner)

Astana – **ÖB; AHSt:** siehe Russland

Besuche aus Österreich: Österreichische Wirtschaftsmission unter der Leitung des Vizepräsidenten der WKÖ Richard Schenz, Gespräche u.a. mit dem ersten stellvertretenden Premierminister Akylbek Dzhaparow und Gesundheitsminister Marat Mambetow (2. Dezember); acht ÖsterreicherInnen, darunter die Abgeordneten zum Nationalrat Marianne Hagenhofer und Gerhard Kurzmann, fungierten als Wahlbeobachter bei den Präsidentenwahlen am 23. Juli.

Besuche in Österreich: Kirgisische Delegation unter der Leitung der stellvertretenden Außenministerin Baktygul Kalambekova zu bilateralen Konsultationen zwischen den Außenministerien (14. Mai).

Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie der Republik Österreich und dem Ministerium für Verkehr und Kommunikation der Kirgisischen Republik über die grenzüberschreitende Beförderung von Gütern (Bischkek, 25. Mai); die Vereinbarung trat am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Errichtung einer Österreich-Bibliothek an der Staatlichen Kirgisischen Arabajew-Universität (28. August).

Fünf ÖsterreicherInnen sind bei internationalen Organisationen und Projekten in Bischkek und Osch tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 34.000 Euro erbracht.

Abhaltung eines vom BMeiA, der OSZE und dem Österreichischen Städtebund organisierten und finanzierten Wasserrechtsseminars für kirgisische und tadschikische Experten (Wien, 4.–6. Mai). Das BMeiA unterstützte die Arbeit der OSZE im Bereich Grenzmanagement durch Finanzierung des Postens eines Koordinators und Zurverfügungstellung eines österreichischen Experten.

Fortsetzung des unter österreichischer Beteiligung durchgeführten EU-Programms Central Asia Border Management (BOMCA).

Feierliche Übergabe einer für kirgisches Gefängniswachpersonal und Häftlinge bestimmten Kleiderspende des BMJ an den stellvertretenden Minister für Justiz der Kirgisischen Republik Sergej Subow (Bischkek, 2. April).

Das HDV-Trio gastierte beim Bischkek Jazz Spring (26. April); anlässlich des Haydn-Jahres 2009 wurde ein moderiertes Konzert zum Thema „Haydn und der Orient“ mit Nadja Kayali, Jennifer Davison und Andreas Wykydal organisiert, Abhaltung von zwei Meisterklassen am Kirgisischen Nationalen Konservatorium (Almaty, 30. April).

Teilnahme einer Delegation österreichischer Universitätsprofessoren unter der Leitung der Direktorin des Eurasia Pacific Uninet, Universitätsprofessorin Brigitte Winklehner an der 3. Zentralasiatischen Konferenz über Geoinformationssysteme (Bischkek, 27. und 28. August). Mehrere KirgisiInnen erhielten im Rahmen des Eurasia Pacific Uninet Stipendien zum Studium in Österreich.

Anhang

Vortragsreisen von Bot. i.R. Alfred Missong (Bischkek, 8. und 9. April) und Bot. i.R. Franz Cede (Bischkek, Osch, 29. September bis 1. Oktober).

Zwei Kirgisinnen nahmen an dem vom BMUKK, dem BMeiA und dem Österreichischen Städtebund finanzierten Spezialseminar für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen aus dem Südkaukasus und Zentralasien teil (Wien, Jena, 25. Juli bis 8. August). Eine Praktikantin für Deutsch als Fremdsprache hielt Deutschkurse an der Staatlichen Kirgisischen Arabajew-Universität (Bischkek, Februar bis Juni) und einen Sommerkurs für Deutsch mit Schwerpunkt auf österreichischer Landeskunde an der Kirgisisch-Usbekischen Universität (Osch, 11.–16. Mai). Die Staatliche Kirgisische Arabajew-Universität erhielt eine österreichische Buchspende.

Die österreichischen Exporte betragen 5,783 Millionen Euro (+37,0%), die Importe 47.000 Euro (+25,8%).

Kiribati (Republik Kiribati), Tarawa

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister
Anote Tong

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden weder Exporte noch Importe verzeichnet.

Kolumbien (Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Álvaro Uribe Vélez	Jaime Bermúdez Merizalde

Bogotá – **ÖB, AWO-Marketingbüro;** Barranquilla, Cali, Cartagena, Medellín, San Andrés
– **HK; AHSt:** siehe Venezuela

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger traf am Rande des XIV. Außenministertreffens der EU-Rio-Gruppe mit Außenminister Jaime Bermúdez Merizalde zusammen (Prag, 13. Mai).

Besuche nach Österreich: Vizeminister für Unternehmensentwicklung Ricardo Duarte Duarte, Gespräche in der WKÖ (April); Gouverneur von Antioquia Luis Alfredo Ramos Botero Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Vorstandsdirektor der Österreichischen Kontrollbank Rudolf Scholten, Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Bürgermeister Siegfried Nagl und Stadträtin Sonja Grabner (Wien, Graz, 2.–6. Juli).

Im Rahmen der OEZA bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 23.000 Euro erbracht.

Anlässlich des 20-Jahrjubiläums zum Fall des Eisernen Vorhangs wurde in Zusammenarbeit mit dem in Kolumbien führenden Europalehrstuhl der Universidad del Norte in Barranquilla und fünf der größten kolumbianischen Universitäten in Bogotá, Cali, Medellín, Cartagena und Bucaramanga ein Posterwettbewerb ausgeschrieben. Die Initiative fand größtes Interesse und führte zu mehr als 200 Einreichungen, die jeweils aus einem Aufsatz und einem Poster bestanden. Die zwölf besten Beiträge wurden in einem Buch zusammengefasst und bei der Europawoche der Universidad del Norte verteilt. Die vier besten Arbeiten wurden am 16. März prämiert, der Gewinner des Hauptpreises besuchte eine Woche lang Wien.

Im Rahmen des Haydn-Jahres 2009 konzertierte das Haydn-Trio Eisenstadt in Bogotá und Medellín (Juli). Im November wurde von der Corporation Cultural Otto de Greif das Seminar „200 Jahre Franz Joseph Haydn und Felix Mendelssohn“ an der Biblioteca Pública Virgilio Barco abge-

Länderinformationen

halten. Außerdem gaben die Geigerin Birgit Kolar und die Pianistin Veronika Trisko Meisterklassen und Konzerte mit dem Orquesta Filarmónica de Medellín (April).

Weitere Kulturveranstaltungen waren die Aufführung der Filme „Mein Stern“ von Valeska Grisebach und „Der umgekehrte Blick“ von Fridolin Schönwiese am Eurocine-Filmfestival in Bogotá, Cali und Medellín (April, Mai). An der internationalen Fotoausstellung „Fotográfica Bogotá“ war Österreich mit einem Beitrag von Gottfried Helnwein vertreten (Mai). Die Kooperation des Konservatoriums Wien (Wolfgang Liebhart, David Salazar und Marton Barka) mit dem Konservatorium Neiva war schwerpunktmäßig auf die Jugend-Bläser-Philharmonie Neiva konzentriert.

Kolumbien forciert den Ausbau seiner Infrastruktur unter anderen in den Bereichen Straßen, Schienen, U-Bahnbau, Seilbahnen und bei der Wasserkraft. Der Gouverneur von Antioquia Luis Alfredo Ramos Botero unterzeichnete zusammen mit Bürgermeister Siegfried Nagl und Vertretern einer österreichischen Firma eine Vereinbarung über den Bau zweier Laufkraftwerke in Encimadas und Cañaveral im Wert von 320 Millionen US-Dollar (Graz, 6. Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 60,371 Millionen Euro (-26,2%), die Importe 16,155 Millionen Euro (-21,5%).

Komoren (Union der Komoren), Moroni

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ahmed Abdallah Sambi

Außenminister
Ahmed Ben Said Jaffar

ÖB: siehe Kenia – HK; AHSt: siehe Südafrika

Die Importe betragen 17.000 Euro.

Kongo (Republik Kongo), Brazzaville

Staatsoberhaupt
Denis Sassou-Nguesso

Regierungschef
Isidore Mvouba

Außenminister
Basile Ikouebe

ÖB siehe Äthiopien, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 3,902 Millionen Euro (-22,8%), die Importe 311.000 Euro (+155,4%).

Demokratische Republik Kongo (Demokratische Republik Kongo), Kinshasa

Staatsoberhaupt
Joseph Kabila

Regierungschef
Adolphe Muzito

Außenminister
Alexis Thambwe Muamba

ÖB: siehe Kenia; Kinshasa – HK; AHSt: siehe Nigeria

Dem Österreichischen Honorarkonsul in Kinshasa wurde am 13. November von den kongolesischen Behörden das Exequatur für die Ernennung zum Honorargeneralkonsul erteilt.

Der Eastern Coordinator von MONUC ist ein Österreicher. An der GSVP-Mission EUSEC ist Österreich mit einem Bundesheeroffizier beteiligt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 25.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 2,330 Millionen Euro (+24,0%), die Importe 92.000 Euro (-73,3%).

*Anhang***Demokratische Volksrepublik Korea
(Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang**

Staatsoberhaupt (informell)	Regierungschef	Außenminister
Kim Jong Il (in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission)	Kim Yong Il	Pak Ui Chun

ÖB, KF und AHSt: siehe China

Im Dezember jährte sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Demokratischen Volksrepublik Korea zum 35. Mal.

Mitglieder des Ensembles der Wiener Symphoniker gaben fünf Konzerte im Rahmen des 26. Frühlingsfestivals in Pjöngjang. In intensiven Kontakten zwischen dem Österreichischen Museum für angewandte Kunst/Gegenwartskunst und dem Museum of Fine Arts in Pjöngjang konnten die Pläne für eine Ausstellung über koreanischen Sozio-Realismus in Wien vorangetrieben werden.

Die österreichischen Exporte betragen 1,029 Millionen Euro (-47,5%), die Importe 349.000 Euro (+94,6%).

**Korea
(Republik Korea), Seoul**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lee Myung-bak	Chung Un-chan	Yu Myung-hwan (seit 29. September)

Seoul – ÖB, AHST

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Werner Amon besuchte in seiner Funktion als Obmann der Parlamentarischen Österreichisch-Koreanischen Freundschaftsgruppe am 14. und 15. April Korea, wo er Gespräche mit dem Minister für Bildung, Wissenschaft und Technologie, Ahn Byong-man, dem Vorsitzenden der parlamentarischen Freundschaftsgruppe in der Nationalversammlung, Lee Yong-sam sowie dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses in der Nationalversammlung, Kim Boo-kyum führte.

Besuche in Österreich: Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der koreanischen Nationalversammlung, Park Jin, Gespräche mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates Josef Cap und mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (2. Februar); Sprecher der Nationalversammlung, Kim Hyong-o in Begleitung von fünf Parlamentariern, offizieller Besuch, Gespräche mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer in Anwesenheit der Abgeordneten zum Nationalrat Renate Csörgits, Werner Amon, Maximilian Linder und Alexander Van der Bellen (9.–12. Mai).

Anlässlich des Haydn-Jahres 2009 wurde im Korea Foundation Cultural Center in der Zeit von 16.–30. März die Wanderausstellung „Joseph Haydn – Ein musikalisches Universalgenie“ präsentiert. Im Rahmen des Projekts „World Creation“ fand am 31. Mai, dem Todestag von Joseph Haydn, die Präsentation von „Die Schöpfung“ in Seoul statt. Dirigent der Aufführung war Lee Yoon-kuk, Österreicher koreanischer Abstammung. Die koreanische Haydn-Gesellschaft organisierte am 3. Juni in Zusammenarbeit mit der Yonsei Sinfonietta ein Konzert in Seoul. Am 29. September traten die Wiener Philharmoniker im Seoul Art Center auf.

Die DJ's Parov Stelar und Max the Sax traten in Musikclubs in Busan (13. März) und Seoul (14. März) auf. Der Komponist Matthias Erian nahm an diversen Festivals in und außerhalb von Seoul teil und brachte dabei insgesamt fünf seiner Produktionen zur Aufführung. Die Komponistin Sabine Panzer wurde ausgewählt, um als eine von fünf FinalistInnen an der „5th Seoul International Competition for Composers“ (15.–18. März), teilzunehmen. Das Marionettentheater

Länderinformationen

Schloß Schönbrunn gab von 18.–20. September insgesamt fünf Vorstellungen der „Zauberflöte“ im Seoul Art Center.

Eine große Ausstellung aus Beständen der Gemäldegalerie der Akademie der bildenden Künste in Wien zum Thema „Peter Paul Rubens und barocke Künstler“ mit 75 Ölbildern von europäischen Barockkünstlern, inklusive 19 Werke von Peter Paul Rubens, welche bereits am 10. Dezember 2008 eröffnet wurde, war in Seoul bis 15. März zu sehen. Zur Eröffnung der Gustav Klimt Ausstellung am 2. Februar in Seoul kamen die Direktorin der Österreichischen Galerie Belvedere, Agnes Husslein-Arco, Vize-Direktor Alfred Weidinger, der auch als Kurator fungierte, und zahlreiche private Leihgeber nach Korea. Die Ausstellung, welche 35 Ölbilder, ca. 60 Zeichnungen, eine Kopie des Beethovenfrieses sowie Exponate der „Kunstschau“ von 1908 umfasste, war die größte Klimt Schau ihrer Art, die je in Asien zu sehen war. Im Beisein von Generaldirektorin Sabine Haag wurde am 27. April die Ausstellung „Ägyptologische Sammlung des Kunsthistorischen Museum Wien“ – „Egypt, the Great Civilization“ im National Museum Seoul eröffnet. Die Ausstellung war die umfassendste ihrer Art, welche je in Korea über Ägyptische Kultur gezeigt wurde. Im Hotel „Film 37,2“ in Seoul fand die Ausstellung „Creampie“ von Hubert Weinheimer sowie der in Österreich lebenden Künstler Moon Yoon-hee und Katharina Opara statt.

Im Vorfeld des Konzerts der Wiener Philharmoniker hielt der Vizevorstand des Orchesters, Alexander Steinberger, am 29. September einen Vortrag, welcher die künstlerischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ansprach, denen sich das Orchester gegenüber sieht. Er versuchte ferner, mögliche Schnittpunkte in den Beziehungen der beiden Länder zu definieren, um den weiteren kulturellen Austausch auf bilateraler Basis zu fördern und weiter zu intensivieren.

Auf Einladung koreanischer Universitäten organisierte Universitätsprofessor Michael Hruby eine Studienreise von insgesamt 14 Professoren und Studenten der Universität für Musik und Darstellende Kunst in Wien. In deren Rahmen wurden von Lehrern und Studierenden Konzerte gegeben, welche anlässlich des Haydn-Jahres 2009 unter dem Motto „Joseph Haydn und die europäische Klaviermusik“ standen.

Das Theaterhaus für junges Publikum „Dschungel Wien“ gab von 28.–30. Juli im Rahmen des „17. ASSITEJ Korea Summer Festivals“ in Seoul drei Aufführungen des Kindertheaterstücks „Überraschung“.

Der Schriftsteller Peter Simon Altmann gab sowohl an der Kyungpook National Universität in Daegu als auch an der Sookmyung Frauenuniversität in Seoul Lesungen seines Buches „Der Zeichenfänger“ (April/Mai).

Trotz der durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten Rückgänge bewegten sich die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea auf einer soliden Basis.

Die österreichischen Exporte betragen 564,931 Millionen Euro (-14,1%), die Importe 515,421 Millionen Euro (-12,5%).

Kosovo (Republik Kosovo), Pristina

Die Republik Kosovo hat am 17. Februar 2008 ihre Unabhängigkeit erklärt, am 15. Juni 2008 ist die Verfassung des Kosovo in Kraft getreten. 67 Staaten haben die Republik Kosovo als souveränes Mitglied der Staatengemeinschaft anerkannt, die Republik Österreich am 28. Februar 2008. Am 20. März 2008 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen und am 13. Juli 2009 der erste österreichische Botschafter entsandt.

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fatmir Sejdiu	Hashim Thaçi	Skender Hyseni

Pristina – **ÖB, Polizeiattaché, Koordinationsbüro der OEZA, Marketingbüro der WKÖ, Bildungsbeauftragter, Österreich-Bibliothek**

Anhang

Besuche aus Österreich: Chef des Generalstabs General Edmund Entacher, Truppenbesuch (20. und 21. März); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Verleihung des Ehrendoktorats durch die Universität Pristina (6. Juni); Bundesministerin Maria Fekter, Treffen mit Innenminister Zenun Pajaziti und Abkommensunterzeichnung (12. August); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Präsident Fatmir Sejdiu, Premierminister Hashim Thaçi, Vizeaußenministerin Vlora Çitaku, ICR/EUSR Pieter Feith und Commander KFOR Generalleutnant Markus Bentler sowie Abkommensunterzeichnung (9. Oktober); Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, Truppenbesuch, Treffen mit Parlamentspräsidenten Jakup Krasniqi (16. – 18. Oktober); Generalsekretär a.D. Botschafter Albert Rohan, Verleihung der Goldenen Unabhängigkeitsmedaille der Republik Kosovo, Verleihung des Ehrendoktorats der Universität Pristina, Treffen mit Präsident Fatmir Sejdiu, Premierminister Hashim Thaçi (23.–25. November);

Besuche in Österreich: Präsident Fatmir Sejdiu, Eröffnung der kosovarischen Botschaft in Wien (5. und 6. Februar); Handels- und Industrieminister Lufti Zharku, Treffen mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (15. und 16. Februar); Finanz- und Wirtschaftsminister Ahmet Shala und Handels- und Industrieminister Lufti Zharku, Teilnahme an der Konferenz „Unabhängiges Kosovo und die EU“ (1. Oktober); Finanz- und Wirtschaftsminister Ahmet Shala, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka (16. Oktober), Bildungsminister Enver Hoxhaj, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (18. November); Bildungsminister Enver Hoxhaj, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Europa-Dialog (26. November); Finanz- und Wirtschaftsminister Ahmet Shala, Teilnahme an der REPARIS-Konferenz (3. Dezember).

Österreich stellt im Rahmen der Kosovo Force der NATO (KFOR) derzeit ca. 460 SoldatInnen und ist im Rahmen der EULEX – Mission mit 21 PolizistInnen, zwei JustizwachebeamtenInnen und einem Richter vertreten.

Am 15. Februar unterzeichneten der kosovarische Handels- und Industrieminister Lufti Zharku und Bundesminister Reinhold Mitterlehner ein Memorandum of Understanding zur Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Am 29. Mai erfolgte über Vermittlung von WUS Austria die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen der Medizinuniversität Wien, der Fachhochschule Joanneum Graz und der Universität Pristina.

Am 12. August unterzeichneten Bundesministerin Maria Fekter und der kosovarische Innenminister Zenun Pajaziti ein Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit.

Am 9. Oktober wurde durch Bundesminister Michael Spindelegger und Premierminister Hashim Thaçi ein Entwicklungskooperationsabkommen unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2,2 Millionen Euro erbracht.

Am 25. September wurde die Österreich-Bibliothek an der Universität Pristina nach einer grundlegenden Sanierung und Neuaufstellung wiedereröffnet. Durch Konzerte (Haydn-Trio u.a.) und eine Ausstellung konnte ein Programm kultureller Präsenz gezeigt werden. Eine Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Wien und der Stadt Mitrovica führte zu Auftritten österreichischer DJs. Im Wissenschaftsbereich kommt Österreich durch den OEZA-Schwerpunkt eine gewisse Führungsrolle zu. Durch einen eigenen österreichischen Projektleiter wurde eine Fülle von Projekten zur Heranführung der kosovarischen Partnerinstitutionen an europäische Standards realisiert.

Die Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich positiv. Trotz allgemeiner Wirtschaftskrise konnte der Markt gesichert werden. Österreich stellt im Banken- und Versicherungsbereich wichtige Investoren und verfügt im Baustoff- und Baubereich über zukunftssträchtige Firmenanteile.

Die österreichischen Exporte betragen 41,410 Millionen Euro (+14,8%), die Importe 5,596 Euro (+171,0%).

Länderinformationen

Kroatien (Republik Kroatien), Agram

Staatsoberhaupt Stjepan Mesić	Regierungschefin Jadranka Kosor (seit 6. Juli)	Außenminister Gordan Jandroković
----------------------------------	--	-------------------------------------

Agram – **ÖB, KF, AHSt**; Rijeka – **HK**; Split – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Schmied anlässlich der Eröffnung des Museums für zeitgenössische Kunst in Agram (11. und 12. Dezember); Präsident des Bundesrates Erwin Preiner (6.–8. Dezember); Bundesminister Norbert Darabos (28. und 29. Oktober); Bürgermeister Michael Häupl anlässlich der Erneuerung des Kooperationsabkommens mit der Stadt Agram (9. Oktober); Bundesminister Reinhold Mitterlehner anlässlich des Kroatiengipfels (10. Juli); Bundesminister Michael Spindelegger, Gespräche mit Premierminister Ivo Sanader, Außenminister Gordan Jandroković und Parlamentspräsident Luka Bebić (16. April); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Gespräche mit Finanzminister Ivan Šuker (11. Februar).

Besuche in Österreich: Premierminister Ivo Sanader bei Bundeskanzler Werner Faymann (13. Februar).

Das am 22. November 2005 paraphierte bilaterale Abkommen, welches die Einbeziehung österreichischer StaatsbürgerInnen in die kroatischen Restitutionsbemühungen für entzogenes Vermögen ermöglichen sollte, wurde auch im Jahr 2009 nicht unterzeichnet. Es kam zu keiner allgemeinen gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Entschädigungsansprüche von AusländerInnen bzw. hat der Oberste Gerichtshof in der Frage der Zulässigkeit der Urteile des Verwaltungsgerichtshofes, welche die Frage der Staatsbürgerschaft bei Entschädigungsansprüchen als irrelevant erklären, nicht entschieden.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 8.500 Euro erbracht. Mit Jahresende hat das auch für Kroatien zuständige Kooperationsbüro für technische Zusammenarbeit (OEZA/ADA) seine bilaterale Tätigkeit in Kroatien beendet.

Innerhalb der programmatischen Schwerpunktsetzungen Linz09, 1989–2009 („GETEILT/GEINT“) bzw. dem Haydn-Jahr 2009 veranstaltete bzw. unterstützte das KF in Agram landesweit rund 100 Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft. Besonders hervorzuheben sind ein Konzert des Haydn-Trios Eisenstadt in Agram (Februar), eine gemeinsame Veranstaltungsnacht des kroatischen Netzwerks der EU-Kulturinstitute „EUNIC Hrvatska“ (April), eine Ausstellung des BMeiA („culture matters“) über UNESCO-Weltkulturerbestätten in Südosteuropa in Dubrovnik (Juni) und Porec (Juli), eine Lesereise mit dem Schriftsteller Josef Winkler nach Rijeka, Zadar und Zagreb (November) sowie eine Gruppenausstellung („grenzenlos“) über Arbeiten aller kroatischer Artists-in-residence bei Kulturkontakt seit dessen Bestehen.

Artists-in-residence des Kulturforums waren Tamara O'Byrne (Labin), Christine Kertz (Valpovo) und Uwe Hauenfels (Zagreb). Das BMUKK präsentierte in Split eine Gruppenausstellung („In Between. Austria Contemporary“) über zeitgenössische österreichische Kunst (November).

In Kroatien waren zwei Sprachassistentinnen (Agram), vier österreichische Lektorinnen in Osijek (Österreich-Bibliothek), Rijeka, Zadar und Agram sowie eine Bildungsbeauftragte von Kulturkontakt Austria tätig. Es bestehen etwa ein Dutzend kroatisch-österreichische Kultur- und Freundchaftsgesellschaften.

Im Rahmen der beiden bilateralen Abkommen fanden Tagungen der jeweiligen Gemischten Kommissionen in den Bereichen Wissenschaft und technische Zusammenarbeit in Zagreb (Oktober) bzw. Kultur und Bildung in Wien (Dezember) statt.

Österreich ist der größte ausländische Investor in Kroatien.

Die österreichischen Exporte betragen 1.128,176 Millionen Euro (-26,1%), die Importe 473,256 Millionen Euro (-31,4%).

Anhang

Kuba (Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Raúl Castro Ruz	Raúl Castro Ruz	Bruno Rodríguez Parrilla

Havanna – **ÖB, AHSt:** siehe Mexiko

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Botschafter Stefan Lehne, politische Konsultationen mit Vizeaußenminister Dagoberto Rodríguez (16. und 17. November); Landeshauptmannstellvertreter David Brenner, Bürgermeister Heinz Schaden und der Präsident der Internationalen Stiftung Mozarteum Johannes Honsig – Erlenburg, Gespräche mit dem Stadthistoriker von Havanna Eusebio Leal Spengler und dem Rektor der Kunsthochschule (28. Mai bis 1. Juni).

Besuche in Österreich: Justizministerin María Esther Reus González, Teilnahme an der VN-Drogenkonferenz (11. und 12. März).

Im Kulturbereich gab es die kubanische Erstaufführung von Mozart's „Zauberflöte“ mit dem Dirigenten Walter Gugerbauer und dem Bühnenbildner Harald Thor in Havanna (Februar). An der X. Biennale in Havanna nahmen Manuela Zeichner, Marianne Sonneck und Georg Springer teil (30. März bis 24. April). Lucia Menzel präsentierte ihre CD „PARAMPAMPIN – Kinder & Karibik“ in Havanna und Baracoa und erhielt dafür den Preis „Premio Internacional Extraordinario“ anlässlich der XII. Feria Internacional Cubadisco 2009 (Mai). Der Geigenbauer Peter Svatek veranstaltete einen Workshop über die Restaurierung alter Instrumente (Mai). Präsentation der Fotoausstellung „Joseph Haydn – Ein musikalisches Genie“ in Havanna (17. September bis 26. Oktober). Teilnahme des Films „Mata Tigre – Kill the Tiger“ in Anwesenheit des Regisseurs Stefan Bohun am Festival Nuevo Cine Latinamericano de la Habana (Dezember).

Die Internationale Stiftung Mozarteum unterzeichnete mit dem Stadthistoriker von Havanna eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit und Ansiedlung eines „Lyceums Mozartiano“ in der Altstadt von Havanna (31. Mai). Die wissenschaftliche Kooperation zwischen der Technischen Universität Wien und kubanischen Universitäten wurde durch die Entsendung von österreichischen Wissenschaftlern und die gemeinsame Abhaltung mehrerer Veranstaltungen in Havanna weiter intensiviert. Drei österreichische Universitäten organisierten Studienreisen nach Kuba. Fünf StudentInnen studierten an kubanischen Universitäten, drei Austauschlektorinnen waren an der Cátedra Humboldt tätig.

Die österreichischen Exporte betragen 13,608 Millionen Euro (+109,4%), die Importe 2,978 Millionen Euro (-19,2%).

Kuwait (Staat Kuwait), Kuwait

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Sabah	Sheikh Nasser	Sheikh Mohammed
Al-Ahmed Al-Jaber	Al-Mohammed Al-Ahmed	Al-Sabah Al-Salem
Al-Sabah	Al-Sabah	Al-Sabah

Kuwait – **ÖB, AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer und Gattin, offizieller Arbeitsbesuch in Begleitung von Bundesminister Alois Stöger, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesminister a. D. Rudolf Scholten, Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz und Landtagsabgeordnetem Omar Al-Rawi sowie einer umfangreichen Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation. Arbeitsgespräche mit dem Emir des Staates Kuwait, Sheikh Sabah Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah und dem Kronprinzen Sheikh Nawaf Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah, sowie mit dem amtierenden stv. Premierminister Sheikh Jaber Al-Mubarak Al-Hamad Al-Sabah und dem amtierenden Parlamentspräsidenten Ali Rashed; Treffen von Bundesminister Reinhold Mitterlehner mit dem kuwaitischen Wirtschaftsminister Ahmed Baqr und dem Präsidenten der Kuwaitischen Wirtschaftskammer Ali

Länderinformationen

Al Ghanem; Besuch von Bundesminister Alois Stöger, begleitet von Landtagsabgeordnetem Omar Al Rawi und Vertretern der Wirtschaftsdelegation bei Gesundheitsminister Rodan Al Rodan (22. und 23. Februar).

Am 29. und 30. September fanden im Rahmen der ICAO Air Service Negotiation Conference (ICAN) in Istanbul Luftverkehrsverhandlungen zwischen Österreich und Kuwait statt. Es wurde eine Aktualisierung des derzeit geltenden bilateralen Luftverkehrsabkommens vorgenommen.

Im Bereich der Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit legte die Botschaft den Schwerpunkt auf Gedenkveranstaltungen zum Wendejahr 1989: Den von den Botschaften Österreichs, Ungarns, Polens und Deutschlands gemeinschaftlich organisierten Veranstaltungszyklus zum Fall des Eisernen Vorhangs leitete ein vom Arab Fund for Economic and Social Development in Kuwait unterstütztes Festkonzert am 20. Oktober ein. Im Rahmen der Kuwaitischen Buchmesse vom 2.–5. November organisierten die österreichische, ungarische und deutsche Botschaft eine Fotoausstellung über den Abbau des Eisernen Vorhangs an den österreichischen Ostgrenzen und den Berliner Mauerfall. Österreich war durch Originalfotos von Bernhard Holzner vertreten. Während der Buchmesse wurde auch eine gemeinsame Diskussionsrunde der Botschafter Österreichs, Ungarns und Deutschlands mit kuwaitischen Schülern durchgeführt. Am 9. November fand im Kuwait Diplomatic Institute ein internationales Symposium zu den internationalen Auswirkungen des Zerfalls des Ostblocks statt, das von der ungarischen Botschaft in Zusammenarbeit mit den österreichischen, polnischen und deutschen Botschaften und dem kuwaitischen Außenministerium unter der Schirmherrschaft des kuwaitischen Außenministers Sheikh Mohammed Al-Sabah veranstaltet wurde. Universitätsprofessor Thomas Angerer von der Universität Wien referierte über die außenpolitischen Dimensionen des Ereignisses. Die Veranstaltung wurde durch eine Podiumsdiskussion der Botschafter Österreichs, Ungarns, Polens und Deutschlands im kuwaitischen Fernsehen ergänzt.

Anlässlich seines offiziellen Arbeitsbesuches eröffnete Bundespräsident Heinz Fischer am 23. Februar das österreichisch-kuwaitische Wirtschaftsforum, wobei in seinem Beisein ein Zusammenarbeitsprotokoll von WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz und dem Präsidenten der Kuwaitischen Wirtschafts- und Industriekammer (KCCI) Ali Al Ghanem unterzeichnet wurde.

Die österreichischen Exporte betragen 79,701 Millionen Euro (-20,5%), die Importe 458.000 Euro (-59,0%).

Laos (Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Choummaly Sayasone	Bouasone Bouphavanh	Thongloun Sisoulith

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Delegationsreise des Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften (17. Oktober bis 17. November).

Im Rahmen der OEZA stehen Stipendien für WissenschaftlerInnen und ForscherInnen aus Laos zur Verfügung. Weiters können auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen Österreich und Thailand für ein „ASEA Uninet Thailand On Place Scholarship Programme“ Studierende aus Laos mit österreichischen Mitteln an Universitäten in Thailand studieren.

Die österreichischen Exporte betragen 1,061 Millionen Euro (+270,7%), die Importe 2,597 Millionen Euro (-9,6%).

*Anhang***Lesotho
(Königreich Lesotho), Maseru**

Staatsoberhaupt König Letsie III.	Regierungschef Bethuel Pakalitha Mosisili	Außenminister Kenneth Tsekoa
--------------------------------------	--	---------------------------------

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Besuche in Österreich: Premierminister Pakalitha Mosisili, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (9. Dezember).

Die aktive Zusammenarbeit mit dem Morija Festival zur Förderung lokaler und klassischer Musiktraditionen wurde weitergeführt und für mehrere Projekte der Botschaft genutzt. Im Oktober übergab Botschafter Otto Ditz die Bilder des Fotoprojektes von Michael Rathmayer an Tourismusministerin Lebohang Ntšinyi. Die Bilder sind damit Teil der permanenten Sammlung der Staatsbibliothek Maseru.

Es wurden weder Exporte noch Importe verzeichnet.

**Lettland
(Republik Lettland), Riga**

Staatsoberhaupt Valdis Zatlers	Regierungschef Valdis Dombrovskis (seit 12. März)	Außenminister Maris Riekstins
-----------------------------------	---	----------------------------------

Riga – **ÖB**, Zweigbüro Riga der AHSt Helsinki

Besuche aus Österreich: Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Hauptreferent bei der Konferenz „Belonging to Europe“ (7. Mai); Sektionschef Josef Mayer, Leiter der Außenwirtschaftssektion im BMWFJ, Gespräche mit dem Staatssekretär im lettischen Wirtschaftsministerium Anrijs Matis (2. und 3. Juni); Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Besuch, Gespräche mit Staatspräsident Valdis Zatlers, Premierminister Valdis Dombrovskis, Außenminister Maris Riekstins und stv. Parlamentspräsidentin Solvita Aboltina (25. August); Sektionschef Stefan Potmesil, BMASK, Teilnahme an der High Level Advisory Group to the Prime Minister of Latvia zum Thema Arbeitsmarkt (15. Oktober).

Besuche in Österreich: Umweltminister Raimunds Vejonis, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Unterzeichnung des Vertrages über Emissionshandel (28. April); Staatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Lettland Andris Teikmanis, Arbeitsbesuch bei Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Johannes Kyrle (22. Dezember).

Die Ausstellung „eccentric paths II“ im lettischen Nationalmuseum „Arsenals“, realisierte zum ersten Mal in Riga eine Gesamtschau junger Künstler aus Mitteleuropa (neben Künstlern aus Österreich waren auch KünstlerInnen aus Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn und Slowenien vertreten) und trug zur Feier des Falls des Eisernen Vorhangs bei (10. Juni bis 2. August). Auch die Wanderausstellung „Die unbekanntenen Europäer“ mit Fotos von Kurt Kaindl und Texten von Karl-Markus Gauß, die vom 8. Mai bis 19. Juni zuerst in Saldus und dann in Riga präsentiert wurde, beschäftigte sich mit dem Thema Europa und europäischer Identität. Die Ausstellungen „Stoff & Stein – Textile Kunst und Skulpturen aus Serpentin“ (10. Juli bis 2. August in Riga und Limbazi) sowie „Austrian Design – Innovation and Technology“ im Rahmen der Design-Wochen in Riga (19. Oktober bis 8. November) wurden im Lettischen Museum für dekorative Kunst und Design einem breiten Publikum gezeigt.

Im Rahmen des Haydn-Jahres 2009 wurden ein Konzert der „Sinfonietta Riga“ unter Ernst Kovacic (31. Jänner) sowie ein gemeinsam mit der ungarischen Botschaft in Riga organisiertes Konzert des Ensembles „Akkord“ (21. Mai) präsentiert. Beim Bach-Festival in Riga leitete Christina Pluhar das Ensemble „L'Arpeggiata“ (14. März). Der Vorarlberger Organist Bruno Oberhammer gab im Rahmen des Orgelfestivals ein Konzert im Dom von Riga (15. Juli). Das Ensemble „Dobrek Bistro“

Länderinformationen

trat am 9. Juni in der Großen Gilde auf und umrahmte auch die Eröffnung der Ausstellung mittel-europäischer junger Künstler (10. Juni).

Die österreichischen Filme „Exile Family Movie“ und „Karo und der liebe Gott“ wurden im Rahmen des EU-Filmfestivals in Riga (30. Jänner bis 6. Februar) gezeigt. Der österreichische Regisseur Christoph Rainer nahm am 2. Annas International Film Festival in Riga (27. bis 31. Mai) teil.

Vizekanzler a.D. Erhard Busek war einer der Hauptredner einer internationalen Konferenz zum Thema „Europäische Identitäten“, die aus Anlass der fünfjährigen Mitgliedschaft Lettlands in der EU organisiert wurde (7. Mai). Das Thema „Biomasse als Energiequelle im Energiemix der Städte“ wurde mit dem Hauptreferenten Heinz Kopetz, Präsident des österreichischen Biomasseverbandes, gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission sowie des lettischen Städteverbandes in einer Round-Table Veranstaltung (4. Februar) behandelt. Im Rahmen der „Österreich-Tage“ fand eine Fortbildungsveranstaltung des BMUKK für DeutschlehrerInnen in Lettland statt (27. und 28. Februar). Rainer Münz sprach in zwei Veranstaltungen in Riga über die „Aktuellen Herausforderungen der Migrations- und Integrationspolitik in der EU“ (13. und 14. Oktober). Eine Delegation der Bürgermeister des Bezirkes Osttirol unter Leitung des Bezirkshauptmannes Paul Wöll führte Gespräche über Erfahrungen der Regionalreform mit Vertretern des lettischen Gemeinde- und Städtebundes sowie BürgermeisterInnen kleinerer Gemeinden (23. Oktober).

Das Zweigbüro der AHSt Helsinki in Riga organisierte eine allgemeine Wirtschaftsmission, an der sich elf österreichische Firmen beteiligten (11. Februar) sowie eine Wirtschaftsmission mit Schwerpunkt Maschinen und Anlagenbau (29. Oktober). Gemeinsam mit der Österreichwerbung veranstaltete das Zweigbüro auch einen Tourismusworkshop in Riga (2. April).

Die österreichischen Exporte betragen 68,541 Millionen Euro (-50,9%), die Importe 31,424 Millionen Euro (+24,7%).

Libanon (Libanesische Republik), Beirut

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Michel Sleiman	Saad Hariri (seit 9. November)	Ali Hussein Schami (seit 9. November)

Beirut – **ÖB; AHSt:** siehe Syrien; Saida – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin a.D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik, Treffen mit Präsident Sleiman, Premierminister Fuad Siniora (5. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 4.500 Euro erbracht.

Das Neujahrskonzert des libanesischen Symphonieorchesters (16. Jänner) unter der Leitung von Robert Lehrbaumer fand unter der Teilnahme zahlreicher Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft statt. Robert Lehrbaumer dirigierte am 13. November ein Konzert des selben Orchesters, das Werken von Joseph Haydn gewidmet war. Österreich war beim EU-Filmfestival mit dem Film „Lapislazuli – Im Auge des Bären“ von Wolfgang Murnberger vertreten (November).

Die österreichischen Exporte betragen 48,936 Millionen Euro (+13,8%), die Importe 1,334 Millionen Euro (-20,6%).

Liberia (Republik Liberia), Monrovia

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenministerin
Ellen Johnson-Sirleaf	Olubanke King-Akerele

Anhang

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Nigeria

Besuche in Liberia: Bundesministerin a.D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik, Teilnahme am Internationalen Frauenkolloquium anlässlich der Grundsteinlegung für das Angie Brooks Zentrum für „Women’s Empowerment, Leadership Development, International Peace and Security“ (6.–8.März).

Ein liberianischer Diplomat nahm an einem von der DA veranstalteten Spezialkurs für afrikanische JungdiplomatInnen (Oktober) teil.

Die österreichischen Exporte betragen 2,701 Millionen Euro (+63,6%), die Importe 67.000 Euro (k.A.).

Libyen

(Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Muammar	Al-Baghdadi	Mousa Mohamed Koussa
Al Gaddafi	Ali al-Mahmudi	(seit 4. März)

Tripolis – ÖB, AHSt

Im Dezember wurde ein bilaterales Doppelbesteuerungsabkommen auf Beamtenebene endverhandelt.

Besuch von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Fakultät für Bauingenieurwesen der Universität Innsbruck vom 2.–11. Februar; Besuch einer Journalisten-Delegation vom 6.–11. April anlässlich der Internationalen Messe in Tripolis; WKÖ-Wirtschaftsmission vom 3.–5. November mit mehr als 40 Firmenvertretern unter der Leitung von Präsident Dr. Christoph Leitl in Begleitung zahlreicher Vertreter österreichischer Medien, Gespräche mit Wirtschaftsminister Huweij und Infrastrukturminister Matuq; Marktsondierungsreise von Vertretern von 12 Firmen aus dem Eisenbahnsektor im November.

Teilnahme von Houda Fathi Bin Amer, Leiterin des Komitees für Frauenangelegenheiten im Volkskongress und Präsidentin des Arab Transitional Parliament, am 5. IPU-Welttreffen der Parlamentspräsidentinnen in Wien (13. und 14. Juli); Besuch des stellvertretenden Ministers für „Utilities“ (Infrastruktur für Gemeinden) Abubaker Salem beim Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Umwelt im Wiener Rathaus, Erich Valentin, sowie anschließender Besuch in Kärnten zur Umsetzung des Twinning-Projektes Kärnten – Green Mountains (Juli).

Die Kulturbeziehungen konzentrierten sich auf ein von der Österreichischen Botschaft veranstaltetes Konzert in Tripolis, bei dem traditionelle österreichische Schrammel-Musik geboten wurde.

Die österreichischen Exporte betragen 109,667 Millionen Euro (+21,7%), die Importe 352,571 Millionen Euro (-21,6%).

Liechtenstein

(Fürstentum Liechtenstein), Vaduz

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Fürst Hans-Adam II.	Otmar Hasler	Rita Kieber-Beck
(Ausübung der Hoheitsrechte seit 15. August 2004 durch Erbprinzip Alois)	Klaus Tschütscher (seit 25. März)	Aurelia Frick (seit 25. März)

Wien – ÖB; AHSt: siehe Schweiz; Schaan – HK

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit Amtsleiter Roland Marxer (16. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit Amtsleiter Roland Marxer (26. Oktober).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Regierungschef Klaus Tschütscher, Gespräche mit Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll (6. April); Regierungsrätin Aurelia Frick, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (15. Mai).

Bedeutendste österreichische Exportprodukte waren Handwerkzeuge, Glaswaren, Pressluftwerkzeuge, Getriebe und Getriebeteile. Wichtigste Importprodukte waren Tierfutter, Handbohrmaschinen, Schrauben, Glaswaren, Werkzeuge.

Die österreichischen Exporte betragen 400,651 Millionen Euro (-17,2%), die Importe 206,487 Millionen Euro (-3,8%).

Litauen

(Republik Litauen), Wilna

Staatsoberhaupt
Dalia Grybauskaitė
(seit 12. Juli)

Regierungschef
Andrius Kubilius

Außenminister
Vygaudas Usackas

Wilna – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Finnland; **ÖW:** siehe Schweden

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Staatsbesuch (11.–13. März); Delegation des oberösterreichischen Landtages (11.–13. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Arbeitsgespräch mit dem litauischen Kulturminister Remigijus Vilkaitis, Ehrengast bei der Eröffnung der litauischen Nationalgalerie im Rahmen des Jahres der Europäischen Kulturhauptstädte Linz und Vilnius (19.–21. Juni); Delegation des Landesverteidigungsausschusses des Nationalrates (18. bis 20. Juni).

Besuche in Österreich: Außenminister Vygaudas Usackas, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger (21. Oktober)

Die bilateralen Kulturbeziehungen wurden von Projekten im Rahmen des Jahres der Europäischen Kulturhauptstädte Linz und Vilnius dominiert. Die Botschaft beteiligte sich am Projekt ARTscape, das aus drei Teilen bestand: die Ausstellung Erwin Wurm, in Zusammenarbeit mit der Vartai Galerie, Vilnius (24. März bis 22. April), dem Konzert des Christian Muthspiel Trios, in Zusammenarbeit mit dem Vilnius Jazz Festival (17. April), und einer Retrospektive der Filme von Timo Novotny, in Zusammenarbeit mit dem Kinofestival „Kino pavasaris“ (24. März bis 22. April). Im Rahmen des Kulturhauptstadtprogramms fand weiters die Ausstellung „Österreichisches Design: Innovationen und Technologien“ (Wilna, 15. Mai bis 30. Juni) und der Liederabend „Marianne von Willemer – die Muse aus Linz“ mit den Linzer KünstlerInnen Helena Dearing, Sopran, Andreas Lebeda, Bariton, und Clemens Zeilinger, Klavier, statt (Wilna, 20. November). Weiters seien hervorgehoben die Ausstellung „Salzburg – Litauen“, eine Gemeinschaftsausstellung von KünstlerInnen aus Salzburg und Litauen in Zusammenarbeit mit der Galerie im Traklhaus und der Galerie des litauischen Künstlerverbandes „Sv Jono galerija“ (6. März bis 18. April in Salzburg, 3.–27. Juni in Wilna); die Wanderausstellung „Ingeborg Bachmann – Schreiben gegen den Krieg“ im Rahmen eines Bachmann-Symposiums in der Vytautas Magnus Universität Kaunas (Kaunas, 14. März bis 12. April).

Projekte zum Haydn-Jahr 2009: Fotoausstellung „Joseph Haydn – eine musikalische Topographie“ in der Philharmonie Wilna (20. Februar bis 17. März); zwei Konzerte des Haydn Trios Eisenstadt im Rahmen des internationalen Pazaislis-Festivals Kaunas und des Christophorus-Festivals Vilnius (18. und 19. Juli).

In Zusammenarbeit mit der Österreich-Bibliothek: Lesung aus dem Roman von Robert Menasse „Don Juan de la Mancha“ (Wilna, 13. Februar); „Adalbert Stifter“, Vortrag von Raminta Gamziukaitė, Universität Wilna (Wilna, 10. Dezember). Weitere Veranstaltungen: „Holocaust, Antisemitismus und Toleranz: Vortragsreihe für höhere Schulklassen in Litauen“, in Zusammenarbeit mit dem Litauischen Staatlichen jüdischen Gaon Museum Wilna (Wilna, Garliava, Siauliai, Panevezys, April bis Juni).

Anhang

In Kooperation mit litauischen Veranstaltern: Teilnahme des Karin Schäfer Figurentheaters am Festival „Birstonas Green Park“ (Kaunas, Birstonas, 3.–5. April); Konzert des Organisten Bruno Oberhammer beim internationalen Musikfestival „Kristupo festivalis“ (Wilna, Taurage 19. und 20. Juli); Konzert des Duos Klaus Paier und Asja Valcic beim Festival „Kaunas Jazz“ (24. April).

Die WKÖ veranstaltete zwei Wirtschaftsmissionen (Februar und Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 103,368 Millionen Euro (-34,8%), die Importe betragen 53,985 Millionen Euro (-6,9%).

Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Großherzog Henri	Jean-Claude Juncker	Jean Asselborn

Luxemburg – **ÖB; AHSt, ÖW:** siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Budgetminister Luc Frieden (8. März); Österreichische Rechtsanwaltskammer; Besuch des Europäischen Gerichtshofs und des Luxemburgischen Obersten Gerichtshofs (23. April); Vizepräsident des Internationalen Seegerichtshofs Helmut Türk, Besuch des Europäischen Gerichtshofes und Gespräche mit relevanten luxemburgischen Stellen (25. und 26. April); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Treffen mit Justizminister Luc Frieden und Besuch des Europäischen Gerichtshofs; Österreichische Notariatskammer, Besuch des Europäischen Gerichtshofs (15. September); Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Clemens Jabloner, Teilnahme an einem Symposium des Gerichtshofes erster Instanz (25. September); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Redner bei der Konferenz „1989–2009: was bleibt zu tun?“ (8. Dezember).

Besuche in Österreich: Budgetminister Luc Frieden, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll und Bundeministerin Claudia Bandion-Ortner (25. Februar); Finanz- und Budgetausschuss des Luxemburgischen Parlaments, Treffen mit Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates (30. März); Premierminister Jean-Claude Juncker, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll (17. April); Premierminister Jean-Claude Juncker, Ernennung zum Ehrensenator der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg, 16. Februar).

Österreich und Luxemburg unterzeichneten am 7. Juli ein Protokoll zur Abänderung des am 18. Oktober 1962 unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das dem OECD-Modellabkommen entspricht.

Aus der Vielzahl an Kulturveranstaltungen mit Österreich-Bezug sind besonders hervorzuheben: Ausstellung der luxemburgischen Kokoschka-Schülerin Ger Maas in der österreichischen Botschaftsresidenz (4.–7. Februar); Ausstellung von Goldschmiedearbeiten von Sven Boltentstern und Christa Karas (11.–15. Mai); Konzert von Hannelore Auer und Richard Fuller auf Schloss Bourglinster (17. Mai); Aufführung von „Die Schöpfung“ und Ausstellung über Joseph Haydn in der Luxemburger Philharmonie (25.–30. Mai); Ausstellung von Edgar Honetschläger im Casino Luxemburg (27. Juni bis 6. September); Konzert des Minetti Quartetts auf Schloss Bourglinster (27. September).

Die österreichischen Exporte betragen 98,292 Millionen Euro (-29,1%), die Importe 145,028 Millionen Euro (-19,7%).

*Länderinformationen***Madagaskar
(Republik Madagaskar), Antananarivo**

Staatsoberhaupt der Hohen	Regierungschef der Hohen	Außenminister der Hohen
Übergangsautorität	Übergangsautorität	Übergangsautorität
Andry Rajoelina (seit 17. März)	Albert Vital (seit 20. Dezember)	Ny Hasina Andriamjanto (seit 23. März)

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Antananarivo – **HK**

Die internationale Staatengemeinschaft anerkennt die Übergangsregierung, die im März die Regierungsgeschäfte übernommen hat, nicht.

Am 26. Oktober wurde „Die Schöpfung“ im Rahmen des Haydn-Jahres in Antananarivo aufgeführt.

Auslandsdiener sind bei der Association du Projet d'Analava Madagascar im Nordosten eingesetzt.

Die österreichischen Exporte betragen 2,473 Millionen Euro (-34,0%), die Importe 4,457 Millionen Euro (-13,5%).

**Malawi
(Republik Malawi), Lilongwe**

Staatsoberhaupt und Regierungschef Bingu wa Mutharika	Außenministerin Joyce Banda
--	--------------------------------

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Blantyre – **HK**

An dem Spezialkurs der DA für afrikanische JungdiplomatinInnen (12.–30. Oktober) nahm ein malawischer Staatsangehöriger teil.

Die österreichischen Exporte betragen 140.000 Euro (-89,9%), die Importe 1,195 Millionen Euro (-26,1%).

**Malaysia
(Malaysia), Kuala Lumpur**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yang di-Pertuan Agong XIII	Dato' Sri Mohd. Najib	Dato' Sri Anifah Bin Haji
TuanKu Mizan Zainal	Bin Tun Haji Abdul	Aman
Abidin ibni Al-Marhum	Razak	
Sultan Mahmud		
Al-Muktafi Billah Shah		

Kuala Lumpur – **ÖB, AHSt;** Penang – **HK**

Am 10. Jänner fand ein Konzert von Peter Bruggen in der Residenz des Botschafters statt. Die Haydn-Fotoausstellung anlässlich des Haydn-Jahres wurde am 13. Mai durch ein Kammerkonzert des Malaysischen Philharmonischen Orchesters im Konzertsaal der Petronas Türme mit einem Haydn-Schwerpunkt eröffnet, und auch das Konzert des Wiener Mozart Trios in Kuala Lumpur am 19. Oktober war zu einem großen Teil Haydn gewidmet.

Die Wanderausstellung „Joseph Hoffmann und die Wiener Werkstätte“ wurde Ende Oktober in Kuala Lumpur gezeigt.

Beim EU-Filmfestival vom 11.–22. November in Kuala Lumpur beteiligte sich Österreich mit dem Film „Lapislazuli“.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 202,055 Millionen Euro (-37,8%), die Importe 212,321 Millionen Euro (-33,2%).

Malediven (Republik Malediven), Malé

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Mohamed Nasheed

Außenminister
Ahmed Shaheed

ÖB, AHSt: siehe Indien, Malé – **HK**

Österreich ist eines der wichtigsten Incoming-Märkte im Tourismus. Zahlreiche österreichische StaatsbürgerInnen arbeiten in fremdenverkehrsverbundenen Sektoren. Wichtigste Exportprodukte sind alkoholfreie Getränke, Kunststoffrohre und Maschinen, das wichtigste Importprodukt ist Fisch.

Die österreichischen Exporte betragen 3,173 Millionen Euro (-17,5%), die Importe 12.000 Euro (-95,2%).

Mali (Republik Mali), Bamako

Staatsoberhaupt
Amadou Toumani Touré

Regierungschef
Modibo Sidibé

Außenminister
Mouctar Ouane

ÖB: siehe Senegal, Bamako – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche in Österreich: Staatsbesuch von Präsident Amadou Toumani Touré in Begleitung von Außenminister Mouctar Ouane, Industrie- Investitions- und Handelsminister Ahmadou Abdoulaye Diallo sowie Energie- und Wasserminister Mamadou Igor Diarra. Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Bürgermeister Michael Häupl, WKÖ-Vizepräsident Christoph Matznetter und Landeshauptmann Hans Niessl (Wien, Eisenstadt, 25.–27. Mai).

Anlässlich des Österreichbesuches von Präsident Amadou Toumani Touré unterzeichneten Bundesminister Michael Spindelegger und Außenminister Mouctar Ouane eine Absichtserklärung der beiden Außenministerien über Kooperation im politischen, sozio-ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 100.000 Euro erbracht.

Ein Lehrer und ein Schüler aus Mali nahmen am „International Art Education Workshop Linz09-DAK'ART10“ der UNESCO teil, welcher von 13.–23. September in Österreich mit Unterstützung der UNESCO-Kommission und des BMeiA stattfand.

Die österreichischen Exporte betragen 12,254 Millionen Euro (+74,7%), die Importe 97.000 Euro (+23,8%).

Malta (Republik Malta), Valletta

Staatsoberhaupt
George Abela

Regierungschef
Lawrence Gonzi

Außenminister
Tonio Borg

Valletta – **ÖB;** Valletta – **HGK; AHSt:** Mailand

Besuche aus Österreich: Arbeitsbesuch von Sektionschef Josef Mayer, BMWFJ (2. und 3. Juli), Gespräche im Finanz- und Wirtschaftsministerium.

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Arbeitsbesuch von Premierminister Lawrence Gonzi und Landwirtschafts- und Ressourcenminister George Pullicino, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann (3. und 4. Dezember).

Die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Malta im Rahmen von EU-finanzierten Twinning-Projekten in Malta wurde mit dem Abschluss des letzten Twinning-Projekts betreffend die Teilnahme der Zivilgesellschaft an Umweltentscheidungen beendet. Die österreichisch-maltesische Twinning-Kooperation wird jedoch in Drittstaaten fortgesetzt. Am 5. und 6. November fand in Malta ein Workshop zum Thema „Utilisation of Renewable Energy with a Special Focus on Solar Energy“ statt, bei dem Vertreter des BMLFUW, des BMVIT und der „Austrian Energy Agency“ mit dem maltesischen Ministry for Resources and Rural Affairs und dem „Institute for Energy Technology“ Möglichkeiten zur Zusammenarbeit erörterten.

Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC) und der DA verbrachten etwa 20 Studenten der MEDAC im März zwei Wochen an der DA.

Das Haydn-Jahr 2009 wurde mit drei Veranstaltungen gefeiert; am 7. Mai gab es in St. Julian's ein Konzert maltesischer Musiker unter dem Titel „Mainly Haydn ... On the Bicentenary of his Death“, am 29. Mai trat das Haydn Trio Eisenstadt in Valletta auf. Im „St James Cavalier Centre for Creativity“ fand vom 3. November bis 6. Dezember die Ausstellung „Joseph Haydn – Eine musikalische Topographie“ statt. Der Organist Wolfgang Kogert gab gemeinsam mit dem maltesischen Violinisten Romeo Giacomotto zwei Konzerte in Kirchen in Valletta und Victoria (Gozo). Im Rahmen des International Arts Festival in Victoria (Gozo) spielten das Streichquartett „Quartête à Tête“ am 2. Juli, sowie das Klaviertrio „Trio Cantevole“ und das Violinquartett „Fishermans Friends“ am 3. Juli. Am 3. Oktober hatte das Streichquartett „Netnakisum“ drei Auftritte im Laufe der „Notte Bianca“ in Valletta. Im Rahmen der internationalen Konferenz „The End of the Cold War and the Mediterranean 198.–2009“ fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“ statt, an der u.a. der ehemalige EU-Kommissar und Bundesminister a.D. Franz Fischler teilnahm.

Die österreichischen Exporte betragen 30,608 Millionen Euro (-28,6%), die Importe 10,412 Millionen Euro (-50,6%).

Souveräner Malteser-Ritter-Orden

Der Souveräne Malteser-Ritter-Orden ist kein Staat, sondern ein Völkerrechtssubjekt eigener Art.

Großmeister	Regierungschef und Außenminister
Fra' Matthew Festing	Jean-Pierre Mazery

ÖB: siehe Heiliger Stuhl

Mitglieder des österreichischen Hospitaldienstes waren von Juni bis Oktober bei der Betreuung der Zeltlager für die Erdbebenopfer in L'Aquila engagiert.

Marokko (Königreich Marokko), Rabat

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
König Mohammed VI	Abbas El Fassi	Taieb Fassi Fihri

Rabat – ÖB; Casablanca – AHS

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Maria Fekter, offizieller Arbeitsbesuch, Unterzeichnung eines Zivilschutzabkommens (9.–11. November).

Anhang

Besuche in Österreich: Außenminister Taieb Fassi Fihri, Teilnahme an den informellen Westsahara Gesprächen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen (Dürnstein, 9.–12 August).

Die Malerin Gerda Hegedus stellte im April in Rabat aus. Von der Galerie „Le Cube“ des Österreich-Informationszentrums wurden Ausstellungen junger KünstlerInnen organisiert.

Das Trio „Concilium Musicum“ konzertierte im März im Kulturzentrum Rabat-Agdal und in der Residenz. Im April nahm das Duo Zádory/Stirbat (Violine/Klavier) am Alizès-Festival von Essaouira teil und gab ein Residenzkoncert. Die Konzerte beider Ensembles standen im Zeichen des Haydn-Jahres. Die österreichische Pianistin Charlotte Baumgartner trat im August am Festival von Assilah und in der Botschaftsresidenz auf. In der Residenz wurde im März ein musikalischer Poesieabend organisiert.

In Rabat und Fes wurden im Mai Österreich-Tage mit Fortbildungsseminaren für DeutschlehrerInnen an marokkanischen Gymnasien abgehalten.

Die Kooperation zwischen der Universität Wien und der Universität Sidi Mohammed Ben Abdellah in Fès auf dem Gebiet der islamischen Religionspädagogik wurde durch eine Gastprofessur von Universitätsprofessor Azelarabe Lahkim Bennani in Wien und die Teilnahme von Universitätsprofessor Ednan Aslan an einem Seminar in Fès vertieft. Universitätsprofessor Hans Köchler präsentierte im Februar im Rahmen der Internationalen Buchmesse in Casablanca sein Werk „Les Musulmans et l'Occident“.

Die österr. Exporte betragen 68,295 Millionen Euro (-8,9%) die Importe 67,623 Millionen Euro (-8,7%).

Marshall Inseln (Republik Marshallinseln), Majuro

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Jurelang Zedkaia

Außenminister
John M. Silk

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 113.000 Euro (-49,9%), die Importe 4,114 Millionen Euro.

Mauretanien (Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott

Staatsoberhaupt
Mohamed Ould Abdel Aziz

Premierminister
Moulaye Ould

Außenministerin
Naha Mint Mouknass
Mohamed Laghdhaf
(seit 12. August)

(seit Militärputsch vom
6. August 2008,
durch Wahlen vom 18. Juli
legitimiert)

(seit Militärputsch
vom 6. August 2008,
am 12. August bestätigt)

ÖB, AHSt; siehe Marokko; Nouakchott – HK

Die österr. Exporte betragen 5,629 Millionen Euro (+30,8%), die Importe 127.000 Euro.

Mauritius (Republik Mauritius), Port Louis

Staatsoberhaupt
Sir Anerood Jugnauth

Regierungschef
Navinchandra
Ramgoolam

Außenminister
Arvin Boolell

Länderinformationen

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Port Louis – **HK**

Botschafter Otto Ditz überreichte sein Beglaubigungsschreiben bei Präsident Sir Anerood Jugnauth am 3. März. Honorarkonsul Rene Sanson wurde von Bundespräsident Heinz Fischer zum Honorargeneralkonsul ad personam ernannt.

Die österreichischen Exporte betragen 8,323 Millionen Euro (-13,7%), die Importe 9,887 Millionen Euro (+24,7%).

Mazedonien

(Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Gjorge Ivanov	Nikola Gruevski	Antonio

Skopje – ÖB, HGK, Koordinationsbüro der ADA, Zweigbüro der AHSt Belgrad

Bilaterales Treffen Bundesminister Michael Spindelegger mit Aussenminister Antonio Milošoski beim OSZE-Ministerrat in Athen (1. und 2. Dezember)

Besuche in Österreich: Vizepremierminister (EU-Angelegenheiten) Ivica Bocevski bei Bundesminister Michael Spindelegger (31. März); Generalstabschef GenLt. Miroslav Stojanoski bei Generalstabschef GenLt. Edmund Entacher (8. und 9. Oktober); stv Innenminister Djevat Buchi zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zur Verbesserung der politischen, strategischen und polizeilichen Kooperation Österreichs und Mazedoniens (6. November); Vizepremierminister Vasko Naumovski bei Bundesminister Michael Spindelegger (3. Dezember);

Memorandum of Understanding über die polizeiliche Zusammenarbeit; Durchführungsprotokoll und Arbeitsprogramm 2010 – 2012 zum Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; ein bilaterales Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit befindet sich derzeit im Verhandlungsstadium.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2,01 Millionen Euro erbracht.

Im Rahmen der Kulturarbeit wurden in Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen mazedonischen Institutionen zahlreiche Projekte im Bereich der Architektur, Musik und Bildenden Kunst realisiert. Zu nennen wären v.a. die Teilnahme von österreichischen Experten am Architekturforum Skopje, die Ausstellung „Die unbekanntenen Europäer“ mit einem Konzert des Ensemble „Accentus“, die Eröffnung von Tagen des europäischen Films mit Michael Hanekes „Das weiße Band“ sowie eine Aufführung von Joseph Haydns „Die Schöpfung“.

In Mazedonien gibt es derzeit ca. 50 Unternehmen mit österreichischer Beteiligung und über 20 Unternehmen, die zu 100% im österreichischen Eigentum stehen.

Die österreichischen Exporte betragen 89,253 Millionen Euro (-12,7%), die Importe 30,576 Millionen Euro (+18,3%).

Mexiko

(Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Felipe Calderón Hinojosa	Patricia Espinosa Cantellano

Mexiko-Stadt – ÖB, KF, AHSt; Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – HK

Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenministerin Patricia Espinosa im Rahmen des XIV. Außenministertreffens der EU-RIO Gruppe (Prag, 13. Mai) sowie im Rahmen der 64. VN-GV (New York, 23. September).

Anhang

Unterzeichnung eines OECD-konformen Protokolls zur Abänderung des Doppelbesteuerungsabkommens durch Staatssekretär Andreas Schieder und Botschafter Alejandro Díaz y Pérez Duarte (18. September).

Das Musikprogramm des Kulturforums Mexiko spannte einen Bogen von Traditionellem zu Zeitgenössischem, wobei der Klassikbereich im Zeichen des Haydn-Gedenkjahres stand, welches mit Konzerten des Artis-Quartetts beim „Festival de México en el Centro Histórico“ (11.–15. März), sowie des Haydn Trio Eisenstadt beim Festival Internacional Cervantino in Guanajuato (21. und 22. Oktober) gewürdigt wurde. Daneben wurde am 13. Jänner die traditionelle Mozart-Medaille verliehen, der Dirigent Manfred Huss trat mit der Camerata de Coahuila in Torreón auf (24. April) und Dirigent Johannes Wildner und Regisseur Olivier Tambosi leiteten eine „Madame Butterfly“-Inszenierung beim Festival de Mayo in Guadalajara (3.–7. Juni). Das junge österreichisch-mexikanische Platypus-Ensemble interpretierte in Puebla Eigenkompositionen und vertonte auch Gedichte lokaler indigener Literaten (14. und 15. Februar). Burkhard Stangl, Komponist zeitgenössischer und experimenteller Musik, war Gast des Kulturforums und gab Konzerte und Workshops in mehreren mexikanischen Städten (Juli/August). Elisabeth Lohninger sowie die Volksmusik-Crossover-Gruppe „Global Kryner“ kombinierten österreichische Mundart mit modernen Musikstilen (27. und 28. Februar, Mai). Den musikalischen Schlusspunkt setzten die Independent Rocker „Valina“ aus Linz im Rahmen ihrer Konzertreise durch drei mexikanische Städte im Dezember.

Im Rahmen des Kulturprogramms bei der Tagung der mexikanischen DeutschlehrerInnen in Monterrey trat Christoph Dostal mit einer Adaptation des Wolf Haas-Romans „Wie die Tiere“ auf (12. September). Österreich war beim Europäischen Literaturfestival in Mexiko Stadt mit Elisabeth Reichart vertreten, die Fragmente aus ihrem letzten Roman vortrug (27. September bis 1. Oktober). Bei der traditionellen Literaturreihe „Austria entre Líneas“ bei der größten lateinamerikanischen Buchmesse in Guadalajara, nahmen der Lyriker Thomas Janacs und die AutorInnen Thomas Stangl, Rosemarie Poiarkov und Andrea Grill teil, die ihre Texte auch in Umlandgemeinden von Mexikos zweitgrößter Stadt vortrugen (29. November bis 4. Dezember).

Das Forum für zeitgenössischen Tanz und Theater „Prisma“ brachte eine große Anzahl von österreichischen Tänzern und Tanztheoretikern zuerst nach Oaxaca und dann in das nationale mexikanische Kunstausbildungszentrum CENART nach Mexiko Stadt (27. Juni bis 12. Juli).

Die Malerin Susanne Schüller, besser bekannt als Soshana, kehrte nach ihren langen Aufenthalten in den 1960er-Jahren mit der von ihrem Sohn Amos kuratierten Ausstellung „Soshana: Pasión por México“ zuerst nach Mexiko Stadt und in weiterer Folge nach Cuernavaca zurück (26. März bis 26. April und 2. Juli bis 5. September).

Die Wanderausstellung „Ingeborg Bachmann: Schreiben gegen den Krieg“ wurde nach dem ersten Einsatz in der Biblioteca de México, wo am 22. April das „Österreichische Lesezentrum“ eingeweiht wurde, auch anlässlich der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens zwischen Kulturforum Mexiko und der Universität „Claustro de Sor Juana“ in Mexiko Stadt präsentiert (27. Mai) und war im November in einer Galerie in Guadalajara zu sehen. Die Ausstellungsaktivitäten wurden mit der feierlichen Eröffnung der Wanderausstellung „Joseph Haydn: Ein musikalisches Universalgenie“ am 25. November in der Biblioteca de México abgeschlossen.

Im Filmbereich beteiligte sich Österreich im November am „Cinema Europa“-Festival mit „März“ von Klaus Händl. Peter Koller stellte seinen Film „Auf bösem Boden“ beim „Morbido“-Filmfestival in Tlalpujahua vor (22.–25. Oktober), während Lotte Schreiber die Dreharbeiten zu ihrem Dokumentarwerk „Tlatelolco 02“ begann (November/Dezember).

Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka hielt drei Vorträge zu unterschiedlichen Themen an den Universitäten ITAM, Colegio de México und Claustro de Sor Juana (21.–23. April).

Die österreichischen Exporte betragen 277,110 Millionen Euro (-28,2%), die Importe 149,939 Millionen Euro (-27,2%).

*Länderinformationen***Mikronesien
(Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Emanuel Mori

Außenminister
Lorin S. Robert

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 3.000 Euro.

**Moldau
(Republik Moldau), Chişinău**

Staatsoberhaupt
Mihai Ghimpu
(amtierend,
seit 11. September)

Regierungschef
Vlad Filat
(seit 23. September)

Außenminister
Iurie Leanca
(seit 23. September)

Chişinău – **ÖB** zugleich **Koordinationsbüro der OEZA, AHSt** mit Sitz in Bukarest

Bilaterales Treffen Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Iurie Leanca beim OSZE-Ministerrat in Athen (1.–2. Dezember).

Besuche aus Österreich: Leiterin der Rechts- und Konsularsektion im BMeiA Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger, Teilnahme an Konsularkonsultationen (8. und 9. Oktober); Vizekanzler a.D. Abgeordneter zum Nationalrat Wilhelm Molterer, Teilnahme an der Eröffnung von Sozialzentren der österreichischen humanitären NRO „Concordia“ im Süden der Republik Moldau (7. Dezember).

Besuche in Österreich: Finanzminister Veaceslav Negruta, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka (3. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 1,53 Millionen Euro erbracht.

Am 25. November wurden in Wien zehn Polizeifahrzeuge an Vertreter des moldauischen Innenministeriums übergeben.

Von Seiten des Kulturforums der ÖB Bukarest stand die Zusammenarbeit mit den österreichischen Bildungsvertretern (Bildungsbeauftragter, Lektorin) und mit der Österreich-Bibliothek Chişinău im Zentrum. Von 15.–17. April fanden im Rahmen der „Österreich-Tage“ kulturelle und landeskundliche Veranstaltungen statt.

Derzeit sind rund ein Dutzend österreichische Unternehmen mit Direktinvestitionen auf dem Markt der Republik Moldau aktiv. Die Hauptexporte sind Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren. Die Einfuhren werden von Nahrungsmitteln und lebenden Tieren, sonstigen Fertigwaren, Rohstoffen (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe) und bearbeiteten Waren dominiert.

Die österreichischen Exporte betragen 29,510 Millionen Euro (-33,6%), die Importe 11,031 Millionen Euro (-36,2%).

**Monaco
(Fürstentum Monaco), Monaco-Ville**

Staatsoberhaupt
Fürst Albert II. Grimaldi

Regierungschef
Jean-Paul Proust

Außenminister
Franck Biancheri

Monte Carlo – **HGK**

Anhang

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Monaco über den Informationsaustausch in Steuersachen wurde von Botschafter Hubert Heiss und Außenminister Franck Biancheri am 15. September unterzeichnet.

Mongolei (Mongolei), Ulan Bator

Staatsoberhaupt Tsakhia Elbegdorj	Regierungschef Sukhbaatar Batbold	Außenminister Gombojav Zandanshatar
--------------------------------------	--------------------------------------	--

Ulan Bator – **HK; ÖB, KF** und **AHSt**: siehe China

Die wissenschaftliche und universitäre Kooperation mit nunmehr insgesamt fünf mongolischen Universitäten im Rahmen des Universitätsnetzwerks Eurasia-Pacific Uninet wurde fortgeführt; ebenso die Vergabe von Fördermitteln und Stipendien an mongolische AkademikerInnen und WissenschaftlerInnen zur Durchführung ihrer Studien- und Forschungsprojekte in Österreich. Am 26. Mai fand im BMWF die Tagung „University Development – A Common Platform: Austria and Mongolia“ unter Teilnahme des Botschafters der Mongolei in Österreich, Enkhsaikhan Jargalsaikhan, statt. Bei sechs Workshops wurden unter anderem die Fragen der strategischen Implementierung von Forschungsprojekten, die Modernisierung der Verwaltung sowie die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Industrie diskutiert.

Das Pierrot Lunaire Ensemble Wien nahm im Juni in Ulan Bator am „Roaring Hooves Festival Mongolia“ teil.

Die österreichischen Exporte betragen 2,655 Millionen Euro (-75,6%), die Importe 984.000 Euro (+6,4%).

Montenegro (Montenegro), Podgorica

Staatsoberhaupt Filip Vujanović	Regierungschef Milo Djukanović	Außenminister Milan Ročan
------------------------------------	-----------------------------------	------------------------------

Podgorica – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA, AWO-Marketingbüro; AHSt**: siehe Serbien; Budva – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Bildungsminister Sreten Škuletić und Unterzeichnung des bilateralen Abkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit (10. und 11. Juni); Bundes-Datenschutzbeauftragte Waltraud Kotschy (9. und 10. Oktober); Sektionsleiterin Elisabeth Freytag, BMLFUW, Teilnahme an der Konferenz Sustainable Development in South Eastern Europe in Prćanj (23. und 24. September); Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit Verteidigungsminister Boro Vućinić, Eröffnung der Alpinausbildungsanlage Pljevlja (23. und 24. November).

Besuche in Österreich: Vizepremierministerin Gordana Djurović, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an der IDM-Konferenz zum EU-Beitrittsprozess Montenegros (5. Juni); Innenminister Ivan Brajović, Treffen mit Bundesministerin Maria Fekter anlässlich der Unterzeichnung des Memorandums of Understanding über die Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (6. November).

Das BMWF schloss mit dem montenegrinischen Bildungsministerium das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ab und das BMI schloss mit dem montenegrinischen Innenministerium ein Memorandum über die Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit ab. Die Arbeiten im Rahmen des Ressortabkommens zwischen dem BMLVS und dem montenegrinischen Verteidigungsministerium zur Ausbildung und Aufstellung montenegrinischer Gebirgstruppen schritten fort, wobei am 24. November die Alpinausbildungsanlage in Pljevlja feierlich eröffnet wurde.

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 1, 84 Millionen Euro erbracht.

Der Bildungsbeauftragte des BMUKK, der weiterhin auch die Agenden von „KulturKontakt Austria“ in Montenegro wahrnimmt, ist mit seinen weitreichenden Programmen, die auch von der OEZA finanzierte oder mitgetragene Aktivitäten umfassen, wie die Programme ECONET zur schulischen Förderung der Gründung von Klein- und Mittelbetrieben und TOUREG zur Vermittlung von für den Fremdenverkehr wichtigen Kenntnissen, Teil der umfassenden österreichischen Präsenz in Montenegro. Weiterhin ist eine Lektorin an der Germanistik der sprachwissenschaftlichen Fakultät der Universität Montenegro in Nikšić tätig.

Es fanden Konzertreisen unter der Leitung von Alfred Pflieger mit dem Alt Wiener Quartett im April und dem zeitgenössischen österreichischen Komponisten Maximilian Kreuz in Ulcinj, Kotor und Bijelo Polje, sowie Ende Juli in Trio-Besetzung in Plav und im Rahmen des Sommerfestivals in Gusinje statt. Die bereits traditionelle Beteiligung am Jazz Festival Petrovac Ende August wurde von Maja Jaku und ihrer Band wahrgenommen. Ende November wurde die österreichische Kulturwoche veranstaltet, mit einer Fotoschau unter dem Titel „Europe: In Between Documentation and Fiction“ mit Werken von Erich Lessing und zeitgenössischen mittel-, ost- und südosteuropäischen FotokünstlerInnen, weiters der in Zusammenarbeit zwischen der Kunstakademie Cetinje und der Hochschule für angewandte Kunst von fünf österreichischen und fünf montenegrinischen jungen KünstlerInnen gestalteten Ausstellung von Konzept- und Installationskunstwerken, sowie mit einem Haydn-Gedenkkonzert mit dem Montenegrinischen Symphonieorchester. Abgerundet wurde das Kulturjahr mit einem symphonischen Schubertkonzert Mitte Dezember.

Der vom Önologen Dieter Dorner aus Mureck im Juni gehaltene Vortrag unter Beteiligung des nationalen Winzerverband Montenegros und des biotechnischen Instituts der Universität von Montenegro in Podgorica zum Thema der wissenschaftlichen Grundlagen naturnaher Önologie in Österreich mit anschließender Weinverkostung, sowie die Beteiligung am Philosophiesymposium an der Universität Nikšić mit Vorträgen von Universitätsprofessor Peter Kampits zur österreichischen Philosophiegeschichte Ende Oktober waren die Beiträge im wissenschaftlichen Bereich.

Die österreichischen Exporte betragen 52,693 Millionen Euro (-32,0%), die Importe 1,037 Millionen Euro (-35,2%).

Mosambik (Republik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Armando Guebuza	Luisa Dias Diogo Marques Baloi (seit 11. März)	Oldemiro Júlio

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo – **HK, Koordinationsbüro der OEZA**; Beira – **Liaisonsbüro der OEZA**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5,33 Millionen Euro erbracht.

Das mit dem Tanztage 2009 – Preis linz09 und Posthof prämierte zeitgenössische Tanztheaterstück [SLIK] von Roderich Madl/Silke Grabinger wurde im Rahmen des internationalen KINANI Tanzfestivals in Maputo aufgeführt.

Die österreichischen Exporte betragen 4,710 Millionen Euro (+161%), die Importe 561.000 Euro (-70,2%).

*Anhang***Myanmar
(Union Myanmar), Naypyidaw**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Than Shwe	Thein Sein	Nyan Win

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Delegationsreise des Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften (17. Oktober. bis 17. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 7.500 Euro erbracht. Außerdem stehen Stipendien für WissenschaftlerInnen und ForscherInnen aus Myanmar zur Verfügung.

Die österreichischen Exporte betragen 3,758 Millionen Euro (-35,5%), die Importe 6,418 Millionen Euro (-34,0%).

**Namibia
(Republik Namibia), Windhoek**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hifikepunye Pohamba	Nahas Angula	Marco Hausiku

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 30.000 Euro erbracht.

Im Oktober nahm ein Jungdipomat am Spezialkurs der DA teil.

Die österreichischen Exporte betragen 6,867 Millionen Euro (+174,0%), die Importe 1,328 Millionen Euro (-78,3%).

**Nauru
(Republik Nauru), Yaren District**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Marcus Stephen	Kieren Keke

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 1,005 Millionen Euro.

**Nepal
(Demokratische Bundesrepublik Nepal), Kathmandu**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Ram Baran Yadav	Madhav Kumar Nepal	Sujata Koirala

ÖB, AHSt: siehe Indien; Kathmandu – **HK**

Im Rahmen der österreichischen Unterstützung für den verfassungsgebenden Prozess in Nepal führte am 11. November eine hochrangige Delegation nepalesischer Verfassungsjuristen mit führenden österreichischen Rechtsexperten in Wien Gespräche über Aufbau und politische Praxis der österreichischen Verfassung. Die Veranstaltung wurde vom Völkerrechtsbüro des BMeiA organisiert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 320.000 Euro erbracht.

Länderinformationen

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Adaptierung des Königspalastes in Patan zu einem Museum bildete die erfolgreich abgeschlossene Restaurierung der historischen Gartenanlage Keshar Mahal Garden of Dreams (Garden of the Six Seasons) in Kathmandu den Schwerpunkt der kulturellen Zusammenarbeit mit Nepal.

Derzeit sind die beiden nepalesischen Universitäten Kathmandu University und Tribhuvan University sowie ICIMOD Kathmandu (International Center for Integrated Mountain Development) Mitglieder im Eurasia-Pacific-Uninet. Es werden regelmäßig ForscherInnen und ProfessorInnen zwischen den nepalesischen Institutionen und österreichischen Universitäten ausgetauscht und gemeinsame wissenschaftliche Projekte durchgeführt. Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich wie auch an regionalen Ausbildungsstätten.

Wichtigste Exportprodukte sind Maschinen für die Kunststoff- und Textilindustrie und Papier, zu den wichtigsten Importprodukten zählen Teppiche, Bekleidung und Zubehör sowie Modeschmuck.

Die österreichischen Exporte betragen 1,453 Millionen Euro (+73,5%), die Importe 1,567 Millionen Euro (-33,2%).

Neuseeland (Neuseeland), Wellington

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef John Key	Außenminister Murray McCully
--	----------------------------	---------------------------------

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Anand Satyanand

ÖB, AHSt, ÖW: siehe Australien; Wellington – **HGK**; Auckland, Christchurch – **HK**

Besuche in Österreich: Arbeitsbesuch von Außenminister Murray McCully, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger (30. November).

Anlässlich des Haydn-Jahres 2009 fand eine Konferenz zum Thema „Joseph Haydn (1732- 1809): Forms of Expression“ statt. Mit Unterstützung des österreichischen Honorargeneralkonsuls in Wellington wurden im Rahmen einer Haydn Soirée mit dem „New Zealand String Quartet“ in Wellington (25. Mai) Werke des Komponisten aufgeführt.

Österreichs Ausfuhren bestanden zu etwa 95 % aus Produkten mit hoher Wertschöpfung: Maschinen und Fahrzeuge 53 %, bearbeitete Waren 16%, sonstige Fertigwaren 16%, chemische Erzeugnisse 13%. Gute Exportchancen bietet der neuseeländische Markt – bei einem neuerlichen Anspringen der Konjunktur – insbesondere für Lieferanten von Maschinen und Anlagen für die Industrie sowie zur Erzeugung erneuerbarer Energie, von Geräten für die Landwirtschaft und technischen Einrichtungen für die Wasserwirtschaft, im Bereich der Umwelttechnologie, im Verkehrswesen, bei Fertigwaren (z.B. Möbelbeschlägen), Arzneimitteln und Veterinärprodukten sowie zunehmend auch im Konsumgüterbereich (Getränke etc.). Bei den österreichischen Einfuhren aus Neuseeland stellten Nahrungsmittel die mit Abstand bedeutendste Warengruppe dar, wobei Fleisch, Gemüse und Früchte die wichtigsten Positionen ausmachten. Der Wert dieser Importe sank. Stark gesunken ist die Einfuhr von Waren aus Aluminium. Sehr positiv entwickelten sich die Einfuhren von Mess-, Prüf- und Kontrollgeräten.

Die österreichischen Exporte betragen 67,239 Millionen Euro (-25,6%), die Importe 43,018 Millionen Euro (-34,3%).

Cook Inseln

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Anhang

Niue

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Nicaragua (Republik Nicaragua), Managua

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Daniel Ortega

Außenminister
Samuel Santos

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Managua – **Koordinationsbüro der OEZA**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 4,71 Millionen Euro erbracht.

Österreich war bei der Europäischen Filmwoche in Managua mit den Spielfilmen „Sommer mit den Burggespenstern“ von Bernd Neuburger und „Volver la Vista“ von Fridolin Schönwiese vertreten (13.–20. Mai). Die drei Kunstpädagogik-Studentinnen Antonia Zippermayr, Eva Haslauer und Gerda Prantl führten im Rahmen des Projekts „Entre las Vistas“ einen sechswöchigen Workshop in der „Casa de los tres Mundos“ mit lokalen Jugendlichen in Granada durch (Juli und August).

Die österreichischen Exporte betragen 723.000 Euro (-77,3%), die Importe 3,049 Millionen Euro (+3,9%).

Niederlande (Königreich der Niederlande), Amsterdam

Staatsoberhaupt
Königin Beatrix

Regierungschef
Jan Peter Balkenende

Außenminister
Maxime Verhagen

Den Haag – **ÖB, AHSt**; Amsterdam – **HGK, ÖW**; Eindhoven – **HK**, Rotterdam – **HK**

Zu Jahresbeginn wurden die Honorarkonsulate in Eindhoven und in Rotterdam wiedereröffnet.

Besuche aus Österreich: Generalsekretär im BMLFUW Reinhard Mang, Teilnahme am 3. Hochrangigen Treffen von WHO und UNECE zu Transport, Gesundheit und Umwelt (22. und 23. Jänner); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zu Afghanistan (Den Haag, 31. März); Präsident des Bundesrates Harald Reisenberger, Teilnahme an der XI. Tagung der Vereinigung der Senate Europas (Den Haag, 16.–18. April); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme am informellen Treffen der EU-InnenministerInnen (Den Haag, 1. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten a.D. Albert Rohan, Präsentation des 2. Berichts der Unabhängigen Türkei-Kommission (Den Haag, 14. Oktober); Präsident des Tiroler Landtags Herwig van Staa, Teilnahme an der 16. Sitzung der GemeindeministerInnenkonferenz des Europarats (Utrecht, 16. und 17. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräch mit dem Generalsekretär im niederländischen Außenministerium Ed Kronenburg (Den Haag, 4. Dezember).

Besuche in Österreich: Generaldirektor der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen Rogelio Pürter, Arbeitsgespräch im BMeiA und Vortrag an der DA (24. Februar); Präsident des Internationalen Gerichtshofs Hisashi Owada, Teilnahme an einer Festveranstaltung anlässlich des 80. Geburtstages des Völkerrechtsexperten Universitätsprofessor Karl Zemanek (26. November).

Am 8. September wurde ein Protokoll samt Zusatzprotokoll zur weiteren Abänderung des bilateralen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen unterzeichnet.

Ein besonderer Schwerpunkt lag anlässlich des 200. Todestages auf der Musik Joseph Haydns. Daneben reichte das Spektrum der österreichischen Musik von Barockmusik aus dem Harrach-Archiv über das Gemüseeorchester und Global Kryner bis zu „Soap and Skin“.

Länderinformationen

In verschiedenen Museen und Galerien wurden Ausstellungen von Margret Wibmer, Gerhard Gutruf, Günter Brus, Annja Krautgasser und Ona B. gezeigt. Im September fand in Tilburg das „Incubate Festival“ mit Hermann Nitsch als Gast statt.

Der Arbeit innerhalb der EUNIC-Gruppe kommt eine ständig steigende Bedeutung zu. Hier wird in kleineren und größeren Projekten die europäische, aber auch regionale Kultur in den Niederlanden vorgestellt. Das wichtigste Projekt in diesem Jahr war „1989+20 – Europa 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs“.

Die österreichischen Exporte betragen 1.604,490 Millionen Euro (-22,4%), die Importe 2.766,580 Millionen Euro (-17,9%).

Niger (Republik Niger), Niamey

Staatsoberhaupt Mamadou Tandja	Regierungschef Ali Badjo Gamatié (seit 3. Oktober)	Außenministerin Aichatou Mindaoudou
-----------------------------------	--	--

ÖB: siehe Senegal; Niamey – HK, AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 292.000 Euro (-92,3%), die Importe 81.000 Euro (+52,5%).

Nigeria (Bundesrepublik Nigeria), Abuja

Staatsoberhaupt und Regierungschef Umaru Musa Yar'adua	Außenminister Chief Ojo Maduekwe
---	-------------------------------------

Abuja – ÖB; Lagos – AHSt; Kaduna – HK

Besuche in Österreich: Vizeaußenminister Bagudu Hirse, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (11. März); Staatsminister im nigerianischen Außenministerium Maidgari Jibril, Regionalkonferenz des nigerianischen Außenministeriums in Wien, Zusammentreffen mit Generalsekretär Johannes Kyrle (24.–29. September); Frau Turai Yar'Adua, Gattin von Staatspräsident Yar'Adua, stattete im Rahmen ihres Aufenthaltes in Wien anlässlich der IAEO-Generalversammlung (14.–18. September) Frau Margit Fischer einen Höflichkeitsbesuch ab.

Die österreichischen Exporte betragen 97,418 Millionen Euro (-41,8%), die Importe 172,152 Millionen Euro (-3,5%).

Norwegen (Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt König Harald V.	Regierungschef Jens Stoltenberg	Außenminister Jonas Gahr Støre
------------------------------------	------------------------------------	-----------------------------------

Oslo – ÖB, HGK, AHSt; Ålesund, Bergen, Kristiansand, Stavanger, Tromsø, Trondheim – HK; ÖW: siehe Kopenhagen

Besuche aus Österreich: Staatssekretärin Christine Marek, Konsultationen im Ministerium für Gleichstellung und mit Interessensverbänden zum norwegischen Modell der Frauengleichberechtigung (26. und 27. Oktober); Delegation unter der Leitung von Sektionschef Josef Mayer, BMWFJ, zu bilateralen handelspolitischen Gesprächen (20. Mai).

Anhang

Besuche in Österreich: Präsident des Storting Thorbjørn Jagland, im Rahmen seiner Kandidatur für den Posten des Generalsekretärs des Europarates, Gespräche mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesminister Michael Spindelegger (22. April).

Am 16. September wurde in Wien das Abänderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Norwegen unterzeichnet.

Als Gründungsmitglied der Ende 2008 geschaffenen EUNIC Norway war die Botschaft an einer Reihe von Projekten im Rahmen dieses Netzwerkes beteiligt. Im Zuge der Gedenkveranstaltungen zum Thema „Fall der Mauer“ nahm Österreich mit einer themenspezifischen Tatortproduktion („Tödliche Habgier“) an den „Fall of the Wall“ Filmtagen in Oslo teil (Oktober). Im Filmbereich war Österreich im März am Eurodok Dokumentarifestival in Oslo (Weltrevolution von Klaus Hundsichler und Stefan Weber; Gibellina – Il terremoto von Joerg Burger; Minot, North Dakota von Angelika Brudniak), ebenfalls im März beim internationalen Kurzfilmfestival Kosmorama in Trondheim (Christoph Rainer: Fawn) und im Juni beim 32. Minimalen Kurzfilmfestival in Grimstad vertreten (Walrus von Christoph Rainer).

Die langjährige Veranstaltungsreihe „Literarischer Salon“, das einzige Forum für österreichische Literatur in Norwegen, wurde mit einer Präsentation der Autoren Brigitte Hamann (Februar) und Thomas Raab (Dezember) fortgesetzt.

Im Musikbereich nahm Werner Schulze am Vinterlydfestivals (Musikhochschule Oslo, Feber), der Pianist Robert Lehrbaumer am Festival „Grieg in Bergen“ (Bergen, Juni), der Wiener Kammerchor am internationalen Chorwettbewerb „Let the peoples sing“ in Oslo (Oktober) teil.

Das Wiener Tanztheater The Living Movement absolvierte im Oktober eine Norwegentournee.

Die österreichischen Exporte betragen 481,238 Millionen Euro (-18,3%), die Importe 526,081 Millionen Euro (-11,0%).

Oman

(Sultanat Oman), Maskat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
S.M. Sultan Qaboos bin Said Al Said	S.H. Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said	S.E. Yusuf bin Alawi bin Abdullah

Maskat – **ÖB; AHS:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Am 23. September traf Bundesminister Michael Spindelegger den omanischen Außenminister Yusuf bin Alawi am Rande der 64. VN-GV in New York.

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle Teilnahme am Ministertreffen EU-GKR in Maskat, bilaterale Gespräche (29. April); Generalprokurator Werner Pürstl, Gespräch mit Generalstaatsanwalt Ali Zahir Hilali (17.–19. Januar); Rechnungshofpräsident Josef Moser, Gespräch mit dem Präsidenten des omanischen Rechnungshofs (27.–29. Dezember); am 25. und 26. März war eine Wirtschaftsmission im Oman.

Besuche in Österreich: Ministerin für Höhere Bildung Rawya Al Busaidia, Gespräche mit Bundesminister Johannes Hahn über einen Ausbau der universitären Zusammenarbeit (1.–3. November); Oberkommandierender der omanischen Streitkräfte Said bin Nasser Al Salmi, Treffen mit Funktionären des BMLVS (14.–17. Dezember).

Vom 13.–18. April wurde die Ausstellung „Golden Age of Austrian Art“ mit Originalarbeiten aus dem Dommuseum Wien von Klimt, Schiele, Kokoschka und anderen österreichischen Künstlern des 20. Jahrhunderts im Bait Al Baranda-Museum gezeigt. An der Präsentation der Ausstellung „Orient Meets Occident“ mit Werken omanischer Künstler am 13. August in Salzburg nahm der Unterstaatssekretär im Tourismusministerium, Mohammed Al Tobi teil.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 57,327 Millionen Euro (-17,4%), die Importe 2,125 Millionen Euro (+365,8%).

Pakistan (Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Asif Ali Zardari	Syed Makhdoom	Makhdoom Shah
Mehmood	Yusuf Raza Gilani	Qureshi

Islamabad – **ÖB**; Karachi, Lahore – **HK**; Karachi – **Korrespondenzbüro der WKÖ (Marketing Office)**, **AHSt**: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Staatssekretärin im Hochschulministerium (amtsführende Ressortchefin) Shahnaz Wazir Ali, Gespräche mit Bundesminister Johannes Hahn sowie VertreterInnen österreichischer Universitäten (17.–19. April); Präsidentin des Unterhauses (National Assembly) des pakistanischen Parlaments Fahmida Mirza, Teilnahme am „Fifth Annual Meeting of Women Speakers of Parliament“ in Wien, Gespräche mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Empfang durch Bundespräsident Heinz Fischer (13. und 14. Juli).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 130.000 Euro erbracht.

Zwischen Österreich und Pakistan besteht seit mehreren Jahren eine intensive Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet, in deren Rahmen derzeit etwa 350 AbsolventInnen pakistanischer technischer und naturwissenschaftlicher Studienrichtungen in Österreich ihr Doktoratsstudium absolvieren.

Das österreichische Ensemble „Teatro Buffo“ beteiligte sich mit Unterstützung des BMeiA am „South Asia Foundation Peace Festival“ (Lahore, 10.–23. Oktober). Die Veranstaltungen dieses Festivals fanden beiderseits der Grenze sowohl in Pakistan (Lahore) als auch in Indien (Amritsar) statt.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Pakistan haben sich merklich intensiviert. Erwähnenswert sind hier besonders die Aktivitäten im Energiebereich.

Die österreichischen Exporte betragen 135,511 Millionen Euro (+47,0%), die Importe 60,576 Millionen Euro (-2,6%).

Palästinensische Gebiete (Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen)

Vorsitzender der Palästinensischen Behörde	Regierungschef	Außenminister
Mahmoud Abbas	Salam Fayyad	Riyad al-Malki

Ramallah – **Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Behörde**

Besuche nach Österreich: Premierminister Salam Fayyad und Außenminister Riad Malki, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (30. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2,9 Millionen Euro erbracht.

An der ESVP-Polizeimission EUPOL COPPS ist Österreich mit zwei Polizisten beteiligt; für die derzeit nur eingeschränkt operative Grenzassistentenmission EUBAM Rafah hat Österreich eine Expertin eingemeldet.

Die österreichischen Exporte betragen 683.000 Euro (+5,3%), die Importe 45.000 Euro (-47,5%).

*Anhang***Palau
(Republik Palau), Koror**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Johnson Toribiong

Außenministerin
Sandra S. Pierantozzi

ÖB: siehe Philippinen; **AHSt:** Zweigbüro Manila der AHST Singapur

Botschafter Wilhelm Donko überreichte am 19. November sein Beglaubigungsschreiben als a.o und bev. Botschafter der Republik Österreich an Präsident Johnson Toribiong.

Die österreichischen Exporte betragen 3.000 Euro.

**Panama
(Republik Panama), Panama-Stadt**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ricardo Martinelli
(seit 1. Juli)

Außenminister
Juan Carlos Varela
(seit 1. Juli)

ÖB: siehe Kolumbien; Panama-Stadt – **HGK;** **AHSt:** siehe Mexiko

Ein Auslandsdiener war im Rahmen eines Bildungsprojekts im Einsatz.

Panama gehörte zu den wichtigsten Märkten für österreichische Produkte in der ganzen Region. Österreichische Investitionen lagen insbesondere im Umweltbereich. Zulieferungen erfolgten vor allem im Bereich der Bauindustrie, der Energieversorgung und der Agroindustrie.

Die österreichischen Exporte betragen 15,458 Millionen Euro (-20,8%), die Importe 3,795 Millionen Euro (-44,1%).

**Papua-Neuguinea
(Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby**

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Sir Michael Somare

Außenminister
Sam Abal

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Paulias Matane

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 33.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 788.000 Euro (+71,2%), die Importe 596.000 Euro (+80,0%).

**Paraguay
(Republik Paraguay), Asunción**

Staatsoberhaupt und Regierungschef Außenminister
Fernando Lugo Mendez Hector Ricardo Lacognata Zaragoza
(seit 4. Mai)

ÖB und AHSt: siehe Argentinien; Asunción – **HGK**

Die österreichischen Exporte betragen 5,406 Millionen Euro (-9,5%), die Importe 767.000 Euro (+7,7%).

*Länderinformationen***Peru
(Republik Peru), Lima**

Staatsoberhaupt
Alan García Pérez

Regierungschef
Javier Velásquez Quesquén

Außenminister
José García Belaúnde
(seit 11. Juli)

Lima – **ÖB; AHSt:** siehe Argentinien;

Alle **HK** (Arequipa, Trujillo, Cusco, Iquitos) vorübergehend geschlossen.

Bundesminister Michael Spindelegger traf am 12. Mai am Rande des Treffens zwischen der EU und der Rio Gruppe in Prag mit Außenminister José García Belande zu einem Gespräch zusammen.

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler a.D. Alfred Gusenbauer, Gespräche mit Außenhandelsministerin Mercedes Araújo Fernández (17. März). Landtagspräsident Herwig Van Staa kam aus Anlass der 150-Jahrfeier der Tiroler Aussiedlergemeinde Pozuzo mit einer 50-köpfigen Delegation nach Lima und Pozuzo, wo er u.a. mit Umweltminister Brack Egg (einem Altösterreicher von Pozuziner Herkunft) zusammentraf (24.–30. Juli).

Das Duo „Dietmar und Ewa“ gastierte im März beim XX. Internationalen Gitarrefestival der ICPNA in Lima. Die Organistin Sigrid Maria Gartner gab im Mai im Rahmen des Barockfestivals in Lima ein Konzert. Elisabeth Möst trat im Mai im Rahmen des XXIV. Internationalen Flötenfestivals in Lima auf. Der Choreograf Chris Haring und der Multimediakünstler Klaus Obermaier zeigten beim Limaer Standfest „Noche en Blanco“ im Mai ein multimediales Spektakel aus Tanz, Video und Musik. Der Pianist Gottlieb Wallisch konzertierte am 24. September in Lima. Wolfgang Schlachter organisierte im September und Oktober ein Oboen- und Kammermusikseminar für Schüler des Jugendorchesters im Nationalkonservatorium in Lima. Im Rahmen des EU-Filmfestivals wurde in Lima und anderen Städten der Kurzfilm „Copy Shop“ von Virgil Widrich gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 52,768 Millionen Euro (-10,6%), die Importe 22,006 Millionen Euro (+17,8%).

**Philippinen
(Republik der Philippinen), Manila**

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Gloria Macapagal Arroyo

Außenminister
Alberto G. Romulo

Manila – **ÖB, HGK, AHSt;** Cebu – **HGK**

Besuche in Österreich: Außenminister Alberto Romulo, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger (14. Oktober).

In der Bambusorgelkirche von Las Pinas fanden unter Mitwirkung des Organisten Johann Trummer von der Musikuniversität Graz, dem Organisten Christian Iwan und der Sopranistin Franziska Hammer-Drexler Konzerte statt (19.–27. Februar). Österreich war am EU-Filmfestival in Manila (10.–20. September), Cagayan de Oro (2.–4. Oktober), Cebu (9.–11. Oktober) mit dem Film „Freigesprochen“ von Peter Payer vertreten.

Im Rahmen der wissenschaftlich-universitären Partnerschaft ASEA-UNINET nahmen 18 österreichische StudentInnen an dem von der Universität Innsbruck organisierten „Asian Studies Program“ an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil (4.–20. Februar).

Die AHSt Manila wurde im September in ein Zweigbüro der AHSt Singapur umgewandelt, Unterbringung und Personalstand blieben unverändert.

Die österreichischen Exporte betragen 100,842 Millionen Euro (+22,2%), die Importe 93,491 Millionen (-33,1%).

Anhang

Polen (Republik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt
Lech Kaczyński

Regierungschef
Donald Tusk

Außenminister
Radosław Sikorski

Warschau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI**; Krakau – **GK, KF, ÖI**; Katowice – **HK**; Lodz – **HK**;
Wroclaw (Breslau) – **HK, ÖI**.

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsbesuch bei Unterstaatssekretärin im Außenministerium Grazyna Bernatowicz (12. Februar); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am Kongress der Europäischen Volkspartei (29. und 30. April); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme am Salzburg-Forum (29. und 30. Mai); Bürgermeister Michael Häupl, Arbeitsbesuch bei Stadtpräsident Majchrowski sowie Unterzeichnung der vierjährigen Verlängerung der „Gemeinsamen Erklärung zwischen der Hauptstädtisch Königlichen Stadt Krakau und der Hauptstadt der Republik Österreich, Wien“ (Krakau, 15. Juni); Bundeskanzler Werner Faymann, Arbeitsbesuch anlässlich der Gedenkveranstaltung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (Danzig, 1. September); Bundespräsident Heinz Fischer, offizieller Arbeitsbesuch bei Präsident Kaczyński und Premierminister Tusk (15. September); Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, offizieller Arbeitsbesuch bei Vizepremierminister und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak (15. September); Präsident des Bundesrates Erwin Preiner, Treffen der Vereinigung der Europäischen Senate (Danzig, 22. und 23. Oktober).

Besuche in Österreich: Staatssekretär Wladyslaw Bartoszewski und Europaminister Mikolaj Dowgielewicz, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Geteilt I Geeint. 1989 – 2009: Aufbruch in ein neues Europa“ (28. und 29. Mai); Europaminister Mikolaj Dowgielewicz, Vortrag „Poland’s five years in the EU – looking back, looking ahead“ (25. Juni); Vizepremierminister und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak bei Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sörger (20. und 21. Oktober).

Ein österreichisch-polnisches Abkommen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen war Ende 2009 in weiten Teilen ausverhandelt und soll 2010 abgeschlossen werden.

Das Österreichische Kulturforum Warschau verband das europäische „Jahr der Kreativität und Innovation“ mit dem Haydn-Jahr 2009. Teil des Schwerpunktes war eine Ausstellung über Joseph Haydn in vielen Städten Polens, die Aufführung der „Schöpfung“ mit dem Mozart Knabenchor Wiens, das Konzert des Haydn-Trio Wien und Konzerte des Duos Eva Steinschaden und Alexander Vavtar. Das Jahresthema „Die Schöpfung“ war durch eine Serie von „Philosophischen Salons“ begleitet, wobei sowohl die jüdische als auch die protestantische Sichtweise beleuchtet wurde.

Das Thema „1989 | 2009, Europa Getrennt | Geeint“ stellte einen weiteren Schwerpunkt dar und war Anlass zu einer Podiumsdiskussion mit Vizekanzler a.D. Erhard Busek und Staatssekretär Wladyslaw Bartoszewski und einer Ausstellung in Zusammenarbeit mit Kulturkontakt Austria, bei der Werke von insgesamt acht polnischen KünstlerInnen, die seinerzeit Stipendiumsaufenthalte in Wien hatten, präsentiert wurden.

Im Rahmen des vom Österreichischen Kulturforum Warschau initiierten jährlichen Zykluses „Junges Musikforum“ wurde neben einer Aufführung des „Cornet“ in der Vertonung von Viktor Ullmann als Vermächtnis aus Theresienstadt auch Musik von jüngeren zeitgenössischen österreichischen Komponisten wie Helmut Schmiedinger und Joseph Horowitz dem polnischen Publikum präsentiert. Österreich war auch bei zahlreichen Festivals wie den Warsaw Summer Jazz Days, dem Festival alter Musik und dem Jazz.-Pianistenfestival sowie beim Festival Elektronischer Musik „Musica Genera Warschau“ vertreten.

Die österreichischen Exporte betragen 2.448,000 Millionen Euro (-25,2%), die Importe 1.560,096 Millionen Euro (-27,3%).

*Länderinformationen***Portugal
(Portugiesische Republik), Lissabon**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Aníbal António Cavaco Silva	José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa	Luís Filipe Marques Amado

Lissabon – **ÖB, AHSt**; Porto, Albufeira, Funchal – **HK**

Besuche aus Österreich: Dritter Präsident des Nationalrats Martin Graf, Teilnahme an der EUREKA Interparlamentarischen Konferenz (14. und 15. Mai).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva, offizieller Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (23.–26. Juli).

Das Wiener Mozart Trio gab im Rahmen des Festivals von Estoril ein Konzert (Juli); die Folk-, Jazz- und Klasseinflüsse verbindende Band Hotel Palindrone spielte zweimal auf dem Weltmusikfestival Ollin Kan (Juli und August); die Jazzsängerin Angela Tröndle präsentierte ihre neue CD mit ihrer Band Mosaik im Cabaret Maxime (November).

Im Rahmen des Kulturprogramms der Botschaft wurde bei dem gemeinsam mit dem Kino „São Jorge“ in Lissabon veranstalteten Festival des deutschsprachigen Films „Revanche“ von Götz Spielmann als Abschlussfilm gezeigt (Jänner). Das Filmfestival IndieLisboa brachte „12 Explosionen“ von Johann Lurf, „Borgate“ von Lotte Schreiber, „FILM IST. a girl & a gun“ von Gustav Deutsch, „In Transit“ von Lida Abdul und „Seemannstreue“ von Anna Kalus (April).

Das „Buch der Bilder“ von Rainer Maria Rilke und „Meine Preise“ von Thomas Bernhard erschienen in portugiesischer Sprache. Die Choreographin Editta Braun präsentierte das Tanztheaterprojekt „Stille Post“ in der Residenz des berühmten Choreographen Rui Horta (Februar).

Die österreichischen Exporte betragen 394,892 Millionen Euro (+5,6%), die Importe 332,660 Millionen Euro (-20,9%).

**Ruanda
(Republik Ruanda), Kigali**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Paul Kagame	Bernard Makuza	Louise Mushikiwabo (seit 2. Dezember)

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche in Österreich: Staatsminister für Wasser und Energie im Infrastrukturministerium Albert Butare, Besuch einer UNIDO Konferenz (Anfang März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 920.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 665.000 Euro (+127,1%), die Importe 880.000 Euro (-67,3%).

**Rumänien
(Rumänien), Bukarest**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Traian Basescu	Emil Boc	Theodor Bachonschi (seit 23. Dezember)

Bukarest – **ÖB, KF, AHSt, ÖBTZ, Verbindungsbeamter des BMI; Sozialattachée;** Temeswar – **HK**

Anhang

Besuche aus Österreich: Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Gespräche mit Finanzminister Gheorghe Pogea und Notenbankgouverneur Mugur Isarescu (11. und 12. Februar); Staatssekretärin Christine Marek, Besuch des „Wiener Balls“ in Bukarest als Ehrengast, Gespräche mit der Staatssekretärin im Arbeitsministerium Mariana Nedelcu und der Leiterin der Agentur für die Rechte der Kinder, Staatssekretärin Ileana Savu (28. Februar); Nationaler Rüstungsdirektor Freyo Apfalter (24.–26. März); Bundesminister Michael Spindelegger, Gespräche mit Außenminister Cristian Diaconescu (1. April); Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger, bilaterale Konsulargespräche (7. April); Präsident des Bundesrates a.D. Universitätsprofessor Herbert Schambeck und der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Linz, Universitätsprofessor Heribert Franz Köck, Teilnahme an einer Europa-Konferenz der Universität Pitești (16.–20. April); Vizepräsidentin des Bundesrates Susanne Neuwirth, Teilnahme an der Tagung des parlamentarischen Komitees der ZEI in Bukarest (8. und 9. Mai); Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme am in Bukarest abgehaltenen UNESCO-Forum on Higher Education in the Europe Region (22. und 23. Mai); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Teilnahme an der Eröffnungskonferenz eines bilateralen Zusammenarbeitsprojekts im Bereich des Jugendstrafvollzugs in Bukarest und Gespräche mit Justizminister Cătălin Predoiu (22. und 23. Juni); Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat Karlheinz Kopf, Teilnahme am Empfang der Botschaft aus Anlass des österreichischen Nationalfeiertages (26. und 27. Oktober); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme an der Ministertagung der sog. Salzburg Gruppe der Innenminister Mittel- und Osteuropas in Bukarest, bilaterales Gespräch mit Innenminister Vasile Blaga (29. Oktober).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Traian Basescu, offizieller Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (23. März); Minister für Kommunikation und Informationsgesellschaft, Gabriel Sandu, Gespräch mit Staatssekretär Josef Ostermayer (26. März); Außenminister Cristian Diaconescu, Teilnahme als Keynote-Speaker am Europaforum Wachau in Stift Göttweig (17. Mai); Staatssekretär Iulian Matache vom Ministerium für regionale Entwicklung und Wohnungen sowie Vizepräsident des Kreis Tulcea Nicolae Chichi, Teilnahme am Linzer Donauforum 2009 (29. Juni).

Neben der politischen und wirtschaftspolitischen Vertretungstätigkeit wurden von der Botschaft bzw. ihren zuständigen Spezialattachés im Berichtszeitraum ein umfangreiches Kulturprogramm verwirklicht (Kulturforum), eine Reihe von humanitären Aktionen und Sozialprojekten (Sozialattachée) umgesetzt und die polizeiliche Zusammenarbeit mit Fahndungserfolgen weiterbetrieben.

Die österreichischen Exporte betragen 1.601,449 Millionen Euro (-33,2%), die Importe 640,058 Millionen Euro (-16,8%).

Russland (Russische Föderation), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dmitri Medwedjew	Wladimir Putin	Sergej Lawrow

Moskau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; St. Petersburg – **HGK, AWO-Marketingbüro**; Jekaterinenburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Vize-Außenminister Wladimir Titow (17. September); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Treffen mit Landwirtschaftsministerin Jelena Skrynnik sowie dem stellvertretenden Landwirtschaftsminister Alexej Baschanow (22.–24. September); Präsident des Bundesrates Erwin Preiner, Treffen mit dem Vorsitzenden des Föderationsrates Sergej Mironow (28. September bis 2. Oktober); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Sergej Lawrow (4. und 5. Oktober); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Präsident Dimitrij Medwedjew und Premierminister Wladimir Putin (10. und 11. November); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit dem Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow (24. und 25. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Sergej Lawrow, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (23. Juni).

Länderinformationen

Das KF war an der Organisation der Biedermeier-Ausstellung des Liechtenstein Museums Wien beteiligt und organisierte eine Reihe von begleitenden Kulturveranstaltungen. Hervorzuheben ist eine Wohltätigkeitsauktion zu Gunsten von SOS-Kinderdorf Russland in der Botschaftsresidenz. Die Zusammenarbeit mit den Österreichbibliotheken in Jekaterinburg, Nischnij Nowgorod, St. Petersburg und Moskau konnte intensiviert werden, ebenso wie die Kooperation mit russischen Universitäten.

Trotz Wirtschaftskrise bleibt Österreich für russische Touristen eine attraktive Urlaubsdestination. Rund 230.000 Gäste aus Russland besuchten Österreich.

Nach Jahren sehr dynamischer Handelsentwicklung kam es krisenbedingt zu einem deutlichen Einbruch im bilateralen Warenverkehr. Wichtige österreichische Exportgüter für den russischen Markt waren insbesondere Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, pharmazeutische Erzeugnisse, Metalle und Metallerzeugnisse, Nahrungsmittel und Getränke, Holz- und Papierwaren. Die österreichischen Importe aus Russland wurden von mineralischen Brennstoffen dominiert; weiters sind Erzeugnisse aus Eisen, Stahl und anderen Metallen (besonders Aluminium, Nickel, Kupfer) sowie Holzwaren zu nennen.

Die österreichischen Exporte betragen 2.095,626 Euro (-29,5%), die Importe 1.703,447 Millionen Euro (-31,8%).

Salomonen (Salomonen), Honiara

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef David Derek Sikua	Außenminister William Haomae
--	-------------------------------------	---------------------------------

vertreten durch:
Generalgouverneur
Frank Utu Ofagioro Kabui
(seit 7. Juli)

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 9.000 Euro (-45,4%), die Importe 14.000 Euro (+798,1%).

Sambia (Republik Sambia), Lusaka

Staatsoberhaupt und Regierungschef Rupiah Banda (seit 2. November)	Außenminister Kabinga Pande
--	--------------------------------

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Lusaka – **HK**

An dem Spezialkurs der DA für afrikanische Jungdiplomaten (12.–30. Oktober) nahm eine sambische Staatsangehörige teil.

Die österreichischen Exporte betragen 5,772 Millionen Euro (+27,2%), die Importe 927.000 Euro (-35,7%).

Samoa (Unabhängiger Staat Samoa), Apia

Staatsoberhaupt Tui Atua Tupua Tamasese Efi	Regierungschef und Außenminister Tuil'aepa Lupesoliai Sailele Malielegaoi
---	--

Anhang

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die Importe betragen 38.000 Euro.

San Marino

Staatsoberhaupt

Zwei Kapitänregenten mit 6-monatiger Amtszeit

Francesco Mussoni

(seit 1. Oktober)

Stefano Palmieri

(seit 1. Oktober)

Regierungschefin und

Außenministerin

Antonella Mularoni

ÖB: siehe Heiliger Stuhl; **AHSt:** siehe Italien (Padua); San Marino – **HK**

Unterzeichnung des Protokolls bzw. Zusatzprotokolls zur Änderung des 2004 unterzeichneten Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) zwischen Österreich und San Marino am 18. September in Wien. Das DBA wurde damit an Art. XXVI des entsprechenden Musterabkommens der OECD angepasst.

Die österreichischen Exporte betragen 14,401 Millionen Euro (+36,7%), die Importe 7,764 Millionen Euro (-29,8%).

São Tomé und Príncipe
(Demokratische Republik São Tomé und Príncipe), São Tomé

Staatsoberhaupt

Fradique Bandeira Melo

De Menezes

Regierungschef

Joaquim Rafael Branco

Außenminister

Carlos Alberto Pires Tiny

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 14.000 Euro (-18,8%), die Importe 34.000 Euro (-55,1%).

Saudi-Arabien
(Königreich Saudi-Arabien), Riyadh

Staatsoberhaupt und Regierungschef

König Abdullah Bin Abdul Aziz Al Saud

Außenminister

Prinz Saud Al Faisal

Riyadh – **ÖB, AHSt;** Jeddah – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler a.D. Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Schüssel, Teilnahme an den 12. Kronberger Gesprächen der Bertelsmann-Stiftung, "Europe and the Gulf Region – towards a new horizon" (11. und 12. Mai); Delegation des BMWFJ, Teilnahme am Treffen der International Support Group zur Vorbereitung des 12. Ministertreffens des International Energy Forum 2010 (10. November).

Besuche in Österreich: Delegation der Stadtplanungsagentur Riyadh und hochrangiger Vertreter der städtischen Polizei auf Einladung des International Security Competence Center (Wien), fachlicher Austausch sowie Besuch relevanter Einrichtungen, einschließlich Landespolizeikommandos und Flughäfen (15.–20. Februar); Prinz Turki Al-Faisal, Vorsitzender des King Faisal Centre for Research and Islamic Studies, Teilnahme am Salzburg Trilog 2009 auf Einladung von Bundesminister Michael Spindelegger (14.–16. August); Vorsitzender der saudischen Beratenden Versammlung (Majlis Al-Shura), Abdullah Al Al-Sheikh, in Begleitung einer Abgeordnetendelegation, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, und Bundesminister Michael Spindelegger (12.–14. Oktober); Delegation von Exekutivbeamten und Sicherheitsexperten aus den Mitgliedsländern der Naif Arab University for Security Sciences (NAUSS, Riyadh), Teilnahme an einem für die NAUSS veranstalteten Seminar der Sicherheitsakademie des BMI (16.–18. November).

Länderinformationen

Der österreichisch-palästinensische Dichter und Musiker Marwan Abado gab im Duo mit dem Perkussionisten Peter Rosmanith am 5. Mai im Garten der Botschaftsresidenz ein im Zeichen des musikalischen Dialogs zwischen Orient und Okzident stehendes Konzert für arabische Laute (Oud). Im Rahmen eines von den Botschaften der EU-Länder gemeinsam mit dem Riyadh Literary Club veranstalteten Filmprogramms wurde am 28. Juni die Dokumentation „The roaring mountains“ („Wildes Wasser, blanker Fels – Nationalpark Geräusche“) von Michael Schlamberger gezeigt.

Am 8. und 15. Dezember präsentierten Edit Schlaffer („Frauen ohne Grenzen“, Wien), Universitätsprofessor Ulrich Kropiunigg (Universität Wien) und Prof. Fawziah Al-Bakr (King Saud University, Riyadh) die Ergebnisse der vom Österreichischen Fonds zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (FWF) unterstützten Studie „Bridging the gap – but how? Young voices from the Kingdom of Saudi Arabia“, in deren Rahmen über 4.400 saudische Studenten/innen zur Frage der Partizipation von Frauen in der Gesellschaft und Arbeitswelt Saudi-Arabiens befragt worden waren.

Die Österreich Werbung und Wien Tourismus präsentierten am 26. Mai in Zusammenarbeit mit der Botschaft in der Botschaftsresidenz ein Programm für weibliches Publikum, in dessen Mittelpunkt Wien als Reiseziel für saudische Gäste stand.

Im Rahmen einer Wirtschaftsmission nach Jeddah und Riyadh (21.–24.März) besuchten 19 österreichische Firmenvertreter Saudi-Arabien. Auf offiziellen Gruppenständen der WKÖ nahmen acht österreichische Firmen an der Fachmesse „Saudi Build“ in Riyadh (4.–7.Oktober) und 15 Firmenvertreter an der Fachmesse „Saudi Print, Packaging, Plastics, Petrochem“ (18.–21. Oktober) teil.

Die österreichischen Exporte betragen 493,088 Millionen Euro (+12,6%), die Importe 118,734 Millionen Euro (-54,3%).

Schweden

(Königreich Schweden, Stockholm)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Carl XVI Gustaf	Fredrik Reinfeldt	Carl Bildt

Stockholm – **ÖB, HGK, AHSt, ÖW**; Göteborg – **HGK, Luleå, Malmö – HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Frank Belfrage (16. Juni); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Carl Bildt (24. Juni); Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und Mitglied des Bundesrates Albrecht Konecny, COSAC Treffen (5. und 6. Juli); Bundesminister Alois Stöger, informelles Treffen zu Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Gesundheits- und Krankensystem sowie Konsumentenfragen (EPSCO) (Jönköping, 6. und 7. Juli); Sektionschefin Edeltraud Glettler (Delegationsleiterin), informelles Treffen der EU-Arbeitsmarkt- und SozialministerInnen (Jönköping, 8. und 9. Juli); Bundesministerin Maria Fekter, informelles Treffen der EU-MinisterInnen für Justiz und Inneres (15. und 17. Juli); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, informelles Treffen der EU-MinisterInnen für Justiz und Inneres (16.–18. Juli); Sektionschef Alfred Maier (Delegationsleiter), informelles Treffen der EU-EnergieministerInnen (Åre, 23. und 24. Juli); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, informelles Treffen der EU-UmweltministerInnen (24. und 25. Juli); Bundesminister Michael Spindelegger, informelles Treffen der EU-AußenministerInnen (4. und 5. September); Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Arbeitsgespräche u.a mit der Vize-Präsidentin der schwedischen Industriellenvereinigung Annika Lundius (9. September); Bürgermeister Heinz Schaden mit Delegation des Salzburger Städtebundes, Arbeitsgespräche (9.–12. September); Generalsekretär Reinhard Mang, BMLFUW, informelles Treffen der Land-, Forstwirtschafts- und FischereiministerInnen (Växjö, 13.–15. September); Botschafter Johannes Eigner (Delegationsleiter), MinisterInnenkonferenz zur EU Strategie für Ostsee und zukünftige Makroregionen (17. und 18. September); Sektionsleiter Christian Weissenburger (Delegationsleiter), BMVIT, informelles Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (Södertälje, 21. und 22. September); Sektionsleiter Anton Dobart (Delegationsleiter), BMUKK, informelles Tref-

Anhang

fen der EU-BildungsministerInnen (Göteborg, 23. und 24. September); Bezirkshauptmann Hannes Nistl mit Delegation, Studienfahrt (24.–26. September); Bundesminister Norbert Darabos, informelles Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Göteborg, 28. und 29. September); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, informelles Treffen der EU-FinanzministerInnen (Göteborg, 1. und 2. Oktober); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Arbeitsgespräch mit Premierminister Fredrik Reinfeldt (2. Oktober); Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, Mitglied des Bundesrates Albrecht Konecny, Mitglied des Bundesrates Georg Keuschnigg, Abgeordneter zum Nationalrat Johannes Hübner und Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, COSAC Treffen (4.–6. Oktober); Vorsitzender des Ausschusses für Innere Angelegenheiten Mitglied des Bundesrates Franz Eduard Kühnel, Parlamentstreffen: Fight against organized crime (11. und 12. Oktober); Bundesminister Johannes Hahn, informelles Treffen der EU-MinisterInnen für Wettbewerb (Umeå, 14.–16. Oktober); Präsident des österreichischen Gemeindebundes Helmut Mödlhammer mit Delegation, Arbeitsgespräche (15.–17. Oktober); Mitglied des Bundesrates Georg Spiegelfeld-Schneeberg, Konferenz der Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU und des EP (20. und 21. Oktober); Staatssekretärin Christine Marek, Arbeitsgespräche (28. und 29. Oktober); Ombudsfrau Barbara Kussbach, Konferenz: Implementation of the Lisbon Strategy at regional and local level (Göteborg, 16. und 17. November); Chief Information Officer Reinhold Posch (Delegationsleiter), Informelles Treffen der E-GovernmentministerInnen und E-Governmentkonferenz (Malmö, 18.–20. November); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesratspräsident Erwin Preiner, EU Speaker's Conference (12. Dezember).

Besuche in Österreich: Migrationsminister Tobias Billström (18. Februar); Premierminister Fredrik Reinfeldt, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (23. Februar); Königin Slivia, Teilnahme am Kongress "The Special Session of the United Nations General Assembly devoted to Countering the World Drug Problem" (10. und 11. März); Umweltminister Andreas Carlgren (5. Mai); Königin Silvia, Besuch des 11. EAPC Kongresses (7. und 8. Mai); Staatssekretär Ola Alterå, UNIDO Treffen (7.–9. Dezember).

An der Deutsch-Schwedischen Begegnungsschule wurde im Jänner/Februar in Zusammenarbeit mit der Botschaft ein Literaturwettbewerb mit Preisverleihung durch Botschafter Toth durchgeführt. Am 12. Mai fand das literarische CAFÉ EUROPE, eine Fortsetzung der Initiativen von 2006 bis 2008, mit Präsentationen von eigenen Arbeiten der SchülerInnen der 11. Klasse der Deutschen Schule zum Thema 198.–2009 statt. Im Juli kam die schwedische Übersetzung von „Malina“ von Ingeborg Bachmann im Salamonski Verlag heraus. Bei der jährlichen Buchmesse „Bok&Bibliotek“ im September in Göteborg wirkte der Autor Norbert Gstrein an einem Seminar zu Fakten und Fiktion in der Literatur mit.

Am 22. Jänner gab der österreichisch-schwedische Pianist Hans Leygraf in der Deutschen Kirche in Stockholm ein Konzert zum Auftakt des Haydn-Jahres. Im März gastierte die Gruppe Mnozil Brass im Stockholmer Konzerthaus. Florian Kitt (Cello) und Rita Medjimorec (Klavier) führten im Februar eine Schweden-Tournee durch. Im April gab die St. Pöltener Gruppe „Trashcanned“ zwei Konzerte. Im Juli nahmen neun österreichische Chöre am internationalen Jugendchortreffen Pueri Cantores in Stockholm teil. Am 26. November gestaltete Stefan Arnold im Königlichen Schloss ein Programm mit Gedichten von Peter Turrini und Musik von Davy, Piazzolla und Debussy. Der österreichische Leiter der IGNM Bruno Strobl nahm am Treffen der IGNM „Listen To The World“ auf Gotland, in Växjö und Göteborg, vom 24. September bis 5. Oktober teil.

Die Fotoausstellung „Die Unbekannten Europäer“ von Kurt Kaindl mit Texten von Karl Markus Gauß wurde im September als österreichischer Beitrag zur schwedischen EU-Ratspräsidentschaft in Stockholms Europahaus und im Oktober bei den Österreichtagen in Skövde gezeigt. Im Rahmen der Platform Culture Central Europe fand im November die Ausstellung „A Century of Jewish Memory“ im Haus der Emigranten in Göteborg statt.

Die Gruppe KINO 5 aus Wien nahm im März in Malmö am BUFF-Festival für junge Filmschaffende mit einem experimentellen Filmworkshop teil. Anlässlich der Österreicherwochen in Skövde im Oktober wurden drei Filme („Kleine Fische“, „März“ und „Gangster Girls“) gezeigt. Der Film „Kleine Fische“ wurde auch am 1. Dezember im Filmklub der Universität Uppsala gezeigt. Im April wurde zum ersten Mal das REX Kurzfilmfestival im Stockholmer Kulturhaus in Zusam-

Länderinformationen

menarbeit mit der EUNIC GRUPPE STOCKHOLM (12 Länder) durchgeführt. Österreich war mit dem Film „Schein Sein“ vertreten, mit dem das Festival eröffnet wurde.

Im März und April wurde am Teater Galeasen Stockholm das Stück „Ulrike Maria Stuart“ von Elfriede Jelinek aufgeführt. Der Kabarettist Jörg-Martin Willnauer trat im April mit einem Programm über Georg Kreisler im Stockholmer Goethe-Institut auf. Beim Ingmar-Bergman-Festival im Juni nahm ein Ensemble der Salzburger Festspiele mit dem Stück „Quartett“ von Heiner Müller teil. Die französisch-österreichische Theatergruppe Superamas trat im Oktober im Stockholmer Stadttheater auf.

Im Februar fand in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Stockholm eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Transmission von Trauma zwischen verschiedenen Generationen“ statt, an der die Psychoanalytikerin Elisabeth Brainin und ihr Kollege Samy Teicher teilnahmen.

Die österreichischen Exporte betragen 900,598 Millionen Euro (-31,1%), die Importe 1.081,782 Euro (-26,7%).

Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Der Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan),
vertreten nach außen durch seinen jährlich neu
gewählten Vorsitzenden mit dem Titel
„Bundespräsident“ Hans-Rudolf Merz

Außenministerin
Micheline Calmy-Rey

Bern – **ÖB, KF**; Zürich – **GK, AHSt, ÖW**; Genf – **HGK; ÖV**; Basel – **HGK**; Chur, Lugano, Luzern, St. Gallen – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit dem Bundesrat: Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, Vizepräsidentin Doris Leuthard, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (7. Jänner); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenministerin Micheline Calmy-Rey (16. Februar); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme an der 5. Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen (Luzern, 24. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär Michael Ambühl (27. April); Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit Verteidigungs- und Sportminister Ueli Maurer (Magglingen/Bern, 29. April); Delegation des österreichischen Parlaments unter der Leitung von Abgeordnetem zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Treffen mit der Parlamentsdirektion (23. Oktober).

Besuche in Österreich: Bundesrat Pascal Couchepin, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Alois Stöger aus Anlass der Eröffnung der Europäischen Kulturhauptstadt (Linz, 20. März); Bundesrat Moritz Leuenberger, Treffen mit Bundesministerin Doris Bures im Rahmen des Treffens der Verkehrsminister der Alpenländer (7. Mai); Regierungsrätin Kathrin Hilber (SG), Präsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, Teilnahme an der Familienministerkonferenz des Europarates (16. und 17. Juni); Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, Teilnahme am Quadrilateralen Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter (Eisenstadt, 28. Oktober).

Das Abkommen über die Nutzbarmachung des Inn trat am 1. August in Kraft.

Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens wurde das 9. bilaterale Nuklearexpertentreffen abgehalten (Wien, 5. Juni).

Die österreichisch-schweizerische Kulturzusammenarbeit stand ganz im Zeichen der „Europäischen Kulturhauptstadt Linz09“. Im Rahmen des Sonderprogramms „Extra-Europa-Fenster CH-NOR-TR“ konnte durch eine gezielte Austauschstrategie von künstlerischen Projekten die vielschichtige österreichische Kultur einem noch von der gemeinsam veranstalteten EURO 08 besonders interessierten Schweizer Publikum näher gebracht werden. Die ausgezeichnete Zusam-

Anhang

menarbeit mit der Kulturstiftung Pro Helvetia, die vom Bundesrat mit der Gestaltung des Gesamtprogrammes beauftragt worden war, ermöglichte eine Reihe von erfolgreichen Präsentationen von Schweizer Kulturschaffenden und KünstlerInnen in Oberösterreich und von zahlreichen österreichischen „Gegenbesuchen“ an den jeweiligen Wirkungsstätten in der Schweiz. Besondere Erwähnung verdient hier das oberösterreichische Ausstellungsprojekt „nextcomic“ im Rahmen des „Comicfestival Fumetto“, welches die Altstadt Luzerns während drei Wochen in eine einzigartige Galerie verwandelte. Im Rahmen des interdisziplinären Festivals für Comics und Bildliteratur wurde unter anderem auch eine umfangreiche Sammlung von Werken der Karikaturisten Gerhard Haderer, Manfred Deix und Reinhold Buchacher gezeigt.

Eine Vielzahl von Veranstaltungen war dem zweiten Hauptthema des Jahres, dem Haydn-Jahr, gewidmet. So fanden Konzerte der Wiener Philharmoniker, der Österreichisch-Ungarischen Haydnphilharmonie oder des Haydn-Trios, aber auch mit SolistInnen wie Erich Höbarth und Benjamin Schmid mit Werken von Joseph Haydn statt.

Im Bereich der Literatur stellten sich AutorInnen wie Raoul Schrott, Marlene Streeruwitz, Peter Waterhouse, Andrea Winkler und Friedrich Achleitner in Literaturhäusern und Universitäten dem Publikum. Weiters fanden Aufführungen von Werken von Rosa Pock, Händl Klaus und Gerhild Steinbuch in Theaterhäusern von Bern, Genf und Zürich statt.

Großausstellungen wurden mit Werken von Hans Weigand in Zug und zu Carl Cerny und Felix Weingartner in Basel und Zürich organisiert, aber auch die Vorstellung der Künstler Johan Julian Taupe, Rainer Ganahl oder Heinz Göbel wurde viel beachtet.

Im Bereich Film ist die Filmreihe „John Cook im österreichischen Umfeld“ von Michael Pilz in Basel und die Filmpräsentation „Sneakers Stories“ von Katharina Weingartner im Rahmen der Veranstaltungsreihe „We love Kicks“ in Luzern zu nennen.

An der internationalen Fachmesse für Hotellerie, Gastronomie und den Außer-Haus-Markt (IGEHO, Basel 21.–25. November) nahmen 36 österreichische Unternehmen teil.

Die österreichischen Exporte betragen 4.346,788 Millionen Euro (-2,7%), die Importe 5.620,179 Millionen Euro (+11,9%).

Senegal (Republik Senegal), Dakar

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Souleymane Ndéné Ndiaye	Madické Niang
	(seit 30. April)	(seit 1. Oktober)

Dakar – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA** (mit 23. November geschlossen); **AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Generalstabschef General Edmund Entacher, Treffen mit Generalstabschef General Abdoulaye Fall (3.–7. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2 Millionen Euro erbracht. Das Koordinationsbüro der OEZA wurde mit 23. November geschlossen.

Die Botschaft unterstützte die Abhaltung einer Diskussionsreihe über Demokratie und Menschenrechte in Kooperation mit dem „Institut des Droits de l’Homme et de la Paix“ der Universität Cheikh Anta Diop, Dakar.

An dem Spezialkurs der DA für afrikanische JungdiplomatenInnen (12.–30. Oktober) nahm eine senegalesische Diplomatin teil.

Die Fotografin Astrid Maria Albrecht zeigte Arbeiten im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Les rendez-vous de la photographie de Dakar“ (Mai). Die Plakatausstellung von Kurt Kaindl „Reisen im Niemandsland – von Lübeck bis Triest“ wurde im November anlässlich des 20-jährigen Jubi-

Länderinformationen

läums des Falls der Berliner Mauer im Goethe-Institut und in der Universität Cheikh Anta Diop Dakar gezeigt.

Das HDV-TRIO (David Helbock, Lucas Dietrich, Marc Vogel) bestritt das Eröffnungskonzert beim Saint Louis Jazz Festival.

Vier Lehrer und drei SchülerInnen aus dem Senegal nahmen am „International Art Education Workshop Linz09-DAK‘ART10“ der UNESCO teil, welcher von 13.–23. September in Österreich mit Unterstützung der UNESCO-Kommission und des BMeiA stattfand.

Die Universität Gaston Berger in Saint Louis und die Universität Klagenfurt setzten ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Austauschprogramms von Studierenden und Vortragenden fort.

Die österreichischen Exporte betragen 9,915 Millionen Euro (-12,1%), die Importe 259.000 Euro (-60,4%).

Serbien (Republik Serbien), Belgrad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Boris Tadić	Mirko Cvetković	Vuk Jeremić

Belgrad – **ÖB, AHSt, KF, ÖI**, Verteidigungsattaché, Polizeiattaché, Koordinationsbüro der OEZA, Beauftragter für Bildungskooperation, Sozialattaché, Österreich-Institut

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos anlässlich des Fußball-WM-Qualifikationsspiels Serbien-Österreich (6. Juni); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Bildungsminister Obradovic sowie bei EU-Integrations- und Wissenschaftsminister VPM Božidar Djelić (10. Juni); Generalstabschef Edmund Entacher, Treffen mit Verteidigungsminister Dragan Šutanovac und dem serbischen Generalstab (11.–13. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am zentraleuropäischen Präsidententreffen in Novi Sad (19. Juni); Staatssekretär Andreas Schieder, Treffen mit Staatssekretär im Außenministerium Stanimir Vukićević und Staatssekretär im Finanzministerium Vuk Djoković sowie Teilnahme an der Konferenz „Serbien auf dem Weg in die EU“, organisiert vom Österreichisch-Französischen Zentrum für Annäherung in Europa (22. und 23. Juni); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit Präsident Boris Tadić, Parlamentspräsidentin Slavica Djukić-Dejanović und Premierminister Mirko Cvetković (24. und 25. November).

Besuche in Österreich: Wirtschaftsminister Mladjan Dinkić und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Nebojsa Ćirić, Teilnahme an der „Euromoney“-Konferenz (20. und 21. Jänner); Außenminister Vuk Jeremić, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (30. März); Präsident Tadic anlässlich Eröffnung eines Vertretungsbüros der Demokratischen Partei (DS) in Wien, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann (7. April); Staatssekretär im Verteidigungsministerium Dušan Spasojević, Arbeitsbesuch (4. und 5. Mai); Vizepremierminister Jovan Krkobabić, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer (13.–15. Mai); Staatssekretär im Ministerium für öffentliche Verwaltung und lokale Selbstverwaltung Duško Radaković auf Studienreise in Wien (17.–20. Mai); Verteidigungsminister Dragan Šutanovac, Treffen mit Bundesminister Norbert Darabos (28. und 29. Mai); Parlamentspräsidentin Slavica Djukić-Dejanovic, Teilnahme am Fünften Jahrestreffen der weiblichen Parlamentspräsidenten (12.–14. Juli); EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremierminister Božidar Djelić, Teilnahme an IAEO-Generalkonferenz, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (16. September); Handelsminister Slobodan Milosavljević und Umweltminister Oliver Dulic anlässlich Wirtschaftsforum Serbien der WKÖ (21. Oktober); Innenminister Ivica Dačić bei Bundesministerin Maria Fekter zur Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zur österreichisch-serbischen Polizeikooperation (5. November); Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Nebojša Ćirić, Treffen mit Sektionschef Josef Mayer im BMWFJ (26. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) von rund 2,9 Millionen Euro erbracht.

Anhang

Nach intensiven Vorbereitungen konnte am 6. Februar ein bilaterales EZA-Abkommen mit dem serbischen Finanzministerium abgeschlossen werden. Priorität bei der Zusammenarbeit haben Kooperationen mit besonderem Augenmerk auf eine nachhaltige regionale wirtschaftliche Entwicklung und die Verankerung europäischer Standards und Werte (Qualifizierungsprogramme, Unterstützung des serbischen Arbeitsmarktservice und Schaffung von Standards in kleineren, mittleren und landwirtschaftlichen Betrieben). Der geographische Fokus liegt dabei in der Vojvodina sowie in Südserbien. Im Rahmen eines Bildungsschwerpunktes sollen Berufsbildung und die Höhere Bildung modernisiert und die Lehrpläne an europäische Standards angepasst werden.

Im Rahmen des Projekts „Travelling to Europe“ wurde in Zusammenarbeit mit der serbischen NRO „European Movement“ neuerlich 200 serbischen Studierenden die Reise in EU-Staaten mittels Ausstellung von Gratis-Visa ermöglicht. Alle TeilnehmerInnen wurden dabei von Bundesminister Michael Spindelegger am 20. Juli im BMeiA empfangen. Insgesamt haben somit seit der Einführung des Programms bis zur Aufhebung der Visapflicht 1.100 serbische Studierende mit österreichischer Hilfe Europa entdeckt.

Aufgrund der im Jahr 2007 erfolgten Einrichtung von eigenen Räumlichkeiten in der zentralen Fußgängerzone von Belgrad konnte das KF weiter seine Visibilität erhöhen. Neben der Vermittlung österreichischer Gegenwartskunst besteht ein Hauptziel in der Unterstützung von Projekten mit regionalem Ansatz. Beispielhafte, besonders öffentlichkeitswirksame Projekte waren die Organisation einer Fotoausstellung über das gemeinsame Kulturerbe am Westbalkan in Belgrad und in Prijepolje sowie die Organisation eines Kunstprojekts im öffentlichen Raum im Rahmen des Europatags am 9. Mai in der Belgrader Fußgängerzone. Gemeinsame Projekte im Rahmen des EUNIC Clusters (EU National Institutes for Culture) mit den anderen in Serbien vertretenen Kulturinstitutionen von EU-Staaten durch (u.a. EUNIC-Teilnahme an der Belgrader Buchmesse) fanden ebenfalls statt.

Österreich ist mit einem Investitionsvolumen von über 2 Milliarden Euro der führende ausländische Investor in Serbien. Trotz der Auswirkungen der Wirtschaftskrise konnte die starke österreichische Firmenpräsenz aufrecht erhalten werden (knapp 300 österreichische Unternehmen sind vor Ort vertreten). Rückgänge gab es jedoch im bilateralen Handel zu verzeichnen.

Die österreichischen Exporte betragen 458,582 Millionen Euro (-20,5%), die Importe 227,631 Millionen Euro (+26,1%).

Seychellen (Republik Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef
James Alix Michel

Außenminister
Patrick Pillay

ÖB: siehe Kenia; Victoria – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Am 7. Juli wurde dem neuen Österreichischen Honorarkonsul in Victoria vom Präsidenten der Republik Seychellen das Exequatur erteilt. Der Titulär konnte somit an diesem Tag offiziell seine Tätigkeit aufnehmen.

Die österreichischen Exporte betragen 582.000 Euro (-43,7%), die Importe 4,023 Millionen Euro (-7,9%).

Sierra Leone (Republik Sierra Leone), Freetown

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ernest Bai Koroma

Außenministerin
Zainab Hawa Bangura

ÖB: siehe Senegal; Freetown – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Länderinformationen

Arbeitsgespräch von Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenministerin Zainab Hawa Bangura am 22. September am Rande der Ministerwoche der 64. VN-GV in New York.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 500 Euro erbracht.

An dem Spezialkurs der DA für afrikanische JungdiplomatinInnen (12.–30. Oktober) nahm eine Diplomatin aus Sierra Leone teil.

Die österreichischen Exporte betragen 1,266 Millionen Euro (-38,8%), die Importe 44.000 Euro (+136,3%).

Simbabwe

(Republik Simbabwe), Harare

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Robert Gabriel Mugabe

Außenminister
Simbarashe Mumbengegwi

Harare – **ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

An dem Spezialkurs der DA für afrikanische JungdiplomatinInnen (12.–30. Oktober) nahm eine Diplomatin aus Simbabwe teil.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 51.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 722.000 Euro (-9,8%), die Importe 779.000 Euro (-87,8%).

Singapur

(Republik Singapur), Singapur

Staatsoberhaupt
Sellapan Ramanathan

Regierungschef
Lee Hsien Loong

Außenminister
George Yong-Boon Yeo

Singapur – **ÖB** (Büro des Handelsrats; Botschafter residiert in Jakarta), **AHSt**

Österreich nahm mit dem Film „Der Weg nach Mekka“ am EU-Filmfestival teil (7.–17. Mai); Teilnahme an der Europa-Informationsveranstaltung „Discover Europe“ (13. Oktober); Konzerte und Meisterklasse von Cellist Erich Hütter (19.–25. Oktober); Konzerte der Wiener Sängerknaben im November.

Singapur ist die bedeutendste Exportdestination Österreichs in Südostasien und als einer der größten Containerhafen der Welt für die rund 60 niedergelassenen österreichischen Firmen wegen seiner Infrastruktur, Steuerbestimmungen und Governance eine wichtige Drehscheibe. Österreich exportierte hauptsächlich Glaswaren, Halbfertigfabrikate, Spezialmaschinen und -fahrzeuge, Maschinenkomponenten, Metallwaren, optische Geräte, Messgeräte und chemische Erzeugnisse. Österreichische Firmen sind auch an Projekten wie Tunnelbau, Wasseraufarbeitung, Mülldeponierung, am Ausbau von U-Bahnlinien, der Biomüllverarbeitung und der Flughafenkommunikation beteiligt und engagieren sich verstärkt im Umwelt- und Transportbereich.

Die österreichischen Exporte betragen 228,742 Millionen Euro (-28,5%), die Importe 98,158 Millionen Euro (+0,8%).

Slowakei

(Slowakische Republik), Pressburg

Staatsoberhaupt
Ivan Gašparovič

Regierungschef
Robert Fico
(seit 26. Jänner)

Außenminister
Miroslav Lajčák

Anhang

Pressburg – ÖB, KF, AHSt, ÖI

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Werner Faymann beim Festakt zur Euro-Einführung (8. Jänner); Landeshauptmann Erwin Pröll zur Unterzeichnung von Vereinbarungen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Kreisen Bratislava und Trnava sowie der Hauptstadt Bratislava (15. April); Delegation des österreichischen Parlaments unter Leitung von Zweitem Nationalratspräsident Fritz Neugebauer im slowakischen Parlament sowie bei Außenminister Miroslav Lajčák und Vizepremierminister Dušan Čaplovič (23. April); Bundeskanzler Werner Faymann zu offiziellem Arbeitsbesuch, Treffen mit Premierminister Robert Fico (30. April); Landeshauptmann Hans Niessl bei Wirtschaftsminister Lubomír Jahnátek und bei Landkreishauptmann von Bratislava Vladimír Bajan (18. Mai); Bundesminister Nikolaus Berlakovich zur Eröffnung der österreichischen Energietage in Pressburg (17. Juni); Landeshauptmann Erwin Pröll bei der Europäischen Dorferneuerungskonferenz (21. September); Bundesminister Reinhold Mitterlehner zur Unterzeichnung des Memorandums of Understanding über die bilaterale Zusammenarbeit im Energiesektor (16. Oktober); Bundeskanzler Werner Faymann beim Kongress der Slowakischen Sozialdemokratischen Partei (6. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Ján Kubiš, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (15. Jänner); Außenminister Miroslav Lajčák, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Michael Spindelegger (9. März); Vizepremierminister Dušan Čaplovič bei Zweitem Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, **Bundesminister Michael Spindelegger und Bundesminister Johannes Hahn** (9. März); Präsident Ivan Gašparovič, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Landeshauptmann Hans Niessl, Kulturbesuch im Burgenland (31. Mai); Chef des Generalstabes der Slowakischen Streitkräfte General Lubomír Bulík bei General Edmund Entacher (2. Juli); Außenminister Miroslav Lajčák beim Forum Alpbach (31. August); Außenminister Miroslav Lajčák zu einer Diskussion über die Lage am Balkan (15. Oktober); Landwirtschaftsminister Vladimír Chovan zu „like-minded“ Treffen zur EU-Milchkrise (12. Oktober); Präsident Ivan Gašparovič zu Konzertbesuch in Wien mit Bundespräsident Heinz Fischer (16. November).

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und konsularische Vertretungen ihrer Staaten im Verfahren der Visaerteilung wurde am 23. Oktober unterzeichnet und trat am 1. Dezember in Kraft.

Schwerpunkte der Tätigkeit des KF waren das Gedenken an den 20. Jahrestag der Überwindung der Teilung Europas, an den musikalischen Jahresregenten Joseph Haydn, sowie die Präsentation von Linz als Europäischer Kulturhauptstadt.

Im Rahmen der Initiative „1989 | 2009 – Geteilt | Geeint: Aufbruch in ein neues Europa – zurück in das Jahr 1989 und von dort in die Zukunft!“ fand am 13. Oktober im KF das Symposium „Geschichte: Was uns verbindet, was uns trennt. Zwischen Stacheldraht und Brücken“ als eine gemeinsame Veranstaltung der Paneuropa-Union Slowakei, der Paneuropabewegung Österreich und des KF statt.

Am 13. November fand im Mozartsaal der Österreichischen Botschaft im Rahmen des Projektes „Kinder der Revolution“ des Pressburger Theaterinstitutes eine Konferenz samt Präsentation der erarbeiteten Projektbeiträge statt. Zielsetzung des Projektes war das wache Gedenken an die dem Wendejubiläumsjahr zugrundeliegenden Ereignisse sowie deren Aufarbeitung unter Berücksichtigung des maßgeblichen materiellen und immateriellen Beitrages der Künstler und des Theaters in der Zeit vor, während und nach der Wende.

Einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten bildete ein spartenübergreifender kultureller Veranstaltungszyklus zum Joseph Haydn-Jubiläumsjahr. Beim Konzert „Haydn: Reflected“ mit dem Untertitel „Musik von Haydn, über Haydn und gegen Haydn“ zeigte das Mitteleuropäische Kammerorchester Haydn im Spiegel unserer Zeit, sowie implizit die Prägung, die das Denken der heutigen Komponisten und Komponistinnen durch ihn erfährt (21. Februar). Das Haydn Trio Eisenstadt stellte sich in Kooperation mit den Haydn Festspielen Eisenstadt/Haydn 2009 mit zwei Konzerten ein: am 4. März mit dem Programm „D2H – Dedicated to Haydn“ im Schloss Esterházy in Galanta, am 7. April mit dem Programm „Die ganz neu besondere Art des Joseph Haydn“

Länderinformationen

im KF. Eva Maria Teja Mayer stellte bei zwei Veranstaltungen in Košice ihr Jugendbuch „Haydn-Spaß“ vor, eine Anthologie mit Geschichten, Sachtexten, Comics und Lyrik über den Komponisten (4. Mai). Paul Gulda präsentierte bei seinem Konzert „Haydn alla Zingarese“, das im Rahmen des Festivals J. N. Hummelmusiktage dargeboten wurde, ein Zusammenspiel von klassischen Musikern mit Roma- Musikern (12. Mai), wobei der Einfluss und die Wechselwirkung der Musik von Joseph Haydn und der Volksmusik der Roma akzentuiert wurde. Am 4. Juni bot Topsy Küppers unter dem Titel „Liebe und Leid'n beim Haydn“ eine szenische Lesung von originalen Tagebuchnotizen, Briefen und überlieferten Aussprüchen von Joseph Haydn mit Klavierbegleitung durch Christos Marantos. **Weiters wurde in den Räumlichkeiten des KF das Internationale Festival für zeitgenössische Musik „Melos und Ethos – Gestern, Heute, Morgen?“ (10.–12. November) abgehalten.**

Eine der seitens des KF präsentierten Ausstellungen war die im Barockhof der Universitätsbibliothek von Bratislava gezeigte Wanderausstellung „Western Balkans (re)discovered“, die alle 18 UNESCO-Weltkulturerbestätten des Westbalkans darstellt. In der Galerie des KF wurde im November und Dezember im Rahmen des Monats der Fotografie die Ausstellung „The Golden Age of Grottesque“ des österreichischen Malers, Grafikers und Fotokünstlers Gottfried Helnwein gezeigt.

Am 19. Juni nahmen Pia Leydolt und Hannes Höttl, Vertreter des Projektes „Linz – Europäische Kulturhauptstadt 2009“ am Seminar „Europäische Kulturhauptstädte in den Medien“ in Košice, der Europäischen Kulturhauptstadt 2013, teil.

Gemeinsam mit den österreichischen LektorInnen wurden Lesereisen an die Österreich-Bibliotheken und an slowakische Universitäten in Banská Bystrica, Prešov und Nitra mit Reinhard Kaiser-Mühlecker realisiert; am KF fanden Lesungen, Buchpräsentationen und Vorträge statt, so z.B. die Buchpräsentation des jüngsten Werkes von Dietmar Grieser, „Der Onkel aus Pressburg“ am 15. Dezember, sowie die Veranstaltung von Leseproben des österreichischen Autors Haimo L. Handl und anderen, internationalen Autoren. Im Rahmen der Partnerschaft nationaler Kulturinstitute EUNIC fand monatlich das „Sprachencafé“ in Bratislava statt, für Interessenten eine Möglichkeit der Unterhaltung in verschiedenen Sprachen.

Am 1. Jänner trat die Slowakei als erstes der Visegrád-Länder der Euro-Zone bei. Der zweiwöchige Ausfall der russischen Gaslieferungen brachte die Slowakei in Jänner an den Rand eines Energienotstands. Für Österreich blieb die Slowakei ein wichtiger Wirtschaftspartner und Exportmarkt. Österreich war – nach den Niederlanden und vor Italien und Deutschland – der zweitgrößte Investor.

Die österreichischen Exporte betragen 1.870,130 Millionen Euro (-21,5%), die Importe 1.948,469 Millionen Euro (-18,4%).

Slowenien (Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Danilo Türk	Borut Pahor	Samuel Žbogar

Laibach – **ÖB, KF, AHSt, Polizeiatattaché, ÖW, ÖI, ASO**; Marburg – **HK, Verteidigungsattaché** mit Sitz in Agram

Besuche aus Österreich: Vertreter der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen, Bernard Sadovnik bei Umweltminister Karl Erjavec (14. Jänner); Abteilungsleiter für Sicherheitspolitik im BMeiA Gerhard Jandl bei NATO-Konferenz (Brdo, 26. und 27. Februar); Politischer Direktor Botschafter Stefan Lehne beim Treffen der politischen Direktoren im Rahmen der Regionalen Partnerschaft (9. März); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Staatspräsident Danilo Türk, Premierminister Borut Pahor und Außenminister Samuel Žbogar (13. März); Vertreter der Einheitsliste aus Kärnten beim Minister für Slowenen im Ausland, Boštjan Žekš und Staatssekretär im Ministerium für Slowenen im Ausland, Boris Jesih (25. März); Landeshauptmann

Anhang

Franz Voves, Treffen mit Ministerin für lokale Selbstverwaltung und regionale Entwicklung, Zlata Ploštajner (18. Mai); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen der Aussenminister der Regionalen Partnerschaft und der Westbalkanstaaten (Brdo, 19. und 20. Mai); Generalprokurator Werner Pürstl bei Justizminister Aleš Zalar (3. Juni); Vertreter der slowenischen Minderheit in Österreich Bernard Sadovnik, Karel Smolle und Marjan Šturm, Treffen mit dem Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš und Außenminister Samuel Žbogar (3. Juli); Vertreter der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen und des Zentralverbandes slowenischer Organisationen, Treffen mit dem Minister für Slowenen im Ausland, Boštjan Žekš, Staatssekretär Boris Jesih und Parlamentsvorsitzendem Pavel Gantar (20. Juli); Generalstabschef General Edmund Entacher, Treffen mit dem Generalstabschef der slowenischen Streitkräfte, Generalmajor Alojz Šteiner (Marburg, 30. Juli); Bundeskanzler Werner Faymann, offizieller Besuch bei Premierminister Borut Pahor (Brdo, 26. August); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme an der 9. Regionalen Konferenz der InnenministerInnen Südosteuropas (Brdo, 8. und 9. September); VertreterInnen der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen, Bernard Sadovnik mit Delegation des Alpe-Adria Kooperationszentrums, Treffen mit dem Minister für Slowenen im Ausland, Boštjan Žekš (10. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretärin im slowenischen Außenministerium, Dragoljuba Benčina (7. Oktober); Delegationsreise des Zweiten Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer mit Abgeordneten des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses für EU-Angelegenheiten (13. und 14. Oktober); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer beim 2. Treffen der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft (16. und 17. Oktober); Landeshauptmann Gerhard Dörfler beim Nationalfeiertagsempfang der ÖB Laibach (26. Oktober); Mitglied des Europäischen Parlaments Hannes Swoboda bei Außenminister Samuel Žbogar (2. November); Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Treffen mit Minister für Slowenen im Ausland, Boštjan Žekš und dem Generaldirektor für Sport im Unterrichts- und Sportministerium (5. November); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an einem Seminar (Bled, 7. November); stellvertretender Kärntner Landeshauptmann Reinhard Rohr, Treffen mit Staatssekretär im Umweltministerium, Zoran Kus und Generaldirektor für Energie im Wirtschaftsministerium, Janez Kopač (27. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin im Außenministerium Dragoljuba Benčina, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (11. Februar); Staatssekretär für Slowenen im Ausland, Boris Jesih, Arbeitsbesuch in Vorarlberg, Treffen mit VertreterInnen der slowenischen Vereine (Vorarlberg, 14. und 15. Februar); Finanzminister Franc Križanič, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka und Staatssekretär Andreas Schieder (17. Februar); Innenministerin Katarina Kresal, Teilnahme am Opernball, am Rande inoffizielles Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger und EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner (27. Februar); Staatspräsident Danilo Türk, Ernennung zum Protektor der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg, 7. März); Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš, Besuch bei der slowenischen Volksgruppe in der Steiermark (Bad Radkersburg/Laafeld, 5. Mai); Vorsitzender des Staatsrates Blaž Kavčič mit Delegation, Besuch im Bundesrat (7. Mai); Justizminister Aleš Zalar beim 17. »Tag der Österreichischen Juristen« und Treffen mit Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner (7. Mai); Staatssekretär im Verkehrsministerium Igor Jakomin, Treffen der Verkehrsminister der Alpenstaaten im Rahmen der „Zürcher Gruppe“ (7. Mai); Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš und Staatssekretär Boris Jesih, Besuch bei den Kärntner Slowenen (Klagenfurt, Tainach, 8. Mai); Innenministerin Katarina Kresal bei der Gedenk- und Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen, 9. und 10. Mai); Ministerin für lokale Selbstverwaltung und regionale Entwicklung Zlata Ploštajner, Treffen mit Landeshauptmann Franz Voves (Graz, 15. Mai); Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš, Vortrag „Was kann Slowenien für seine Volksgruppen in den Nachbarländern tun?“ bei der Österreichisch-Slowenischen Gesellschaft Wien (19. und 20. Mai); Staatssekretärin im Außenministerium Dragoljuba Benčina, Teilnahme am Europakongress „Geteilt – Geeint. 1989–2009: Aufbruch in ein neues Europa“ (28. Mai); Staatspräsident Danilo Türk, informelles Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, anwesend auch der Staatssekretär für Slowenen im Ausland Boris Jesih (Tainach, 3. Juni); Außenminister Samuel Žbogar, Teilnahme am OSZE-Treffen (4. Juni); Staatspräsident Danilo Türk, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (Loiblpass, Klagenfurt, 5. Juni); Landwirtschaftsminister Milan Pogačnik, Besuch bei der slowenischen Volksgruppe in Kärnten (Eisenkappel, Bleiburg,

Länderinformationen

12. Juni); Minister für Arbeit, Familie und Soziales Ivan Svetlik, Teilnahme an der 29. Europarats-Ministerkonferenz (16. Juni); Staatssekretär im Ministerium für Slowenen im Ausland Boris Jesih, Teilnahme an der Veranstaltung „Slowenien in der Zeit der globalen Finanzkrise“ (Klagenfurt, 16. Juni); Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš und Staatssekretär Boris Jesih beim Empfang anlässlich des slowenischen Staatsfeiertages im Generalkonsulat der Republik Slowenien (Klagenfurt, 23. Juni); Justizminister Zalar, Teilnahme am 19. Symposium der pan-nischen Juristen (Jennersdorf, 25.–27. Juni); Verteidigungsministerin Ljubica Jelušič, Arbeitstreffen mit Bundesminister Norbert Darabos (Bad Tatzmannsdorf, 17. Juli); Justizminister Aleš Zalar, informelles Treffen der Justizminister (Salzburg, 7.–9. August); Minister für Arbeit und Soziales Ivan Svetlik, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer bei der slowenisch-österreichischen Arbeitsmarktkonferenz, Unterzeichnung des arbeitsmarktpolitischen Kooperationsabkommens (Klagenfurt, 8. und 9. September); Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš, Unterrichts- und Sportminister Igor Lukšič und EU-Abgeordneter Jelko Kacin, Teilnahme an der 60. Jubiläumsfeier des Rates der Kärntner Slowenen (Klagenfurt, 13. September); Ministerin für lokale Selbstverwaltung und regionale Entwicklung Zlata Ploštajner, Teilnahme am regionalen Alpe-Adria-Forum (Velden am Wörthersee, 14. September); Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš, Teilnahme an der 5. *Biennale der Puppentheaterschaffenden Sloweniens* (St. Michael, 24. September); Landwirtschaftsminister Milan Pogačnik, Teilnahme an der Konferenz „Zukunft der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik“ mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (11. und 12. Oktober); Kulturministerin Majda Širca, Treffen mit Norbert Riedl, Leiter der Abteilung für EU-Kulturangelegenheiten im BMUKK (11. November); Unterrichts- und Sportminister Igor Lukšič, Arbeitstreffen zur Situation der slowenischen Volksgruppe in Kärnten (Klagenfurt, 24. November); Unterrichts- und Sportminister Igor Lukšič, offizieller Besuch bei Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit Bürgermeister Michael Häupl (15. und 16. Dezember).

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien über den Austausch und gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen, In-Kraft-Treten mit 1. September, Arbeitsmarktpolitisches Kooperationsabkommen, Unterzeichnung in Klagenfurt, 8. und 9. September.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des KF war dem Haydn-Jahr gewidmet. In ganz Slowenien wurden aus diesem Anlass Konzerte, Ausstellungen und Publikationen initiiert und unterstützt. Im Rahmen des Haydn-Jahres konzertierte das Haydn Trio Eisenstadt am 23. April in Marburg und am 2. September in Koper beim Tartini Festival. Den Abschluss dieser Projekte bildete ein Joseph Haydn gewidmetes Konzert in festlichem Rahmen des Duos „nota bene“ aus Salzburg in Laibach im Dezember.

Der 20. Todestag von Thomas Bernhard und der 70. Todestag von Joseph Roth waren ebenfalls Anlass für zahlreiche Veranstaltungen. Das Gedenken an Joseph Roth war besonders geeignet, die historische und geographische Verknüpfung Sloweniens und Österreichs in Erinnerung zu rufen. In diesem Zusammenhang erscheint die wachsende Zahl von immer jüngeren Besuchern, die sich für die Projekte des KF interessieren, erwähnenswert.

Das KF unterstützt gezielt grenzüberschreitende Projekte der Kärntner Slowenen, um auf die positive Rolle der Minderheit im zwischenstaatlichen Dialog hinzuweisen. Einen Schwerpunkt grenzüberschreitender Kooperation in der Musik wurde mit dem Auftritt des Landesjugendchores aus Klagenfurt in der slowenischen Philharmonie (Laibach, 24. April) gesetzt. Im Rahmen dieses Konzertes sangen junge KärntnerInnen gemeinsam in slowenischer und deutscher Sprache. Ehrengast war hierbei der Minister für Slowenen im Ausland, Boštjan Žekš.

Im Rahmen des Festivals „Druga godba“ trat das „Wiener Gemüseorchester“ auf (22. Jänner). Im Rahmen des Programms „The New Austrian Sound of Music“ konzertierte Maja Osojnik (Laibach, 16. Juli und Koper, 17. Juli).

Die Einbindung von Jugendlichen ist dem KF ein besonderes Anliegen, dies insbesondere bei Projekten, die der Aufarbeitung der Folgen von totalitären Systemen dienen. Daher wurde – wie bereits 2005 – ein Projekt des Anne-Frank-Hauses unterstützt: die Wander-Ausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ sowie die wichtige Zusatz-Ausstellung „Grenzfälle“. In Seminaren und Workshops wurden neuerlich junge Ausstellungsbegleiter ausgebildet. Die Öster-

Anhang

reich-Bibliothek in Marburg organisierte Begleit-Ausstellungen zu Thomas Bernhard, zu den Regionalperiodika in der Habsburger-Monarchie 1850 bis 1918, zu Joseph Roth und zu Joseph Haydn.

Zu Joseph Roth fand in Laibach in der National- und Universitätsbibliothek eine Ausstellung des Literaturhauses Wien statt. Anlässlich des 70. Todestages von Joseph Roth wurde in Kooperation mit dem Institut für Germanistik der Universität Laibach ein dreitägiges Symposium zur Aktualität von Joseph Roth (Laibach, 25.–27. Mai) unter dem Titel „Ein übernationaler Mensch und also ein Adeligter echter Art“ veranstaltet. Von österreichischer Seite nahmen mehrere bedeutende Literaturwissenschaftler und Roth-Forscher teil.

Die langjährige Kooperation mit der Internationalen Graphischen Biennale (4. September bis 25. Oktober) wurde durch Unterstützung des Tandems Bitter & Weber fortgesetzt. Die Gegenausstellung des Wiener Künstlerhauses zu einem in Wien gezeigten bilateralen Ausstellungsprojekt wurde im Dezember in der „Mestna galerija“ in Laibach eröffnet. „Aktuelle Positionen österreichischer Grafik“ (Laibach, 18. Dezember bis 10. Jänner 2010). Die Ausstellung dreier Grazer Künstlerinnen mit dem Titel „Bildgedanken“ in der Synagoge (Marburg, 5. November bis 31. Dezember) sollte bereits auf die Rolle Marburgs als „Kulturhauptstadt Europas 2012“ hinweisen.

Das Europäische Filmfestival in Laibach war Anlass für die Präsentation des Films „Über Wasser“ von Udo Maurer. Das Filmprojekt „Border speaking“ wurde in verschiedenen slowenischen Städten gezeigt. Im Rahmen des Internationalen „Animations Film Festival“ unterstützte das KF drei österreichische Filme von den Regisseuren Eni Brander, Lia, Michael Ammer, Didi Bruckmayr, Beta SP (7.–13. Dezember).

Das KF initiierte und unterstützte an den Universitäten Laibach und Marburg zahlreiche Vorträge von österreichischen Professoren. Die Veranstaltungsreihe „Literatur lebt – Junge AutorInnen aus Österreich“ wurde mit Lesungen von Mietze Medusa und Alexander Peer fortgesetzt. Gemeinsam mit dem Verlag „Slovenska matica“ fand auf Anregung des prominenten slowenischen Schriftstellers Drago Jančar ein slowenisch-österreichisches Schriftsteller-, Übersetzer-, und Wissenschaftlertreffen statt (Laibach, 4. November).

Auf dem Gebiet der Wissenschaft wurde einiger wichtiger Jubiläen gedacht, u.a. des 50. Todestages von Stanko Bloudek, der in der Monarchie als Flugzeug-Konstrukteur eine wichtige Rolle spielte und die berühmte Sprungschanze in Planica sowie weitere Sprungschancen in Österreich errichtet hat. Eine diesbezügliche Ausstellung im Technischen Museum Sloweniens in Bistra, mit dem das KF bereits bei der Ressel-Ausstellung ausgezeichnet kooperiert hat, lief bis Dezember.

Die österreichisch-slowenischen Wirtschaftsbeziehungen sind besonders intensiv. Beim Pro-Kopf-Import österreichischer Waren liegt Slowenien weltweit an der Spitze, Österreich ist der wichtigste Pro-Kopf Abnehmer slowenischer Erzeugnisse innerhalb der EU. Österreich ist mit 46% aller Auslandsinvestitionen wichtigster Investor.

Die österreichischen Exporte betragen 2.048,583 Millionen Euro (-19,7%), die Importe 994,444 Millionen Euro (-17,2%).

Somalia (Republik Somalia), Mogadischu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Sharif Sheikh Ahmed	Omar Abdirashid Ali Sahrmarke	Ali Jama Jangeli
(seit 31. Jänner)	(seit 14. Februar)	(seit 18. August)

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 8.000 Euro (-89,7%), die Importe 108.000 Euro (-12,5%).

*Länderinformationen***Spanien
(Königreich Spanien), Madrid**

Staatsoberhaupt König Juan Carlos I.	Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero	Außenminister Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé
---	---	--

Madrid – **ÖB**; **AHSt**, **ÖW**, **ÖHI**; Barcelona – **HGK**, **AHSt** (zuständig auch für Andorra) **ÖW**; Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca; La Orotava (Teneriffa), Sevilla, Valencia – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Erstes Forum Jugend und Gewalt gegen Frauen (23. und 24. November); Bundesminister Michael Spindelegger, Arbeitsgespräch im Vorfeld des spanischen EU-Ratsvorsitzes (27. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretär Diego López Garrido, bilaterale Gespräche (9. Juni); Außenminister Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé, bilaterale Gespräche und Eröffnung der Botschafterkonferenz (7. September); Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba, bilaterale Gespräche (20. Oktober).

Schwerpunkte der Tätigkeit des KF im Berichtsjahr waren das Haydn-Jahr 2009, die Präsentation neuester österreichischer Entwicklungen auf dem Gebiet der Musik und der Medien- und Computerkunst sowie die Zusammenarbeit mit EUNIC España.

Im Rahmen des Haydn-Jahres präsentierten das Österreichische Historische Institut und das KF die Wanderausstellung „Haydn y España“ in spanischen Museen und Musikinstitutionen. Das vom Haydn-Festival Eisenstadt initiierte internationale Projekt „Dedicated to Haydn“ fand auch in Spanien statt. Das Haydn Trio Eisenstadt präsentierte Werke Haydns und eine Uraufführung des spanischen Komponisten José Maria Sánchez-Verdú in La Granja (Castilla y León) im November.

Auf dem Gebiet der Musik und Medienkunst sind Auftritte der Gruppen Viola Falb, Fatima Spar & the Freedom Fries, Soap & Skin, das Radiokunstprojekt von Andrea Sodomka, die Präsentation der Gruppe „Übermorgen“ beim Festival „Rencontres Internationales“ und die Klanginstallation von Peter Ablinger beim Festival „Ars Automata“ anzuführen.

EUNIC España initiierte unter Mitwirkung des KF eine Reihe von mehrjährigen Vorhaben, so das Projekt „Traducir Europa“ (Förderung der Übersetzung von Kinder- und Jugendliteratur aus europäischen Sprachen), dessen erste Veranstaltung im Rahmen des Projekts im Juni in Madrid stattfand.

Die österreichische Kuratorin Sabine Breitwieser kuratierte die internationale Grobausstellung „Modernologies“ im Museum de Arte Contemporáneo von Barcelona (MACBA) mit starker Beteiligung österreichischer KünstlerInnen (22. September bis 17. Jänner 2010).

Der Film „Lourdes“ der Regisseurin Jessica Hausner wurde am 14. November mit dem Preis „Giraldillo de Oro“ für den besten Film des Sevilla Festival de Cine Europeo ausgezeichnet.

Die österreichischen Exporte betragen 1.750,965 Millionen Euro (-37,8%), die Importe 1.555,545 Millionen Euro (-8,5%).

**Sri Lanka
(Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo**

Staatsoberhaupt Mahinda Rajapaksa	Regierungschef Ratnasiri Wickramanayaka	Außenminister Rohitha Bogollagama
--------------------------------------	---	--------------------------------------

ÖB, **AHSt**: siehe Indien; Colombo – **HK**

Anhang

Die österreichischen Lieferungen nach Sri Lanka sind stark vom Projektgeschäft im Infrastrukturbereich geprägt. So realisierten österreichische Firmen im Zeitraum 2007 bis 2009 mehrere mit Soft Loans finanzierte Projekte, wie etwa Straßenbrücken, Trinkwasseranlagen, Eisenbahnnetzrehabilitierungen und Spitalsausstattungen.

Die österreichischen Exporte betragen 21,506 Millionen Euro (-40,7%), die Importe 32,617 Millionen Euro (-9,3%).

St. Kitts und Nevis (St. Kitts und Nevis), Basseterre

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister	
Königin Elizabeth II.	Denzil Llewellyn Douglas	

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Sir Cuthbert Montraville Sebastian

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Basseterre – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 111.000 Euro (-79,0%), die Importe 34.000 Euro (+89,6%).

St. Lucia (St. Lucia), Castries

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Stephenson King	Rufus George Bousquet (seit 9. Februar)

vertreten durch:
 Generalgouverneurin
 Dame Calliopa Pearlette Louisy

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Castries – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 160.000 Euro (-37,9%).

St. Vincent und die Grenadinen (St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Ralph E. Gonsalves	Louis Hilton Straker

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Sir Frederick Nathaniel Ballantyne

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Am 14. September wurde ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und St. Vincent und den Grenadinen über den Auskunftsaustausch in Steuersachen unterzeichnet.

Von 21.–28. Oktober gab die Jazz-Gruppe „Grooveheadz“ anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern in St. Vincent und Nevis mehrere Konzerte.

Die österreichischen Exporte betragen 146.000 Euro (-12,4%), die Importe 2.000 Euro (+39,1%).

*Länderinformationen***Südafrika
(Republik Südafrika), Pretoria**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Jacob Gedleyihlekisa Zuma
(seit 9. Mai)

Außenministerin
Maite Nkoane-Mashabane
(seit 11. Mai)

Pretoria – **ÖB**; Kapstadt – **GK**; Johannesburg – **HGK, AHSt**; Durban – **HK**; Port Elizabeth – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofs Brigitte Bierlein, Teilnahme an Weltkonferenz für Verfassungsrecht (Kapstadt, 22.–25. Jänner); Präsident des Rechnungshofes Josef Moser, Teilnahme an 59. Sitzung des INTOSAI-Präsidiums (Kapstadt, 6. und 7. November); Superintendent Oskar Sakrausky und Generalvikar Franz Fahrner, Teilnahme am Internationalen Militärkongress (Kapstadt, 31. Jänner bis 7. Februar).

Besuche in Österreich: Zwei Vertreter des Landwirtschaftsministeriums von Westkap, Direktorin Ilse Trautman und Jerry Aries, Teilnahme an Rieder Messe (Ried, 9.–13. September); Handelsminister Rob Davies bei UNIDO-Generalversammlung (4. Dezember).

Die Botschaft organisierte gemeinsam mit dem Institute for Security Studies ein Seminar über die österreichische Mitgliedschaft in VN-Sicherheitsrat im Februar in Kapstadt und gemeinsam mit der südafrikanischen Frauenministerin Manto Tshabalala-Msimang ein Seminar zur Umsetzung der VN-Frauenrechtskonvention. Das Generalkonsulat Kapstadt unterstützte die Berufsausbildung von Flüchtlingen durch die Organisation „Alliance for Refugees in South Africa (AFRI S.A.)“. Die Ausbildung von musisch talentierten Jugendlichen aus dem Township Elsis River und Aufführung des Youth Collaborations Bühnenstückes „Shapes of me – who we are“ wurde durch das GK Kapstadt gemeinsam mit der Institution „Artscape – Audience Development and Education“ und NRO „ComArt“ finanziell gefördert. Das GK Kapstadt unterstützte das vom Institute for Security Studies organisierte Seminar „The International Criminal Court Africa wants“ (Stellenbosch, 9. und 10. November), um die Teilnahme von LDC –Vertretern zu ermöglichen.

Auslandsdiener sind im Ostkap tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 715.000 Euro erbracht.

Von Jänner bis März war die Künstlergruppe „Machfeld“ Gast der Bag Factory in Johannesburg, Sabine Mair gestaltete Ende März dort eine Ausstellung. Staatssekretär a.D. Hans Winkler nahm an einem Seminar in Kapstadt teil (26. Februar) und hielt einen Vortrag im Institute for Security Studies (4. März). Ingeborg Kaml las aus ihren Gedichten (4. März). Martin August Fuchsberger dirigierte Haydn-Konzerte des Johannesburg Philharmonic Orchestra (14.–17. April). Wendelin Eberle konzertierte im April und im Oktober auf der Johannesburg City Hall Orgel. Im Mai stellte das Harald Kosik Trio das Programm „D2H“ im Rahmen des Haydn-Jahres 2009 in Johannesburg, Pretoria, Kapstadt und Bloemfontein vor. Beim 6. Kammermusikfestival Stellenbosch waren die MusikprofessorInnen Klaus Christa, Ingrid Hasse sowie das Musikum Kuchl String Trio vertreten und arbeiteten in Workshops, Meisterklassen u. Konzerten mit den südafrikanischen, zum Teil aus benachteiligten Bevölkerungsschichten stammenden Musikstudenten (Stellenbosch, 3.–12. Juli). Die Flötistin Karin Leitner und der Harfenist Duccio Lombardi gaben acht Konzerte in der Provinz Westkap und hielten Workshops mit Musikschülern aus Townships, bei denen privat finanzierte Musikinstrumente übergeben wurden (Kapstadt, 18.–29. November). Marina Schröder trat mit Ladies in Jazz beim Capital Arts Festival (28. August) auf. Christian Radovan und Carlo Mombelli gaben ein Konzert im Rahmen des Arts Alive Festivals in Johannesburg (10. September). Der Posaunist Werner Puntigam trat beim 10. Cape Town International Jazz Festival (Kapstadt, 4. April) mit der Gruppe „Stewart Sukuma“ aus Mosambik auf. Die Gauteng Choristers führten mit Unterstützung der Botschaft ein Haydn-Festival auf.

Walter Stach und Marcus Neustetter arbeiteten im Juni im Kunstraum „Right on the Rim“ in Johannesburg und stellten ihre Arbeit im Rahmen des Confederation Cup vor. Peter Kuthan ver-

Anhang

trat Österreich beim Weltgipfel für Kunst und Kultur (Johannesburg, 22.–25. September), gleichzeitig zeigte die Drill Hall in Johannesburg das Kunstbanner von Karin Hannak.

Stefan August Lütgenau hielt bei der Konferenz des Human Sciences Research Council einen Vortrag (Kapstadt, 12.–14. Juni) und sprach im Institute for Security Studies über Provenienzforschung (17. Juni). Im Oktober las Rolf Ackermann in Johannesburg und Pretoria aus seiner Biographie über Pater Karl Kuppelwieser. Im November nahmen Sebastian Fischbeck und Dustin Tusnovics an einem europäisch-südafrikanischen Architekturworkshop in Johannesburg teil. Der Autor Markus Köhle nahm an der Germanistentagung an der Rhodes University (Grahamstown, 7. April) teil und las aus seinen Werken an der Universität Stellenbosch (15. April). Thomas Gstraunthaler (University of Cape Town) und Martin Piber (Universität Innsbruck) organisierten die wissenschaftliche Konferenz „Management of Cultural Organizations in times of economic crises“ (Kapstadt, 3. und 4. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 424,103 Millionen Euro (-15,7%), die Importe 299,152 Millionen Euro (-25,9%).

Sudan (Republik Sudan), Khartum

Staatsoberhaupt und Regierungschef Omar Hassan Ahmed Al Bashir	Außenminister Deng Alor Kuol
---	---------------------------------

ÖB, AHSt: siehe Ägypten; Khartum – HK

Besuche aus Österreich: Botschafter Georg Lennkh, Sonderbeauftragter für Afrika und Sondergesandter der EU-Präsidentschaft für den innertschadischen Dialog, Gespräche mit Präsident Al Bashir und Außenminister Deng Alor, u.a. (Khartum, 3.–6. Oktober).

Besuche in Österreich: Treffen von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle mit Al Wasila (stellvertretender sudanesischer Außenminister) am 13. Februar, mit Mahdi Ibrahim (stv. Leiter des außenpolitischen Ausschusses im sudan. Parlament) am 5. März und mit Ex-Minister Bona Malwal (Sonderemissär von Präsident Omar Al Bashir) am 14. April.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 125.000 Euro erbracht.

Die AHSt Kairo nahm an der 26. Internationalen Handelsmesse in Khartum vom 1.–7. Februar mit einem Informationsstand teil.

Die österreichischen Exporte betragen 30,506 Millionen Euro (+3,5%), die Importe 389.000 Euro (-58,9%).

Suriname (Republik Suriname), Paramaribo

Staatsoberhaupt und Regierungschef Rinaldo Ronald Venetiaan	Außenministerin Lygia Louise Irene Kraag-Keteldijk
--	--

ÖB: siehe Brasilien; **AHSt:** siehe Venezuela; Paramaribo – HK

Im akademischen Jahr 2008–2009 studierte ein surinamischer Diplomat mit einem österreichischen Stipendium an der DA.

Die österreichischen Exporte betragen 1,575 Millionen Euro (-5,0%), die Importe 4,283 Millionen Euro.

*Länderinformationen***Swasiland
(Königreich Swasiland), Mbabane**

Staatsoberhaupt König Mswati III.	Regierungschef Sibusiso Barnabas	Außenminister Lutfo Dlamini Dlamini
--------------------------------------	-------------------------------------	--

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Botschafter Otto Ditz überreichte am 27. März sein Beglaubigungsschreiben.

An dem Spezialkurs der DA für afrikanische JungdiplomatenInnen (12.–30. Oktober) nahm eine Diplomatin aus Swasiland teil.

Die österreichischen Exporte betragen 50.000 Euro (-45,2%), die Importe 7.000 Euro (-92,2%).

**Syrien
(Syrisch Arabische Republik), Damaskus**

Staatsoberhaupt Bashar al Assad	Regierungschef Mohammad Naji Otri	Außenminister Walid al Muallem
------------------------------------	--------------------------------------	-----------------------------------

Damaskus – **ÖB, AHSt;** Aleppo – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Werner Faymann, Bundesminister Norbert Darabos, Staatssekretär Josef Ostermayer bei Präsident Bashar al-Assad am 23. Dezember.

Besuche in Österreich: Arbeitsbesuch von Präsident Bashar al-Assad mit Wirtschaftsdelegation bei Bundespräsident Heinz Fischer (27. und 28. April). Besuch der syrischen Umweltministerin Kawakab Dayeh bei Bundesminister Nikolaus Berlakovich (24. November).

Ein Doppelbesteuerungsabkommen wurde am 3. März unterzeichnet. Zwischen den Umweltministerien beider Länder wurde am 28. April ein Memorandum of Understanding über Umweltschutz abgeschlossen.

Die UNDOF steht seit Februar 2007 unter dem Kommando von Brigadegeneral Wolfgang Jilke, das österreichische Kontingent AUSCON umfasst 380 SoldatInnen und Offiziere und operiert seit dem Abzug der slowakischen Truppen im Juni 2008 mit einem kroatischen Kontingent im gemeinsamen Battalion „AUSBATT“.

Im Kulturbereich war Österreich bereits zu Jahresbeginn mit dem Beitrag „Tiring“ von Hermann Huber beim ersten Video Art Festival Damaskus vertreten. Von 23. März bis 23. April wurde zum dritten Mal der in Zusammenarbeit mit der Musikhochschule Damaskus (HIM) und der österreichischen Gesellschaft für Gegenwartskunst und Musik (AACAM) organisierte Workshop für zeitgenössische Musik durchgeführt. Im Rahmen des abschließenden Workshop-Konzertes in der Oper Dar al-Asad wurden die einstudierten Werke des jungen österreichischen Komponisten Stefan Höll und des syrischen Komponisten Hassan Taha aber auch von Mozart, Beethoven, Haydn und Schubert vor 750 Personen präsentiert.

Beim Europäischen Filmfestival im Mai zeigte Österreich den Dokumentarfilm des bekannten Regisseurs Michael Glawogger „Working Man's Death“. Die Ausstellung der Serie Red City Vienna von Christine Elsingher fand zwischen 23. Juni und 7. Juli statt. Beim 10. internationalen Fotofestival im Oktober wurde ein Bilderzyklus von Eva Brunner-Szabo gezeigt. Das kulturelle Jahr fand am 19. November mit dem in Kooperation mit EU-Delegation und der spanischen Botschaft organisierten, west-östlichen Konzert „Dialogue from Cadmus to Europe“ in der Oper von Damaskus seinen Ausklang.

Universitätsprofessor Andreas Schmidt-Colinet (Universität Wien) führte mit seinem Team archäologische Grabungen in Palmyra durch. Die Kooperation der Universität Aleppo mit dem Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt (Bundeswasseramt) wurde fortgesetzt, ebenso jene der Universität Damaskus mit der Universität für Bodenkultur Wien im Bereich erneuerbare Energie. Darüber hinaus bestehen Kontakte der Universität Homs zur Universität für Bodenkultur sowie der Universität Aleppo zum Institut für Kulturtechnik und Bodenhaushalt.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 49,666 Millionen Euro (-21,8%), die Importe 95,198 Millionen Euro (-9,2%).

Tadschikistan (Republik Tadschikistan), Duschanbe

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmonow	Akil Akilow	Khamrokhon Zarifi

Astana – **ÖB**; **AHSt**: siehe Russland.

Abhaltung bilateraler Konsultationen zwischen den Außenministerien (Duschanbe, 7. Mai).

Ein Österreicher ist im Rahmen des Programmes „Tactical Patrolling and Surveillance“ bei der OSZE-Mission in Duschanbe tätig.

Abhaltung eines vom BMeiA und der OSZE organisierten und finanzierten Wasserrechtsseminars für kirgisische und tadschikische Experten (Wien, 4.–6. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 21.000 Euro erbracht.

Das BMeiA unterstützt finanziell ein unter der Ägide des OSZE-Zentrums in Duschanbe laufendes mehrjähriges Projekt (2006 bis 2009) zur Vernichtung von Klein- und Leichtwaffen und herkömmlicher Munition in Tadschikistan und das „Patrol Programming and Leadership Programme“ der OSZE in Tadschikistan. Das BMeiA unterstützte die von der OSZE durchgeführte Ausbildung von tadschikischen und afghanischen Experten zur Grenzüberwachung und finanzierte auch dort einen österreichischen Experten.

Anlässlich des Haydn-Jahres wurde ein moderiertes Konzert zum Thema „Haydn und der Orient“ mit Nadja Kayali, Jennifer Davison und Andreas Wykydal organisiert, Abhaltung von zwei Meisterklassen am Nationalen Tadschikischen Konservatorium (Duschanbe, 28. April); das BMeiA und eine Firma spendeten der Phonotheek des Nationalen Tadschikischen Konservatoriums 150 Musik-CDs.

Vorträge von Bot. i.R. Alfred Missong an der Pädagogischen S. Ajni-Universität und im tadschikischen Außenministerium (5.–7. April).

Eine Tadschikin nahm an dem vom BMUKK, dem BMeiA und dem Österreichischen Städtebund finanzierten Spezialseminar für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen aus Südkaukasien und Zentralasien teil (Wien, Jena, 25. Juli bis 8. August).

Abhaltung eines zweiwöchigen Sommerkurses für Deutsch mit Schwerpunkt auf österreichische Landeskunde für StudentInnen am Germanistikinstitut der Tadschikischen Staatlichen Pädagogischen S. Ajni-Universität (30. Mai bis 17. Juni); österreichische Teilnahme an dem vom DAAD organisierten Deutschlehrertag (Duschanbe, 4. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 2,372 Millionen Euro (-57,0%), die Importe 464.000 Euro (-68,6%).

Tansania (Vereinigte Republik Tansania), Dodoma

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jakaya Mrisho Kikwete	Peter Pinda	Bernard Kamilius Membe

ÖB: siehe Kenia; **AHSt**: siehe Südafrika; Dar es Salaam – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 190.000 Euro erbracht.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 8,443 Millionen Euro (-39,5%), die Importe 3,354 Millionen Euro (-37,7%).

Thailand (Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Abhisit Vejjajiva	Kasit Piromya

Bangkok – **ÖB, AHSt**; Chiang Mai, Pattaya, Phuket – **HK**

Besuche aus Österreich: Teilnahme einer Delegation an den UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) Klimawechselgesprächen (28. September bis 9. Oktober).

Besuche in Österreich: Delegationsreise der Pädagogischen Fakultät der Kasetsart Universität nach Wien, Gespräche mit dem BMUKK (8.–12. Mai); Delegationsreise von Finanzbeamten der Stadtverwaltung von Bangkok zu Gesprächen mit der Stadt Wien (Mai); Thailändischer Vize-Außenminister Panich Vikitsreth, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (7. und 8. September); Offizieller Besuch von 19 Mitgliedern des Anti-Korruptionskomitees des thailändischen Parlaments in Österreich (14.–21. Dezember).

Der Austausch von WissenschaftlerInnen und Stipendiaten/innen (vor allem Technologiestipendien Südost-Asien im Rahmen des ASEA-Uninet-Programmes) wurde fortgesetzt. Im Rahmen des ASEA-Uninet nahmen im Juli 20 österreichische StudentInnen verschiedener österreichischer Universitäten an dem von der Universität Innsbruck organisierten Asian Studies Program an der Chulalongkorn University in Bangkok und der Chiang Mai University teil. An der Chulalongkorn-Universität in Bangkok besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC). Österreich unterstützt weiters das Asian Institute of Technology (AIT) in Bangkok seit 1990 durch die Finanzierung von Stipendien für Studierende aus Bhutan. Im Oktober 2007 wurde ein Memorandum of Understanding zwischen Österreich und Thailand für ein „ASEA Uninet Thailand On Place Scholarship Programme“ für Studenten aus Myanmar, Laos und Kambodscha, unterzeichnet. Damit können Studenten aus den drei Ländern mit österreichischen Mittel an Universitäten in Thailand studieren.

Folgende kulturelle Veranstaltungen wurden durchgeführt: Fotoausstellung „Aging“, Hermann Capor, White Space Gallery (27. Februar bis 29. März); Patravadi Theater – „All about Arts Event“, Ratchaburi, Teilnahme und Workshop der Performance Künstlerin Judita Kovarikova (14.–30. März); Meisterklasse Klavier und Konzert, Anton Voigt, Bruckner Privatuniversität Linz, in Bangkok (8.–17. März); Auftritt der österreichischen DJs Susanne Rogenhofer aka Sweet Susie, Manfred Schmezcza alias Manni Montana, Pattaya (3.–5. April); Metropolitan Opera of Bangkok, Aufführungen „Der Freischütz“, Bangkok (12. und 13. Juni); Veranstaltung „The Beginning of the End of the Bipolar World“ in Zusammenarbeit mit der deutschen und ungarischen Botschaft and der Chulalongkorn Universität, Bangkok (24. September); Benefizkonzert Wiener Mozart Trio, Bangkok (21. Oktober); Teilnahme der Österreichischen Botschaft Bangkok an der „European Higher Education Fair 2009“ (31. Oktober bis 1. November); ASIATOPIA 2009 Bangkok und Chiang Mai, Teilnahme und Workshops der Performance Künstlerinnen Doris Jauk-Hinz und Eva Ursprung (12.–22. November); Goethe Institut Open Air Kinofestival – Kurzfilmbeitrag „Ich bin ein Glückspilz“ von Michael Pand (2. Dezember); Filmbeitrag „Gibellina, Il Terremoto“, Jörg Burger, beim EU Filmfestival in Chiang Mai und Bangkok (5.–29. November); Unterstützung des Buchprojekts „The Relations between the Kingdom of Siam and the Royal Houses of Europe in Documents Pertaining to King Chulalongkorn's First Visit to Europe in 1897“ der deutschsprachigen Abteilung der Chulalongkorn Universität (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 166,471 Millionen Euro (-15,8%), die Importe 370,665 Millionen Euro (-6,0%).

*Anhang***Timor-Leste
(Demokratische Republik Timor-Leste), Dili**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Ramos-Horta	Kay Rala Xanana Gusmão	Zacarias Albano da Costa

ÖB, AHSt: siehe Indonesien

Botschafter Klaus Wölfer nahm an einer Konferenz der Geberländer Anfang April in Dili teil.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 60.000 Euro erbracht.

Das Österreichische Rote Kreuz führt gemeinsam mit dem lokalen Roten Kreuz ein vierjähriges EuropeAid Projekt durch, das die Versorgung von über 3000 Familien mit Zugang zu Trinkwasser, Familienlatrinen und Hygieneschulungen zum Inhalt hat; drei ÖsterreicherInnen arbeiteten für dieses Projekt. Im Rahmen der UNMIT (United Nations Mission in Timor-Leste) und der IOM waren einige Österreicher in Timor-Leste im Einsatz.

Im Mai besuchte ein Präsidentenberater aus Timor-Leste einen dreiwöchigen „Kurs für Jungdiplomaten aus dem Pazifikraum“ an der DA.

Österreich nahm am zweiten EU-Filmfestival in Dili mit dem Film „Die Gottesanbeterin“ teil (1.–13. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 37.000 Euro (+144,8%).

**Togo
(Republik Togo), Lomé**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Faure Essozima Gnassingbe	Gilbert Fossoun Houngbo	Koffi Essaw

ÖB, AHSt: siehe Nigeria, Lomé – HK

Die österreichischen Exporte betragen 1,670 Millionen Euro (+4,0%), die Importe 56.000 Euro (-81,2%).

**Tonga
(Königreich Tonga), Nuku'alofa**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König George Tupou V	Feleti Vaka'uta Sevele	Feleti Vaka'uta Sevele (seit 5. Mai)

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden weder Exporte noch Importe verzeichnet.

**Trinidad und Tobago
(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
George Maxwell Richards	Patrick Manning	Paula Gopee-Scoon

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port of Spain – HK

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 6,285 Millionen Euro (-62,3%), die Importe 49.000 Euro (-84,8%).

Tschad (Republik Tschad), N'djamena

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Idriss Déby Itno	Youssef Saleh Abbas	Moussa Faki Mahamat

ÖB: siehe Nigeria, **AHSt:** siehe Tripolis

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Besuch der österreichischen Einheit der MINURCAT II (13. und 14. November).

Die bisherige ESVP-Militärmission EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik wurde im Mai des Jahres an die VN-Mission MINURCAT II übergeben. Österreich war an EUFOR Tschad/ZAR mit einem Kontingent von ca. 170 Mann, und an MINURCAT II bis Jahresende mit einem Kontingent von ca. 130 Mann beteiligt.

Teilnahme einer Diplomatin der Republik Tschad an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen.

Die österreichischen Exporte betragen 16,037 Millionen Euro (+305,2%) Euro, die Importe 2.000 Euro (+128,1%).

Tschechien (Tschechische Republik), Prag

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Václav Klaus	Jan Fischer (seit 8 Mai)	Jan Kohout (seit 8. Mai)

Prag – **ÖB, AHSt, KF, ÖW**; Brünn – **HK, ASO, ÖI**; Budweis – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Außenminister (8. Jänner); Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Besuch, Gespräche mit Präsident Václav Klaus, Senatspräsident Přemysl Sobotka, Außenminister Karel Schwarzenberg, und der Vizevorsitzenden des Abgeordnetenhauses des Parlaments, Miroslava Němcova (9. Jänner); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme am informellen Treffen der EU-InnenministerInnen (14. und 15. Jänner); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Teilnahme am informellen Treffen der EU-JustizministerInnen (15. und 16. Jänner); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Luháčovice, 23. Jänner); Bundeskanzler Werner Faymann, Arbeitsbesuch, Gespräche mit Präsident Václav Klaus und Premierminister Mirek Topolánek (29. Jänner); Landeshauptmann Erwin Pröll, Gespräche mit dem Kreishauptmann von Vysočina und dem Prager Oberbürgermeister Pavel Bém (Telč/Teltsch und Prag, 29. und 30. Jänner); Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme am informellen Treffen der EU-FamilienministerInnen (4. und 5. Februar); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Gespräch mit Finanzminister Miroslav Kalousek (26. Februar); Landeshauptmann Erwin Pröll, Gespräch mit Präsident Václav Klaus (2. März); Delegation des Landes Oberösterreich unter Teilnahme der Dritten Landtagspräsidentin Doris Eisenriegler und Landesrat Josef Stockinger, Gespräch mit Vizeumweltminister František Pelc (3. März); Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme am Treffen des Ausschusses der Regionen (6. März); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister (12. und 13. März); Delegation des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union unter Leitung des Zweiten Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer, Gespräche mit Außenminister Karel Schwarzenberg, Regionalminister Cyril Svoboda und den EU-Ausschüssen beider Parlamentskammern (23. und 24. März); Bundesminister Michael Spindelegger und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten

Anhang

Johannes Kyrle, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Außenminister (Gymnich) (Hluboká nad Vltavou/Schloss Frauenberg, 27. und 28. März); Bundesminister Josef Pröll und Gouverneur der Nationalbank, Ewald Nowotny, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Finanzminister (2.–4. April); Bundeskanzler Werner Faymann, Bundesminister Michael Spindelegger und Staatssekretär Josef Ostermayer, Teilnahme am EU-USA-Gipfeltreffen (5. April); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Umweltminister (14. und 15. April); Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Minister für Wettbewerbsfähigkeit (4. und 5. Mai); Delegation des österreichischen Parlaments unter der Leitung des Zweiten Präsidenten des Nationalrates, Fritz Neugebauer, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC), (10.–12. Mai); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am EU-Rio-Außenministertreffen (13. Mai); Präsident der WKÖ, Christoph Leitl, Teilnahme am Eurochambres Kongress und am Global Platform Meeting (13.–15. Mai); Bundespräsident Heinz Fischer, Staatsbesuch, Gespräche mit Präsident Václav Klaus, Senatsvorsitzendem Přemysl Sobotka, Ministerpräsident Jan Fischer, dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses, Milošlav Vlček, ČSSD-Vorsitzendem Jiří Paroubek sowie mit Altpräsident Václav Havel (14. und 15. Mai); Österreichischer Gemeindebund, Gespräche mit Senatsvorsitzendem Přemysl Sobotka und Regionalminister Rostislav Vondruška (15. Mai); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Landwirtschaftsminister (Brünn, 31. Mai bis 2. Juni); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme an der Holocaust Assets Era Conference (29. Juni); Bundesminister Michael Spindelegger, Arbeitstreffen mit Vizepremier- und Außenminister Jan Kohout (Mikulov/Nikolsburg, Drasenhofen und Laa a.d. Thaya, 9. September); Präsident des Bundesrates Erwin Preiner, Treffen mit Senatsvorsitzendem Přemysl Sobotka (Stožec/Tusset, Plöckensteinsee, Lipno nad Vltavou/Lipno a.d. Moldau, Vyšší Brod/Hohenfurth, 14. Oktober); Bundeskanzler Werner Faymann, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme am SPE Kongress (8. und 9. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Jan Kohout, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Michael Spindelegger (5. Juni); Premierminister Jan Fischer, Arbeitsbesuch, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann sowie mit Bürgermeister Michael Häupl (24. August); Chef des Generalstabes der Tschechischen Streitkräfte, Generalleutnant Vlastimil Pícek, offizieller Besuch (Wien und Allentsteig, 26.–28. August); Polizeipräsident Oldřich Martinů, Zusammentreffen mit dem Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit, Herbert Anderl im gemeinsamen Polizeikooperationszentrum (Drasenhofen, 9. September); Nuklearexpertentreffen Österreich-Tschechien (Laa an der Thaya, 12. und 13. Oktober); Umweltminister Ladislav Miko, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (13. Oktober); Delegation des Verfassungsausschusses des tschechischen Senats unter der Leitung von Senator Jaroslav Kubera, Gespräche mit Mitgliedern des Bundesrates (26. und 27. November).

Am 23. Jänner wurde das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Verbindung der österreichischen Autobahn A 5 und der tschechischen Schnellstraße R 52 an der österreichisch-tschechischen Staatsgrenze unterzeichnet. Dieses Abkommen trat am 16. März in Kraft. Ebenso in Kraft trat am 1. Juli das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und des Sports. Am 1. Oktober trat die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über den Austausch und den gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen in Kraft. Am 13. Oktober wurde das Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft der Republik Österreich und dem Ministerium für Umwelt der Tschechischen Republik zur Kooperation im Bereich des Waldschutzes gegen die grenzüberschreitende Ausbreitung des Borkenkäfers im Böhmerwald/Šumava unterzeichnet.

Auf Initiative der Österreichischen Botschaft fand das vierte bilaterale Bürgermeistertreffen in Raabs an der Thaya statt, das sowohl Gemeinde- als auch WirtschaftsvertreterInnen zu einem Erfahrungsaustausch zusammenbrachte (23. Juni). Schwerpunktthemen waren neben einem gemeinsamen Besuch der ersten grenzüberschreitenden niederösterreichischen Landesausstel-

Länderinformationen

lung „Österreich, Tschechien, geteilt – getrennt – vereint“ die Bereiche Energieversorgung (Alternativenergien) und Umweltschutz (Deponierung).

Das KF setzte mit Ausstellungen, Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Filmen anlässlich des Jubiläums „20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“ einen deutlichen Schwerpunkt, wobei maßgebende tschechische Persönlichkeiten eingebunden wurden und sich im Einzelfall der ORF zuschaltete.

Die größte Veranstaltung zum Thema der österreichischen Literatur fand in Brünn statt, wo sich im Juli täglich AutorInnen aus Österreich, insgesamt 30, mit Lesungen und im Gespräch mit dem Publikum, vorstellten. Im Rahmen der Prager Buchmesse fanden im Mai zwei Tage mit Lesungen und Gesprächen von und mit deutschsprachigen AutorInnen statt. Österreich war mit zwei AutorInnen vertreten.

Im Rahmen der „Aktion Österreich – Tschechien, Wissenschafts- und Erziehungskooperation“ beteiligte sich das KF an der Evaluierung der Stipendienanträge, um mitzuhelfen, die Unterstützung bilateraler wissenschaftlicher Vorhaben zu aktuellen Themen sicherzustellen. Am 3. Dezember wurde in Budweis/České Budějovice dieses bereits seit 15 Jahren bestehende und sehr erfolgreiche Kooperationsprogramm zwischen dem österreichischen BMUKK und dem tschechischen Bildungsministerium um weitere fünf Jahre verlängert.

Die Tage des deutschsprachigen Films mit vier österreichischen Beiträgen wurden zusammen mit dem deutschen Goethe-Institut und der Schweizerischen Botschaft zum vierten Mal veranstaltet (Oktober). Die Sommerfilmschule in Ungarisch Hradisch/Uherské Hradiště setzte seinen Schwerpunkt auf den österreichischen Film. Es wurden ca. 150 österreichische Spiel-, Dokumentar-, Animations-, Stumm- und Experimentalfilme gezeigt.

Der österreichisch-tschechische Außenhandel, der in den vergangenen 15 Jahren ohne Unterbrechung in beide Richtungen dynamisch gewachsen ist, wurde von der Wirtschaftskrise hart getroffen, die Bedeutung Tschechiens als Handelspartner Österreichs hat sich allerdings nur wenig geändert. Bei den österreichischen Ausfuhren nimmt Tschechien den sechsten Rang, bei den Importen den fünften Rang und beim Handelsvolumen ebenfalls den fünften Rang ein.

Tschechien hat aber auch in Zeiten der Wirtschaftskrise für österreichische Investoren nicht an Attraktivität verloren. Im ersten Halbjahr lag der Zufluss an österreichischen Direktinvestitionen höher als im ersten Halbjahr 2008. Mit einem Bestand an österreichischen Direktinvestitionen von rund 10 Milliarden Euro ist Österreich mit einem Anteil von ca. 12% nach den Niederlanden und Deutschland drittgrößter Investor in Tschechien.

Die österreichischen Exporte betragen im Gesamtjahr 3.429,954 Millionen Euro (-22,1%), die Importe 3.382,445 Millionen Euro (-20,2%).

Tunesien (Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi	Abdelwaheb Abdallah

Tunis – **ÖB; AHST:** sh. Algerien

Besuche aus Österreich: Krisenunterstützungsteam zusammengesetzt aus insgesamt elf VertreterInnen der Bundesministerien für europäische und internationale Angelegenheiten, Inneres und Landesverteidigung und Sport, Treffen mit Tourismusminister Khelil Lajimi, Gespräche mit VertreterInnen des Tourismusministeriums, des Nationalen Tourismusbüros, der Nationalen Sicherheit, der Nationalgarde und des Zivilschutzes sowie mit EU-BotschafterInnen (18.–22. April); Delegation des österreichischen Bundesrates unter Leitung von Präsident Harald Reisenberger, Gespräche mit den Präsidenten der beiden Kammern des tunesischen Parlaments Fouad Mebazza und Abdallah Kallel, mit Premierminister Mohamed Ghannouchi, Außenminister Abdelwaheb Abdallah, Industrieminister Afif Chelbi und Kommunikationsminister El Hadj Gleï (9.–13. Juni).

Anhang

Besuche in Österreich: Delegation unter der Leitung des tunesischen Außenministeriums, 5. Tagung der österreichisch-tunesischen Gemischten Kommission über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung, Unterzeichnung eines Programmes über die Kooperation in den genannten Bereichen für die Jahre 2009 bis 2012 (16. und 17. Februar).

Am 24. November wurde in Tunis ein bis Ende 2010 befristetes bilaterales Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit im Umfang von 75 Millionen Euro unterzeichnet. Bundesminister Nikolaus Berlakovich unterzeichnete im Dezember mit Umweltminister Nadhir Hamada am Rande der 15. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Kopenhagen ein Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Eröffnung der Sommerfestspiele im römischen Amphitheater in El Jem mit dem „traditionellen“, live im nationalen Fernsehen übertragenen Konzert des Wiener Opernballorchesters unter Mitwirkung österreichischer Gesangssolisten und einer Ballettgruppe der Wiener Volksoper (4. Juli). Die in Tunesien lebende österreichische Schauspielerin Paula Kraft gestaltete Lesungen in französischer Sprache mit musikalischer Umrahmung mit Werken Friedrich Schillers und Joseph Haydns in der österreichischen Residenz (Mai) sowie einen ausschließlich Joseph Haydn gewidmeten musikalischen Abend im Palais Erlanger in Sidi Bou Said (Juni). Im Sommer schloss das 45. Internationale Festival von Karthago mit der musikalischen Verbindung von Orient und Okzident in Form eines Gemeinschaftsprojektes des Wiener Opernballorchesters unter der Leitung von Uwe Theimer und des Direktors des Konservatoriums von Sidi Bou Said, Riadh Fehri (August). Im Rahmen des „Octobre Musical“ traten die Pianisten Helmut Ascherl und Bernd Eichinger mit klassischer europäischer Musik, teilweise zu vier Händen in Tunis auf (Oktober). Der Organist Peter Friséé gab an der Orgel der Kathedrale von Tunis ein Konzert (Dezember). Die Gruppe „Célia Mara“ wirkte beim Festival „Jazz à Carthage“ mit (April).

Beim Internationalen Theaterfestival von El Kef trat das österreichische Ensemble Editta Braun auf (März).

Im Rahmen der Internationalen Dokumentarfilmtage in Tunis wurde Erwin Wagenhofers Film „Let's make money“ präsentiert (April).

An der Universität Manouba wurden die 5. Österreichtage mit Vortragenden der Universität Wien und von Vertretern des Tunesischen Germanisten- und Deutschlehrerverbandes abgehalten (April).

Im Museum der Stadt Tunis wurde eine Faksimile-Ausstellung mit Werken von Gustav Klimt und Egon Schiele gezeigt (Dezember).

An der jährlichen, von der WKÖ organisierten österreichischen Wirtschaftsmission in Tunis nahmen zahlreiche österreichische Firmen teil (22. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 67,058 Millionen Euro (+1,9%), die Importe 87,935 Millionen Euro (-24,9%).

Türkei

(Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt
Abdullah Gül

Regierungschef
Recep Tayyip Erdoğan

Außenminister
Ahmed Davutoğlu
(seit 6. Mai)

Ankara – **ÖB**, **AHSt**; Istanbul – **GK**, **AHSt**, **KF**; Antakya, Antalya, Bodrum, Bursa, Izmir, Mersin – **HK**

Bilaterales Treffen Bundesminister Michael Spindelegger mit Aussenminister Ahmet Davutoglu beim OSZE-Ministerrat in Athen (1. und 2. Dezember).

Besuche aus Österreich: Botschafter Georg Lennkh und Gesandter Helmut Freudenschuss, Afrikakonsultationen (11. und 12. Jänner); Botschafter Franz-Josef Kuglitsch, Osteuropakonsultati-

Länderinformationen

onen (15. und 16. Jänner); WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz, Treffen mit Handelskammerpräsident Rifat Hisarcioğlu (19. März); Sektionsleiter Wilfried Schimon, BMLFUW, Teilnahme am Weltwasserforum, Istanbul (19.–22. März); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Arbeitsbesuch, Ankara, Mardin, Batman und Ilisu (2.–5. April); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Forum der Allianz der Zivilisationen, Istanbul (5.–7. April); Präsident des Verfassungsgerichtshofes Gerhart Holzinger, Symposium anlässlich der Eröffnung des neuen Gebäudes des türkischen Verfassungsgerichtshofes (23.–25. April); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch der Österreichischen Schule in Istanbul, Istanbul (25.–27. April); Gerhard Reiweger, Stv. Direktor der DA Wien (22. und 23. Mai); Bundesminister Johannes Hahn (Ephesos, 19. und 20. Juni); Bundeskanzler Werner Faymann und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Unterzeichnung des Nabucco Intergovernmental Agreement (13. Juli); Abgeordneter zum Wiener Landtag Harald Troch, (21. und 22. Juli); Bundesminister Johannes Hahn (Ephesos, 17. und 18. August), Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll und Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Teilnahme an der IWF-Sitzung (Istanbul, 2.–4. Oktober); Beatrix Lewandowski, stv. Leiterin des Österr. Integrationsfonds, (Ankara und Istanbul, 12.–14. Oktober); Bundesminister Johannes Hahn, Gespräche mit Kulturminister Günay (20. Oktober); Besuch einer Delegation von österreichischen RichterInnen unter Leitung von Vizepräsident des Oberlandesgerichtes Wien Wolfgang Pöschl (Istanbul, Ankara, 23. Oktober – 1. November); Wiener Vizebürgermeister Michael Ludwig (5. und 6. November); Botschafter Stefan Lehne (4. Dezember).

Besuche in Österreich: Stv. Staatssekretär im Außenministerium Ecvet Tezcan, politische Konsultationen (8. Jänner); Staatssekretär Ertuğrul Apakan, Generalsekretär im türkischen Außenministerium, bilaterale Konsultationen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (26. Jänner); stv. Staatssekretär Botschafter Ünal Ceviköz, politische Konsultationen mit Botschafter Stefan Lehne (24. März); Außenminister Ali Babacan, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (15. April); Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des Parlaments Zafer Üskül, Gespräche mit Abgeordneter zum Nationalrat Alev Korun (28.–30. April); Landwirtschaftsminister Mehmet Mehdi Eker, Unterzeichnung eines MoU im Landwirtschaftsbereich, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (15. Juni); Umweltminister Veysel Eroğlu, Unterzeichnung eines MoU im Umwelt- und Forstwirtschaftsbereich, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (18. Juni); Frauenministerin Selma Aliye Kavaf, Teilnahme an der FamilienministerInnenkonferenz des Europarates (15.–17. Juni); Egemen Bağış, Staatsminister für EU-Angelegenheiten, Teilnahme am Forum Alpbach, bilateralen Besuch, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (Alpbach und Wien, 31. August bis 3. September); Oberstaatsanwalt Kassationsgerichtshof Abdurrahman Yalcinkaya, Teilnahme am 12. Internationalem Forum und Symposium der Staatsanwälte, Salzburg (30. August bis 2. September); Delegation des Ankara Stadtparlaments unter Leitung des Vorsitzenden des Ankara Provinzrates, Ahmet Arslanoglu, Gespräche zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung mit Drittem Präsidenten des Wiener Landtages Heinz Hufnagel und Abgeordnetem zum Wiener Landtag Harald Troch (25.–28. Oktober); Stv. Bürgermeister Ali Göksin, bilateralen Besuch (12. und 13. November).

Das 2008 unterzeichnete Doppelbesteuerungsabkommen trat mit 1. Oktober in Kraft. Am 15. Juni unterzeichneten Minister Mehdi Eker und Bundesminister Nikolaus Berlakovich ein Memorandum of Understanding im Land- und Forstwirtschaftsbereich, am 18. Juni unterzeichneten Minister Veysel Eroğlu und Bundesminister Nikolaus Berlakovich ein Memorandum of Understanding im Umweltbereich.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 22.000 Euro erbracht.

Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen standen im Zeichen des Haydn-Jahres 2009. Die Dokumentationsausstellung „Joseph Haydn – Ein musikalisches Universalgenie“, wurde Ende Jänner im Ausstellungsbereich des größten Einkaufszentrums von Ankara eröffnet. Das Haydn-Trio Eisenstadt gab im KF Istanbul ein Konzert (20. Februar). Nadia Kayali ging in ihrem moderierten Konzert „Salamelica“ mit der Sopranistin Jennifer Davison und dem Pianisten Christopher Hinterhuber (Istanbul und Ankara, 14. und 15. Oktober) auf die Einflüsse des Orients auf die Kompositionen von Joseph Haydn ein. Mit den musikalischen Wechselbeziehungen zwischen Orient und

Anhang

Okzident in der Zeit von Joseph Haydn setzte sich auch ein vom Don Juan Archiv Wien organisiertes Symposium im KF (4. und 5. Juni) auseinander.

Das aus Musikern der Wiener Symphoniker bestehende DOREMIS Quartett gab in Kappadokien in einer der weltbekannten Höhlenformationen ein Konzert (10. Oktober). Das Klavierduo Ferhan und Ferzan Önder trat im Rahmen des 15. Jubiläumjahres der ALEV – Stiftung der Absolventen des österreichischen St. Georgs Kollegs auf (16. April). Das Konzert der Zwillingsschwestern in Begleitung des Istanbul Staatssymphoniorchesters unter der Leitung von Christian Schulz war Ausdruck der kulturellen Synergien zwischen Österreich und der Türkei und darüber hinaus ein großes gesellschaftliches Ereignis in Istanbul.

Unter dem Motto „Frauen und politische Partizipation“ wurde ÖB am 22. Mai die zweite Tagung der 2008 gegründeten Österreichisch-Türkischen Frauenplattform veranstaltet. Zu Gast war Abgeordnete zum Nationalrat Alev Korun, deren Impulsreferat eine intensive Diskussion der Teilnehmerinnen folgte. Am gleichen Abend gab es aus Anlass der Tagung ein Konzert der Pianistin Barbara Reinprecht und der Flötistin Irina Popova. Ehrengäste waren die türkische Ministerin für Frauenangelegenheiten Selma Aliye Kavaf und Abgeordnete zum Nationalrat Alev Korun.

Österreichische Beiträge waren fester Bestandteil verschiedener Festivals. Vom 25.–30. April zeigte die preisgekrönte Gruppe Konnex das Stück „Scipio“ mehrmals im Rahmen des Kindertheaterfestivals Ankara. Das Duo Magic7 unterhielt sein Publikum mit Illusionskunst beim Ankara Straßenfestival am 30. und 31. Mai. Unterrichtende der Salzburg Academy of Experimental Dance nahmen am 11. Internationalen Festival für Zeitgenössischen Tanz an der Middle Eastern Technical University Ankara teil (10.–14. März).

Die Zusammenarbeit mit den Universitäten wurde ausgebaut. Die von Professorin Angelika Bäumer kuratierte „Art Brut“ – Ausstellung des Kulturforums Istanbul wurde an der Marmara Universität Istanbul vom 26. März bis 27. April einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Die Ausstellungseröffnung wurde mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Kunst und Heilung“ verbunden. Der bestehende enge Kontakt zu den Germanistikinstituten der Türkei wurde durch die 14tägige Vortragsreise von Barbara Denscher, bei der sie die Besonderheiten der Österreichischen Sprache sowie Literatur und Landeskunde behandelte, intensiviert.

Professor Paul Lendvai hielt anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Falls des Eisernen Vorhangs im KF einen Vortrag (6. Mai); Professor Paul Luif gab eine Präsentation mit anschließender Diskussion zum Thema „Gemeinsamkeiten der Außenpolitik Österreichs und der Türkei“ an der TEPAV (Stiftung zur Erforschung der türkischen Politik und Wirtschaft) am 28. Oktober in Ankara.

Die aktuellen Forschungsergebnisse der Grabung in Ephesos wurden vom Österreichischen Archäologischen Institut erstmalig im KF vorgestellt (20. Januar). Ergänzt wurde das Symposium durch eine Posterausstellung über die neuesten archäologischen Funde (20. Januar bis 16. Februar). Darauf aufbauend wurden die jüngsten Entwicklungen und Fortschritte des Jahres zum Jahresende in der Galerie des türkischen Außenministeriums in Ankara mit einer Fotoprintausstellung vorgestellt.

In Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden der von Österreich stromabwärts gelegenen Donauanrainerstaaten wurde unter dem Motto „Entlang der Donau“ bildende Kunst aus diesen Ländern vom 30. März bis 10. April im Museum für Malerei und Skulptur in Ankara gezeigt. Der politische Fokus Westbalkan wurde mit der Präsentation der Ausstellung „Culture Matters – UNESCO Weltkulturerbe im Südosten Europas“ in der Galerie des Pressezentrum des Premierministeramts in Ankara integriert (18.–27. November).

Im Rahmen des EU-Projektes „EU Literature goes Turkey“ hielten in verschiedenen Städten die österreichischen AutorInnen Renate Welsh (Urfa), Josef Winkler, Josef Haslinger (beide Van) und Christoph Ransmayr (Ankara) Lesungen an Universitäten und in höherbildenden Schulen ab. Parallel dazu gab es Begleitveranstaltungen österreichischer Künstler wie des Wolfgang Muthspiel Trios oder des Herwig Gradischnigs Ghost Trios. Das mittlerweile zur Tradition gewordene „Offene Wiener Kaffeehaus“ öffnete in der Residenz der Österreichischen Botschaft am 2. und

Länderinformationen

3. Dezember seine Pforten, und lud zum dritten Mal bei Klaviermusik, dargeboten von Barbara Reinprecht, zu Wiener Kaffeespezialitäten und Mehlspeisen ein.

Österreich war im ersten Halbjahr größter ausländischer Investor in der Türkei und rangiert über die letzten zehn Jahre gerechnet unter den zehn größten Investoren. Wichtigste Investitionssektoren sind die Bereiche Energie, Papier, Versicherungswesen, Immobilien und Baumaterialien. Wichtigste Exportgüter sind Maschinen, Apparate, Stapelfasern, Papier und Pappe, Kunststoffe, pharmazeutische und chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl, organische Verbindungen, Messinstrumente und Kraftfahrzeuge. Österreich importiert aus der Türkei vor allem Bekleidung, Maschinen, Kraftfahrzeuge, Waren aus Eisen oder Stahl sowie Apparate, Spinnstoffwaren und Nahrungsmittel.

Die österreichischen Exporte betragen 760,723 Millionen Euro (-21,2%), die Importe 795,830 Millionen Euro (-12,5%).

Turkmenistan (Turkmenistan), Aschgabat

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Gurbanguly Berdymuchammedow

Außenminister
Raschid Meredow

Astana – **ÖB; AHSt:** siehe Russland

Besuche aus Österreich: Teilnahme der Nabucco-Beauftragten des BMWFJ Maria Reich-Rohrwig und des Generaldirektors der OMV Wolfgang Ruttendorf an der Konferenz „Ein zuverlässiger und stabiler Transit von Energieträgern und dessen Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung und internationalen Zusammenarbeit“, Gespräch mit dem stellvertretenden Premierminister Tadschberdy Tagijew (23. und 24. April).

Besuche in Österreich: Vorsitzende der Mejlis Turkmenistans Adzhar Nurberdyjewa, 5. Welttreffen der ParlamentspräsidentInnen der Interparlamentarischen Union (IPU), Gespräch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (13. und 14. Juli); stellvertretender Außenminister Wepa Chadzhijew, bilaterale Konsultationen zwischen den Außenministerien (11. November); turkmenische Delegation unter der Leitung des Vorsitzenden der Handels- und Industriekammer Turkmenistans Palwan Taganow, zweite Runde der Gemischten Österreichisch-Turkmenischen Wirtschaftskommission (28.–31. Juli).

Im Rahmen eines Stipendiums der Wirtschaftskammer Wien absolviert eine Turkmenin den einjährigen Fremdenverkehrslehrgang an der Hotel- und Tourismusschule „Modul“ in Wien.

Fortsetzung des unter österreichischer Beteiligung durchgeführten EU-Programms BOMCA (Border Management in Central Asia); Abhaltung eines Workshops zum Thema „Land Border Training on Integrated Border Management“ unter österreichischer Mitwirkung (Aschgabat, 1.–7. November).

Beratungstätigkeit und Vorträge von Botschafter i.R. Alfred Missong am Institut für internationale Beziehungen (Aschgabat, 1. und 2. April).

Anlässlich des Haydn-Jahres 2009 wurde ein moderiertes Konzert zum Thema „Haydn und der Orient“ mit Nadja Kayali, Jennifer Davison und Andreas Wykydal organisiert, Abhaltung von zwei Meisterklassen am Nationalen Turkmenischen Konservatorium (Aschgabat, 22. April).

Die österreichischen Exporte betragen 31,973 Millionen Euro (+13,0%), die Importe 58,234 Millionen Euro (+75,0%).

Anhang

Tuvalu (Tuvalu), Funafuti

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef und Außenminister Apisai Ielemia
--	--

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Filoimea Telito

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden weder Exporte noch Importe verzeichnet.

Uganda (Republik Uganda), Kampala

Staatsoberhaupt Yoweri Kaguta Museveni	Regierungschef Apollo Nsibambi	Außenminister Sam Kutesa
---	-----------------------------------	-----------------------------

ÖB: siehe Kenia; Kampala – **HK, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Gespräche mit Präsident Yoweri Museveni, der Ministerin für Wasser und Umwelt, dem Staatsminister im Außenministerium, sowie dem Staatsminister für Finanzen, Planung und wirtschaftliche Entwicklung, Projektbesuche der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Gulu im Norden des Landes (16. und 17. Juli).

Uganda ist Schwerpunktland der OEZA. Das Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit in Kampala koordiniert die Programme für Uganda und die Region Ostafrika und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und den anderen Geberländern.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 7,1 Millionen Euro erbracht.

Die Musiker Peter Andritsch und Azzi Finder hielten sich vom 1.–10. Mai in Uganda auf, wo sie mit lokalen Musikern mehrere Stücke erarbeiteten und ihren Mix aus afrikanischer und klassischer europäischer Musik bei einem Freiluftkonzert aufführten. Zusätzlich betreuten sie ein von ihnen initiiertes Projekt zur musikalischen Ausbildung von Kindern, denen sie in Österreich gesammelte Blasinstrumente zur Verfügung stellten.

Die österreichischen Exporte betragen 3,328 Millionen Euro (+26,4%), die Importe 741.000 Euro (-11,8%).

Ukraine (Ukraine), Kiew

Staatsoberhaupt Viktor Juschtschenko	Regierungschefin Julija Tymoschenko	Außenminister Petro Poroschenko (seit 14. Oktober)
---	--	--

Kiew – **ÖB, KF, AHSt, ÖW;** Lemberg – **HK, Marketingbüro der WKÖ, Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur;** Charkiw – **HK** (vorübergehend geschlossen); Donezk **HK, Marketingbüro der WKÖ;** Odessa – **Bildungsbeauftragte**

Besuche aus Österreich: Leiter der Wirtschafts- und integrationspolitischen Sektion des BMeiA Botschafter Rudolf Lennkh, Teilnahme am Senior Official Meeting des Danube Cooperation Process (3. Februar); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Vizepremierminister Hryhorij Nemyrja im Rahmen einer Osteuropaarbeitsreise vor dem Hintergrund der krisenhaften Wirtschafts- und Finanzlage (12. Februar); Leiter der kulturpolitischen Sektion des BMeiA Bot-

Länderinformationen

schafter Emil Brix, Gespräch mit Kulturminister Wasyl Wowkun und Vortrag am Forum Europa-Ukraine (25. und 26. Februar), Leiter der kulturpolitischen Sektion des BMeiA Botschafter Emil Brix, Laudatio für Adam Zieliński und Besuch der Österreichbibliothek in Drohobytch (15. Mai); Delegation Raiffeisen Wirtschaftsforum und WKÖ unter Leitung von WKÖ-Präsident Christoph Leitl und Generaldirektor Raiffeisen Landesbank Oberösterreich Ludwig Scharinger, Treffen mit Präsident Viktor Juschtschenko und dem Präsidenten der ukrainischen Handels- und Industriekammer Serhij Skryptschenko (21.–23. Mai); Bundespräsident Heinz Fischer begleitet von Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, WKÖ-Präsident Christoph Leitl sowie einer großen Delegation aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Medien, Treffen mit Präsident Viktor Juschtschenko, Premierministerin Julija Tymoschenko, Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn und mit Oblastgouverneur Mykola Kmit, Landtagspräsident Myroslaw Senyk sowie Bürgermeister Andrij Sadowyj in Lemberg; Bundesminister Michael Spindelegger absolvierte ein bilaterales Arbeitstreffen mit dem amtsführenden Außenminister Vizeaußenminister Jurij Kostenko; Bundesminister Reinhold Mitterlehner traf mit Wirtschaftsminister Bohdan Danylyschyn, Energieminister Jurij Prodan und dem stellvertretenden Generaldirektor von Naftogas Ihor Didenko zusammen (6.–8. Juli); Delegation zur neunten Tagung der Österreichisch – Ukrainischen Gemischten Kommission für die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (29. September bis 3. Oktober).

Besuche in Österreich: Vizefinanzminister Volodymyr Lytwyn, Teilnahme an Seminar im BMF (23. Januar); Außenminister Petro Poroschenko, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (16. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 44.000 Euro erbracht.

Das KF führte kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen bzw. Projekte durch und wirkte darüber hinaus an einer Vielzahl von Kooperationen unterstützend mit. Neben dem KF bestehen in der Ukraine das Österreichisch – Ukrainische Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur in Lemberg, vier Österreich – Bibliotheken in Kiew, Lemberg, Czernowitz und Char-kiw sowie ein Österreich-Zentrum in Drohobytch. Darüber hinaus hat das BMUKK eine Bildungsbeauftragte nach Odessa entsandt, drei LektorInnen sind in Kiew, Lemberg und Czernowitz und eine Auslandslehrerin ist in Lemberg tätig.

Die wichtigsten vom KF in den letzten Monaten unterstützten Veranstaltungen waren: Konzert unter Teilnahme der Pianistin Ingrid Marsoner mit Werken von Mozart und Mahler (Kiew, 23. Jänner); Liederabend mit Anna Pammer und Gottlieb Wallisch (Kiew, 1. Februar); Konzert des Jubal-Trios im Institut für Kultur und Kunst der Nationalen Schewtschenko Universität Luhansk sowie Workshops für Studierende des Instituts für Kultur und Kunst in Luhansk (2.–4. März); Präsentation des Sammelbandes von Professor Michael Moser „Beiträge über die Geschichte der ukrainischen Sprache“ (auf Ukrainisch) im Zentrum für polnische und europäische Studien an der Nationalen Universität „Mohyla-Akademie“ in Kiew (3. März); Auftritte österreichischer Jazzmusiker im Rahmen des Jazz-Festivals „Jednistj“ in Kiew und in Odessa (21. und 22. März); Präsentation „Contemporary Art in Linz – European Art Capital 2009“ in Zusammenarbeit mit der Stiftung „EIDOS“ in Kiew (14. April); Teilnahme Rupert Bergmann am XV. Internationalen Festival der modernen Kunst „Two Days and Two Nights of New Music“ in Odessa mit einem Konzertabend mit Werken zeitgenössischer österreichischer und ukrainischer Komponisten sowie mit Uraufführung der Mini-Mono-Oper „Heute Abend Boris Godunow“ (24. und 25. April); Teilnahme Ensemble Plus beim XV. Internationalen Festival der modernen Kunst „Two Days and Two Nights of New Music“ in Odessa (24. April); Europa-Tage in Kiew, Tarnopol und Krywyj Rih (Mai); Ausstellung zur jüdischen Gelehrten und Volkskundlerin Eugénie Goldstern (ermordet 1942 im Ghetto Izbica in Polen) gemeinsam mit der Diplomatischen Akademie Wien im Museum für Landeskunde Odessa (15.–25. Mai) und Runder Tisch zum Thema „Emigrés, Exil, Europa“ in Odessa (15. Mai); Beteiligung an Rezitation Gregorij von Leitis' „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke“ (Bearbeitung Viktor Ullmann, ermordet 1944 im KZ Theresienstadt) mit Klavierbegleitung des Theater „Elysium – between the Continents“ in der Deutschen Botschaft Kiew (19. Mai); Interuniversitäres Studententheater: Inszenierung des Stücks „Hin und Her“ von Ödön von Horvath in der Technischen Universität in Kiew (21. Mai); Konzert „Musik Österreichs.

Anhang

Haydn und sein Umfeld / Noten der ukr. Sammlung Rasumowsky“ unter Teilnahme des Geigers Roland Hölzl im Rahmen des Haydn-Jahres 2009 in Kiew (29. Mai); Anna Ceeh und Franz Pomassl beim 3. Internationalen Festival für zeitgenössische Musik und Electronic-Soundart „Kvitnju-live“ in Kiew (6. Juni); Ausstellung der Gemälde von Wolfgang Sinwel („Against Gravity“) in Kiew (19. Juni); Orgelabend mit Sigrid Maria Gartner im Orgelhaus Kiew (30. Juli); Lesung des Schriftstellers Günther Freitag an der Buchmesse in Lemberg (10. November); Konzert des Haydn Trio Eisenstadt in Kiew (2. Dezember); zweisprachige deutsch-ukrainische Buchpublikation von Andrij Kurkow im Philologischen Institut in Kiew (14. Dezember).

Österreich zählt zu den größten ausländischen Investoren.

Die österreichischen Exporte betragen 529,824 Millionen Euro (-41,3%), die Importe 398,966 Millionen Euro (-23,2%).

Ungarn (Republik Ungarn), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
László Sólyom	Gordon Bajnai (seit 14. April)	Péter Balázs (seit 20. April)

Budapest – **ÖB, AHSt, KE, ÖL, ÖW**; Fünfkirchen (Pécs), Nyiregyháza, Raab (Győr), Steina-
manger (Szombathely), Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Szeged, Veszprém – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Teilnahme am Nabucco-Gipfel und Arbeitsgespräch mit Wirtschaftsminister Gordon Bajnai (26. und 27. Jänner); Bundesminister Michael Spindelegger, Arbeitsbesuch bei Außenministerin Kinga Göncz (12. Februar); Bundesminister Alois Stöger, Arbeitsbesuch bei Gesundheitsminister Tamás Székely (13. Februar); Bundeskanzler Werner Faymann, Arbeitsbesuch bei Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány (5. März); Bundesminister Johannes Hahn, Arbeitsbesuch bei Bildungs- und Kulturminister István Hiller sowie dem für Forschung und Entwicklung zuständigen Parlamentsabgeordneten Károly Molnár (13. März); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Arbeitsbesuch bei Umweltminister Imre Szabó (31. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsbesuch bei Staatssekretärin Márta Feksz-Horváth (7. April); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Arbeitsbesuch bei Parlamentspräsidentin Katalin Szili (21. Mai); Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme an Vierter Europäischer Konferenz der Donaustädte und -regionen (11. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesratspräsident Harald Reisenberger, Landtagspräsident des Burgenlandes Walter Prior, Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Bundesministerin a.D. Ursula Plassnik, Teilnahme an Feierlichkeiten zum „20. Jahrestag des Falles des Eisernen Vorhanges“ (27. Juni); Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Landeshauptmann Hans Niessl, Teilnahme an der Veranstaltung „20 Jahre Paneuropäisches Picknick“ (Sopron, 19. August); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Arbeitsbesuch bei Arbeitsminister László Herczog (18. September); Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und Delegation des EU-Ausschusses des Nationalrats, Arbeitsgespräche im ungarischen Parlament (27. Oktober).

Besuche in Österreich: Wirtschaftsminister Gordon Bajnai, Teilnahme an Euromoney-Konferenz (20. Jänner); Viertes österreichisch-ungarisches regionales Kooperationsforum (Gleisdorf, 27. Jänner); Wirtschaftsminister Gordon Bajnai und Finanzminister Janós Veres, Gespräche mit Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll (13. März); Oberbürgermeister von Budapest Gábor Demzsky, Besuch bei Bürgermeister Michael Häupl (20. April); Staatssekretärin für Chancengleichheit, Jugend- und Kinderpolitik Edit Rauh, Besuch bei Staatssekretärin Christine Marek (23. April); Ministerpräsident Gordon Bajnai, Besuch bei Bundeskanzler Werner Faymann (28. April); Außenminister Peter Balázs, Besuch bei Bundesminister Michael Spindelegger (28. April); Ministerpräsident Gordon Bajnai, Hauptredner beim „Europa-Forum Wachau“ (Göttweig, 16. Mai); Außenminister Peter Balázs, Teilnahme an der Konferenz „Geteilt-Geeint. 1989–2009: Aufbruch in ein Neues Europa“ (28. und 29. Mai); Staatspräsident László Sólyom, Teilnahme an

Länderinformationen

Feierlichkeiten anlässlich der Grenzöffnung 1989 (St. Margareten, 26. Juni); Wirtschaftsminister István Varga, Besuch bei Bundesminister Reinhold Mitterlehner (7. September); Staatspräsident László Sólyom, Besuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (21. Oktober); Staatssekretärin Márta Feksz-Horváth, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (26. November).

Das vierte österreichisch-ungarische regionale Kooperationsforum wurde am 27. Jänner in Gleisdorf ausgetragen. Am 15. Oktober fand in Eisenstadt die dritte gemeinsame österreichisch-ungarische Regierungssitzung unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Werner Faymann und Ministerpräsident Gordon Bajnai statt.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn sind intensiv und umfassend, aber auch komplex. Sie umfassen europapolitische Strategiediskussionen, gemeinsame Initiativen in der EU (Genmaisverbot!) und bedeutende Investitionen, aber auch Probleme, die sich entlang der langen gemeinsamen Grenze ergeben, z.B. ökologische Fragen. Enge Kontakte auf politischer Ebene sowie bilaterale Mechanismen tragen dazu bei, dass Meinungsunterschiede sachlich und in rechtsstaatlichem Rahmen behandelt werden.

So wird etwa das 2007 von Bundesminister Josef Pröll und dem ungarischen Umweltminister Gábor Fodor unterzeichnete Aktionsprogramm zur signifikanten Anhebung der Wassergüte des Raab-Lafnitz-Systems und zur nachhaltigen Vermeidung der Schaumbildung auf der Raab konsequent umgesetzt.

Bei den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 20. Jahrestages des Falles des Eisernen Vorhanges – in Ungarn und Österreich – wurde auch das spezielle Nachbarschaftsverhältnis der beiden Staaten hervorgehoben, das eine Voraussetzung für die historischen Ereignisse des Jahres 1989 war.

In außenpolitischer Hinsicht ist auch die Zusammenarbeit in Drittstaaten in konsularischen Fragen zu nennen. So hat Ungarn am 1. Oktober die Schengenvertretung für Österreich in Jekaterinburg (Russland) übernommen.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich sind intensiv. Seit der Wende hat sich ein dichtes Netz von Direktkontakten auf allen Ebenen des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens etabliert, die abgestützt und weiter gefördert werden müssen, um nachhaltig bestehen zu können. Den politischen Rahmen für die Zusammenarbeit bildet nach wie vor das bilaterale Kulturabkommen aus dem Jahr 1976, welches allerdings in den letzten Jahren nur noch in äußerst geringem Ausmaß als Basis konkreter gemeinsamer kultureller Vorhaben herangezogen wird. Eine neue Form der kulturellen Zusammenarbeit bildet die im Juni 2001 als Forum für den kulturellen Dialog gegründete „Plattform Kultur-Mitteuropa“. Wichtigste Schnittstelle für die Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Projekte in Ungarn ist das österreichische Kulturforum in Budapest. Es unterstützt Künstler und Projekte in den Bereichen Musik, Literatur, darstellende Kunst, Film und bildende Kunst sowie Symposien und Diskussionsveranstaltungen. Die anlässlich der Jubiläen der letzten Jahre gewählten Programmschwerpunkte von Mozart bis Haydn (Gedenkjahr 1989–2009), vor allem aber die kontinuierliche Kooperation mit ungarischen Partnern im Bereich der zeitgenössischen Kunst ermöglichten eine Erhöhung der Visibilität des Kulturforums.

2007 erfolgte unter österreichischem Vorsitz die Gründung des „EUNIC-Cluster Hungary“, eines Netzwerkes von 13 Europäischen Nationalen Kulturinstituten in Ungarn, das seine Tätigkeit zwischenzeitlich erfolgreich aufgenommen hat.

Zu weiteren Akteuren in den Bereichen Kultur und Bildung zählen das „Österreich-Institut“ (Sprachkurse), an ungarischen Universitäten bestehende österreichische Lektorate und Bibliotheken sowie der Österreich-Lehrstuhl in Szeged. Sehr guten Ruf genießen die „Österreichische Schule“, die als Oberstufengymnasium geführt wird und dem Unterrichtsministerium unterstellt ist, sowie die „Österreichisch-Ungarische Europaschule“, eine Kooperation der Schulbrüder in Wien und des BMUKK. Die Schule bietet Kindergarten, Volksschule und Mittelstufe bis 14 Jahre an.

Anhang

Die einzige deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraumes ist die 2002 gegründete postgraduale „Gyula-Andrássy-Universität Budapest“. Österreich unterstützt u.a. den Lehrstuhl für Mitteleuropastudien mit einem jährlichen Betrag von 250.000 Euro. Zusätzlich betreut Österreich die Bibliotheks-Software ALEPH, finanziert einen Bibliothekar und leistet bislang Bücherspenden bzw. Buchankäufe in der Höhe von 100.000 Euro. 2009 wurde die Bibliothek des KF als Dauerleihgabe an die Andrassy Universität überstellt und steht, nach erfolgter Katalogisierung, voraussichtlich im Frühjahr 2010 allgemein zur Verfügung.

Bedingt durch die globale Wirtschaftskrise hat der bilaterale Handelsaustausch sektoriell deutliche zahlenmäßige Einbußen erlitten. Das Engagement österreichischer Unternehmen auf dem ungarischen Markt wurde aber auch 2009 durch die Fertigstellung mehrerer Großinvestitionen eindrucksvoll unterstrichen. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise erfolgte auch eine enge politische Abstimmung zwischen Wien und Budapest. Österreich ist für Ungarn der drittgrößte Lieferant (hinter Deutschland und Russland) und der viertwichtigste Exportmarkt (nach Deutschland, Rumänien und Italien), während nach österreichischer Außenhandelsstatistik Ungarn an siebenter Stelle (österreichische Exporte) bzw. neunter Stelle (österreichische Importe) steht. Österreichische Investoren sind in vielen Sektoren der ungarischen Wirtschaft vertreten, besonders in der Lebensmittel-, Bau-, Papier- und Verpackungsindustrie. Stark vertreten ist Österreich auf dem Gebiet der unternehmensnahen Dienstleistungen (wie Unternehmens- und Personalberatung, Rechtsanwälte und Wirtschaftstreuhänder) und im Einzelhandel.

Die österreichischen Exporte betragen 2.916,889 Millionen Euro (-30,8%), die Importe 2.336,609 Euro (-27,6%).

Uruguay (Republik Östlich des Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Tabaré Ramón Vázquez

Außenminister
Pedro Vaz Ramela
(seit 2.Oktober)

ÖB und AHSt: siehe Argentinien; Montevideo – **HGK**

Abkommen über soziale Sicherheit: Parlamentarische Genehmigung in beiden Vertragsstaaten im März (Österreich) bzw. Oktober (Uruguay); Notenwechsel in Ausarbeitung.

Vortrag und Konzert: Ein Abend mit Sissi (Montevideo, Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 13,328 Millionen Euro (+3,6%), die Importe 6,075 Millionen Euro (+13,1%).

Usbekistan (Republik Usbekistan), Taschkent

Staatsoberhaupt
Islam Karimov

Regierungschef
Shavkat Mirzijayev

Außenminister
Wladimir Norow

Wien – **OB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Besuche in Österreich: Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen Elyor Ganiew Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, anlässlich der 4. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission Österreich – Usbekistan, österreichisch-usbekisches Wirtschaftsforum (14. und 15. Juli).

Besuche aus Österreich: Von 30. September bis 1. Oktober hat unter Leitung von Vertretern des BMI in Taschkent das 8. Treffen der Zentralasiatischen Grenzsicherheitsinitiative (CABSI) stattgefunden.

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 9.000 Euro erbracht.

Die Musiker Piotr Gladki (Brucknerorchester), Johannes Flieder (Wiener Symphoniker) und Michael Holzmann (Wiener Philharmoniker) haben am 7. Internationalen Musikfestival „Sharq Taronalari“ in der Zeit von 24.–31. August in Samarkand teilgenommen.

An der Tourismusschule Kleßheim wurde einer Teilnehmerin aus Usbekistan ein Teilstipendium für einen achtmonatigen Kurs zur Verfügung gestellt.

Die österreichischen Exporte betragen 59,965 Millionen Euro (-3,2%), die Importe 1,880 Millionen Euro (-47,4%).

Vanuatu (Republik Vanuatu), Port Vila

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Iolu Johnson Abbil (seit 2. September)	Edward Nipake Natapei (seit 19. Juni)	Hon Joe Natuman

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 11.000 Euro (+100%), die Importe 3.000 Euro.

Vatikan (Staat der Vatikanstadt), Vatikan

Der Vatikan ist das Gebiet, über das das Völkerrechtssubjekt „Heiliger Stuhl“ seine Souveränität ausübt.

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten
Papst Benedikt XVI.	Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone	Erzbischof Dominique Mamberti

Rom – ÖB Heiliger Stuhl

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Besuch von Santa Maria dell'Anima, die unter österreichischer Leitung stehende Stiftung des Hl. Römischen Reiches mit Priesterkolleg (21. Juli); Bundesministerin Maria Fekter, Zusammentreffen mit Sekretär des Päpstlichen Laienrates Bischof Josef Clemens (8. Oktober). Der Papst übernahm im Rahmen einer Privataudienz für eine Delegation aus Mariazell die Ehrenbürgerschaft des steiermärkischen Wallfahrtsortes (21. Jänner). Darüber hinaus betreute die Botschaft zahlreiche Pilgergruppen aus Österreich.

Der sechste Zusatzvertrag zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl zur Regelung der vermögensrechtlichen Beziehungen wurde am 9. März in Wien unterzeichnet; der Austausch der Ratifikationsurkunden fand am 14. Oktober im Vatikan statt. Der Vertrag trat am 1. Dezember in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 403.000 Euro (-12,4%), die Importe 33.000 Euro (-11,0%).

Venezuela (Bolivarische Republik Venezuela), Caracas

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Hugo Rafael Chávez Frías	Nicolás Maduro Moros

Caracas – **ÖB, AHSt**

Anhang

Der musikalische Bereich der Kulturarbeit stand ganz im Zeichen des Haydn-Gedenkjahres. In Zusammenarbeit mit der Asociación Cultural Humboldt und der Asociación Pro Musica de Cámara wurde die Ausstellung „Haydn – Ein musikalisches Universalgenie“ mit einem Kammerkonzert eröffnet (April). Bei der Eröffnung wurde außerdem eine Installation der Künstlerin Karin Hannak präsentiert. Das Konservatorium Wien-Privatuniversität und die Jugendorchesterbewegung FESNOJIV führten an drei Abenden „Figaros Hochzeit“ auf (Juli). Das Haydn-Trio Eisenstadt trat mit Werken von Haydn und Schubert am Centro de Acción Social von FESNOJIV und der Sala Cabrujas von Cultura Chacao auf (August).

Österreich nahm mit dem Film “Volver la Vista – der umgekehrte Blick” am Filmfestival Euroscopio teil (Juni – Juli).

Die Theaterwissenschaftlerin Birgit Fritz von der Universität Wien nahm mit einem Workshop über partizipative Konfliktlösungsmethoden an der Konferenz „Kunst, Frieden und Nachhaltigkeit“ an der Universität von Merida teil (April). Universitätsprofessor René Kuppe von der Universität Wien präsentierte die Ergebnisse eines von EU und Österreich finanzierten Projekts über indigene Landdemarkation in Venezuela (August). Ein Team von Mitarbeitern des Wiener Völkerkundemuseums gab in zwei Museen Empfehlungen für Sofortmaßnahmen zur Konservierung von Objekten (Oktober).

Mehrere Projekte wurden finanziell und personell unterstützt, unter anderen das Radioprogramm „Contacto Europa“, die Pflanzung eines „Europawaldes“ im Tierpark Caricuao (Caracas) und die Dolmetscherwoche an der Universidad Central de Venezuela. Anlässlich des Gedenkens an den Mauerfall unterzeichnete der Botschafter zusammen mit den Vertretern anderer Botschaften und Kulturinstituten ein lokales Kooperationsabkommen im Rahmen der European Union National Institutes for Culture (EUNIC).

Die österreichischen Exporte betragen 120,360 Millionen Euro (+22,8%), die Importe 51,170 Millionen Euro (-83,9%).

Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan	Sheikh Mohammed bin Rashid Al Maktoum	Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan

Abu Dhabi – ÖB, AHSt; Dubai – ÖW, AWO-Marketingbüro

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräch mit Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten Anwar Mohammed Gargash (Dubai, 30. April).

Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten Anwar Mohammed Gargash haben in Dubai am 30. April ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate über die Visumsfreiheit für die Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen der Republik Österreich und die Inhaber von Diplomaten- und Spezialpässen der Vereinigten Arabischen Emirate unterzeichnet.

Vom 3.–24. Februar wurde die Josef Hoffmann – Wanderausstellung in Sharjah gezeigt, die in Zusammenarbeit mit der American University of Sharjah, School of Architecture and Design, ausgerichtet wurde. Im Rahmen der „Al Ain Classics“ und „Abu Dhabi Classics“ Festspiele gaben die Wiener Philharmoniker (Dirigent Zubin Metha, Solist Lang Lang) in Al Ain am 11. und 13. März und in Abu Dhabi am 14. März (Gala-) Konzerte. Im Rahmen des Al Ain Festivals fand vom 11.–25. März eine Ausstellung der Grand Mosque Bilder von Genoveva Kriechbaum statt. Der von den Herrschern und Kronprinzen der einzelnen Emirate signierte „Royal Euro 2008 Football“ wurde am 28. September im Rahmen einer Galaveranstaltung zu karitativen Zwecken ver-

Länderinformationen

steigert. Die St. Florianer Sängerknaben veranstalteten eine Konzertreihe in Dubai am 4. Oktober und in Abu Dhabi am 7. und 8. Oktober.

Ein Angehöriger des BMLVS nahm an der Fachmesse für Sicherheit INTERSEC in Dubai vom 15.–21. Jänner teil. Vier Offiziere des BMLVS waren bei der Rüstungsmesse IDEX 09 in Abu Dhabi vom 21.–26. Februar vertreten. Eine 15-köpfige Wirtschaftsmission der WKÖ besuchte vom 11.–14. Oktober die VAE. Eine 25-köpfige Wirtschaftsdelegation aus Kärnten hielt sich vom 23.–27. Oktober in Dubai und Abu Dhabi auf. Von der Österreich Werbung Dubai und Wien Tourismus wurde am 12. November eine „Vienna Club Night“ ausgerichtet. Eine elfköpfige Wirtschaftsdelegation aus Salzburg besuchte Dubai und Abu Dhabi am 16. und 17. November.

Derzeit sind rund 160 österreichische Firmen mit eigenen Niederlassungen präsent. Beim österreichischen Handelsbilanzüberschuss nehmen die Vereinigten Arabischen Emirate die Spitzenposition im arabischen Raum ein.

Die österreichischen Exporte betragen 427,872 Millionen Euro (-31,0%), die Importe 19,504 Millionen Euro (-10,6%).

Vereinigte Staaten von Amerika (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington, D.C.

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Barack Hussein Obama

Außenministerin
Hillary Diane Rodham Clinton

Washington, D.C. – **ÖB, KF, Verteidigungsattaché, Informationsdienst, Office of Science & Technology (OST), Spezialattaché Finanzangelegenheiten, Spezialattaché Agrar- und Umweltangelegenheiten, Zweigbüro AHSt**; Chicago – **GK, AHSt**; Denver – **HGK**; Los Angeles – **GK, AHSt, ÖW**; New York – **ÖV, GK, KF, AHSt, ÖW, ABA**; Atlanta – **HK, AWO-Marketingbüro**; Anchorage, Boston, Charlotte, Columbus, Denver, Detroit, Honolulu, Houston, Kansas City, Las Vegas, Miami, New Orleans, Orlando, Pittsburgh, Portland, Richmond, Saint Louis, Salt Lake City, San Francisco, San Juan, Scottsdale, Seattle, St. Paul, St. Thomas – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an der VN-Sicherheitsratssitzung zum Thema Naher Osten (New York, 6. und 7. Jänner); Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Treffen mit dem Brooklyn Borough President Marty Markowitz und VertreterInnen jüdischer Einrichtungen in Brooklyn, Teilnahme am „Viennese Opera Ball“ (New York, 2.–7. Februar); Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Teilnahme an der 53. Sitzung der „Commission on the Status of Women“ der VN, Treffen mit AuslandsösterreicherInnen sowie RepräsentantInnen aus Politik, Wirtschaft und Kultur am österreichischen Generalkonsulat (New York, 28. Februar bis 2. März); oberösterreichischer Landesrat Rudi Anschöber, Treffen mit Regionalpolitikern des Bundesstaates New York sowie in Massachusetts mit State Senator Marc Pacheco und Commissioner Philip Guidice, Treffen mit VertreterInnen des Massachusetts Institute of Technology (19.–25. April); Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, Teilnahme an einer Panelveranstaltung der Bertelsmann-Stiftung (22.–25. April); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der IWF-Weltbank-Frühjahrstagung, Treffen mit John Dugan (Comptroller of the Currency), Donald Kohn (Vice Chairman of the Federal Reserve) und anderen hochrangigen Experten in Weltbank und IWF sowie Teilnahme am Constituency Meeting des Executive Board Room an der Weltbank (23.–26. April); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an der VN-Sicherheitsratssitzung zum Thema Naher Osten (New York, 10.–11. Mai); **Bundesminister Nikolaus Berlakovich**, Treffen mit Jim Miller (Under Secretary of Agriculture) sowie Gary Waxmonsky (Chief of Staff, Environmental Protection Agency) u.a. (12. und 13. Mai), Teilnahme an der 17. Sitzung der VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (New York, 13. und 14. Mai) sowie in Begleitung von im Umweltbereich tätigen österreichischen Firmen Treffen mit Gouverneur Arnold Schwarzenegger (Los Angeles, 14. und 16. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Eröffnung der Ausstellung „The Seen and the Hidden; (Dis)covering the Veil“ am österreichischen Kulturforum New York (22.–24. Mai); Vizekanzler a.D. Wilhelm Molterer, Gespräche im

Anhang

IWF (10. Juni); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme an einer hochrangigen Konferenz zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf Entwicklung im Rahmen der VN (New York, 23.–27. Juni); Bundeskanzler a.D. Alfred Gusenbauer, Botsüber Guest Lecture in der ÖB Washington anlässlich der Konstituierung des „Botstüber Institute for Austrian-American Studies“ (26. Juni); Sektionsleiter Botschafter Rudolf Lennkh, Treffen im Department of State, im Department of Commerce, im Nationalen Sicherheitsrat, im Council of Economic Advisors sowie mit Think Tank-Vertretern (8.–10. Juli); Volksanwalt Peter Kostelka, Gespräche mit Repräsentanten der VN in New York sowie Vertretern der Weltbank in Washington, D.C. (22.–26. August); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zum Klimawandel, VN-Sicherheitsratssitzung zum Thema „Nukleare Non-Proliferation und Abrüstung“ sowie an der Eröffnung der 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 21.–24. September); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Klimagipfel, Teilnahme an der Eröffnung der 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen, Treffen mit Vertretern jüdischer Organisationen, Eröffnung der Ausstellung „1989: End of History or Beginning of the Future? Video Art Comments on a Paradigm Shift“ am österreichischen Kulturforum New York, Teilnahme am Austrian American Day (New York, 21.–27. September); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme am von Gouverneur Arnold Schwarzenegger initiierten „Governors' Global Climate Summit: Road to Copenhagen“ (Los Angeles, 1.–3. Oktober); Niederösterreichischer Landesrat Stefan Pernkopf, Studienreise zum Thema Biotreibstoffe und erneuerbare Energien nach New York, Minnesota und Kalifornien (11.–18. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an Sitzungen des VN-Sicherheitsrates, Treffen mit Vertretern der Stadt New York sowie Treffen mit österreichischen Dienststellenleitern und AuslandsösterreicherInnen am österreichischen Generalkonsulat (New York, 13.–15. Oktober); Sektionsleiter Josef Mayer (BMWF), Treffen mit Vertretern des Office of the US Trade Representative, des Department of Commerce, des WTO-Büros in Washington, D.C. sowie mehrerer Think Tanks (18.–21. Oktober); Direktoren der Finanzmarktaufsicht Helmut Ettl und Kurt Pribil, Treffen mit US-Finanzmarktaufsichtsbehörden (19.–23. Oktober); Mitglied des Internationalen Seegerichtshofs Botschafter i.R. Helmut Türk, Treffen im Department of State sowie Vorträge an der American University und der Johns Hopkins University (22.–27. Oktober); Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Gespräche mit Vertretern des FBI in Washington, D.C. und New York, Arbeitsbesuch beim New Yorker Police Department (24.–30. Oktober); Abgeordneter zum Europäischen Parlament Bundesminister a.D. Ernst Strasser, Delegationsreise des Europäischen Parlaments (Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs), Arbeitsgespräche im US-Kongress, Department of Homeland Security und US Department of Justice, Gespräche mit American Jewish Committee und AIPAC (26.–28. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuche von akademischen und kulturellen Institutionen, Treffen mit verschiedenen Vertretern der Filmbranche (z.B. Christoph Waltz) (Los Angeles, 1.–6. November); Direktor der Diplomatischen Akademie Staatssekretär a.D. Hans Winkler, Gespräche im Foreign Service Institute u.a. (3.–7. November); Staatssekretär Andreas Schieder, Empfang und Konzert der Wiener Philharmoniker anlässlich des österreichischen Vorsitzes im VN-Sicherheitsrat, Treffen mit First Undersecretary Stuart A. Levey, Kongressabgeordnetem Robert Wexler in Washington, D.C. sowie Besuch der Charles E. Smith Jewish Day School in Rockville/Maryland (4.–6. November); Staatssekretär Andreas Schieder, Vortrag vor in New York stationierten internationalen Zentralbankexperten und anderen VertreterInnen aus Wirtschaft und Finanzen (10.–12. November); Bundesminister Michael Spindelegger, Vorsitzführung in der Offenen Debatte zum Thema „Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten“ anlässlich des österreichischen VN-Sicherheitsratsvorsitzes (10.–12. November); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme am 2. Treffen des Vorbereitungskomitees für die 3. Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen, Treffen mit der stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Asha-Rose Migiro, Eröffnung der Ausstellung „1989 – Year of Miracles: Austria and the end of the Cold War“ an der Columbia University, Ordensverleihung an den Sänger und Schauspieler Theodore Bikel in der Residenz des Generalkonsuls (New York, 14.–17. November); Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing, Treffen im Department of State, mit Vertretern des American Jewish Committee sowie des US Holocaust Memorial Museum, Teilnahme an der Informationsveranstaltung für Holocaust-Überlebende des Jewish Committee in Miami (15.–18. November); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Groß-

Länderinformationen

ruck, Treffen der Interparlamentarischen Union bei den VN (New York, 18.–21. November); Mitglied des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank Andreas Ittner, Gespräche mit US-Finanzmarktaufsichtsbehörden (30. November); Abgeordnete zum Nationalrat Bundesministerin a.D. Ursula Plassnik, Gespräche mit Vertretern der VN in ihrer Funktion als Sonderbeauftragte für internationale Frauenfragen des BMeiA (New York, 4. Dezember).

Besuche in Österreich: Mitglieder des Repräsentantenhauses Nina Lowey und Henry Waxman, Gespräche mit der OSZE und in Wien ansässigen VN-Behörden, Treffen mit Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kulturgemeinde Wien und Edward Serotta, Direktor von CENTROPA; Ständige Vertreterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen Susan Rice, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an und key-note speech vor dem Wiener IPI-Seminar „The UN Security Council and the Responsibility to Protect“ (15. Juni); Secretary of Energy Steven Chu, Teilnahme an der IAEO Generalkonferenz (14. September); Virginia Secretary for Natural Resources Preston Bryant, Teilnahme an der Konferenz „Energy2020“ zum Thema US-Klimapolitik (Fuschl, 16.–18. September); Assistant Secretary of State Esther Brimmer, Gespräche mit dem Politischen Direktor im BMeiA Botschafter Stefan Lehne, Treffen mit Vertretern österreichischer politischer Parteien sowie Teilnahme an einer round-table Diskussion im Österreichischen Institut für Internationale Politik über die Obama Administration und multilaterales Engagement (30. November).

Anlässlich des 60jährigen Marshallplan-Jubiläums wurden 2007 das George Marshall-Besucherprogramm, in dessen Rahmen ExpertInnen aus der US-Verwaltung und dem Kongress nach Österreich zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen werden, sowie ein umfassendes österreichisch-amerikanisches Stipendienprogramm, das Marshall Scholarship Program der Austrian Marshall Plan Foundation (jährlich 100 Stipendien für österreichische und US Studenten technischer Studienrichtungen) ins Leben gerufen. Weiters wurde die Austrian Marshall Plan Foundation Professur für Mitteleuropa-Studien eingerichtet, mit der im Dezember Professor Daniel Hamilton, Gründer der School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University in Washington, D.C. für 2010 betraut wurde. Mit dem Marshall Plan Chair an der University of New Orleans wurde der frühere österreichische Botschafter in den USA, Peter Moser, betraut. 2009 konstituierte sich auch das „Botsiber Institute for Austrian American Studies“, das die Unterstützung von wissenschaftlichen Projekten zur Förderung des Verständnisses für die Geschichte Österreichs in den USA zum Ziel hat.

Das George C. Marshall International Center mit Sitz in Leesburg/Virginia veranstaltete vom 26. Oktober bis 2. November in Österreich erstmals ein einwöchiges Seminar über den Marshall-Plan und das European Recovery Program für amerikanische und österreichische Mittelschullehrer, das auch Exkursionen zu Industriebetrieben, die nach dem II. Weltkrieg mit Hilfe des Marshallplanes wiedererrichtet wurden, beinhaltete. Als erstes Empfängerland der Marshall-Plan-Hilfe hat Österreich bereits vor rund zehn Jahren zur Renovierung des früheren Wohnhauses des seinerzeitigen US-Außenministers, das heute Sitz des George C. Marshall International Center ist, maßgeblich beigetragen. Mit einem neuerlichen österreichischen Beitrag, den der ERP-Fonds/Austria Wirtschaftsservice 2008 leistete, sollen insbesondere Ausbildungsprogramme des George C. Marshall International Center, an welchem wieder österreichische MittelschullehrerInnen teilnehmen, gefördert werden.

Ein 2007 vom „International Center for Journalists“ und dem Österreichischen Kuratorium für Journalistenausbildung initiiertes amerikanisch-österreichischer Journalistenaustausch fand im April/Mai zum dritten Mal statt und erhielt großen Zuspruch.

Informationen von und über Österreich bringt die alle zwei Monate erscheinende Publikation „Austrian Information“, welche seit 60 Jahren vom Presse- und Informationsdienst der ÖB Washington herausgegeben wird. Die Auflage liegt derzeit bei 11.000 Exemplaren. Neben rezenten Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur wird über die österreichisch-amerikanischen Beziehungen und über den Werdegang von ÖsterreicherInnen berichtet, die in den Vereinigten Staaten in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft erfolgreich tätig sind.

Mit dem englischsprachigen online-Newsletter „Jewish News from Austria“, herausgegeben vom Presse- und Informationsdienst der ÖB Washington, erhalten interessierte Personen und Organi-

Anhang

sationen regelmäßig Informationen über die Aktivitäten der jüdischen Gemeinden in Österreich, über Holocaust-Gedenkveranstaltungen, zeitgeschichtliche Symposien und Publikationen sowie über aktuelle Fragen der Restitution. Der Newsletter enthält eine Auswahl von in österreichischen Medien erschienenen Artikeln und Meldungen in englischer Übersetzung.

Der Auf- und Ausbau positiver und zukunftsorientierter Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft, zu jüdischen Organisationen sowie zur jüdischen Zivilgesellschaft und religiösen Organisationen, ist allen österreichischen Dienststellen und Honorarkonsulaten in den USA ein zentrales Anliegen. Angesichts der Dichte der vertretenen Organisationen betrifft dies insbesondere das GK New York, in dessen Amtsbereich der World Jewish Congress, das American Jewish Committee, die Conference of Presidents of Major Jewish American Organizations, die Anti-Defamation League und B'nai B'rith ihren Hauptsitz haben. Darüber hinaus gibt es auch mit den Holocaust Museen insbesondere in Washington, D.C. und Los Angeles, in denen auch österreichische Gedenkdiener tätig sind, eine sehr enge Zusammenarbeit. So wurde der Gründer des österreichischen Gedenkdienstes, Andreas Maislinger, am 9. November mit dem „Lifetime Achievement Award“ des Los Angeles Holocaust Museum geehrt. 2009 waren insgesamt sechs österreichische Gedenkdiener an verschiedenen Dienststellen in den USA, in Washington, D.C. (United States Holocaust Memorial Museum), in New York (Leo Baeck Institute, Anti-Defamation League), in Los Angeles (Simon Wiesenthal Center, Museum of the Holocaust) und beim Virginia Holocaust Museum in Richmond, tätig. Ihre Aufgabe umfasst neben archivarischen und wissenschaftlichen Aufgaben auch die Betreuung österreichischer Holocaust-Überlebender.

Die soziale und rechtliche Betreuung jener Österreicher, die infolge des Anschlusses Österreichs 1938 vor der nationalsozialistischen Verfolgung in die Vereinigten Staaten flohen, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe insbesondere des GK New York und des GK Los Angeles sowie auch der ÖB Washington, zumal eine zunehmende Zahl betroffener Personen ihren Ruhestand im Süden der USA, insbesondere in Florida, verbringen. Eine Informationsveranstaltung von Generalsekretärin Hannah Lessing in Miami am 18. November bot auch Gelegenheit, auf die Möglichkeit des Bezugs österreichischer Pensions- und Pflegegeldleistungen, die in den USA lebenden Holocaustüberlebenden zugutekommen, hinzuweisen.

Die Umsetzung der umfassenden Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen, zu denen sich Österreich 2000/2001 im Washingtoner Abkommen gegenüber der US-Regierung verpflichtet hatte, insbesondere die laufenden Schlusszahlungen des Allgemeinen Entschädigungsfonds, werden von der US-Administration mit Interesse verfolgt und Österreichs Rolle als Vorsitzland der International Task Force on Holocaust Education 2008/2009 und der maßgebliche Beitrag Österreichs zur Vorbereitung der Prager Holocaust Konferenz 2010 sehr begrüßt.

Bei der Verstärkung der EU-Präsenz in den USA sind in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden, insbesondere auch auf dem Gebiet der Public Diplomacy. Gemeinsame Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit wie der „EU Embassies Open House Day“ in Washington, D.C. mit 2.600 Besuchern in der ÖB Washington, gemeinsame Auftritte von BotschafterInnen sowie von BotschaftsvertreterInnen der EU-Mitgliedstaaten tragen dazu bei, dass die EU als Staatengruppe verstärkt wahrgenommen wird.

Das 60-jährige Jubiläum von SOS-Kinderdorf war Anlass für eine Festveranstaltung an der Botschaft in Zusammenarbeit mit SOS Children's Villages USA. Sowohl die Ehrenvorsitzende der SOS Kinderdorforganisation, Königin Noor al-Hussain von Jordanien, als auch der US Senator jenes Bezirks Floridas, in dem sich das größte SOS Kinderdorf in den USA befindet, wirkten bei dieser Veranstaltung mit.

In den großen Kulturinstitutionen der Vereinigten Staaten sind Kunst bzw. KünstlerInnen aus Österreich ständig präsent, wobei großes Interesse der Interpretation v.a. klassischer, aber auch zeitgenössischer klassischer Musik und dem neuen österreichischen Film gilt. Die KF in New York und Washington, D.C. mit eigenen Veranstaltungsräumlichkeiten sind Zentren für eine kontinuierliche Präsentation österreichischer Kultur, insbesondere moderner und zeitgenössischer Ausrichtung.

Länderinformationen

Im Atrium der ÖB Washington fanden vier Ausstellungen statt. Von Jahresbeginn bis Mitte April wurden Portraits und Selbstportraits des in Connecticut lebenden Karikaturisten und Malers österreichischer Abstammung, Peter Steiner, von April bis Ende September die Dokumentation „Joseph Haydn – Ein musikalisches Universalgenie“ aus Eisenstadt, im Oktober die Graphiken der 1960 aus Österreich in die USA eingewanderten Graphikerin Nina Muys und von Ende Oktober bis Ende Dezember die Werke der Wiener Künstlerin Susanne Schüller unter dem Titel „Soshana – Leben und Werk“ gezeigt. In der Bibliothek waren zwei Dokumentationen zum 20-jährigen Jubiläum des Falles des Eisernen Vorhanges zu sehen, von Mitte September bis Mitte Oktober „1989 – Year of Miracles: Austria and the End of the Cold War“ und von Ende Oktober bis Ende November die Fotoserie der österreichischen Fotografin Barbara Zeidler „Europe – Work in Progress“.

Die Musikveranstaltungen waren im Haydn-Jahr 2009 zwar auf Haydns Musik ausgerichtet, es kamen aber auch viele zeitgenössische Kompositionen zur Aufführung. Im Februar wurde die neueste Arbeit des Grazer Komponisten Georg Friedrich Haas „In Vain“ vom 24-köpfigen New Yorker „Argento Chamber Ensemble“ aufgeführt, Rita Medjimorec und Florian Kitt interpretierten u.a. zwei für das Duo arrangierte zeitgenössische Kompositionen. Im März präsentierten Ulrike Anton und Russell Ryan „Haydn und Kompositionen aus Ost-Europa“. Im März, Mai und Oktober war Till Fellner mit Beethoven-Klaviersonaten-Arrangements vertreten. Weiters gab es im März einen Abend mit Wiener Liedern, aufgeführt von den „Strottern“ mit zwei lokalen Jazz-/Country-/World-Musikern. Im April präsentierte das „ensemble on_line“ mit Karlheinz Essl ein Konzert mit ausschließlich zeitgenössischen Kompositionen. Im Mai trat Sigrid Trummer mit „Haydn und die Frauen“ auf, ein Klavierabend mit kurzen Statements der Künstlerin zu den Stücken von Komponisten-Zeitgenossinnen Josef Haydns, ebenfalls im Mai gab es einen Liederabend „The Voice of Haydn“ mit den amerikanischen Künstlern Daniel Schlosberg, Ah Young Hong und Ryan de Ryke und die weltweit erste Bühnen-Aufführung seit 1940 der Revue „What a Life!“ von Hans Gál des Ensembles „Washington Musica Viva“. Im Juni fand ein Pop-Konzert mit dem „Grooveheadz Orchestra“ statt. Im Oktober waren Friedrich Kleinhapl und Andreas Woyke mit Beethoven-Sonaten für Klavier und Cello in Annapolis und Washington, D.C. zu Gast, Klaus Paier und Asja Valcic, mit Kompositionen aus „À Deux“ von Klaus Paier in Washington D.C. und Baltimore. Im November konzertierte Gernot Fresacher (Klarinette) und Werner Karlinger (Harfe) vom Bruckner-Orchester Linz mit seltenen, ausschließlich österreichischen, teilweise zeitgenössischen Kompositionen. Am zweiten „Kids Euro Festival“, einem einmonatigen Festival (Mitte Oktober bis Mitte November) der Performances für Kinder und Jugendliche, nahm das KF mit dem Mozart-Singspiel „Bastien und Bastienne“ mit jugendlichen amerikanischen Sängern und dem österreichischen Bass-Bariton Steven Scheschareg teil. Das Haydn Trio Eisenstadt gab Ende November ein Konzert in der Library of Congress sowie ein Konzert in der Österreichischen Botschaft unter Anwesenheit des Komponisten Gerhard Kramer und der Interpretation seines für das Trio komponierten Stückes „and light“.

Das KF nahm an den wichtigsten in Washington, D.C. laufenden Filmfestivals teil. Der Film „Revanche“ von Götz Spielmann wurde anlässlich „Film/Neu – New Films from Germany, Austria and Switzerland“ im Jänner, die Universum-Dokumentarfilme „The Prince of the Alps“ und „The Green Stadium“ beim Environmental Filmfestival im März, „Cooking History“ von Peter Kerekes beim Dokumentarfilmfestival „Silverdocs“ unter Anwesenheit des Regisseurs im Juni, die Filme „Alle Anderen“ von Maren Ade mit Birgit Minichmayr und „Der Knochenmann“ von Wolfgang Murnberger beim EU-Film-Showcase, die Kinderfilme „Mozart in China“ von Bernd Neuburger anl. des „EU Open House Day“ im Mai und „Sommer mit den Burggespenstern“ ebenfalls von Bernd Neuburger beim „Kids Euro Festival“ im Oktober, gezeigt.

Der Dokumentarfilm über Eric Kandel „In Search of Memory“ von Petra Seeger wurde in Zusammenarbeit mit dem „Office of Science and Technology“ im Jänner in der Carnegie Institution gezeigt, die Filme „Falco – Verdammst, wir leben noch!“ von Thomas Roth als Eigenveranstaltung und „Die Fälscher“ von Stefan Ruzowitzky zusammen mit der Präsentation der Memoiren von Adolf Burger, auf denen der Film basiert, im September in Kooperation mit der Kulturabteilung der Tschechischen Botschaft Washington.

Anhang

Im literarischen Bereich gab es die Präsentation der Übersetzung von Mark Harman „Franz Kafka: Amerika – The Missing Person“ im Jänner, die Teilnahme an der „Small Nations Poetry Night“ mit dem von Ian Galbraith ins Englische übersetzten Gedicht von Michael Donhauser „wieder noch einmal“ im März und Lesung aus „Phi Phi Island“ und Vortrag über „Creative Writing in Europe“ von und mit Josef Haslinger im November.

Die für Linz09 erstellte Choreographie von Willi Dörner „above under inbetween“ wurde im September in der ÖB Washington, weiters in Pittsburgh und Philadelphia aufgeführt, Dörners Choreographie „bodies in urban spaces“ im Oktober in Washington, D.C. anlässlich des DC Velocity Dance Festivals.

Es gab Vorträge über „The Hubble Space Telescope“ des Österreicher Helmut Jenkner, der in Zusammenarbeit mit der American-Austrian Cultural Society entstand, über „Solarenergie und Passiv-Haus-Technologie“ von Christian Buxbaum und Helmut Poschinger in Zusammenarbeit mit der Austrian Business Agency New York sowie einen Vortrag/Workshop mit Alfred Brendel in Zusammenarbeit mit der Washington Performing Arts Society.

Insgesamt betreute das KF an die 70 Veranstaltungen in- und außerhalb der Botschaft, darunter 47 mit alleiniger inhaltlicher und organisatorischer Verantwortung. Rund 27.000 Personen besuchten die Veranstaltungen, diverse Internet-Blogs, die Washington Post und der North West Current rezensierten die Veranstaltungen regelmäßig.

Das Austrian Cultural Forum in Midtown Manhattan hat sich seit seiner Eröffnung 2002 zu einem angesehenen Kulturzentrum an der Schnittstelle zwischen Österreich und den USA entwickelt. Medial und gemessen an Zahlen der BesucherInnen kann 2009 als das bisher erfolgreichste seit der Eröffnung gesehen werden.

Mit der Ausstellung „The Seen and the Hidden: Dis-Covering the Veil“ ist es gelungen, eine liberale österreichische Grundhaltung im Verhältnis Westen-Orient zu kommunizieren. Die Ausstellung „Der Künstler als Störenfried“ beschäftigte sich mit dem Wiener Aktionismus und den Generationen danach. Mit „Open Space Uncurated“ zum Thema „Creative Migration“ wurde in New York lebenden österreichischen KünstlerInnen aus allen Bereichen, die von einer hochkarätigen Jury ausgewählt wurden, eine Plattform geboten. Mit dem „NY Center for Architecture“ wurde eine Architektur- und Stadtplanungsausstellung zu „Otto Neurath“ entwickelt, die danach auch am MAK Center Los Angeles und im März 2010 im MAK Wien gezeigt wird. Bundesminister Michael Spindelegger eröffnete im Oktober die Ausstellung „1989 – End of History or Beginning of the Future“. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnete eine Dokumentationsausstellung zu „Österreich und das Ende des Kalten Krieges“ an der Columbia University. Diese Ausstellung wurde auch in New Orleans im World War II Museum, an der ÖB Washington sowie an der Michigan State University präsentiert. Die Wanderausstellung „Schreiben gegen den Krieg“ wurde an zahlreichen Universitäten sowie während der MALCA-Konferenz gezeigt.

Mit „Moving Sounds“ wurde ein neues Musikfestival an der Schnittstelle zwischen klassisch-instrumentierter und elektronischer Musik etabliert. Weiters fanden reguläre Konzertserien in den Bereichen Klassik, zeitgenössische Klassik und Jazz / World Music mit den Künstlern und Ensembles wie Friedrich Kleinhapl, Andeas Woyke, Lydia Baich, Georg Breinschmid, Christoph Pepe Auer, Grooveheadz, Gustav, dem Hugo Wolf Quartett, dem Klangforum, dem Ensemble Online, dem Merlin Ensemble u. a. statt. Das KF veranstaltete erstmals eine Reihe von Komponistenporträts mit Georg Friedrich Haas, Bernhard Lang, Paolo Aralla, Huang Ro und Thomas Larcher.

Im Literaturbereich wurde stark auf Nachhaltigkeit im Bereich von Übersetzungen österreichischer Literatur gesetzt. Insbesondere verlieh das KF erstmals den neugeschaffenen ACF-Translation Prize für Übersetzungsprojekte von Gert Jonke und Ilse Aichinger. Zahlreiche renommierte österreichische Autoren wie Josef Haslinger, Frederic Morton, Lilian Faschinger, Kathrin Röggla, Norbert Gstrein, Franzobel und Michael Stavaric nahmen an Lesungen bzw. am internationalen Literaturfestival „World Voices“ teil. Die beiden jungen Autoren Verona Rossbacher und Clemens Setz wurden dem New Yorker Publikum bei einem neugeschaffenen deutschsprachigen Nachwuchsliteraturfestival vorgestellt.

Länderinformationen

Das KF startete eine neue regelmäßige Serie zum Österreichischen Film in der renommierten New Yorker Filminstitution „Film Anthology Archives“ mit einer großangelegten Ulrich Seidl-Retrospektive. Das KF nahm auch am Jewish Film Festival mit einem österreichischen Beitrag teil. Das KF unterstützte ebenfalls die Erstaufführung der Dokumentation „In Search of Memory“ über Eric Kandel im renommierten jüdischen Veranstaltungszentrum „92nd Street Y“.

Österreichische Vortragende wirkten unter anderem bei den Jahrestagungen der German Studies Association, der Modern Austrian Literature and Culture Association und der American Association of Teachers of German mit.

In Zusammenarbeit mit den österreichischen Studienzentren (University of Minnesota, University of New Orleans, Stanford University), dem Schumpeter-Programm (Harvard University) wurden zahlreiche Aktivitäten gesetzt. U.a. stellte das Kulturforum einige Förderungspreise für die wissenschaftliche Forschung über Österreich in den USA zur Verfügung.

In Chicago wurde österreichische zeitgenössische Kunst mit der Ausstellung „Austria for Beginners: New Contemporary Art“ im renommierten Museum of New Art Detroit im März präsentiert. Die Dokumentationsausstellung „Haydn on Tour“ über Leben und Werke Joseph Haydns wurde vom 2. Oktober bis 4. Jänner 2010 an der Joseph Regenstein Library der University of Chicago gezeigt. Außerdem wurden die Werke der Künstlerin Lena von Lapschina vom 13. Jänner bis 15. Februar an der Illinois State University und des Künstlers Felix Malnig vom 15. Oktober bis 28. November im McAninch Arts Center des College of DuPage gezeigt. Das Kunstprojekt „Intra Extra“ von Moritz Majce and Herwig Kopp wurde am 5. Dezember in Marquette Park, Chicago, durchgeführt. Beim 12. EU-Filmfestival in Chicago vom 6. März bis 2. April wurden 59 Filme aus allen EU-Mitgliedsstaaten für über 8.700 Besucher angeboten. Österreich präsentierte die Filme „About Water“ (Über Wasser) von Udo Maurer und „Prater“ von Ulrike Ottinger. Im Rahmen der „International Summer Screenings“ in Chicago wurde im August der Film „42Plus“ von Sabine Derlinger gezeigt. Beim 45. Chicago International Film-Festival vom 8.–22. Oktober war Österreich mit dem Dokumentarfilm „Cooking History“ von Peter Kérekcsy vertreten. Der Film wurde in der Kategorie „Bester Dokumentarfilm“ mit dem „Gold Hugo“ Preis ausgezeichnet.

Auf Initiative des Französischen Generalkonsulats wurde im Februar in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Generalkonsulaten und dem Art Institute Chicago die „Consuls General Concert Series“ gegründet. Österreich war mit dem Cellisten Florian Kitt und der Pianistin Rita Medjimorec vertreten. Beim dritten europäischen Jazzfestival „European Jazz Meets Chicago“, welches von den Generalkonsulaten Österreichs, Schwedens, Litauens, der Schweiz, der Niederlande sowie dem Goethe-Institut, dem Chicago Cultural Center und Umbrella Music organisiert wurde, stellte Österreich den Schlagzeuger Martin Brandlmayr vor. Weitere Konzerte wurden von Boris Hauf am 21. und 23. Februar in der Heaven Gallery und im Chicago Cultural Center, vom Ensemble Quatuor Mosaïques am 17. April an der University of Chicago und von der Pianistin Sigrid Trummer am 14. Mai an der „Sherwood Conservatory of Music at Columbia College Chicago“ gegeben. Außerdem war die Band VALINA im Mai im Mittleren Westen auf Tournee.

Beim jährlichen „Literaturlenz“ im Goethe-Institut werden jeweils Schriftsteller aus Österreich, Deutschland und der Schweiz vorgestellt. Die österreichische Autorin Lilian Faschinger las aus ihrem Roman „Stadt der Verlierer“. Außerdem wurden die Vorträge „Islam in Austria“ von Farid Hafez, Gründungsmitglied der Muslimischen Jugend Österreich, und „Remembrance for the Future: Memorial and Renewal through Stage Performance“ von Warren Rosenzweig, Leiter des Jewish Theater Austria, gehalten.

Besonderen Erfolg verzeichneten österreichische Filmschaffende in Hollywood. Der Film „Revanche“ von Götz Spielmann erhielt eine Oscar-Nominierung in der Kategorie bester fremdsprachiger Film. Die Nominierung des Filmes „Das weiße Band“ von Michael Haneke (D-Ö-F-I Koproduktion) und die Nominierung des österreichischen Schauspielers Christoph Waltz für seine Darstellung von Col. Hans Landa in Quentin Tarantinos Film „Inglourious Basterds“ krönte den Erfolg dieser Künstler.

Anhang

Das GK Los Angeles leistet sichtbar und mit sehr guter Resonanz seinen Beitrag, um österreichische Kreativität gezielt auf den kalifornischen Bewusstseinsradar zu setzen und die Internationalität österreichischer Kunst- und Kulturschaffender zu unterstützen.

Aus Anlass des Haydn-Jahres 2009 fand in Claremont eine Ausstellung statt, und der Pianist Robert Lehrbaumer gestaltete den Klavierabend „Haydn & Gershwin“, eine österreichisch-amerikanische Gegenüberstellung. Das GK unterstützte die Long Beach Opera unter dem österreichischen Direktor und Dirigenten Andreas Mitisek für die Aufführung von Viktor Ullmanns „The Emperor of Atlantis“. In Zusammenarbeit mit dem Austrian American Council West und anderen Mitveranstaltern organisierte das GK Los Angeles Kammerkonzerte anlässlich des 50. Todestages des in Wien geborenen Komponisten Erich Zeisl mit einleitenden Worten seiner Tochter Barbara Zeisl-Schönberg. Ein besonderer Liederabend war Walter Arlen gewidmet.

Auf Basis des gleichnamigen Romans von Wolf Haas fand die Soloshow „Wie die Tiere“ des österreichischen Schauspielers und Tänzers Christoph Dostal in Los Angeles statt. Im Sinai Tempel, Los Angeles, wurde die Avantgarde-Tanzproduktion „Transfigured Night“ des Ensembles „Bodytraffic“ (Lina Barbeito und Tina Finkelmann) mit der Weltpremiere neuer Choreographien zu Arnold Schönbergs „Verklärte Nacht“ in Begleitung der Los Angeles Jewish Symphony aufgeführt. Das „Beverly Hills International Music Festival 2009“ brachte unter der Patronanz des GK Los Angeles einen Österreich-Abend mit Werken von Ernst Krenek, Arnold Schönberg und des zeitgenössischen österreichischen Komponisten Gernot Wolfgang.

Das Hillel Museum der University of California, Los Angeles (UCLA), zeigte die Ausstellung „Soshana – One Artist's Journey through the 20th Century“. Das Los Angeles County Museum (LACMA) brachte eine Franz West Retrospektive 1972 bis 2008 mit dem Titel „to build a house you start with the roof“. In der Künstlerresidenz des MAK Center for Art and Architecture / Schindler House Los Angeles thematisierte der niederösterreichische Künstler Rainer Prohaska mit „Restaurant Transformable“ Kochen als authentische Form der bildenden und darstellenden Kunst und verband Kochperformances mit temporären architektonischen und bildenden Elementen. Das GK unterstützte die Ausstellung „Otto Neurath. Gypsy Urbanism“, die von Bundesministerin Claudia Schmied und MAK-Direktor Peter Noever im MAK Center for Art and Architecture im Schindler House in Los Angeles eröffnet wurde.

Das GK Los Angeles nahm an Filmfestivals teil und unterstützte Filmscreenings, wie die Vorführung von Götz Spielmanns „Revanche“, des Dokumentarfilmes „In Search of Memory“ mit Vortrag von Nobelpreisträger Eric Kandel und des Premierenfilms „Jump“ mit Hauptdarsteller Patrick Swayze der österreichischen Produzentin Lilly Berger beim Los Angeles Jewish Film Festival.

Arbeitsschwerpunkte des Office of Science & Technology (OST) an der ÖB Washington waren die Betreuung und der Ausbau des „OST Scientist Network“ in Nordamerika, die Beratung und Information über die nordamerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik mittels des Online-Magazins „bridges“ und die Unterstützung bei der Anbahnung wissenschaftlicher Kooperationen zwischen österreichischen und nordamerikanischen Institutionen.

Das vom OST aufgebaute interdisziplinäre Netzwerk von österreichischen WissenschaftlerInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada umfasst mittlerweile etwa 1.680 Personen. Dieser Personenkreis wird laufend über aktuelle Entwicklungen im Bereich Forschung & Entwicklung, sowie über Ausschreibungen und Veranstaltungen informiert. Das OST organisierte zahlreiche Treffen mit österreichischen ForscherInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada. Es fand unter anderem erstmalig ein Workshop für österreichische WissenschaftlerInnen in Nordamerika zum Thema „Erfolgreich im 7. Rahmenprogramm“, ein Intensiv-Training zur Vorbereitung und Abwicklung von Forschungsprojekten im 7. EU Rahmenprogramm mit Sabine Herlitschka, Leiterin der Abteilung für Internationales bei der Forschungsförderungsgesellschaft, am 1. und 2. Oktober statt. Am 3. Oktober wurde zum sechsten Mal der vom BMVIT in Zusammenarbeit mit dem OST und brainpower austria organisierte Austrian Science Talk, dieses Jahr in New Orleans, organisiert. Die rund 120 TeilnehmerInnen, davon überwiegend in den Vereinigten Staaten forschende ÖsterreicherInnen, nutzten die Gelegenheit, mit VertreterInnen aus Politik, Industrie und Wissenschaft

Länderinformationen

zum Thema „Under Crisis Conditions: Mit Forschung und Technologie aus der Krise“ zu diskutieren.

Das vom OST vierteljährlich in englischer Sprache publizierte Online-Magazin „bridges“ informiert regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der Wissenschaftspolitik in Österreich, der EU und Nordamerika. Das Magazin und die OST-Website haben sich zur prominentesten Informationsquelle für österreichische Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im englischsprachigen Raum entwickelt. Norman P. Neureiter, ehemaliger Wissenschaftsberater der US-Außenminister Colin Powell und Madeleine Albright, informiert seit der Frühjahrsausgabe 2008 als regelmäßiger „bridges“-Kolumnist zum Thema Wissenschaft in Diplomatie und Außenpolitik.

Des Weiteren wurden folgende Vorträge vom OST organisiert: Universitätsprofessor Eric Kandel und Filmproduzentin Petra Seeger (US-Tour an der West- und Ostküste zur Bewerbung des Dokumentarfilms „In Search of Memory“ über das Leben des Nobelpreisträgers Kandel) mit insgesamt über 2200 TeilnehmerInnen; ein Vortrag zu Karrieremöglichkeiten in Österreich für Biomediziner anlässlich der „International Opportunities Expo 2009“ am National Institutes of Health; Vortrag von Universitätsprofessorin Fatima Ferreira, österreichische Wissenschaftlerin des Jahres 2008 zu Allergieforschung in Österreich („Allergy Vaccines – Waking Up a Sleeping Beauty“) sowie eine einwöchige Studienreise für Mitglieder des Verbands der Technologiezentren Österreichs zum Thema „Innovationssysteme in den USA“.

Das Generalkonsulat Chicago organisierte gemeinsam mit der Austrian Business Agency in New York einen Vortrag des Architekten Universitätsprofessor Christoph Buxbaum am American Institute of Architects Chicago („Building Envelope Sustainability“). Das Wexner Center for the Arts an der Ohio State University zeigte vom 2. April bis 26. Juli zum ersten Mal in den USA die MAK-Ausstellung „COOP HIMMELB(L)AU. Beyond the Blue“.

Das „Center for Austrian Studies an der University of Minnesota“ in Minneapolis – St. Paul setzte sein interdisziplinäres Vortrags- und Lehrprogramm mit großem Erfolg fort. Zu den wichtigsten Vorträgen zählten: „Vienna 1900 and the Rise of the ‚Sanitary Style‘ in Architecture: Otto Wagner, Adolf Loos and Josef Hoffmann“ von Anselm Wagner (TU Graz) am 18. Februar; „Dona Leopoldina’s 1817 Expedition from Austria to Brazil as portrayed in the art of Thomas Ender“ von der österreichischen Autorin Gloria Kaiser am 5. April; „From the Habsburg Monarchy to the European Union: Evolution of national, regional and European loyalties among the Slovenes in the 20th Century“ von Andrej Rahten am 16. April; „The Balkans as a Security Laboratory after the Cold War“ von Hanspeter Neuhold (Universität Wien) am 27. April; „Austrian Intellectual History before the Liberal Era: Grillparzer, Stifter, and Bolzano“ von David S. Luft am 29. Oktober und „Social Science Research for Green Technology Development“ von Harald Rohracher (IFZ Graz) am 19. November.

Die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den USA litten unter der starken US-Wirtschaftskrise. So hatten etwa die für österreichische Lieferanten und Investoren wichtigen Sektoren im Mittleren Westen wie der Automobil-, Stahl-, Maschinen- und Baubereich mit drastischen Nachfrageeinbrüchen zu kämpfen und dementsprechend ihre Investitionen und auch den Personalstand zu reduzieren. Die österreichischen Lieferungen in den Mittleren Westen sind rund um ein Viertel eingebrochen. Auch österreichische Vertriebsniederlassungen mussten bei Marketingaktivitäten und bei Personalkosten einsparen. Gleichzeitig nutzten einige österreichische Mittelbetriebe die historisch niedrigen Investitionskosten und hohen angebotenen Wirtschaftsförderungen für Betriebsübernahmen und Neuinvestitionen.

Die österreichischen Außenhandelsstellen schätzen, dass die rund 400 österreichischen Unternehmen in den USA mit einem Investitionskapital von rund 2,5 Mrd. Euro ca. 16.000 Mitarbeiter beschäftigen. Umgekehrt haben US-Investoren in Österreich rund 8,5 Mrd. Euro in 400 Unternehmen investiert und beschäftigen 20.000 Mitarbeiter.

Die österreichischen Exporte betragen 4.034,999 Millionen Euro (-22,4%), die Importe 2.562,088 Millionen Euro (-24,8%).

Anhang

Vietnam

(Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nguyen Minh Triet	Nguyen Tan Dung	Pham Gia Khiem

Hanoi – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Thailand; Ho Chi Minh Stadt – **HK**

Am 5. Mai wurde das österreichische Honorarkonsulat in Ho Chi Minh Stadt eröffnet.

Besuche aus Österreich: Delegation von SPÖ-Nationalrats- und Landtagsabgeordneten (14.–21. März); stv. Sektionsleiterin Anneliese Stoklaska, BMWF, Teilnahme an der 2. ASEM-BildungsministerInnenkonferenz in Hanoi, (11.- 18. Mai); Leiter der Integrations- und Wirtschaftspolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Rudolf Lennkh, Teilnahme am 9. Außenministertreffen der ASEM in Hanoi (25. und 26. Mai); Delegation des BMF und der Österreichischen Kontrollbank, Gespräche mit VertreterInnen von sechs vietnamesischen Ministerien über Handels- und Investitionszusammenarbeit (3.–5. Juni).

Besuche nach Österreich: Vizepremierminister Industrieminister Hoang Trung Hai, Treffen mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner (11. und 12. Februar); Stv. Gesundheitsministerin Nguyen Thi Kim Tien, Gespräche mit Bundesminister Alois Stöger, Besuch von Gesundheitseinrichtungen und Medizintechnikfirmen (15.–20. Juli); Vizeminister für öffentliche Sicherheit Tran Dai Quang, Gespräche im BMI und mit österr. Firmen (6.–8. Oktober). Vom 12.–18. Dezember weilten die vietnamesischen Schriftsteller und Journalisten Nguyen Tri Huan und Nguyen Thi Bich Yen auf Einladung der Österreichisch-Vietnamesischen Gesellschaft und des ÖGB mit Unterstützung der Botschaft sowie des Bundespressdienstes in Wien. Als Ergebnis des Besuchs erschien eine Reihe von Artikeln über Österreich in vietnamesischen Medien.

Das österreichische Musikerduo Susanne Rogenhofer und Manfred Schmezcza „Sweet Susie und Mani Montana“ beteiligte sich am Hanoi Sound Stuff Festival – Green Music, der ersten privat organisierten Musikveranstaltung in Hanoi für elektronische, avantgardistische Musik (28. und 29. März). Das Festival wurde vom österreichischen Filmemacher Wolfgang Rebernik aufgezeichnet und vom Sender 3Sat ausgestrahlt.

Im Rahmen des Europäischen sowie des ASEM-Filmfestivals in Hanoi und Ho Chi Minh Stadt wurde der Kinder- und Jugendfilm „Mozart in China“ sechs Mal vor insgesamt 1000 ZuschauerInnen vorgeführt.

Am EU-Festival zeitgenössischer Musik in Hanoi und Ho Chi Minh Stadt (3. und 6. Dezember) beteiligte sich Österreich mit dem Duo Klaus Paier (Akkordeon und Bandoneon) und Asja Valcic (Cello) die auch einen Workshop an der Musikhochschule von Hanoi abhielten.

Vom 16.–18. Dezember bzw. am 20. Dezember veranstaltete das BMUKK mit den Referenten Hannes Schweiger und Fridolin Schönwiese Österreich-Tage mit Vorträgen zu Landeskunde, Literatur und Film an der Fremdsprachenuniversität in Hanoi bzw. am Goethe-Institut in Ho Chi Minh Stadt. Dabei wurde auch der Dokumentarfilm „Der umgekehrte Blick“ von Fridolin Schönwiese gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 82,268 Millionen Euro (-4,9%), die Importe 210,378 Millionen Euro (-19,3%).

Zentralafrikanische Republik (Zentralafrikanische Republik), Bangui

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Francois Bozize	Faustin-Archange	Antoine Gambi
- Yangouvonda	Toudéra	(seit 19. Jänner)
	(seit 19. Jänner)	

ÖB: siehe Nigeria, **AHSt:** siehe AHSt Tripolis, Bangui – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 63.000 Euro (-79,4%), die Importe 27.000 Euro (-73,7%).

*Länderinformationen***Zypern
(Republik Zypern), Nikosia**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Demetris Christofias

Außenminister
Markos Kyprianou

Nikosia – **ÖB, HGK; AHST:** siehe Griechenland

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Kultur- und Unterrichtsmi-
nister Andreas Demetriou sowie Abhaltung eines österreichisch-zypriotischen Wissenschaftstages
(5. Mai sowie 13. Juli); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teil-
nahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedsstaaten (20. und
21. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Markos Kyprianou, Treffen mit Bundesminister Michael
Spindelegger (15. Oktober).

Vom 4.–19. Februar präsentierte die Botschaft die Ausstellung „GD2D+PD3D-Fresh Air by Pure
Austrian Design“ im Castelliotissa-Schlösschen von Nikosia. Die Ausstellung stand unter dem
Ehrenschutz von Kulturminister Andreas Demetriou. Aus Anlass des Haydn-Gedenkjahres wurde
an der Universität Zypern eine Haydn Wanderausstellung gezeigt. Das Haydn-Trio Eisenstadt trat
mit seinem Zyklus „Dedicated to Haydn“ auf. Das Landestheater Linz gastierte am 11. und
13. Juni mit der einaktigen Oper des zypriotischen zeitgenössischen Komponisten Constantinos
Stylianou „Picknick am Felde“ in Zypern. Die Editta Braun Dance Company trat im Rahmen des
12. Europäischen Tanzfestivals mit der Produktion „Luvos, vol.2“ auf. Im Rahmen des 6. Interna-
tionale Kinder- und Jugendfestival wurde die österreichische Co-Produktion „Die kleinen Bank-
räuber“ gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 71,432 Millionen Euro (-6,1%), die Importe 17,106 Millio-
nen Euro (-41,7%).

Anhang

II. Österreich und die Staatenwelt

Stand: 31. Dezember 2009

Österreich unterhält zu 194 Staaten und sonstigen Völkerrechtssubjekten diplomatische (D) und zu der Palästinensischen Behörde sonstige Beziehungen (S).

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Botsch. in Wien	Österr. Botsch.	OEZA KOBÜ	AHSt
Afghanistan	19.11.1946	D	■			
Ägypten	24.10.1945	D	■	●		□
Albanien	14.12.1955	D	■	●	✓	
Algerien	08.10.1962	D	■	●		□
Andorra	28.07.1993	D	■			
Angola	01.12.1976	D	■			
Antigua und Barbuda	11.11.1981	D				
Äquatorialguinea	12.11.1968	D				
Argentinien	24.10.1945	D	■	●		□
Armenien	02.03.1992	D	■	● ¹⁾		
Aserbaidshan	02.03.1992	D	■	● ¹⁾		
Äthiopien	13.11.1945	D	■	●	✓	
Australien	01.11.1945	D	■	●		□
Bahamas	18.09.1973	D				
Bahrain	21.09.1971	D				
Bangladesch	17.09.1974	D				
Barbados	09.12.1966	D				
Belarus	24.10.1945	D	■			
Belgien	27.12.1945	D	■	●		□
Belize	25.09.1981	D	■			
Benin	20.09.1960	D				
Bhutan	21.09.1971	D			✓	
Bolivien	14.11.1945	D	■			
Bosnien und Herzegowina	22.05.1992	D	■	●	✓	□
Botsuana	17.10.1966	D				
Brasilien	24.10.1945	D	■	●		□
Brunei	21.09.1984	D				
Bulgarien	14.12.1955	D	■	●		□
Burkina Faso	20.09.1960	D	■		✓	
Burundi	18.09.1962	D				
Chile	24.10.1945	D	■	●		□
China	24.10.1945	D	■	●		□
Costa Rica	02.11.1945	D	■			
Côte d'Ivoire	20.09.1960	D	■			
Dänemark	24.10.1945	D	■	●		□
Deutschland	18.09.1973	D	■	●		□
Dominica	18.12.1978	D				
Dominikanische Republik	24.10.1945	D	■			
Dschibuti	20.09.1977	D				
Ecuador	21.12.1945	D	■			
El Salvador	24.10.1945	D	■			
Eritrea	28.05.1993	D				

Länderinformationen

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Botsch. in Wien	Österr. Botsch.	OEZA KOBÜ	AHSt
Estland	17.09.1991	D	■	●		
Fidschi	13.10.1970	D				
Finnland	14.12.1955	D	■	●		□
Frankreich	24.10.1945	D	■	●		□
Gabun	20.09.1960	D				
Gambia	21.09.1965	D				
Georgien	31.07.1992	D	■	● ¹⁾		
Ghana	08.03.1957	D				
Grenada	17.09.1974	D				
Griechenland	25.10.1945	D	■	●		□
Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich	24.10.1945	D	■	●		□
Guatemala	21.11.1945	D	■			
Guinea	12.12.1958	D				
Guinea-Bissau	17.09.1974	D				
Guyana	20.09.1966	D				
Haiti	24.10.1945	D				
Heiliger Stuhl	-	D	■	●		
Honduras	17.12.1945	D				
Indien	30.10.1945	D	■	●		□
Indonesien	28.09.1950	D	■	●		□
Irak	21.12.1945	D	■			□
Iran	24.10.1945	D	■	●		□
Irland	14.12.1955	D	■	●		□
Island	19.11.1946	D	■			
Israel	11.05.1949	D	■	●		□
Italien	14.12.1955	D	■	●		□
Jamaika	18.09.1962	D				
Japan	18.12.1956	D	■	●		□
Jemen	30.09.1947	D	■			
Jordanien	14.12.1955	D	■	●		
Kambodscha	14.12.1955	D				
Kamerun	20.09.1960	D				
Kanada	09.11.1945	D	■	●		□
Kap Verde	16.09.1975	D	■		✓	
Kasachstan	02.03.1992	D	■	●		
Katar	21.09.1971	D				
Kenia	16.12.1963	D	■	●		
Kirgisistan	02.03.1992	D	■			
Kiribati	14.09.1999	D				
Kolumbien	05.11.1945	D	■	●		
Komoren	12.11.1975	D				
Kongo, Dem. Republik	20.09.1960	D				
Kongo, Republik	20.09.1960	D				
Korea, Dem. Volksrep.	17.09.1991	D	■			
Korea, Republik	17.09.1991	D	■	●		□
Kosovo, Republik	-	D	■	●	✓	
Kroatien	22.05.1992	D	■	●		□
Kuba	24.10.1945	D	■	●		

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Botsch. in Wien	Österr. Botsch.	OEZA KOBÜ	AHSt
Kuwait	14.05.1963	D	■	●		
Laos	14.12.1955	D				
Lesotho	17.10.1966	D				
Lettland	17.09.1991	D	■	●		□*
Libanon	24.10.1945	D	■	●		
Liberia	02.11.1945	D	■			
Libysch-Arabische Dschamahirija	14.12.1955	D	■	●		□
Liechtenstein	18.09.1990	D	■	● ¹⁾		
Litauen	17.09.1991	D	■	●		
Luxemburg	24.10.1945	D	■	●		
Madagaskar	20.09.1960	D				
Malawi	01.12.1964	D				
Malaysia	17.09.1957	D	■	●		□
Malediven	21.09.1965	D				
Mali	28.09.1960	D				
Malta	01.12.1964	D	■	●		
Malteser Ritterorden (Sou- veränener)	-	D	■	●		
Marokko	12.11.1956	D	■	●		□
Marshall-Inseln	17.09.1991	D				
Mauretanien	27.10.1961	D				
Mauritius	24.04.1968	D				
Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	08.04.1993	D	■	●	✓	□*
Mexiko	07.11.1945	D	■	●		□
Mikronesien	17.09.1991	D				
Moldau	02.03.1992	D	■	● ⁴⁾	✓	
Monaco	28.05.1993	D				
Mongolei	27.10.1961	D	■			
Montenegro	28.06.2006	D	■	●	✓	
Mosambik	16.09.1975	D			✓	
Myanmar	19.04.1948	D				
Namibia	23.04.1990	D	■			
Nauru	14.09.1999	D				
Nepal	14.12.1955	D				
Neuseeland	24.10.1945	D				
Nicaragua	24.10.1945	D	■		✓	
Niederlande	10.12.1945	D	■	●		□
Niger	20.09.1960	D				
Nigeria	07.10.1960	D	■	●		□
Norwegen	27.11.1945	D	■	●		□
Oman	07.10.1971	D	■	●		
Pakistan	30.09.1947	D	■	●		
Palau	15.12.1994	D				
Panama	13.11.1945	D	■			
Papua-Neuguinea	10.10.1975	D				
Paraguay	24.10.1945	D	■			
Peru	31.10.1945	D	■	●		
Philippinen	24.10.1945	D	■	●		□

Länderinformationen

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Botsch. in Wien	Österr. Botsch.	OEZA KOBÜ	AHSt
Polen	24.10.1945	D	■	●		□
Portugal	14.12.1955	D	■	●		□
Ruanda	18.09.1962	D				
Rumänien	14.12.1955	D	■	●		□
Russische Föderation	24.10.1945 ³⁾	D	■	●		□
Salomonen	19.09.1978	D				
Sambia	01.12.1964	D				
Samoa	15.12.1976	D				
San Marino	02.03.1992	D	■			
St. Kitts und Nevis	23.09.1983	D				
St. Lucia	18.09.1979	D				
St. Vincent und die Grenadinen	16.09.1980	D				
São Tomé und Príncipe	16.09.1975	D				
Saudi-Arabien	24.10.1945	D	■	●		□
Schweden	19.11.1946	D	■	●		□
Schweiz	10.09.2002	D	■	●		□
Senegal	28.09.1960	D		●		
Serbien	01.11.2000	D	■	●	✓	□
Seychellen	21.09.1976	D				
Sierra Leone	27.09.1961	D				
Simbabwe	25.08.1980	D	■	●		
Singapur	21.09.1965	D		● ²⁾		□
Slowakei	19.01.1993	D	■	●		□
Slowenien	22.05.1992	D	■	●		□
Somalia	20.09.1960	D				
Spanien	14.12.1955	D	■	●		□
Sri Lanka	14.12.1955	D	■			
Südafrika	07.11.1945	D	■	●		□
Sudan	12.11.1956	D	■			
Suriname	04.12.1975	D				
Swasiland	24.09.1968	D				
Syrien	24.10.1945	D	■	●		□
Tadschikistan	02.03.1992	D	■			
Tansania	14.12.1961	D				
Timor-Leste	27.09.2002	D				
Thailand	16.12.1946	D	■	●		□
Togo	20.09.1960	D				
Tonga	14.09.1999	D				
Trinidad und Tobago	18.09.1962	D				
Tschad	20.09.1960	D				
Tschechische Republik	19.01.1993	D	■	●		□
Tunesien	12.11.1956	D	■	●		
Türkei	24.10.1945	D	■	●		□
Turkmenistan	02.03.1992	D	■			
Tuvalu	05.09.2000	D				
Uganda	25.10.1962	D			✓	
Ukraine	24.10.1945	D	■	●		□
Ungarn	14.12.1955	D	■	●		□
Uruguay	18.12.1945	D	■			

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Botsch. in Wien	Österr. Botsch.	OEZA KOBÜ	AHSt
Usbekistan	02.03.1992	D	■	● ¹⁾		
Vanuatu	15.09.1981	D				
Venezuela	15.11.1945	D	■	●		□
Vereinigte Arabische Emirate	09.12.1971	D	■	●		□
Vereinigte Staaten von Amerika	24.10.1945	D	■	●		□
Vietnam	20.09.1977	D	■	●		
Zentralafrikanische Republik	20.09.1960	D				
Zypern	20.09.1960	D	■	●		
Palästinensische Vertretung	-	S	■ ⁶⁾	● ⁵⁾	✓ ⁵⁾	

¹⁾ mit Sitz in Wien

²⁾ Büro des Handelsrates

³⁾ VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR

⁴⁾ Koordinationsbüro der OEZA

⁵⁾ Österreichisches Vertretungsbüro in Ramallah

⁶⁾ Palästinensische Vertretung bei der Österreichischen Bundesregierung und den internationalen Organisationen

□* Zweigbüros:

Riga der AHSt Helsinki

Skopje der AHSt Belgrad

Santiago de Chile der AHSt Buenos Aires

Manila der AHSt Singapur

*Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich***III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich****1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden**

	Botschaften	Andere bestehende bilaterale Vertretungen	Berufskonsularische Vertretungen	Ständige Vertretungen/ Beobachtermissionen/ Verbindungsbüros bei den Vereinten Nationen in Wien	Ständige Vertretungen, Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	119	8	6 ¹⁾	130 ²⁾	54 ²⁾
Sitz im Ausland	47	–	–	43	1
Gesamt	166	8	6	173	55

¹⁾ Neben den berufskonsularischen Vertretungen gibt es 232 Honorarkonsularämter in Österreich

²⁾ Ständige Vertretung Österreichs nicht inkludiert

Mit Stand 31. Dezember 2009 hatten 119 Staaten den Sitz ihrer Botschaften in Wien und 47 Botschaften im Ausland.

Wien ist Sitz für 130 ausländische Vertretungen / Beobachtermissionen / Verbindungsbüros bei den Vereinten Nationen in Wien sowie für 54 ausländische Vertretungen/Delegationen bei der OSZE.

2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarkonsulate
Burgenland	–	3
Kärnten	1	17
Niederösterreich	–	9
Oberösterreich	–	26
Salzburg	3	44
Steiermark	–	29
Tirol	–	33
Vorarlberg	1	13
Wien	1	58
Gesamt	6	232

Anhang

IV. Wien als Sitz internationaler Organisationen

1. Budget und Ausgaben der internationalen Organisationen 2009

Organisation	Budget insgesamt in Mio. Euro	Budget für Österreich in Millionen Euro			
		gesamt	Löhne und Gehälter	darunter Anteil der Löhne und Gehälter an den in Österreich getätigten Ausgaben (in %)	Ausgaben der Organisationen in Österreich ohne Löhne und Gehälter
CTBTO	85,0	49,78	30,87	62,0	18,91
ECO	3,0	2,55	1,18	46,4	1,37
EPO	1.648,7	28,17	16,28	57,8	11,89
FRA	17,0	17,0	6,63	39,0	10,37
IAEO	285,1	191,0	98,90	51,8	92,10
ICMPD	8,3	6,60	5,50	83,3	1,10
ICPDR	1,0	0,96	0,54	56,8	0,41
IIASA	15,0	14,01	11,68	83,3	2,34
IIP	0,2	0,16	0,09	53,1	0,08
IOM	470,0	4,06	1,14	28,0	2,92
IPI	1,0	0,89	0,57	66,0	0,3
JVI	4,4	3,10	1,34	43,2	1,76
OFID	28,9	22,33	16,93	75,8	5,41
OPEC	24,9	23,88	21,89	91,6	2,00
OSCE	158,7	37,61	26,18	69,6	11,43
UNIDO	185,4	90,24	57,92	64,2	32,31
UNOV	167,2	153,33	81,95	53,4	71,38
VIDC ¹⁾	–	–	–	–	–
WA	1,7	1,67	1,33	79,7	0,34
Gesamt	3.105,44	647,32	380,91	58,8	266,42

¹⁾ VIDC meldete für 2009 keine Daten.Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

*Wien als Sitz internationaler Organisationen***2. Anzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 2009**

Organisation	Beschäftigte		Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte und Sonstige		
	insgesamt	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen
CTBTO	262	213	49	162	7	51	42
ECO	18	13	5	10	4	3	1
EPO	116	76	40	33	7	43	33
FRA	60	46	14	36	12	10	2
IAEO	2.340	1.768	572	1.122	51	646	521
ICMPD	98	69	29	48	17	21	12
ICPDR	14	9	5	7	2	2	3
IIASA	352	271	81	237	43	34	38
IIP	4	2	2	–	1	2	1
IOM	35	16	19	2	5	14	14
IPI	16	14	2	11	1	3	1
JVI	19	14	5	8	2	6	3
OFID	138	73	65	58	8	15	57
OPEC	133	74	59	53	21	21	38
OSCE	418	323	95	186	9	137	86
UNIDO	692	493	199	252	13	241	186
UNOV	925	706	219	325	16	381	203
VIDC ¹⁾	–	–	–	–	–	–	–
WA	13	11	2	8	–	3	2
Gesamt	5.653	4.191	1.462	2.558	219	1.633	1.243
davon Frauen	2.519	1.703	816	742	75	961	741
Männer	3.134	2.488	646	1.816	144	672	502

¹⁾ VIDC meldete für 2009 keine Daten.

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

*Anhang***3. Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2009**

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		gesamt	darunter aus Österreich
CTBTO	117	3.443	3.007
ECO	100	4.000	400
EPO	41	574	217
FRA	76	4.208	2.307
IAEO	3.420	14.233	360
ICMPD	10	182	46
ICPDR	29	391	92
IIASA	170	1.109	256
IIP	34	2.400	1.400
IOM	16	1.482	593
IPI	24	1.490	89
JVI	440	1.495 ²⁾	–
OFID	23	121 ²⁾	–
OPEC	36	1.679 ²⁾	–
OSCE	210	49.500	41.000
UNIDO	60	3.281	2.426
UNOV	742	22.172	13.735
VIDC ¹⁾	–	–	–
WA	46	1.284 ²⁾	–
Gesamt	5.593	113.044	65.928

¹⁾ VIDC meldete für 2009 keine Daten.

²⁾ Einschließlich ÖsterreicherInnen

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

*Diplomatische Akademie Wien***V. Diplomatische Akademie Wien**

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (DA) ist die älteste Diplomatenschule Europas. Sie wurde nach ihrer Schließung während des 2. Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert.

Den **45. Diplomlehrgang** haben Anfang Juli 33 TeilnehmerInnen erfolgreich abgeschlossen, darunter 23 ÖsterreicherInnen. Der **46. Diplomlehrgang** hat 34 TeilnehmerInnen, davon 19 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der **12. Master of Advanced International Studies (MAIS)-Lehrgang**, der gemeinsam mit der Universität Wien durchgeführt wird, wurde von 40 TeilnehmerInnen erfolgreich abgeschlossen. Im **13. MAIS-Lehrgang** stiegen 43 KandidatInnen in das 2. Jahr auf. Der **14. MAIS-Lehrgang** hat 50 TeilnehmerInnen. Der **1. Lehrgang „Master of Science in Environmental Technology and International Affairs“ (ETIA)**, der gemeinsam mit der Technischen Universität Wien durchgeführt wird, wurde von 11 TeilnehmerInnen erfolgreich abgeschlossen. Der **2. ETIA-Lehrgang** hat 16 TeilnehmerInnen, 9 davon aus Österreich. Der **3. ETIA-Lehrgang** hat 22 TeilnehmerInnen, davon 7 aus Österreich.

Im Rahmen des Programms zur **diplomatischen Aus- und Fortbildung** wurden eine weitere Seminarreihe für das BMeiA sowie ein Training für serbische Administrationskräfte an der Diplomatischen Akademie Belgrad durchgeführt. Darüber hinaus fanden Spezialkurse für DiplomatInnen und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes aus folgenden Ländern bzw. Ländergruppen statt: Montenegro, Kasachstan, Ost- und Südosteuropa, Südkaukasus, Afrika sowie Pazifik.

Weiters wurden **Sommerschulen** für das European Studies Institut der MGIMO Universität (Moskau) und die Freie Universität Brüssel organisiert. Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** wurde von 67 TeilnehmerInnen aus 26 Ländern besucht.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** fanden rund 100 öffentliche Veranstaltungen statt, darunter Vorträge und Podiumsdiskussionen mit dem kroatischen Mitglied des Präsidiums für Bosnien und Herzegowina, dem türkischen Außenminister, dem Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina sowie dem Generalsekretär der Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons. Konferenzen fanden u.a. zu den Themen „Öffentliche Meinung und Europa“, zum Verhältnis von Terrorismus, Medien und dem Gesetz, zur Rolle der Religion bei der Wende in Europa 1989 und zum Kampf gegen den Menschenhandel statt. Das Symposium zum 45-jährigen Gründungsjubiläum der Akademie befasste sich mit den Entwicklungen und Ausichten für Europa. Die jährliche Konferenz des International Peace Institute

Anhang

war dem Thema „The UN Security Council and the Responsibility to Protect“ gewidmet.

Das 37. Treffen des **International Forum on Diplomatic Training** (Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten) fand im September auf Einladung der Diplomatischen Akademie in Wien statt und wurde von 75 TeilnehmerInnen aus 51 Ländern besucht.

Neben dem Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien wurden Favorita Papers zu den Themen „Der Prager Frühling: das Ende einer Illusion?“, „Neuf parmi Vingt-Sept-Politiques européennes des États membres de taille moyenne: comparaison et estimation“, „Can the United Nations Be Taught? A Compendium of Innovative Teaching Techniques“ und „The Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons“ herausgegeben.

*Österreich in internationalen Organisationen***VI. Österreich in internationalen Organisationen**

Die nachfolgende Übersicht enthält Informationen über finanzielle Beiträge Österreichs zu wichtigen internationalen Organisationen und multilateralen Foren einschließlich internationaler Finanzinstitutionen sowie zur Entsendung von Personal für friedenserhaltende Operationen.

Stand: 31. Dezember 2009

1. Mitgliedschaften**A. Mitgliedschaften im Rahmen des VN-Systems:
54,586 Millionen Euro*****A.1. Vereinte Nationen**

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
VN	VN-SR:	0,887 %	19,118
New York, Genf, Wien, Nairobi	1973/74 1991/92		
Ban Ki-moon (Republik Korea)	2009/10		
seit 2007	ECOSOC:		
	1963/65 1976/78		
	1982/84 1991/93		
	2000/02 2006/08		
Gesamt			19,118

A.2. Programme, Fonds und Organe der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
DPKO		frei w. Beitr.	0,200
New York			
Alain Le Roy (Frankreich) seit 2008			
UN Mine Action Service			

* In diesem Betrag sind Beiträge an die internationalen Gerichtshöfe des VN-Systems (siehe Kapitel VI.1.D.) in der Höhe von 3,609 Millionen Euro sowie an friedenserhaltende Operationen der VN (siehe Kapitel VI.2.A.) in der Höhe von 30,822 Millionen Euro nicht enthalten. Soweit nichts anderes angegeben, handelt es sich bei den unter Teil A angeführten Beiträgen um solche des BMeiA.

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
Joint UN Programme on HIV/AIDS Genf Michel Sidibé (Mali) seit 2009		freiw. Beitr.	0,100
OCHA Genf und New York Sir John Holmes (GB) seit 2007		freiw. Beitr.	0,087
UNCDF New York David Morrison (Kanada) seit 2008	1968-1970 1972-1974 1997-1999	freiw. Beitr.	0,850
UNCTAD Genf Panitchpakdi Supachai (Thailand) seit 2005		freiw. Beitr.	0,300
UNDP New York Helen Clark (Neuseeland) seit 2009	1972-1974 1997-1999 2009-2011	freiw. Beitr.	6,551
UNEP Nairobi Achim Steiner (Deutschland) seit 2006	1973-1974 1978-1980 1984-1986 1990-1993 1997-1999 2006-2009	freiw. Beitr.	0,400 BMLFUW
Umwelt-Konventionen bzw. Organisationen			
Aarhus Übereinkommen		freiw. Beitr.	0,010 BMLFUW
Basler Übereinkommen		1,110 %	0,037 BMLFUW
CBD		1,092 %	0,088 BMLFUW
CBD – Protokoll über biologische Sicherheit		1,257 %	0,020 BMLFUW

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
CITES		0,889 %	0,033 BMLFUW
CMS		0,087 %	0,035 BMLFUW
Espoo Übereinkommen		freiw. Beitr.	0,005 BMLFUW
IUCN World Conservation Union		freiw. Beitr.	0,390
Montreal Protokoll, Multilateraler Fonds		1,077 %	0,943 BMLFUW
Rotterdam Übereinkommen		1,140 %	0,016 BMLFUW
Ramsar Übereinkommen		0,904 %	0,025 BMLFUW
SAICM		freiw. Beitr.	0,070 BMLFUW
Stockholm Übereinkommen		1,294 %	0,036 BMLFUW
UNCCD		0,831 %	0,064
UNFCCC Kernbudget		0,865 %	0,104
Kyoto Protokoll		1,121 %	0,078
International Transaction Log (ITL)		1,562 %	0,054
Treuhandfonds		freiw. Beitr.	0,059
IPCC Trust Fund		freiw. Beitr.	0,020 alles BMLFUW
Wiener Übereinkommen und Montreal-Protokoll (Sekretariat)		0,884 %	0,031 BMLFUW
UNFPA	1968–1970	freiw. Beitr.	1,650
New York	1972–1974		
Exekutivdirektorin Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit 2001	1997-1999		
UNHCR	seit 1951	freiw. Beitr.	0,590
Genf			
António Guterres (Portugal) seit 2005			

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
UNICEF New York Ann Veneman (USA) seit 2006	1981-1984 2004-2006	freiw. Beitr.	2,000
UNIDO Wien Kandeh Yumkella (Sierra Leone) seit 2005	2005-2009	0,887 % freiw. Beitr.	0,935 1,500
UNIFEM New York Inés Alberdi (Spanien) seit 2008	1968-1970 1972-1974 1997-1999	freiw. Beitr.	0,600
UNODC Wien Antonio Maria Costa (Italien) seit 2001			
UNDCP-Fonds		freiw. Beitr.	0,449
CPCJ-Fonds		freiw. Beitr.	0,172
Erweitertes Weltraumprogramm		freiw. Beitr.	0,050
UNRWA Gaza Karen Koning AbuZayd (USA) seit 2005		freiw. Beitr.	0,740
UNV Bonn Flavia Pansieri (Italien) seit 2008		freiw. Beitr.	0,092
VN Sonderprogramm für benachteiligte Entwicklungsländer		freiw. Beitr.	0,100
Gesamt			19,484

*Österreich in internationalen Organisationen***A.3. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
FAO	1961–1964	0,891 %	2,984
Rom	1983–1986		
Jacques Diouf (Senegal) seit 1994	1999–2001		
ICAO	2005–2007	0,710 %	0,337
Montreal			BMVIT
Taieb Chérif (Algerien) seit 2003			
ILO	1975–1978	0,888 %	2,200
Genf	1984–1987		BMASK
Juan Somavía (Chile) seit 1999	1996–1999		
	2008–2011		
IMO		0,09 %	0,031
London			BMVIT
Efthimios Mitropoulos (Griechenland) seit 2004			
ITU		0,197 %	0,20
Genf			BMVIT
Hamadoun Touré (Mali) seit 2006			
UNESCO	1972–1976	0,890 %	0,913
Paris	1995–1999		
Irina Bokova (Bulgarien) seit 2009			
KKV-Fonds		freiwill. Beitr.	0,027
			BMUKK
Welterbefonds		0,887 %	0,033
			BMUKK
ICCROM		0,457 %	0,009
			BMUKK
IKE-Fonds		Pflichtbeitr.	0,006
			BMUKK
ICOMOS		freiwill. Beitr.	0,066
IIEP		freiwill. Beitr.	ADA

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
UPU Bern Edouard Dayan (Frankreich) seit 2005	1964–1974	0,520 %	0,12 BMVIT/ POST AG
UNWTO Madrid (interimistisch) Taleb D. Rifai (Jordanien) seit 2009	1987–1991	1,770 %	0,199 BMWFJ
WHO Genf Margaret Chan (China) seit 2007	1970–1972 1989–1991	0,887 %	2,809 BMG
WIPO Genf Francis Gurry (Australien) seit 2008		freiw. Beitr. 0,11 %	0,200 0,231 Ö. Patentamt
WMO Genf Michel Jarraud (Frankreich) seit 2004		0,870 %	0,360 BMF
Gesamt			10,745

A.4. Assoziierte Organisationen, Fonds und Institutionen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
CERF Verwaltet von OCHA		freiw. Beitr.	0,400
CTBTO-PrepCom Wien Tibor Tóth (Ungarn) seit 2005		0,899 %	0,773
Fonds für Folteropfer sowie Vermittlung von Menschenrechten Verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,415

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro
IAEO	1977-1979	0,856 %	3,036
Wien	1983-1985		
Yukiya Amano (Japan) seit Dezember 2009	1990-1992 1999-2001 2006-2008		
ISA		1,184 %	0,048
Kingston			BMWFJ
Nii Allotey Odunton (Ghana) seit 2009			
OPCW	2008-2010	0,783 %	0,567
Den Haag			
Rogelio Pfirter (Argentinien) seit 2002			
Gesamt			5,239

B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten: 11,574 Mio. Euro

B.1. Intergouvernementale Institutionen und Entitäten

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
Energy Charter	0,887%	0,070	BMWFJ
Brüssel			
André Mernier (Belgien) seit 2006			
Haager Konferenz für internationales Privatrecht	0,830 %	0,027	BMJ
Den Haag			
Hans van Loon (Niederlande) seit 1996			
ICMPD	1,010%	0,084	BMI
Wien			
Gottfried Zürcher (Schweiz) seit 2005			

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
IEA Paris Nobuo Tanaka (Japan) seit 2007	1,050 %	0,224	BKA
IEF Riyadh Noé van Hulst (Niederlande) seit 2008	frei w. Beitr.	0,011	BMWFJ
Interpol Lyon Ronald Noble (USA) seit 2000	1,44 %	0,953	BMI
IRENA Abu Dhabi (interimistisch) Hélène Pelosse (Frankreich) seit 2009	frei w. Beitr.	0,054	BMeiA
IOM Genf William Lacy Swing (USA) seit 2008	0,952 % frei w. Beitr.	0,243 0,300	BMI BMI
ITF Berlin Kathrin Meyer seit 2008	4,000 %	0,015 0,015	BMeiA BMUKK/ National- fonds
IWC Cambridge (Großbritannien) Nicola Grandy (Großbritannien) seit 2000	1,488 %	0,027	BMLFUW
OECD Paris Angel Gurría (Mexiko) seit 2006	1,219 %	3,630	BKA
OPEC Wien Abdalla Salem El-Badri (Libyen) seit 2007	Miet- unterstützung	0,634	BMeiA

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
Regional Cooperation Council Sarajevo Hido Bišćević (Kroatien) seit 2008	freiw. Beitr.	0,101	BMeiA
UNIDROIT Rom Berardino Libonati (Italien) seit 1995	1,176 %	0,026	BMJ
Wassenaar Arrangement Wien Sune Danielsson (Schweden) seit 2002	0,920 %	0,015	BMeiA
WTO Genf Pascal Lamy (Frankreich) seit 2005	1,31 %	1,642	BMWFJ
Gesamt		8,071	

B.2. Netzwerke sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
ASEF Singapur Dominique Girard (Frankreich) seit 2008	freiw. Beitr.	0,053	BMeiA
IIASA Laxenburg Detlof von Winterfeldt (USA) seit 2009	4,300 %	0,705	BMWF
IKRK Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiw. Beitr.	0,650	BMeiA

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
DCAF Genf International Security Sector Reform Advisory Team	freiw. Beitr.	0,070	BMeiA
JPO	freiw. Beitr.	1,453	BMeiA
JED	freiw. Beitr.	0,458	BMeiA
MOPAN	freiw. Beitr.	0,114	BMeiA
Gesamt		3,503	

C. Europa*

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
CERN Genf Rolf-Dieter Heuer (Deutschland) seit 2009	2,243 %	16,483	BMWF
Donaukommission Budapest Istvan Valkar (Ungarn) seit 2007	9,090 %	0,139	BMeiA
Energy Community Wien Slavtcho Neykov (Bulgarien) seit 2006	freiw. Beitr.	0,146	BMWFJ
Europarat Strassburg Thorbjørn Jagland (Norwegen) seit 2009	1,780 %	4,499	BMeiA

* Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts standen noch keine Informationen über die Beiträge Österreichs zum EU-Haushalt zur Verfügung. Diese Zahlen können – sobald veröffentlicht – auf der Homepage des BMF unter https://www.bmf.gv.at/Budget/Budgetangelegenheit_505/BMFBerichtzumEUBudget/ eingesehen werden. Der Finanzbericht über den EU-Haushalt 2009 kann – sobald veröffentlicht – unter http://ec.europa.eu/budget/documents/publications_de.htm eingesehen werden.

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
Europol Den Haag Rob Wainwright (Großbritannien) seit 2009	2,220 %	1,248	BMI
ESA Paris Jean-Jaques Dordain (Frankreich) seit 2003	1,6 %	46,105	BMVIT
EU* Brüssel Präsidentschaft Tschechien (Jänner – Juni) Schweden (Juli - Dezember)			BMF
EU ATHENA Brüssel José Antonio Mariguésas (Spanien) seit 2004	2,289%	0,483	BMeiA
EUMETSAT Darmstadt Lars Prahm (Dänemark) seit 2004	2,08 %	4,067	BMVIT
EUREKA Brüssel Luuk Borg (Niederlande) seit 2007	1,916 %	0,051	BMWFJ, WKÖ
EU SATCEN Madrid Tomaz Lovrencic (Slowenien) seit 2009	2,245%	0,071 0,071 0,071 0,071	BMeiA BKA BMLVS BMI

* Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts standen noch keine Informationen über die Beiträge Österreichs zum EU-Haushalt zur Verfügung. Diese Zahlen können – sobald veröffentlicht – auf der Homepage des BMF unter https://www.bmf.gv.at/Budget/Budgetangelegenheit_505/BMFBerichtzumEUBudget/ eingesehen werden. Der Finanzbericht über den EU-Haushalt 2009 kann – sobald veröffentlicht – unter http://ec.europa.eu/budget/documents/publications_de.htm eingesehen werden.

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
IKSD Wien Philip Weller (Großbritannien) seit 2003	9,1123 %	0,096	BMLFUW
IKSR Koblenz Ben van de Wetering (Niederlande) seit 2007	freiw. Beitr.	0,006	BMLFUW
EU ISS Paris Alvaro de Vasconcelos (Portugal) seit 2007	2,245 %	0,024 0,024 0,024 0,024	BMeiA BKA BMLVS BMI
Karpatenkonvention Wien (interimistisch) Harald Egerer (Österreich)	freiw. Beitr.	0,050	BMLFUW
LRTAP Übereinkommen Genf Marco Keiner (Deutschland) seit 2008	2,0132 % freiw. Beitr.	0,036 0,029	BMLFUW BMLFUW
NATO/PfP Brüssel Anders Fogh Rasmussen (Dänemark) seit 2009	freiw. Beitr.	0,220	BMeiA
OSZE Wien Vorsitz 2009: Griechenland Leiter: Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich)	2,51 % für Sekretariat und Institutio- nen bzw. 2,16 % für Feldmissionen	3,119 (Pflichtbeitrag) 0,089 (Wahl- beobachter) 0,301 (Projekte) 0,550 (Sekundierung)	BMeiA
Gesamt (exkl. österr. Beitrag zum EU-Haushalt)		78,097	

*Österreich in internationalen Organisationen***D. Internationale Gerichts- und Schiedshöfe**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2009 in Mio. Euro	Ressort
ICTR Arusha Dennis Byron (St. Kitts und Nevis) seit 2007	0,887 %	1,080	BMeiA
ICTY Den Haag Patrick Lipton Robinson (Jamaika) seit 2008	0,887 %	1,262	BMeiA
Khmer Rouge Tribunal Phnom Penh Kong Srim (Kambodscha) seit 2007	freiw. Beitr.	0,060	BMeiA
IStGH Den Haag Sang-Hyun Song (Republik Korea) seit 2009 LDC-Treuhandfond, Legal Tools Projekt, Koalition	1,320 %	0,964	BMeiA
ITLOS Hamburg José Luis Jesus (Kap Verde) seit 2008	1,184 %	0,088	BMWFJ
SCSL Freetown Jon Kamanda (Sierra Leone) seit 2009	freiw. Beitr.	0,120	BMeiA
Ständiger Schiedshof Den Haag Christiaan M.J. Kröner (Niederlande) seit 2008	0,649 %	0,005	BMeiA
Gesamt		3,609	

Anhang

E. Internationale Finanzinstitutionen

Organisation Sitz Leiter	österr. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2009 in Mio. Euro***	Ressort
ADB Manila Haruhiko Kuroda (Japan) seit 2004	2001-2004 2008-2016	0,310 %	130,546	BMF
AfDB Tunis (temporär) Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2005–2008 2009–2013 2014–2017	0,445 %	105,670	BMF
AfDF Tunis (temporär) Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2008–2010 2013–2014 (non-resident)	1,585 %	323,780	BMF
CFC Amsterdam Ali Mchumo (Tansania) seit 2004	ständig (non-resident)	1,244 %	1,727	BMF
CGIAR** Washington D.C. Katherine Sierra (USA) seit 2006		0,412 %	24,920	BMF
EBRD London Thomas Mirow (Deutschland) seit 2008	ständig	2,280 %	456,000	BMF
EDF Brüssel		2,540 %	1.252,596	BMF
EIB Luxemburg Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,225 %	3.666,974	BMF

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	österr. Vertrete- rInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2009 in Mio. Euro***	Ressort
GEF Washington D.C. Monique Barbut (Frankreich) seit 2006	ständig	1,408 %	96,994	BMF
IBRD* Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,703 %	926,420	BMF
IDA* Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,984 %	1.362,363	BMF
IDB Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2003-2010	0,153 %	111,473	BMF
IFAD* Rom Kanayo Nwanze (Nigeria) seit 2009	2009-2011	1,080 %	38,498	BMF
IFC* Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,833 %	13,703	BMF
IIC Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2004-2006	0,489 %	2,395	BMF
IMF* Washington D.C. Dominique Strass-Kahn (Frank- reich) seit 2007	ständig	0,861 %	2.038,186	OeNB

Anhang

Organisation Sitz Leiter	österreich. Vertretungs- rInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2009 in Mio. Euro***	Ressort
MIGA** Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,778 %	10,260	BMF
Gesamt			10.562,505	

* Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

** Mit der Weltbank-Gruppe assoziierte Organisationen

*** Daten zum Stichtag der jeweils letztbeschlossenen Bilanz

2. Friedenserhaltende Missionen

A. Finanzielle Beitragsleistungen

Mission	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2009 in Mio. Euro
MINURSO	0,887 %	0,201
MINURCAT	0,887 %	3,610
MINUSTAH	0,887 %	1,767
MONUC	0,887 %	7,876
UNAMID	0,887 %	6,738
UNDOF	0,887 %	0,298
UNFICYP	0,887 %	0,195
UNIFIL	0,887 %	0,902
UNMEE	0,887 %	0,187
UNMIK	0,887 %	0,102
UNMIL	0,887 %	1,400
UNMIS	0,887 %	3,653
UNMIT	0,887 %	0,944
UNOCI	0,887 %	2,834
UNOMIG	0,887 %	0,115
Gesamt		30,822

*Österreich in internationalen Organisationen***B. Entsendung von Personal**

Seit 1960 war Österreich an mehr als 50 Missionen der VN, EU, NATO/PfP und OSZE beteiligt. Die Rekrutierung von Personal erfolgte durch das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (Truppenkontingente und MilitärbeobachterInnen), das Bundesministerium für Inneres (PolizistInnen), das Bundesministerium für Justiz (RichterInnen, StaatsanwältInnen und Justizwache), das Bundesministerium für Finanzen (SanktionenmonitorenInnen), das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen), sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält im Jahr 2009 effektive Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchststärke
EUFOR Althea	seit 2004	134 SoldatInnen
EUFOR Tchad/RCA	seit 2008 (bis März 2009)	162 SoldatInnen
EULEX Kosovo	seit 2008	21 PolizistInnen 2 RichterInnen 4 Justizwachen
EUMM Georgia	seit 2008	3 PolizistInnen 1 ExpertIn
EUPM	seit 2003	5 PolizistInnen
EUPOL COPPS	seit 2006	2 PolizistInnen 2 JustizexpertInnen
EUSEC RD Congo	seit 2007	1 Stabsoffizier
ICTY	seit 1998	1 Justizwache
ISAF	seit 2004	3 Stabsoffiziere
KFOR	seit 1999	683 SoldatInnen
MINURCAT	März bis Jahresende 2009	149 SoldatInnen
MINURSO	seit 1991	2 MilitärbeobachterInnen
OSZE	Feldoperationen Wahlbeobachtungen	28 ExpertInnen 38 ExpertInnen
RACVIAC	seit 1999	1 Experte
UNDOF	seit 1974	387 SoldatInnen
UNFICYP	seit 1972	4 Stabsoffiziere
UNMIK	seit 1999 (bis Februar 2009)	1 PolizistIn

Anhang

Mission	Einsatz	Höchststärke
UNMIN	seit 2007 (Unterbrechung im zweiten HJ 2009)	2 MilitärbeobachterInnen
UNOMIG	seit 1994 (bis Juli 2009)	2 MilitärbeobachterInnen
UNOWA	seit 2006 (bis Juli 2009)	1 stellv. Militärberater
UNTSO	seit 1967	7 MilitärbeobachterInnen

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien**

Stand: 31. Dezember 2009

1. Hauptausschuss des Nationalrates (27 Mitglieder)

Obfrau:	Prammer Barbara, Mag.
Obfraustellvertreter:	Neugebauer Fritz Graf Martin, Mag. Dr.
Schriftführer:	Schittenhelm Dorothea Hagenhofer Marianne Rosenkranz Walter, Dr.
	Mitglieder
SPÖ: (8)	Cap Josef, Dr. Csörgits Renate Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Krainer Kai Jan Muttonen Christine, Mag. Prähauser Stefan Prammer Barbara, Mag.
ÖVP: (8)	Bartenstein Martin, Dr. Donabauer Karl Kopf Karlheinz Molterer Wilhelm, Mag. Neugebauer Fritz Plassnik Ursula, Dr. Schittenhelm Dorothea Schüssel Wolfgang, Dr.
FPÖ: (5)	Fichtenbauer Peter, Dr. Graf Martin, Mag. Dr. Hübner Johannes, Dr. Rosenkranz Walter, Dr. Strache Heinz-Christian
GRÜNE: (3)	Glawischnig-Piesczek Eva, Dr. Steinhauser Albert, Mag. Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.
BZÖ: (3)	Bucher Josef Grosz Gerald Stadler Ewald, Mag.

*Anhang***2. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates
(27 Mitglieder)**

Obmann: Cap Josef, Dr.
 ObmannstellvertreterIn: Schüssel Wolfgang, Dr.
 Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.
 Hübner Johannes, Dr.
 Scheibner Herbert

SchriftführerIn: Großruck Wolfgang
 Schwentner Judith, Mag.
 Muttonen Christine, Mag.

	Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SPÖ: (8)	Bayr Petra Cap Josef, Dr. Gartlehner Kurt, Ing. Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Muttonen Christine, Mag. Weninger Hannes Wurm Gisela, Mag.	Csörgits Renate Hakel Elisabeth Hell Johann Krist Hermann Matznetter Christoph, Dr. Rudas Laura Weninger Hannes Wittmann Peter, Dr.
ÖVP: (8)	Amon Werner, MBA Cortolezis-Schlager Katharina, Mag. Glaser Franz Großruck Wolfgang Hakl Karin, Mag. Neugebauer Fritz Plassnik Ursula, Dr. Schüssel Wolfgang, Dr.	Donabauer Karl Donnerbauer Heribert, Mag. Fuhrmann Silvia, Mag. Klikovits Oswald Maier Ferdinand, Dr. Pack Jochen Schittenhelm Dorothea Schönegger Bernd, Mag.
FPÖ: (5)	Fichtenbauer Peter, Dr. Hübner Johannes, Dr. Kurzmann Gerhard, Dr. Neubauer Werner Vilimsky Harald	Hackl Heinz-Peter, Ing. Haider Roman, Mag. Karlsböck Andreas, Dr. Königshofer Werner, DDr. Unterreiner Heidemarie, Mag.
GRÜNE: (3)	Pilz Peter, Dr. Schwentner Judith, Mag. Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Korun Alev, Mag. Lichtenecker Ruperta, Dr. Schatz Birgit, Mag.
BZÖ: (3)	Scheibner Herbert Stadler Ewald, Mag. Strutz Martin, Dr.	Dolinschek Sigisbert Hagen Christoph Linder Maximilian

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***3. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (17 Mitglieder)**

Obmann:	Neugebauer Fritz	
ObmannstellvertreterIn:	Muttonen Christine, Mag. Stadler Ewald, Mag. Hagenhofer Marianne	
Schriftführer:	Haberzettl Wilhelm Donabauer Karl Hübner Johannes, Dr.	
	Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SPÖ: (5)	Cap Josef, Dr. Muttonen Christine, Mag. Haberzettl Wilhelm Hagenhofer Marianne Weninger Hannes	Bayr Petra Lohfeyer Rosa, Mag. Kirchgatterer Franz Wittmann Peter, Dr. Matznetter Christoph, Dr.
ÖVP: (5)	Donabauer Karl Plassnik Ursula, Dr. Schüssel Wolfgang, Dr. Neugebauer Fritz Kopf Karlheinz	Grillitsch Fritz Hakl Karin, Mag. Bartenstein Martin, Dr. Großbruck Wolfgang Karl Beatrix, Mag. Dr.
FPÖ: (3)	Kurzmann Gerhard, Dr. Hübner Johannes, Dr. Stefan Harald, Mag.	Fichtenbauer Peter, Dr. Vilimsky Harald Karlsböck Andreas, Dr.
GRÜNE: (2)	Brunner Christiane, Mag. Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Pirkhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr. Schatz Birgit, Mag.
BZÖ: (2)	Stadler Ewald, Mag. Scheibner Herbert	Bucher Josef Petzner Stefan

4. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (10 Mitglieder)

Vorsitzender:	Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.
Vorsitzender-StellvertreterIn:	Konecny Albrecht, Prof. Greiderer Elisabeth
SchriftführerIn:	Beer Wolfgang Rausch Bettina, Mag.

Anhang

	Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
ÖVP: (5)	Greiderer Elisabeth Himmer Harald, Mag. Kühnel Franz Eduard, Dr. Rausch Bettina, Mag. Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.	Kainz Christoph Kauschnigg Georg Perhab Franz Schnider Andreas, Dr. Strohmayr-Dangl Kurt
SPÖ: (4)	Beer Wolfgang Bock Hans-Peter, Ing. Boden Karl Konecny Albrecht, Prof.	Grimling Elisabeth Gruber Manfred Kalina Josef Lindinger Ewald
FPÖ: (1)	Michalke Cornelia	Podgorschek Elmar

5. EU-Ausschuss des Bundesrates (14 Mitglieder)

Vorsitzender:	Keuschnigg Georg (T)
Vorsitzender-Stellvertreter:	Konecny Albrecht, Prof. (W) Kühnel Franz Eduard, Dr. (W)
Schriftführer:	Preiner Erwin (B) Perhab Franz (St)

	Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
ÖVP: (7)	Brunner Magnus, Dr., LL.M. (V) Hensler Friedrich (N) Keuschnigg Georg (T) Kühnel Franz Eduard, Dr. (W) Perhab Franz (St) Schnider Andreas, Dr. (St) Zwazl Sonja (N)	Hammer Michael, Mag. (O) Jany Reinhard (B) Köberl Günther (St) Mayer Edgar (V) Rausch Bettina, Mag. (N) Steinkogler Josef (O) Tiefnig Ferdinand (O)
SPÖ: (6)	Blatnik Ana (K) Konecny Albrecht, Prof. (W) Lindinger Ewald (O) Neuwirth Susanne, Mag. (S) Preiner Erwin (B) Todt Reinhard (W)	Boden Karl (N) Erlitz Wolfgang, Mag. (St) Kaltenbacher Günther (St) Kemperle Monika (W) Klug Gerald, Mag. (St.) Stadler Werner (O)
FPÖ: (1)	Mühlwert Monika (W)	Michalke Cornelia (V)

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***6. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen
Versammlung des Europarats (6 Mitglieder)****Ordentliche Mitglieder:**

Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ), Delegationsleiterin
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP) Stellv. Delegationsleiter
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Graf Martin, Dr.	Dritter Präsident des Nationalrates (FPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Mitterer Peter	Mitglied des Bundesrates (BZÖ)

Ersatzmitglieder:

Ablinger Sonja	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Hakl Karin, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Muttonen Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)

**7. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen
Versammlung der OSZE (6 Mitglieder, 1 Ersatzmitglied)**

Stand: 31. Dezember

Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ), Delegationsleiterin
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Dolinschek Sigisbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)

Ersatzmitglied:

Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
--	--------------------------------------

*Anhang***8. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments
(18 Mitglieder, alphabetische Reihenfolge)**

Ehrenhauser Martin, Mag.	Fraktionslos
Kadenbach Karin	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Karas Othmar, Mag.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, Stv. Vorsitzender und Schatzmeister
Köstinger Elisabeth	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Leichtfried Jörg, Mag.	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Lichtenberger Evelin, Dr.	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz; Stv. Vorsitzende
Lunacek Ulrike, Mag.	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz;
Martin Hans-Peter, Dr.	Fraktionslos
Mölzer Andreas	Fraktionslos
Obermayr Franz, Mag.	Fraktionslos
Ranner Hella, Mag. Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Regner Evelyn, Mag.	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Rübig Paul, Ing. Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Seeber Richard, Mag. Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Strasser Ernst, Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, Delegationsleiter der ÖVP
Swoboda Hannes, Dr.	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

	Parlament, Stv. Vorsitzender, Delegationsleiter der SPÖ
Werthmann Angelika, Mag.	Fraktionslos

9. Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik (32 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2009

Mitglieder:

Spindelegger Michael, Dr.	Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Vorsitzender
Wrabetz Bernhard, Botschafter Mag.	Vertreter des Bundeskanzlers
Berka Sigrid, Botschafterin Mag.	Vertreterin des Vizekanzlers
Pucher Johann, Generalmajor Mag.	Vertreter des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport
Cap Josef, Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ)
Grossmann Elisabeth, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Hagenhofer Marianne	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Albrecht Konecny, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP)
Plassnik Ursula, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Schüssel Wolfgang, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Vilimsky Harald	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Fichtenbauer Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Schwentner Judith, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Schennach Stefan	Mitglied des Bundesrates (GRÜNE)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Stadler Ewald, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Dolinschek Sigisbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Platter Günther	Landeshauptmann von Tirol

Anhang

Brauner Renate, Mag.	Landeshauptmann-Stellvertreterin von Wien, Vizebürgermeisterin
Prior Walter	Präsident des Burgenländischen Landtages
Bernhofer Friedrich	Präsidentin des Oberösterreichischen Landtages
Leitl Christoph, Dr.	Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
Tumpel Herbert, Mag.	Präsident der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Wlodkowski Gerhard, ÖkR	Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern
Katzian Wolfgang	Österreichischer Gewerkschaftsbund
Koits Peter, Dr.	Österreichischer Städtebund, Bürgermeister von Wels
Riedl Alfred, Mag.	Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister von Grafenwörth

Ersatzmitglieder:

Bayr Petra	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Lapp Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Weninger Hannes	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Haberzettl Wilhelm	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Glaser Franz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Mühlwerth Monika	Mitglied des Bundesrates (FPÖ)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Neubauer Werner	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Lichtenecker Ruperta, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Schatz Birgit, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Hagen Christoph	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Linder Maximilian	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Darmann Gernot, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***Beobachter:**

Kloss Alfons, Botschafter Dr. Vertreter der Präsidentschaftskanzlei

10. Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates

Stand: 31. Dezember 2009

Stimmberechtigte Mitglieder:

Faymann Werner	Bundeskanzler
Pröll Josef, Dipl.-Ing.	Vizekanzler
Spindelegger Michael, Dr.	Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
Darabos Norbert, Mag.	Bundesminister für Landesverteidigung und Sport
Fekter Maria, Dr.	Bundesministerin für Inneres
Bandion-Ortner Claudia, Mag.	Bundesministerin für Justiz
Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ)
Cap Josef, Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Muttonen Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Prähauser Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Kopf Karlheinz	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP)
Plassnik Ursula, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Strache Heinz-Christian	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Fichtenbauer Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Pilz Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Windbüchler-Souschill Tanja	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
List Kurt	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Westenthaler Peter, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

*Anhang***Mitglieder mit beratender Stimme:**

Niessl Hans	Landeshauptmann von Burgenland Vertreter der Landeshauptleutekonferenz
Pollitzer René, Botschafter Dr.	Kabinettsdirektor, Präsidentschaftskanzlei
Kyrle Johannes, Botschafter Dr.	Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
Entacher Edmund, General	Generalstabschef
Anderl Herbert, Dr.	Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Meindl Jürgen, Botschafter Mag.	Bundeskanzleramt
Berka Sigrid, Botschafterin Mag.	Büro Vizekanzler
Lehne Stefan, Botschafter Dr.	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheit
Pucher Johann, Generalmajor Mag.	Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Ersatzmitglieder:

Heinzl Anton	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Lapp Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Pendl Otto	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Weninger Hannes	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Grillitsch Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Haubner Peter	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kapeller Norbert, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Vilimsky Harald	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Mayerhofer Leopold	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Weinzinger Lutz	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Schatz Birgit, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Steinhauser Albert, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Stadler Ewald, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Bucher Josef	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Petzner Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Österreich in Zahlen von 1950 bis 2009

VIII. Österreich in Zahlen von 1950 bis 2009

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2008	2009
Bevölkerungsstand in 1.000	6.934 ⁶⁾	7.492 ⁷⁾	7.678	8.012	8.337	8.363
Frauen in 1.000	3.717 ⁶⁾	3.958 ⁷⁾	4.002	4.137	4.278	4.290
Männer in 1.000	3.217 ⁶⁾	3.534 ⁷⁾	3.676	3.875	4.059	4.073
Ausländeranteil in % ¹⁾	4,7 ⁶⁾	2,8 ⁷⁾	5,6	8,8	10,2	10,5
Frauen in %	49,5 ⁶⁾	39,4 ⁷⁾	44,6	47,3	48,9	49,2
Männer in %	50,5 ⁶⁾	60,6 ⁷⁾	55,4	52,7	51,1	50,8
Lebenserwartung der Frauen bei der Geburt	67,0	73,4	78,9	81,1	83,0	82,9 ¹¹⁾
Lebenserwartung der Männer bei der Geburt	61,9	66,5	72,2	75,1	77,6	77,4 ¹¹⁾
Geburtenbilanz	22.144	13.482	7.502	1.488	2.669	- 1.037
Wanderungsbilanz	.	10.406 ⁸⁾	58.562 ⁸⁾	17.272 ⁸⁾	34.436	9.349
Unselbständig Beschäftigte in 1.000 ²⁾	1.947,0	2.485,6 ⁹⁾	2.901,8	3.198,5	3.528,0	3.532,3
Frauen in 1.000	.	898,3 ⁹⁾	1.166,9	1.410,4	1.653,9	1.684,6
Männer in 1.000	.	1.587,3 ⁹⁾	1.734,9	1.788,1	1.874,1	1.847,6
Teilzeitbeschäftigte in 1.000 ²⁾	.	173,2 ⁹⁾	255,7	525,9	819,3	866,2
Frauen in 1.000	.	153,9 ⁹⁾	227,7	467,8	697,0	732,0
Männer in 1.000	.	19,3 ⁹⁾	28,1	58,1	122,3	134,2
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige, in Stunden ³⁾	.	40,8	36,7	35,4	33,0	31,6
Arbeitslosenquote (national) in % ⁴⁾	6,2	1,9	5,4	5,8	5,8	7,2
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise in Mrd. Euro ⁵⁾	51,9	375,9	1813,5	207,5	281,9	276,9 ¹⁾
jährliches Wirtschaftswachstum in %	12,4	7,1	4,7	3,4	2,0	-3,6
Offizielle Währungsreserven, in Mrd. Euro ⁵⁾	.	47	138	18,9	12,0	12,5
Verbraucherpreisindex, 1966=100	47,9	115,0	298,6	375,4	444,2	446,5
Tariflohnindex, 1966=100	32,4	131,1	507,6	716,9	872,5	902,1
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	567,2	766,5	944,4	1.088,5	.
Wohnfläche pro Einwohner, in m ²	.	21,4 ¹⁰⁾	32,1 ¹⁰⁾	37,5	42,6	42,9
Leistungsbilanzsaldo in Mrd. Euro	.	-1,7	13,6	-5,4	9,2	6,3

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Oesterreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungs-träger, Arbeitsmarktservice Österreich. = Keine Daten vorhanden. - ¹⁾ Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit. - ²⁾ lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ab 1970 Mikrozensus. - ³⁾ in Haupttätigkeit, Mikrozensus Jahreshdurchschnitte, Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätige. - ⁴⁾ AMS-Vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose). - ⁵⁾ vor 2000 in Mrd. Schilling. - ⁶⁾ Volkszählung 1951. - ⁷⁾ Volkszählung 1971. - ⁸⁾ errechneter Wanderungssaldo. - ⁹⁾ 1974. - ¹⁰⁾ Häuser- und Wohnungszählung 1971 bzw. 1991. Mikrozensus. - ¹¹⁾ Ab 2009 wurden die Sterbefälle auch auf ausländischem Gebiet erfasst (= Verringerung der Lebenserwartung. - ^{*}) vorläufig.

Anhang

IX. Österreich im internationalen Vergleich**1. Bruttoinlandsprodukt**

Länder	Bruttoinlands- produkt nominell in Mrd. Euro	Bruttoinlands- produkt je Einwohner in Euro ¹⁾	Anteil des Leistungsbilanzsaldos am Bruttoinlandsprodukt in %	
			2008	2009
Belgien	344,7	28.900	-2,9	0,5
Bulgarien	34,1	10.400	.	.
Dänemark	233,0	30.100	2,2	4,0
Deutschland	2.495,8	29.000	6,7	5,0
Estland	16,1	16.900	.	.
Finnland	184,2	29.300	3,0	1,3
Frankreich	1.950,1	27.100	-2,3	-2,2
Griechenland	239,1	23.600	-14,6	-11,2
Großbritannien	1.818,9	29.100	-1,5	-1,3
Irland	181,8	33.900	-5,2	-2,9
Italien	1.567,9	25.500	-3,5	-3,2
Lettland	23,2	14.400	.	.
Litauen	32,2	15.500	.	.
Luxemburg	39,3	69.300	5,3	5,6
Malta	5,7	19.100	.	.
Niederlande	595,9	33.600	4,8	5,4
Österreich	281,9	31.000	3,3	2,3
Polen	362,4	14.100	.	.
Portugal	166,4	19.100	-12,0	-10,3
Rumänien	139,8	10.400	.	.
Schweden	328,1	30.100	9,3	7,2
Slowakei	64,8	18.100	.	.
Slowenien	37,1	22.800	.	.
Spanien	1.088,5	25.700	-9,7	-5,3
Tschechien	147,9	20.200	.	.
Ungarn	105,5	16.100	.	.
Zypern	17,2	24.000	.	.
EU 27	12.506,0	25.100	.	.
Norwegen	450,9 ²⁾	58.600 ⁴⁾	18,6	13,9
Schweiz	500,3 ²⁾	42.800 ⁴⁾	1,8	8,4
Japan	4.910,7 ^{2) 3)}	34.100 ⁴⁾	3,2	2,8
USA	14.369,4 ²⁾	47.200 ⁴⁾	-4,9	-2,9
OECD	.	.	-1,6	-0,7

Quelle: Eurostat, OECD, WIFO. – ¹⁾ Zu laufenden Preisen und KKP. – ²⁾ in Mrd. US-\$. – ³⁾ Schätzung. – ⁴⁾ in US-\$.

Österreich im internationalen Vergleich

2. Außenhandel

Länder	Einfuhr ¹⁾		Ausfuhr ²⁾		„Exportanteile am BIP ³⁾ “	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
	in Mrd. US-\$				in %	
Belgien	413,6	470,7	430,9	477,2	83,4	85,8
Bulgarien	30,1	37,0	18,6	22,5	63,4	60,5
Dänemark	97,4	109,8	101,8	115,6	52,4	55,0
Deutschland	1.059,3	1.204,2	1.328,8	1.466,1	46,9	47,3
Estland	15,2	16,0	10,9	12,4	72,8	75,6
Finnland	81,8	92,2	90,1	96,9	45,9	47,1
Frankreich	611,1	695,5	539,4	594,9	26,5	26,4
Griechenland	76,1	89,3	23,5	25,5	22,7	23,2
Großbritannien	624,7	636,0	440,0	459,3	26,6	29,2
Irland	86,7	84,1	122,0	126,9	80,9	83,5
Italien	511,9	553,2	500,2	539,6	29,0	28,9
Lettland	15,2	15,8	7,9	9,3	42,2	41,7
Litauen	24,4	31,1	17,2	23,8	54,1	60,2
Luxemburg	22,3	25,4	16,2	17,7	177,3	172,8
Malta	4,5	4,9	3,0	2,9	89,7	80,9
Niederlande	421,3	458,2	476,8	506,0	74,8	76,8
Österreich	156,1	175,4	156,7	172,8	59,7	59,4
Polen	162,4	204,9	138,8	168,7	40,8	40,0
Portugal	78,2	90,1	51,3	55,9	32,8	33,0
Rumänien	69,6	83,0	49,0	49,5	29,3	30,4
Schweden	152,8	167,3	169,1	183,9	52,6	54,3
Slowakei	62,1	74,0	57,8	71,0	86,7	83,0
Slowenien	29,5	34,0	26,6	29,3	69,5	67,7
Spanien	391,2	418,7	253,8	279,2	26,9	26,5
Tschechien	188,5	141,8	122,7	146,1	80,1	77,1
Ungarn	94,4	106,4	93,4	107,5	80,5	82,1
Zypern	8,7	10,8	1,3	1,7	47,9	44,8
EU 27	40,2	41,2
Norwegen	80,3	94,5	136,4	177,6	45,8	48,1
Schweiz	161,2	183,6	172,1	200,8	56,2	56,4
Japan	622,2	762,5	714,3	781,4	17,6	17,5
USA	2.017,1	2.164,8	1.162,5	1.299,9	11,8	12,7

Quelle: OECD. – ¹⁾ CIF (cost, insurance, freight). – ²⁾ FOB (free on board). – ³⁾ Waren- und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESGV 1995.

Anhang

3. Bruttoinlandsausgaben für Umwelt, Bildung, Gesundheit

Länder	Anteil der Umweltschutz- ausgaben am BIP insg. und öffentlicher Sektor ¹⁾		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP		Anteil der Gesundheits- ausgaben am BIP	
	insgesamt	dar. öffentl. Sektor ²⁾	1995	2007	1995	2007
in %						
Belgien	.	.	.	6,0	8,2	10,2
Bulgarien	0,73	0,50	3,4	4,1	.	.
Dänemark	.	1,09	7,7	7,8	8,1	9,8
Deutschland	.	.	4,6	4,5	10,1	10,4
Estland	1,09	.	5,9	4,9	.	.
Finnland	0,19	.	6,9	5,9	7,9	8,2
Frankreich	.	0,34	6,0	5,6	10,4	11,0
Griechenland	.	.	2,9	.	8,6	9,6
Großbritannien	0,16	.	5,0	5,4	6,8	8,4
Irland	0,60	0,40	5,1	4,9	6,7	7,6
Italien	.	0,72	4,9	4,3	7,3	8,7
Lettland	.	.	6,2	5,0	.	.
Litauen	0,60	0,65	5,1	4,7	.	.
Luxemburg	.	.	4,3	3,2	5,6	.
Malta
Niederlande	.	.	5,1	5,3	8,3	9,8
Österreich	1,14	0,47	6,0	5,4	9,5	10,3
Polen	0,83	0,44	5,1	4,9	5,5	6,4
Portugal	0,17	0,46	5,4	5,3	7,8	.
Rumänien	1,19	0,59	.	4,3	.	.
Schweden	0,18	0,31	7,2	6,7	8,0	9,1
Slowakei	0,41	0,24	5,0	3,6	.	7,7
Slowenien	0,17	0,61	.	5,2	.	.
Spanien	0,14	.	4,7	4,4	7,4	8,5
Tschechien	0,76	0,38	.	4,2	7,0	6,8
Ungarn	0,66	0,29	5,4	5,2	.	.
Zypern	0,59	.	4,6	6,9	.	.
EU 27	.	.	.	5,0	.	.
Norwegen	.	0,49	7,4	6,8	7,9	8,9
Schweiz	0,70	.	.	5,2	9,6	10,8
Japan	0,40	.	3,2	3,5	6,9	.
USA	.	.	4,6	5,3	13,6	16,0
OECD	0,60	.	.	.	7,7	9,0

Quelle: OECD, Eurostat ¹⁾ 2007. – ²⁾ inkl. spezialisierte (Umweltschutz) Produzenten des öffentlichen Sektors.

*Österreich im internationalen Vergleich***4. Bruttoinlandsausgaben für Verteidigung, Forschung & Entwicklung, Außenministerien**

Länder	Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP		Anteil der Gesamtbudgets der Außenministerien am BIP 2009
	1995	2007	1995	2007	
in %					
Belgien	1,6	1,1	1,67	1,90	0,55
Bulgarien	2,1	2,6	.	.	0,19
Dänemark	1,7	1,3	1,82	2,55	0,12
Deutschland	1,7	1,3	2,19	2,53	0,13
Estland	1,0	2,2	.	.	0,30
Finnland	1,5	1,2	2,26	3,47	0,70
Frankreich	3,1	2,3	2,29	2,04 ¹⁾	0,25
Griechenland	4,3	3,3	0,43	0,58 ²⁾	0,19
Großbritannien	3,0	2,4	1,94	1,82	0,17
Irland	1,0	0,5	1,26	1,28 ³⁾	0,57
Italien	1,8	1,8	0,97	1,18	0,13
Lettland	1,0	1,8	.	.	0,20
Litauen	0,5	1,6	.	.	0,20
Luxemburg	0,8	0,7	.	1,57 ³⁾	0,12
Malta	1,0	0,7	.	.	0,42
Niederlande	1,9	1,5	1,97	1,71 ³⁾	1,90
Österreich	0,9	0,9	1,54	2,54	0,16
Polen	2,1	2,0	0,63	0,57	0,38
Portugal	2,6	2,0	0,54	1,21 ²⁾	0,09
Rumänien	3,0 ¹⁾	1,6	0,63	0,52	0,13
Schweden	1,9	1,4	3,26	3,61	0,08
Slowakei	3,3	1,5	0,92	0,46	0,25
Slowenien	1,8	1,5	1,55	1,45	0,20
Spanien	1,5	1,2	0,79	1,27	0,34
Tschechien	1,8	1,4	0,95	1,54	0,02
Ungarn	1,6	1,3	0,71	0,97	0,20
Zypern	2,3	1,9	.	.	0,04
EU 27	.	.	1,67	1,77	.
Norwegen	2,4	1,4	1,69	1,64	1,30
Schweiz	1,4	0,8	.	2,90 ⁴⁾	0,42
Japan	0,9	0,9	2,71	3,44	0,14
USA	3,8	4,0	2,51	2,66 ³⁾	0,34
OECD	.	.	2,06	2,28 ²⁾	.

Quelle: SIPRI 2008, OECD, BMeiA. – ¹⁾ 1997 – ²⁾ Schätzung. – ³⁾ ohne Investitionsausgaben. – ⁴⁾ 2004
¹⁾ vorläufig

Anhang

5. Wirtschaftswachstum und Preise

Länder	"Wirtschaftswachstum ¹⁾ "		"Steigerung des Verbraucherpreises gegenüber dem Vorjahr"			HVPI 2009
	2008	2009 ²⁾	1995	2008	2009	
	in %					
Belgien	1,0	-3,1	1,4	4,5	0,0	0,0
Bulgarien	6,0	-5,0	.	12,3	2,8	2,5
Dänemark	-0,9	-5,1	2,1	3,4	1,3	1,1
Deutschland	1,3	-5,0	1,7	2,6	0,4	0,2
Estland	-3,6	-14,1	.	10,4	-0,1	0,2
Finnland	1,2	-7,8	0,8	4,1	0,0	1,6
Frankreich	0,4	-2,2	1,8	2,8	0,1	0,1
Griechenland	2,0	-2,0	9,0	4,2	1,2	1,3
Großbritannien	0,5	-5,0	2,7	4,0	-0,5	2,2
Irland	-3,0	-7,5	2,6	4,1	-4,5	-1,7
Italien	-1,3	-5,0	5,3	3,3	0,8	0,8
Lettland	-4,6	-18,0	.	15,4	3,5	3,3
Litauen	2,8	-15,0	.	10,9	4,5	4,2
Luxemburg	0,0	-3,6	1,9	3,4	0,4	0,0
Malta	2,1	-1,9	.	4,3	2,1	1,8
Niederlande	2,0	-4,0	1,9	2,5	1,2	1,0
Österreich	2,0	-3,6	2,3	3,2	0,5	0,4
Polen	5,0	1,7	.	4,2	3,5	4,0
Portugal	0,0	-2,7	4,2	2,6	-0,8	-0,9
Rumänien	7,3	-7,1	.	7,9	5,6	5,6
Schweden	-0,2	-4,9	2,4	3,4	-0,3	1,9
Slowakei	6,2	-4,7	.	4,6	1,6	0,9
Slowenien	3,5	-7,8	.	5,7	0,9	0,9
Spanien	0,9	-3,6	4,6	4,1	-0,3	-0,3
Tschechien	2,5	-4,8	.	6,3	1,0	0,6
Ungarn	0,6	-6,3	.	6,1	4,2	4,0
Zypern	3,6	-0,7	.	4,7	0,3	0,2
EU 27	0,8	-4,2	.	.	.	1,0
Norwegen	3,6	2,4	2,4	3,8	2,1	.
Schweiz	2,0	2,0	1,8	2,4	-0,5	.
Japan	1,6	1,6	-0,1	1,4	-1,4	.
USA	2,0	2,2	2,8	3,8	-0,4	.

Quelle: Eurostat, OECD, nationale Stat. Ämter – ¹⁾ Veränderung des realen BIP zum Vorjahr. – ²⁾ Prognose

Österreich im internationalen Vergleich

6. Erwerbstätigkeit

Länder	Erwerbstätigenquote ¹⁾				Effektive Wochenarbeits- zeit Vollzeiterwerbs- tätiger 2009 ³⁾
	1995		2009		
	m	w	m	w	
Belgien	66,9	45,0	67,2	56,0	38,3
Bulgarien	.	.	66,9	58,3	40,5
Dänemark	79,9	66,7	78,3	73,1	38,2
Deutschland	73,7	55,3	75,6	66,2	40,4
Estland	.	.	64,1	63,0	39,1
Finnland	64,2	59,0	69,5	67,9	37,3
Frankreich	67,2	52,1	68,5	60,1	37,4
Griechenland	72,5	38,1	73,5	48,9	39,2
Großbritannien	75,1	61,7	74,8	65,0	40,6
Irland	67,1	41,6	66,3	57,4	37,4
Italien	66,9	35,4	68,6	46,4	37,9
Lettland	.	.	61,0	60,9	39,9
Litauen	.	.	59,5	60,7	39,7
Luxemburg	74,4	42,6	73,2	57,0	40,6
Malta	.	.	71,5	37,7	40,7
Niederlande	75,3	53,8	82,4	71,5	40,0
Österreich	78,5	59,0	76,9	66,4	39,7
Polen	.	.	66,1	52,8	39,5
Portugal	73,5	54,4	71,1	61,6	38,7
Rumänien	.	.	65,2	52,0	41,2
Schweden	73,1	68,8	74,2	70,2	38,3
Slowakei	.	.	67,6	52,8	39,3
Slowenien	.	.	71,0	63,8	40,5
Spanien	62,5	31,7	66,6	52,8	39,1
Tschechien	.	.	73,8	56,7	39,7
Ungarn	.	.	61,1	49,9	40,1
Zypern	.	.	77,6	62,5	38,9
EU 27			70,7	58,6	39,3
Norwegen	.	.	78,3	74,4	37,8
Schweiz	.	.	84,5	73,8	42,9 ⁴⁾
Japan	81,9	56,4	81,6 ²⁾	59,7 ²⁾	.
USA	79,5	65,8	76,4 ²⁾	65,5 ²⁾	.

Quelle: Eurostat. – ¹⁾ Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15–64 Jahren. – ²⁾ 2008. – ³⁾ 4. Quartal 2009. – ⁴⁾ 2. Quartal 2009

Anhang

7. Arbeitsmarkt

Länder	Arbeitslosenquote ¹⁾			Jugendarbeits- losenquote ²⁾	Langzeit- arbeits- losenquote ³⁾
	1995	2008	2009	2009 in %	2009
Belgien	9,7	7,0	7,9	21,9	44,2
Bulgarien	.	5,6	6,8	16,2	43,3
Dänemark	6,8	3,3	6,0	11,2	9,1
Deutschland	8,0	7,3	7,5	10,4	45,5
Estland	.	5,5	13,8	27,5	27,4
Finnland	15,4	6,4	8,2	21,5	16,8
Frankreich	11,1	7,8	9,5	23,3	35,2
Griechenland	9,0	7,7	9,5	25,8	40,8
Großbritannien	8,5	5,6	7,6	19,1	24,6
Irland	12,3	6,3	11,9	24,4	29,0
Italien	11,2	6,7	7,8	25,3	44,4
Lettland	.	7,5	17,1	33,6	26,7
Litauen	.	5,8	13,7	29,2	23,2
Luxemburg	2,9	4,9	5,4	17,5	23,1
Malta	.	5,9	6,9	14,3	44,0
Niederlande	6,6	2,8	3,4	6,6	24,8
Österreich	3,9	3,8	4,8	10,0	21,3
Polen	.	7,1	8,2	20,6	30,3
Portugal	7,3	7,7	9,6	20,0	44,2
Rumänien	.	5,8	6,9	20,8	31,6
Schweden	8,8	6,2	8,3	25,0	13,3
Slowakei	.	9,5	12,0	27,3	54,0
Slowenien	.	4,4	5,9	13,6	30,1
Spanien	18,4	11,3	18,0	37,8	23,7
Tschechien	.	4,4	6,7	16,6	30,0
Ungarn	.	7,8	10,0	26,5	41,6
Zypern	.	3,6	5,3	13,8	10,4
EU 27	.	7,0	8,9	19,6	33,2
Norwegen	5,4	2,5	3,1	8,9	16,5
Schweiz ⁴⁾	3,3	3,4	4,1	8,2	28,2
Japan	3,1	4,0	5,1	9,1	33,3 ⁵⁾
USA	5,6	5,8	9,3	17,6	10,6 ⁵⁾

Quelle: Eurostat – ¹⁾ Arbeitslose lt. LFS in % der Erwerbspersonen (ohne Militär); USA, Japan in % aller Erwerbspersonen. – ²⁾ Arbeitslose im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in % der Erwerbspersonen. – ³⁾ Anteil der Arbeitslosen mit Dauer 12 Monate oder länger an allen Arbeitslosen. – ⁴⁾ Arbeits-,Jugendarbeitslosenquote 2.Quartal – Quelle: SAKE – ⁵⁾ 2008

*Österreich im internationalen Vergleich***8. Bildung**

Länder	Studierende im Tertiärbereich		Abschlüsse im tertiär und sekundar Bereich tertiär ¹⁾ sekundar ²⁾	
	1995	2008 auf 100.000 Einwohner	2008	
Belgien	3.481	3.765	912	1.236
Bulgarien	.	3.461	719	960
Dänemark	3.255	4.213	909	1.171
Deutschland	2.644	2.731	485	1.367
Estland	.	5.084	846	1.409
Finnland	4.021	5.842	1.076	1.766
Frankreich	3.589	3.383	971	888
Griechenland	2.838	5.376	597	1.105
Großbritannien	3.100	3.808	1.105	1.190
Irland	3.374	4.056	1.365	1.523
Italien	3.129	3.378	395	794
Lettland	.	5.626	1.064	1.291
Litauen	.	6.083	1.264	1.399
Luxemburg	.	.	70	865
Malta	.	2.309	680	1.081
Niederlande	3.261	3.671	564	1.315
Österreich	2.910	3.424	525	1.206
Polen	.	5.683	1.464	1.556
Portugal	3.002	3.550	791	743
Rumänien	.	4.908	1.447	1.599
Schweden	2.789	4.431	658	1.046
Slowakei	.	4.249	1.204	1.385
Slowenien	.	5.743	857	1.277
Spanien	3.896	3.933	643	653
Tschechien	.	3.781	857	1.379
Ungarn	.	4.118	630	1.308
Zypern	.	3.255	536	1.326
EU 27	.	3.818	820	1.137
Norwegen	3.978	4.489	743	1.424
Schweiz	2.111	2.956	887	1.340
Japan	3.120	5.855	893	1.066
USA	5.456	3.094	812	921

Quelle: Eurostat. – ¹⁾ ISCED 5 und 6. – ²⁾ ISCED ohne 3C-kurz (Obere Sekundarstufe). – ³⁾ Inklusive ISCED 4A und 4B (d.s. berufsbildende höhere Schulen und Schulen der Gesundheits- und Krankenpflege).

Anhang

9. Bevölkerung

Länder	Lebenserwartung in Jahren bei der Geburt				Säuglings- sterblichkeit ¹⁾	
	1995		2008		1995	2008
	m	w	m	w		
Belgien	73,5	80,4	77,1 ²⁾	82,6 ²⁾	5,9	3,4
Bulgarien	67,4	74,9	69,8	77,0	14,8	8,6
Dänemark	72,7	77,9	76,5	81,0	5,1	4,0
Deutschland	73,3	79,9	77,6	82,7	5,3	3,5
Estland	61,5	74,3	68,7	79,5	14,9	5,0
Finnland	72,8	80,4	76,5	83,3	3,9	2,6
Frankreich	.	.	77,6 ²⁾	84,8 ²⁾	.	3,8 ³⁾
Griechenland	75,0	80,1	77,7	82,4	8,1	3,5
Großbritannien	74,0	79,3	77,6 ²⁾	81,8 ²⁾	6,2	4,7
Irland	72,8	78,3	77,5	82,3	6,4	3,1 ²⁾
Italien	75,1	81,6	78,7 ²⁾	84,2 ²⁾	6,2	3,7
Lettland	.	.	67	77,8	18,8	6,7
Litauen	63,3	75,1	66,3	77,6	12,5	4,9
Luxemburg	73,0	80,6	78,1	83,1	5,5	1,8
Malta	74,8	79,6	77,1	82,3	8,9	9,9
Niederlande	74,6	80,5	78,4	82,5	5,5	3,8
Österreich	73,4	80,1	77,8	83,3	5,4	3,7
Polen	67,7	76,4	71,3	80	13,6	5,6
Portugal	71,7	79,0	76,2	82,4	7,5	3,3
Rumänien	65,5	73,5	69,7	77,2	21,2	11,0
Schweden	76,2	81,7	79,2	83,3	4,1	2,5
Slowakei	68,4	76,5	70,8	79	11,0	5,9
Slowenien	70,8	78,5	75,5	82,6	5,5	2,1
Spanien	74,4	81,8	78,1	84,3	5,5	3,5
Tschechien	69,7	76,8	74,1	80,5	7,7	2,8
Ungarn	65,4	74,8	70	78,3	10,7	5,6
Zypern	.	.	78,5	83,1	9,7	5,3
EU 27	.	.	76,1 ²⁾	82,2 ²⁾	.	4,7 ²⁾
Norwegen	74,8	80,9	78,4	83,2	4,0	2,7
Schweiz	75,4	81,9	79,8	84,6	5,0	4,0
Japan	76,4	82,9	79,3	86,1	4,3	2,6 ³⁾
USA	72,5	78,9	75,1 ³⁾	80,2 ³⁾	.	6,7 ³⁾

Quelle: Eurostat, Nationale Statistiken. – ¹⁾ Im 1.Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene.–

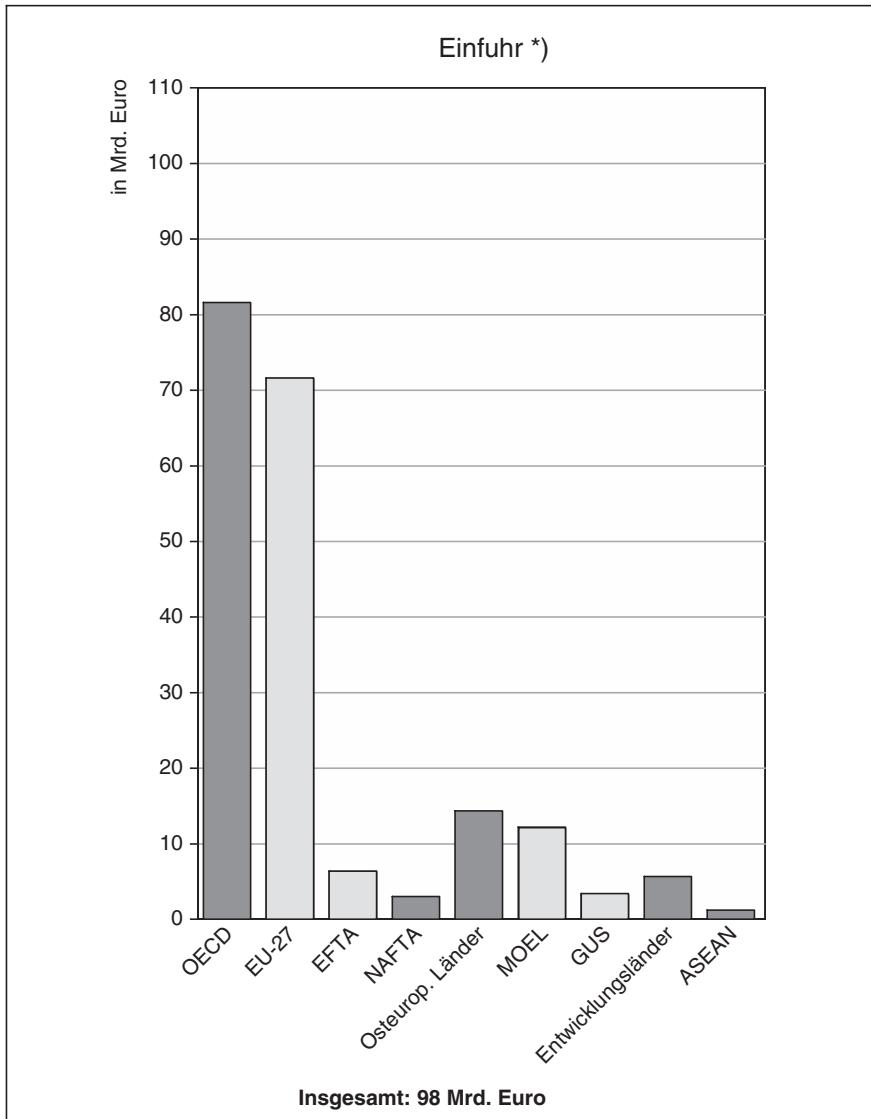
²⁾ 2007. – ³⁾ 2006.

*Österreich im internationalen Vergleich***10. Geburten und Sterbefälle**

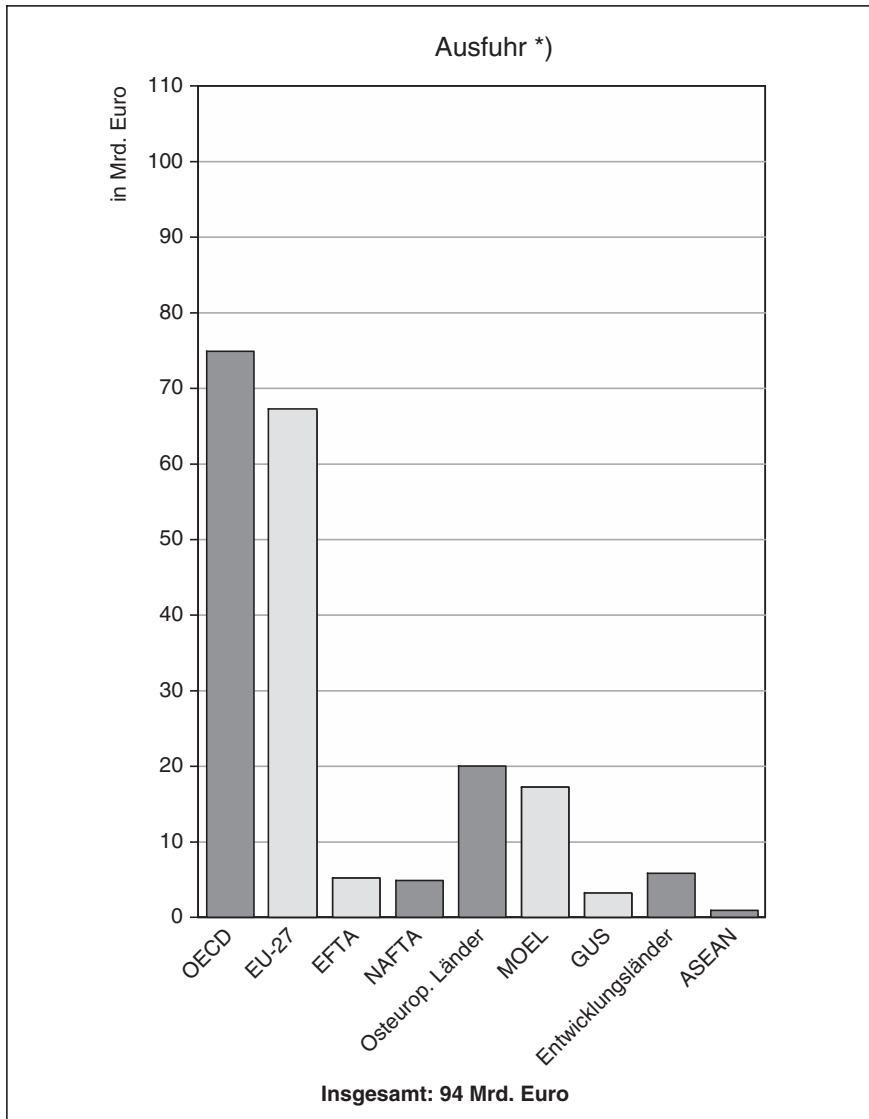
Länder	Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner		Sterbefälle auf 1.000 Einwohner		Kinder pro Frau ¹⁾
	1995	2008	1995	2008	2008
Belgien	11,4	11,7	10,5	9,5	1,82
Bulgarien	9,1 ²⁾	10,2	14,1 ²⁾	14,5	1,48
Dänemark	13,3	11,8	12,1	9,9	1,89
Deutschland	9,4	8,3	10,8	10,3	1,37
Estland	9,1	12,0	14,1	12,4	1,66
Finnland	12,3	11,2	9,6	9,2	1,85
Frankreich	12,6	13,0	9,2	8,5	2,02
Griechenland	9,7	10,3	9,6	9,5	1,45
Großbritannien	12,5	12,9	11,0	9,4	1,94
Irland	13,5	16,9	9,0	6,4	2,03 ⁴⁾
Italien	9,2	9,6	9,7	9,7	1,41
Lettland	8,6	10,6	15,5	13,7	1,45
Litauen	11,1	10,4	12,2	13,1	1,47
Luxemburg	13,2	11,5	9,3	7,4	1,61
Malta	12,5	10,0	7,3	7,9	1,43
Niederlande	12,3	11,2	8,8	8,2	1,77
Österreich	11,0	9,3	10,1	9,0	1,41
Polen	11,2	10,9	10,0	10,0	1,23
Portugal	10,8	9,8	10,5	9,8	1,37
Rumänien	10,7 ²⁾	10,3	11,4 ²⁾	11,8	1,35
Schweden	11,7	11,9	10,6	9,9	1,91
Slowakei	11,5	10,6	9,8	9,8	1,33
Slowenien	9,5	10,5	9,5	9,2	1,46
Spanien	9,3	11,4	8,8	8,5	1,46
Tschechien	9,3	11,5	11,4	10,1	1,50
Ungarn	11,0	9,9	14,2	13,0	1,35
Zypern	.	11,6	.	6,4	1,39 ⁴⁾
EU 27
Norwegen	13,8	12,7	10,4	8,7	1,96
Schweiz	11,7	10,1	9,0	8,1	1,48
Japan	10,0 ³⁾	8,6 ⁴⁾	6,7 ³⁾	8,8 ⁴⁾	1,34 ⁴⁾
USA	16,7 ³⁾	16,1 ⁴⁾	8,6 ³⁾	8,1 ⁵⁾	2,12 ⁴⁾

Quelle: Eurostat, Nationale Statistiken. – ¹⁾ Gesamtfruchtbarkeitsrate. – ²⁾ 2000. – ³⁾ 1990. – ⁴⁾ 2007. – ⁵⁾ 2006.

Anhang

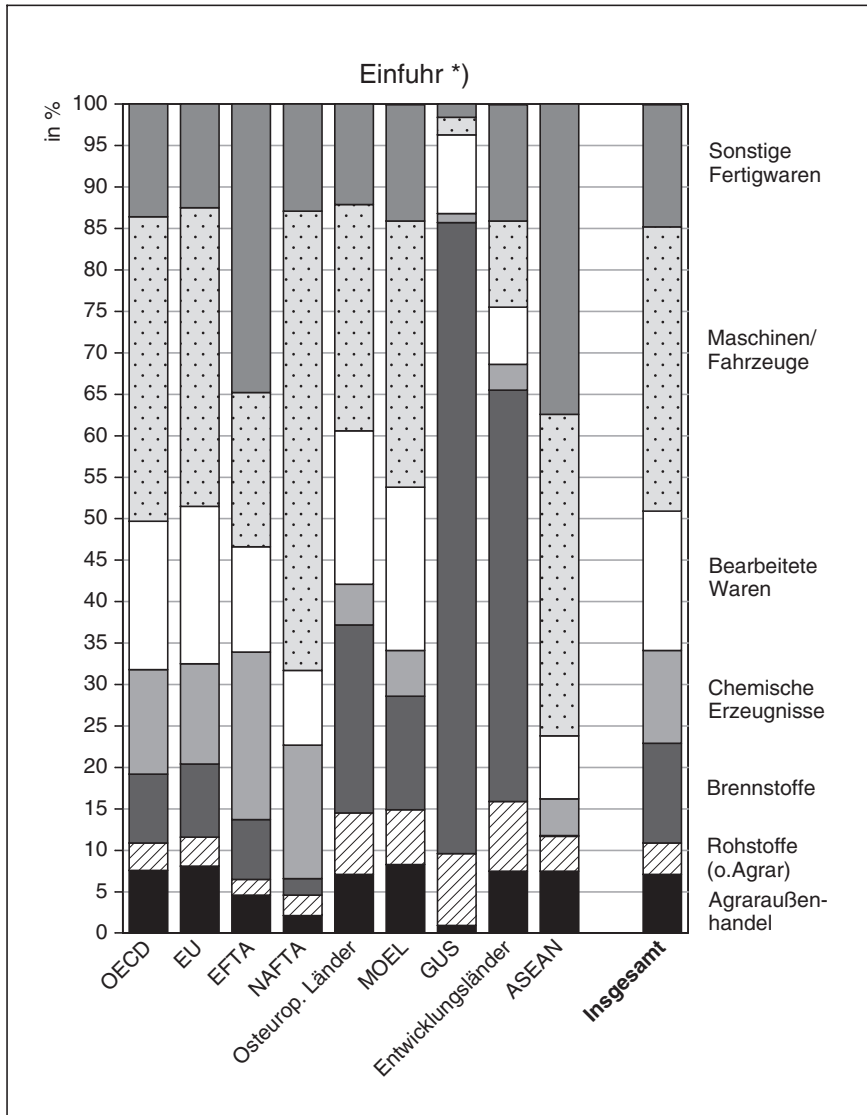
X. Außenhandel 2009 mit der EU und wichtigen Ländergruppen

Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. – *) Vorläufige Ergebnisse.

Außenhandel 2009 mit der EU und wichtigen Ländergruppen

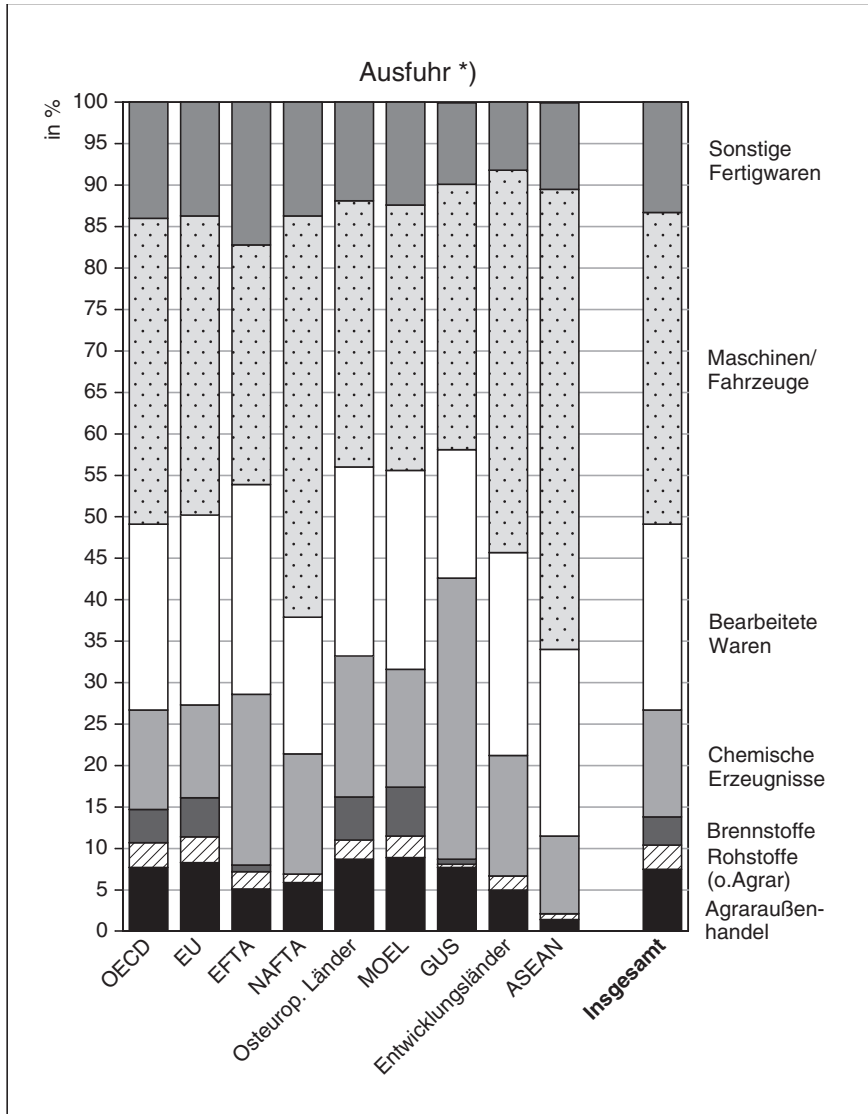
Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. – *) Vorläufige Ergebnisse.

Anhang



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. – *) Vorläufige Ergebnisse.

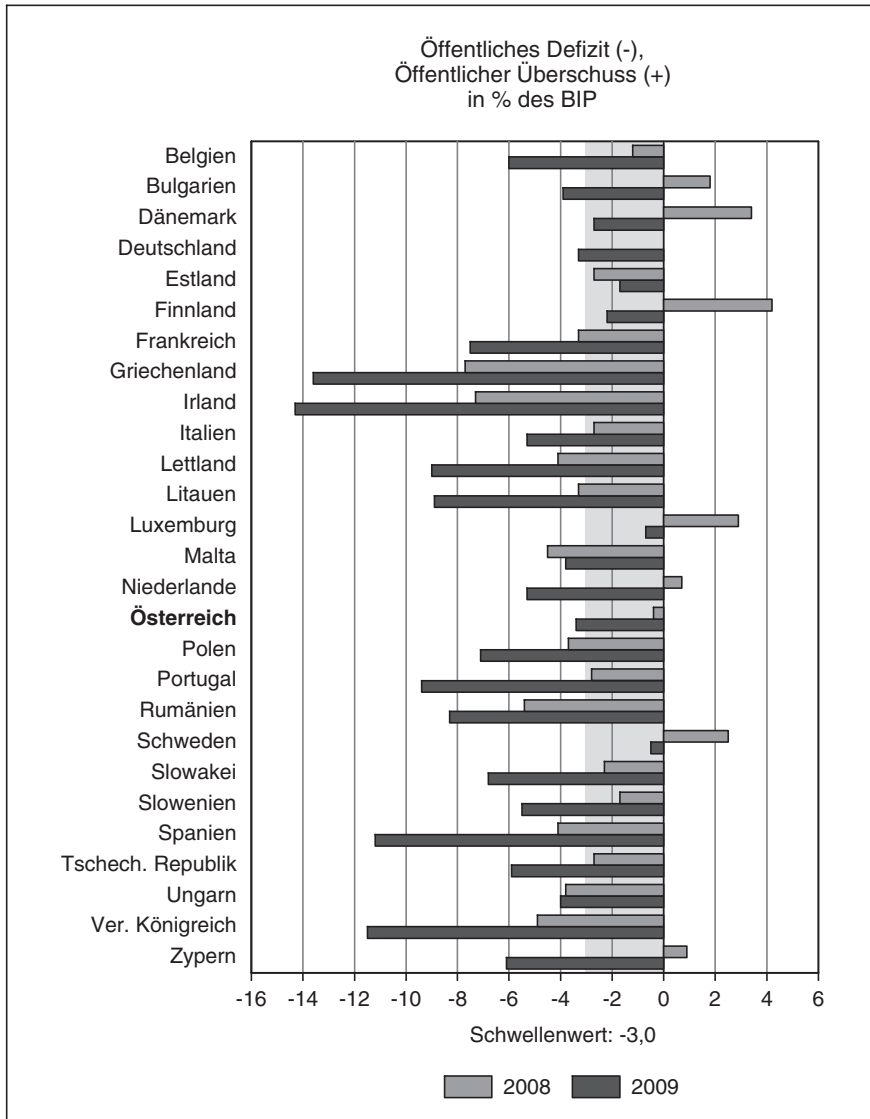
Außenhandel 2009 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. - *) Vorläufige Ergebnisse.

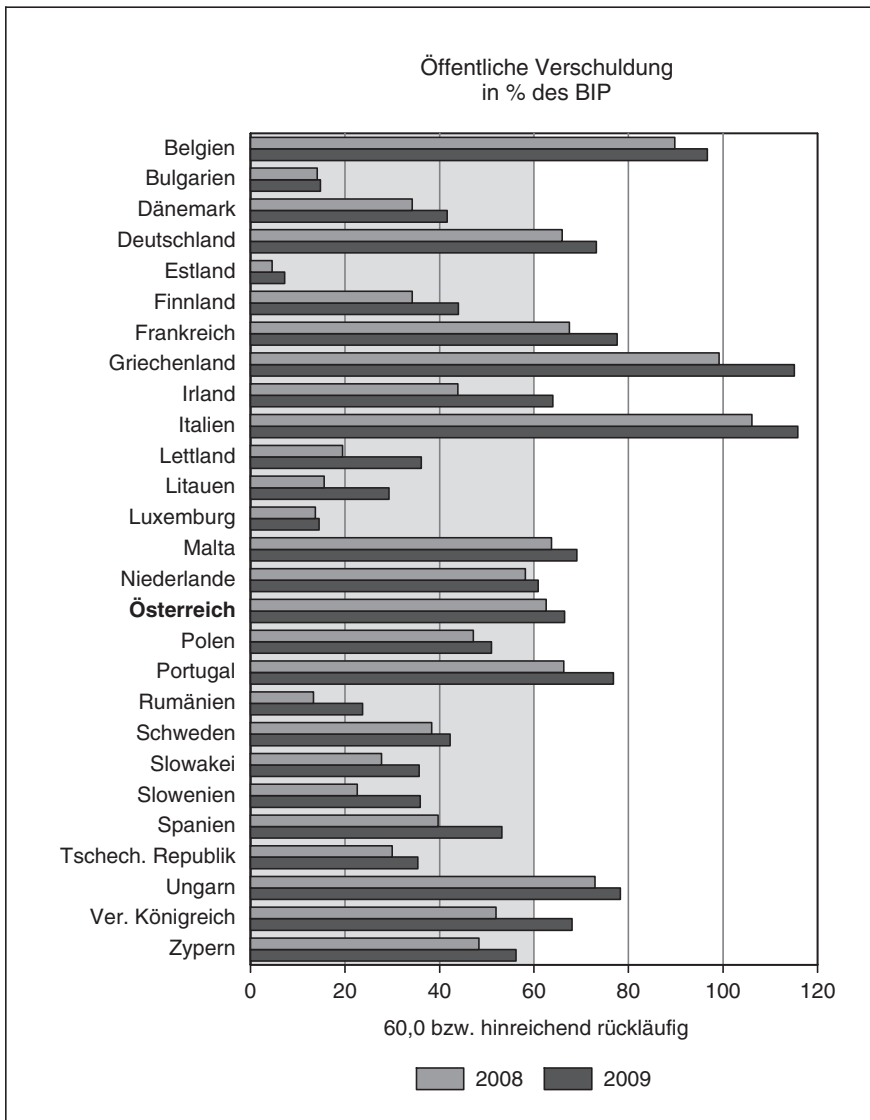
Anhang

XI. Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2008 und 2009



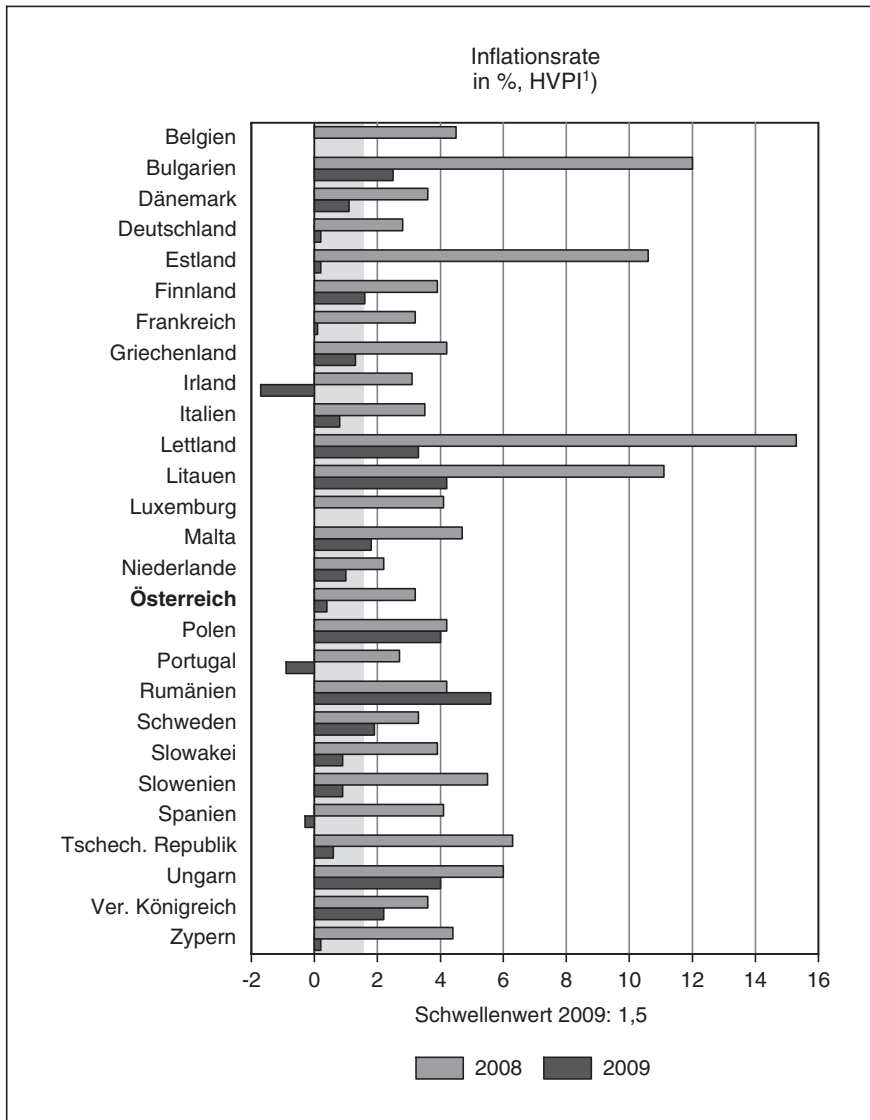
Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – ¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II

Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2008 und 2009



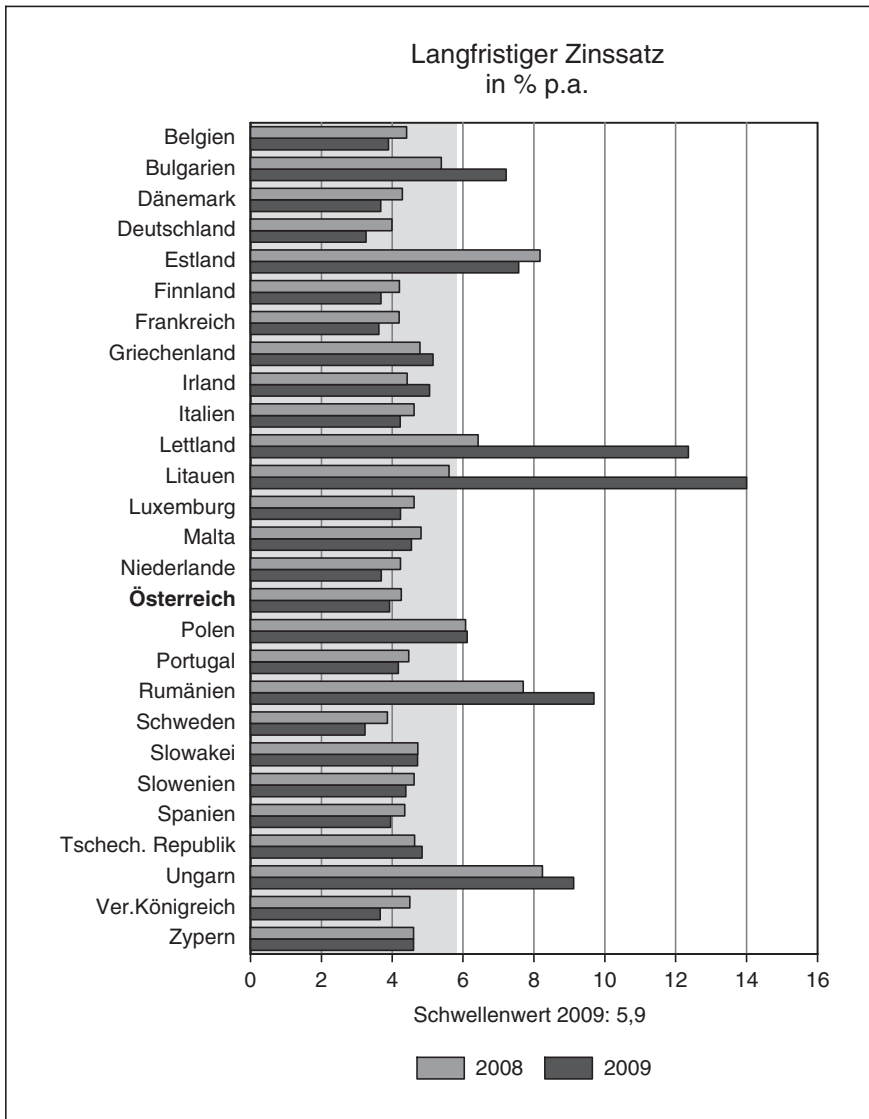
Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – ¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II

Anhang



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – ¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II

Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2008 und 2009



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – ¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase I

Sachindex

- Abrüstung 33, 64, 81, 113–115, 117, 122, 138, 185, 188, 410
 Abrüstung
 – Antipersonenminen 116, 188, 201
 – CCWC 189
 – Chemiewaffenkonvention (CWK) 186
 – CTBT 114, 116–117, 138, 185–186
 – CTBTO 114, 256, 319, 427–428
 – FMCT 116–117, 138, 186
 – Genfer skonferenz 116, 185–186
 – Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper (HCOC) 187
 – Kleinwaffen und leichte Waffen (KLW) 94, 189
 – MTCR 190
 – Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen 185
 – NPT 115, 138, 150, 185, 189
 – NSG 189–190
 – Ottawa-Konvention 188
 – Rüstungskontrolle 185, 188
 – Streumunition 116, 188–189
 – Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen (BTWK) 187
 – Wassenaar Arrangement (WA) 190, 319
 – Zangger-Komitee (ZC) 189
 Afghanistan 33, 37–38, 62–63, 79, 87, 90, 92, 127, 140, 143, 183, 195, 208, 254, 288, 364, 420
 Afrikanische Union (AU) 33, 38–39, 71–73, 76, 133, 135, 143, 196, 203, 293, 333, 417
 Ägypten 36, 39–40, 116, 150, 198, 220, 230, 237, 288–289, 293, 310–311, 330, 386, 390, 420
 AKP-Staaten 77, 85
 ALBA 67–68
 Albanien 6–7, 23, 41–42, 46, 86, 90, 93, 98, 156, 169, 173, 177, 180, 187, 224, 289, 420
 Algerien 23, 39, 75, 183, 193, 290, 397, 420
 Alpenkonvention 110
 AMISOM 35, 71, 135
 Andorra 290, 387, 420
 Angola 72, 181, 255, 291, 420
 Anna-Lindh-Stiftung 237
 Antigua und Barbuda 68, 255, 291, 420
 Äquatorialguinea 71, 254, 291, 420
 Arabische Liga (AL) 133
 ARF 84
 Argentinien 65–66, 68–70, 159–160, 180, 291, 299, 368–369, 406, 420
 Armenien 39–40, 51–52, 91–92, 98, 102, 115, 193, 208, 232, 256, 292, 420
 ASEAN 82, 84, 334
 ASEF 83
 ASEM 83, 238, 324, 418
 Aserbaidzhan 39–41, 51–52, 91–92, 98, 102, 115, 292–293, 420
 Äthiopien 71, 115, 166, 177, 180–181, 183, 293–294, 310, 341, 420
 Auslandskatastrophenfonds 181, 183, 244
 Auslandsösterreicher-Fonds. 160
 AuslandsösterreicherInnen 158–161, 409
 Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB) 159, 161–162
 Australien 83–85, 159, 190, 294, 313, 340, 356, 359, 362–363, 368, 373–374, 394, 402, 407, 420
 Austrian Development Agency (ADA) 163, 172–175, 180–182, 257, 289, 291, 317, 345, 357
 Bahamas 256, 295, 420
 Bahrain 60, 295, 420
 Bangladesch 81, 253, 296, 420
 Barbados 255, 296, 420
 Belarus 33, 39–40, 50–51, 54, 90, 110, 254, 296–297, 420
 Belgien 29, 146, 175, 230, 297–298, 327, 352, 420
 Belize 254, 298, 420
 Benin 193, 254, 298, 420
 Berg-Karabach 53, 91
 Bhutan 81, 115, 168, 180–181, 253, 299, 393, 420
 Binnenvertriebene 197, 205, 207
 Bolivien 65, 67–68, 70, 145, 195, 254, 299, 420
 Bosnien und Herzegowina 6–7, 33–34, 42, 90, 98–99, 131, 143, 156, 169, 182, 224, 299–300, 420
 Botsuana 255, 301, 420
 Brasilien 23, 66, 69, 72, 105, 120, 149, 155, 159, 193, 212, 216, 257, 301, 390, 420
 Brunei 84, 254, 301–302, 420
 Bulgarien 5, 7, 98, 104–105, 109–111, 181, 201, 302, 327, 420

Sachindex

- Bundesrat 9, 15–16, 100, 313, 377–378, 384
- Burgenländische Gemeinschaft 159
- Bürgerservice 153–155
- Burkina Faso 76, 122, 165, 175, 180–181, 193, 255, 303, 420
- Burundi 33, 73, 77, 135, 140, 144, 180, 253, 303, 420
- CARICOM 70, 165
- CARIFORUM 69
- Chile 65–66, 69, 114, 116, 201, 216, 227, 252, 303–304, 420, 424
- China 55–56, 59, 62–63, 78–79, 81, 84–85, 105, 116, 120, 122, 127, 145, 149, 185, 195, 212, 216–217, 257, 304–306, 315, 342, 360, 413, 418, 420
- Costa Rica 67, 70, 115–116, 122–123, 130, 146, 186–187, 201–202, 213, 254, 306, 420
- Côte d'Ivoire 76, 136, 255, 307, 420
- Dänemark 54, 226, 307, 326–327, 420
- Demokratische Republik Kongo 33, 133, 135, 140, 197, 205, 211, 341
- Demokratische Volksrepublik Korea 79, 127, 138, 185, 197, 342
- Deutschland 9, 25, 29, 38, 51, 54, 59, 105, 109–110, 115, 127, 132, 158, 160, 173, 175, 179, 228, 308, 315, 327–329, 383, 397, 406, 415, 420
- Dominica 255, 310, 420
- Dominikanische Republik 145, 156, 255, 310, 420
- Donaukommission 112, 256
- Donauraumkooperation 110
- Drogenbekämpfung 141
- Dschibuti 71, 134, 252, 310, 420
- EAC 77
- ECOWAS 71, 74–77, 165, 174, 303, 321, 336
- Ecuador 65, 68, 70, 195, 213, 253, 311, 420
- eGovernment 161
- El Salvador 65, 67, 70, 119, 195, 254, 311, 420
- Energie 8, 24, 26, 39, 55, 60, 69, 81, 107, 111, 113, 145, 165–169, 173, 177–178, 288, 293, 319, 323, 333, 354, 363, 371, 384, 391, 401
- Eritrea 134, 252, 311, 420
- Estland 15, 156, 216, 311–312, 327, 421
- EU-Afrika-Strategie 39, 77
- EU-LAC-Prozess 68
- Euro-Atlantische Partnerschaftsrat 86
- Europadialog-Tour 11
- Europainformation 10
- Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) 55, 302, 319
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 101–102, 201
- Europäische Union
- Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) 27
 - Ausschuss der Regionen 13
 - Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) 16
 - Bildung 8, 19, 27–28, 34, 43, 54, 71, 97, 107, 149, 166, 169–170, 172, 174, 205, 215, 225, 230, 232, 239, 302, 332, 342, 345, 366, 380, 396, 402–403, 405
 - Binnenmarkt 6, 19–20, 26
 - Charta der Grundrechte 8
 - ECHO 184
 - EGNOS 29
 - ENPI 40, 48
 - Erweiterung 3, 18, 59, 83, 86, 103, 126, 144, 216, 220, 246
 - Erweiterungsstrategie 3–4
 - EU 2020 Strategie 17
 - EU-Ausschuss für Sozialschutz (SPC) 18
 - EUBAM 36–37, 48, 50, 367
 - EU BAM Rafah 36
 - EUFOR 33–36, 38, 42, 131, 134, 142–143, 300, 395
 - EUFOR-Althea 34, 38, 143
 - EUFOR Tchad/RCA 33
 - EuGH 10, 14, 141
 - EUJUST LEX 37, 58
 - EULEX Kosovo 34–35
 - EUMM Georgien 35, 316
 - EU NAVFOR Somalia 35
 - EUPM 34, 300
 - EUPOL Afghanistan 37
 - EUPOL COPPS 36, 367
 - EUPOL DR Kongo 36
 - EUROJUST 31
 - Europäische Investitionsbank (EIB) 55, 60
 - Europäische Kommission 3–6, 17–21, 25, 28–29, 41, 56, 75, 99, 110–111, 156, 180, 195, 204, 207, 327
 - Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) 39–41, 48

Sachindex

- Europäischer Auswärtiger Dienst 9
- Europäischer Entwicklungsfonds 75, 178
- Europäischer Forschungsraum (EFR) 28
- Europäischer Globalisierungsfonds (EGF) 18
- Europäischer Sozialfonds (ESF) 18
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 13
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) 31, 34–35, 37–38, 76, 104, 142, 192–193, 367, 395
- Europäisches Parlament (EP) 13, 376
- EU Sonderrepräsentant 42, 344
- EUTM Somalia 35
- Galileo 29, 234
- Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 21–22
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 33–34, 104, 192
- Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 34–35, 38, 300, 341
- Industriepolitik 19–20
- Jugend 27–28, 43, 102, 107, 118, 170, 228, 230, 237, 302, 307, 341, 387, 396, 404, 415
- Konsumentenschutz 25, 234
- MEDA 40
- Militärisches Planziel 2010 37–38
- Operation \ 35
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 15, 30–31
- SER2 26
- SET-Plan 27
- Small Business Act (SBA) 21
- Sonderbeauftragte der EU (EUSB) 33, 44
- Stockholm Programm 32
- Strategie für nachhaltige Entwicklung 25
- Struktur- und Kohäsionspolitik 18–19
- TACIS 40, 48, 337
- Twinning 7, 41, 302, 350, 355
- Verkehr 22–23, 25–26, 41, 49, 65, 95, 145, 233, 308, 329, 339
- Vertrag von Lissabon 8–10, 34, 38
- Wiener Grundsätze 22
- Ziviles Planziel 2010 37
- Ziviles Reaktionsteam (CRT) 37
- Europarat 95, 97–102, 200, 204, 256
- Kongress der Gemeinden und Regionen Europas 101
- Ministerkomitee 99–101, 201
- Parlamentarische Versammlung 95, 100
- EUROPOL 31
- EU-Zuhörtour 10
- Fidschi 252, 313, 421
- Finanzkrise 1, 15, 51, 55–56, 63, 66–67, 71, 78, 114, 200, 213, 216, 266–267, 270, 278, 324, 385, 406
- Finnland 38, 51, 54, 114, 165, 312–313, 327, 351, 421
- Forum Salzburg 30, 104
- Frankreich 29, 59, 91, 112, 116, 122–124, 127, 130, 132, 142–143, 148, 185–186, 314–315, 327–328, 421
- Frauenfragen 118, 204, 237, 314, 411
- G-7 2
- G-20 2, 72, 147, 213, 215, 217
- Gabun 71, 76, 254, 316, 421
- Gambia 255, 316, 421
- Georgien 23, 33, 35, 39–41, 51–53, 86, 89, 91, 94, 98–99, 105, 115, 131, 156, 201, 208, 256, 316, 421
- Gesundheit 18, 28, 32, 107, 113, 144, 166–168, 174, 176–177, 200, 220, 313, 364
- Ghana 163, 193, 254, 317, 421
- Golfkooperationsrat (GKR) 60, 366
- Grenada 255, 317, 421
- Grenzverträge 158
- Griechenland 6, 29, 45–46, 86, 88, 201, 317–318, 327, 419, 421
- Großbritannien 10, 29, 59, 116, 122–124, 127, 130, 142, 159, 185, 189, 232–233, 318–320, 327, 421
- Guatemala 70, 182–183, 193, 254, 320, 421
- Guinea 33, 36, 71, 74, 76, 137, 144, 195, 255, 321, 421
- Guinea-Bissau 76, 321
- Guinea-Bissau 36, 74, 137, 144, 195, 255, 421
- Guyana 70, 180, 255, 321, 421
- Haiti 70, 132, 255, 321, 421
- Hoher Repräsentant (HR) 42
- Honduras 65, 67–68, 70–71, 198, 254, 322, 421
- Horn von Afrika 33, 35, 71–72
- Humanitäre Angelegenheiten 118
- Humanitäre Hilfe 122, 180–182, 184
- Indien 62–63, 72, 80–81, 85, 105, 116, 120, 185, 187, 193, 208, 212, 216–217,

Sachindex

- 230, 296, 298–299, 322–323, 354, 362, 367, 387, 421
- Indonesien 83–84, 182, 216, 323–324, 394, 421
- Internationale Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) 27, 173, 316
- Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) 59, 114, 127, 138, 150, 256, 319, 338, 365, 379, 411
- Internationale Föderation der Rotkreuz- und Halbmondgesellschaften (IFRK) 181–183
- Internationaler Gerichtshof (IGH) 44, 121, 145–146
- Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) 4, 33, 47, 122
- Internationaler Währungsfonds (IWF) 2, 43–44, 49–51
- Internationales Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA) 173, 233, 313, 427–428
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) 183
- Irak 33, 37, 58, 62, 114, 126, 183, 208, 253, 324–325, 421
- Iran 33, 59, 62, 105, 115–116, 127, 138, 150, 154, 193, 196, 199, 226, 288, 325, 421
- Irland 9–10, 38, 115, 143–144, 188, 201, 326–327, 421
- ISAF 79, 87, 127, 143, 288
- Island 4, 85, 115, 189, 252, 326, 414, 421
- Israel 39–40, 57–58, 114–115, 125–126, 185, 197, 216, 224, 232, 238, 326–328, 330, 421
- Italien 25, 29, 51, 93, 103, 106, 109, 115, 143, 155, 201, 315, 327, 329–331, 374, 383, 406, 421
- Jamaika 145, 193, 253, 331, 421
- Japan 78–79, 84, 122, 145, 156, 223–224, 228, 232, 332–333, 421
- Jemen 31, 254, 333, 421
- Jordanien 39–40, 59, 87, 193, 201, 324, 333, 412, 421
- Kambodscha 82, 84, 198, 255, 334, 393, 421
- Kamerun 254, 334, 421
- Kanada 63, 65, 156, 193, 201, 227, 331, 334–335, 416, 421
- Kap Verde 156, 165–166, 173, 177, 255, 336, 421
- Kasachstan 51, 54–55, 87, 89, 92–93, 95, 115, 196, 213, 227, 336–337, 421
- Katar 60, 253, 338, 421
- Katastrophenhilfe 165, 180–182
- Kenia 33, 35, 74, 167, 180–181, 183, 193, 303, 338, 341, 371, 380, 386, 392, 402, 421
- KFOR 34, 44, 86, 143, 344
- Kirgisistan 56, 90, 92–93, 196, 227, 231, 253, 339, 421
- Kiribati 252, 340, 421
- Klimawandel 3, 21–22, 24, 26, 28, 69–70, 81, 85, 113, 119, 148, 164–165, 178–179, 207, 215–218, 410
- Kolumbien 67–68, 70, 140, 188, 213, 311, 340–341, 368, 421
- Komoren 74, 253, 341, 421
- Kongo 33, 36, 71, 73, 77, 114, 124, 135–136, 197–198, 211, 253–254, 341, 421
- Konsularfragen 153
- Kooperations- und Verifikationsmechanismus 5
- Korea, Republik 79, 84, 128, 158, 187, 342–343
- Kosovo 7, 23, 33–34, 38, 43–47, 87, 89–90, 131, 143, 146, 155–156, 170, 173, 177, 180, 201, 205, 208, 231, 343–344, 421
- Kosovo Police Force (KPF) 44
- Kosovo Security Force (KSF) 44
- Krisenmanagement 37, 104, 154, 192
- Kroatien 4, 6–7, 23, 25, 38, 45–46, 86, 104, 110, 122, 132, 170, 225, 229–230, 232, 345, 421
- Kuba 67, 105, 199, 346, 421
- Kuwait 60, 253, 295, 338, 346–347, 422
- Laos 84, 255, 334, 347, 393, 422
- Lesotho 255, 348, 422
- Lettland 15, 156, 226, 348–349, 422
- Libanon 39–40, 114–115, 125, 195, 237, 349, 422
- Liberia 33, 74, 76, 133, 136, 193, 204, 255, 349–350, 422
- Libyen 39, 41, 59, 75, 122, 187, 350
- Liechtenstein 104–106, 158, 256, 350, 373, 422
- Litauen 15, 38, 51, 109, 156, 201, 351, 422
- Luxemburg 235, 254, 352, 422
- Madagaskar 71, 73, 255, 353, 422
- Malawi 183, 193, 195, 255, 353, 422
- Malaysia 82–84, 301, 353, 422
- Malediven 82, 253, 354, 422
- Mali 75, 145, 193, 201, 255, 354, 422

Sachindex

- Malta 18, 29, 115, 207, 354–355, 422
- Marokko 39–41, 116, 124, 137, 155, 186, 232, 303, 307, 316, 321, 354–356, 378, 422
- Marshall Inseln 356
- Mauretanien 59, 71, 75, 254, 356, 422
- Mauritius 255, 356, 422
- Mazedonien 6–7, 23, 33, 38, 45, 90, 93, 98, 156, 169, 173, 180, 226, 230, 357, 422
- Menschenrechte 31, 35, 37, 48, 51–52, 58, 75, 87–88, 92, 95–101, 113, 118, 123, 125, 131, 134–135, 137, 139, 147, 164–165, 171, 190, 192, 195–205, 208, 236, 300, 378
- Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (GRA) 194
 - CPT 99, 201
 - ECRI 99, 201, 204
 - EIDIHR 48, 195
 - Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 97, 200
 - Frauenstatuskommission (FSK) 200
 - Humanitäres Völkerrecht 206
 - Kampf gegen Rassismus 204
 - Kinder und bewaffnete Konflikte 139–140, 201–202
 - Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten 193
 - Leitlinien für Dialoge im Bereich der 195
 - Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe 193
 - Leitlinien zu Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe 193
 - Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen 194
 - Leitlinien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen 194
 - von Frauen 12, 18, 60, 76, 93, 113–114, 123, 136, 138–139, 163, 170–172, 176–178, 192, 194–195, 198, 200–204, 223, 236–237, 243, 308, 318, 330, 375, 387, 400, 413, 427
 - Menschenrechtsbildung 192, 196, 202, 205
 - Menschenrechtsdialog 78, 195–196
 - Menschenrechtskonsultationen 54, 196
 - Menschenrechtsrat der VN 197–199, 202, 204–205
 - Netzwerk Menschliche Sicherheit (HSN) 201–202
 - Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (OSFK) 203
 - VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) 203
 - VN-Unterausschuss zur Verhütung von Folter (SPT) 193
- MERCOSUR 69–70
- Mexiko 32, 65–66, 69, 122–123, 130, 140, 144, 188, 191, 227, 254, 298, 306, 311, 320, 322, 346, 357–358, 364, 368, 422
- Mikronesien 252, 359, 422
- Minderheitenschutz 204
- Minenaktionsprogramm 182, 188
- Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden 16
- Moldau 33, 37, 39–41, 48–50, 90, 93, 98–99, 111, 154, 170, 173, 180, 201, 254, 257, 359, 396, 422
- Monaco 98, 252, 359–360, 422
- Mongolei 79, 252, 360, 422
- Montenegro 6–7, 23, 46, 86, 90, 98–99, 110, 156, 158, 169, 360–361, 422
- Mosambik 73, 167, 173, 180, 195, 255, 361, 389, 422
- Myanmar 33, 82–84, 129, 140, 182, 197–199, 255, 334, 362, 393, 422
- Nabucco 27, 399, 404
- Naher Osten 115, 125, 409
- Nahost-Friedensprozess 33, 57–58
- Nahrungsmittelhilfe 72, 182–183
- Namibia 71, 180, 255, 362, 422
- Nationalrat 15, 95, 100, 106, 108, 155, 160, 237, 308, 314, 318, 325, 336, 339, 342, 349–350, 359, 372, 374, 376–377, 399–400, 410, 453, 455–458
- NATO 38, 41–42, 44–46, 53, 86–88, 143, 256, 319, 344, 383
- Partnerschaft für den Frieden 86–87
- Nauru 252, 362, 422
- Nepal 81, 115, 128, 180, 253, 362–363, 422
- Neuseeland 84–85, 188, 252, 363–364, 422
- Nicaragua 68, 70, 165, 180, 254, 306, 311, 320, 364, 422
- Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen 33
- Niederlande 29, 47, 115, 175, 327, 364, 415, 422

Sachindex

- Niger 71, 75, 255, 365, 422
 Nigeria 71–72, 75, 208, 291, 298, 316–317, 334, 341, 350, 365, 374, 380, 394–395, 418, 422
 Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA) 65
 Norwegen 188, 201, 365–366, 422
 Nukleare Sicherheit 109
 ODA 163, 178, 180
 Oman 60, 115, 333, 366, 422
 Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 67, 71
 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Korfu-Prozess 87–89 (OSZE)
 – (OSZE)ODIHR 45, 56, 92–93
 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 38, 42, 44–45, 50, 52–53, 55–56, 87–95, 97–98, 105, 200, 210, 228, 256, 293, 313, 316, 318–319, 336–337, 339, 357, 359, 384, 392, 398, 411, 425, 453
 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2, 63, 66, 105–106, 163–164, 171, 175, 213–216, 257
 Österreich 1, 7–8, 11–14, 16, 19, 21–23, 25–28, 32, 34–38, 40–41, 43–44, 49, 51, 56–57, 60, 66, 68, 71–72, 76–77, 85–90, 93–94, 97, 99–106, 108–120, 122–126, 128–130, 132, 134–151, 154–156, 158–166, 172–173, 175–196, 199, 201–205, 207–211, 213–214, 221–224, 226, 228, 230–234, 236–242, 288–293, 295–308, 310–384, 386–391, 393–409, 411–420, 425, 428, 431, 456
 Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) 163–175, 178, 210, 288–289, 292–294, 296, 299–301, 303, 305–307, 311, 316–317, 320, 322, 324–325, 331, 334, 336–341, 343–345, 347, 349, 354, 357, 359–362, 364, 367–368, 371, 378–379, 381, 389–390, 392, 394, 399, 402–403, 407, 424
 Österreichisches Studienzentrum für Frieden und 195, 203
 Östliche Partnerschaft (ÖP) 48, 51
 Pakistan 33, 62, 80–81, 115–116, 180, 185, 193, 288, 323, 367, 422
 Palästinensische Gebiete 168, 367
 Palau 254, 368, 422
 Panama 65, 213, 368, 422
 Papua-Neuguinea 252, 368, 422
 Paraguay 69, 252, 368, 422
 Pazifisches Inselforum (PIF) 85
 Peru 67, 70, 160, 188, 299, 369, 422
 Philippinen 83–84, 160, 182, 368–369, 422
 Polen 9–10, 15, 88, 103, 109, 115, 224–226, 232, 327, 348, 370, 403, 423
 Portugal 71, 95, 115, 201, 327, 336, 371, 423
 Rechtsstaatlichkeit 3, 7, 36–37, 51, 54, 56, 58, 84, 87, 89, 91–93, 96–97, 113–114, 120–121, 123, 126, 131, 142–143, 169, 192, 196, 236
 Regionale Partnerschaft 103–104
 Regionaler Kooperationsrat (RCC) 8
 Region der Großen Seen 33, 71, 73, 205
 Republika Srpska (RS) 42
 Ruanda 33, 73, 122, 133, 142, 166, 173, 180, 253, 371, 423
 Rumänien 5, 7, 104–105, 110–111, 146, 226, 231, 235, 327, 371, 406, 423
 Russische Föderation 51, 89, 91, 98, 117, 120, 127, 132, 142, 201, 208, 372, 423
 Russland 26, 35, 39, 48–49, 51–54, 59, 62, 79, 83, 86–88, 90, 100, 105, 122, 132, 185, 187, 193, 196, 209, 213, 216–217, 292–293, 296, 316, 336, 339, 372–373, 392, 401, 405–406
 SADC 72–73, 77, 167
 Salomonen 85, 252, 373, 423
 Sambia 193, 255, 373, 423
 Samoa 181, 252, 373, 423
 San Marino 253, 374, 423
 São Tomé und Príncipe 254, 374, 423
 Saudi-Arabien 60, 333, 374–375, 423
 Schengenerweiterung 30
 Schwarzmeerregion 110–111, 240–241
 Schwarzmeersynergie 39, 111
 Schweden 54, 165, 201, 209, 226, 351, 375–376, 423
 Schweiz 30, 104–106, 109, 156–158, 175, 182, 201, 305, 315, 350, 377–378, 415, 423
 Senegal 76, 146, 166, 232, 303, 307, 316, 321, 336, 350, 354, 365, 378–380, 423
 Serbien 6–7, 23, 44, 46–47, 87, 90, 98–99, 103, 110, 114, 131, 156, 169, 173, 175, 205, 208, 213, 226, 360, 379–380, 423
 Seychellen 253, 380, 423
 SICA 70

Sachindex

- Sichtvermerksangelegenheiten 156
- Sierra Leone 74, 76, 115, 137, 144, 177, 180, 193, 255, 380–381, 423
- Simbabwe 72–73, 116, 168, 291, 353, 361, 373, 381, 423
- Singapur 83–84, 227, 253, 257, 368–369, 381, 423–424
- Slowakei 15, 25, 103, 109–110, 115, 157, 226, 330, 348, 381–383, 423
- Slowenien 4, 15, 27, 29, 45, 103–104, 109–110, 115, 158, 201, 216, 226, 230, 327, 348, 383–386, 423
- Somalia 35, 71, 122, 133–135, 151, 197–198, 252, 386, 423
- South East European Cooperation Process 50
- Souveräner Malteser-Ritter-Orden 355
- Spanien 29, 143, 291, 327, 387, 423
- Sri Lanka 81, 115, 123, 130, 140, 145, 181, 199, 205, 253, 387–388, 423
- Stabilierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) 6, 41
- Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) 6
- St. Kitts und Nevis 255, 388, 423
- St. Lucia 255, 388, 423
- St. Vincent und die Grenadinen 68, 255, 388, 423
- Südafrika 71–72, 144, 159–160, 167, 197, 201, 216, 291, 301, 303, 338, 341, 348, 353, 357, 361–362, 371, 373, 380–381, 389, 391–392, 402, 423
- Sudan 33, 71–72, 124, 133, 140, 145, 183, 197–198, 211, 252, 390, 423
- Südkaucasus 33, 51–52, 91, 170
- Südosteuropa 3, 7, 41, 89–90, 101, 110, 168, 170, 173–174, 207, 225, 228, 246, 318, 345
- Südtirol 106–108, 329
- Suriname 390, 423
- Swasiland 180, 255, 391, 423
- Syrien 39–40, 58, 115, 126, 349, 391, 423
- Tadschikistan 90, 92, 181, 196, 227, 253, 392, 423
- Taiwan 78, 149, 306
- Tansania 33, 77, 253, 392, 423
- Terrorismusbekämpfung 30–31, 98, 140, 209
- Thailand 82, 84, 154, 201, 334, 347, 362, 393, 418, 423
- Timor-Leste 83, 129, 253, 394, 423
- Togo 254, 394, 423
- Tonga 252, 394, 423
- Transatlantischer Wirtschaftsrat (TEC) 64
- Trinidad und Tobago 255, 394, 423
- Tschad 33, 35, 38, 71–72, 114, 133–134, 143, 183, 205, 254, 395, 423
- Tschechien 10, 38, 51, 103–104, 110, 115, 156, 315, 327, 348, 395–397
- Tschechische Republik 10, 15, 29, 103, 230, 395, 423
- Tunesien 23, 39–40, 193, 225, 230, 397–398, 423
- Türkei 4–5, 7, 25, 52, 58, 98, 112, 115, 122, 132, 201, 208, 232, 236–237, 313, 364, 398, 400–401, 423
- Turkmenistan 56, 92, 196, 253, 401, 423
- Tuvalu 252, 402, 423
- Uganda 33, 122, 140, 166, 173, 180, 183, 205, 211, 253, 402, 423
- Ukraine 26, 37, 39–41, 48–50, 87, 92–93, 98–99, 103, 110–111, 146, 181, 191, 213, 231, 319, 402–403, 423
- Umweltschutz 23–24, 39, 54, 60, 91, 107, 111, 117, 145, 163, 165, 169, 174, 176–177, 180, 218, 220–221, 234, 304, 308, 313, 333, 350, 364, 381, 396, 399, 402
- Emissionsreduktion 24, 179
- Kopenhagener Vereinbarung (Copenhagen Accord) 24, 219
- Kyoto-Protokoll 24, 219, 332
- Life+ 25
- VN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Siehe Vereinte Nationen
- VN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD). Siehe Vereinte Nationen
- UNASUR 66, 70
- Ungarn 15, 103, 109–110, 115, 150, 201, 226, 245, 327, 348, 404–406, 423
- Union für den Mittelmeerraum 59, 237, 314
- Uruguay 65, 68, 158, 160, 252, 406, 423
- Usbekistan 33, 56, 92, 196, 256, 406–407, 424
- Vanuatu 252, 407, 424
- Vatikan 407
- Venezuela 67–68, 291, 310–312, 317, 321, 331, 340, 388, 390, 394, 407–408, 424
- Vereinigte Arabische Emirate 295, 338, 346, 366–367, 408, 424
- Vereinigte Staaten von Amerika 61, 127, 409, 424
- Vereinte Nationen
- BINUB 74, 135

Sachindex

- CERF 118, 184
- COPUOS 119
- CSocD 118
- DPKO 203
- ECOSOC 144–145
- FAO 146–147, 182, 257
- friedenserhaltende Operationen (FEO) 120
- Friedenserhaltende Operationen (FEO) 142
- Generalversammlung 24, 44, 71, 113–114, 117, 144, 151, 199, 292–293, 316, 336, 365, 389, 410
- ICAO 23, 148, 347
- IFAD 148
- ILO 147
- INSARAG 182
- Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) 24, 151
- ITU 147, 151
- Kommission für Friedenskonsolidierung (PBC) 144, 177
- MCDA 182
- MINURCAT 33, 35–36, 38, 134, 142–143, 395
- MINURSO 137
- MINUSTAH 132–133
- MONUC 73, 124, 136, 142, 341
- OCHA 182–183
- OIOS 120
- OOSA 119
- Österreichischer Vorsitz im VN-SR 123, 139, 410
- Österreichs Mitgliedschaft im VN-SR 122
- Reformdebatte 143
- Resolution 1894 (2009) 123
- Sicherheitsrat 7, 35, 42, 45, 56–57, 59, 62, 64, 71, 73, 78–79, 114, 118, 122–144, 150, 171, 192, 196, 202–203, 211, 240–242, 306, 329, 389, 410
- UNAMA 127
- UNAMI 126
- UNAMID 133, 142
- UNCDF 177, 179
- UNCITRAL 120
- UN-CMCoord 182
- UNDAC 181–182
- UNDC 117
- UNDP 126, 176, 179, 182
- UNECE 112, 145, 364
- UNESCO 102, 148–149, 246, 256, 303, 307, 314, 336, 345, 354, 372, 379, 383, 400
- UNFICYP 132
- UNFPA 177, 179
- UNHCR 183, 207
- UNICEF 177, 179, 210
- UNIDIR 191
- UNIDO 158, 173, 175, 177–178, 256, 338, 371, 376, 389, 427–428
- UNIFIL 125–126, 142
- UNIOGBIS 137
- UNIPSIL 76, 137
- UNISPACE III 119
- UNMIK 34, 44, 131, 142
- UNMIL 76, 136, 142
- UNMIN 128–129
- UNMIS 134
- UNMIT 83, 129, 394
- UN-OCHA 182
- UNOCI 76, 136
- UNODC 119, 141, 208–210, 303, 321, 336
- UNOGBIS 76, 137
- UNOMIG 131–132, 142
- UNRWA 58, 126, 183
- UN-SPIDER 119, 183
- UNWTO 150–151, 336
- UPU 151
- Völkerrechtskommission 120
- Völkerrechtswoche 120
- Welternährungsprogramm (WFP) 35, 182–183
- Weltorganisation für Meteorologie 151
- WHO 32, 78, 149–150, 364
- Vereinte Nationen (VN) 7, 31, 34–35, 38, 44–46, 59, 62, 73–74, 76, 83, 91, 98, 104–105, 113–145, 147, 150, 163, 171–172, 176–177, 179, 181–184, 186–187, 189–190, 192–196, 199–200, 202–205, 208–211, 218–219, 240, 256, 306, 324, 326, 329, 336, 346, 357, 366, 381, 389, 395, 409–411, 424
- Vietnam 83–84, 114, 122, 418, 424
- Weltbank 2, 44, 47, 83, 165, 173
- Zentralafrikanische Republik 35, 38, 134, 140, 144, 205, 211, 254, 395, 418, 424
- Zentralasien 33, 54–55, 92, 111, 170, 174, 292–293, 316, 337, 340, 392
- Zentraleuropäische Initiative (ZEI) 102–103, 372
- Zimbabwe 33
- Zypern 5, 18, 115, 132, 225, 327, 419, 424

